VERGEBEN UND VERGESSEN?

Amnestie in der Antike

Kaja Harter-Uibopuu
Fritz Mitthof



HOLZHAUSEN
DER VERLAG

Wiener Kolloquien zur Antiken Rechtsgeschichte 1

Vergeben und Vergessen?
Amnestie in der Antike

Wiener Kolloquien zur Antiken Rechtsgeschichte

Herausgeber

Documenta Antiqua
— Antike Rechtsgeschichte —
Österreichische Akademie der Wissenschaften

Institut für Alte Geschichte und Altertumskunde
Papyrologie und Epigraphik
Universität Wien

Band I



Wien 2013

Vergeben und Vergessen?
Amnestie in der Antike

Beiträge zum
1. Wiener Kolloquium
zur Antiken Rechtsgeschichte
27.-28.10.2008

herausgegeben von

Kaja Harter-Uibopuu
Fritz Mitthof



Wien 2013

Impressum

Herausgeber:
Kaja Harter-Uibopuu, Fritz Mitthof

Eigentümer & Verleger:
Verlag Holzhausen GmbH, Leberstraße 122, A-1110 Wien, Österreich

Textnachweis:
Gerhard Ries, Csaba A. La'da, Angelos Chaniotis, Martin Dreher,
Philipp Scheibelreiter, Lene Rubinstein, Loredana Cappelletti,
Herbert Heftner, Christian Reitzenstein-Ronning, Karl Strobel,
Richard Gamauf, Andrea Jördens, Hartmut Leppin, Fritz Mitthof

Lektorat & Redaktion:
Theresia Pantzer

Bildnachweis Umschlag: Lady Justice overseeing the Well of Justice at Frankfurt's
Roemer Square / Germany, istockphoto.com

Vergeben und Vergessen? Amnestie in der Antike
Beiträge zum 1. Internationalen Wiener Kolloquium zur antiken Rechtsgeschichte, 27.-28.10.2008

Förderer des Kolloquiums: Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, Kulturabteilung
der Stadt Wien, Historisch-Kulturwissenschaftliche Fakultät der Universität Wien, Österreichische
Akademie der Wissenschaften

Veröffentlicht mit Unterstützung des Austrian Science Fund (FWF):
PUB 101-V18



Verlagsort: Wien – Herstellungsort: Wien – Printed in Austria

1. Auflage 2013

ISBN: 978-3-902868-85-5

Bibliografische Informationen der Österreichischen Nationalbibliothek und der Deutschen Nationalbibliothek:
Die ÖNB und die DNB verzeichnen diese Publikation in den Nationalbibliografien; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet abrufbar. Für die Österreichische Bibliothek: http://aleph.onb.ac.at, für die Deutsche
Bibliothek: http://dnb.ddb.de.

www.verlagholzhausen.at

INHALTSVERZEICHNIS

VORWORT

Amnestien als staatlich angeordnete Akte des „Vergebens und Vergessens“ begegnen in verschiedenen Bereichen des öffentlichen Rechtslebens. Ob ihnen nun jeweils sicherheits-, innen- oder finanzpolitische Motive zugrundeliegen, stets stehen Straffreiheit und Straferlaß im Spannungsfeld von einerseits zwingender Verantwortung des Einzelnen als Grundlage jedes Rechtssystems und andererseits der Forderung nach ausgleichender Gerechtigkeit und sozialem Frieden. Das moderne Recht versteht unter Amnestie den Verzicht eines Staates auf Strafverfolgung und Strafvollstreckung gegenüber einer Anzahl nicht individuell bestimmter Personen aus Gründen der Zweckmäßigkeit. Dieser Maßnahme stehen die Begnadigung, die den Strafverzicht gegenüber einer verurteilten Einzelperson bewirkt, und die Abolition, die Niederschlagung eines schwebenden Verfahrens, gegenüber. Alle drei Instrumente werden unter von den einzelnen Staaten im Detail geregelten Voraussetzungen eingesetzt, um Härten der Rechtsordnung zu mildern und in bestimmten Fällen Gnade walten lassen zu können.

Das Rechtsinstitut der Amnestie steht nicht nur begrifflich, sondern auch sachlich in antiker Tradition. Da der Gegenstand in der Altertumswissenschaft bislang noch nicht epochen- und fächerübergreifend untersucht worden ist, erschien es uns angemessen, das erste „Wiener Kolloquium zur Antiken Rechtsgeschichte“ (WKAR) diesem Thema zu widmen[1]. Die Tagung fand am 27. und 28. Oktober 2008 an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und der Universität Wien statt und wurde von der „Kommission für Antike Rechtsgeschichte“ (mittlerweile aufgegangen in den „Documenta Antiqua“) und vom „Institut für Alte Geschichte und Altertumskunde, Epigraphik und Papyrologie“ gemeinsam veranstaltet. Die

---

[1] Die einzige vergleichbare Unternehmung, die Themenkreise Amnestie, Vergebung, Schuld und Vergeltung für das Altertum übergreifend zu behandeln, bilden die beiden von Marta Sordi herausgegebenen Sammelbände *Amnistia, perdono e vendetta nel mondo antico (Contributi dell'Istituto di storia antica 23)*, Milano 1997 und *Responsabilità, perdono e vendetta nel mondo antico (Contributi dell'Istituto di storia antica 24)*, Milano 1998. Der Alte Orient und das pharaonische Ägypten sind dort allerdings nicht berücksichtigt. Zudem ist die Fragestellung der einzelnen Beiträge wesentlich enger gefaßt als im vorliegenden Band, der eine die verschiedenen kulturellen Sphären und Epochen des Altertums möglichst breit abdeckende Gesamtschau anstrebt.

rege Beteiligung von Referenten und Zuhörern sowie die ausführlichen Diskussionen nach den einzelnen Vorträgen haben gezeigt, daß das Thema wegen seiner vielfältigen Implikationen weit über die Rechtsgeschichte hinausführt.

Den Referenten waren zur Vorbereitung ihrer Beiträge mehrere Leitfragen vorgegeben worden, die eine systematische und übergreifende Betrachtung ermöglichen sollten. Im Mittelpunkt sollte zunächst eine Analyse der historischen Umstände und Situationen stehen, in denen Amnestien verfügt wurden. Eine genaue Betrachtung der Machtverhältnisse in den jeweiligen politischen Formationen und der Motive der beteiligten Parteien für den Straferlaß sollte es ermöglichen, Muster im Verhalten der politischen Entscheidungsträger aufzuzeigen. Aus rechtshistorischer Sicht sollte dann in einem nächsten Schritt der Verfahrensgang beleuchtet werden. Die Frage, wer unter den jeweils gegebenen Umständen das Recht hatte, eine Amnestie zu verlautbaren und durchzusetzen, führte in vielen Fällen zu einem besseren Verständnis der faktischen Machtverhältnisse. Welche politischen Organe im einzelnen an der Beschlußfassung sowie an der Absicherung der gesetzten Maßnahmen beteiligt waren, ist den antiken Quellen oft nur bruchstückhaft zu entnehmen; auch in diesem Punkt waren Vergleiche zu ähnlichen Entwicklungen in anderen Epochen oftmals hilfreich. In enger Verbindung mit diesen Fragen stand auch die nach der Identifizierung derjenigen Gruppen, die sich für den Strafverzicht ursprünglich eingesetzt hatten. Zudem ließ ein Blick auf den Personenkreis, der als Nutznießer eines Gnadenaktes namhaft gemacht werden kann, in manchen Fällen überraschende Verbindungen zwischen den involvierten Parteien zu Tage treten. Auf diese Weise wurden die innen- und außenpolitischen Hintergründe einiger Amnestien offengelegt und eine Neubewertung der oft verwirrenden antiken Nachrichten über die Umstände, die den Straferlaß notwendig gemacht hatten, ermöglicht. Schließlich wurde nach dem Erfolg der Amnestie gefragt: Hatten die Anordnungen der politischen Entscheidungsträger Bestand? Wurden die intendierten Ziele erreicht? Kehrte tatsächlich Frieden in die betroffenen Gemeinschaften ein, die durch das „Vergeben und Vergessen“ unruhige Zeiten hinter sich lassen wollten?

Der Wiener rechtshistorischen Tradition folgend decken die in diesem Band versammelten Beiträge nicht nur die griechische und römische Geschichte ab, sondern auch den Alten Orient bzw. das pharaonische Ägypten sowie die Spätantike. Damit wird ein Überblick über das gesamte Altertum ermöglicht; zugleich ist gewährleistet, daß alle relevanten Quellengattungen

— nämlich literarische, epigraphische und papyrologische Zeugnisse — Berücksichtigung finden.

Fünfzehn Beiträge von vierzehn Autoren haben Eingang in diesen Band gefunden. Sie sind chronologisch angeordnet und auf vier Sektionen verteilt, die jeweils einen Hauptabschnitt des Altertums umfassen. Aus rechtshistorischer ebenso wie politik- und sozialhistorischer Sicht analysieren Gerhard Ries (München), Csaba La'da (Kent) — in zwei Beiträgen —, Martin Dreher (Magdeburg), Lene Rubinstein (London), Christian Reitzenstein-Ronning (München), Karl Strobel (Klagenfurt), Andrea Jördens (Heidelberg), Hartmut Leppin (Frankfurt) und Fritz Mitthof (Wien) das Thema für bestimmte Epochen und Regionen der Alten Welt. Richard Gamauf (Wien) bietet mit seinem Beitrag zur *abolitio* im römischen Recht, die der Amnestie eng verwandt ist, einen wichtigen juristischen Vergleich. Hingegen stellen Philipp Scheibelreiter (Wien), Loredana Cappelletti (Wien) und Herbert Heftner (Wien) einzelne herausragende Amnestien und deren jeweiliges politisches Umfeld in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen. Am Beginn der Sektion zur griechischen Welt steht der Festvortrag von Angelos Chaniotis (Princeton, NJ), der den kulturhistorischen Kontext der Amnestie in Hellas beleuchtet.

Über den Alten Orient handelt Gerhard Ries. Es zeigt sich, daß die Quellen zum Strafrecht in den Rechtsordnungen der Kulturen des keilschriftlichen Zweistromlandes und seiner Randzonen kaum Anhaltspunkte für echte Amnestien enthalten. Dennoch gelingt es Ries aufzuzeigen, daß zumindest der Grundgedanke der strafrechtlichen Amnestie auch hier anzutreffen ist, und zwar in jenen Maßnahmen, die auf die Wiederherstellung sozialer Gerechtigkeit abzielten. Diese Maßnahmen bildeten ein verbreitetes Phänomen altorientalischer Wirtschafts- und Sozialpolitik und ähneln dem Straferlaß insoweit, als durch allgemeine Verfügungen vor allem wirtschaftliche Lasten von Personen genommen wurden, die wegen des strengen Vollstreckungsrechts von Versklavung bedroht waren. Königsinschriften und andere Quellen bieten klare Hinweise dafür, daß altorientalische Herrscher bestehende Schulden privater, aber auch öffentlicher Art für aufgehoben, Schuldsklaven für frei und Notverkäufe von Grundstücken für ungültig erklärten. Derartige Anordnungen dienten auch ideologischen Zielen und ermöglichten es dem Herrscher, seine Milde ebenso zum Ausdruck zu bringen wie die Erfüllung seines göttlichen Regierungsauftrages. Mit Überlegungen zur Solonischen *seisachtheia* eröffnet Ries die Diskussion über mögliche Parallelen zwischen dem altorientalischen und dem griechischen

Rechtskreis. Hieran schließt sich der Beitrag zum pharaonischen Ägypten von Csaba La'da an (zu diesem s. unten).

Angelos Chaniotis macht auf den Unterschied zwischen dem Verzicht auf rechtliche Verfolgung von Straftaten und dem Verzicht auf Rache und Vergeltung aufmerksam. Anhand verschiedener Beispiele aus der griechischen Geschichte erläutert er normative Eingriffe in Erinnerung und Emotion innerhalb politischer Gemeinwesen und zeigt auf, daß es nicht nur rechtlicher Maßnahmen bedurfte, um tatsächlich vergeben zu können, sondern daß die Mitglieder der Gemeinwesen auch dazu angehalten werden mußten, sich an friedensstiftenden und versöhnenden Ritualen zu beteiligen.

In intensiver Auseinandersetzung mit der modernen Definition von Amnestie und den von uns vorgegebenen Leitfragen erstellt Martin Dreher eine Systematik für das archaische und klassische Griechenland, die sich auf die beteiligten Parteien stützt und nicht nur die innerstaatlichen, sondern auch die zwischenstaatlichen Maßnahmen erfaßt. Er unterscheidet in beiden Fällen zwischen einseitigen und zweiseitigen Amnestien und ferner zwischen selbstvermittelten, fremdvermittelten und fremderzwungenen Maßnahmen. Eine Liste der literarisch und epigraphisch bezeugten Amnestien, die sich in dieses Muster einordnen lassen, beschließt den Beitrag.

Lene Rubinstein legt den Schwerpunkt ihrer Untersuchung auf ein Phänomen, das für den Hellenismus in der Zeit bis etwa 150 v. Chr. besonders typisch ist. Sie präsentiert Fälle, in denen die Rückkehr zum Exil verurteilter Bürger durch eine Amnestie ermöglicht wurde. Dabei erläutert sie vor allem die innerstaatlichen Folgen solcher Amnestien, indem sie den Schwerpunkt auf Fragen einerseits der Rückerstattung konfiszierter Grundstücke an die Exilierten und andererseits der Entschädigung der neuen Eigentümer dieser Grundstücke legt. Die Problematik wird auch in den Beiträgen von Herbert Heftner und Christian Reitzenstein-Ronning für die ausgehende Republik und frühe Kaiserzeit behandelt.

Den Grundgedanken Drehers aufgreifend analysiert Philipp Scheibelreiter im Detail die wohl bekannteste Amnestie des griechischen Altertums, die im Jahre 403/2 v. Chr. in Athen das Ende der Auseinandersetzungen zwischen Demokraten und Oligarchen markierte. Die ausführlichen zeitgenössischen und späteren Quellen ermöglichen eine genaue Rekonstruktion der Vorgänge ebenso wie der Auswirkungen des Gnadenaktes unter rechtlichen und politischen Gesichtspunkten. Darüber hinaus vergleicht Scheibelreiter die Amnestie mit ähnlichen Maßnahmen aus dem 5. Jh. v. Chr. und stellt die Vorgänge in Athen auf diese Weise in einen größeren Rahmen.

Auf einen bemerkenswerten Fall von epochenübergreifender Kontinuität machen die beiden Beiträge von Csaba La'da aufmerksam, der erstmals

in systematischer Form das höchst disparate Quellenmaterial zu Amnestien sowohl aus dem pharaonischen als auch dem hellenistischen Ägypten zusammenstellt: Nach behutsamer Abgrenzung herrscherlicher Amnestie-Akte von anderen Formen der Indulgenz (besonders im Falle der sogenannten *philanthropa*-Erlasse aus hellenistischer Zeit) gelingt es ihm aufzuzeigen, daß die betreffenden Maßnahmen der Ptolemäer auf eine alte Tradition der Pharaonenzeit zurückgehen, die sich letztlich bis ins Alte Reich zurückverfolgen läßt.

Der Abschnitt zur römischen Republik und zum Prinzipat beginnt mit zwei detaillierten Untersuchungen zu Gnadenakten der ausgehenden Republik. Loredana Cappelletti eröffnet mit ihrer Analyse der Bürgerrechtsverleihung an die Völkerschaften der Appeninhalbinsel in den Jahren 90–88 v. Chr. einen neuen Blick auf die Reaktionen Roms auf die Forderungen seiner Bundesgenossen. Rom verzichtete ausdrücklich darauf, den Abfall und die Rebellion der Italiker mit Massaker, Deportationen, Versklavung und Landkonfiskationen zu bestrafen. Damit wurde den Italikern nicht nur die politische Integration gewährt, sondern auch die innere Verwaltungsautonomie wieder ermöglicht, um die sie ursprünglich gekämpft hatten.

Überlegungen zu möglichen Folgen einer Rückführung verbannter Bürger, wie sie Rubinstein für griechische Poleis im Zeitalter des Hellenismus ausführt, stellt auch Herbert Heftner in seinem Beitrag zu den Amnestie- und Restitutionsbemühungen der nachsullanischen Ära an. Er stellt fest, daß die Haltung des Senats gegenüber den besiegten Anhängern des Lepidus und Sertorius eine Bereitschaft zur Rückführung erkennen ließ, die wohl vor allem politisch begründet war und als Abwendung von der Politik Sullas zu verstehen sein dürfte. Zugleich tun sich aber auch Widersprüche auf. Das Senatsregime hielt an den Bestimmungen des Proskriptionsgesetzes fest, was auf das Interesse der Eliten an der Aufrechterhaltung der vermögensrechtlichen Folgen der Proskription zurückzuführen sei.

Eine rechtshistorische Einführung in die Niederschlagung von Verfahren in Rom bietet Richard Gamauf. Er zeichnet die Entwicklung, Funktionsweise und Rechtsfolgen der *abolitio* im Strafprozeß bis zur Severerzeit nach und macht darüber hinaus anhand von Einzelfällen deutlich, in welchem Maße eine kaiserliche *indulgentia* zur Beseitigung von Urteilsfolgen führen konnte. Ausgehend vom *senatus consultum Turpilianum* erläutert er die Bemühungen des Senats, die Mißstände bei Privatklagen vor den *quaestiones perpetuae* zu beseitigen, und stellt anschließend die *abolitio publica* und die *abolitio privata* einander gegenüber. Die *indulgentia principis* konnte in vielen Fällen die Grundlage einer öffentlichen Strafnachsicht

bilden. Dies erlaubt Gamauf, die Rolle derartiger Maßnahmen als Mittel zur Beseitigung von Strukturproblemen im römischen System der Strafverfolgung aufzuzeigen.

Christian Reitzenstein-Ronning untersucht ebenfalls die kollektive Restituierung exilierter Bürger, die im Zeitalter des Prinzipats oftmals im Rahmen von Herrscherwechseln verfügt wurde. Als Gründe kann er politische Opportunitätserwägungen ausmachen ebenso wie ökonomische Aspekte und mentale Prägungen. Es wird allerdings deutlich, daß die Verbannung ihren stigmatisierenden Charakter auch nach der Rückberufung nicht verlor und restituierte Verbannte weiterhin als unzuverlässig galten. Zudem führte die Restitution zu schwer bewältigbaren Konflikten, typischerweise zwischen den Verbannten und den Delatoren, die das Verhältnis der führenden Gruppen der Gesellschaft untereinander ebenso wie dem Princeps gegenüber beeinflußten. Der Autor greift dabei Gamaufs juristische Überlegungen zur *abolitio* und zur *indulgentia principis* auf und stellt sie in einen politik- und sozialhistorischen Rahmen.

Im Beitrag von Karl Strobel erscheint die Amnestie als eines von mehreren rechtlichen Instrumenten, die während der Prinzipatszeit bei inneren Machtkämpfen im Gefolge von dynastischen Krisen respektive Usurpationen der siegreichen Partei zur Verfügung standen, um nach dem Ende des Konfliktes die Lage zu beruhigen und die eigene Position zu festigen.

Der Beitrag von Andrea Jördens offenbart eine deutliche Zäsur zwischen dem ptolemäischen und römischen Ägypten. Unter römischer Herrschaft wird das Instrument der Amnestie, das unter den Lagiden noch herrschaftsstabilisierende Bedeutung besessen hatte, und zwar sowohl in realer Hinsicht als auch unter ideologischer Perspektive, nicht mehr als politisches Instrument eingesetzt, unter anderem wohl aus dem Grund, weil Rom seine Herrschaft in den Provinzen nach Möglichkeit durch die Anwendung administrativ-bürokratischer Prinzipien zu legimitieren suchte.

Damit ist ein weiterer roter Faden angesprochen, der diesen Band durchzieht, nämlich das Thema der Instrumentalisierung von Amnestien für ideologische Zwecke in monarchischen Herrschaftsformationen. Der Bogen spannt sich dabei von den frühesten Epochen des Altertums bis in die Spätantike, die Gegenstand des letzten Abschnittes ist (Leppin und Mitthof). Gerade am Beispiel des spätantiken (christlichen) Kaisers läßt sich nämlich aufzeigen, daß Generalamnestien für Bürgerkriegsgegner oder aber für ausgewählte Straftaten und Fiskalschulden nicht nur dem „profanen“ Zweck der Wiederherstellung der inneren Ordnung nach einer Phase der Herrschaftskrise dienten, sondern darüber hinaus auch als legitimationsstiftende

Akte mehr oder minder regelmäßig feierlich inszeniert wurden, um die Machtfülle und wohltäterische Rolle des Herrschers hervorzukehren und damit das Herrschertum ideologisch zu festigen — ganz ähnlich wie etwa schon im Falle des Pharao. Besonders verblüffend sind in diesem Zusammenhang die spätantiken Osterindulgenzen, die offenkundig auf eine Parallelisierung des herrscherlichen Handelns mit dem Heilswirken Christi abzielten.

Abschließend möchten wir den Institutionen danken, welche die Tagung und die Drucklegung des Bandes unterstützt haben. Förderer der Tagung waren das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung (BMWF), die Historisch-Kulturwissenschaftliche Fakultät der Universität Wien, die Österreichische Akademie der Wissenschaften (ÖAW) und die Kulturabteilung der Stadt Wien. Die Drucklegung des Bandes wurde durch eine Förderung des österreichischen Wissenschaftsfonds FWF ermöglicht.

Ein ganz besonderer Dank gilt überdies Theresia Pantzer, die uns bei der Erstellung des Bandes eine unschätzbare Hilfe war.

Die Herausgeber Pfingsten 2013

ALTER ORIENT
UND
ALTES ÄGYPTEN

GERHARD RIES (MÜNCHEN)

DER ERLASS VON SCHULDEN IM ALTEN ORIENT ALS OBRIGKEITLICHE MASSNAHME ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

I. Strafrecht

Das Generalthema des Kolloquiums lautet „Amnestie im Altertum". Versteht man unter Amnestie den hoheitlichen Verzicht auf die Realisierung von Strafrecht, so enthalten die Quellen des Alten Orients wenig Einschlägiges.

1. Ursprüngliche Straffreiheit

Das Strafrecht nimmt zwar in den überlieferten keilschriftlichen Gesetzen einen großen Raum ein, doch enthalten eben diese Gesetze keinen Hinweis auf die Möglichkeit des generellen Verzichts auf den Strafanspruch. Gelegentlich ist zwar davon die Rede, dass ein bestimmtes Verhalten eine Strafe nicht nach sich zieht.[1] Diese Bestimmungen betreffen jedoch nicht den Verzicht auf die Verwirklichung des Strafanspruchs, sondern lediglich die Feststellung, dass das tatbestandsmäßige Verhalten von vorne herein nicht strafbar sein sollte. In den keilschriftlichen Gesetzen sind Amnestien, also der auf eine unbestimmte Zahl von Straftätern bezogene Verzicht auf die Verwirklichung des Strafanspruchs, auch nicht andeutungsweise zu erkennen.

2. Begnadigung

Etwas anders stellt sich das Rechtsinstitut der Begnadigung dar, bei der nach der üblichen Definition nicht allgemein, sondern nur auf einen Einzelfall bezogen vom Strafanspruch nicht Gebrauch gemacht wird. So verpflichtet § 129 CH den König dazu, einen Ehebrecher zu begnadigen, wenn der betrogene Ehemann seiner ehebrecherischen Gattin verziehen hat. Ebenfalls im Zusammenhang mit der Strafbarkeit des Ehebruchs sagt § 198 HG, der König könne die Ehebrecher am Leben lassen, also begnadigen, selbst dann,

---

[1] Z. B. § 115 CH; § 12 MAG, Taf. 1; § 197 HG.

wenn der betrogene Ehemann deren Hinrichtung verlangt. Ein Begnadigungsrecht des Königs sieht § 199 HG für die Sodomie mit Schweinen oder Hunden vor, die an sich ein todeswürdiges Verbrechen darstellten. Solche Vorschriften über die Begnadigung durch den König stellen allerdings die seltene Ausnahme dar. Verfehlt wäre es jedoch, allein aus diesem Umstand auf eine enge Begrenzung des Rechts des Königs, auf Strafen zu verzichten, zu schließen. Die Straftatbestände der Gesetze betreffen zum größten Teil private Rechtsgüter wie Eigentum, Gesundheit, Leben, Ehe und Familie. Bezüglich solcher Rechtsgüter hat es den Anschein, dass die Strafgewalt noch in den Händen des Verletzten gelegen hat und damit der Disposition des Staates weitgehend entzogen war. Straftaten, die sich gegen die staatliche Ordnung und nicht gegen individuelle Rechtsgüter richteten, sind in den Gesetzestexten nur am Rande behandelt, wie etwa die Bestimmungen über das Lehensrecht im CH.[2] Hoch- oder Landesverrat, also die zentralen Straftaten gegen den Staat, sind in den Gesetzescorpora nicht normiert. Solche Delikte sind aber selbstverständlich strafrechtlich geahndet worden.[3] Bei dieser Art des staatlichen Strafrechts hatte der Strafanspruch in der Hand des Herrschers gelegen, sodass dieser auch auf ihn in der Form von Amnestie oder Begnadigung verzichten konnte. Freilich sind die Belege hierfür gering, doch lässt sich immerhin ein Brief aus neuassyrischer Zeit[4] heranziehen, in dem ein Untertan an die Milde des Herrschers Assurbanipal in Zusammenhang mit der Verurteilung wegen eines Staatsdelikts appelliert.[5]

3. Amnestie

a. In den Reformtexten des UruKAgina von Lagaš?

Eine Generalamnestie für jegliche Art von Verbrechern nimmt Steinkeller an aufgrund einer viel diskutierten Passage der sog. Reformtexte des Königs UruKAgina von Lagaš (24. Jhdt. v. Chr.).[6] In diesen Texten berichtet der König über Missstände in seinem Reich und die Maßnahmen, die er zu deren Behebung ergriffen hat. Der Text[7] lautet: dumu lagaš^{ki} ur$_5$-ra ti-la gir gub-ba še si-ga níg zuh-a sag giš ra-a é ÉŠ-bi e-luh ama-gi$_4$-bi e-gar.

[2] §§ 26–41.

[3] Z. B. im Prozess wegen Hochverrats gegen Nebukadnezar II., der mit der Hinrichtung des Angeklagten endet, AfO 17, 2.

[4] ABL Nr. 791, Zeile 5–6.

[5] Vgl. hierzu auch M. San Nicolò, „Begnadigung“, RlA I (1928) 467–468.

[6] Steinkeller (1991) 227ff. (232).

[7] Ukg 4 XII 13–22 = Ukg 5 XI 20–29.

Steinkeller gibt diese Stelle in deutlicher Abweichung von den bisherigen Übersetzungen wieder: „The citizens of Lagash — the one who had set up a (false) gur-measure (and) the one who had (improperly) filled (the accurate gur-measure) with barley, the thief, (and) the murderer — he swept their prison clean (of them) (and) established their freedom.“[8] Er weist dabei auf die Einzigartigkeit dieser (vielleicht nie verwirklichten) Maßnahme einer generellen Amnestie für Straftäter in der altmesopotamischen Rechtsgeschichte hin und hält allein den Umstand, dass an eine derartige Maßnahme gedacht wurde, für einen Ausdruck des „uniquely humane character of the early Sumerian social and legal institutions.“

Auch wenn Steinkeller zuzustimmen ist, dass in der Quellen zum altmesopotamischen Recht kein einziger (weiterer) Anhaltspunkt für die Begnadigung im Gefängnis verwahrter Verbrecher und schon gleich nicht für eine Generalamnestie überliefert ist, stößt diese Interpretation der Stelle aus verschiedenen Gründen auf deutliche Bedenken:

1) Sie geht davon aus, dass das altmesopotamische Recht die Freiheitsstrafe gekannt hat. Dafür gibt es jedoch — sieht man von der Zwangsarbeit als Strafe in mittelassyrischer Zeit (Mitte 2. Jahrtausend v. Chr.) ab, die aber nie im Zusammenhang mit der Verwahrung des Täters in einem Gefängnis steht,[9] keine Nachweise. Für die von Steinkeller hier angenommenen Verbrechen des Betrugs mit falschen Maßen oder durch falsches Zumessen, für Diebstahl und Mord sehen alle bekannten gesetzlichen Vorschriften entweder Vermögensstrafen[10] oder die Todesstrafe[11] vor. Auch wenn wir über das Strafensystem zur Zeit UruKAginas nichts Näheres wissen, ist es doch ganz unwahrscheinlich, dass die Freiheitsstrafe zur Zeit dieses Herrschers existiert hatte und ab dem Codex Urnamma von der Bildfläche verschwunden ist.
2) Steinkeller setzt Schuldhäftlinge auf eine Ebene mit Betrügern, Dieben und Mördern. Sie alle seien Verbrecher (felons). Dass altorientalische Herrscher jedoch Schuldhäftlinge mit ganz anderen Augen angesehen haben als Betrüger, Diebe und Mörder, zeigen die politischen Maß-

[8] Steinkeller (1991) 232.
[9] Dazu Driver – Miles (1935) 366: „it is obvious that the work would be carried out under the orders of the king or under the supervision of royal officers.“ Vermutungen über den Ort, an dem diese Arbeit verrichtet wurde, stellen Driver und Miles nicht an.
[10] § P CH.
[11] § 108; 6 CH; § 1 CU.

nahmen zur Entschuldung der Bevölkerung, die uns in der gesamten altorientalischen Geschichte begegnen. Entschuldung haben die Herrscher nur denen zugestanden, die ihren privaten oder öffentlichen Verpflichtungen nicht nachkommen konnten, niemals aber Personen, die sich eines Verbrechens schuldig gemacht haben.

3) Die Annahme von Maßfälschung und unredlicher Zumessung von Waren im vorliegenden Text ist nur aufgrund gedanklicher Ergänzungen möglich, von denen jedoch keine zwingend ist. Steinkeller macht aus den positiven Formulierungen gur gub-ba, „das gur(-Maß) aufstellen" und še si-ga „mit Gerste füllen" jeweils negative Inhalte,[12] bleibt aber den Nachweis für diese Umkehrung schuldig.

4) Die Ausdrücke níg zuḫ-a und sag-giš-ra sind in lexikalischen Listen vorwiegend als Bezeichnungen von Verbrechensarten (Diebstahl, Mord) und nicht von Verbrechern (Dieb, Mörder) angegeben.[13] Von allen bisherigen Interpreten der Aussage UruKAginas nimmt nur Steinkeller die Bedeutung „Dieb" bzw. „Mörder" an. Nur aufgrund dieser lexikalisch schwer belegbaren Deutung kann er die Theorie der Amnestie aufrechterhalten.

b. Im Friedensvertrag zwischen Hattušili III. und Ramses II.

Eine Amnestie enthalten die Bestimmungen der §§ 17 und 18 des Friedensvertrages zwischen dem Hethiterkönig Hattušili III. und dem ägyptischen Pharao Ramses II. aus dem Jahr 1270 v. Chr. Der Friedensvertrag sieht die Pflicht der vertragsschließenden Herrscher vor, Personen, die in das jeweils andere Land geflohen waren, in ihr Heimatland zurückzuführen. Beide Herrscher verzichten aber in den §§ 17 und 18 auf die Bestrafung dieser wieder in ihre Gewalt überführten Flüchtlinge mit den Worten: „und ihr Vergehen soll man ihnen nicht anrechnen, und ihre Zungen und ihre Augen soll man ihnen nicht herausreißen, und ihre Ohren und ihre Füße soll man nicht abschneiden, und ihre Häuser mit ihren Frauen und ihren Kindern soll

---

12 Steinkeller (1991) 232 A. 27.

13 Zu „Dieb" vgl. MAOG 1/2, 10, 173: nì-zuḫ-a = *šur/šu-ur-qu* „Diebstahl", allerdings auch MSL 16, J 210: níg-zuḫ-a = *šar-ra-qu* „Dieb". „Dieb" wird aber in der Mehrzahl der lexikalischen Listen mit lú-(níg)-zuḫ-(a) = *ša-ra-qum* angegeben, vgl. MSL 12, 87–147, A 281; 134; B IV 31–32; STT 382 x 8; MSL 12, 236 VIII 8. Zu „Mörder" vgl. MSL 16, XXI 303–304: sag.giš.ra, sag.giš.ra.ra = *nir-tum né-e-rum* „einen Mord begehen". „Mörder" ist m.W. in lexikalischen Listen nur als lú.sag.giš.ra = *ša ne-er-tim* „der (Mann) des Mordes" belegt, vgl. MSL 12, 87–147, A 114.

man nicht vernichten."[14] Da die Straftat, für die die Amnestie gewährt wird, nicht näher bestimmt und überdies im Singular gehalten ist („ihr Vergehen"), darf man wohl davon ausgehen, dass die Amnestie allein das Vergehen der Flucht in das jeweils andere Land betroffen hatte. Dies ist ein klassischer Fall des Strafrechts zum Schutze des Staates, da diese Taten private Interessen nicht berührten. In der reichen Überlieferung altorientalischer Staatsverträge, die sich über den Zeitraum von fast drei Jahrtausenden erstreckt, ist diese Form der beiderseitigen Amnestie allerdings sonst nicht belegt. Als solche zeigt sie aber eindrucksvoll, dass zumindest auf dem Gebiet des politischen Strafrechts die Strafgewalt des Herrschers uneingeschränkt war. Sie war — soweit keine Vertragsbindung vorlag — weder materiellrechtlich normiert, noch war der Herrscher verpflichtet, auf einer Bestrafung zu bestehen. Vielleicht spielt Hammurabi auf diese ganz arbiträre Strafgewalt an, wenn er sich im Prolog seiner Gesetze rühmt, die Bevölkerung der von ihm eroberten Städte begnadigt zu haben[15]. Ähnliche Aussagen enthält der berühmte „Cyrus-Zylinder", in dem der Archämeniden-Herrscher Kyros zu seinem eigenen Lob erwähnt, er habe die im Krieg besiegten Feinde am Leben gelassen und begnadigt.[16]

Trotz all dieser Ansätze: Amnestien und Begnadigungen sind im alten Orient nur schwer in konkreter Form nachweisbar. Verrechtlicht sind sie nur in ganz geringem Umfang.

II. Königliche Schuldenerlasse

1. Biblisches Erlassjahr

Erweitert man den Begriff der Amnestie und der Begnadigung über den strafrechtlichen Bereich hinaus zu dem allgemeinen Gedanken, dass der Herrscher durch allgemeine Verfügungen Belastungen von der Bevölkerung genommen hat, so eröffnet die Rechtsgeschichte des Alten Orients ein sehr weites Feld. Es handelt sich um hoheitliche Maßnahmen zur Beseitigung wirtschaftlicher Belastungen. Bis zur Entzifferung der sumerisch-akkadischen Keilschrift und der Enträtselung der in dieser Schrift verfassten Texte ab der Mitte des 19. Jahrhunderts hatte es den Anschein, dass die Überlieferungen des Alten Testaments zur Beseitigung von privaten Schuldverhältnissen und Aufhebung von Schuldknechtschaftsverhältnissen die älteste

---

[14] Vgl. E. Edel, TUAT I, 149–150 mit Lit. 135–136.
[15] Vgl. CH Kolumne 2, Zeile 32: Larsa; CH Kolumne 4, Zeile 29: Mari und Tuttul.
[16] Rawlinson – Prinches (1884) 5 R 35:19 (Cyr.).

Überlieferung in der Rechtsgeschichte der Menschheit über staatlich verfügte Maßnahmen zum Schutz für wirtschaftlich und sozial benachteiligte Teile der Bevölkerung dargestellt haben. Deuteronomium Kapitel 15, Vers 1–2, 7–10 und 12 berichtet über das sogenannte Erlassjahr, das alle sieben Jahre zu halten war. In diesem Jahr waren — grob gesagt — Schulden unter Hebräern ersatzlos aufzuheben und Schuldknechtschaftsverhältnisse zu beseitigen.

2. Parallelen im Recht des Alten Orient

a. Allgemeine königliche Erklärungen zur Sozialpolitik

Dass diese Art staatlicher Wirtschafts- und Sozialpolitik deutliche Entsprechungen in der Überlieferung des Alten Orients hatte, hat sich schon bald nach der Enträtselung der Keilschriften und der in diesen geschriebenen Sprachen herausgestellt. Texte wurden bekannt, in denen sich altorientalische Herrscher rühmten, als Beschützer von Armen und wirtschaftlich Schwachen gewirkt zu haben. Solche Aussagen waren zunächst von eher allgemeiner Natur, enthalten in Königsinschriften, in denen bereits ab der Mitte des 3. Jahrtausends Aussagen enthalten waren wie:

> „Er (der Herrscher Entemena) bestimmte die Freiheit (der Stadt Lagaš). Zur Mutter ließ er deren Kinder, zu den Kindern ihre Mutter zurückkehren. Freiheit von Dienstgerste bestimmte er … er bestimmte die Freiheit der Bürger (der Städte) Uruk, Larsa und Patibira."

oder die berühmte Aussage des Herrscher UruKAgina von Lagaš in seinen Reformtexten: „UruKAgina ging mit Ningirsu (dem Stadtgott von Lagaš) eine Verpflichtung darüber ein, dass er die Witwen und Waisen nicht dem Mächtigen verpfänden werde." Dieser Text ist etwa zwei Generationen jünger als der des Herrschers Entemena.[17] Dieselbe Thematik haben später auch Gesetzgeber in die Prologe ihrer Gesetze aufgenommen. So rühmt sich etwa König Urnammu von Ur um 2100 v. Chr. im Prolog seiner Gesetze: „Die Waise hat er nicht dem Reichen, die Witwe nicht dem Mächtigen, dem Mann, der nur einen Sekel hat, nicht demjenigen, der eine ganze Mine hat, den Mann, der nur ein Schaf hat, nicht dem Mann, der ein Rind hat, verpfändet." Ähnliche Gedanken enthält auch der Prolog des CH.[18] Von vergleichbar allgemeiner Natur waren die Hinweise in altbabylonischen Datenformeln darauf, dass der Herrscher Freiheit, bzw. gerechte Ordnung

---

[17] Dazu Edzard (1974) 145ff.

[18] Vgl. Kol. R. 24, Z. 59–62.

im Lande gesetzt hat.[19] Ursprünglich hat man diese Texte für allgemeine und unverbindliche Propaganda gehalten und allenfalls einen Bezug zu Gesetzesbestimmungen hergestellt, die offensichtlich den Schutz von wirtschaftlich und sozial schwachen Personen bezwecken sollten, wie etwa die Festsetzung von Höchstzinsen für Darlehen im Codex Urnamma und in den Gesetzen Hammurabis sowie die berühmte Vorschrift des § 117 CH über die Begrenzung der Schuldknechtschaft auf drei Jahre.[20]

b. Schuldenerlasse

Etymologie von *mīšarum*

Nachdem dann in der Mitte des 20. Jahrhunderts mehrere Texte aus altbabylonischer Zeit (späte zweite Hälfte des 2. Jahrtausends v. Chr.) veröffentlicht wurden, in denen das Wort „gerechte Ordnung“ (*mīšarum*), das schon aus den propagandistischen Texten bekannt war, eine zentrale Rolle spielte, hat sich das Verständnis dieser Aussagen verändert und verbessert. Es handelt sich hauptsächlich um Bruchstücke eines Erlasses des Königs Ammi-Ṣaduqa von Babylon, in denen in mindestens zweiundzwanzig Bestimmungen der Inhalt von Schuldenbefreiungen und Aufhebungen von Schuldsklavereiverhältnissen geregelt sind.[21] In acht dieser Bestimmungen motiviert der König seine Maßnahme mit den Worten: „weil der König Gerechtigkeit (*mīšarum*) für das Land wieder hergestellt hat.“ Die Etymologie des Wortes *mīšarum* ist dabei sehr aussagekräftig: Es ist eine Nomenform, die von dem Wort *ešērum* abgeleitet ist, das die Bedeutung „in Ordnung sein bzw. kommen“ hat und mit dem sumerischen Wort si-sá geglichen wird, das sich zusammensetzt aus dem Wort für „Horn“ (si) und „gerade sein“ oder „gerade richten“ (sá). Das damit gemeinte Bild ist klar: Durch *mīšarum* werden krumme Verhältnisse wieder gerade gebracht, im Wirtschafts- und Sozialleben aus dem Ruder gelaufene Vermögensverhältnisse. Auch das Wort für Freiheit (*andurārum*), das in engem Zusammenhang mit solchen königlichen Verfügungen steht, wird in seiner ursprünglichen Bedeutung durch die Gleichung mit dem sumerischen Wort ama.gi/gi_4 erklärt: ama ist die Mutter, und gi/gi_4 bedeutet zurückkehren. Freiheit ist also die Rückkehr des Kindes zu seiner Mutter, worin man unschwer die Aufhebung von Kindesverkäufen erkennen kann, die uns aus nahezu allen Perioden des altorientalischen Rechts gut bezeugt ist.

---

[19] Belege bei Kraus (1984) 16ff.
[20] Dazu Ries (1983) 56ff.
[21] Dazu Kraus (1984) 154ff.

Allgemeiner Charakter der Maßnahmen

Für die Charakterisierung solcher Maßnahmen ist von Bedeutung, dass sich die Aufhebung nur auf Schulden aus dem Privatleben bezog und Schulden aus kommerziellen Gründen ausdrücklich ausgenommen waren. Andererseits wurden nicht nur Schulden gegenüber privaten Gläubigern erlassen, sondern auch Schulden, die gegenüber der öffentlichen Hand bestanden hatten. Der König griff also bei diesen Maßnahmen nicht nur in die Tasche der privaten Gläubiger, sondern auch in die eigene.

Textüberlieferung

Aus einem Tafelfragment aus der Zeit des Königs Samsuiluna von Babylon, dem Nachfolger und Sohn Hammurabis, das einen kleinen Teil des Ammi-Ṣaduqa Edikts nahezu wörtlich enthält,[22] kann man schließen, dass der Text solcher Edikte wohl weitgehend tralatizischer Art war. Ein weiteres wesentliches Element von *mīšarum*-Akten dürfte jedoch auch die — weder bei Samsuiluna noch bei Ammi-Ṣaduqa belegte — Aufhebung von Grundstücksverkäufen sein, die vom Verkäufer aus wirtschaftlicher Not getätigt worden waren. Darüber sind wir aus einer Reihe von Grundstücksverkaufsurkunden unterrichtet, die erwähnen, dass der Verkauf zeitlich nach einem *mīšarum*- Akt stattgefunden hat.[23] Mit solchen Klauseln versuchten sich die Käufer von Grundstücken davor abzusichern, dass der Verkäufer das Geschäft unter Berufung auf einen *mīšarum*-Akt rückgängig zu machen versuchte. Vergleichbare Klauseln sind auch bei Darlehensurkunden überliefert.[24] Damit wollte sich der Gläubiger gegen die Berufung des Schuldners auf Schuldbefreiung wegen eines *mīšarum*-Akts absichern.

Vorhersehbarkeit des Schuldenerlasses

Von der Sache her deckt sich diese königliche Maßnahme mit dem deuteronomischen Erlassjahr in so fern, als Schuldverhältnisse und Schuldsklavereiverhältnisse beseitigt wurden. Anders als im Alten Testament waren im Alten Orient solche Maßnahmen jedoch nicht absehbar. Die Durchsicht der meist gut datierbaren Belege über den Erlass von *mīšarum*-Akten hat keine feste Periodizität, insbesondere keinen Sieben-Jahres-Rhythmus, gezeigt.[25]

---

[22] Text bei Kraus (1984) 154ff.
[23] Belege bei Kraus (1984) 33ff.
[24] Belege bei Kraus (1984) 55.
[25] Anders Finkelstein (1965) 243ff., der einen solchen Zyklus zu erkennen glaubt, doch reichen die Nachweise für diese Annahme nicht aus.

Vorhersehbar war der *mīšarum*-Akt allerdings in gewisser Weise insofern, als er offensichtlich sehr häufig zu Beginn der Herrschaft eines Königs erlassen wurde. Auch der Text des Edikts Ammi-Ṣaduqa stammt vom Beginn seiner Herrschaft. Man fühlt sich unwillkürlich erinnert an Amnestien in moderner Zeit, die mit ähnlichen Anlässen verbunden sind: etwa der Inthronisation von Juan Carlos von Spanien oder der Amtseinführung eines neuen französischen Präsidenten.

Versuche zur Abwendung der Folgen von Schuldenerlassen

Der Zweck solcher Maßnahmen war also offensichtlich nicht nur, wirtschaftliche Schieflagen ins Gleichgewicht zu bringen, sondern auch, sich die Gunst breiter Bevölkerungsgruppen zu sichern. Auch wenn der König mit solchen Maßnahmen in die eigene Tasche griff, in fremde Taschen griff er natürlich auch und schaffte sich bei Darlehensgläubigern, Eigentümern von Schuldsklaven und Grundstückskäufern keine Freunde, insbesondere, weil für diese Maßnahmen offenbar keine Entschädigung vorgesehen war. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass wir von vielen Versuchen wissen, die nachteiligen Folgen dieser Maßnahmen zu vermeiden. Dafür gab es im Wesentlichen drei Ansätze: Zum einen Vermerke in Vertragstexten, die festhielten, dass die Urkunde zeitlich nach einem *mīšarum*-Akt geschlossen worden ist. Der mit dem nächsten, zeitlich nicht absehbaren *mīšarum*-Akt bedrohte Vertragspartner hat dies offensichtlich in der Hoffnung getan, dass sich das Vertragsverhältnis bis zum nächsten *mīšarum*-Akt erledigt, also etwa das Darlehen zurückgezahlt oder der Schuldsklave ausgelöst worden ist. Bemerkenswert ist, dass diese Klausel auch beim Kauf von Grundstücken und sogar von Mobilien[26] zu finden ist, bei denen die Übertragung des Rechts — anders als beim Darlehen — typischerweise gerade nicht auf eine bestimmte Zeit beschränkt, sondern auf Dauer angelegt ist. Vielleicht haben wir es hier aber mit Lösungskäufen zu tun, bei denen der Kaufgegenstand vom Verkäufer ausgelöst werden konnte. Die zweite Methode, den Wirkungen des *mīšarum*-Akts zu entgehen, war eine vertragliche Vereinbarung, nach der das Rechtsgeschäft vom *mīšarum*-Akt nicht betroffen sein soll.[27] Die Nachweise dazu sind nicht sehr häufig, was vielleicht dafür sprechen könnte, dass dieser Art von Vertragskautel in der Praxis wenig Erfolg beschieden war. Die letzte Methode schließlich war offensichtlich,

[26] CT 8, 35b.

[27] Vgl. etwa ARM 8, 33: KÙ.BABBAR- *šu-ú an(!)-du-ra-ru-um li-iš-ša-ki-in-ma ul id-da-ar-ra-ar* „Dieses Silber wird, auch wenn Freiheit gesetzt werden sollte, nicht erlassen werden", ähnlich AT 65 (Sklavenkauf), VS 7, 204 (Feldkauf).

Vertragsurkunden, die vom *mīšarum*-Akt betroffen waren, nachträglich so umzuformulieren, dass er sie nicht mehr erfassen konnte. Ein Beispiel dafür wäre die Umformulierung eines Privatdarlehens (vom Ammi-Ṣaduqa-Edikt annulliert) in ein kommerzielles Darlehen, das vom selben Edikt gerade nicht erfasst war. Dass diese Art von Urkundenfälschung möglich war, wissen wir aus der Technik der Tontafel-Inschriften: Die Urkunden, welche meistens nur luftgetrocknet waren, konnten partiell so aufgeweicht und geglättet werden, dass ein neuer Text über einen alten geschrieben wurde.[28] Diese Art der Urkundenfälschung wurde jedoch streng geahndet. § 7 des Ammi-Ṣaduqa-Edikts sieht vor, dass ein dieser Fälschung überführter Gläubiger das Sechsfache des Schuldbetrags zu bezahlen hat und im Fall der Zahlungsunfähigkeit sogar der Todesstrafe unterliegt.

Effizienz der Versuche zur Abwendung der Folgen

Diese drei Arten von Maßnahmen waren von unterschiedlicher Wirksamkeit. Der Vermerk „zeitlich nach dem Erlass des *mīšarum*-Akts" war wirkungslos, wenn nachgewiesen werden konnte, dass die Annullierung des Geschäfts inzwischen durch einen neuen Erlassakt stattgefunden hat. Die Urkundenfälschung konnte sicher sehr effizient sein, war aber immer mit der Gefahr verbunden, entdeckt zu werden. Die vertragliche Abbedingung der Anwendbarkeit des *mīšarum*-Akts erscheint auf den ersten Blick wenig sinnvoll, denn man geht bei unbefangener Betrachtung davon aus, dass die zum Schutz des schwächeren Vertragspartners erlassenen *mīšarum*-Akte nicht der vertraglichen Disposition der Parteien offengestanden, sondern zwingendes Recht dargestellt haben. Die wenigen Belege, die über Rechtsstreitigkeiten mit Bezug auf *mīšarum*-Akte berichten,[29] geben dazu keine Auskunft.

Antikrechtlich rechtsvergleichend betrachtet gibt aber ein Blick in den Babylonischen Talmud doch zu denken. Dieser sieht vor, dass man durch vertragliche Vereinbarung die Anwendbarkeit der Normen des Deuteronomium über den Schuldenerlass nach Ablauf von sieben Jahren ausschließen konnte. Mit dem Wort „Prosbul" hat sich dafür sogar ein (aus der griechischen Sprache stammender) Terminus etabliert. Gemeint ist damit eine Art von Protest gegen den Verfall einer Schuld im Erlassjahr, der in den Vertragstext aufgenommen werden musste. Nach Auskunft des Talmud

[28] Vgl. § 48 CH, Z. 14, wonach eine Schuldurkunde mit dieser Methode hinsichtlich der Zinspflicht geändert werden sollte.
[29] Z. B. TCL 10, 105; UET 5, 253, 263; CT 6, 42a; Strassmaier (1881) 30; VS 7,7.

wurde diese Möglichkeit zugelassen, um zu verhindern, dass Kredite an arme Leute in Erwartung des Erlassjahres nicht mehr ausgereicht wurden.[30] Offenbar hat die Androhung göttlichen Zorns bei solchem Verhalten nicht die entsprechende Wirkung getan, die sich das Deuteronomium erwartet hat. Ob diese zweckorientierte Gesetzesauslegung auch im keilschriftlichen Alten Orient Befürworter hatte, lässt sich nicht sagen. Ein — nicht allzu aussagekräftiges — Argument lässt sich allein daraus gewinnen, dass von dieser Möglichkeit nach Lage der uns bekannten Quellen offenbar wenig Gebrauch gemacht worden ist. Das spräche, wenn man hier dem *argumentum e silentio* folgt, eher gegen die Effektivität solcher Klauseln.

III. Schuldenerlasse in vergleichender Betrachtung

Die Schuldenbefreiung zum Zweck der Neuordnung wirtschaftlicher Verhältnisse ist eine Maßnahme, die sich über die Zeiten hinweg immer wieder belegen lässt. Ich erinnere nur beiläufig an die weitgehend befriedigten Bitten der Reformregierungen nach den großen politischen Umwälzungen 1990, die auf den Erlass von Staatsschulden gerichtet waren. Entschuldung durch Zeitablauf findet sich in den Regeln der sog. Restschuldbefreiung nach der Insolvenzordnung aus jüngerer Zeit.[31] Dass hier als Zeitraum des Wohlverhaltens des Schuldners zunächst gerade sieben Jahre gewählt wurden, ist nach mündlicher Auskunft eines Mitglieds der Gesetzgebungskommission auf reinen Zufall und nicht auf die Orientierung am Recht des Deuteronomiums zurückzuführen. Inzwischen hat man diese Frist zugunsten des Schuldners auf sechs Jahre herabgesetzt.[32] Aus der Antike sei nur noch kurz erwähnt, dass eine der Maßnahmen, die die Solonische Gesetzgebung begleitet haben, die staatlich verordnete Entschuldung der Bürgerschaft war, die — ebenso wie im Alten Orient und im Deuteronomium — auch die Schuldknechtschaft betroffen hat.[33] Der Unterschied der Solonischen Maßnahmen war allerdings, dass er der Überlieferung nach die Schuldknechtschaft als Institution aufgehoben hat, eine Maßnahme, zu der sich das Recht des Alten Orients ebenso wenig entschließen konnte wie das altisraelische Recht.

Vergleicht man die Struktur der altorientalischen Sozialmaßnahmen mit der modernen Sozialgesetzgebung, so zeigen sich fundamentale Unterschiede:

---

30 Vgl. M Shevi'it 10, 3–4; B Gittin 36 a; Falk (1981) 41; R. Mayer, Babylonischer Talmud 316–317.

31 §§ 286–303 Deutsche Insolvenzordnung.

32 § 287 II, 1 Deutsche Insolvenzordnung.

33 Ath. Pol. 12, 4; Plut. Solon 15, 6.

Das altorientalische Recht kannte wenig Prävention zum Schutz des sozial Schwächeren. Die Freiheit der vertraglichen Vereinbarungen wurde nur ganz sporadisch (etwa bei der Festsetzung der Höchstzinsen) eingeschränkt. Dazu kam das Prinzip der Privatvollstreckung durch den Gläubiger gegen den Schuldner, das bis zur Versklavung des Schuldners führen konnte. Auf dieser Grundlage konnten sich im Alten Orient sehr rasch soziale Ungleichgewichte bilden, die man dann aber reaktiv durch die *mīšarum*-Edikte einzudämmen versucht hat. Das moderne Sozialrecht setzt dagegen im privaten Bereich der inhaltlichen Abschlussfreiheit dann enge Grenzen, wenn typischerweise arme und reiche Vertragsparteien in vertraglichen Kontakt treten. So etwa im Bereich des Arbeits- oder Wohnungsmietrechts. Im öffentlich-rechtlichen Bereich des Sozialrechts wird versucht, durch staatliche Beihilfen den Bedürftigen zu Hilfe zu kommen, um auch damit soziale Schieflagen zu verhindern.[34] All diese Maßnahmen scheinen aber in jüngster Zeit nicht mehr auszureichen, um den sozialen Frieden zu gewährleisten. Deswegen hat man jetzt auf eine Methode zurückgegriffen, die uns aus der Antike und insbesondere aus dem Alten Orient gut bekannt ist: die Aufhebung privater Schuldverpflichtungen auf der Basis der Verbraucherinsolvenz. Dass man damit heute wie damals in die Taschen von privaten Personen greift, indem man ihnen Forderungen entzieht, ist offensichtlich. Dass der Staat für solche Maßnahmen im Alten Orient keine Verpflichtung zur Entschädigung gesehen hat, erscheint für die altorientalischen Rechte nicht überraschend, unter dem Gesichtspunkt des modernen Eigentumsschutzes ist es aber doch bedenklich, die durch die Restschuldbefreiung geschaffene Entziehung einer Forderung auch heute noch — wie vor mehreren Jahrtausenden — ohne Entschädigung zuzulassen.

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS UND BIBLIOGRAPHIE

ABL: R. F. Harper, *Assyrian and Babylonian Letters*, Chicago, 1892–1914.
AfO: Archiv für Orientforschung, Berlin 1923.
ARM: Archives royales de Mari, traduction, Paris 1950 = TCL 22–31.
AT: D. J. Wiseman, *The Alalakh Tablets*, London 1953.
Babylonischer Talmud: R. Mayer, *Der Babylonische Talmud, ausgewählt, übersetzt und erklärt von Reinhold Mayer*, München 1963.
CH: Codex Hammurabi.
CT: Cuneiform Texts from Babylonian Tablets in the British Museum, London 1896.
CU: Codex Urnamma.
HG: Hethitische Gesetze.

[34] Vgl. Ries (1981) 379ff.

MAG: Mittelassyrische Gesetze.
MAOG: Mitteilung der Altorientalischen Gesellschaft, Leipzig 1925.
MSL: B. Landsberger u.a., *Materialien zum sumerischen Lexikon/Materials for the Sumerian Lexicon*, Rom 1937.
RlA: Reallexikon der Assyriologie und Vorderasiatischen Archäologie, Berlin 1928.
STT: O. R. Guerney – J. J. Finkelstein, *The Sultantepe Tablets I/II*, London 1957/1964.
TCL: Textes cunéiformes, Museé du Louvre, Paris 1910.
TUAT: Texte aus der Umwelt des Alten Testaments, Gütersloh 1982.
UET: Ur Excavation Texts, London 1928.
UKg: UruKAgina, Kegel B und C, in: F. Thuraeu-Dangin, *Die Sumerischen und Akkadischen Königsinschriften*, Leipzig 1907, 47–54.
VS: Vorderasiatische Schriftdenkmäler der (Königl.) Museen zu Berlin, Berlin 1907.

Driver – Miles (1935): G. R. Driver – J. C. Miles, *The Assyrian Laws*, Oxford 1935.
Edzard (1974): D. O. Edzard, *„Soziale Reformen" im Zweistromland bis ca. 1600 v. Chr.: Realität oder literarischer Topos?*, Acta Antiqua 22 (1974) 145–156.
Falk (1981): Z. W. Falk, *Law and Religion, The Jewish Experience*, Jerusalem 1981.
Finkelstein (1965): J. J. Finkelstein, *Some New Misharum Material and Its Implications*, Assyriological Studies 16 (1965) 233–246.
Kraus (1984): F. R. Kraus, *Königliche Verfügungen in altbabylonischer Zeit*, Leiden 1984.
Rawlinson – Prinches (1884): H. C. Rawlinson – T. G. Prinches, *A Selection from the Miscellaneous Inscriptions of Assyria and Babylonia*, London 1884 (= The Cuneiform Inscriptions of Western Asia, Bd. 5, London 1884).
Ries (1981): G. Ries, *Sozialrecht in Altmesopotamien*, Vierteljahresschrift für Sozialrecht 4 (1981) 379–389.
Ries (1983): G. Ries, *Prolog und Epilog in Gesetzen des Altertums*, München 1983.
Steinkeller (1991): P. Steinkeller, *The Reforms of UruKAgina and Early Sumerian term for "Prison"*, Aula Orientalis 9 (1991) 227–223.
Strassmaier (1881): J. N. Strassmaier, *Die altbabylonischen Verträge aus Warka*, Beilage zu den Verhandlungen des Fünften Internationalen Orientalisten-Congresses I, Berlin 1881.

CSABA A. LA’DA (KENT)

AMNESTY IN PHARAONIC EGYPT*

The problem of amnesty in pharaonic Egypt has to date received little attention from scholars.[1] One reason for this might be that, from the textual evidence currently available to us, the ancient Egyptians do not appear to have had a special term for amnesty.[2] This, however, does not mean that the legal

---

* I am very grateful to Professors S. Quirke and W. J. Tait for their valuable comments on a draft of this chapter.
In this chapter I use the term 'amnesty' as defined by G. Thür, 'Amnestia', *DNP* 1 (1996) 602–03 and by A. Mannzmann, 'Ἀμνηστία', *DKlP* 1 (1979) 306–07: "Gesetzmäßig festgesetzter Verzicht auf Anklage, Wiederaufnahme von Verfahren, Urteilsvollstreckung und Strafvollzug als Mittel, die streitenden Parteien nach internen oder externen Kriegen zu versöhnen", with a slight modification, changing "Kriegen" to 'Konflikten' (conflicts), to allow for smaller scale military and unarmed political unrest as well. Cf. also G. Thür, 'Amnestia', *Brill’s New Pauly* 1 (2002) 591: "Legally established relinquishment of accusation, reopening of proceedings, execution of judgement and carrying out of punishment as means of reconciling the contending parties after internal or external wars".

[1] The most important exception from this is H. S. Smith’s groundbreaking article, 'A Note on Amnesty', *JEA* 54 (1968) 209–14, which offered a comprehensive overview of the problem from its origins to the second century BC Ptolemaic decrees and has made a brilliant and seminal contribution to research.

[2] Cf., for example, Seidl (1968) passim, esp. 98–99; Boochs (1993) passim, esp. 146–48 and Lippert (2008) passim, esp. 261–63.
Cf., however, a number of related terms and expressions, such as:
wꜣḥ, 'schonen (*jdn*)', 'begnadigen', 'verzeihen', 'vergeben': Hannig (2006) 600; cf. Ermann – Grapow (1926–1963) Vol. I 253–57, esp. 256; Hannig (1997) 173–75, esp. 174–75; Hannig (2003) 303–04; — 'to lay aside', 'to put aside', 'to spare': Lesko – Switalski Lesko (2002–2004) Vol. I 89–90; cf. Faulkner (1962) 53;
wꜣḥ–ib, 'freundlich sein zu jem.', 'wohlgesinnt', 'freundlich', 'wohlwollend', 'geduldig': Ermann – Grapow (1926–1963) Vol. I 256; Hannig (1997) 175; 'geduldig': Hannig (2003) 304; also 'Geduld', 'Langmut': Hannig (2006) 600–01; — 'be kindly, patient', 'clemency', 'benevolence': Faulkner (1962) 54; 'to be patient', 'to be kind to': Lesko – Switalski Lesko (2002–2004) Vol. I 90; cf. also Parant (1982) 265–67, 389 index;
rdj ṯꜣw, 'Atem geben ... b) im Sinne von: (dem Gefangenen) das Leben schenken', 'jemanden begnadigen, am Leben lassen': Ermann – Grapow (1926–1963) Vol. II 465 and Vol. V 352; also 'freilassen': Hannig (1997) 482, 947–48; cf. Lesko –

concept and political device of amnesty did not exist in pharaonic Egypt. As I hope to show in this and in the chapter on amnesty in Hellenistic Egypt (p. 163–209), there is a not inconsiderable amount of evidence, both direct and indirect, for amnesty from the pharaonic and Hellenistic periods and Egypt appears to have played an important role in the development of this legal and political device in antiquity.

(1) Our hitherto earliest probable evidence for amnesty in ancient Egypt has been preserved on the well-known Palermo Stone, an annalistic king list from the latter part of the 5th Dynasty. By closely studying and reinterpreting a passage of this inscription (Urk. I, 240.3–5), H. Altenmüller has shown that in the second year of Userkaf (ruled c. 2513–2506 BC) a group of 303 pacified Egyptian troublemakers or rebels (ẖrwyw ḥtpw), who had emigrated or been exiled from Egypt, humbly returned to the capital and, as a sign of their intention to be reintegrated into Egyptian society, brought a tribute of 70 foreigners with them.[3] Altenmüller has further argued that the foreigners forming the tribute originated from the region of ancient Syria-Palestine and that, by inference, the troublemakers or rebels had apparently been exiled or had emigrated to this region or to the Egyptian border area with it. The significance of this annalistic text is that it contains the earliest attestation of the expression ẖrwyw ḥtpw, 'pacified troublemakers' or 'rebels' and that the report of their return to Egypt must imply that there had been an amnesty by the state, making their return politically and legally possible. Thus, this text most probably contains the earliest hitherto known evidence, albeit indirect, for an amnesty in Egyptian history. The reason

---

Switalski Lesko (2002–2004) Vol. II 226; cf. also Lorton (1974) 136–44, with the relevant notes, Parant (1982) 267–75, 282, with the earlier literature cited in this work, Feucht (1990) 35, 37, 44–45, Boochs (1993) 60 and Blumenthal (1998) 224–6;

ḥtp, 'freundlich, gnädig sein': Ermann – Grapow (1926–1963) Vol. III 189; also 'begnadigen', 'versöhnen': Hannig (1997) 568; id. (2003) 907; id. (2006) 1806; — 'be gracious', 'pardon': Faulkner (1962) 179; 'to pardon', 'to be merciful, to be gracious to': Lesko – Switalski Lesko (2002–2004) Vol. I 336–37; cf. also von Beckerath (1968) 21, 23; Parant (1982) 390 index; Blumenthal (1998) 224–6, 230 and Sweeney (1998): 357;

ẖꜣꜥ, 'jem. freilassen': Ermann – Grapow (1926–1963) Vol. III 228; Hannig (1997) 581; — 'to release': Lesko – Switalski Lesko (2002–2004) Vol. I 346–47; cf. Faulkner (1962) 183–84, Hannig (2003) 926 and (2006) 1835–36; cf. also Parant (1982) 269–70, 391 index.

See also Morschhauser (1988) 93–103, esp. 97–103.

[3] Altenmüller (1995) 37–48, esp. 45–48, with the previous literature cited there.

why these Egyptians had emigrated or been exiled, whether because of criminal acts committed by them or because of their political opposition, is not entirely clear from the short passage. However, the fact that the amnesty was announced early in Userkaf's reign, in his first or second year, suggests that it was connected with the power struggles at the end of the 4th Dynasty. It appears from this inscription that one of the means by which Userkaf, the first ruler of the 5th Dynasty, solved the crisis in the country and pacified the opposition was to proclaim an amnesty, which allowed these exiles or émigrés to return. Unfortunately, no more precise information can be elicited from the meagre evidence supplied by this short passage of the Palermo Stone and so the precise nature of this amnesty and what other measures, if any, it comprised remain unknown. However, what is entirely clear is that the return of exiles or émigrés is very similar to the return of pacified rebels and/or refugees to their homes, which is a key part of later, better known, Egyptian amnesties from both the pharaonic (see 3, 4 [forcible repatriation], 5, 6 and 7 below) and the Hellenistic periods (see p. 163–209).

(2) Proceeding in chronological order, our next possible evidence for amnesty in pharaonic Egypt comes from the early Middle Kingdom. A. Théodoridès has persuasively argued,[4] on the basis of earlier scholarship,[5] that the measures described in Diodorus[6] and attributed to king Sesoösis

---

[4] Théodoridès (1984) 75–144, esp. 104–26 and 142–44.

[5] Baillet (1912–13) Vol. I 314–15. Other scholars (e.g. Wilson [1951] 135; Sauneron [1959] 270; Drioton – Vandier [Paris 1962] 265 [Théodoridès' reference in footnote 171 to "p. 256" of this work is a misprint for p. 265] and Helck [1972] 22–23) have interpreted Sinuhe's recall to Egypt by Senwosret I in the Story of Sinuhe as an amnesty, which should, from a legal perspective, be properly called 'royal favour' shown towards an individual in self-imposed exile or, less appropriately from a juristic point of view, 'royal grace' (more in the sense of 'favour', 'Gunst') or an 'individual pardon' (cf., for instance, Otto [1955] 130; Goedicke [1965] 37, 39, 43, 45; id. [1998] 29, 33, 36; Blumenthal (1998) 213, 215, 218, 224, 226, 230, with R. Parant's criticism: (1982) 293 and n. 847; cf. also Posener [1956] 104 and Théodoridès [1984] 123, 140). For a detailed discussion of the Story of Sinuhe and of the terminology used in it from a legal perspective, see Parant (1982), esp. 292–97. Cf. also Smith (1968) 214, with Parant's comments on p. 380, n. 849 (the reference "p. 212" is clearly a mistake for p. 214), and Philip-Stéphan (2008) 136–43, esp. 141.

[6] Diod. I 54.2 (ed. Oldfather): "Διὸ καὶ πάντας ἐκ τῶν ἐνδεχομένων εὐηργέτει, τοὺς μὲν χρημάτων δωρεαῖς ἐκθεραπεύων, τοὺς δὲ χώρας δόσει, τινὰς δὲ τιμωρίας ἀπολύσει, πάντας δὲ ταῖς ὁμιλίαις καὶ τῇ τῶν τρόπων ἐπιεικείᾳ προσήγετο· τῶν τε γὰρ βασιλικῶν ἐγκλημάτων ἅπαντας ἀθῴους ἀφῆκε καὶ τοὺς πρὸς ἀργύριον συγκεκλειμένους (συγκεκλεισμένους Bertrac) ἀπέλυσε

(Σεσόωσις, generally identified with Sesostris I = Senwosret I, the second king of the 12th Dynasty)[7] constitute an amnesty and that this was a genuine historical event. He has further argued that this amnesty took place early in Senwosret I's reign, probably in his second year, and that this amnesty must have been the same as the one underlying but never explicitly mentioned in the famous 'Story of Sinuhe',[8] perhaps the best known piece of ancient Egyptian literature in modern times. Assuming such an amnesty makes the legal background and aspects of the story much easier to understand and explain. Sinuhe, the eponymous protagonist of the tale, probably heard of this amnesty while in Byblos but decided not to take advantage of it and return to Egypt, going instead into voluntary exile in the region of ancient Syria-Palestine (Qedem, Upper Retjenu and Iaa). Although the 'Story of Sinuhe' is undoubtedly a literary work of fiction,[9] there is widespread, if not universal, agreement that it accurately reflects the general historical condi-

---

τοῦ χρέους, ὄντος πολλοῦ πλήθους ἐν ταῖς φυλακαῖς." (the editions of I. Bekker, L. Dindorf and Fr. Vogel [Teubner 1888, repr. 1964] and P. Bertrac in F. Chamoux, P. Bertrac and Y. Vernière, *Diodore de Sicile, Bibliothèque historique, Livre I*, Budé [Paris 1993] offer essentially the same text), in C. H. Oldfather's English translation (*Diodorus of Sicily*, Vols. I–XII, The Loeb Classical Library [Cambridge MA, London 1933–67] Vol. I, 191): "He therefore showed kindnesses to everyone by all means at his disposal, winning over some by presents of money, others by gifts of land, and others by remission of penalties, and the entire people he attached to himself by his friendly intercourse and kindly ways; for he set free unharmed everyone who was held for some crime against the king and cancelled the obligations of those who were in prison for debt, there being a great multitude in the gaols." Cf. also G. Wirth's German translation in Wirth – Veh – Nothers (1992) 85; On the expression ὄντος πολλοῦ πλήθους, see L. Koenen, *Eine ptolemäische Königsurkunde (P. Kroll)*, Klassisch-philologische Studien, Heft 19 (Wiesbaden 1957) 20, n. 15.

[7] Sethe (1902) 3–24; id. (1904) 43–57; Kees (1923) 1861–76, esp. 1861, 1864; Malaise (1966) 244–72, esp. 255, 259, 269–70; Burton (1972) 163–80, esp. 164–65, 179, together with the earlier literature cited by her; cf. Lange (1954) 22–27; Otto (1955) 127; Smith (1968) 214; Murray (1970) 163; Th. Nothers' commentary in Wirth – Veh – Nothers (1992) 296; J. Quack, 'Sesostris (Σεσῶστρις)', in *DNP* 11 (2001) 474; see also Lloyd (1982) 38; (1993) 16 and (2007) 313, 317, 320. Cf., however, How – Wells (1989) 217–22; Hayes (1971) 502–505 and Lloyd (1975) 94. The form 'Sesostris' in the last sentence of n. 7 on p. 353 of Cimmino (1996) must be a misprint for 'Sesoösis'.

[8] See, however, Posener (1956) 104 and also Helck (1986) 1274.

[9] See e.g. Purdy (1977) 112–27, esp. 113, with the earlier literature cited in this article; Obsomer (1995) 131, Cimmino (1996) 123 and Simpson (2003) 54.

tions of the times[10] and also that it had a political purpose, constituting aspects of royal propaganda.

If Théodoridès' interpretation is correct, the amnesty referred to by Diodorus (and by his most likely main source for this passage: Hecataeus of Abdera)[11] and underlying the 'Story of Sinuhe' was wide-ranging in its measures, consisting of acquitting unpunished all those charged with "some crime against the king", cancelling the debts of those imprisoned for "debt", also implying their release from prison, and remission of penalties (although it is possible that this is a general reference to the preceding more specific measures). Such a wide-ranging, on the impression made by Diodorus' account, almost general amnesty,[12] announced early in Senwosret I's reign, must surely be placed in the historical context of facilitating reconciliation and political stability after the assassination of Amenemhet I in a court conspiracy and after the swift assumption of power by his son, Senwosret I.

Diodorus mentions another amnesty (ἄδεια) later in Senwosret I's reign, that granted by the king to Babylonian prisoners of war who revolted against the hard labour regime of their captivity.[13] However, since, as Smith

---

[10] For example, Kees (1923) 1866; Otto (1955) 119, 128–30; Posener (1956) 87–115; Drioton – Vandier (1962) 265; Malaise (1966) 267, 271, 272, n. 1; Helck (1972) 22–23; Simpson (1984a) 895–96; id. (1984b) 950; Théodoridès (1984) 75–144; Leitz (1986) 853, 855 and Blumenthal (1998) 214. Cf. also Wilson (1951) 131, 134–36; Schenkel (1962) §§ 33–35; Smith (1968) 214; Hayes (1971) 498–99, 500–501, 523, 525, 526; Parkinson (1998) 22; id. (2001) Vol. III, 292 and Obsomer (2001) Vol. III, 266–67.

[11] Sethe (1902) 6; E. Schwartz, 'Diodoros 38)', in *RE* 5.1 (1903) 670–72 = id., *Griechische Geschichtschreiber*, (Leipzig [2]1959) 46–49; F. Jacoby, 'Hekataios aus Abdera', in *RE* 7.2 (1912) 2755, 2757–66, 2768 = id., *Griechische Historiker* (Stuttgart 1956) 230–36; Kees (1923) 1861; C. H. Oldfather, 'Introduction to Books I–II, 34', in *Diodorus of Sicily in Twelve Volumes*, transl. id., The Loeb Classical Library (Cambridge MA, London 1933), Vol. I, xxvi; F. Jacoby, *Die Fragmente der griechischen Historiker*, Part III.A (Leiden 1954) 22–64, F 25 and ibid., Part III.a (Leiden 1954) 75–87; Malaise (1966) 253, n. 2; Murray (1970) 141–71; Burton (1972) 1–34, esp. 25–28, 34, with the earlier literature cited in this work; Poethke (1975) 1095–96; M. von Albrecht, 'Diodoros 12.', *DKlP* 2 (1979) 41; W. Spoerri, 'Hekataios 4.', *DKlP* 2 (1979) 981; K. Meister, 'Hecataeus (2)', *OCD* (1996) 671; K. S. Sacks, 'Diodorus (3)', *OCD* (1996) 472; K. Meister, 'Diodoros Siculus', *DNP* 3 (1997) 593; I. Wandrey, 'Hekataios von Abdera', *DNP* 5 (1998) 267; Lloyd (2001) Vol. I, 86.

[12] Cf. Baillet (1912–13) Vol. I 314–15.

[13] Diod. I 56.3 (ed. Oldfather): "Λέγεται δὲ τῶν αἰχμαλώτων τοὺς ἐκ τῆς Βαβυλωνίας ἁλόντας ἀποστῆναι τοῦ βασιλέως, μὴ δυναμένους φέρειν τὰς ἐν τοῖς ἔργοις ταλαιπωρίας· οὓς καταλαβομένους παρὰ τὸν ποταμὸν χωρίον

has pointed out,[14] this amnesty fits the pattern of pharaonic amnesties less well, being granted to foreign captives rather than native Egyptians, since this story is not backed up by any Egyptian evidence and since it appears to be an aetiological story in the Greek mould for explaining the place name Babylon (el-Fustat, Old Cairo) in Egypt,[15] this amnesty may well not be accepted as historical.

(3) Indirect reference to a further amnesty is probably found in a 12th Dynasty hieroglyphic inscription discovered in the Ptah temple of Memphis.[16] Line M 15 of this annalistic text contains the passage: jwt m wḏb tp ẖrwyw ḥtpw[17] nw Ṯmpꜣw. jnn.sn m ꜥ.sn ḏḥtj dbn 238 1/4.[18] As in the similar passage of the Palermo Stone discussed above (1), the return of 'pacified troublemakers' or 'rebels' from abroad in a humble way and bringing tribute probably means that there had been an amnesty by the state, making their

---

καρτερὸν διαπολεμεῖν τοῖς Αἰγυπτίοις καὶ τὴν σύνεγγυς χώραν καταφθείρειν, τέλος δὲ δοθείσης ἀδείας αὐτοῖς κατοικῆσαι τὸν τόπον, ὃν καὶ ἀπὸ τῆς πατρίδος Βαβυλῶνα προσαγορεῦσαι." (the editions of I. Bekker, L. Dindorf and Fr. Vogel [Teubner 1888, repr. 1964] and P. Bertrac in F. Chamoux, P. Bertrac and Y. Vernière, *Diodore de Sicile, Bibliothèque historique, Livre I,* Budé [Paris 1993] offer the same text), in C. H. Oldfather's English translation (*Diodorus of Sicily*, Vols. I–XII, The Loeb Classical Library [Cambridge MA, London 1933–67] Vol. I, 197): "And it is said that the captives brought from Babylonia revolted from the king, being unable to endure the hardships entailed by his works; and they, seizing a strong position on the banks of the river, maintained a warfare against the Egyptians and ravaged the neighbouring territory, but finally, on being granted an amnesty, they established a colony on the spot, which they also named Babylon after their native land." Cf. also G. Wirth's German translation in Wirth – Veh – Nothers (1992) 87. See also Strabo XVII.1.30 (C 807) with Yoyotte – Charvet – Gompertz (1997) 51, 132–33, n. 311, 312.

14 Smith (1968) 214 n. 1.

15 Cf. Casanova (1901) 139–224, esp. 197; Gardiner (1947) Vol. II 143*–144*; Burton (1972) 174; de Meulenaere (1975) 592, together with the previous works cited in this article; Calderini (1977) 17–19, with further bibliography in *Suppl. 3º (1994–2001)* (Pisa 2003) 25; Grossmann (1991) 317–18; Th. Nothers' commentary in Wirth – Veh – Nothers (1992) 296–97 and Yoyotte – Charvet – Gompertz (1997) 51, 132, n. 311, 312.

16 Altenmüller – Moussa (1991) 1–48. See also Petrie (1909), 6–7, 17–18, pl. V.

17 See the new reading of this group of signs by Altenmüller (1995) 37–48, esp. 41–48.

18 In H. Altenmüller and A. M. Moussa's German translation (1991) 12: "Das Kommen mit gebeugtem Haupt befriedeter Unruhestifter (see Altenmüller [1995] 37–48, esp. 41–48) von Ṯmpꜣw. Auf ihren Armen bringen sie herbei: (Metalle:) Blei 238 1/4 dbn".

reintegration into Egyptian society politically and legally possible. The right-hand side of the inscription (lines M 1–27) has been dated by its first editors, H. Altenmüller and A. M. Moussa, to the last year of Senwosret I, his 45th, and the third year of Amenemhet II, the last year of the coregency between father and son.[19] The amnesty must have been announced either in this or in the immediately preceding year(s). Unfortunately, we have no further information about this amnesty announced in one of the last years of Senwosret I's reign, but the assumption that it served the political purpose of smoothing the transition of power to Amenemhet II seems plausible.

(4) A special type of amnesty is preserved in the text of the treaty of alliance made between Ramesses II and the Hittite king Hattusilis III in year 21 of the former's reign. It is what one might call an 'amnesty in advance', promising impunity to any fugitives seized and forcefully repatriated[20] by the parties to the treaty. The text of the treaty survives in two versions, one written in hieroglyphic Egyptian and preserved in two exemplars, the Karnak and Ramesseum stelae, and the other written in Akkadian in the cuneiform script, of which three exemplars exist in a number of fragments discovered at Boghazköi.[21]

The relevant part of the text of the hieroglyphic version[22] runs as follows:[23] "If a man flees from the land of Egypt — or two or three — and they come to the Great Ruler of Hatti, (then) the Great Ruler of Hatti shall seize them and have them brought back again to Usimare Setepenre, the Great Ruler of Egypt. But as for (any)one who shall be (so) brought to him, to Ramesses II Meriamun, the Great Ruler of Egypt — let not his crime be held against him; let not his house, his wives (or) his children be destroyed;

---

[19] Altenmüller – Moussa (1991) 38.

[20] See Théodoridès (1975) 135–36.

[21] For editions of and literature on both the Egyptian and the Akkadian versions, see Kestemont (1981) 16–17; Spalinger (1981) 299–300, footnotes 1–2; Edel (1983) 135–36; Davies (1997) 97; Edel (1997) 1–2, 4, 13–14 and Kitchen (1999) 136–37.

[22] Kitchen (1979) no. 64, 231, line 3–232, line 1.

[23] As a number of recent transliterations and translations of the hieroglyphic text are available (see the penultimate footnote), and as the relevant passage is extensive, I only provide it in Kitchen's idiomatic English translation (Kitchen [1996] no. 64, 85), even if alternative translations of some parts of this passage are also possible. I omit the clause "and no crime shall be held against him" from the last but two and penultimate lines of Kitchen's translation of this passage as it is not in the hieroglyphic text (see Kitchen, 231.14 and 15) and as its inclusion seems to be due to a mere oversight. See also the following footnote.

[let] him [not] be killed, let not his eyes, ears, mouth or feet be harmed; and let no crime be held against him. Likewise, if (any)one flees from the Hatti-land, — whether one or two or three — and they come to Usimare Setepenre, the Great Ruler of Egypt, — let Ramesses II Meriamun, the Great Ruler of [Egypt] seize [them and have the]m brought back to the Great Ruler of Hatti. But the Great Ruler of Hatti shall not hold their crime against them; and such a person's ("his") house, his wives and his children shall not be destroyed; he shall not be killed, his ears, eyes, mouth and feet shall not be harmed; and no crime shall be held against him."

The corresponding part of the Akkadian version runs as follows:[24] "[And if] a single man flees from [Hatti, or] two men, [or three men, and they come to] Ramses, Beloved [of Amon, Great King, King] of Egypt, his brother, [then Ramses], Beloved of Amon, Great King, [King of Egypt, must seize them and send them] to Hattusili, his brother [...] — for they are brothers. But [they shall not punish them for] their offenses. They shall [not] tear out [their tongues or their eyes]. And [they shall not mutilate(?)] their ears or [their] feet. [And they shall not destroy(?) their households, together with their wives] and their sons. And if [a single man flees from Egypt, or] two men, or three men, and [they come to Hattusili, Great King], King of Hatti, my brother shall seize them and send [them to me, Ramses, Beloved of Amon, Great King, King] of Egypt — for Ramses, Great King, King [of Egypt, and Hattusili are brothers. But they shall not punish them for their offenses. They shall] not [tear out their tongues] or their eyes. And [they shall not mutilate(?) their ears or their feet. And they shall not destroy(?) their households], together with their wives and their sons. *Fragments*".

It is perhaps because this treaty was drawn up in accordance with Hittite law and diplomatic custom[25] that, apart from detailed philological and historical analyses,[26] its legal content has received hardly any attention from

[24] The text is provided in G. Beckman's English translation: *Hittite Diplomatic Texts*, ed. H. A. Hoffner, Jr., (Writings from the Ancient World, Society of Biblical Literature 7) Atlanta 1996, no. 15, 94. See also the sections immediately preceding the above passage (§§ 12–17 in Beckman's division of the text, pp. 93–94). These correspond to hieroglyphic 229, lines 3–11 in Kitchen's edition. The hieroglyphic passage quoted above in translation was misplaced by the Egyptian scribe(s): Schulman (1977–78) 120; Spalinger (1981) 348–49 and Kitchen (1999) 139, 142–43. See also Edel (1997) 86–88, 90. For the sake of concision, these related passages are not provided in the translations above.

[25] Helck (1971) 215; Spalinger (1981) 341 and Kitchen (1999) 142–43.

[26] See, for example, Langdon – Gardiner (1920) 179–205, esp. 192–94, 197–98; Helck (1971) 214–20; Schmidt (1973) 111–53, esp. 135–39, with the relevant no-

Egyptologists.[27] As is clear from the texts of both the hieroglyphic and the cuneiform versions, Ramesses II and Hattusilis III commit themselves to the arrest and forceful repatriation of fugitives from each other's territory. Stipulations about the extradition of fugitives are common in Hittite interstate treaties.[28] What is much more remarkable here is the stipulation about the penal impunity, not only in their persons but also in their families and possessions, of such arrested and repatriated fugitives. V. Korošec, an influential legal historian of the ancient Near East, interpreted it as promising fugitives impunity unlimited in both scope and time.[29] A. Théodoridès, however, who produced the most detailed legal analysis of this stipulation to date, argued that the way the text had been composed suggested that the amnesty was limited in its scope, in that it only forbade punishments for crimes and so lesser, non-criminal sanctions were not affected by the amnesty.[30] Similarly, Edel speculated that no full amnesty had been meant as some kind of penalty ("Ordnungsstrafe"), demotion or dismissal, had probably followed.[31] Irrespective of whether we accept Korošec's or Théodoridès' and Edel's interpretation in favour of a full or of only a limited amnesty respectively, the question arises as to what the possible reason for such a generous amnesty promised to fugitives could have been. Korošec answers this question by suggesting that it was probably more advantageous for the internal security of both states to have dissidents under their own control, rather than outside their respective borders. With the promise of such a generous amnesty, the parties to the treaty wanted to persuade fugitives to return. Edel argues that the stipulation of impunity from a variety of draconian punishments spelt out in this part of the treaty could have been intended to serve the purpose of a deterrent,[32] which seems to me to be ill at ease with both the wording and the general spirit of the treaty. Finally, following J. Capart, Théodoridès argues that the intention behind these stipulations and the amnesty was the protection of the labour force for economic

---

notes; Spalinger (1981) passim, esp. 341–54; Edel (1997) passim, esp. 94–98 and Kitchen (1999) no. 64, 136–45, esp. 139, 142–43.

[27] Baillet (1912–13) Vol. I 315, Schmidt (1973) 138, Théodoridès (1975) 112–40 and Lippert (2008) 76.

[28] Spalinger (1981) 341 and Kitchen (1999) 142–43.

[29] Korošec (1931) 64–65. Cf. also Helck (1971) 215; Kestemont (1974) 418 and Spycher (1982) 597–98.

[30] Théodoridès (1975) 124 n. 138, 136–8. Without wishing to go into detail here, I only briefly mention in general that Théodoridès' argument appears to me to be unconvincing and forced (see further below).

[31] Edel (1997) 97.

[32] Ibid.

reasons, which appears to me to narrow down, without good reason, the possible range of motives for and likely consequences of the amnesty.[33] I would argue — more in line with Korošec's interpretation — that the mutual commitment to the arrest and repatriation of fugitives and to a generous amnesty, whether full or partial, was intended to facilitate their return to their respective countries and to emphasise the futility of desertion to those contemplating it, sending the two kings' subjects a strong signal that they should accept the status quo[34] and the balance of power, in all its political, military and economic aspects, between the two empires, but especially in ancient Syria-Palestine where they had previously met as rivals. This last conclusion is supported by G. Kestemont's observation[35] that, whereas no such cruel forms of punishment as those mentioned in this treaty are known in either Egyptian or Hittite law,[36] such corporal sanctions are well attested in ancient Syria-Palestine, precisely the geographical area where the Egyptian and Hittite empires came into contact with each other. These stipulations, Kestemont suggests, were primarily aimed at the two empires' respective subjects in this region, which had been carved up by the two superpowers of the time into two competing zones of influence with vassal states, and which formed a border region and a kind of buffer zone in flux between them.

(5) In his seminal article on amnesty in ancient Egypt, the hitherto only general treatment of the problem, Smith has plausibly suggested[37] that the phraseology of Merneptah's (ruled 1237–1226 BC) victory hymn on the

---

33 Théodoridès (1975) 135 and Capart (1926) 126–28. Théodoridès' argument is to a large extent based on his unconvincing interpretation (123–24, 130–35, 137) that the limited amnesty announced in this treaty was meant for only one specific social group: "seule une catégorie de *bꜣkw*, les « travailleurs » proprement dits, auraient bénéficié de l'amnistie ..." (p. 137). Théodoridès' problematic interpretations of this treaty (see also above) appear to a large extent to rely on Capart's and Maspero's ([1904] 266–67) views, which were in turn based on an incorrect translation and a mistaken understanding of the inscription.

34 Cf. Théodoridès (1975) 129.

35 Kestemont (1981) 69–72.

36 Kestemont's statement is incorrect in so far as Egyptian law is concerned: see, for example, Seidl (1964) 19, 22–23, 37; Boochs (1986) 68–72; id. (1993) Dritter Abschnitt, 66–95, 148–49; Ritner (2003) 503, n. 12 and Théodoridès (1975) 124 n. 139.

37 Smith (1968) 213.

famous 'Israel stela'[38] "owes something to royal proclamations in which amnesty figured" and that "the combined acts of freeing prisoners, restoring property, and sanctioning the return of refugees mentioned here are reminiscent both of the Ramesses IV poem (see below) and of the Ptolemaic (amnesty) decrees (see the chapter on Hellenistic Egypt)". Although it seems to me that the general context of the hymn, which mentions Libyans "roaming about"[39] the countryside and Egyptian towns being "sealed up",[40] favours translating the word ḏdḥ in line 16 as 'to be shut in', 'to be confined',[41] i.e. in/to fortified settlements, rather than as 'to be imprisoned' (which is, of course, also possible), there are many other passages in this hymn which strongly support Smith's interpretation: for example, line 3:[42] "who (i.e. Merneptah) removed a mountain-heap of copper from the neck of the people,[43] when he gave breath to the ordinary folk, who were shut in"

[38] Editions of the hieroglyphic text: of the Cairo stela: Spiegelberg (1896) 1–25; Lacau (1909) no. 34025 verso, 52–59, pls. XVII–XIX; of the Karnak version: Kuentz (1923) 113–17; of both versions: Kitchen (1982a) no. 3, 12–19;
Translations (only the most important ones are listed here): Spiegelberg (1896) 11–14; id. (1897) 26–28; Breasted (1906a) 256–64; Erman (1923) 341–46; id., (1927) 274–78; Wilson (1969a) 376–78; Lichtheim (1976) 73–78; Fecht (1983) 114–20; Hornung (1983) 224–33; Davies (1997) 173–88; Wente (2003) 356–60 and Kitchen (2003) 10–15. See also Ebach (1980) 205. — The line numbers below refer to those of the Cairo version of the hymn as the Karnak copy is far less complete. The transliterations of the hieroglyphic passages below are mine.

[39] Kitchen (2003) 12: "in roaming about in the meadows", translating n ḳdd m–ẖnw tꜣ sẖt in line 10.

[40] Kitchen (2003) 13: "who (i.e. Merneptah) opens up the towns that had been sealed up", translating wn dmjw wnw ẖtm at the beginning of line 16, directly preceding the passage in which the word ḏdḥ (see below) occurs. See also Hornung (1983) 229, n. 33; Kitchen (2003) 11: "who opens the gates of Memphis (*Inbu*), which had been closed up", translating wn sbꜣw n inbw wnw ḏbꜣ at the end of line 3 and ibid. 15: "the forts are left to themselves, ... the (high)-walled battlements are undisturbed", translating mnw ẖꜣꜥ n ꜥ.sn ... ṯsmw n sbtj ḳb at the beginning of line 23.

[41] Cf. Ermann – Grapow (1926–1963) Vol. V 635: 'Feinde einschliessen (in einer Stadt)'; cf. also Kitchen's careful translation (2003) 13: "... who were shut in ..."

[42] All translations are from Kitchen (2003) 10–15 with minor modifications, which are indicated in the footnotes.

[43] The translation of the noun pꜥt as 'people', rather than Kitchen's "leaders" (p. 11), appears to me to suit the context of this hymn better, in which the liberation of Egypt and her whole people, and not just of the elite, is celebrated. See also Spiegelberg (1896) 12 ("des Volkes"); id. (1897) 26 ("the people"); Breasted (1906a) 260 ("the people"); Erman (1923) 341 ("der Menschen"); id. (1927) 274 ("the people"); Wilson (1969a) 376 ("the people"); Lichtheim (1976) 74 ("the people"); Fecht (1983) 114 ("der Leute"); Hornung (1983) 226 ("der Leute");

(rwj ḏw n bjꜣ ḥr nḥbt pꜥt, dj.f ṯꜣw n rḫyt wnw nṯ); line 16: "he has enabled the great to keep their property, he has enabled the humble to reoccupy[44] their cities" (dj.f ḫꜣmjj srw jḫwt.w, dj.f ḳrj nmḥw nꜣj.sn njwwt); and line 25: "the towns are settled[45] once again, the man that ploughs,[46] his harvest shall he eat" (dmjw grg ꜥn m-wḥm, pꜣ skꜣ šmw.f jw.f r wnm.f). It, therefore, seems highly probable that this famous hymn of the 19th Dynasty reflects the ideology and phraseology of amnesty decrees in pharaonic Egypt, which must have been well known to the author of this poem. As such, this hymn offers evidence for knowledge of the device of amnesty under Merneptah's reign rather than for any specific amnesty.

(6) Our next piece of evidence for amnesty in pharaonic Egypt comes from the 20th Dynasty. A hymn in honour of Ramesses IV (ruled 1166–1160 BC), probably celebrating either the accession of the king or one of its anniversaries,[47] contains the passage:[48] "Those who have fled have returned to their home-towns;[49] those who were in hiding have come forth (nꜣ ntj wꜥ r iw r njwwt, nꜣ ntj ⸢kꜣp⸣ prj). The hungry are sated and rejoice, the thirsty are drunk. The naked are clothed in fine linen, the ragged[50] wear fair garments.

Davies (1997) 175 ("mankind") and Wente (2003) 357 ("the people"). For the meanings of pꜥt, see Ermann – Grapow (1926–1963) Vol. I 503, Lesko – Switalski Lesko (2002–2004) Vol. I 147 and Hannig (2006) 857–58.

44 Lit. 'bei etwas sein': Ermann – Grapow (1926–1963) Vol. V 59; 'to come near to', 'to visit', 'to attend': Lesko – Switalski Lesko (2002–2004) Vol. II 155.

45 Or 'founded', 'refounded' or 'rebuilt': cf. Ermann – Grapow (1926–1963) Vol. V 186–87, Lesko – Switalski Lesko, (2002–2004) Vol. II 192 and Hannig (2006) 2605–06.

46 Lit. "... cultivates his harvest (crops) he shall eat it".

47 Smith (1968) 212–13. Cf. also Maspero (1880) 116–17; Gauthier (1914) 181; Erman (1923) 347; id. (1927) 279; Spiegelberg (1927) 73–76 (arguing against connecting the text with the accession or with one of its anniversaries); Kees (1933) 176 and Černý (1936a) 109–10.

48 The English translation is by Smith (1968) 212 with my notes. The transliteration of the most relevant parts of the hieratic text is my own. I am grateful to Professor H. Satzinger for his valuable advice on the transliteration and interpretation of this text. The hieratic text was first transcribed into hieroglyphs and translated by Maspero (1880) 116–17. A hieroglyphic transcription is also found in López (1978) Tav. 1a and another in Kitchen (1983) no. 54, 68–69.

49 Lit. "to towns".

50 Or 'dirty': see Ermann – Grapow (1926–1963) Vol. III 182: 'schmutzig (von der Kleidung)' and Gardiner (1947) Vol. I 22 n. 2: 'those who were dirty (ḥtꜣ) are now in bright attire (wbḫt)'.

Those who were in bonds[51] are free again; those who were in chains rejoice (nꜣ wnw m itḥw st ḫꜣꜥ r bnr, wn[52] ntj m ršw(t)). The rebels in this land are become free[53] men once more (nꜣ ẖnnw m tꜣ pn st ḫprw m ḥtpjw). High Niles are come forth from their caverns and make glad the heart of the people. The widows' houses stand open once more; they let the wanderers enter ...". Although the text is highly poetical, it must refer to a particular historical occasion, Ramesses IV's accession or one of its anniversaries, and it contains clear references to measures that constitute a general amnesty: refugees are allowed to return to their settlements, probably implying a restitution of their property, prisoners are set free and troublemakers (plausibly meaning those opposed to the regime) have become peaceful, probably due to government measures satisfying them. The historicity of this amnesty is generally accepted[54] and Smith has convincingly argued that it should be placed in the historical context of the dynastic crisis at the end of the reign of Ramesses III and the start of that of his son, Ramesses IV, when reconciliation particularly within the dynasty and the elite was of crucial importance.[55]

Compiled at the beginning of Ramesses IV's reign, the Great Harris Papyrus (P.Harris I: BM 9999) is a key source for the history of the early 20th Dynasty. Some researchers at the end of the 19th and the beginning of the 20th century[56] mistakenly interpreted a passage (78,13–79,2) of this

---

[51] Or 'prisons', 'jails': see Lesko – Switalski Lesko (2002–2004) Vol. I 52; Ermann – Grapow (1926–1963) Vol. I 148: 'Gefängnis'.

[52] Kitchen (1983) no. 54, 68, line 3 seems to have omitted wn, which is clear from the hieratic in López's handcopy (Tav. 1) and from his hieroglyphic transcription (Tav. 1a), as well as from Maspero (1880) 116.

[53] Lit.: 'Friedfertige, d. h. nicht kämpfende, sich Ergebende': Ermann – Grapow (1926–1963) Vol. III 194; 'die sich Ergebenden', 'die Friedfertigen': Hannig (2006) 1811; cf. Lesko – Switalski Lesko (2002–2004) Vol. I 337. Cf. also Spiegelberg (1927) 73: "... sind (wieder) zu friedlichen Bürgern geworden"; Erman (1923) 347: "... sind zu Friedlichen geworden"; id. (1927) 279: "... are reconciled" and Wilson (1969b) 379: "have become peaceful".

[54] Maspero (1880) 117; Baillet (1912–13) Vol. I 252 with Vol. II 761, Index rerum, s.v. 'Amnistie'; Spiegelberg (1927) 74–76 and Smith (1968) 212–13; cf. also Théodoridès (1977) 301, 303, referring, in addition to the hymn discussed above (oTurin: Cat. 2161), to pTurin 1882, IV, 9 sq, published by Gardiner (1955) 30, plates VII–XI and id. (1956) 8–20.

[55] See, for example, Černý (1936b) 248; de Buck (1943–44) 67; Drenkhahn (1984) 114–19; Helck (1984) 120–23; Grandet (1993) 330–45; id. (2001) Vol. III, 118–20 and Peden (2001) Vol. III, 120.

[56] Chabas (1873) 72–73 and Baillet (1912–13) Vol. I 240, 314–15 (Baillet's imprecise reference: "Maspero, *Proc. S.B.A.*, 1891" in footnote 4 on page 315 of his

papyrus as preserving a report about a royal amnesty during the reign of Ramesses III. Although the language and the context of this passage, emphasising the king’s benefactions for his people, show some general similarities to those texts that either refer to amnesties or at least reflect their ideology and phraseology (see, for example, 6 and 5, respectively), recent research has demonstrated that it is more correct to understand this passage as referring not to a specific amnesty but to Ramesses III’s wide-ranging efforts at generally improving the conditions of the Egyptian population.[57]

(7) As research to date has considered, the most direct and unequivocal historical evidence for amnesty in pharaonic Egypt survives on the so-called 'Banishment Stela' from the time of the 21st Dynasty.[58] This hieroglyphic inscription, probably found in the temple of Karnak and now in the Louvre (C. 256), records a consultation of the oracle of Amun of Karnak by the high priest Menkheperre (c. 1045–992 [or c. 1035–986] BC),[59] the son of the high priest Pinudjem I, together with the oracle’s positive answer, about pardoning and bringing back to Egypt a group of 'trouble maker (?) subjects'[60] exiled to an oasis (the modern el-Kharga).[61]

The most relevant part of the text runs as follows:[62] "Willst Du heute auf meine Stimme hören und willst Du [gnädig sein (ḥtp)] mit diesen unruhestiftenden (?) Untertanen (bꜣkw ṯtw), die Du verbanntest in die Oase, und soll man sie nach Ägypten zurückbringen? Da stimmte der grosse Gott sehr stark zu. Da sagte er wiederum: « Mein guter Herr, jeder, den Du (hiermit) zurückzubringen befiehlst — soll man sagen, dass [Du ihm gnädig sein willst (?)] bis in [Ewigkeit]? » Da stimmte der grosse Gott sehr stark zu."[63]

As is clear from the text, the pardon and recall of the exiles banished to the oasis were sanctioned by the oracle, which was used as the justification

work is probably incorrect as I am unable to find any reference by Maspero to this papyrus in *PSBA* 13 [1891]). See, however, Breasted (1906b) 204–05.

57 Peden (1994) 218–21 and Grandet (1994) Vol. I 339, with the relevant notes.

58 Kees (1964) 44–47, 50; Černý (1962) 38; von Beckerath (1968) 7–36, with the earlier literature cited in this article; id. (1975) 224–25; id. (1986) 919–20; Černý (1975) 657; Leitz (1986) 853; Boochs (1993) 63–64 and Lippert (2008) 69.

59 Kitchen (2004) 77, n. 382, 80, 419–20, 465–66.

60 Von Beckerath (1968) 13 and 19–20.

61 Fakry (1975) 907–10. See also Spycher (1982) 597–98.

62 As the passage is relatively extensive, for concision’s sake I quote it in von Beckerath’s German translation, transliterating only the key expressions, for which see below.

63 Von Beckerath (1968) 13, lines 15–16. See also the related passages (lines 11–23) preceding and following the text cited above.

and legitimation of this political act by Menkheperre's regime. The inscription is laconic both on the subject of the group of individuals benefiting from the amnesty and the actual nature of this act. We are only told that the oracle approved the pardoning (ḥtp[64]) and bringing back to Egypt (jnj.tw r Kmt), i.e. the Nile Valley, of 'trouble maker (?) subjects' or 'servants' (bꜣkw ṯtw)[65] who had been exiled to an oasis, which probably means that they were allowed to return to their homes and to be reintegrated into normal, peaceful society. It is clear that the amnesty was announced only after they had already served part of their sentence in the oasis. The historical background to this amnesty has most plausibly been reconstructed by J. von Beckerath,[66] who has argued that the expression bꜣkw ṯtw refers to Menkheperre's political opposition in Thebes, which was defeated and exiled by Pinudjem I's army before his son's actual arrival there. The exiles' influence, however, increased again, which forced Menkheperre into announcing an amnesty for them, pardoning and bringing them back, and, what is more, into forbidding such banishments in the future with the threat of destruction by Amun[67] — all of these, of course, presented in the guise of an oracular answer from Amun of Karnak, in accordance with the then current political fiction of the Theban sacerdotal state.

In summary, it appears, likely that this amnesty, forced upon the regime by the strength of the political opposition, was aimed at exiled dissidents and consisted of pardoning and bringing them back to Egypt, in other words, probably allowing them to return to their homes and to be reintegrated into society, a compromise measure in the power struggle with the opposition.

(8) Chronologically the last piece of — admittedly indirect — evidence we have to date for amnesty in pharaonic Egypt is preserved in a literary work of didactic nature. Although scholarly views on the date of composition of

---

[64] With von Beckerath's (1968) discussion on page 23, n. e of his article. The main sign of the word (Gardiner [1988] 501, Sign–list R 4) and some traces can be made out on the inscription.

[65] Cf. von Beckerath (1968) 12–13, 19–20: 'unruhestiftende (?) Untertanen' and Kees (1964) 45: 'zänkische Diener'.

[66] Von Beckerath (1968) 7–36, esp. 27–35. See also Černý (1975) 657; Redford (1982) 42–43; Kitchen (1982b) 1053; Spycher (1982) 597–600 and Kitchen (2004) 259–62. But cf. Kitchen (1982c) 1176–77 with a slightly different reconstruction of events.

[67] H. Kees' mistaken interpretations of this part of the inscription ([1953] 165 and [1964] 46) rest on incorrect translations of the text; cf. von Beckerath (1968) 35, n. 1.

the well-known 'Instructions of Ankhsheshonqy' are divided,[68] the balance of opinion tends, with good reason, to tilt towards a date in the late 26th Dynasty (6th century BC) or in the early Persian period (5th century BC) for at least the oldest parts of this work.[69]

The introductory narrative claims to describe the circumstances of how the collection of maxims constituting the main part of the work was written down. This introduction tells the reader how the author, Ankhsheshonqy son of Tjanefer, a Heliopolitan priest, was imprisoned due to his failing to inform the authorities of a plot to assassinate pharaoh that he had accidentally heard about. The conspiracy was discovered, the plotters were executed and Ankhsheshonqy was imprisoned. The text then reads: m-sꜣ nꜣy ẖpr pꜣ ẖꜥ-nsw Pr-ꜥꜣ di Pr-ꜥꜣ w[ꜣy=w] r rmt nb r-wn-nꜣ.w (n) nꜣ štq.w nꜣ.w-ꜥꜣm-pꜣ-nḥs m-sꜣ ꜥnẖ-ššnqy sꜣ Ṯꜣi-nfr,[70] "Afterwards, there occurred the accession day of Pharaoh. Pharaoh released every man who was in the prisons of Daphnae except Ankhsheshonqy son of Tjanefer"[71] (col. 4, lines x+8–9). In the next column the text continues: gm ꜥnẖ-ššnqy sꜣ Ṯꜣi-nfr pꜣ ẖpr iw=f ꜣsk iw=f ḏtḥ iw bn-pw=w wy r-r=f, "Ankhsheshonqy son of Tjanefer discovered the fact that he was lingering while imprisoned, since he had not been released"[72] (col. 5, lines x+17-18).

Although this literary work cannot be considered as offering direct and precise historical evidence, it is equally clear both that it strives hard to make the impression that it is a true story firmly embedded in realistic historical circumstances[73] and that it was written for a cultured audience familiar with official custom and one which would probably have rejected any detail that seemed unhistorical or unrealistic to them as being contrary to

---

[68] Lichtheim (1979) 303; Smith (1980) 154–56; Thissen (1980) 974–75; id. (1984) 9–10, 13; Smith (2001) Vol. I, 94 and Thissen (2002) 250.

[69] Glanville (1955) xii–xiii; Parker (1961) 134; Walcot (1962) 216; Smith (1968) 211–12; Bresciani (1969) 563; id. (1984) 371–72; Ryholt (2000) 119–20, 125 n. 93; Quack (2002) 37–42 and (2005) 111; Hoffmann – Quack (2007) 273 and Hoffmann (2009) 362–63, 370, 376. As the above literature and the previous works cited in it show, the range of the suggested dates of composition starts earlier than is found in Ritner (2003) 498. Cf. also Stricker (1958) 56, 58 n. 15 and Cannuyer (1984) 14.

[70] The transliteration of this passage is from Smith (1980) 139.

[71] The English translation is from Ritner (2003) 503 with minor modifications in the spelling of the names.

[72] Ritner (2003) 505 with minor modifications in the spelling of the names.

[73] See Smith (1980) 154–56.

court practices.[74] The inclusion of any such detail would obviously have run the risk of this fine piece of instruction literature losing all credibility with its very target audience. We may, therefore, accept that the narrative prologue most probably reflects official custom in the Saite period. The occasion of the amnesty mentioned briefly in it, an anniversary of pharaoh's accession to the throne (ḫᶜ-nsw, 'accession' or its anniversary),[75] connects this piece of didactic literature with earlier pharaonic practice. As we have seen above (6), a hymn probably celebrating either Ramesses IV's accession or one of its anniversaries appears to contain references to an amnesty.

As the relevant passages are very brief, we learn only that Pharaoh released all prisoners, except Ankhsheshonqy, from the gaols at Daphnae. This suggests that a general amnesty had been announced on the occasion of the anniversary of pharaoh's accession to the throne, from which only those guilty of the most serious crimes were excluded, crimes such as *crimen laesae maiestatis*, of which Ankhsheshonqy must have been convicted or at least accused. The brief and matter of fact way in which this major political and legal measure is mentioned in this work suggests that it was considered a well-established and widely-known practice by the author and that his contemporary audience required no explanation at all. Unfortunately, no further information is available to us from this work. The probable date of composition of at least the oldest parts of this literary piece suggests that this passage reflects historical circumstances in the 26th Dynasty and that it was a well-established royal practice under the Saite kings to announce a general amnesty for all crimes except the most serious on the occasions of the anniversaries of pharaoh's accession (and most probably also on the occasion of the accession itself).

Having surveyed and examined the currently available evidence for amnesty in pharaonic Egypt, we may conclude that this legal and political device appears to have been known and practised during almost the entire length of the pharaonic period, from the 5th down to the 26th Dynasty. Indeed, Smith has plausibly argued that "the rudiments of the practice" conceivably "extend back much nearer to the foundation of the unified monarchy in Egypt".[76] However, our evidence is unfortunately not detailed enough to reconstruct any historical development. The source material

---

74 Smith (1968) 211; Brunner (1997) 260 and Ritner (2003) 497–98. Cf. also Parker (1961) 133; Thissen (1984) 1, n. 3; Cannuyer (1989) 48, n. 7; Thissen (2002) 254 and Quack (2005) 114.

75 See Smith (1968) 212 and (1980) 149, n. bp.

76 Smith (1968) 214.

shows that ancient Egyptian amnesty could be general (8, cf. also 4, 5, 6) or could consist of a variety of distinct measures. These could include acquittal of charges (2 and 4), releasing prisoners (2, 4, 5 [?], 6 and 8), remission of penalties (2 and 4), cancellation of debts (2), permitting the return of internal and/or external exiles and/or refugees to Egypt and their homes (1, 3, 4 [forcible repatriation], 5, 6 and 7) and probably also restitution of property (4 [?], 5 [?], 6 [?] and 7 [?]). The target groups at which ancient Egyptian amnesties were aimed could include anyone (4, 5, 6 and 8), rebels and political dissidents (1 [?], 2, 3 [?], 6 and 7), refugees, fugitives, émigrés and exiles (1, 3, 4, 5, 6 and 7), debtors (2) and common criminals (1 [?], 2 [?], 3[?]), although it seems that those guilty of the most serious crimes, such as high treason (8), could be excluded. The use of amnesty on the part of the regime appears to have been motivated primarily by political necessities or calculations (1, 2, 3, 4, 6 and 7), although the weight of tradition of an old and well-established practice (e.g. promulgating an amnesty on the accession of the new king and on its anniversaries) and the expectations of the general populace or some influential social groups from the ruling power may also have played an important role in its deployment especially in later periods (see e.g. 5, 6 and 8).

Finally, it is important to examine more specifically the question of the origins of the device of amnesty in pharaonic Egypt. Since amnesty is by definition granted by the ruling power and since in Egypt this power had since at least the emergence of the unified state always been monarchical, the answer to this question must be sought in the nature of the institution of monarchy generally and also in the nature of the Egyptian monarchy specifically. Since it is an inalienable right of any absolute monarch to grant individual pardons, a political and legal device closely related to amnesty, which differ from each other essentially only in scope of application,[77] one might look for the origins of ancient Egyptian amnesty in the broadening by the ruling power of the application of individual pardons in terms of the size of the target group. Precisely when and how this broadening might have happened in Egypt is impossible to tell for lack of evidence but Smith's suggestion that the device of amnesty might be almost coeval with Egyptian monarchy seems plausible.

Another key consideration in establishing the origins of ancient Egyptian amnesty is the ideological nature of the Egyptian monarchy in terms of the relationship between ruler and those ruled. In the ancient Egyptian ideology of kingship the figure of pharaoh was always construed as a power

[77] Cf. Smith (1968) 214.

beneficial to his subjects, providing nourishment and protection for his people and guaranteeing the unity and prosperity of the country.[78] The legal and political devices of pardon and amnesty fit easily into this ideological framework and therefore should be seen as naturally and organically arising from it. Where more context survives in our sources (2, 5 and 6) the phraseology supports this conclusion. In addition, it seems clear that in most cases it was the political circumstances combined with the weakness of the regime that pressured it into promulgating an amnesty. In such cases the ideology of pharaoh's philanthropic role and beneficient rule could conveniently be invoked (2 and 6, cf. 5) as a face-saving justification and explanation for the measure, allowing the king to preserve the pretence of his graciously granting benefactions from a position of power out of concern for the well-being of his people, rather than being forced into this by the strength of the political opposition. This is revealing as to the Egyptians' own view of amnesty, which in pharaonic Egypt appears firmly embedded in and derived from royal ideology. Where it was not possible to invoke the ideology of pharaoh's philanthropic role and beneficient rule owing to the differing political circumstances (amnesty came not from pharaoh but some lesser power), another form of ideological justification was sought by citing divine will (7).

In conclusion, we may state that, although the ancient Egyptians do not seem to have developed a special terminology for amnesty, this legal and political device appears to have been well known and employed for most of the pharaonic period, and to have originated in early Egyptian royal ideology and practice.

BIBLIOGRAPHY

Altenmüller (1995): H. Altenmüller, 'Die "Abgaben" aus dem 2. Jahr des Userkaf', in *Gedenkschrift für Winfried Barta*, eds. D. Kessler – R. Schulz, (Münchener Ägyptologische Untersuchungen 4) Frankfurt am Main 1995, 37–48.

Altenmüller – Moussa (1991): H. Altenmüller – A. M. Moussa, 'Die Inschrift Amenemhets II. aus dem Ptah-Tempel von Memphis. Ein Vorbericht', *SAK* 18 (1991) 1–48.

[78] See, for example, Bolkestein (1939) 10–11, 20, 29–31, 33, 398–400; Goedicke, (1965) 37, 47; Wilson (1951) 132–34, 141, 143–45; Murray (1970) 159–61, 164–65; Blumenthal (1980) 528; Lloyd (1993) 16, 30–31; Bonhême (2001a) Vol. II, 239 and (2001b) Vol. III, 161–62, with the previous literature cited in these works. Cf. also Malaise (1966) 271–72.

Baillet (1912–13): J. Baillet, *Le régime pharaonique dans ses rapports avec l'évolution de la morale en Égypte* I–II, Blois 1912–13.

von Beckerath (1968): J. von Beckerath, 'Die « Stele der Verbannten » im Museum des Louvre', *Revue d'Égyptologie* 20 (1968) 7–36.

von Beckerath (1975): J. von Beckerath, 'Amnestie', in *LÄ* I (1975) 224–25.

von Beckerath (1986): J. von Beckerath, 'Verbanntenstele', in *LÄ* VI (1986) 919–20.

Blumenthal (1980): E. Blumenthal, 'Königsideologie', in *LÄ* III (1980) 526–31.

Blumenthal (1998): E. Blumenthal, 'Sinuhes persönliche Frömmigkeit', in *Jerusalem Studies in Egyptology*, ed. I. Shirun-Grumach, Ägypten und Altes Testament, (Studien zu Geschichte, Kultur und Religion Ägyptens und des Alten Testaments 40) Wiesbaden 1998, 213–31.

Bolkestein (1930): H. Bolkestein, *Wohltätigkeit und Armenpflege im vorchristlichen Altertum; Ein Beitrag zum Problem „Moral und Gesellschaft"*, Utrecht 1939.

Bonhême (2001a): M.-A. Bonhême, 'Kingship', in *The Oxford Encyclopedia of Ancient Egypt*, ed. D. B. Redford (Oxford 2001) Vol. II, 238–45.

Bonhême (2001b): M.-A. Bonhême, 'Royal Roles', in *The Oxford Encyclopedia of Ancient Egypt*, ed. D. B. Redford (Oxford 2001) Vol. III, 159–63.

Boochs (1986): W. Boochs, 'Strafen', in *LÄ* VI (1986) 68–72.

Boochs (1993): W. Boochs, *Strafrechtliche Aspekte im altägyptischen Recht*, Sankt Augustin 1993.

Breasted (1906a): J. H. Breasted, *Ancient Records of Egypt; Historical Documents from the Earliest Times to the Persian Conquest*, Vol. III, *The Nineteenth Dynasty*, Chicago 1906.

Breasted (1906b): J. H. Breasted, *Ancient Records of Egypt; Historical Documents from the Earliest Times to the Persian Conquest IV*, *The Twentieth to the Twenty-Sixth Dynasties*, Chicago 1906.

Bresciani (1969): E. Bresciani, *Letteratura e poesia dell' antico Egitto*, Turin 1969.

Bresciani (1984): E. Bresciani, 'Egypt, Persian Satrapy', in *The Cambridge History of Judaism*, eds. W. D. Davies and L. Finkelstein, Vol. I: *Introduction; The Persian Period*, Cambridge 1984, 358–72.

Brunner (1997): H. Brunner, *Die Weisheitsbücher der Ägypter; Lehren für das Leben*, Düsseldorf – Zürich ^{2}1997.

de Buck (1944): A. de Buck, Review of G. van der Leeuw, *De Godsdienst van het oude Aegypte* (Den Haag 1944), *Bi. Or.* 1 (1943–44) 65–67.

Burton (1972): A. Burton, *Diodorus Siculus, Book I, A Commentary*, (Études Préliminaires aux Religions Orientales dans l'Empire Romain 29) Leiden 1972.

Calderini (1977): A. Calderini, *Dizionario dei nomi geografici e topografici dell'Egitto greco-romano*, Vol. II, ed. S. Daris, Milan 1977.

Cannuyer (1984): C. Cannuyer, 'Nox, in ea nocetur ...; Les dangers de la nuit dans la litterature didactique de l'ancienne Égypte', *GM* 73 (1984) 13–21.

Cannuyer (1989): C. Cannuyer, 'Variations sur le thème de la ville dans les maximes sapientiales de l'ancienne Égypte', *CE* 64 (1989) 44–54.

Capart (1926): J. Capart (in collaboration with M. Werbrouck), *Thebes; The Glory of a Great Past*, London 1926.

Casanova (1901): P. Casanova, 'Les noms coptes du Caire et localités voisines', *BIFAO* 1 (1901) 139–224.

Černý (1936a): J. Černý, 'Datum des Todes Ramses' III. und der Thronbesteigung Ramses' IV.', *ZÄS* 72 (1936) 109–18.

Černý (1936b): J. Černý, 'Une famille de scribes de la nécropole royale de Thèbes', *CE* 11 (1936) 247–50.

Černý (1962): J. Černý, 'Egyptian Oracles', in R. A. Parker, *A Saite Oracle Papyrus from Thebes in the Brooklyn Museum (*Papyrus Brooklyn *47.218.3)*, Providence RI 1962, 35–48.

Černý (1975): J. Černý, 'Egypt: from the Death of Ramesses III to the End of the Twenty-First Dynasty', in *The Cambridge Ancient History*, 3rd edn., Vol. II, Part 2, *History of the Middle East and the Aegean Region c. 1380–1000 B.C.*, eds. I. E. S. Edwards, C. J. Gadd, N. G. L. Hammond and E. Sollberger, Cambridge 1975, 606–57.

Chabas (1873): F. Chabas, *Recherches pour servir à l'histoire de la XIXème dynastie et spécialement à celle des temps de l'Exode*, Chalon-s-S. – Paris 1873.

Cimmino (1996): F. Cimmino, *Sesostris; Storia del Medio Regno egiziano*, Milano 1996.

Davies (1997): B. G. Davies, *Egyptian Historical Inscriptions of the Nineteenth Dynasty*, (Documenta Mundi, Aegyptiaca 2) Jonsered 1997.

Drenkhahn (1984): R. Drenkhahn, 'Ramses III.', in *LÄ* V (1984) 114–19.

Drioton – Vandier (1962): É. Drioton – J. Vandier, *L'Égypte*, Les peuples de l'orient méditerranéen II, « Clio », Introduction aux études historiques, Paris ^{4}1962.

Ebach (1980): J. Ebach, 'Israel, Israelstele', in *LÄ* III (1980) 205.

Edel (1983): E. Edel, 'Der ägyptisch-hethitische Friedensvertrag zwischen Ramses II. und Hattusili III.', in *Texte aus der Umwelt des Alten Testaments*, Band I, Lief. 2, *Staatsverträge*, ed. R. Borger et al., Gütersloh 1983, 135–36.

Edel (1997): E. Edel, *Der Vertrag zwischen Ramses II. von Ägypten und Ḫattušili III. von Ḫatti*, (Wissenschaftliche Veröffentlichung der Deutschen Orient-Gesellschaft 95) Berlin 1997.

Erman (1923): A. Erman, *Die Literatur der Ägypter; Gedichte, Erzählungen und Lehrbücher aus dem 3. und 2. Jahrtausend v. Chr.*, Leipzig 1923.

Erman (1927): A. Erman, *The Literature of the Ancient Egyptians; Poems, Narratives, and Manuals of Instruction, from the Third and Second Millennia B.C.*, transl. A. M. Blackman, London 1927.

Ermann – Grapow (1926–1963): A. Erman – H. Grapow, *Wörterbuch der Ägyptischen Sprache*, Leipzig – Berlin 1926–1963.

Fakry (1975): A. Fakry, 'Charga Oase', in *LÄ* I (1975) 907–10.

Faulkner (1962): R. O. Faulkner, *A Concise Dictionary of Middle Egyptian*, Oxford 1962.

Feucht (1990): E. Feucht, 'Kinder fremder Völker in Ägypten I', in *Festschrift Jürgen von Beckerath; Zum 70. Geburtstag am 19. Februar 1990* (Hildesheimer Ägyptologische Beiträge 30) Hildesheim 1990, 29–48.

Fecht (1983): G. Fecht, 'Die Israelstele, Gestalt und Aussage', in *Fontes atque Pontes: Eine Festgabe für Hellmut Brunner*, ed. M. Görg, (Ägypten und Altes Testament; Studien zu Geschichte, Kultur und Religion Ägyptens und des Alten Testaments 5) Wiesbaden 1983,106–38;

Gardiner (1947): A. H. Gardiner, *Ancient Egyptian Onomastica II*, Oxford 1947.

Gardiner (1955): A. Gardiner, 'A Pharaonic Encomium', *JEA* 41 (1955) 30.

Gardiner (1956): A. Gardiner, 'A Pharaonic Encomium (II)', *JEA* 42 (1956) 8–20.

Gardiner (1988): A. Gardiner, *Egyptian Grammar, Being an Introduction to the Study of Hieroglyphs*, 3rd edn., revised Oxford 1988.

Gauthier (1914): H. Gauthier, *Le livre des rois d'Égypte; Recueil de titres et protocoles royaux, noms propres de rois, reines, princes, princesses et parents de rois*, Vol. III: *De la XIXe à la XXIVe dynastie*, (Mémoires publiés par les membres de l'Institut Français d'Archéologie Orientale du Caire 19) Cairo 1914.

Glanville (1955): S. R. K. Glanville, *Catalogue of Demotic Papyri in the British Museum*, Vol. II: *The Instructions of 'Onchsheshonqy (British Museum Papyrus 10508)*, Part I: *Introduction, Transliteration, Translation, Notes and Plates*, London 1955.

Goedicke (1965): H. Goedicke, 'Sinuhe's Reply to the King's Letter', *JEA* 51 (1965) 29–47.

Goedicke (1998): 'The Song of the Princesses (*Sinuhe* B 269–279)', *BSÉG* 22 (1998) 29–36.

Grandet (1993): P. Grandet, *Ramsès III, Histoire d'un règne*, Paris 1993.

Grandet (1994): P. Grandet, *Le Papyrus Harris I (BM 9999)* I–II, (Bibliothèque d'Étude CIX/I–II) Cairo 1994.

Grandet (2001): P. Grandet, 'Ramesses III', in *The Oxford Encyclopedia of Ancient Egypt*, ed. D. B. Redford (Oxford 2001) Vol. III, 118–20

Grossmann (1991): P. Grossmann, 'Babylon', in *The Coptic Encyclopedia*, ed. A. S. Atiya, Vol. II, New York – Toronto 1991, 317–23.

Hannig (1997): R. Hannig, *Großes Handwörterbuch Ägyptisch – Deutsch: die Sprache der Pharaonen (2800–950 v. Chr.)*, (Kulturgeschichte der Antiken Welt 64) Mainz am Rhein ^{2}1997.

Hannig (2003): R. Hannig, *Ägyptisches Wörterbuch I, Altes Reich und Erste Zwischenzeit*, (Kulturgeschichte der Antiken Welt 98) Mainz am Rhein 2003.

Hannig (2006): R. Hannig, *Ägyptisches Wörterbuch II, Mittleres Reich und Zweite Zwischenzeit*, (Kulturgeschichte der Antiken Welt 112) Mainz am Rhein 2006.

Hayes (1971): W. C. Hayes, 'The Middle Kingdom in Egypt; Internal History from the Rise of the Heracleopolitans to the Death of Ammenemes III', in *The Cambridge Ancient History*, 3rd edn., Vol. I, Part 2, *Early History of the Middle East*, eds. I. E. S. Edwards, C. J. Gadd and N. G. L. Hammond, Cambridge 1971, 464–531.

Helck (1971): W. Helck, *Die Beziehungen Ägyptens zu Vorderasien im 3. und 2. Jahrtausend v. Chr.*, (Ägyptologische Abhandlungen 5) Wiesbaden ^{2}1971.

Helck (1972): W. Helck, 'Zur Frage der Entstehung der ägyptischen Literatur', *WZKM* 63–64 (1972) 6–26.

Helck (1984): W. Helck, 'Ramses IV.', in *LÄ* V (1984) 120–23.

Helck (1986): W. Helck, 'Wirklichkeit, Verhältnis zur', in *LÄ* VI (1986) 1273–75.

Hoffmann (2009): F. Hoffmann, 'Die Entstehung der demotischen Erzählliteratur; Beobachtungen zum überlieferungsgeschichtlichen Kontext', in *Das Erzählen in frühen Hochkulturen; I. Der Fall Ägypten*, ed. H. Roeder, Munich 2009, 351–84.

Hoffmann – Quack (2007): F. Hoffmann – J. F. Quack, *Anthologie der demotischen Literatur* (Einführungen und Quellentexte zur Ägyptologie 4) Berlin 2007.

Hornung (1982): E. Hornung, 'Die Israelstele des Merenptah', in *Fontes atque Pontes: Eine Festgabe für Hellmut Brunner*, ed. M. Görg, (Ägypten und Altes Te-

stament; Studien zu Geschichte, Kultur und Religion Ägyptens und des Alten Testaments 5) Wiesbaden 1983, 224–33.

How – Wells (1989): W. W. How – J. Wells, *A Commentary on Herodotus in Two Volumes*, Volume I (Books I–IV) Oxford 1989.

Kees (1923): H. Kees, 'Sesostris', in *RE* 2A2 (1923) 1861–76.

Kees (1933): H. Kees, *Ägypten*, Handbuch der Altertumswissenschaft, III.1.3, Kulturgeschichte des alten Orients, Erster Abschnitt, Munich 1933.

Kees (1953): H. Kees, *Das Priestertum im ägyptischen Staat vom Neuen Reich bis zur Spätzeit*, Probleme der Ägyptologie I, Leiden – Cologne 1953.

Kees (1964): H. Kees, *Die Hohenpriester des Amun von Karnak von Herihor bis zum Ende der Äthiopenzeit* (Probleme der Ägyptologie IV) Leiden 1964.

Kestemont (1974): G. Kestemont, *Diplomatique et droit international en Asie occidentale (1600–1200 av. J.-C.)*, (Publications de l'Institut Orientaliste de Louvain 9) Louvain-la-Neuve 1974.

Kitchen (1979): K. A. Kitchen, *Ramesside Inscriptions, Historical and Biographical*, Vol. II, Oxford 1979.

Kestemont (1981): G. Kestemont, 'Accords internationaux relatifs aux ligues hittites (1600–1200 av. J.C.)', *OLP* 12 (1981) 15–78.

Kitchen (1982a): K. A. Kitchen, *Ramesside Inscriptions; Historical and Biographical*, Vol. IV, Oxford 1982.

Kitchen (1982b): K. A. Kitchen, 'Pinodjem I', in *LÄ* IV (1982) 1053.

Kitchen (1982c): K. A. Kitchen, 'Psusennes I', in *LÄ* IV (1982) 1176–77.

Kitchen (1983): K. A. Kitchen, *Ramesside Inscriptions; Historical and Biographical*, Vol. VI, Oxford 1983.

Kitchen (1996): K. A. Kitchen, *Ramesside Inscriptions; Translated and Annotated; Translations*, Vol. II: *Ramesses II, Royal Inscriptions*, Oxford 1996.

Kitchen (1999): K. A. Kitchen, *Ramesside Inscriptions; Translated and Annotated; Notes and Comments*, Vol. II: *Ramesses II, Royal Inscriptions*, Oxford 1999.

Kitchen (2003): K. A. Kitchen, *Ramesside Inscriptions; Translated and Annotated; Translations*, Vol. IV, *Merenptah and the Late Nineteenth Dynasty*, Oxford 2003.

Kitchen (2004): K. A. Kitchen, *The Third Intermediate Period in Egypt (1100–650 B. C.)*, 2nd edn. with supplement Oxford 2004.

Korošec (1931): V. Korošec, *Hethitische Staatsverträge; Ein Beitrag zu ihrer juristischen Wertung*, (Leipziger rechtswissenschaftliche Studien 60) Leipzig 1931.

Kuentz (1923): C. Kuentz, 'Le double de la stèle d'Israël à Karnak', *BIFAO* 21 (1923) 113–17.

Lacau (1909): P. Lacau, *Stèles du Nouvel Empire*, Vol. I, Catalogue Général des Antiquités Égyptiennes du Musée du Caire, Vol. XLV, Cairo 1909.

Langdon – Gardiner (1920): S. Langdon – A. H. Gardiner, 'The Treaty of Alliance between Vattusili, King of the Hittites, and the Pharaoh Ramesses II of Egypt', *JEA* 6 (1920) 179–205.

Lange (1954): K. Lange, *Sesostris; Ein ägyptischer König in Mythos, Geschichte und Kunst*, München 1954.

Leitz (1986): Ch. Leitz, 'Unruhen', in *LÄ* VI (1986) 852–58.

Lesko – Switalski Lesko (2002–2004): L. H. Lesko – B. Switalski Lesko, *A Dictionary of Late Egyptian*, Providence, RI [2]2002–2004.

Lichtheim (1976): M. Lichtheim, *Ancient Egyptian Literature; A Book of Readings*, Vol. II, *The New Kingdom*, Berkeley – Los Angeles – London 1976.
Lichtheim (1979): M. Lichtheim, 'Observations on Papyrus Insinger', in *Studien zu altägyptischen Lebenslehren*, eds. E. Hornung and O. Keel (Orbis Biblicus et Orientalis 28) Freiburg – Göttingen 1979, 283–305.
Lippert (2008): S. Lippert, *Einführung in die altägyptische Rechtsgeschichte*, (Einführungen und Quellentexte zur Ägyptologie 5) Berlin 2008.
Lloyd (1975): A. B. Lloyd, *Herodotus Book II, Introduction*, Leiden 1975.
Lloyd (1982): A. B. Lloyd, 'Nationalist Propaganda in Ptolemaic Egypt', *Historia* 31 (1982) 33–55.
Lloyd (1993): A. B. Lloyd, *Herodotus Book II, Commentary 99–182*, Leiden – New York – Cologne 1993.
Lloyd (2001): A. B. Lloyd, 'Ancient Historians', in *The Oxford Encyclopedia of Ancient Egypt*, ed. D. B. Redford (Oxford 2001) Vol. I, 85–88.
Lloyd (2007): A. Lloyd in D. Asheri, A. Lloyd and A. Corcella, *A Commentary on Herodotus, Books I–IV*, eds. O. Murray – A. Moreno, Oxford 2007.
López (1978): J. López, *Ostraca ieratici N. 57001–57092*, Catalogo del Museo Egizio di Torino, Serie seconda – Collezioni, Vol. III, Fasc. I, Milano 1978.
Lorton (1974): D. Lorton, *The Juridical Terminology of International Relations in Egyptian Texts through Dyn. XVIII*, (The Johns Hopkins Near Eastern Studies) Baltimore – London 1974.
Malaise (1966): M. Malaise, 'Sésostris, Pharaon de légende et d’histoire', *CE* 41 (1966) 244–72.
Maspero (1880): G. Maspero, 'Notes sur quelques points de grammaire et d’histoire', *Rec. Trav.* 2 (1880) 105–20.
Maspero (1904): G. Maspero, *Histoire ancienne des peuples de l’Orient*, Paris [6]1904.
de Meulenaere (1975): H. J. de Meulenaere, 'Babylon', in *LÄ* I (1975) 592.
Morschhauser (1988): S. N. Morschhauser, 'The End of the *Sḏf(ꜣ)-Tr(yt)* "Oath"', *JARCE* 25 (1988) 93–103.
Murray (1970): O. Murray, 'Hecataeus of Abdera and Pharaonic Kingship', *JEA* 56 (1970) 141–71.
Obsomer (1995): C. Obsomer, *Sésostris Ier; Étude chronologique et historique du règne*, (Connaissance de l’Égypte Ancienne) Brussels 1995.
Obsomer (2001): C. Obsomer, 'Senwosret I', in *The Oxford Encyclopedia of Ancient Egypt*, ed. D. B. Redford, Oxford 2001, Vol. III, 266–68.
Otto (1955): E. Otto, *Ägypten; Der Weg des Pharaonenreiches*, Stuttgart [2]1955.
Parant (1982): R. Parant, *L’affaire Sinouhé; Tentative d’approche de la justice répressive égyptienne au début du IIe millénaire av. J.C.*, Aurillac 1982.
Parker (1961): R. A. Parker, Review of Glanville (1955), *RdÉ* 13 (1961) 133–35.
Parkinson (1998): R. B. Parkinson, *The Tale of Sinuhe and Other Ancient Egyptian Poems 1940–1640 BC*, Oxford World’s Classics, Oxford 1998.
Parkinson (2001): R. B. Parkinson, 'Sinuhe', in *The Oxford Encyclopedia of Ancient Egypt*, ed. D. B. Redford, Oxford 2001, Vol. III, 292.
Peden (1994): A. J. Peden, *Egyptian Historical Inscriptions of the Twentieth Dynasty* (Documenta Mundi, Aegyptiaca 3) Jonsered 1994.
Peden (2001): A. J. Peden, 'Ramesses IV', in *The Oxford Encyclopedia of Ancient Egypt*, ed. D. B. Redford, Oxford 2001, Vol. III, 120.

Petrie (1909): W. M. F. Petrie, *Memphis I*, British School of Archaeology in Egypt and Egyptian Research Account, Fourteenth Year, 1908, London 1909.

Philip-Stéphan (2008): A. Philip-Stéphan, *Dire le droit en Égypte pharaonique; Contribution à l'étude des structures et mécanismes juridictionnels jusqu'au Nouvel Empire*, (Connaissance de l'Égypte Ancienne 9) Brussels 2008.

Poethke (1975): G. Poethke, 'Diodor(os)', in *LÄ* I (1975) 1095–96.

Posener (1956): G. Posener, *Littérature et politique dans l'Égypte de la XIIe dynastie*, (Bibliothèque de l'École des Hautes Études 307) Paris 1956.

Purdy (1977): S. Purdy, 'Sinuhe and the Question of Literary Types', *ZÄS* 104 (1977) 112–27.

Quack (2002): J. F. Quack, 'Zur Chronologie der demotischen Weisheitsliteratur', in *Acts of the Seventh International Conference of Demotic Studies, Copenhagen, 23–27 August 1999*, ed. K. Ryholt (CNI Publications 27), Copenhagen 2002, 329–42.

Quack (2005): J. F. Quack, *Einführung in die altägyptische Literaturgeschichte* III, *Die demotische und gräko-ägyptische Literatur* (Einführungen und Quellentexte zur Ägyptologie 3) Münster 2005.

Redford (1982): D. B. Redford, 'Mencheperre', in *LÄ* IV (1982) 42–43.

Ritner (2003): R. K. Ritner, 'The Instruction of ʻOnchsheshonqy (P. British Museum 10508)', in *The Literature of Ancient Egypt; An Anthology of Stories, Inscriptions, Stelae, Autobiographies, and Poetry*, ed. W. K. Simpson, New Haven – London ³2003, 497–529.

Ryholt (2000): K. Ryholt, 'A New Version of the Introduction to the Teachings of ʻOnch-Sheshonqy', in *A Miscellany of Demotic Texts and Studies*, eds. P. J. Frandsen – K. Ryholt, The Carlsberg Papyri 3, (CNI Publications 22) Copenhagen 2000, 113–40.

Sauneron (1959): S. Sauneron, 'Sinouhé', in G. Posener, *Dictionnaire de la civilisation égyptienne*, Paris 1959, 269–70.

Schenkel (1962): W. Schenkel, *Frühmittelägyptische Studien*, (Bonner Orientalistische Studien, Neue Serie 13) Bonn 1962.

Schmidt (1973): J. D. Schmidt, *Ramesses II; A Chronological Structure for His Reign*, (The Johns Hopkins Near Eastern Studies) Baltimore – London 1973.

Schulman (1977–78): A. R. Schulman, 'Aspects of Ramesside Diplomacy: the Treaty of Year 21', *JSSEA* 8 (1977–78) 112–30.

Seidl (1964): E. Seidl, 'Altägyptisches Recht', in *Handbuch der Orientalistik*, ed. B. Spuler, Erste Abteilung: Der Nahe und der Mittlere Osten, Ergänzungsband III: *Orientalisches Recht*, ed. B. Spuler, Leiden – Cologne 1964, 1–48.

Seidl (1968): E. Seidl, *Ägyptische Rechtsgeschichte der Saiten- und Perserzeit*, Glückstadt ²1968.

Sethe (1902): K. Sethe, 'Sesostris', *Untersuchungen zur Geschichte und Altertumskunde Aegyptens* 2, Leipzig 1900, 3–24.

Sethe (1904): K. Sethe, 'Der Name Sesostris', *ZÄS* 41 (1904) 43–57.

Simpson (1984a): W. K. Simpson, 'Sesostris I.', in *LÄ* V (1984) 890–99.

Simpson (1984b): W. K. Simpson, 'Sinuhe', in *LÄ* V (1984) 950–55.

Simpson (2003): W. K. Simpson, 'The Story of Sinuhe', in *The Literature of Ancient Egypt; An Anthology of Stories, Inscriptions, Stelae, Autobiographies, and Poetry*, ed. W. K. Simpson, New Haven – London ³2003.

Smith (1968): H. S. Smith, 'A Note on Amnesty', *JEA* 54 (1968) 209–214.
Smith (1980): H. S. Smith, 'The Story of ‘Onchsheshonqy', *Serapis* 6 (1980) = *Studies in Honor of Charles F. Nims*, 133–57.
Smith (2001) M. Smith, 'Ankhsheshonqy', in *The Oxford Encyclopedia of Ancient Egypt*, ed. D. B. Redford, Oxford 2001, Vol. I, 94.
Spalinger (1981): A. Spalinger, 'Considerations on the Hittite Treaty between Egypt and Hatti', *SAK* 9 (1981) 299–358.
Spiegelberg (1896): W. Spiegelberg, 'Der Siegeshymnus des Merneptah auf der Flinders Petrie-Stele', *ZÄS* 34 (1896) 1–25.
Spiegelberg (1897): W. Spiegelberg, 'Chapter IX. The Inscriptions' in W. M. F. Petrie, *Six Temples at Thebes, 1896*, London 1897, 20–30.
Spiegelberg (1927): W. Spiegelberg, 'Die ersten Regierungsjahre Ramses’ IV', *OLZ* 30 (1927) 73–76.
Spycher (1982): L. Spycher, 'Opposition, politische', in *LÄ* IV (1982) 597–600.
Stricker (1958): B. H. Stricker, 'De Wijsheid van Anchsjesjonq', *OMRO* 39 (1958) 56–79.
Sweeney (1998): D. Sweeney, 'Letters of Reconciliation from Ancient Egypt', in *Jerusalem Studies in Egyptology*, ed. I. Shirun-Grumach, Ägypten und Altes Testament, (Studien zu Geschichte, Kultur und Religion Ägyptens und des Alten Testaments 40) Wiesbaden 1998, 353–69.
Théodoridès (1975): A. Théodoridès, 'Les relations de l’Égypte pharaonique avec ses voisins', *RIDA* 22 (1975) 87–140.
Théodoridès (1977): A. Théodoridès, 'Freiheit', in *LÄ* II (1977) 297–304.
Théodoridès (1984): A. Théodoridès, 'L’amnistie et la raison d’état dans les « Aventures de Sinouhé » (début du IIe millénaire av. J.–C.)', *RIDA* 31 (1984) 75–144.
Thissen (1980): H.-J. Thissen, 'Lehre des Anch-Scheschonqi', in *LÄ* III (1980) 974-75.
Thissen (1984): H. J. Thissen, *Die Lehre des Anchscheschonqi (P. BM 10508); Einleitung, Übersetzung, Indices* (Papyrologische Texte und Abhandlungen 32) Bonn 1984.
Thissen (2002): H.-J. Thissen, 'Achmim und die demotische Literatur', in *Perspectives on Panopolis; An Egyptian Town from Alexander the Great to the Arab Conquest; Acts from an International Symposium Held in Leiden on 16, 17 and 18 December 1998*, P.L.Bat. 31, eds. A. Egberts – B. P. Muhs – J. van der Vliet, Leiden – Boston – Cologne 2002, 249–60.
Yoyotte – Charvet – Gompertz (1997): J. Yoyotte – P. Charvet – S. Gompertz, *Strabon, Le Voyage en Egypte; Un regard romain*, Paris 1997.
Walcot (1962): P. Walcot, 'Hesiod and the Instructions of ‘Onchsheshonqy', *JNES* 21 (1962) 215–19.
Wente (2003): E. F. Wente, 'The Israel Stela', in *The Literature of Ancient Egypt; An Anthology of Stories, Inscriptions, Stelae, Autobiographies, and Poetry*, ed. W. K. Simpson, New Haven – London [3]2003, 356–60.
Wilson (1951): J. A. Wilson, *The Burden of Egypt; An Interpretation of Ancient Egyptian Culture*, Chicago – London 1951, 6th impression: 1967.
Wilson (1969a): J. A. Wilson, 'Hymn of Victory of Mer-ne-Ptah (The "Israel Stela")', in *Ancient Near Eastern Texts Relating to the Old Testament*, ed. J. B. Pritchard, Third Edition with Supplement, Princeton 1969, 376–78.

Wilson (1969b): J. A. Wilson, 'Joy at the Accession of Ramses IV', in *Ancient Near Eastern Texts Relating to the Old Testament*, ed. J. B. Pritchard, Third Edition with Supplement, Princeton 1969, 378–79.

Wirth – Veh – Nothers (1992): G. Wirth – O. Veh – Th. Nothers, *Diodoros, Griechische Weltgeschichte, Buch I–X*, Erster Teil, (Bibliothek der Griechischen Literatur, Band 34) Stuttgart 1992.



GRIECHISCHE WELT

ANGELOS CHANIOTIS (PRINCETON, NJ)

NORMEN STÄRKER ALS EMOTIONEN? DER KULTURHISTORISCHE KONTEXT DER GRIECHISCHEN AMNESTIE*

1. *Mnesikakein* als Pflicht

Im Jahr 330 v.Chr. zitierte der attische Redner Lykurgos in seiner Rede gegen Leokrates den Eid, den alle Griechen vor der Schlacht bei Plataia, 150 Jahre zuvor, geleistet haben sollen. Eine der Klauseln lautet:[1]

> „Keines der Heiligtümer, die von den Barbaren verbrannt und zerstört worden sind, werde ich wiederaufbauen, sondern ich werde sie für die Nachkommen als Denkmal des Frevels der Barbaren bestehen lassen."

Die Authentizität des gesamten Eides ist in der Forschung umstritten, und speziell diese Klausel wird einhellig als ein späterer Einschub in seinen Text betrachtet.[2] Daß dieser Text erst lange nach den Ereignissen des Jahres 479 v.Chr. verfaßt wurde, vermindert nicht seinen Wert als Zeugnis antiker Mentalität im 4. Jh. v.Chr. Im rituellen Rahmen — so stellte sich Lykurgos die Sache vor — verpflichteten die Griechen ihre Nachkommen zur ewigen Erinnerung des Perserfrevels. Einen Eindruck von der ehrfurchtgebietenden Schwurzeremonie gibt uns eine Inschrift aus Acharnai, die im 3. Jh. v.Chr. den attischen Eid vor der Schlacht wiedergibt und das Ritual beschreibt:[3]

---

* Meine Forschungen über die Geschichte der Emotionen in der griechischen Antike werden vom European Research Council im Rahmen des Projektes „The Social and Cultural Construction of Emotions: the Greek Paradigm" finanziert (2009–2013).

[1] Lykurg. Gegen Leokrates 81: καὶ τῶν ἱερῶν τῶν ἐμπρησθέντων καὶ καταβληθέντων ὑπὸ τῶν βαρβάρων οὐδὲν ἀνοικοδομήσω παντάπασιν, ἀλλ' ὑπόμνημα τοῖς ἐπιγινομένοις ἐάσω καταλείπεσθαι τῆς τῶν βαρβάρων ἀσεβείας.

[2] Siewert (1972) 102–106.

[3] Siewert (1972) 7 (Z. 46–51): ταῦτα ὀμόσαντες κατακαλύψαντες τὰ σφάγια ταῖς ἀσπίσιν ὑπὸ σάλπιγγος ἀρὰν ἐποιήσαντο, εἴ τι τῶν ὀμωμομένων παραβαίνοιεν καὶ μὴ ἐμπεδορκοῖεν τὰ ἐν τῶι ὅρκωι γεγραμμένα, αὐτοῖς ἄγος εἶναι

> „Nach diesem Schwur bedeckten sie die geschlachteten Tiere mit den Schilden und leisteten unter Trompetenschall die Verfluchung, wenn sie etwas von dem Beschworenen überträten und das in dem Eid Geschriebene nicht einhielten, solle sie selbst, die dies schworen, der Fluch treffen."

Der angebliche Eid, die zerstörten Heiligtümer als Mahnmal bestehen zu lassen, ist eine durch Ritual besiegelte Verpflichtung zu *mnesikakein*, zum Gedenken an erlittenes Böses. Isokrates lobt in seinem 380 v.Chr. gehaltenen *Panegyrikos* die Urheber dieses Eides:[4]

> „weil sie jene verfluchten, die den Wunsch hätten, etwas an den verbrannten Heiligtümern zu verändern oder sie zu restaurieren, nicht etwa, weil ihnen die Mittel für die Reparatur fehlten, sondern damit ein Denkmal des Frevels der Barbaren bleibt. So wird niemand denen vertrauen, die es wagen, ein derartiges Unrecht gegenüber dem Eigentum der Göttern zu begehen, sondern die Menschen werden sich davor hüten und Furcht haben, wenn sie sehen, daß die Barbaren nicht nur gegen unsere Körper, sondern auch gegen die Weihgeschenke gekämpft haben."

Die durch das Ritual befestigte Pflicht, sich an das Böse zu erinnern, zielte also — so Isokrates' Deutung — auf die Stärkung einer Emotion: der Furcht. Diese angebliche Entscheidung der Griechen setzt eine Hierarchisierung von Pflichten voraus: Die Griechen erachteten die Pflicht, künftigen Generationen ein Exemplum barbarischen Frevels zu geben, für wichtiger als die Pflicht, die Tempel der Götter zu restaurieren. Isokrates sagt dies nicht ausdrücklich, aber dieser Pflichtenkonflikt ist der Hintergrund seiner Ausführungen; aus diesem Grund muß er diesen an sich überraschenden Beschluß begründen.

Mit diesem Zeugnis, das nicht die Amnestie, sondern ihr Gegenteil belegt, habe ich fünf Leitmotive der folgenden Ausführungen angesprochen: Pflicht, Erinnerung, Ritual, Emotion und Normenhierarchie. Es sind fünf Begriffe, die uns erlauben, das Phänomen der griechischen Amnestie in

---

τοῖς ὀμόσασιν (Übersetzung nach Siewert). Zur Schwurzeremonie s. ebenda 101–102 und Chaniotis (1988) 242, 259–264 (mit weiterer Literatur).

4 Isokr. Panegyr. (4) 156: ὅτι τῶν ἐμπρησθέντων ἱερῶν ἐπηράσαντ᾽ εἴ τινες κινήσειαν ἢ πάλιν εἰς τἀρχαῖα καταστῆσαι βουληθεῖεν, οὐκ ἀποροῦντες πόθεν ἐπισκευάσωσιν, ἀλλ᾽ ἵν᾽ ὑπόμνημα τοῖς ἐπιγινομένοις ᾖ τῆς τῶν βαρβάρων ἀσεβείας καὶ μηδεὶς πιστεύῃ τοῖς τοιαῦτ᾽ εἰς τὰ τῶν θεῶν ἐξαμαρτεῖν τολμῶσιν, ἀλλὰ καὶ φυλάττωνται καὶ δεδίωσιν ὁρῶντες αὐτοὺς οὐ μόνον τοῖς σώμασιν ἡμῶν, ἀλλὰ καὶ τοῖς ἀναθήμασι πολεμήσαντας.

seinen kulturhistorischen Kontext zu setzen und als Ausdruck griechischer Mentalität zu untersuchen. Die Voraussetzungen und Erfolgsaussichten der Amnestie in der griechischen Antike — aber auch jenseits der Antike — sind besser zu verstehen, wenn man diese Parameter berücksichtigt.

Ich muß gleich am Anfang betonen, daß man zwischen dem Verzicht auf eine rechtliche Verfolgung von Straftaten (Amnestie im eigentlichen Sinne) und dem Verzicht auf Rache und Vergeltung unterscheiden muß. Die Aufforderung *me mnesikakein* („sich an erlittenes Böses nicht zu erinnern“) ist nicht als Synonym der Amnestie aufzufassen.[5] Sie bedeutet den Verzicht auf Handlungen, die durch Erinnerung an erlittenes Böses — nicht unbedingt an erlittenes „Unrecht“ — motiviert werden. Die Amnestie bedurfte in der griechischen Antike der Spezifizierung und war sehr oft an konkrete Bedingungen geknüpft. Obwohl rechtlich gesehen der Verzicht auf Vergeltung nicht mit dem Verzicht auf juristische Verfolgung von Straftaten identisch ist, wurden die beiden Phänomene von den antiken Autoren nicht immer scharf unterschieden. Aus der Sicht der Mentalitätsgeschichte sind sie ohnehin eng verwandt. In den folgenden Ausführungen bemühe ich mich, zwischen Verzicht auf Rache und Verzicht auf Bestrafung zu unterscheiden.[6]

Ein weiteres Zeugnis führt uns zum Kern der Amnestie-Problematik. Diesmal haben wir es mit einem authentischen Dokument zu tun, mit einem Amnestievertrag der Bürger von Alipheira in Arkadien aus dem Jahr 273 v.Chr. In der Stadt befand sich eine fremde Garnison, und dies hatte vermutlich zu politischen Auseinandersetzungen geführt. Die Gegend war zudem von Seeräubern heimgesucht worden. Es kam zu Verschuldung, Konflikten, Gewalttaten; einige Bürger waren in die Verbannung gegangen. Als aber die Stadt vom spartanischen Feldherren Kleonymos befreit wurde, gab es die Möglichkeit für einen Neubeginn:[7]

---

[5] S. die Beobachtungen von Carawan (2002) 1–23, insbes. 3–12; vgl. Natalicchio (1997) 1309–1311; Wolpert (2002) 76–78; Joyce (2008).

[6] Manchmal verwende ich nur den Begriff Amnestie, um umständliche Formulierungen zu vermeiden, und meine damit allgemein Verzicht sowohl auf Bestrafung als auch auf Vergeltung.

[7] *IPArk* 24, Z. 3–9: [ἐπεὶ] Κλεώνυμος ἐξάγαγε τὰν πρωρὰν καὶ τὸς πειρατὰς ἐξέ[βαλ]ε καὶ ἐλευθέραν τὰν πόλιν ἀπέδωκε, μηδένα μηδενὶ μνα[σ]ιχολῆσαι τῶν πρότερον γεγο[νό]των ἀμφιλλόγων πὸς ἀλλάλ̣ος μηδὲ δικάσασθαι μηδένα μηδὲν εἴ τι μ̣ί̣ασμα γέγονε πρότερον ἢ Κλεώνυμος τὰν πρωρὰν ἐξέγαγε τὰν Ἀριστολάω̣ καὶ τὸς πειρατὰς ἐξέβαλε (Übersetzung nach Thür und Taeuber). S. jetzt auch Dössel (2003) 223–234.

> „Nachdem Kleonymos die Garnison entfernt, die Piraten vertrieben und der Polis die Freiheit geschenkt hat, soll niemand jemandem die vorher entstandenen Streitigkeiten nachtragen [wortwörtlich: niemand darf aufgrund von Erinnerung Zorn empfinden], und es soll auch niemand Prozeß führen, wenn eine Blutschuld entstanden ist, bevor Kleonymos die Garnison des Aristolaos und die Piraten vertrieben hat.“

Aus dem Text geht hervor, daß über diesen Vertrag ein Eid geleistet wurde. Prozesse für alte Schulden waren bis auf wenige Ausnahmen nicht mehr zulässig. In diesem Fall, wie auch sonst sehr oft, kam die Versöhnung durch externe Vermittlung zustande.

Diese Vereinbarung, auf Vergeltung zu verzichten, ist der einzige Beleg für das Verb *mnesicholein*: „aufgrund von Erinnerung Zorn empfinden.“ In ähnlichem Kontext wird sonst das Verb *mnesikakein* verwendet: „sich an das erlittene Böse erinnern.“ Während der negative Imperativ *me mnesicholein* die Kontrolle einer Emotion in den Vordergrund stellt, verordnet der negative Imperativ *me mnesikakein* das selektive Erinnern. Beide Ausdrücke beleuchten aus unterschiedlichen Perspektiven einen wichtigen Aspekt der Amnestie: Diese stellt einen rechtlichen Eingriff in emotionale und kognitive Prozesse dar, in Erinnerung und Emotion. Vergessen und Vergeben ist die Amnestie nicht, sondern Verbot und Verzicht: Verbot des Zornes und Verzicht auf die aus Zorn, Ehrgefühl und Rechtsempfinden resultierenden Handlungen der Bestrafung und Rache.

Wie ist nun die Amnestie als normativer Eingriff zu beurteilen? Wie verhält sie sich zu anderen Formen der öffentlichen und kollektiven Kontrolle von Gefühl und Erinnerung? War sie wirksam und, wenn ja, warum und unter welchen Voraussetzungen? Um diese Fragen zu beantworten, werde ich versuchen, folgendes zu zeigen:

– Die Griechen kannten und praktizierten eine rechtlich-institutionelle Kontrolle von Erinnerung und Emotion;

– Erinnerung und Emotion waren wichtige Faktoren und Überzeugungsstrategien in politischen und rechtlichen Auseinandersetzungen und untergruben somit die Wirksamkeit der Amnestie;

– die Amnestie, als Antwort auf ein Dilemma — die Wahl zwischen Rache/Gerechtigkeit und Eintracht —, bedeutet die Akzeptanz neuer Prioritäten und Normen;

– die Amnestie wird durch Rituale gestärkt.

2. Rechtlich-institutionelle Kontrolle von Erinnerung und Emotion

Die Affektkontrolle beschäftigt die Griechen seit dem Beginn ihrer Literatur.[8] Das erste Wort der griechischen, ja der europäischen Literatur, ist *menis*, Zorn, und das Thema der Ilias sind die Folgen des außer Kontrolle geratenen Zorns des Achill. Etwas später spricht Archilochos, die erste persönliche Stimme in der griechischen Literatur, von seinen Empfindungen. Seine eigene Seele ansprechend, fordert er sich selbst, weder zu viel Freude noch zu viel Trauer zu empfinden (frg. 128 ed. West). Die Kontrolle der Emotionen ist aber nicht nur Gegenstand der Dichtung, sondern auch des Rechts, so am deutlichsten in den seit der archaischen Zeit begegnenden Grabkultgesetzen. Eines der frühesten stammt aus Delphi. Das dort erhaltene Dokument, ein Gesetz der Phratrie der Labyaden, stammt zwar aus dem 4. Jh. v.Chr., aber eine vor kurzem in Panopeus gefundene Kopie ist zwei Jahrhunderte älter.[9] Sicher in Reaktion auf übertriebene Gefühlsausbrüche bei Bestattungen versucht dieses Gesetz, solche Manifestationen von Emotionen unter Kontrolle zu bringen. Man darf nicht vor dem Haus des Verstorbenen wehklagen, auch nicht, bevor man das Grab erreicht hat; der Leichenzug soll in Stille stattfinden, ohne Halt an den Straßenecken. Hat man den Friedhof erreicht, so darf man nicht an den Gräbern jener weinen und wehklagen, die früher verstorben sind.

Ein zweites Beispiel betrifft nicht das Eindämmen von Trauer, sondern die Verstärkung von Haß. Im Jahr 221 entflammte auf Kreta der größte Krieg der kretischen Geschichte („Krieg von Lyttos“). Seine Ursache war die Weigerung von Lyttos, dem Bündnis von Knosos und Gortyn beizutreten.[10] Während des Krieges verpflichtete ein Dekret der Stadt Dreros alle Epheben, unter Anrufung einer langen Reihe von Göttern folgenden Eid zu leisten:[11]

> „Wahrhaftig werde ich den Lyttiern gegenüber niemals wohlgesinnt sein, in keiner Weise und unter keinem Vorwand, weder in der Nacht

[8] Harris (2001) 71–110, 131–200, 229–243, 264–307, 317–322, 339–373; vgl. Konstan (2006) 41–76.

[9] Die Kopie aus Panopeus: Camp (2003) 184–185. Die Kopie von Delphi: *LSCG* 77; *CID* I 9. Zum Text s. Engels (1998) 64–67. Zum Verhältnis zwischen Norm und Emotion s. Chaniotis (2010).

[10] Chaniotis (1996b) 36–38.

[11] *I.Cret.* I, ix.1, Z. 36–48; vgl. Chaniotis (1996b) 195–201: μὴ μὰν ἐγώ ποκα τοῖς Λυττίοις καλῶς φρονησεῖν μήτε τέχναι μήτε μαχανᾶι, μήτε ἐν νυκτὶ μήτε πεδ᾽ ἁμέραν, καὶ σπευσίω ὅ τι κα δύναμαι κακὸν τᾶι πόλει τᾶι τῶν Λυττίων. Δικᾶν δὲ καὶ πρ[αξί]ων μηθὲν ἔνορκον ἤ⟨μ⟩ην. Καὶ τέλομαι φιλοδρήριος καὶ φιλοκνώσιος.

noch am Tag; und ich werde mich bemühen, so gut wie ich kann, der Stadt der Lyttier zu schaden. Und keiner der Prozesse und der Vollstreckungen von Urteilen soll vom Eid geschützt sein. Und ich werde freundlich gegenüber den Dreriern und den Knosiern sein.“

Im zeremoniellen Rahmen eines wichtigen Festes, vermutlich am ersten Tag des Jahres, bekräftigten die jungen Männer ihren Schwur mit einer Selbstverwünschung für den Fall, daß sie ihren Eid verletzen würden. Dieser Eid ist nicht nur ein Beispiel für einen normativen Eingriff in die Emotionen der Bürger, sie zu Freundschaft bzw. Haß verpflichtend, sondern er steht auch im direkten Gegensatz zur Amnestie. Während die Amnestie die Versöhnung von Konfliktparteien fördern soll, verbot dieser Schwur die friedliche Lösung von Konflikten auf dem Rechtsweg und machte somit die Versöhnung unmöglich. Der Eid impliziert auch eine Normenhierarchie. Denn dem Eid, der zur ewigen Feindschaft verpflichtet, wird ein höherer Wert als Gerichtsurteilen gegeben. Diese Verpflichtung zum Haß wurde mit einem Ritual befestigt. Das Ergebnis ließ nicht lange auf sich warten. Der erbitterte Kampf ging weiter, endete aber mit einem unerwünschten Ergebnis. Nicht Lyttos wurde zerstört, sondern Dreros, und noch ein Jahrhundert später begingen die Lyttier die Zerstörung von Dreros als historischen Gedenktag, zu dem sie ihre Verbündeten einluden.[12]

Das nächste Beispiel verbindet die Kontrolle von Emotion mit der Kontrolle von Erinnerung. Kurz nach dem Scheitern des Aufstandes der ionischen Städte gegen die Perser 494 v.Chr. und der Zerstörung der Stadt Milet präsentierte der tragische Dichter Phrynichos an den Athener Dionysien seine von diesem Ereignis inspirierte Tragödie „Der Fall Milets“ (*Miletou halosis*). Die Aufführung dieser Tragödie rührte die Athener zu Tränen. Der Dichter erntete aber nicht Lob, sondern die Verurteilung zu einer hohen Geldstrafe. Laut Herodot bestand sein Vergehen darin, daß er die Athener an die eigenen Leiden erinnert hatte (ἀναμνήσαντα οἰκήϊα κακά).[13] Mit dieser Erzählung liefert Herodot ein frühes Zeugnis für die Verbindung von *mneme* und *kakon*, Erinnerung und erlittenem Bösen.[14]

---

[12] Diese Feier wird durch eine weitere Kopie des Vertrages zwischen Lyttos und Olous (Chaniotis [1996b] 352–358 Nr. 60) überliefert; die betreffende Inschrift wird von Ch. Kritzas veröffentlicht werden, dem ich diese Information verdanke.

[13] Hdt. 6, 21: ποιήσαντι Φρυνίχῳ δρᾶμα Μιλήτου ἅλωσιν καὶ διδάξαντι ἐς δάκρυά τε ἔπεσε τὸ θέητρον καὶ ἐζημίωσάν μιν ὡς ἀναμνήσαντα οἰκήϊα κακὰ χιλίῃσι δραχμῇσι καὶ ἐπέταξαν μηκέτι μηδένα χρᾶσθαι τῷ δράματι. Zu diesem Ereignis als Beispiel verordneten Vergessens vgl. Flaig (1991) 136–137; Loraux (2002) 147–149.

[14] Das Verb μνησικακεῖν verwendet Herodot an anderer Stelle (Hdt. 8, 29).

Die Erzählung über die Bestrafung des Phrynichos ist ein frühes (das erste so deutliche) Zeugnis eines normativen, rechtlichen Eingriffes in die Erinnerung und die daraus entstehenden Emotionen. Die Bestrafung des Dichters erklärt sich aus dem Schmerz, den die Erinnerung an das Schicksal der Milesier hervorgerufen hatte. Ich frage mich, ob nicht doch auch ein weiterer Faktor im Spiel war: die bittere Erkenntnis, daß die Athener nicht in der Lage waren, das erlittene Böse zu vergelten. Es war vielleicht auch der Schmerz über die Vernachlässigung der Pflicht zur Rache, der die Athener im Theater zu Tränen bewegt hatte. So oder so verhängten sie mit der Verurteilung des Phrynichos indirekt eine unfreiwillige, aus Machtlosigkeit geborene „Amnestie" — ohne diesen Begriff zu verwenden. Sie verboten die Erinnerung und verdrängten dadurch die Pflicht zur Rache. Sie bestraften den *anamnesanta kaka* und verboten somit das *mnesikakein*. Obwohl diese Episode athenischer Geschichte mit der rechtlichen Institution der Amnestie direkt nichts zu tun hat, ist sie doch für den kulturhistorischen Kontext der Amnestie durchaus relevant. Wie wirksam war dieser Eingriff? Das Drama des Phrynichos ist nie wieder aufgeführt worden, und nur ein einziges Mal ist ein historisches Ereignis wieder Gegenstand eines Dramas geworden. Die Perser des Aischylos verherrlichten den Sieg über die Perser und beglichen gewissermaßen auf der gleichen Bühne die offene Rechnung der Athener.

Die Episode um Phrynichos belegt eine mit rechtlichen Maßnahmen implementierte Kontrolle von Erinnerung, und zwar Erinnerung im engen und eigentlichen Sinne des Wortes. Es handelt sich um die Erinnerung an das gemeinsam Erlebte (also um „kollektives Gedächtnis") und nicht um ‚Erinnerung' im übertragenen Sinne mit der Tradition des vor langer Zeit Geschehenen (also mit „kulturellem Gedächtnis").[15] Der Unterschied ist signifikant. Die ältere Tradition wird oft, leicht und vielfach Objekt von Selektion, Gestaltung und Umformung. Der Kult der Vorfahren, die Pflege von historischen Denkmälern und Orten der Erinnerung, Hymnen und panegyrische Reden bei einem Fest, öffentliche Vorträge von Historikern im Gymnasion und im Theater, die Zerstörung von unerwünschten Zeugnissen der Vergangenheit (z.B. von Inschriften) — das alles sind einige der vielfältigen Medien, durch welche eine Gemeinde (und vor allem ihre Elite) das kulturelle Gedächtnis gestaltet und kontrolliert. Die deutlichste Institutionalisierung einer verordneten selektiven Erinnerung ist der historische Gedenktag.[16] Die generelle Amnestie betrifft dagegen immer die Erinnerung

---

[15] Zu diesem Unterschied s. Chaniotis (2009) 255–259.
[16] Chaniotis (1991) 123–145.

an rezente Ereignisse, nicht älter als eine Generation.[17] Die Kontrolle rezenter Erinnerungen ist natürlich wesentlich schwieriger, weil diese eine viel stärkere emotionale Dimension haben.

Erinnerung und Emotion — vor allem die Erinnerung an erlittenes Unrecht, der Zorn und der Wunsch nach Rache — hatten ein großes Gewicht in der Rechtsprechung und den politischen Entscheidungsprozessen der griechischen Polisgemeinden. Solche Entscheidungsprozesse waren nicht allein Sache rationaler Überlegungen, zumal in direkten Demokratien mit überschaubaren Bürgerzahlen. Gesellschaftliche Bindungen (z.B. Freundschaft), moralische Verpflichtungen, emotionale Reaktionen und religiöse Einflüsse spielten eine wichtige Rolle im komplexen Geflecht von Faktoren, welche die Entscheidungen im Volksgericht oder in der Volksversammlung bedingten. Für Thukydides gehörten Gefühle wie Angst, Neid und Gier zu den wichtigsten Motoren geschichtlichen Geschehens, und die Reden in den Werken des Thukydides und Xenophon ebenso wie die erhaltenen attischen Prozeßreden zeugen vom ständigen Versuch der Sprecher, die Gefühle der Bürger in der Volksversammlung und im Gericht zu manipulieren.

Im Zusammenhang mit unserem Thema sind vor allem zwei Emotionen von Bedeutung: die von der Erinnerung an Unrecht und Böses geweckten Gefühle des Zorns (also *mnesicholein*) und Hasses. Wenn diese Gefühle auch noch mit der Pflicht zur Rache oder Bestrafung kombiniert werden, versteht man, warum es schwierig war, eine Amnestie erfolgreich zu implementieren.

Die Rolle von Zorn und Rache im klassischen Athen, der einzigen Polis, die eine kritische Masse an Quellenmaterial liefert, hat in den letzten Jahren sehr große Aufmerksamkeit erregt.[18] Trotz der teilweise sehr unterschiedlichen Thesen, die in den betreffenden Arbeiten vertreten worden sind, betonen sie alle die große Bedeutung des emotionalen Triebes und der sozialen Pflicht zur Rache. Manchmal wurde dieser Trieb durch die Art des Vergehens (z.B. sexuelle Übergriffe auf Frauen, Konflikte über Eigentum, Beleidigung) oder den kompetitiv-agonalen Geist gestärkt, manchmal wurde er durch rationale Überlegungen, rechtlichte Maßnahmen und moralische Lehren entkräftet, aber er ist nicht vom Recht wegzudenken. Danielle Allen hat treffend festgestellt, daß in den Prozeßreden Zorn (*orge*) die am häufig-

---

[17] S. die wichtigen Beobachtungen von Flaig (1991) 129–149.

[18] Ich erwähne stellvertretend für eine große Zahl von Untersuchungen die Arbeiten von Blundell (1989); Cohen (1995) (zur Rache); Allen (2000) (zum Zorn); Harris (2001); Rubinstein (2004) 187–203; McHardy (2008). Vgl. Gehrke (1987) 121–149.

sten genannte Begründung für die Bestrafung des Angeklagten ist.[19] Wie William Harris bemerkt, wird Zorn je nach dem Interesse des Redners verurteilt oder als Rechtfertigung genannt.[20] So oder so war der Zorn ein gewichtiger Faktor. Die Amnestie verbietet es, Unrecht pflichtgemäß zu rächen; der Verzicht auf Vergeltung wiederum verbietet die Erinnerung an Böses. Diese Eingriffe versuchen somit zwei Grundemotionen (*basic emotions*) — Zorn und Trauer — zu neutralisieren. Wie schwierig dies in einer Kultur ist, die von *mnesicholein* geprägt wird, zeigen meine folgenden Beispiele.

3. Erinnerung als Grundlage von Zorn: Athen und Eresos nach der Tyrannenherrschaft

Der bekannteste Fall einer Amnestie ist die Versöhnung der Athener nach dem Sturz des Terrorregimes der Dreißig Tyrannen (403/2 v.Chr.). Abgesehen von den Dreißig selbst und ihren engsten Mitarbeitern galt für alle Beteiligten Amnestie, deren Details nicht ganz klar sind, und Verzicht auf Vergeltung.[21] All dies hinderte jedoch einige Athener nicht daran, wenige Jahre später Prozesse gegen Nutznießer der Amnestie anzustreben. Die Überzeugungsstrategie der Kläger bestand darin, Erinnerung und Emotion zu betonen und die rechtlichen Fragen zu verdrängen.[22] Unter den relevanten Reden des Lysias sind jene gegen Eratosthenes (um 403 v.Chr.?) und Agoratos (um 400–398 v.Chr.) zwei besonders prägnante Beispiele. Eratosthenes wurde für die Verhaftung und den Tod von Lysias' Bruders verantwortlich gemacht; Agoratos wurde für die Tötung des Dionysodoros angeklagt.[23]

In der Rede gegen Eratosthenes (12), die Lysias persönlich hielt, um den Tod seines Bruders zu rächen, spielen Erinnerung und Emotion eine prominente Rolle. Nachdem der Redner erläutert hat, wie sein Vater nach Athen gekommen war, erinnert er an die Ereignisse unter der Herrschaft der

---

[19] Allen (2000) 51 mit Anm. 2.

[20] Harris (2001) 185–186.

[21] Loening (1987); Natalicchio (1997) 1305–1318; Bearzot (1997a) 11–31; Carawan (2002) 1–23; Wolpert (2002) 29–99; Carawan (2006) 57–76 (Unterscheidung zwischen zwei Phasen der Versöhnung in Athen); Joyce (2008) (Kritik an Carawan).

[22] Zum Umgang der Redner mit der Amnestie s. Todd (2007) 399–411; vgl. Carawan (2002) 2–5; Wolpert (2002) 50–52; Carawan (2006) 69–73.

[23] Zum historischen Kontext der Reden s. Bearzot (1997a), zur Chronologie ebenda 47–50 und 74–77. S. ferner Wolpert (2002) 58–62 (auch zu den Problemen der Chronologie).

Dreißig und setzt das eigene Schicksal — den Raub seines Eigentums, die Verfolgung und Verhaftung seines Bruders, dessen Tötung ohne Prozeß und die Verweigerung einer ordentlichen Bestattung — in den Kontext des allgemeinen Leids (12, 6–20). Er betont gleich zu Beginn dieses Abschnittes (12, 5): „Wenn ich erst von meinem Leiden erzähle, werde ich versuchen, auch das Eure in Erinnerung zu rufen.“[24] Anschließend gedenkt er der Leistungen und Wohltaten seiner Familie und beschreibt detailliert die Taten des Eratosthenes sowie die durch die Herrschaft der Dreißig für die Polis und ihre Bürger entstandenen Schmerzen, öffentliche wie private. Er fordert die Geschworenen auf, ihr Urteil auf Grund der Erinnerung an die Ereignisse zu fällen, ganz gleich zu welcher Partei sie damals gehört hätten:[25]

> „Ich will zum Schluß kurz beide, sowohl die Angehörigen der Stadt-Partei als auch die Angehörigen der Piräus-Partei, an die Ereignisse erinnern, damit ihr das für euch entstandene Leiden als Exemplum habt und so eure Stimme abgebt.“

Die Wörter ὀργή und ὀργίζεσθαι (Zorn und Zorn empfinden) werden wiederholt verwendet,[26] zum Schluß der Rede in der Kombination von Erinnerung und Zorn — mit anderen Worten als Aufruf zu *mnesikakein*:[27]

> „Für all das sollt ihr so viel Zorn empfinden, wie damals, als ihr in der Verbannung wart, und ihr sollt euch auch an die anderen Leiden erinnern, die sie euch zugefügt haben.“

Lysias beschreibt dann die gewaltsame Verhaftung von Asylsuchenden, die Trennung von Männern von ihren Frauen und Kindern und die Verwei-

---

[24] Lys. 12, 5: περὶ τῶν ἐμαυτοῦ πρῶτον εἰπὼν καὶ περὶ τῶν ὑμετέρων ἀναμνῆσαι πειράσομαι.

[25] Lys. 12, 92: βούλομαι δὲ ὀλίγα ἑκατέρους ἀναμνήσας καταβαίνειν, τούς τε ἐξ ἄστεως καὶ τοὺς ἐκ Πειραιῶς, ἵνα τὰς ὑμῖν διὰ τούτων γεγενημένας συμφορὰς παραδείγματα ἔχοντες τὴν ψῆφον φέρητε; vgl. 94: ἀναμνησθέντες; 95: ἀναμνήσθητε.

[26] Lys. 12, 2: ὡς ἅπασι πολλῆς ἀφθονίας οὔσης ὑπὲρ τῶν ἰδίων ἢ ὑπὲρ τῶν δημοσίων ὀργίζεσθαι; 20: ὥσπερ ἂν ἕτεροι μεγάλων ἀδικημάτων ὀργὴν ἔχοντες; 30: ὑμεῖς δὲ πᾶσιν ὀργίζεσθε, ὅσοι εἰς τὰς οἰκίας ἦλθον τὰς ὑμετέρας ζήτησιν ποιούμενοι ἢ ὑμῶν ἢ τῶν ὑμετέρων τινός; 58: ὥστε σφόδρα χρὴ ὀργίζεσθαι, ὅτι Φείδων αἱρεθεὶς ὑμᾶς διαλλάξαι καὶ καταγαγεῖν τῶν αὐτῶν ἔργων Ἐρατοσθένει μετεῖχε; 80: μηδ᾽ ὧν φασι μέλλειν πράξειν πλείω χάριν αὐτοῖς ἴστε, ἢ ὧν ἐποίησαν ὀργίζεθε; 90: εἰ μὲν γὰρ τούτου καταψηφιεῖσθε, δῆλοι ἔσεσθε ὡς ὀργιζόμενοι τοῖς πεπραγμένοις.

[27] Lys. 12, 96: ἀνθ᾽ ὧν ὀργίσθητε μὲν ὥσπερ ὅτ᾽ ἐφεύγετε, ἀναμνήσθητε δὲ καὶ τῶν ἄλλων κακῶν ἃ πεπόνθατε ὑπ᾽ αὐτῶν. Vgl. Bearzot (1997a) 94–95, 159, 234–235, 238.

gerung einer anständigen Bestattung. Er will die Geschworenen nicht nur mental (durch Erinnerung), sondern auch emotionell in jene Zeit zwanzig Jahre zuvor versetzen. Die Geschworenen sollen auch jetzt soviel Zorn empfinden wie damals. So gibt es für Vergeben keinen Platz:[28]

> „Es ist für euch die Zeit gekommen, Vergebung und Mitleid aus euren Meinungen zu entfernen und Vergeltung an Eratosthenes und seinen Kollegen im Amt zu üben."

Daß einem Verbrecher von seinem Opfer oder dessen Verwandten vergeben wird, ist der griechischen Mentalität natürlich nicht fremd, setzt aber eine Gegenleistung des Täters voraus. Die Amnestie ist dagegen ein genereller Verzicht auf Vergeltung ohne diese Gegenleistung — und nur mit einem ideellen Gewinn, nämlich der Eintracht (*homonoia*). Auch aus diesem Grund ist die Amnestie nur schwer zu akzeptieren. Lysias erwähnt auch den *kairos*, den Zeitpunkt (zugleich auch die Gelegenheit), zu dem es opportun und möglich ist, zu bestrafen und zu rächen. Damit spricht er das an, was in der Rede gegen Agoratos deutlich gesagt wird: Für solche Verbrechen gibt es keine Verjährung.[29] Auf diese Weise untergräbt er indirekt den vereinbarten Verzicht auf Vergeltung und die Amnestie, welche die damaligen Bedingungen (der damalige *kairos*) notwendig machten. Die Zeiten haben sich aber geändert. Die Idee, daß die Strafe den Täter sicher treffen wird, ist im griechischen Denken von zentraler Bedeutung. Wenn die Strafe ihn nicht in diesem Leben trifft, dann im Leben nach dem Tod; wenn nicht ihn selbst, dann seine Nachkommen.[30] Diese Ideen sind der Hintergrund von Lysias' Ausführungen. Das Vergessen wird von Lysias in einem Atemzug mit Dummheit genannt: Die Zeugen der Anklage, sagt er, „halten euch für sehr vergeßlich und naiv."[31]

Die Rede des Lysias ist indirekt ein Angriff gegen den Prozeß des Vergessens, eine radikale Ablehnung des Vergebens und eine Instrumentalisierung von Erinnerung und Emotion. Auch in der Rede gegen Agoratos (13) bedient sich Lysias dieser Überzeugungsstrategie. Es sei lästig, sagt er, die Bürger an das Leiden zu erinnern, notwendig ist es trotzdem, damit die

---

[28] Lys. 12, 79: ἥκει δ' ὑμῖν ἐκεῖνος ὁ καιρός, ἐν ᾧ δεῖ συγγνώμην καὶ ἔλεον μὴ εἶναι ἐν ταῖς ὑμετέραις γνώμαις, ἀλλὰ παρὰ Ἐρατοσθένους καὶ τῶν τούτου συναρχόντων δίκην λαβεῖν.

[29] Lys. 13, 83: οὐ γὰρ οἶμαι οὐδεμίαν τῶν τοιούτων ἀδικημάτων προθεσμίαν εἶναι.

[30] Chaniotis (2004) 2–3 (mit weiterer Literatur).

[31] Lys. 12, 87: σφόδρα ἐπιλήσμονας καὶ εὐήθεις νομίζοντες ὑμᾶς εἶναι.

Richter realisieren, wie wenig Agoratos ihr Mitleid verdient.[32] Die Geschworenen sollen sich erinnern an die Witwen und Waisen, die ihrer Aussteuer beraubten Töchter, die zerstörte Stadtmauer, die Besetzung der Akropolis, die Erniedrigung der Stadt:[33]

> „Nachdem jeder von euch sich an das eigene Leiden und das gemeinsame Unglück der Stadt erinnert hat, sollt ihr euch an jenem rächen, der dafür verantwortlich ist.“

Erinnert euch an das Böse und nehmt Rache! *Mimnesko* und *timoreomai* sind die Leitmotive der Rede.[34]

Wirksam konnten solche Reden deswegen sein, weil die athenischen Geschworenen von Denkmälern und Ritualen umgeben waren, die ihnen nicht die Versöhnung sondern den Sieg der einen Partei vergegenwärtigten. In der gleichen Zeit, in der diese Reden gehalten wurden, wurden auf der Akropolis die von den Tyrannen zerstörten Inschriften restauriert — und somit das demokratische kollektive Gedächtnis.[35] Der 12. Boedromion, der Tag der Rückkehr der Demokraten, wurde als historischer Gedenktag gefeiert.[36] Die demokratischen Sieger kontrollierten die historische Erinnerung,[37] und ihre neuen Feste feierten nicht die Eintracht (*homonoia*),

---

[32] Lys. 13, 43: ἀνιῶμαι μὲν οὖν ὑπομιμνῄσκων τὰς γεγενημένας συμφορὰς τῇ πόλει, ἀνάγκη δ᾽ ἐστίν, ὦ ἄνδρες δικασταί, ἐν τῷ παρόντι καιρῷ, ἵν᾽ εἰδῆτε ὡς σφόδρα ὑμῖν ἐλεεῖν προσήκει Ἀγόρατον.

[33] Lys. 13, 48: νῦν οὖν μνησθέντες καὶ τῶν ἰδίων ἕκαστος δυστυχημάτων καὶ τῶν κοινῶν τῆς πόλεως τιμωρεῖσθε τὸν αἴτιον τούτων.

[34] Lys. 13, 76: τούτων μέμνησθε, καὶ τοῦτον τιμωρεῖσθε ἀνθ᾽ ὧν ἐποίησεν; 95: ἀναμνησθέντες οὖν ἁπάντων τῶν δεινῶν ... τιμωρήσατε τὸν αἴτιον τούτων. Vgl. 13, 44: ἴστε ... ἴστε ... μέμνησθε; 13, 52: εἶτα καὶ ἐκείνων μέμνησθε. Vgl. Bearzot (1997a) 295, 298, 339–340.

[35] Z.B. *IG* II^2 6 und 9.

[36] Plut. mor. 349 F.

[37] Zur Konstruktion und Kontrolle von Erinnerung in Athen in dieser Zeit s. die ausführliche Behandlung von Wolpert (2002), insbesondere 75–99. Vgl. Allen (2000) 239: „The process of forgetting was carried out with a ceremony that ritualized, formalized, and memoralized the decision not to remember, but the amnesty was somewhat double-edged. It simultaneously validated the oligarchs as members of the democratic community and stripped them of their right to present their personal interpretations of their honor or to be memoralized for any of their wartime deeds. The Athenians granted the supporters of the oligarchy their lives, but they also refused to give them a chance to put their own case, a chance to argue their desert and to insert their own stories, stories that would have valorized their actions, into the social memory. The amnesty ensured the reestablishment of the democratic system of value through the silence and acquiescence of both victor and defeated.“

sondern den Sieg. Damit aber die Erinnerung an den Sieg nicht zum dauerhaften Ausschluß eines Teils der Bürgerschaft aus der Gemeinschaft führte, wurde durch einen Prozeß der selektiven Erinnerung der innere Feind mit einer sehr kleinen Gruppe identifiziert: mit den Dreißig. Die Dämonisierung der Dreißig ließ die Wiederherstellung der Demokratie als Sieg der gesamten Bürgerschaft der Athener erscheinen und die Trennung zwischen Siegern und Besiegten überwinden.[38]

Wie die Kontrolle über die Erinnerung eine Amnestiebestrebung verhindert, zeigt auch ein weiteres Beispiel, diesmal aus Eresos auf der Insel Lesbos. Ein Dossier von Dokumenten betrifft das Schicksal der Tyrannen und ihrer Nachkommen. Auf die komplexe und kontrovers diskutierte Frage nach der Datierung der Ereignisse gehe ich hier nicht ein.[39] Es reicht für unsere Fragestellung zu sagen, daß in den frühen Regierungsjahren Alexanders in Eresos perserfreundliche Tyrannen herrschten. Nach Ihrem Sturz wurden sie zum Tode verurteilt, ihre ganze Nachkommenschaft für immer verbannt. Wiederholt versuchten letztere zurückzukehren. Sie appellierten an Alexander, Philip III. und Antigonos, aber alle Versuche scheiterten. Auch eine ganze Generation nach den Ereignissen bekräftigten die Eresier ihre Beschlüsse gegen die Nachkommen der Tyrannen. Den Beschlüssen, die eine Amnestierung ablehnen, geht eine sehr detaillierte Beschreibung der Verhältnisse unter den Tyrannen voraus:[40]

> „[Agonippos ...] baute die Akropolis wieder auf, trieb von den Bürgern 20.000 Statere ein, raubte die Griechen aus, stürzte die Altäre des Zeus Philippios um und ging kriegerisch gegen Alexander und die Griechen vor, wobei er den Bürgern die Waffen abnahm und sie massenweise aus ihrer Stadt ausschloß; er ergriff aber ihre Frauen und Töchter, ließ sie auf der Akropolis gefangen halten und erpreßte so 3.200 Statere; er raubte die Stadt und die

---

[38] Zur Präsentation der Dreißig als Fremde und zur Erinnerung an ihre Herrschaft s. Wolpert (2002) 88–89 und 120–129. Flaig (1991) 136–144 hat die plausible Vermutung geäußert, daß aus diesem Grund auch das Selbstopfer des Sehers der Demokraten, der zu Beginn des Kampfes freiwillig in den Tod ging, aus der kollektiven Erinnerung verdrängt wurde. Das Selbstopfer war eine im Krieg gegen einen äußeren Feind angemessene Verhaltensweise; im Kontext eines Bürgerkrieges stimmte es unbehaglich. Das Selbstopfer mußte vergessen werden, damit der Bürgerkrieg bewältigt werden konnte.

[39] *IG* XII 2, 526 + Suppl.; *OGIS* 8. Zum historischen Kontext s. Lott (1996) 26–40; Labarre (1996) 25–31, 327–332 Nr. 6; Bencivenni (2003) 55–77; Dmitriev (2004) 348–381.

[40] Übersetzung von Friedel (1937) 78–79.

> Heiligtümer mit seinen Plünderern aus und steckte sie in Brand und verbrannte sogar Bürger mit; schließlich ist er noch zu Alexander gekommen und machte die Bürger schlecht und verleumdete sie.“

Eine fast gleichlautende Erzählung begründet das Urteil über Eurysilaos, einen anderen Tyrannen. Die Erinnerung an die Schreckensherrschaft war die einzige Begründung für die Ablehnung der Amnestie; aus diesem Grund war die Auflistung der Verbrechen so lang und ausführlich. Die gleiche Überzeugungsstrategie findet man in den ptolemäischen und kaiserzeitlichen Petitionen, in denen das detaillierte Erzählen der Unrechtstat nicht nur der Steigerung der Glaubwürdigkeit dient, sondern auch beim Adressaten Mitleid mit dem Opfer und Zorn gegen den Täter erwecken soll.[41]

Den Griechen ist natürlich nicht entgangen, daß Amnestie und Verzicht auf Vergeltung ohne effektive Kontrolle von Erinnerung und Emotion nicht wirksam sein können. So versprachen die Bürger von Tegea den 324 v.Chr. aus der Verbannung Rückkehrenden Verzicht auf Rache und wohlwollende Haltung und griffen somit in Erinnerung (οὐ μνασικακήσω) und Emotion (εὐνοήσω) ein. Ihr Eid lautet:[42]

> „Ich werde den Zurückgekehrten, welche die Polis wieder aufzunehmen beschloß, wohlgesonnen sein, und ich werde niemandem von ihnen Übles nachtragen (bezüglich dessen), was er vorgeschlagen hat (?), von dem Tag an, an dem ich den Eid geschworen habe; auch werde ich die Sicherheit der Zurückgekehrten nicht beeinträchtigen.“

Kann aber ein Eid eine Haltung verändern und Haß in Wohlwollen verwandeln? Auf diese Frage komme ich am Schluß des Beitrages zurück.

---

41 Einige Beispiele von solchen detaillierten Beschreibungen: *UPZ* I 2, 8, 18; *P.Dryton* I 33; *P.Enteux.* 13, 79. Verschiedene Aspekte der Petitionen untersuchen meine Projektmitarbeiterinnen Prof. Dr. Eftychia Stavrianopoulou (Heidelberg) im Rahmen des Sonderforschungsbereichs 619 „Ritualdynamik“ und Dr. Chrysi Kotsifou (Oxford) im Rahmen des Projektes „The Social and Cultural Construction of Emotions: The Greek Paradigm“.

42 *IPArk* 5, Z. 57–61: εὐνοήσω τοῖς κατηνθηκόσι τοῖς ἔδοξε τᾶι πόλι κατυδέχεσθαι, καὶ οὐ μνασικακήσω τῶννυ οὐδεν[ὶ] τ[ὰ] ἂν ἀμπ[ε]ίση ἀπὺ τᾶι ἀμέραι τᾶι τὸν ὅρκον ὤμοσα, οὐδὲ διακωλύσω τὰν τῶν κατηνθηκότων σωτηρίαν (Übersetzung nach Thür und Taeuber). Vgl. Carawan (2002) 6–7; Bencivenni (2003) 79–103; Joyce (2008).

4. Der Ausweg aus dem Dilemma der Amnestie: eine Normenhierarchie

Die Reden des Lysias wiederholen die gleichen Motive: erinnert euch, empfindet Zorn, nehmt Rache![43] Diese Imperative sind die stillschweigende Antwort des Redners auf ein der Amnestie immanentes Dilemma. Wenn man auf die rechtliche Verfolgung von Straftätern und auf Rache verzichtet, vernachlässigt man zentrale Pflichten: die Pflicht, Recht zu sprechen und zu bestrafen, und die Pflicht, zu vergelten. Man tut dies zugunsten einer anderen Pflicht — der Pflicht, durch Versöhnung und Eintracht die Gemeinde zu retten. Was soll größeres Gewicht haben? Vergeltung (*timorein*) und Recht (*dike*) oder Eintracht (*homonoia*)? Das Recht der Toten oder der Vorteil der Lebenden?

Es gehört nun zur Natur eines Dilemmas, daß es nicht zu lösen ist. Aus diesem Grund bedeuten Amnestie und Verzicht auf Vergeltung die Akzeptanz einer Normenhierarchie: der Trieb zur Rache und der Wunsch nach Bestrafung werden weniger geachtet als Eintracht. Am deutlichsten findet man diese Ansicht in der Apologie des Andokides. Der für Taten aus der Zeit vor der Amnestie angeklagte Redner erinnerte an eine angeblich nach der Schlacht bei Marathon vereinbarte Amnestie. Konfrontiert mit ihrer zerstörten Stadt — hier verwechselt Andokides die beiden persischen Invasionen — wählten die Athener die Eintracht und erreichten dadurch die Herrschaft in Griechenland; genauso sollen sich die Athener auch jetzt für Eintracht statt Erinnerung entscheiden: *homonoein* statt *mnesikakein*.[44] Konsequent betont Andokides die Prioritäten auch im Zusammenhang mit dem Verzicht auf Vergeltung nach dem Sturz der Dreißig Tyrannen:[45]

> „Obwohl ihr die Möglichkeit gehabt habt, uns zu bestrafen (*timoreisthai*), habt ihr die Entscheidung getroffen, das Geschehene sein zu lassen; ihr habt die Rettung der Stadt für wichtiger als die private Rache gehalten und den Beschluß gefaßt, sich an das untereinander geschehene Böse nicht zu erinnern."

---

[43] Zum Zusammenhang von Erinnerung und Zorn auch in Lysias 25 s. Mossé (1997) 53–58; vgl. Bearzot (1997b) 59–77.

[44] And. 1, 108–109: διὰ τὸ ἀλλήλοις ὁμονοεῖν τὴν ἀρχὴν τῶν Ἑλλήνων κατειργάσαντο καὶ τὴν πόλιν ὑμῖν τοιαύτην καὶ τοσαύτην παρέδοσαν ... μὴ μνησικακῆσαι, εἰδότας, ὦ ἄνδρες, ὅτι ἡ πόλις ἐκ πολὺ ἐλάττονος ἀφορμῆς ἐν τῷ ἔμπροσθεν χρόνῳ μεγάλη καὶ εὐδαίμων ἐγένετο· ἃ καὶ νῦν αὐτῇ ὑπάρχει, εἰ ἐθέλοιμεν οἱ πολῖται σωφρονεῖν τε καὶ ὁμονοεῖν ἀλλήλοις.

[45] And. 1, 81: γενόμενον ἐφ᾽ ὑμῖν τιμωρεῖσθαι, ἔγνωτε ἐᾶν τὰ γεγενημένα καὶ περὶ πλείονος ἐποιήσασθε σῴζειν τὴν πόλιν ἢ τὰς ἰδίας τιμωρίας, καὶ ἔδοξε μὴ μνησικακεῖν ἀλλήλοις τῶν γεγενημένων. Zu den Problemen der Wiedergabe der Ereignisse durch Andokides s. Carawan (2002) 2–5 und (2006) 69–73.

Wirksamer ist diese Priorität, wenn sie von einem externen, unbeteiligten Schlichter empfohlen wird, der zugleich die Rolle des Ratgebers und kritischen Betrachters übernimmt — in Athen war dies der spartanische König. Die Erkenntnis, daß die eigenen Handlungen von Außenstehenden beobachtet und beurteilt werden, mag vielleicht nicht für die Entscheidung ausschlaggebend sein, auf Vergeltung zu verzichten, spielt aber dennoch eine Rolle. Ein gutes Beispiel ist die Empfehlung fremder Richter an die Bürger von Klazomenai und Temnos nach einem Krieg:[46]

> „Was die in Zusammenhang mit dem Krieg entstandenen Anschuldigungen betrifft, die Temniten und Klazomenier gegeneinander vorgebracht haben, wobei die Vorwürfe selbst gewichtig sind und die in sie aufgenommenen Details der Wiederherstellung der Freundschaft abträglich sind, vielmehr zu größter Feindschaft zu führen vermögen, hielten wir es für wünschenswert, nichts bestehen zu lassen, was den früher existierenden guten Beziehungen entgegenstünde oder sie aufhielte, vielmehr die Beilegung vorzunehmen gemäß der Intention unseres Demos, die wir uns auch selbst zu eigen gemacht haben, und gemäß dem Vorteil derer, die uns die Entscheidung anvertraut haben. Deshalb entscheiden wir: Die Städte sollen ausgesöhnt sein bezüglich der aus dem Krieg stammenden Anschuldigungen, und es soll nicht gestattet sein, noch Anschuldigungen vorzubringen, sondern es soll für alle Zeiten Amnestie bestehen.“

Der externe Ratschlag und die rationalen Überlegungen über das Vorteilhafte reichen aber manchmal nicht aus, um andere in der griechischen Gesellschaft und Kultur fest verankerte Parameter (Zorn, Rache, Ehrgefühl, subjektives Gerechtigkeitsgefühl) zu neutralisieren. Wenn Erinnerung (*mne-*

[46] Herrmann (1979) 252 (*SEG* 29, 1130 bis), Z. 11–22: περὶ μὲν τῶν [κα]τὰ τὸμ πόλεμον [ἐγκλη]μάτων [ὑπὲ]ρ ὧν ἐνεκάλεσαν ἀλλάλοις Τημνῖτ[αι καὶ Κλ]αζομένιοι, με[γά]λων ὄντων τῶν ἐγκεκλημένων [καὶ τῶ]ν ποτικατακεχωρισμένων ἐν αὐτοῖς ἀλλοτρίων [πρὸς ἀπ]οκατ[άσ]τασιν φιλίας, διατεινόντων δὲ εἰς ἔχ⟨θ⟩ραν τὰν μεγ[ίστα]ν, καλῶς ἔξ[ειν] ὑπελάβομες ἐναντίομ μὲν μηθέν μηδὲ ἀνο[χὰν] τοῖς προϋπάρχουσι φιλανθρώποις καταλείπειν, τὰν δὲ διεξα[γωγὰ]ν ποιήσασθαι ἀκολούθως τᾶι τε τοῦ δάμου προαιρέσει [ἃν καὶ αὐτ]οὶ προεθέμεθα καὶ τῶι συμφέροντι τῶν ἐπιτρεψάντων τὰ[ν κρίσιν]. Διὸ καὶ κρίνομες διαλελῦσθαι τὰς πόλεις περὶ τῶν κατὰ τ[ὸμ πόλεμ]ον ἐγκλημάτων καὶ μὴ ἐξῆ{η}μιν ἔτι ἐγκαλέσαι, ἀλλὰ ὑ[πάρχειν ἀ]μναστίαν εἰς τὸν ἀεὶ χρόνον (Übersetzung nach Herrmann). Für *amnestia* vgl. die Bestimmung im Vertrag zwischen Milet und Magnesia am Mäander (*Milet* I 3, 148): ὑπάρχει πᾶσιν τούτοις ἄδειαν καὶ ἀμνηστίαν ὧν πεπράχασιν ἐν τῶι πολέμωι.

me), Vergeltung (*timoria*) und Gerechtigkeit (*dike*) der Eintracht (*homonoia*) entgegengehalten werden, warum soll die Eintracht gewinnen? Mneme und Gerechtigkeit sind ehrwürdige, göttliche Personifikationen; aber auch die Homonoia wird frühestens seit der Mitte des 4. Jh. v.Chr. kultisch verehrt. Daß die Entstehung des Kultes der Homonoia mit den Versöhnungsbemühungen nach Bürgerkriegen in Zusammenhang steht, ist sehr wahrscheinlich,[47] und dies bringt mich nun zum letzten Teil meiner Ausführungen: zur Festigung der Amnestie durch Rituale.

5. Amnestie und Ritual

Gerade weil Emotion und Erinnerung durch Rituale gestärkt und befestigt wurden, hatte die Amnestie vor allem dann Erfolgschancen, wenn sie durch entsprechende Handlungen begleitet wurde, durch Rituale der selektiven Erinnerung, des Vergessens und der Versöhnung.

Vereinbarungen von Amnestie und Verzicht auf Vergeltung werden stets von einem Ritual begleitet — vor allem nach einem Bürgerkrieg: der Eidesleistung.[48] Schwurzeremonien sind furchterregende Rituale der Selbstverwünschung,[49] ihre Wirksamkeit ist dennoch begrenzt. Meineid ist kein Vergehen nach griechischem Recht, nur die als Zeugen angerufenen Götter können denjenigen bestrafen, der den Eid bricht.[50] Ein Eid kann Objekt sophistischer Interpretation werden; ein häufiges Merkmal griechischer Eide ist das Verbot einer ‚sophistischen Deutung' des Eids und der Verletzung der Vertragsbestimmungen durch Vorwände und Heimtücke (δόλος, παρεύρεσις, μηχανή, τέχνη, πρόφασις, κακοτεχνεῖν).[51] In der Rede gegen Agoratos liefert Lysias ein hübsches Beispiel:[52]

---

[47] Thériault (1996a) 127–150 und (1996b).

[48] Z.B. nach dem Krieg zwischen Smyrna und Magnesia am Sipylos (246 v.Chr.), *I.Magnesia am Sipylos* 1: συντελεσθέντων δὲ τῶν ὅρκων τὰ μὲν ἐγκλήματα αὐτοῖς τὰ γεγενημένα κατὰ τὸν πόλεμον ἤρθω πάντα καὶ μὴ ἐξέστω μηδὲ ἑτέροις ἐγκαλέσαι περὶ τῶγ κατὰ τὸν πόλεμον γεγενημένων μήτε διὰ δίκης μήτε κατ' ἄλλον τρόπομ μηθένα· εἰ δὲ μή, πᾶν τὸ ἐπιφερόμενον ἔγκλημα ἄκυρον ἔστω.

[49] Giordano (1999); im Zusammenhang mit der Amnestie, s. Loraux (2002) 123–143.

[50] Plescia (1970) 88–91.

[51] Chaniotis (1996b) 77; Gazzano (2005) 3–33.

[52] Lys. 13, 88: πυνθάνομαι δ' αὐτὸν καὶ περὶ τῶν ὅρκων καὶ περὶ τῶν συνθηκῶν μέλλειν λέγειν, ὡς παρὰ τοὺς ὅρκους καὶ τὰς συνθήκας ἀγωνίζεται ἃς συνθέμεθα πρὸς τοὺς ἐν ἄστει οἱ ἐν τῷ Πειραιεῖ.

> „Ich höre, daß der Kläger beabsichtigt, von den Eiden und den Verträgen zu reden und zu beaupten, daß ihm der Prozeß gemacht wird unter Verletzung der Eide und der Verträge, die wir von der Piräus-Partei mit der Stadt-Partei vereinbart haben.“

Aber abgesehen davon, daß dies ein Schuldgeständnis sei, habe dieser Eid — so Lysias — in diesem Fall keine Anwendung. Agoratos und seine Kläger waren alle in Piräus und sind deswegen vom Eid nicht erfaßt. „Denn die Bürger in Piräus haben gegenüber den Bürgern in Piräus keinen Eid geleistet“, sondern nur gegenüber den Bürgern in der Stadt. Da die Kläger und der Angeklagte in Piräus waren, haben die Kläger sehr wohl das Recht, ihn anzuklagen.[53]

Die Verletzung der Amnestie wurde als Gefahr ernst genommen, wie eine erst vor kurzem gefundene Inschrift aus Dikaia in Makedonien aus den sechziger Jahren des 4. Jh. v.Chr. zeigt.[54] Es handelt sich um ein Dokumentendossier, das die Versöhnung der Bürger von Dikaia untereinander betrifft, wohl unter externer Vermittlung des Königs Perdikkas. Das erste Dokument, ein Beschluß, verpflichtet alle Bürger, innerhalb von drei Tagen den Eid in den wichtigsten Heiligtümern zu leisten.[55] Weigerung, den Eid zu leisten, bedeutete automatisch den Verlust der Bürgerrechte. Zum Glück ist der Text des Eides erhalten, den ich in Auszügen zitiere:[56]

> „Ich werde in jeder Hinsicht meine Bürgerrechte in gerechter Weise ausüben, öffentlich wie privat, und ich werde die väterliche Verfassung nicht ändern, und ich werde keine Fremden (oder Söldner) in die Stadt hineinlassen, zum Schaden der Gemeinde der

---

[53] Lys. 13, 90: νῦν δὲ καὶ οὗτος ἐν Πειραιεῖ ἦν καὶ ἐγὼ καὶ Διονύσιος καὶ οὗτοι ἅπαντες οἱ τοῦτον τιμωρούμενοι· ὥστε οὔκ εἰσιν (sc. οἱ ὅρκοι) ἡμῖν ἐμποδών· οὐδένα γὰρ ὅρκον οἱ ἐν Πειραιεῖ τοῖς ἐν Πειραιεῖ οὐδ’ οἱ ἐν ἄστει τοῖς ἐν ἄστει ὤμοσαν.

[54] Voutiras – Sismanidis (2007) 253–274 (*SEG* 57, 756).

[55] Z. 5–7 und 12–13: τοὺς [π]ολίτας πάντας ὀμόσ[α]ι τὸν ὅρκον τὸ̣[ν] συγγεγραμμένο[ν] ἐν τρισὶν ἱεροῖς τοῖς [ἁ]γιωτάτοις καὶ ἐ̣ν ἀγορῆι, Δία, Γῆν, [Ἥ]λιομ, Ποσιδῶ, κάπ̣ρο[ν] ἱερεύσαντας ... ὀμόσαι δέ πάντας ἐ̣ν τρισὶν ἡμ̣έραις.

[56] Z. 67–84: πολιτεύσομαι ἐπίπασι δικαί⟨ω⟩ς καὶ δημο̣σίαι καὶ ἰδίαι καὶ τὴμ πολιτείαν οὐ μεταστήσω τὴν πατρίαν, οὐδὲ ξένους εἰσδέξομαι ἐπὶ βλάβην τοῦ κοινοῦ τοῦ Δικαιοπολιτέων οὐδὲ ἰδιώτεω οὐδὲ ἑνός· καὶ οὐ μνησικακήσω οὐδενὶ οὔτ̣[ε] λόγωι οὔτε ἔργωι· καὶ οὐ θανατώσω̣ οὐδένα οὐδὲ φυγῆι ζημιώσω οὐδὲ χρήματα ἀφαιρήσομ[αι] ἕνεκα τῶν παρηκόντων· καὶ ἄν τις μνησικα̣κῆι, οὐκ αὐ[τ]ῶι ἐπιτρέψω· καὶ ἀπὸ τῶμ β̣ωμῶγ καθελέω καὶ καθαιρεθ[ή]σομαι· ... καὶ εἴτινα ἄλλον ὅρκ[ον] ὤ̣μοσα, λύω, τόνδε δέ σπουδαιότατομ ποιήσομαι ...

> Dikaiopolitai oder irgendeiner Privatperson. Und ich werde niemandem gegenüber nachtragend sein, weder mit Worten noch mit Taten. Wegen der vergangenen Streitigkeiten werde ich niemanden töten oder zur Verbannung verurteilen oder seine Habe nehmen. Und wenn jemand nachtragend ist, werde ich ihn daran hindern. Und ich werde ihn von den Altären wegreißen und ich selbst [gemeint ist: wenn ich etwas Ähnliches tue] werde von den Altären weggeschleppt. Und wenn ich einen anderen Eid geleistet habe, lösche ich ihn, und ich werde diesen Eid zum wichtigsten von allen (Eiden) machen.“

Das Ritual der Eidesleistung wird hier zur Voraussetzung für den Verbleib in der Gemeinde gemacht. Ein Bürgereid im engeren Sinne ist dieser Eid natürlich nicht, aber durch seine Leistung wird das Verbot des *mnesikakein* zur Bürgerpflicht. Ja, auch die unnachgiebige Verfolgung des Zuwiderhandelnden wird zur Bürgerpflicht. Der Eid ist stärker als jeder andere Eid; er ist sogar stärker als das Asylrecht. Denn wer die ‚Amnestie‘ bricht, dem können nicht einmal die Altäre der Götter Schutz gewähren. Dieser Text ist nicht nur eine Bestätigung meiner vor Jahren vertretenen These, daß eine rechtliche Einschränkung der Asylie möglich war,[57] sondern auch ein ausgezeichnetes Beispiel von Normenhierarchien an einer Schnittstelle sakralen und profanen Rechts.

Der Eid war aber nicht das einzige Ritual im Zusammenhang mit der Amnestie. Ihre zeremonielle Umrahmung konnte erweitert werden. So veranstalteten die Athener nach der Versöhnung von 403 eine Prozession von Piräus nach Athen unter Beteiligung aller Bürger — wahrscheinlich nicht ohne Streit, wenn man Lysias’ Rede gegen Agoratos Glauben schenkt (13, 81). Eine Inschrift, welche die Rückkehr von Verbannten nach Mytilene und die Wiederherstellung der Eintracht betrifft (ca. 340–330 v.Chr.),[58] be-

[57] Chaniotis (1996a) 65–86; vgl. Chaniotis (2007) 233–246.

[58] Der Text ist sehr fragmentarisch; s. die letzte kritische Edition von Heisserer – Hodot (1986) 120–128 (*SEG* 36, 752; vgl. Tod, *GHI* 201 = *OGIS* 2), Z. 16–21: ὤς κε μήδ[εν --- π]ρὸς τοὶς ἐν τᾶι πόλι [πρόσθε ἔοντας, ἀλλὰ ὀμόνοοι καὶ διαλε]λύμενοι πάντες πρὸς ἀλ[λάλοις πολιτεύοιντο ἀνεπιβουλλε]ύτως καὶ ἐμμένοιεν ἐν τᾶι ἀ[ναγραφείσαι διαγράφαι καὶ ἐν τᾶ]ι διαλύσι τᾶι ἐν τούτωι τῶι ψα[φίσματι] („damit es [keine Auseinandersetzung? gibt] zwischen den Zurückgekehrten und denen, die in der Stadt zuvor lebten, sondern alle miteinander als Bürger in Eintracht und versöhnt leben, ohne einander nachzustellen, und sich an die inschriftlich aufgezeichnete Diagraphe und an die Aussöhnung halten, die in diesem Beschluß aufgezeichnet ist“).

richtet von einer festlichen Begehung des Ereignisses:[59]

> „Wenn der Beschluß des Volkes in Kraft getreten ist, soll das gesamte Volk am 20. des Monats [---] ein Gebet an die Götter verrichten, daß die Aussöhnung zwischen den bereits Zurückgekehrten und denen, die in der Stadt zuvor lebten, zum Heil und zum Wohlbefinden aller Bürger erfolgen möge. Alle von der Gemeinde bezahlten Priester sowie die Priesterinnen sollen die Tempel aufschließen, und das Volk soll sich zum Gebet versammeln."

Die Öffnung der Tempel ist ein Merkmal eines großen Festes, es impliziert die Anwesenheit der Götter. Diese Aussöhnung führte wahrscheinlich auch zur Einführung eines neuen Kultes, desjenigen der Homonoia, wie aus einem anderen Dekret hervorgeht, das wahrscheinlich mit der gleichen Angelegenheit zusammenhängt:[60]

> „Rat und Volk sollen den Zwölf Göttern, dem Zeus Heraios, Zeus Basileus, Zeus Homonoios, der Homonoia, Dike und Epiteleia ton Agathon (Vollenderin des Guten) ein Gelübde leisten, wenn die beschlossenen Maßnahmen für das Volk von Mytilene förderlich sind, ein Opfer darzubringen und eine Prozession zu veranstalten auf Grund der Vollendung des Guten ..."

Die Liste der Götter ist auffällig. Die Mytilenäer hatten die Gerechtigkeit in ihrem Gelübde nicht vergessen; die alte Göttin der Gerechtigkeit ist flankiert von der Göttin der Eintracht und der Göttin des Vorteils. Das Verhältnis der drei Göttinnen ist aber alles andere als frei von Spannungen. Denn die sture Implementierung des Rechtes gefährdet die Eintracht und somit die Vollendung des Guten. Worauf die Mytilenäer den Akzent setzten, ist deutlich genug: Homonoia steht nicht nur an der ersten Stelle der weiblichen Gottheiten, sondern wird noch ein weiteres Mal genannt, und zwar als Epiklese des Zeus Homonoios. Diese Götterliste setzt implizit Prioritäten.

---

[59] Heisserer – Hodot (1986) 120–128 (*SEG* 36, 752; vgl. Tod, *GHI* 201 = *OGIS* 2), Z. 38–44: κυρώθεντος δὲ τῶ ψαφίσ[ματος ὑπὸ τᾶ δάμω, εὔξασθαι] τὸν δᾶμον ἐν τᾶι εἰκοίσται τῶ μῆννος [---] τοῖς θέοισι ἐπὶ σωτηρίαι καὶ εὐδαι[μονίαι τῶμ πολίταν πάντων] γένεσθαι τὰν διάλυσιν τοῖς κατελ[θόντεσσι --- τοῖς πρόσθε] ἐν τᾶι πόλι ἐόντεσσι· τοὶ[ς δ]ὲ ἴρηας τ[οὶς δαμοτελέας πάντας καὶ] ταὶς ἰρείαις ὀείγην τ[οὶ]ς ναύοις καὶ [τὸν δᾶμον πρὸς εὔχαν συνέλ[θην.

[60] *SEG* 36, 750, Z. 5–12: εὔξασθαι μὲν τὰμ βόλλαν καὶ τὸν δᾶμον τ̣[ο]ῖς θέοισι τοῖς δυοκαίδεκα καὶ τῶι Διὶ τῶι Ἠραίωι καὶ Βασίληι καὶ Ὀμονοίωι καὶ τᾶι Ὀμονοίαι καὶ Δίκαι καὶ Ἐπιτελείαι τῶν ἀγάθων̣ αἴ κε συνενίκει τῶι δάμωι τῶι Μυτιληνάων τὰ̣ δόξαντα, θυσίαγ καὶ πρόσοδομ ποήσασθαι τε̣λειομένων τῶν ἀγάθωγ κατ ὄττι κε τῶι δάμω φ̣αίνηται.

Mein letztes Beispiel ist ein ganz einmaliges Verfahren, das die große Sorge um die rituelle Festigung der Versöhnung und des Verzichts auf Vergeltung eindrucksvoll bezeugt. In der ersten Hälfte des 3. Jh. v.Chr. war das sizilische Nakone Schauplatz eines erbitterten Kampfes um die Herrschaft in der Stadt. Als der Bürgerkrieg zu einem Ende kam — wahrscheinlich durch die Vermittlung von Segesta —, mußte die kleine, gespaltene Gemeinde einen Neubeginn versuchen. Was hier praktiziert wurde, war für die griechische Gedankenwelt der radikalste Bruch mit der Tradition, nämlich die Abschaffung der bestehenden Familien. Die Begründung steht am Anfang des Beschlusses:[61]

> „Es ist vorteilhaft, wenn wir in der Zukunft das Gemeinwesen in Eintracht verwalten. Auch Gesandte von Segesta sind gekommen ... und gaben Ratschläge bezüglich dessen, was für alle Bürger vorteilhaft ist."

Wir beobachten wieder den indirekten externen Druck und seine Wirkung. Der Beschluß beschreibt dann, was geschehen sollte und sicher geschehen ist. Eine Volksversammlung ist einberufen worden. Die zwei Konfliktparteien, die bisher um die Herrschaft in der Stadt gekämpft hatten, präsentierten eine Liste mit jeweils 30 führenden Persönlichkeiten. Durch ein Losverfahren wurden neue Familien gegründet, bestehend aus jeweils einem Anführer der beiden Gegner sowie drei weitere Bürger, die untereinander nicht verwandt waren. Die restlichen Bürger wurden dann, wieder durch Losverfahren, neuen Familien, jeweils aus fünf Männern, zugewiesen.[62] Der Beschluß schreibt vor: „und von nun an sollen die Männer, die das Losverfahren zusammengeführt hat, Wahlbrüder sein und in Eintracht miteinander leben, in Gerechtigkeit und Freundschaft."[63] Das Dekret schreibt also auch Gefühle vor. Das Verfahren wurde durch das Opfer einer weißen Ziege besiegelt. Die Wirksamkeit der Versöhnung wurde durch die feierliche Begehung eines Gedenktages garantiert[64]:

---

[61] Lupu (2005) 347–358 Nr. 26 (*SEG* 30, 1119), Z. 5–9: συμφέρει δὲ καὶ ἐς τὸν λοιπὸν χρόνον ὁμον[ο]οῦντας πολιτεύεσθαι, πρέσβεις τε Ἐγεσταίων παραγεναθ̣[έ]ντες ... ὑπὲρ τῶν κοινᾶι συμφερόντ̣ων π⟨ᾶ⟩σι τοῖς πολίταις συνεβούλ̇ευσαν ...; vgl. auch Loraux (2002) 215–228.

[62] Lupu (2005) 352–353.

[63] Z. 19–21: καὶ ἐς τὸν αὐτῶντα οἱ συνλαχόντες ἀδελφοὶ αἱρετοὶ ὁμονοοῦντες ἀλ̣λάλοις μετὰ πάσας δικαιότατος καὶ φιλίας.

[64] Z. 29–33: ὁμοίως δὲ καὶ αἱ κατὰ πόδας ἀρχαὶ πᾶσαι θυόντω καθ᾽ ἕ̣καστον ἐνιαυτὸν ταύται τᾶι ἁμέραι τοῖ[ς] γενετόρεσσι καὶ τᾶι Ὁμο̣νο⟨ί⟩αι ἱερεῖον ἑκατέροις, ὅ κα δοκιμάζωντι, καὶ οἱ πολῖται πάντες ἑορταζόντω παρ᾽ ἀλλάλοις κατὰ τ̣ὰς ⟨ἀ⟩δελφοθ̣ετίας.

> „Ähnlich sollen die jeweils amtierenden Beamten jedes Jahr an diesem Tag den Vorfahren und der Homonoia jeweils ein Opfertier opfern, nachdem sie es geprüft haben, und alle Bürger sollen getrennt nach den konstruierten Brüderschaften feiern."

Die Wiederholung der Feier festigte die Bindung in den neuen Familien, ohne aber auch die Erinnerung an die alten völlig zu verdrängen. Das Opfer galt nicht nur der Eintracht, sondern auch den Ahnen.[65] Die alten Familienbande mußten der Versöhnung zum Opfer fallen, aber etwas vom Ahnenkult sollte doch gerettet werden.

Mit diesem Zeugnis schließ sich der Kreis meiner Ausführungen. Das Dekret von Nakone ist ein normativer Eingriff in Erinnerung und Emotion; es drückt Prioritäten aus; es festigt die Versöhnung mit Ritualen. Es zeigt somit die Komplexität des Phänomens Amnestie und die Notwendigkeit, dieses von verschiedenen Seiten her zu beleuchten. Die Frage im Titel dieses Beitrages kann es aber nicht beantworten: Können sich normative, rechtliche Eingriffe als stärker erweisen als Emotionen? Gerne würden wir wissen, wie oft — und ob überhaupt — das Fest der Ahnen und der Homonoia in Nakone gefeiert wurde. Daß wir diese Frage nicht beantworten können, hindert uns aber nicht daran, als Historiker über die ewigen Anstrengungen der Menschen zu reflektieren, ihrer Erinnerungen, Gefühle und Traditionen Herr zu werden.

BIBLIOGRAPHIE

Allen (2000): D. Allen, *The World of Prometheus: The Politics of Punishing in Democratic Athens*, Princeton 2000.

Bearzot (1997a): C. Bearzot, *Lisia e la tradizione su Teramene. Commento storico alle orazioni XII e XIII del corpus lysiacum*, Milano 1997.

Bearzot (1997b): C. Bearzot, *Lisia e l'amnistia: l'orazione XXV e il suo sfondo politico*, in: M. Sordi (Hrsg.), *Amnistia. Perdono e vendetta nel mondo antico*, Milan 1997, 59–77.

Bencivenni (2003): A. Bencivenni, *Progetti di riforme costituzionali nelle epigrafi greche dei secoli IV–II a.C.*, Bologna 2003.

Blundell (1989): M. Blundell, *Helping Friends and Harming Enemies: A Study in Sophocles and Greek Ethics*, Cambridge 1989.

Camp (2003): J. McK. Camp, *Notes for a Philologist*, in: G. W. Bakewell – J. P. Sickinger (Hrsg.), *Gestures: Essays in Ancient History, Literature, and Philosophy Presented to Alan L. Boegehold on the Occasion of his Retirement and his Seventy-fifth Birthday*, Oxford 2003, 183–187.

[65] Zur Bedeutung des Opfers s. Chaniotis (1991) 135.

Carawan (2002): E. Carawan, *The Athenian Amnesty and the 'Scrutiny of the Laws'*, JHS 122 (2002) 1–23.

Carawan (2006): E. Carawan, *Amnesty and Accountings for the Thirty*, CQ 56 (2006) 57–76.

Chaniotis (1988): A. Chaniotis, *Historie und Historiker in den griechischen Inschriften*, Stuttgart 1988.

Chaniotis (1991): A. Chaniotis, *Gedenktage der Griechen: Ihre Bedeutung für das Geschichtsbewußtsein griechischer Poleis*, in: J. Assmann (Hrsg.), *Das Fest und das Heilige. Religiöse Kontrapunkte zur Alltagswelt*, Gütersloh 1991, 123–145.

Chaniotis (1996a): A. Chaniotis, *Conflicting Authorities: Greek Asylia between Secular and Divine Law in the Classical and Hellenistic Poleis*, Kernos 9 (1996) 65–86.

Chaniotis (1996b): A. Chaniotis, *Die Verträge zwischen kretischen Poleis in der hellenistischen Zeit*, Stuttgart 1996.

Chaniotis (2004): A. Chaniotis, *Under the Watchful Eyes of the Gods: Aspects of Divine Justice in Hellenistic and Roman Asia Minor*, in: S. Colvin (Hrsg.), *The Greco-Roman East. Politics, Culture, Society*, Cambridge 2004, 1–43.

Chaniotis (2007): A. Chaniotis, *Die Entwicklung der griechischen Asylie: Ritualdynamik und die Grenzen des Rechtsvergleichs*, in: L. Burckhardt – K. Seybold – J. von Ungern-Sternberg (Hrsg.), *Gesetzgebung in antiken Gesellschaften. Israel, Griechenland, Rom*, Berlin 2007, 233–246.

Chaniotis (2009): A. Chaniotis, *Travelling Memories in the Hellenistic World*, in: R. Hunter – I. Rutherford (Hrsg.), *Wandering Poets in Ancient Greek Culture: Travel, Locality, and Panhellenism*, Cambridge 2009, 249–269.

Chaniotis (2010): A. Chaniotis, *Dynamic of Emotions and Dynamic of Rituals. Do Emotions Change Ritual Norms?,* in: C. Brosius – U. Hüsken (Hrsg.), *Ritual Matters. Dynamic Dimensions in Practice*, London 2010, 208–233.

Cohen (1995): D. Cohen, *Law, Violence, and Community in Classical Athens*, Cambridge 1995.

Dmitriev (2004): S. Dmitriev, *Alexander's Exiles Decree*, Klio 86 (2004) 348–381.

Dössel (2003): A. Dössel, *Die Beilegung innerstaatlicher Konflikte in den griechischen Poleis vom 5.–3. Jahrhundert v.Chr.*, Frankfurt a.M. 2003.

Engels (1998): J. Engels, *Funerum sepulcrorumque magnificentia. Begräbnis- und Grabluxusgesetze in der griechisch-römischen Welt*, Stuttgart 1998.

Flaig (1991): E. Flaig, *Amnestie und Amnesie in der griechischen Kultur. Das vergessene Selbstopfer für den Sieg im athenischen Bürgerkrieg 403 v.Chr.*, Saeculum 42 (1991) 136–144.

Friedel (1937): H. Friedel, *Der Tyrannenmord in Gesetzgebung und Volksmeinung der Griechen*, Stuttgart 1937.

Gazzano (2005): F. Gazzano, *Senza frode e senza inganno. Formule 'precauzionali' e rapporti interstatali nel mondo greco*, in: L. Santi Amantini (Hrsg.), *Dalle parole ai fatti. Relazioni interstatali e communicazione politica nel mondo antico*, Roma 2005, 3–33.

Gehrke (1987): H.-J. Gehrke, *Die Griechen und die Rache. Ein Versuch in historischer Psychologie*, Saeculum 36 (1987) 121–149.

Giordano (1999): M. Giordano, *La parola efficace: Maledizioni, giuramenti e benedizioni nella Grecia arcaica*, Pisa 1999.

Harris (2001): W. V. Harris, *Restraining Rage: The Ideology of Anger Control in Classical Antiquity*, Cambridge Ma. 2001.

Heisserer – Hodot (1986): A. J. Heisserer – R. Hodot, *The Mytilenean Decree on Concord*, ZPE 63 (1986) 120–128.

Herrmann (1979): P. Herrmann, *Die Stadt Temnos und ihre auswärtigen Beziehungen in hellenistischer Zeit*, MDAI (I) 29 (1979) 249–271.

Joyce (2008): C. Joyce, *The Athenian Amnesty and Scrutiny of 403*, CQ 58 (2008) 507–518.

Konstan (2006): D. Konstan, *The Emotions of the Ancient Greeks: Studies in Aristotle and Classical Literature*, Toronto 2006.

Labarre (1996): G. Labarre, *Les cités de Lesbos aux époques hellénistique et impériale*, Paris 1996.

Loening (1987): T. C. Loening, *The Reconciliation Agreement of 403/402 B.C. in Athens*, Stuttgart 1987.

Loraux (2002): N. Loraux, *The Divided City. On Memory and Forgetting in Ancient Athens*, New York 2002.

Lott (1996): J. B. Lott Jr., *Philipp II, Alexander, and the Two Tyrannies at Eresos of IG XII.2.526, 26*, Phoenix 50 (1996) 26–40.

Lupu (2005): E. Lupu, *Greek Sacred Law. A Collection of New Documents*, Leiden 2005.

McHardy (2008): F. McHardy, *Revenge in Athenian Culture*, London 2008.

Mossé (1997): C. Mossé, *L'amnistie de 403: une illusion politique?*, in: M. Sordi (Hrsg.), *Amnistia. Perdono e vendetta nel mondo antico*, Milano 1997, 53–58.

Natalicchio (1997): A. Natalicchio, «Μὴ μνησικακεῖν»*: l'amnistia*, in: S. Settis (Hrsg.), *I Greci. Storia, cultura, arte, società, 2.II*, Torino 1997, 1305-1322.

Plescia (1970): J. Plescia, *The Oath and Perjury in Ancient Greece*, Tallahassee 1970.

Rubinstein (2004): L. Rubinstein, *Stirring Up Dicastic Anger*, in: D. L. Cairns – R. A. Knox (Hrsg.), *Law, Rhetoric, and Comedy in Classical Athens: Essays in Honour of Douglas M. MacDowell*, Swansea 2004, 187–203.

Siewert (1972): P. Siewert*, Der Eid von Plataiai*, München 1972.

Thériault (1996a): G. Thériault, *L'apparition du culte d'Homonoia*, Les Études Classiques 64 (1996) 127–150.

Thériault (1996b): G. Thériault, *Le culte d'Homonoia dans les cités grecques*, Lyon 1996.

Todd (2007): S. C. Todd, *A Commentary on Lysias, Speeches 1–11*, Oxford 2007.

Voutiras – Sismanidis (2007): E. Voutiras – K. Sismanidis, *Δικαιοπολιτῶν συναλλαγαί. Μιὰ νέα ἐπιγραφὴ ἀπὸ τὴ Δικαία, ἀποικία τῆς Ἐρέτριας*, in: *Ancient Macedonia VII. Macedonia from the Iron Age to the Death of Philip II. Papers Read at the Seventh International Symposium Held in Thessaloniki, October 14–18, 2002*, Thessaloniki 2007, 253–274.

Wolpert (2002): A. Wolpert, *Remembering Defeat: Civil War and Civic Memory in Ancient Athens*, Baltimore 2002.

MARTIN DREHER (MAGDEBURG)

DIE HERAUSBILDUNG EINES POLITISCHEN INSTRUMENTS: DIE AMNESTIE BIS ZUM ENDE DER KLASSISCHEN ZEIT

I. Zur Terminologie

Es soll vorab daran erinnert sein, daß der griechische Terminus ἀμνηστία relativ spät, nämlich in zwei Inschriften der hellenistischen Zeit aus den Jahren 196 resp. 180 v.Chr., erstmals belegt ist.[1] Der Begriff taucht also in den Quellen, die diesem Referat zugrundeliegen, gar nicht auf. Vielmehr wird der Sachverhalt der Amnestie mit einer verbalen Konstruktion ausgedrückt, nämlich mit der Vorschrift μὴ (οὐ) μνησικακεῖν: nichts Böses nachtragen, vergangenen Unrechts nicht gedenken; wörtlich: sich nicht an Böses (oder Schlechtes, κακόν) erinnern. Zu Recht ist in der Literatur bemerkt worden,[2] in dieser negierenden Formulierung komme bereits zum Ausdruck, was auch aus unseren übrigen Nachrichten über die griechische, besonders die frühe griechische Gesellschaft hervorgehe: daß nämlich das Nachtragen oder die Vergeltung für wirklich oder vermeintlich erlittenes Unrecht das normale Verhalten, ja sogar das eigentlich geforderte Verhalten gewesen sei.[3] Das Gegenteil, also das Vergeben und Vergessen, war dementsprechend immer ein Sonderfall, eine Ausnahme von der Regel. Wir werden allerdings sehen, daß in quantitativer Hinsicht doch nicht so wenige Fälle von Amnestie oder verwandten Sachverhalten anzutreffen sind, wie es in der Forschung manchmal behauptet wird. Ein verengter Blick der Forschung zeigt sich auch darin, daß, wenn von griechischer Amnestie die Rede ist, oft fast nur oder sogar ausschließlich an die athenische Amnestie

---

1 Syll.^{3} 588 und 633.

2 Moggi (2012) 133–135.

3 Vgl. verschiedene Beiträge in Sordi (1997). Erst im 4. Jahrhundert, gerade als Folge der erfolgreichen Amnestie von 403 v.Chr. (s. unten Anhang A, Nr. 16), ist der Rachegedanke in der athenischen Öffentlichkeit bis zu einem gewissen Grad zurückgedrängt worden, vgl. dazu Riess (2008).

von 403 gedacht wird,[4] während die griechische Geschichte mehr Anschauungsmaterial zu bieten hat.

Zum ersten Mal finden wir das Wort μνησικακέω bei Herodot, und zwar einmal in der Formulierung ἀπεμνησικάκεον τοῖσι Σαμίοισι οἱ Κορινθίοι, „die Korinther behielten einen Groll gegen die Samier“ (3, 49, 2), und zum andern dann in der verneinten Form, als nach der Schlacht bei den Thermopylen die Thessalier den Phokern anboten, auf militärische Revanche zu verzichten: ἡμεῖς μέντοι τὸ πᾶν ἔχοντες οὐ μνησικακέομεν ... : „aber wir wollen, auch wenn wir es leicht könnten, keine Vergeltung üben“ (8, 29, 2), sofern die Phoker dafür 50 Talente Silber bezahlen würden. Beide Episoden, in denen der Terminus auftaucht, gehören also in einen zwischenstaatlichen Zusammenhang.

Zum ersten Mal im technischen Sinn einer Amnestie und zum ersten Mal epigraphisch bezeugt erscheint οὐ μνησικακεῖν in einem Vertrag zwischen Athenern und Bottiaiern, wohl aus dem Jahr 422 (s. unten Anhang A, Nr. 5), mit dem die Bottiaier, die 432 abgefallen waren, wieder in den Athenischen Seebund zurückkehrten, und in dem beide Seiten gleichlautend schwören, sich einander nichts nachzutragen: καὶ οὐ μνε]σικακέσο τô[ν παρ]lοιχομένον ἕ[νε]κα.[5]

Wir sehen aber, wenn wir auf die ersten Fälle von Amnestien blicken, die in Anhang A vermerkt sind und die mit Solon beginnen, daß auch der Begriff μνησικακεῖν bzw. seine verneinten Formen nicht von Anfang an zur Terminologie der Amnestie gehörten. Vielmehr ist das jeweilige Vorhaben in anderen Worten umschrieben, die von den konkreten Umständen der Amnestie bestimmt sind. Da im ersten Fall (Nr. 1), einer solonischen Maßnahme, *atimoi* wieder in ihre bürgerlichen Rechte eingesetzt werden, lautet die Formulierung, die durchaus auf einen Beschluß aus solonischer Zeit zurückgehen könnte, schlicht: ἀτίμων ὅσοι ἄτιμοι ἦσαν ... ἐπιτίμους εἶναι ... (Plut. Solon 19, 3), bezieht sich also auf den Status der von der Amnestie Betroffenen. Dieselbe Formulierung begegnet uns dann noch in mehreren athenischen Amnestien (Nr. 2, 12 etc.).

Von *adeia*, Straflosigkeit, ist hingegen erst in hellenistischen Dokumenten die Rede, und die lateinischen Begriffe *abolitio, venia, indulgentia* werden in den entsprechenden Beiträgen dieses Bandes behandelt.

---

4 Thalheims RE-Artikel zur ἀμνηστία ist darin ein schlechtes Vorbild geblieben. Vgl. auch die entsprechenden Lemmata in DKlP und DNP.

5 So der Eid der Athener, Z. 15–16; vgl. 20–21 den Eid der Bottiaier.

II. Definitionsfragen

Da dieser Beitrag sich mit den Anfängen der antiken Amnestie befaßt, sei es gestattet, daß er sich auf das Problem konzentriert, was unter der Amnestie in griechischer Zeit zu verstehen ist und wie die Amnestie zu verwandten Phänomenen abgegrenzt werden kann.

Auch in dieser Hinsicht haben die Organisatoren der Tagung vorgearbeitet und eine Definition von Amnestie in das Einladungsschreiben aufgenommen, die folgendermaßen lautet:

„Unter Amnestie versteht das moderne Recht den Verzicht des Staates auf Strafverfolgung oder Strafvollstreckung gegenüber einer Anzahl nicht individuell bestimmter Personen aus Gründen der Zweckmäßigkeit. Im Unterschied zu Begnadigung und Abolition, die den Strafverzicht oder aber die Niederschlagung eines schwebenden Verfahrens gegenüber Einzelpersonen bewirken, ist die Amnestie ein wichtiges politisches Instrument, das besonders in Krisenzeiten eine Stabilisierung der staatlichen und sozio-ökonomischen Ordnung und eine Normalisierung des öffentlichen Lebens ermöglichen soll."

Und in mehreren altertumswissenschaftlichen Lexika heißt es: „Gesetzmäßig festgesetzter Verzicht auf Anklage, Wiederaufnahme von Verfahren, Urteilsvollstreckung und Strafvollzug als Mittel, die streitenden Parteien nach internen oder externen Kriegen zu versöhnen."[6] In seiner auch die Antike einbeziehenden und daher für unseren Zusammenhang wichtigen juristischen Dissertation „Studien zur Amnestiegesetzgebung" postuliert Frank Süß, es „sollte von einer Amnestie nur im Zusammenhang mit einer staatlichen Schlußregelung, die einer Personenkategorie einen unmittelbaren Sanktionsverzicht gewährt, gesprochen werden."[7] Übereinstimmung besteht auch darin, daß sich die Amnestie von der Begnadigung dadurch unterscheide, daß sich erstere auf eine „nicht-individualisierte Personengruppe" beziehe, während letztere sich auf „individualisierte, in der Regel namentlich bekannte Personen" beziehe.[8]

Für die griechische Amnestie läßt sich feststellen, daß der größte Teil der Fälle zweifellos unter diese Definitionen subsumiert werden kann. Diskussionsbedarf sehe ich vor allem in dreierlei Hinsicht.

Zum einen haben wir zwei Quellen, in denen es nicht der Staat ist, welcher eine Amnestie erläßt bzw., wenn wir den Terminus wirklich staat-

---

[6] A. Mannzmann, DKlP und G. Thür, DNP, s.v. *Amnestia*.

[7] Süß (2001) 180.

[8] Süß (2001) 180. Die Einordnung der Amnestie „als Unterfall der Begnadigung" (ebd.) ist mir allerdings nicht verständlich.

lichem Handeln vorbehalten wollen, eine amnestieähnliche Maßnahme trifft. Das erste Zeugnis ist der Schlußabschnitt der homerischen Odyssee (24, 412ff. [Anhang A, Nr. 0]), der freilich kein historisches Ereignis wiedergibt, aber doch Licht auf die Verhältnisse der homerischen Zeit werfen kann: Nach der Ermordung der Freier fordert Eupeithes, der Vater des Antinoos, daß die Mörder seines Sohnes und der anderen Freier bestraft, das heißt getötet werden müßten, sonst würden sie, die Angehörigen, Schande auf sich häufen. Aufgrund der Ermahnung durch den Seher Halitherses, die Getöteten hätten ihr Schicksal verdient, und wenn man die Mörder verfolge, stürze man selbst ins Verderben, nimmt gut die Hälfte der Versammelten von einer Verfolgung Abstand. Die übrigen ziehen unter Führung des Eupeithes zum Landgut des Laertes, wohin sich Odysseus zurückgezogen hatte. Nun greifen die Götter ein: Athene fragt Zeus, ob er Ithaka in Krieg und Zwietracht stürzen oder Freundschaft unter dem Volke beschließen wolle. Zeus läßt ihr freie Hand, gibt aber den Rat, daß Eide geleistet werden; Odysseus solle für immer Basileus bleiben, und wörtlich fügt er an:

> „Wir wollen den Mord an Söhnen und Brüdern aus dem Gedächtnis tilgen (ἔκλησιν θέ|ωμεν); sie sollen Freunde sein wie zuvor, und Reichtum und Friede sollen dort herrschen“ (484–485).

Nach ersten Kämpfen, die den Tod des Eupeithes herbeiführen, greift Athene dann auch endlich in des Zeus Sinn ein und bringt die beiden gegnerischen Parteien dazu, sich die Eide zu schwören, die Zeus angemahnt hatte.

Die Episode, die in der mir bekannten Literatur nirgendwo mit unserem Thema in Zusammenhang gebracht wird, enthält alle Elemente einer Amnestie, in der eine übergeordnete Gewalt zwei sich bekämpfende Parteien dazu bringt, die Kämpfe zu beenden und sich durch Eide auf ein zukünftiges friedliches Zusammenleben zu verpflichten, ohne sich für die vergangenen Vergehen zu rächen. Die übergeordnete Gewalt ist hier jedoch nicht ein Staat, ist nicht einmal irdischer, sondern göttlicher Natur. Ich glaube nicht, daß der Dichter bereits eine historische Amnestie dieser Art vor Augen hatte, als er seine Verse formulierte, da meines Erachtens in den homerischen Epen noch überhaupt keine staatlichen Verhältnisse oder allenfalls erste Ansätze dazu zu erkennen sind.[9] Blutrache konnte in homerischer Zeit normalerweise durch die Zahlung von Wergeld unterbunden werden, wie sich aus der berühmten Gerichtsszene auf dem Schild des Achill in der Ilias ergibt.[10] Das in der Odyssee beschriebene Gemetzel hatte jedoch sol-

[9] Vgl. Dreher (1983) 31ff.
[10] Vgl. dazu zuletzt Gagarin (2005) 83ff.

che Dimensionen, daß eine andere, grundsätzliche Lösung gefunden werden mußte, um zu geordneten Verhältnissen auf Ithaka zurückzukehren. Daher hat die mythologische Phantasie hier eine Maßnahme vorweggenommen, die dann in der nachhomerischen Zeit tatsächlich ein Instrument der nunmehr staatlich verfaßten Polis geworden ist. Das erste tatsächliche historische Beispiel ist die Amnestie durch Solon.

Das andere mögliche Zeugnis ist mit nicht geringerer Vorsicht heranzuziehen, es ist das bekannte Dekret, das im Jahr 363/2 v.Chr. vom attischen Genos der Salaminioi beschlossen wurde und eine Schlichtungsentscheidung (*diallagai*) von fünf Schiedsrichtern enthält, mit der ein tiefer Streit zwischen zwei Gruppierungen innerhalb des Genos beigelegt wurde (Anhang A, Nr. 25). Entscheidend sind die Zeilen 65–68, nach denen alle privaten und öffentlichen Ansprüche gegenüber der jeweils anderen Partei fallenzulassen sind. Insbesondere wenn die hier (Z. 65) genannten ἐνκλήματα nicht nur Ansprüche im allgemeinen Sinne sind, sondern Ansprüche, die gegebenenfalls gerichtsförmig durchgesetzt werden konnten, dann wiese der vorliegende, durch Eide abgesicherte Verzicht darauf (und die Eidesleister beider Parteien sind ab Z. 69 aufgezählt) wiederum viele Elemente einer Amnestie auf. Gegen die Einordnung der Salaminioi als nichtstaatlicher Einrichtung ließe sich vielleicht einwenden, man könne sie als eine Untereinheit der Polis verstehen, zumal ihre Kultopfer teilweise von der Polis finanziert wurden (Z. 87). Dennoch hatten die Institutionen der Gesamtpolis keinen Anteil an dem ganzen Vorgang. Auch in weiteren Fällen ist es nicht, oder zumindest nicht direkt, eine staatliche Institution, welche die Amnestie „erläßt“.[11]

Schließlich ist grundsätzlich zu fragen, ob die starke Betonung des Staates als handelnden Subjektes in den zitierten Definitionen nicht zu sehr von modernen Verhältnissen geprägt ist (auf die im Einladungsschreiben allerdings ausdrücklich Bezug genommen wird: „das moderne Recht“). Denn in den griechischen Poleis ging ein guter Teil der Amnestien aus der Situation hervor, daß sich zwei Parteien bekämpften. Zwar stellte eine Seite, seien es die Oligarchen, seien es die Demokraten, bis dahin die Regierung, aber die Bürgerkriegssituation, die Stasis, war gerade dadurch gekennzeichnet, daß die Regierung umstritten und umkämpft war, so daß zumindest momentan keine über den Parteien stehende Staatsgewalt existierte. Wenn dann die Parteien eine Übereinkunft trafen und sich in diesem Zusammenhang Amnestie zusicherten, so kann man diesen Vorgang zwar letztlich auch, sofern er in die Polisordnung einging, als gesetzmäßiges oder staat-

[11] Vgl. in Anhang A die Fälle Nr. 14 und 19 mit Anmerkungen.

liches Handeln bezeichnen; indem jedoch bürgerkriegsartige Verhältnisse erst wieder in eine staatliche Ordnung zurückgeführt wurden, handelt es sich um genau den umgekehrten Vorgang wie bei der Form von Amnestie, die von einer festgefügten, souveränen Staatsgewalt, z. B. einem Tyrannen, einer bestimmten Personenkategorie, wie den *atimoi* oder den Verbannten, gnadenhalber gewährt wurde. Einmal ist die Staatlichkeit der Ausgangspunkt, das andere Mal das Ergebnis des Vorgangs.

Der zweite Einwand betrifft die obigen Definitionen, insofern sie die Perspektive zu sehr auf die Strafgerichtsbarkeit einschränken. „Strafverfolgung oder Strafvollstreckung" formulieren die Organisatoren der Tagung. „Anklage, Wiederaufnahme von Verfahren, Urteilsvollstreckung und Strafvollzug" in den Lexika scheint auch strafrechtlich gemeint zu sein. Allgemeiner ist hingegen die Wendung „Sanktionsverzicht" von Frank Süß. In der Tat sind wir schon soeben im Dekret der Salaminier auf den Verzicht auf *zivilrechtliche* Ansprüche gestoßen. Wenn Schuldenerlasse, unter die wir in unserer Zeit denjenigen von Solon zu zählen haben, zu Amnestien zu rechnen sind, wie es mehrere Beiträge zum vorliegenden Band nahelegen, dann wäre damit von vornherein ein großer zivilrechtlicher Bereich unter die Amnestie subsumiert. Ich selbst bin, in weitgehender Übereinstimmung mit der Literatur zur griechischen Amnestie, jedoch nicht der Auffassung, daß Schuldenerlasse tatsächlich als Amnestien zu betrachten sind, und habe sie daher bei der Zusammenstellung der Quellen nicht berücksichtigt. Klarer scheinen mir hingegen die Fälle zu sein, in denen mit einer strafrechtlichen Amnestie auch eine Vermögensrestitution verbunden war; aus dem hier behandelten Zeitraum ist dieses Zusammentreffen fünf mal ausdrücklich belegt, weitere implizite Restitutionen werden vermutet.[12] Schließlich ist auch vom formalen Standpunkt aus die allgemeine Formulierung μὴ (οὐ) μνησικακεῖν nicht auf strafrechtliche Konsequenzen beschränkt.

Ein dritter und letzter Einwand betrifft Anlaß und Zweck der Amnestien. Wiederum treffen die in den beiden ersten Definitionen gegebenen Aussagen durchaus häufig zu: „ein wichtiges politisches Instrument, das besonders in Krisenzeiten eine Stabilisierung der staatlichen und sozioökonomischen Ordnung und eine Normalisierung des öffentlichen Lebens ermöglichen soll" (Einladungsschreiben, s.o.); bzw.: „als Mittel, die streitenden Parteien nach internen oder externen Kriegen zu versöhnen"

[12] Ausdrückliche Vermögensrestitutionen: Anhang A, Nr. 8; 14; 20; 26; 27. Für das Problem hat sich besonders Usteri interessiert, der in einigen weiteren Amnestiefällen eine nicht ausdrücklich bezeugte Vermögensrestitution als Voraussetzung postuliert.

(Lexika, s.o.). Aber wiederum finden sich auch einzelne Fälle, auf die diese Spezifizierungen, mindestens die Einengung auf Kriegssituationen, nicht unbedingt zutreffen. So Nr. 23: Die Spartiaten, die die Schlacht — wahrscheinlich die bei Leuktra — verloren hatten und die auf Rat des Agesilaos nicht als *tresantes* (Zitterer) eingestuft wurden, hatten zwar einen Krieg verloren, aber die Versöhnung erfolgte nicht zwischen ihnen und der anderen Kriegspartei, sondern zwischen ihnen und den übrigen Spartiaten, die auf eine Bestrafung (Atimie wäre die fällige Bestrafung gewesen) verzichteten. Das Dekret der Salaminier (Nr. 25) ist hier wieder zu nennen, weil ihm keine Kriegssituation zugrundeliegt. Und schließlich wäre auch die Maßnahme des Dionysios I. von Syrakus anzuführen (Nr. 11), der 406 v.Chr. bei der Errichtung seiner Tyrannis die Söldner aus Gela nach Syrakus holte und von überallher die Flüchtlinge und Gottlosen (τοὺς φυγάδας καὶ ἀσεβεῖς) zusammenführte, weil er hoffte, dadurch seine Tyrannis möglichst stark zu machen. Alle diese Gruppen lagen mit Dionysios nicht und nur teilweise mit der syrakusanischen Bürgerschaft zuvor im Streit. Wenn man die Formulierung des Einladungsschreibens „Mittel zur Stabilisierung der staatlichen und sozio-ökonomischen Ordnung“ als formale, neutrale Aussage nimmt, dann ließe sich die Maßnahme des Dionysios darunter subsumieren. Nimmt man sie aber, wie sie sicherlich gedacht ist, als positive Beurteilung der Amnestie, die als Mittel zur „Normalisierung des öffentlichen Lebens“ oder, wie in den zitierten Lexika und in vielen anderen Definitionen, als Mittel zur Versöhnung von streitenden Parteien gesehen wird, dann muß man die Amnestie des Dionysios als Perversion dieses Zieles, nämlich als Mittel zur persönlichen Machtsteigerung des Tyrannen durch Heranziehung von loyalen Gefolgsleuten, einstufen.[13]

Noch einmal soll aber betont werden, daß die Funktion der Amnestie in der Realität tatsächlich meistens in der Herbeiführung einer Versöhnung und der Herstellung einer neuen Basis für das soziale Zusammenleben bestand. Daher ist die Amnestie gewissermaßen ein Idealbeispiel für die kulturhistorische Betrachtungsweise, die Victor Turner auf den Begriff des „social drama“ gebracht hat. Dieses sei, so Turner, durch eine vierstufige Entwicklung gekennzeichnet. Erstens werde ein Normenverstoß begangen (breach), in unserem Fall wäre das meist ein Umsturz oder ein Abfall; zweitens folge eine Krisensituation (crisis), in Griechenland also Krieg oder

[13] Persönliche, machtorientierte Ziele und nicht solche der Aussöhnung könnten im übrigen auch bei Alexander d. Gr. im Vordergrund gestanden haben, als er die Rückführung aller Verbannten in die griechischen Poleis anordnete. Insbesondere war nicht die Stabilisierung, sondern eher das Gegenteil die Folge dieser Anordnung.

Bürgerkrieg; drittens würden Versuche der Wiedergutmachung unternommen (redressive process), dafür wären Amnestieregelungen und Verträge hervorragende Beispiele; und viertens ergebe sich, als Ergebnis dieser Bemühungen, entweder eine Versöhnung (reintegration) oder eine unwiederbringliche Spaltung (irreparable schism). Es wäre eine lohnende Herausforderung, die Amnestie mit diesem heuristischen Modell weiter zu analysieren und dabei auch die rituellen und performativen Aspekte der Vorgänge herauszuarbeiten.[14] Das wäre jedoch eine eigene Untersuchung.

Stattdessen will ich es unter Berücksichtigung der vorstehenden Überlegungen doch noch wagen, eine eigene Definition von Amnestie zu geben, die unter Berücksichtigung der bisherigen Überlegungen möglichst umfassend sein soll und folgendermaßen lautet: Amnestie ist der förmliche und verbindliche Verzicht auf Aufnahme oder Ausübung von rechtsförmigen Sanktionen gegen bestimmte Personenkategorien.

Um diese Definition noch weiter zu präzisieren, soll das Phänomen der Amnestie noch von Maßnahmen abgegrenzt werden, die in der Literatur manchmal zur Amnestie gerechnet werden, da sie zweifellos einige Ähnlichkeiten zur Amnestie aufweisen, die aber meines Erachtens davon zu trennen sind.

1. Die Wiederaufnahme von Verbannten wird im allgemeinen als Amnestie rubriziert. Eindeutig zu Recht erfolgt diese Zuordnung, wenn uns die Quellen mitteilen, daß mit der Wiederaufnahme der Rückkehrer eine Amnestie ausdrücklich verkündet wurde. Dafür ziehen wir als Beispiel den Fall Nr. 13 heran (Diod. 14, 9, 6): Nach einem verlorenen Aufstand gegen Dionysios hatten sich etwa 7000 Syrakusaner in Aitne, bei den schon früher dorthin geflohenen Hippeis, festgesetzt. Dionysios, der sie im Jahr 404 v.Chr. wieder nach Syrakus holen wollte, „forderte die Flüchtlinge zur Versöhnung (διαλύεσθαι) und zur Rückkehr ins Vaterland auf und versprach ihnen, sie nicht zu belangen (μὴ μνησικακεῖν ἀυτοῖς).“[15]

In den meisten Fällen ist die Amnestie nicht ausdrücklich gewährt, wird aber in der Forschung als impliziert vorausgesetzt. Dem kann im allgemeinen zugestimmt werden. Denn die ausdrückliche Wiederaufnahme von Verbannten setzt voraus, daß zumindest die rechtlichen Folgen, im allgemeinen die Atimie, aufgehoben werden, und das ist ebenso eine Amnestie, wie wenn die Wiedereinsetzung in die Bürgerrechte ausdrücklich festgelegt

[14] Die Kategorien Turners sind zuletzt erfolgreich von Riess (2008) auf das Problem der Gewalt im klassischen Athen angewandt worden.

[15] Weitere Beispiele: Nr. 4; Nr. 19; Nr. 28.

wird, indem die *atimoi* wieder *epitimoi* sein sollen.[16] Es versteht sich darüber hinaus, daß mit der Wiederaufnahme der politische Wille verbunden ist, die Maßnahme nicht durch Verfolgung von eventuellen Vergehen, die im Zusammenhang mit der Verbannung standen (im Extremfall Ermordung von politischen Gegnern), zu konterkarieren bzw. unwirksam zu machen. Daher sind in die Kurzliste einige solcher Fälle aufgenommen worden, ohne daß jedoch in dieser Hinsicht Vollständigkeit angestrebt worden wäre.[17]

Diese Einstufung gilt für alle drei Gruppen von Amnestierten, die Usteri unterscheidet[18]: Erstens Amnestien von politisch-administrativ Verbannten, zweitens Amnestien von diesen *und* strafgerichtlich Verbannten, drittens Amnestien nur von strafgerichtlich Verbannten.[19] Darüber hinaus konnten auch Exilierte, die sich durch Flucht einem drohenden Todesurteil entzogen, amnestiert werden, weil dadurch die Strafverfolgung eingestellt wurde. Keine Amnestie wäre hingegen die Rückführung von Flüchtlingen, die das Land verlassen hatten, ohne daß gegen sie ein Verfahren angestrengt oder eine Verbannung ausgesprochen wurde, da keinerlei Sanktion vorlag.

Die bei einer Rückführung von Verbannten implizierte Amnestie kann unter Umständen nur eine marginale Bedeutung haben, wie im Fall von Samos 404 v.Chr. (Nr. 14). Der sonst meist im Vordergrund stehende Zweck der Rückberufung, nämlich die Versöhnung zwischen verfeindeten Parteien, ist hier verschwunden, weil der innerstaatliche Gegenpart der Amnestierten, die samischen Athenfreunde, ihrerseits vertrieben wurden. Die Amnestie ist in diesem Fall schon deshalb selbstverständlich, weil niemand mehr da war, der frühere Vergehen hätte verfolgen können, sie ist eine automatisch eintretende, unbedeutende Implikation bei tatsächlicher Veränderung der Bürgerschaft.

Die Rückberufung von Ostrakisierten kann man unter den hier entwikkelten Prämissen als Amnestie bezeichnen, wie es manchmal geschieht,[20] da

---

[16] Vgl. Nr. 1 (Solon); Nr. 9 (Thasos).

[17] Umfangreicher ist die Liste der Fälle, in denen Verbannte zurückkehrten, bei Usteri (1903) 142ff. Vgl. im übrigen die Dokumentation bei Seibert (1979).

[18] Usteri (1903) 141.

[19] Daß Usteri diejenigen Verbannten, die gewaltsam in ihre Heimat zurückgeführt wurden, nicht berücksichtigen will, ist nicht überzeugend. Sein Argument, es seien keine neuen gesicherten Rechtsverhältnisse enstanden, postuliert mit dem ungenauen Begriff „gesichert" ein unbrauchbares Kriterium und trifft im allgemeinen noch nicht einmal zu. Außerdem werden solche Fälle dann von Usteri selbst doch behandelt!

[20] Vgl. den Beitrag von Scheibelreiter in diesem Band oder z.B. Natalicchio (1997) 1311 Anm. 19.

man die zeitweilige Entfernung aus Athen als Sanktion begreifen kann, auch wenn sie keine Verurteilung darstellte und der Betroffene im Unterschied zu verurteilten Verbannten sein Vermögen behalten durfte. Auf keinen Fall also gehörte der Ostrakismos in den Bereich der Strafverfolgung, zumal dem Verdikt kein konkretes Vergehen zugrundelag.[21] Im übrigen erscheint es mir sehr fraglich, ob je die Ostrakisierten allein zurückgerufen wurden, wie es Arist. Ath. pol. 22, 8 nahelegt, oder ob die Amnestie nicht allen *atimoi* gegolten hat, unter die auch die Ostrakisierten gerechnet wurden.

2. In ähnlicher Weise waren einige Schlichtungen (*diallagai*)[22] von inner- oder zwischenstaatlichen Streitigkeiten mit Amnestien verbunden, das Paradebeispiel ist die große athenische Amnestie von 403.[23] In den Fällen, in denen nicht ausdrücklich auf eine Amnestie verwiesen wird, ist eine solche Amnestieregelung dennoch vorstellbar, insbesondere deshalb, weil unsere inschriftlichen Zeugnisse lückenhaft sind. Im Unterschied aber zum vorherigen Punkt, der Wiederaufnahme von Verbannten, impliziert nicht jede Schlichtungs- oder Versöhnungsregelung auch eine Amnestie, wie manche Interpreten anzunehmen scheinen. Das gilt insbesondere für Nr. 22, den Versöhnungsbeschluß der athenischen Bundesgenossen für Paros aus dem Jahr 373/2 v.Chr. Auch wenn man die Lesungen und Ergänzungen von Crowther akzeptiert, wie das die Herausgeber der Greek Historical Inscriptions, Rhodes und Osborne, tun, ist aus den Zeilen 17ff. keine Amnestieregelung und umso weniger eine Ausnahme davon für Mörder herauszulesen. Diese Interpretation scheint sich ausschließlich aus einer Gleichsetzung mit der athenischen Versöhnung von 403 zu speisen, auf welche Rhodes und Osborne auch ausdrücklich verweisen. Der reine Wunsch, daß keine Gewalt mehr vorkommen solle, ist natürlich noch keine Amnestie! Dieser Fall ist also der einzige der im Anhang A versammelten Fälle, der nicht als Amnestie eingestuft werden kann.[24]

3. In den Quellen finden sich mehrere Episoden, in denen zwar die Termini verwendet werden, die für die Amnestie typisch sind, namentlich οὐ μνησικακεῖν, die aber dennoch nicht im technischen Sinn als Amnestie anzusprechen sind, weil die Termini hier eine allgemeinere Bedeutung haben. Das gilt gleich für das erste Vorkommen der Formel an der Herodot-

[21] Vgl. Dreher (2000).

[22] Vgl. zu diesem Stichwort Berti (2012).

[23] Ein weiteres Beispiel ist Nr. 31, ebenfalls aus Athen. Das Dekret erwähnt Diallaktai (Z. 4), fremde Richter oder Schlichter; zu ihrer Funktion s.u. und genauer Dreher (1995) 150–151.

[24] Vgl. zu den näheren Umständen des Dekrets Dreher (1995) 109ff., bes. 134.

Stelle 8, 29, 2, die schon eingangs zitiert wurde: Wenn die Thessalier den Phokern anbieten, unter bestimmten Bedingungen auf militärische Vergeltung zu verzichten, so handelt es sich eben nicht um rechtliche Sanktionen. Überhaupt muß man im zwischenstaatlichen Bereich häufiger, als das bisher in der Forschung getan wird, danach fragen, ob es rechtsförmige Sanktionen sind, auf die durch die meist beeidete Formulierung μὴ μνησικακεῖν in entsprechenden Verträgen verzichtet wird. Solche zwischenstaatlichen Rechtsverfahren kennen wir zwar aus beiden athenischen Seebünden, so daß bei den Wiedereingliederungen von Bündnispartnern in diese Bünde durchaus von Amnestie gesprochen werden kann,[25] sie waren aber zwischen Partnern in anderen Bündnissen nicht üblich, so daß sie dort lediglich als eine Verstärkung der allgemeinen Bereitschaft, von nun an in Frieden und Freundschaft zusammenleben zu wollen, anzusehen sind. Aus diesem Grund kann ich mich auch nicht der Meinung von Fisch anschließen, daß eine Amnestie zu jedem Friedensvertrag gehöre, und daß, wenn sie nicht ausdrücklich hineingeschrieben sei, sie dann als impliziert vorausgesetzt werden müsse.

4. Unterscheidet sich die Amnestie von der Begnadigung, wie oben vermerkt, durch den betroffenen Personenkreis, so unterscheidet sie sich von einer Rehabilitierung auch vom Rechtsinhalt her. Denn eine Rehabilitierung stellt fest, daß ein vorhergehender Rechtsvorgang als Unrecht und damit als ungültig anzusehen sei. Solche Urteilsaufhebungen scheinen in der griechischen Antike extrem selten zu sein, in unserem Zusammenhang findet sich ein Fall in einer Inschrift aus Erythrai aus der zweiten Hälfte des 4. Jahrhunderts, vielleicht auch schon aus hellenistischer Zeit (Nr. 28). Zunächst (Z. 1ff.) wird im Hauptantrag eine auf die Zukunft gerichtete Amnestie beschlossen (Übersetzung Engelmann / Merkelbach):

> „Keinen der vorher Verzeichneten darf man] bei irgendeiner Behörde unter irgendeinem Vorwand [anklagen]. Wenn einer Anklage erhebt, soll der Kläger der Stadt ein Talent schulden, und ebensoviel dem Angeklagten."

Dann (Z. 16ff.) werden mit dem Zusatzantrag des Hermon vorausgegangene Urteile aufgehoben: „Falls welche von den Verbannten in ihrer Abwesenheit verurteilt worden sind, so sollen diese Entscheidungen nichtig sein (Anm. der Herausgeber: ἀδίκαστα: die Urteile hätten niemals ergehen dürfen); und Fälle, die zur Anzeige gebracht sind, sollen niedergeschlagen werden." Die Rehabilitierung geht also über die Amnestie hinaus und stellt fest, daß rechtliche Sanktionen zu Unrecht erfolgt sind, während sich die

---

[25] Vgl. Nr. 5; 24; evtl. 31.

Amnestie damit begnügt, auf Rechtsverfolgung oder auf Vollstreckung zu verzichten. Ob jemand zu Recht oder zu Unrecht verfolgt oder verurteilt wurde oder wird, spielt für die Amnestie und ihre Wirksamkeit keine Rolle.

III. Kategorisierung

Eine erste, allerdings recht grobe Einteilung läßt sich unter Bezug auf die amnestierten *Vergehen* vornehmen:

Frank Süß unterscheidet zwischen einer Verfahrensamnestie, welche die Aufnahme oder Fortsetzung eines Ermittlungs- oder Strafverfahrens untersagt, und einer Vollstreckungsamnestie, die ein gerichtliches Urteil voraussetzt und die Vollstreckung oder Fortsetzung der ausgesprochenen Sanktion untersagt.[26] Beide Formen, so läßt sich hinzufügen, sind auf vergangene Vergehen bezogen, können sich aber sowohl gegen bereits zurückliegende oder gegen eventuell noch bevorstehende Sanktionen (Verfolgung oder Vollstreckung) wenden. Beide Formen können außerdem explizit, zum Teil mit einer einschlägigen Terminologie, verkündet werden, sie können aber auch, wie bei der Wiederaufnahme von Verbannten, impliziert sein.

Eine andere, differenziertere Einteilung, die ich jetzt vorschlagen möchte, bezieht sich vorrangig auf die beteiligten *Parteien*, und zwar danach, wer die Amnestie gewährt, wer sie vermittelt und ob sie (bei zwei gegnerischen Parteien) gegenseitig gilt oder nicht. Dabei ist die Unterscheidung in innerstaatliche und zwischenstaatliche Amnestien in den bisherigen Befassungen mit der Materie natürlich schon immer getroffen worden.

1. Innerstaatliche Amnestien

a) Einseitige, freiwillig gewährte oder selbstvermittelte Amnestie

Das ist die häufigste und historisch wahrscheinlich bedeutendste Form von Amnestie, da zu ihr all diejenigen Fälle gehören, in denen die Staatsgewalt gegenüber einem Teil ihrer Bürger oder auch gegenüber Nichtbürgern auf Sanktionen verzichtet. Schon die erste historisch bezeugte Amnestie, die solonische Amnestierung aller athenischen *atimoi*, eröffnet diese Kategorie, zu der insgesamt gut die Hälfte (nämlich 15 oder 16) aller hier aufgenommenen Fälle zählt.

b) Einseitige, fremdvermittelte Amnestie

Dieser Typ kommt selten vor, da die Fremdvermittlung im allgemeinen den Charakter einer „Zwangsvermittlung" besitzt und daher dem Typ 1 c zuzuweisen ist. Das gilt auch für die Amnestie Nr. 14, die von allen Fällen am ehesten zum Typ 1 b gehören könnte; aber die spartanische Einwirkung auf Phleius, die oligarchischen Verbannten wieder aufzunehmen, hat den

[26] Süß (2001) 185.

Charakter einer letztlich auf Gewalt beruhenden Drohung, so daß man sich auch hier für den Typ 1 c entscheiden wird. Falls die Amnestie Nr. 6 von dem athenischen Kommandanten Thrasybulos vermittelt worden sein sollte, wie man vermuten kann, so läge ein realer Fall einer einseitigen, fremdvermittelten Amnestie vor. Andernfalls bleibt eine gewaltfrei fremdvermittelte Amnestie ein gut vorstellbares Modell.

c) Einseitige, erzwungene Amnestie

Mit Nr. 0, 14, 15, 20, 21, 32, also sechs Fällen, ist dieser Typ der zweithäufigste. Er spiegelt die historische Situation wider, in der eine starke Macht, in den meisten Fällen Sparta, zugunsten einer befreundeten Bürgerkriegspartei in einer anderen Polis interveniert und für diese Partei eine Amnestie erzwingt. Im Hellenismus, unter den Bedingungen monarchischer Vorherrschaft, kommt dieser Typ noch häufiger vor, ein Prototyp dafür ist die Intervention Philipps von Makedonien in Fall Nr. 32.

Neben der extern erzwungenen Form wäre auch eine intern erzwungene Amnestie denkbar, die dann von einer der beteiligten streitenden Parteien durchgesetzt worden wäre. Da jedoch die verbannte Gruppierung, die eine Amnestie benötigte, normalerweise der schwächere Part in der Auseinandersetzung innerhalb einer Polisgemeinschaft war, war gerade diese Seite so gut wie immer auf externe Hilfe angewiesen, und es liegt kein entsprechender Fall vor.

d) Zweiseitige, selbstvermittelte Amnestie

Hierher könnte die Wiederaufnahme exilierter Oligarchen in Megara 424 gehören (Nr. 4). Das ist aber nur die eine Seite dieser Amnestie. Sie könnte deshalb zweiseitig sein, weil auch die Zurückgekehrten mit schweren Eiden verpflichtet wurden, „nichts nachzutragen und in allen Beschlüssen auf das Wohl der Stadt bedacht zu sein“, wie Thukydides sagt (4, 74, 2). Ist das eine Art von präventiver Selbst-Amnestie der zurückgebliebenen Seite, die sich gegen mögliche Anklagen schützen wollte? Aber wegen welcher Delikte? In der Tat haben die Zurückgekehrten bald darauf die Macht ergriffen und das Volk gezwungen, 100 ihrer Gegner zu verurteilen; die Anklagen teilt Thukydides jedoch nicht mit.

Zwei weitere Fälle gehören jedoch mit Gewißheit in diese Kategorie, nämlich Nr. 17 und 18.

e) Zweiseitige, fremdvermittelte Amnestie

Hierhin würde ich die berühmte Amnestie von 403 in Athen setzen (Nr. 16), weil die spartanische Intervention weniger auf Zwangsgewalt beruht als z.B. in Nr. 14. Auch der spezielle Fall der Salaminier (Nr. 25) dürfte in diese Kategorie gehören, außerdem wahrscheinlich Nr. 7, möglicherweise auch Nr. 31.

f) Zweiseitige, extern erzwungene Amnestie

Dafür steht die von Athen erzwungene Amnestie in der Polis Iulis, einem Mitglied des Zweiten Athenischen Seebunds (Nr. 24 b). Unter der Voraussetzung, daß von athenischer Seite aus jeweils Zwang ausgeübt wurde, fallen auch Nr. 7 und Nr. 31 in diese Rubrik.

2. Zwischenstaatliche Amnestien

In der griechischen Geschichte wurde bei zwischenstaatlichen Auseinandersetzungen erheblich seltener auf den Verzicht auf Sanktionen und Verfolgungen zurückgegriffen als bei innerstaatlichen Streitigkeiten und Kämpfen. Schon deshalb ergibt sich hier eine geringere Differenzierung als dort. Die Typisierung der überlieferten Amnestien kann jedoch zum Teil analog zu den innerstaatlichen Amnestien erfolgen. Allerdings sind alle überlieferten zwischenstaatlichen Amnestien zweiseitig, so daß die einseitigen nur als mögliches Modell ans Ende der Liste gesetzt werden.

a) Zweiseitige, selbstvermittelte Amnestie

Hierher gehört der Vertrag Athens mit den Bottiaiern (Nr. 5), sofern er auf einer freiwilligen Wiedereingliederung der Bottiaier in den Athenischen Seebund beruht.

b) Zweiseitige, fremdvermittelte Amnestie

Ein eindeutiges Beispiel ist der Vertrag zwischen Thasos und Neapolis aufgrund eines Schiedsspruchs der Parier (Nr. 8). Weniger sicher ist die Zuweisung von Nr. 31.

c) Zweiseitige, (extern) erzwungene Amnestie

Wenn nicht zu 2 a, so gehört hierher der athenische Vertrag mit den Bottiaiern (Nr. 5), sofern diese mit Gewalt in den Athenischen Seebund gezwungen wurden. Ähnliches gilt für Nr. 31, sofern der Vorgang nicht in 2 b einzustufen ist. Für Nr. 24 a ist hingegen eine sichere Einstufung als zweiseitige, erzwungene Amnestie möglich.

Der Vertrag zwischen dem mächtigen Hegemon Athen und der winzigen Polis Iulis auf Keos (Nr. 24 a) macht dabei deutlich, daß die Gegenseitigkeit mehr aus formalen Gründen, um ein gleichlautendes Eidesformular zu benutzen, zustandekam: Die Athener hatten wohl kaum zu befürchten, von Iulis zur Rechenschaft gezogen zu werden, während die umgekehrte Gefahr für die zuvor abgefallenen Iulieten sehr real war.

Sowohl in dem gesicherten Fall als auch in den beiden möglichen Fällen wurde die Amnestie von einem der beteiligten Partner, der sich damit auch selbst auf den Sanktionsverzicht festlegte, durchgesetzt. Daneben wären jedoch auch Fälle denkbar, in denen die Amnestie von einer dritten Macht erzwungen worden wäre, etwa von Athen gegen zwei untereinander

verfeindete Mitglieder seines Seebundes. In dieser Hinsicht verhalten sich Wirklichkeit und Möglichkeit in dieser Kategorie umgekehrt wie in der parallelen innerstaatlichen Kategorie (1 c).

d) Einseitige, erzwungene Amnestie (von einer Seite oder extern)

Konkrete Fälle sind für dieses Modell nicht überliefert.

IV. Schlüsse

Die Verhinderung von Blutrache durch einfaches, womöglich einseitiges Vergessen und Vergeben war im frühen griechen Denken nur als radikales Eingreifen der Götter vorstellbar. In der Zeit nach diesem, noch in vorstaatlichen Verhältnissen verhafteten Zeugnis Homers war vielleicht auch der frühe Polis-Staat noch nicht gefestigt genug, einen solchen Eingriff in die überkommene Praxis von Vergeltung und Bestrafung durchzusetzen. Erst die grundsätzliche, wiederum radikale Neuordnung Solons, die wegen einer tiefgreifenden Krise der athenischen Polisordnung erforderlich wurde, ermöglichte zu Beginn des 6. Jahrhunderts neben anderen Neuerungen erstmalig auch den förmlichen Verzicht auf bereits verhängte Sanktionen und die Wiedereingliederung der damit belegten Polismitglieder.

Als ein solches Instrument zur Wiederherstellung der Polis-Einheit, zur Integration von zeitweilig aus der Polis ausgeschlossenen Bürgern oder zur Verhinderung ihres Ausschlusses, zur Herstellung von Homonoia in der Bürgerschaft und zur Stärkung der eigenen Polis insgesamt blieb die Amnestie, wenngleich weiterhin nicht unter diesem Namen, überwiegend ein Instrument in der Hand derer, welche die staatliche Gewalt innehatten. Selbst Tyrannen griffen darauf zurück, um die von ihnen okkupierte Regierungsgewalt zu stärken.

Aber gerade auch wenn darum gekämpft wurde, wem die Regierung zukommen sollte, und wenn von den Beteiligten ein Ende dieser Staseis angestrebt wurde, bot sich die Amnestie zusammen mit weiteren vertraglichen Regelungen als Mittel dafür an, einen Schlußstrich unter die Kämpfe zu ziehen und einen Neuanfang zu wagen.

Erst in der zweiten Hälfte des 5. Jahrhunderts scheint die Amnestie auch in die zwischenstaatlichen Beziehungen Eingang gefunden zu haben, bezeichnenderweise, falls uns der Zufall der Überlieferung nicht täuscht, zunächst im Rahmen des Athenischen Seebunds, der ja auch noch mehrere andere Elemente eines Einheitsstaates aufzuweisen hat.

Sowohl im inner- als auch im zwischenstaatlichen Bereich hat sich also im 5. und weiterhin im 4. Jahrhundert v.Chr. eine recht große Vielfalt an Amnestieformen entwickelt. Eine Kategorisierung ist hier vorgeschlagen

worden, wobei für die allermeisten Kategorien auch mindestens ein konkreter Fall bekannt ist. Dabei erweist sich schnell als das Hauptproblem, daß die genauen Umstände, von denen die Einordnung des jeweiligen Vorgangs in eine bestimmte Kategorie zumeist abhängt, durch die Unzulänglichkeit der Überlieferung, sei es inhaltlicher, sei es, wie oft bei den Inschriften, materieller Art, nicht ausreichend rekonstuiert werden können. Es ist unter diesen Bedingungen schon fast erstaunlich, daß sich die meisten Amnestien denn doch in das Schema einordnen lassen.

ANHÄNGE

A Kurzliste der bezeugten Amnestien

Es sind alle Vorgänge aufgenommen, die in der Forschung als Amnestien gelten *und* den oben entwickelten Kriterien standhalten, darunter allerdings auch umstrittene Fälle. Die Ortsangaben beziehen sich, wenn möglich, auf die Polis oder Poleis, in der die Amnestie wirksam wurde, auch wenn der Fundort der Inschrift damit nicht übereinstimmt.

0) Mythos: Ende der Odyssee. Zeus und Athene verhindern weitere Kämpfe zwischen Odysseus und den Angehörigen der Freier. Hom. Od. 24, 412ff., bes. 481–485.

Typ 1 c (innerstaatlich, einseitig, extern erzwungen).

1) ca. 594 v.Chr.: Athen. Solonische Amnestie für *atimoi*, mit Ausnahmen. Plut. Solon 19, 3; vgl. And. 1, 78.[27]

Typ 1 a (innerstaatlich, einseitig, freiwillig gewährt).

2) 480: Athen. Vor der Schlacht bei Salamis auf Antrag des Themistokles Amnestie für *atimoi* und Verbannte (einschließlich Ostrakisierte). And. 1, 107–108; Ath. pol. 22, 8; vgl. Plut. Arist. 8, 1.[28]

Typ 1 a (innerstaatlich, einseitig, freiwillig gewährt).

3) 461: Sizilien. Wiederaufnahme von Verbannten in vielen Poleis. Diod. 11, 76, 5. Es handelt sich höchstens um eine implizite Amnestie, s.o. zur Definition.[29]

Typ 1 a (innerstaatlich, einseitig, freiwillig gewährt).

---

[27] Vgl. Usteri (1903) 119.
[28] Vgl. Usteri (1903) 119–120.
[29] Usteri (1903) 127–128 versteht den Vorgang als Amnestie.

4) 424: Megara. Rückkehr der exilierten Oligarchen unter der eidlichen Verpflichtung, „nichts nachzutragen.“ Thuk. 4, 74, 2.[30]

Typ 1 d? (innerstaatlich, zweiseitig, selbstvermittelt).

5) 422: Bottiaia/Athen. Wiedereingliederung der Bottiaier in den Ersten Athenischen Seebund. Athener und Bottiaier schwören, sich nichts nachzutragen. IG I^2 90; StV II 187; IG I^3 76; HGIÜ I 122 (Z. 15–16, 20–21).[31]

Typ 2 a oder c (zwischenstaatlich, zweiseitig, selbstvermittelt oder erzwungen).

6) 411: Samos. Dem Großteil der 300 Verschwörer trugen die Samier nichts nach. Thuk. 8, 73, 2–6.[32]

Typ 1 a (innerstaatlich, einseitig, freiwillig gewährt) oder b (fremdvermittelt), falls die Athener auf der Flotte Einfluß genommen haben.

7) 409?: Selymbria. Athenischer Volksbeschluß über einen Vertrag mit Selymbria: Rückführung der Verbannten und Restitution der konfiszierten Güter. IG I^2 116; StV II 207; Meiggs–Lewis, GHI 87; IG I^3 118; HGIÜ I 146 (Z. 8–18).

Typ 1 e (innerstaatlich, zweiseitig, fremdvermittelt) oder f (extern erzwungen).

8) Ende 5. Jh.: Thasos/Neapolis. Vertrag zwischen Thasos und Neapolis aufgrund eines Schiedsspruchs der Parier. Gegenseitige Amnestie beeidet. IG XII 5, 109; StV II 204; Piccirilli 33; SEG 38, 852 (neues Frg. A); SEG 37, 392 (Fragmente des Exemplars aus Delphi); HGIÜ I 138 (Z. 12–13).[33]

Typ 2 b (zwischenstaatlich, zweiseitig, fremdvermittelt).

---

30 Vgl. Usteri (1903) 128; Moggi (2012) MS 134, 143.

31 Fisch (1979) 61 Anm. 17 Nr. 1; Natalicchio (1997) 1310 Anm. 17. Koch, Volksbeschlüsse (s. Register) erwähnt die Inschrift nur als Parallele, ohne sie selbst zu behandeln; Moggi (2012) MS 134.

32 Vgl. Moggi (2012) MS 4–5. Die Episode wird von Usteri (1903) nicht erwähnt.

33 Fisch (1979) 61 Anm. 17 Nr. 2 datiert auf nach 411; Pouilloux (1954) 162ff. datiert auf die Zeit nach 407, wofür auch Piccirilli (1975) 148 Sympathien hegt.

9) Ende 5./Anfang 4. Jh.: Thasos. Wiederaufnahme von politischen Verbannten, denen das Bürgerrecht ausdrücklich zugestanden wird. IG XII 8, 262 (Z. 5–9).[34]

Typ 1 a (innerstaatlich, einseitig, freiwillig gewährt).

10) 406: Syrakus. Dionysios I. bewog die syrakusanische Volksversammlung, angesichts der karthagischen Gefahr die Verbannten zu restituieren. Diod. 13, 92, 7.[35]

Typ 1 a (innerstaatlich, einseitig, freiwillig gewährt).

11) 406: Syrakus. Bei der Errichtung seiner Tyrannis holte Dionysios die Söldner aus Gela nach Syrakus „und führte von überallher die Flüchtlinge und Gottlosen zusammen." Diod. 13, 96, 1–3.[36]

Typ 1 a (innerstaatlich, einseitig, freiwillig gewährt).

12) 405: Athen. Auf Antrag des Patrokleides Amnestie für *atimoi*, mit Ausnahmen. And. 1, 77–79; Xen. hell. 2, 2, 11.[37]

Typ 1 a (innerstaatlich, einseitig, freiwillig gewährt).

13) 404: Syrakus. Dionysios holte den Großteil von 7000 geflohenen Syrakusanern zurück und versprach ihnen Amnestie. Diod. 14, 9, 6–8.[38]

Typ 1 a (innerstaatlich, einseitig, freiwillig gewährt).

---

[34] Vgl. Usteri (1903) 131 Nr. 13; Seibert (1979) I 82. Die politische Zuordnung der Verbannten ist umstritten. Allgemeiner zu den Ereignissen in Thasos in der Zeit um 411 vgl. Pouilloux (1954) 162ff.; Meiggs (1972) 576–77; Smarczyk (1986) 46–47, 104.

[35] Vgl. Usteri (1903) 128, der davon ausgeht, daß keine Vermögensrestitution stattgefunden hat. Immerhin wurde diese nach Diodor von den Verbannten angestrebt.

[36] „Die Gottlosen" müßten im vorliegenden Zusammenhang wegen Gottlosigkeit (Asebie) Verurteilte sein, obwohl wir nicht sicher sein können, daß dieser Tatbestand in Syrakus ebenso existierte wie in Athen. Wären die *asebeis* hingegen keine früher Verurteilten gewesen, wäre ihre Rückführung keine Amnestie.

[37] Vgl. Usteri (1903) 120-122; Scheibelreiter in diesem Band.

[38] Nach Usteri (1903) 129–130 kam die Amnestie durch spartanische Vermittlung zustande. Da sich Diod. 14, 70, 30, worauf Usteri verweist, aber auf eine ganz andere Episode bezieht, muß diese Vermutung zurückgewiesen werden.

14) 404: Samos. Lysander vertrieb die demokratischen Samier und holte die 412 verbannten 400 Grundbesitzer zurück; diesen wurde ihr Vermögen restituiert. Xen. hell. 2, 3, 6 (vgl. Thuk. 8, 21).[39]

Typ 1 c (innerstaatlich, einseitig, extern erzwungen).

15) 404: Athen. Auf spartanische Anordnung hin Wiederaufnahme der Exilierten. Lys. 6, 37–38; And. 1, 109; 3, 11–12; Xen. hell. 2, 2, 20; Plut. Lysias 14, 8.[40]

Typ 1 c (innerstaatlich, einseitig, extern erzwungen).

16) 403/2: Athen. Große Amnestie im Vertrag zwischen Demokraten und Oligarchen, spartanische Vermittlung. And. 1, 90; Aristot. Ath. pol. 39.[41]

Typ: 1 e (innerstaatlich, zweiseitig, fremdvermittelt).

17) 401/0: Athen. Amnestie im Friedensvertrag mit dem Teilstaat in Eleusis. Xen. hell. 2, 4, 43; Aristot. Ath. pol. 40, 4.[42]

Typ 1 d (innerstaatlich, zweiseitig, selbstvermittelt).

18) 401: Kyrene. Nach Bürgerkrieg Versöhnung mit beeideter Amnestie. Diod. 14, 34, 6.[43]

Typ 1 d (innerstaatlich, zweiseitig, selbstvermittelt).

---

[39] Die Besonderheit an dieser (implizierten) Amnestie besteht darin, daß nach der Vertreibung der athenfreundlichen Samier durch Lysander kein innerstaatlicher Gegenpart als Träger der Staatsgewalt mehr vorhanden war, der den Zurückgeführten Amnestie hätte gewähren bzw. die vom spartanischen Nauarchen angeordnete Amnestie hätte umsetzen können. Stattdessen trat Lysander gleichsam an die Stelle der aktuell nicht vorhandenen samischen Staatsgewalt. Ein ähnlicher Vorgang ereignete sich 322/1, als Perdikkas attische Kleruchen vertrieb und statt ihrer wieder Samier ansiedelte, Diod. 18, 18.

[40] Vgl. Usteri (1903) 143; StV II 211; Scheibelreiter in diesem Band mit weiteren Angaben.

[41] Vgl. Usteri (1903) 122–124; StV II 213; Scheibelreiter in diesem Band mit weiteren Angaben. Diese Amnestie, sozusagen die Mutter aller Amnestien, dominiert weitgehend die moderne Literatur über die antike Amnestie, s.o. I.

[42] Vgl. Usteri (1903) 125; StV II 215; Fisch (1979) 61 Anm. 17 Nr. 3; Scheibelreiter in diesem Band.

[43] Vgl. Usteri (1903) 130.

19) 392: Korinth. Nach demokratischem Umsturz schworen einige neue Machthaber, daß den aristokratischen Flüchtlingen nach ihrer Rückkehr nichts Schlimmes geschehen solle. Xen. hell. 4, 4, 5.[44]

Typ 1 a (innerstaatlich, einseitig, freiwillig gewährt).

20) 383: Phleius. Aufgrund spartanischer Drohung Wiederaufnahme von Verbannten, Rückerstattung des Vermögens, Entschädigung der neuen Eigentümer, gerichtliche Entscheidung bei Streit. Xen. hell. 5, 2, 9–10.[45]

Typ 1 c (innerstaatlich, einseitig, extern erzwungen).

21) 379: Phleius. Gewaltsame Rückführung der oligarchischen Verbannten durch Agesilaos. Xen. hell. 5, 3, 25.[46]

Typ 1 c (innerstaatlich, einseitig, extern erzwungen).

22) 372: Paros. Versöhnung parischer Streitparteien durch das Synhedrion des Zweiten Athenischen Seebunds. J.H. Oliver, AJA 40, 1936, 461–463 Nr. 2; Accame, Lega 230; Dreher (1995) 110–111; Rhodes–Osborne, GHI 29.

Keine Amnestie (s.o.)!

23) 371: Sparta. Aus der Schlacht bei Leuktra heimkehrende Spartiaten werden nicht wegen Feigheit angeklagt. Plut. Agesilaos 30.[47]

Typ 1 a (innerstaatlich, einseitig, freiwillig gewährt).

---

[44] Vgl. Usteri (1903) 130. Das Versprechen klingt sehr allgemein und könnte vor allem die körperliche Unversehrtheit der Rückkehrer betroffen haben. Die Formulierung Xenophons läßt daran zweifeln, ob es sich um einen offiziellen Beschluß der Polis-Institutionen handelte.

[45] Usteri (1903) 131 erkennt zwar den spartanischen Druck an, hält die Amnestie im Widerspruch dazu aber doch nicht für erzwungen. Die Maßnahme war jedenfalls nicht erfolgreich, denn nach dreijährigem Streit über die Zusammensetzung der Gerichte gingen die Oligarchen wieder nach Sparta; zu ihrer späteren Rückführung vgl. Xen. hell. 5, 3, 25. daraus resultiert dann Fall Nr. 21.

[46] Vgl. Usteri (1903) 144.

[47] Thommen, Sparta 145 bezeichnet den Vorgang zu Recht als Amnestie. Zu weiteren Implikationen vgl. Dreher (2009) 57–58.

24) 363/2: Iulis auf Keos. Von Athen erzwungene, gegenseitig beeidete Amnestie zwischen Athen und zwei iulischen Streitparteien. Ausnahmen für die Rädelsführer. IG II^{2} 111; StV II 289; Rhodes–Osborne, GHI 39; HGIÜ II 231 (Z. 82–84).[48]

a) Z. 57–62: Typ 2 c (zwischenstaatlich, zweiseitig, erzwungen).

b) Z. 82–84: Typ 1 f (innerstaatlich, zweiseitig, extern erzwungen).[49]

25) 363/2: Athen. Dekret der Salaminioi, Schlichtung durch *diallaktai*: alle Ansprüche gegen einzelne und Gruppen sind aufzugeben. SEG 21, 527; Rhodes–Osborne, GHI 37 (Z. 65–67, 81).

Typ 1 e (innerstaatlich, zweiseitig, fremdvermittelt).

26) um 350: Mytilene. Wiederaufnahme der demokratischen Verbannten. Vermögensrestitution. Isokr. ep. 8, 3.[50]

Typ 1 a (innerstaatlich, einseitig, freiwillig gewährt).

27) um 350: Methymna. Wiederaufnahme von Verbannten durch den Tyrannen Kleomis. Vermögensrestitution. Isokr. ep. 7, 8.[51]

Typ 1 a (innerstaatlich, einseitig, freiwillig gewährt).

28) 350–332: Erythrai. Verzicht auf gerichtliche Klagen gegen zurückgekehrte Verbannte. Aufhebung von Urteilen gegen die Verbannten. I.Erythrai 10 (Z. 1–9, 18–21).[52]

Typ 1 a (innerstaatlich, einseitig, freiwillig gewährt).[53]

---

[48] Vgl. Fisch (1979) 61 Anm. 17 Nr. 4; Dreher (1995) 134 Anm. 117.

[49] Die Inschrift enthält an dieser Stelle den Anfang des Eids der athenfreundlichen keischen Gruppierung, die von den Athenern nach Iulis zurückgeführt wurde. Den Eid schworen sie den athenfeindlichen Keern, die für den Abfall verantwortlich waren. Der Eid dieser letzteren Gruppierung hingegen ist verloren, er müßte gleichzeitig eine zwischenstaatliche (gegenüber Athen) und eine innerstaatliche (gegenüber den zurückgeführten Keern) Amnestie akzeptiert haben.

[50] Isokrates selbst vergleicht die Amnestie mit der athenischen von 403 (Nr. 16). Vgl. Usteri (1903) 133.

[51] Vgl. Usteri (1903) 133–134.

[52] Aus sprachlichen Gründen halten Engelmann und Merkelbach eine Datierung nach 340 für wahrscheinlich. Denkbar sei eine Rückberufung von Verbannten nach der Befreiung der Stadt durch Alexander den Großen 332 v.Chr.

[53] Falls die Rückführung und die näheren Umstände von Alexander erzwungen worden sein sollten, wäre natürlich die Einstufung als Typ 1 c nötig.

29) 338: Athen. Durch Psephisma des Hypereides wurden *atimoi* und Verbannte amnestiert. Hyp. frg. 32 Sauppe = frg. 27. 28 Blass.[54]

Typ 1 a (innerstaatlich, einseitig, freiwillig gewährt).

30) 2. Hälfte 4. Jh.: Elis. Verbot der Verbannung und Vermögenskonfiskation gegen *geneai.*[55] Wiederaufnahme von Verbannten und Zusicherung von Straflosigkeit für alles, was nach der Amtszeit des Pyrrhon als Damiurgos geschah. Michel, Recueil 1334 (Z. 6–8).

Typ 1 a (innerstaatlich, einseitig, freiwillig gewährt) oder e (durch Alexander d. Gr. erzwungen).

31) vor 336: Athen. Athenische Versöhnungsregelungen für einen Bündnispartner, dessen Name verloren ist. Amnestieformel im Eid, mit dem Zwistigkeiten überwunden und ein früheres Bündnis erneuert werden sollten. IG II^2 281 (Z. 3).[56]

Typ 2 b (zwischenstaatlich, zweiseitig, fremdvermittelt), wenn die in Z. 4 genannten Diallaktai vermittelnd tätig waren, oder Typ 2 c (zwischenstaatlich, zweiseitig, erzwungen), wenn Athen das neue Bündnis erzwungen hat, oder entsprechend Typ 1 e oder 1 f, wenn sich die Amnestie nur auf interne Angelegenheiten des athenischen Bündnispartners bezieht.[57]

32) 338: Theben. Philipp restituiert Verbannte. Iust. 9, 4, 8.[58]

Typ 1 c (einseitig, extern erzwungen).

B Kategorisierung der Amnestien

1. Innerstaatliche Amnestien

a) Einseitige, freiwillig gewährte oder selbstvermittelte Amnestie

b) Einseitige, fremdvermittelte oder extern erzwungene Amnestie

c) Einseitige, von den Betroffenen erzwungene Amnestie

---

54 Vgl. Usteri (1903) 126.

55 Entgegen der Ansicht, mit *geneai* seien allgemein die Nachkommen eines *genos* gemeint, dürfte der Begriff im engeren Sinn die oligarchischen Angehörigen der alten Adelsgeschlechter bezeichnen; vgl. Usteri (1903) 134–139 Nr. 16, hier 135; Seibert (1979) I 149–150.

56 Zu dieser Inschrift vgl. Dreher (1995) 150–151.

57 Obwohl nur Teile des Eides erhalten sind, die der Bündnispartner abgelegt hat, kann nach den Parallelen, nicht zuletzt der keischen in Nr. 24, kein Zweifel daran bestehen, daß auch die athenische Seite einen entsprechenden Eid geleistet hat.

58 Vgl. Usteri (1903) 145. Diese Amnestie liegt zeitlich schon im Grenzbereich zum Hellenismus.

d) Zweiseitige, selbstvermittelte Amnestie
e) Zweiseitige, fremdvermittelte Amnestie
f) Zweiseitige, extern erzwungene Amnestie

2. Zwischenstaatliche Amnestien
a) Zweiseitige, selbstvermittelte Amnestie
b) Zweiseitige, fremdvermittelte Amnestie
c) Zweiseitige, (extern) erzwungene Amnestie
d) Einseitige, (von einer Seite oder extern) erzwungene Amnestie

BIBLIOGRAPHIE

Berti (2012): M. Berti, Diallagai *e* diallaktai. *Forme, e strumenti della riconciliazione nelle testimonanze epigrafiche*, in: S. Cataldi – E. Bianco – G. Cuniberti (Hrsg.), *Salvare le* poleis*, costruire la concordia, progettare la pace. Atti del Convegno Internazionale di Storia Greca, Torino, 5–7 Aprile 2006*, Alessandria 2012, 323–333.

Dreher (1983): M. Dreher, *Sophistik und Polisentwicklung*, Frankfurt a.M. u.a. 1983.

Dreher (1995): M. Dreher, *Hegemon und Symmachoi. Untersuchungen zum Zweiten Athenischen Seebund*, Berlin – New York 1995.

Dreher (2000): M. Dreher, *Verbannung ohne Vergehen. Der Ostrakismos (das Scherbengericht)*, in: L. Burckhardt – J. v. Ungern-Sternberg (Hrsg.), *Große Prozesse im antiken Athen*, München 2000, 66–77.

Dreher (2009): M. Dreher, *Stabilität und Gefährdung des spartanischen Kosmos*, in: G. Urso (Hrsg.), *Ordine e sovversione nel mondo greco e romano, Atti del convegno internazionale Cividale del Friuli, 26-27 settembre 2008*, Pisa 2009, 39–67.

Fisch (1979): J. Fisch, *Krieg und Frieden im Friedensvertrag. Eine universalgeschichtliche Studie über Grundlagen und Formelemente des Friedensschlusses*, Stuttgart 1979.

Gagarin (2005): M. Gagarin, *Early Greek Law*, in: M. Gagarin – D. Cohen (Hrsg.), *The Cambridge Companion to Ancient Greek Law*, Cambridge 2005, 82–94.

Gehrke (1985): H.-J. Gehrke, *Stasis*, München 1985.

HGIÜ: K. Brodersen – W. Günther – H.H. Schmitt (Hrsg.), *Historische Griechische Inschriften in Übersetzung I–III*, Darmstadt 1992–1999.

Koch (1990): C. Koch, *Volksbeschlüsse in Seebundangelegenheiten. Das Verfahrensrecht Athens im Ersten attischen Seebund*, Frankfurt a.M. u.a. 1990.

Lipsius (1905–1915): J. Lipsius, *Das attische Recht und Rechtsverfahren I–III*, Leipzig 1905–1915.

Meiggs (1972): R. Meiggs, *The Athenian Empire*, Oxford 1972.

Michel (1900): J. Michel, *Recueil d'inscriptions grecques*, Paris 1900.

Moggi (2012): M. Moggi, *Strategie e forme della riconciliazione: μὴ μνησικακεῖν*, in: S. Cataldi – E. Bianco – G. Cuniberti (Hrsg.), *Salvare le* poleis*, costruire la*

concordia, progettare la pace. Atti del Convegno Internazionale di Storia Greca, Torino, 5–7 Aprile 2006, Alessandria 2012, 133–160.

Natalicchio (1997): A. Natalicchio, *Μὴ μνησικακεῖν: l'amnistia*, in: S. Settis (Hrsg.), *I Greci. Storia, Cultura, arte, società,* Torino 1997, 1305–1322.

Piccirilli (1975): L. Piccirilli (Hrsg.), *Gli arbitrati interstatali Greci I*, Pisa 1975.

Pouilloux (1954): J. Pouilloux, *Recherches sur l'histoire et les cultes de Thasos I: De la fondation de la cité à 196 avant J.-C.*, Paris 1954.

Riess (2008): W. Riess, *The Social Drama of Violence. A Cultural History of Interpersonal Violence in Fourth-Century BC Athens*, Habilitationsschrift Augsburg 2008 (unveröffentlichtes Manuskript).

Seibert (1979): J. Seibert, *Die politischen Flüchtlinge und Verbannten in der griechischen Geschichte I–II*, Darmstadt 1979.

Smarczyk (1986): B. Smarczyk, *Bündnerautonomie und athenische Seebundspolitik im Dekelischen Krieg*, Frankfurt a.M. 1986.

Sordi (1997): M. Sordi (Hrsg.), *Amnistia, perdono e vendetta nel mondo antico*, Milano 1997.

Stahl (1891): J. M. Stahl, *Über athenische Amnestiebeschlüsse*, RhM 46 (1891) 250–286.

StV II: H. Bengtson, *Die Staatsverträge des Altertums II*, München 1962.

Süß (2001): F. Süß, *Studien zur Amnestiegesetzgebung* (Schriften zum Öffentlichen Recht 852), Berlin 2001.

Thalheim (1894): T. Thalheim, s.v. *Ἀμνηστια*, RE I 1 (1894), 1870–1871.

Thommen (2003): L. Thommen, *Sparta. Verfassungs- und Sozialgeschichte einer griechischen Polis*, Stuttgart – Weimar 2003.

Thür (2002): G. Thür, *Two `curses´ from Mantineia (IPArk 8, IG V 2, 262), prayers for justice, and oaths*, in: D. Cohen (Hrsg.), *Demokratie, Recht und soziale Kontrolle im klassischen Athen*, München 2002, 109–114.

Turner (1989): V. Turner, *Das Ritual. Struktur und Anti-Struktur*, Frankfurt a.M. – New York 1989.

Usteri (1903): P. Usteri, *Ächtung und Verbannung im griechischen Recht*, Berlin 1903.

Waldstein (1964): W. Waldstein, *Untersuchungen zum römischen Begnadigungsrecht*, Innsbruck 1964.

PHILIPP SCHEIBELREITER (WIEN)

ATHENIENSIUM VETUS EXEMPLUM: ZUM PARADIGMA EINER ANTIKEN AMNESTIE

Am Beginn seiner Ersten Philippischen Rede erinnert Cicero den Senat, dass er bei einer Zusammenkunft im Tempel der Tellus nach den Iden des März das „*alte Beispiel der Athener*“ nachgeahmt habe. Dabei habe er sogar das *Graecum verbum*, „*das griechische Wort*“, in die staatsrechtliche Terminologie seiner Zeit eingeführt — einen Begriff, den er mit *oblivio (sempiterna)* wiedergibt.[1]

Hinter dieser *oblivio* steht jener Tatbestand, der klassisch Griechisch mit μὴ μνησικακεῖν umschrieben wird, hinter dem zitierten *Atheniensium vetus exemplum* die Amnestie, die am Ende des Bürgerkrieges des Jahres 403 v.Chr. in Athen zwischen Oligarchen und Demokraten ausgearbeitet worden war und zu einer Restauration der demokratischen Staatsform führte.

Auf die Debatte, die Mommsen auslöste,[2] als er fälschlicher Weise hinter dem *Graecum verbum* den viel jüngeren Terminus ἀμνηστία vermutete, soll in diesem Rahmen nicht näher eingegangen werden.[3] Nicht die korrekte Rückübersetzung von *oblivio* soll Ausgangspunkt der folgenden Untersuchung sein, sondern der Begriff des *exemplum*, des „Musterbeispiels“, einer Amnestie. Diese wird von Gerhard Thür wie folgt definiert:[4] „Gesetzmäßig festgesetzter Verzicht auf Anklage, Wiederaufnahme von Verfahren, Urteilsvollstreckung und Strafvollzug als Mittel, die streitenden Parteien nach internen oder externen Krisen zu versöhnen“. Ob die Amnestie von 403 v.Chr. dieser Definition gerecht wird, soll einer näheren Betrachtung unterzogen werden.

---

1 Cic. Phil. I 1,1: In quo templo, quantum in me fuit, ieci fundamenta pacis Atheniensiumque renovavi vetus exemplum; Graecum etiam verbum usurpavi quo tum in sedandis discordiis usa erat civitas illa, atque omnem memoriam discordiarum oblivione sempiterna delendam censui.

2 Mommsen (1899) 458.

3 Vgl. dazu Sordi (1997b); Carawan (2002) 5–7; Scheibelreiter (2007) 368–374.

4 Thür (1996) 602.

1. Die Vorgeschichte der Amnestie von 403 v.Chr.[5]

Die Niederlage Athens im Peloponnesischen Krieg hinterließ die ehemalige „Supermacht“ gewissermaßen in Aporie. Die oligarchische Partei, gestärkt auch durch den Zustrom ihrer spätestens seit dem Friedensvertrag von 404 v.Chr. wieder remigrierenden Parteigänger, wusste dies zu nutzen: So wurde mit Hilfe Spartas eine Kommission von 30 Tyrannen zur Verfassungserneuerung etabliert, die alsbald ein Terrorregime errichtete.[6] Hatte man anfangs nur politische Gegner liquidiert (berüchtigt ist diesbezüglich die mehrfach bei Isokrates und Lysias zitierte „schwarze Liste“[7]), so richteten sich die Maßnahmen bald auch gegen wohlhabende Bürger und Metöken, deren Vermögen zur Bestreitung der wachsenden Ausgaben konfisziert wurde. Mit der Ermordung von 2500 Bewohnern Athens (darunter 1500 Bürger), also von 5 % der Bevölkerung, wurden Dimensionen des Terreur im Paris der Französischen Revolution erreicht.[8] Weiters wurde nur eine Gruppe von 3000 Hippeis als Waffen tragende Bürger anerkannt,[9] die männliche Restbevölkerung zwangsweise in den Piräus ausgesiedelt.

Der demokratische Widerstand formierte sich im Norden Attikas, und unter der Leitung des Thrasybulos konnten die Demokraten schließlich Piräus einnehmen. Daraufhin zogen sich die Dreißig nach Eleusis zurück, die 3000 Bürger Athens wählten erneut eine Kommission von zehn Männern, die offiziell Verhandlungen mit den Demokraten führen sollten.[10] Tatsächlich aber wandten sie sich um Hilfe nach Sparta. Dort hatte sich König Pausanias gegen seinen Amtskollegen Lysander durchgesetzt[11] und zog mit einem Heer nach Piräus, um die Demokraten zu belagern. Deren Widerstand aber bewog ihn dazu, zwischen den Parteien zu vermitteln und einen Versöhnungsvertrag zu bewirken, der dann unter Ägide des spartanischen Königs von jeweils 15 Deputierten beider Seiten ausgehandelt wurde.

---

[5] Ausführlich dazu siehe neben den entsprechenden Kapiteln in einschlägigen Gesamtdarstellungen der Griechischen Geschichte Stahl (1891) 275–281; Kühn (1967) 33–47; Lehmann (1995); Nippel (1997) 104–111; Mossé (1997); Quillin (2002); Ober (2002); Tieman (2002); Wolpert (2002).

[6] Xen. Hell. 2,3,11–12.

[7] Isokr. or. 18,16; 21,2; Lys. 25,16.

[8] Vgl. dazu Lehmann (1995) 145; ders. (1972) 215; Nippel (1997) 107.

[9] Xen. Hell. 2,3,20.

[10] Loening (1987) 44 verweist auf Ath. pol. 41,2; Diod. 14,33,5–6; Lys. 12,58–60.

[11] Xen. Hell. 2,4,29–30.

2. Die Quellenlage zu der Amnestie von 403 v.Chr.

Xenophon berichtet summarisch von der Aushandlung dieses Friedensabkommens:[12]

> οἱ δὲ διήλλαξαν ἐφ' ᾧτε εἰρήνην μὲν ἔχειν ὡς πρὸς ἀλλήλους, ἀπιέναι δὲ ἐπὶ τὰ ἑαυτῶν ἕκαστον πλὴν τῶν τριάκοντα καὶ τῶν ἕνδεκα καὶ τῶν ἐν Πειραιεῖ ἀρξάντων δέκα. εἰ δέ τινες φοβοῖντο τῶν ἐξ ἄστεως, ἔδοξεν αὐτοῖς Ἐλευσῖνα κατοικεῖν.
>
> *Sie aber versöhnten sich zu folgenden Bedingungen: Gegenseitig Frieden zu halten, jeder solle zu seinem Eigentum zurückkehren dürfen außer den Dreißig, den Elfmännern und den zehn Archonten im Piräus. Wenn aber einige von denen aus der Stadt Furcht empfänden, so entschied man, dass sie nach Eleusis übersiedeln dürften.*

Erst anlässlich der Einnahme von Eleusis im Jahr 401/400 v.Chr., als die oligarchischen Exulanten Söldner angeworben hatten, überliefert Xenophon auch, dass eine Amnestie beschworen worden sei:[13]

> ὑστέρῳ δὲ χρόνῳ ἀκούσαντες ξένους μισθοῦσθαι τοὺς Ἐλευσῖνι, στρατευσάμενοι πανδημεὶ ἐπ' αὐτοὺς τοὺς μὲν στρατηγοὺς αὐτῶν εἰς λόγους ἐλθόντας ἀπέκτειναν, τοῖς δὲ ἄλλοις εἰσπέμψαντες τοὺς φίλους καὶ ἀναγκαίους ἔπεισαν συναλλαγῆναι. καὶ ὀμόσαντες ὅρκους ἦ μὴν μὴ μνησικακήσειν, ἔτι καὶ νῦν ὁμοῦ τε πολιτεύονται καὶ τοῖς ὅρκοις ἐμμένει ὁ δῆμος.
>
> *Als sie aber zu späterer Zeit gehört hatten, dass die in Eleusis Söldner angeworben hätten, zogen sie mit dem gesamten Aufgebot gegen diese und töteten deren Strategen, die zu Verhandlungen gekommen waren, zu den anderen aber sandten sie deren Freunde und Verwandten und überredeten sie zur Aussöhnung. Und sie leisteten Eide, dass man sich nicht der Übel erinnern sollte, und noch heute leben sie in Gemeinschaft als Bürger, und der Demos hält sich an diese Eide.*

---

12 Xen. Hell. 2,4,38.
13 Xen. Hell. 2,4,43.

Die Eide anlässlich des Abkommens von 403 v.Chr. sind wörtlich bei Andokides belegt:[14]

> (90) Φέρε δὴ τοίνυν, οἱ ὅρκοι ὑμῖν πῶς ἔχουσιν; ὁ μὲν κοινὸς τῇ πόλει ἁπάσῃ, ὃν ὀμωμόκατε πάντες μετὰ τὰς διαλλαγάς, «καὶ οὐ μνησικακήσω τῶν πολιτῶν οὐδενὶ πλὴν τῶν τριάκοντα <καὶ τῶν δέκα>[15] καὶ τῶν ἕνδεκα· οὐδὲ τούτων ὃς ἂν ἐθέλῃ εὐθύνας διδόναι τῆς ἀρχῆς ἧς ἦρξεν».
>
> *Wohlan aber, wie verhält es sich für euch mit den Eiden? Der Eid, welcher der gesamten Polis gemein ist, den ihr alle nach den Aussöhnungsverträgen geschworen habt: „Und nicht werde ich mich einem der Bürger gegenüber des Übels erinnern, außer gegenüber den Dreißig <und den Zehn> und den Elfmännern. Und auch nicht gegenüber diesen, wenn einer Rechenschaft ablegen will für ein Amt, das er ausgeübt hatte."*

Die Zahl der Gerichtsreden, die auf die Herrschaft der Dreißig Bezug nehmen, ist Legion.[16] Für die Rekonstruktion des Friedensvertrages von 403 v.Chr. sind jedoch vor allem zwei Reden von Belang: So das fr. 1 des Lysias (P.Oxy. XIII 1606), worin der Redner in eigenen Angelegenheiten die Rückstellung[17] von unter den Dreißig konfisziertem Vermögen fordert, und die 18. Rede des Isokrates, gegen Kallimachos, die eine besondere Rechtswirkung der Amnestie, die so genannte Paragraphe, zum Thema hat.[18]

Hauptquelle für das Abkommen ist aber das Kapitel 39 der Athenaion Politeia[19], wo der Text der Vereinbarung zumindest teilweise wörtlich wiedergegeben zu werden scheint — die Parallelen mit dem bei Andokides überlieferten Eid erhärten diese Hypothese. Überdies ist es nicht außergewöhnlich, dass die verfassungsgeschichtliche Schrift — anders als das Ge-

---

[14] And. 1,90, vgl. die Fortsetzung: Ὅπου τοίνυν αὐτοῖς τοῖς τριάκοντα ὤμνυτε μὴ μνησικακήσειν, τοῖς μεγίστων κακῶν αἰτίοις, εἰ διδοῖεν εὐθύνας, ἦ που σχολῇ τῶν γε ἄλλων πολιτῶν τινι ἠξιοῦτε μνησικακεῖν.

[15] Zur möglichen Ergänzung des Textes s. S. 110 (Anm. 111).

[16] So zum Beispiel die Dokimasiereden des Lysias (Lys. 16; 26; 31); vgl. weiters Lys. 12,13; 25. Zu letzterer siehe etwa Bearzot (1997) und Murphy (1992) *25*.

[17] Unter „Rückstellung" ist gemäß der einschlägigen rechtliche Terminologie die Rückgabe bzw. Restitution von staatlicherseits enteignetem Vermögen zu verstehen.

[18] Vgl. dazu Kühn (1967).

[19] Der Verfasser beschränkt sich bei Zitation der Athenaion Politeia darauf, die Schrift selbst (Ath. pol.) zu nennen, auch, um damit die Diskussion um eine mögliche Autorenschaft des Aristoteles zu vermeiden.

schichtswerk Xenophons[20] — politisch bedeutsame Dokumente der athenischen Konstitution zumindest auszugsweise im Wortlaut tradiert.[21]

3. Die Hauptquelle: Athenaion Politeia 39[22]

Den Text der Athenaion Politeia habe ich — nach inhaltlichen Kriterien — in Paragraphen unterteilt (und bin damit von der formalen Gliederung des Kapitels in sechs Unterkapitel abgewichen[23]), die hernach einzeln kommentiert werden sollen:[24]

> Ἐγένοντο δ’ αἱ διαλύσεις ἐπ’ Εὐκλείδου ἄρχοντος κατὰ τὰς συνθήκας τάσδε.
> (§ 1) τοὺς βουλομένους Ἀθηναίων τῶν ἐν ἄστει μεινάντων ἐξοικεῖν ἔχειν Ἐλευσῖνα
> (§ 2a) ἐπιτίμους ὄντας καὶ (§ 2b) κυρίους καὶ αὐτοκράτορας ἑαυτῶν καὶ τὰ αὑτῶν καρπουμένους.
> (§ 3) τὸ δ’ ἱερὸν εἶναι κοινὸν ἀμφοτέρων, ἐπιμελεῖσθαι δὲ Κήρυκας καὶ Εὐμολπίδας κατὰ τὰ πάτρια.
> (§ 4) μὴ ἐξεῖναι δὲ μήτε τοῖς Ἐλευσινόθεν εἰς τὸ ἄστυ μήτε τοῖς ἐκ τοῦ ἄστεως Ἐλευσῖνάδε ἰέναι, πλὴν μυστηρίοις ἑκατέρους.
> (§ 5) συντελεῖν δὲ ἀπὸ τῶν προσιόντων εἰς τὸ συμμαχικὸν καθάπερ τοὺς ἄλλους Ἀθηναίους.
> (§ 6) ἐὰν δέ τινες τῶν ἀπιόντων οἰκίαν λαμβάνωσιν Ἐλευσῖνι, συμπείθειν τὸν κεκτημένον. ἐὰν δὲ μὴ συμβαίνωσιν ἀλλήλοις, τιμητὰς ἑλέσθαι τρεῖς ἑκάτερον, καὶ ἥντιν’ ἂν οὗτοι τάξωσιν τιμὴν λαμβάνειν.
> (§ 7) Ἐλευσινίων δὲ συνοικεῖν οὓς ἂν οὗτοι βούλωνται.
> (§ 8) τὴν δ’ ἀπογραφὴν εἶναι τοῖς βουλομένοις ἐξοικεῖν, τοῖς μὲν ἐπιδημοῦσιν ἀφ’ ἧς ἂν ὀμόσωσιν τοὺς ὅρκους δ[έκ]α ἡμερῶν, τὴν δ’ ἐξοίκησιν εἴκοσι, τοῖς δ’ ἀποδημοῦσιν ἐπειδὰν ἐπιδημήσωσιν κατὰ ταὐτά.

---

[20] Xenophon ist als Historiker nicht so sehr an den juristischen Details interessiert, vgl. dazu Loening (1987) 54.

[21] Als prominentes Beispiel sei hier bloß der Gründungseid des Delisch-Attischen Seebundes genannt, der nur in Ath. pol. 23,5 wörtlich belegt ist.

[22] Der Bericht der Athenaion Politeia wird von Lehmann (1972) 213 wie folgt zusammengefasst: „Aristoteles hat bezeichnenderweise vornehmlich die Bestimmungen zur Amnestie sowie die Sicherheits- und Rehabilitierungsgarantien für die Partei der Oligarchen in einem annähernd wortgetreuen Referat bewahrt.“

[23] 39,1 (§§ 1–2b), 39,2 (§§3–5), 39,3 (§§ 6–7), 39,4 (§ 8), 39,5 (§§ 9–10) und 39,6 (§§ 11a–13).

[24] Ath. pol. 39,1.

(§ 9) μὴ ἐξεῖναι δὲ ἄρχειν μηδεμίαν ἀρχὴν τῶν ἐν τῷ ἄστει τὸν Ἐλευσῖνι κατοικοῦντα, πρὶν ἂν ἀπογράψηται πάλιν ἐν τῷ ἄστει κατοικεῖν.
(§ 10) τὰς δὲ δίκας τοῦ φόνου εἶναι κατὰ τὰ πάτρια, εἴ τίς τινα αὐτοχειρίᾳ ἔκτεινεν ἢ ἔτρωσεν.
(§ 11a) τῶν δὲ παρεληλυθότων μηδενὶ πρὸς μηδένα μνησικακεῖν ἐξεῖναι,
(§ 11b) πλὴν πρὸς τοὺς τριάκοντα καὶ τοὺς δέκα καὶ τοὺς ἕνδεκα καὶ τοὺς τοῦ Πειραιέως ἄρξαντας,
(§ 11c) μηδὲ πρὸς τούτους, ἐὰν διδῶσιν εὐθύνας. εὐθύνας δὲ δοῦναι τοὺς μὲν ἐν Πειραιεῖ ἄρξαντας ἐν τοῖς ἐν Πειραιεῖ, τοὺς δ’ ἐν τῷ ἄστει ἐν τοῖς τὰ τιμήματα παρεχομένοις.
(§ 12) εἶθ’ οὕτως ἐξοικεῖν τοὺς ἐθέλοντας.
(§ 13) τὰ δὲ χρήματα ἃ ἐδανείσαντο εἰς τὸν πόλεμον ἑκατέρους ἀποδοῦναι χωρίς.

Soweit der Text der Athenaion Politeia. Die Belege bei Lysias, eventuell auch bei Xenophon und Isokrates, lassen weitere materielle Bestimmungen des Vertrages vermuten.

Ehe auf diese eingegangen werden kann, gilt es, eine Vorfrage zu klären, und zwar die nach der Form des Dokuments: Einerseits kann es mit Walter Nippel als „innerathenisches Friedensabkommen“ verstanden werden.[25] Als solches allein hätte es aber andererseits kaum Aufnahme in die Sammlung der Staatsverträge des Altertums Hermann Bengtsons gefunden.[26]

Die Quellen bezeichnen es, abgesehen von dem Überbegriff συνθῆκαι[27], als Schlichtungsvertrag[28] (διαλύσεις) oder Vergleich (διάλλαγμα) — nach Loening beides Termini „… (who) connote a change from one state to another and specificially from ill-feeling to rapprochement“.[29] Es liegt also ein „sich Vertragen“ im ureigenen Sinne des Wortes vor. Von einem rein innerstaatlichen Akt ist keine Rede — wenn die Parteien formal als Bürgerkriegsparteien auftreten, besitzen sie Völkerrechtssubjektivität wie etwa auch Gruppen von Flüchtlingen, die mit ihrer Polis kontrahieren[30]. Vor

---

[25] Nippel (1997) 109.
[26] Bengtson (1975) 213.
[27] Kußmaul (1969) 17 erklärt συνθῆκαι als Überbegriff für zwischenstaatliche Rechtsakte (also Sponde und Symmachia). In Ath. pol. 39,1 übersetzt Kußmaul (1969) 17 κατὰ τὰς συνθήκας τάσδε mit „gemäß diesen Vertragsbedingungen“.
[28] And. 1,90; Lys. 12,53; 13,80; Isokr. or. 18,25.
[29] Loening (1987) 20–21.
[30] Vgl. Smarczyk (1999) 51, insbesondere Anm. 29.

diesem Hintergrund ist auch der Irrtum leicht zu beseitigen, dass zwei Verträge über die Amnestie vorgelegen seien.

So wurde aus der Wendung συνθῆκαι καὶ ὅρκοι (so mehrfach Lysias und Isokrates[31]) auf zwei getrennte Rechtsakte geschlossen. Dies ist jedoch nicht richtig: Der Eid diente zur Besicherung oder Ratifikation eines ausgehandelten Vertragstextes. Dabei konnten dessen wesentliche Bestimmungen in den Eid aufgenommen werden, wie bei Andokides die Amnestieformel[32]. Aus der stehenden Wendung συνθῆκαι καὶ ὅρκοι kann somit nicht auf mehrere getrennte Verträge geschlossen werden: Sie beschreibt vielmehr „Abschluss und Beurkundung“[33] ein und desselben Textes.

Wenn nun Xenophon im Unterschied zu der Athenaion Politeia,[34] Andokides[35] oder Lysias[36] erst im Zusammenhang mit der Einnahme von Eleusis 401 v.Chr.[37] von einer Amnestiebestimmung berichtet, so ist das noch kein Beweis dafür, dass es zwei Verträge mit zwei Amnestieklauseln gegeben hat.[38] Bereits Stahl hatte diese These zurückgewiesen.[39] Vielmehr wurde 401 v.Chr. die Amnestie von 403 v.Chr. erneut eidlich bekräftigt, was nun auch dem juristisch nicht immer präzisen Xenophon[40] die Erwähnung des μὴ μνησικακήσειν wert ist[41].

4. Die Bestimmungen des Amnestievertrages

Der Vertrag wird datiert und eingeleitet: *Es kam unter dem Archontat des Eukleides zur Aussöhnung gemäß diesen Vertragsbedingungen.*

Wesentliches Ziel des gesamten Vertrages ist es, die politische Lage zu beruhigen und Zusammenstößen der Oligarchen und Demokraten nach dem Friedensschluss vorzubeugen. Das lässt sich vor allem dadurch verwirk-

---

31 Lys. 13,88; 25,23.28.34; (Lys.) 6,39; Isokr. or. 18,29.
32 Heuss (1967) 7–8.
33 So der Titel des oben zitierten Werkes von Heuss.
34 Ath. pol. 39,6.
35 And. 1,81.
36 (Lys.) 32.
37 Xen. Hell. 2,4,43.
38 Nach Kühn (1967) 34 habe man bis zur Auffindung der Athenaion Politeia, die alle Zweifel beseitigt, auch tatsächlich diesen Eindruck vermittelt bekommen können.
39 Stahl (1891) 275–277.
40 Loening (1987) 26–27.
41 Xen. Hell. 2,4,43.

lichen, dass die Bürgerschaft räumlich voneinander getrennt wird.[42] Regelungen dazu treffen die §§ 1–4 meiner Zählung.

4.1. Die Auswanderunsgerlaubnis nach Eleusis und die Rechtsstellung der Neubürger[43]

(§ 1) τοὺς βουλομένους Ἀθηναίων τῶν ἐν ἄστει μεινάντων ἐξοικεῖν ἔχειν Ἐλευσῖνα — *Die von den Athenern, welche in der Stadt geblieben sind, können, wenn sie wollen, nach Eleusis auswandern, ...*

Wörtlich sind nur die Personen, die nicht schon nach Eleusis ausgewandert waren (wie etwa die Dreißig nach der Niederlage bei Piräus), hiervon erfasst.[44] Da der gesamte Satz als AcI konstruiert ist, sind die βουλομένους Ἀθηναίων mit den ἐπιτίμους ὄντας, κυρίους καὶ αὐτοκράτορας und καρπουμένους gleichzusetzen.[45]

(§ 2a) — ἐπιτίμους ὄντας καὶ — *bleiben aber im Besitz des Bürgerrechts, ...*

Wesentlich ist, dass die nach Eleusis Emigrierten weiterhin ihr athenisches Bürgerrecht behielten[46] — sie blieben ἐπίτιμοι.[47] Freilich waren sie — wie aus § 10 erkennbar wird — von der Ausübung eines politischen Amtes in Athen ausgeschlossen. Gerade aber der Umstand, dass dies zusätzlich vereinbart werden muss, ist ein Indiz dafür, dass die Exulanten weiterhin athenische Bürger blieben — sonst hätte dies nicht extra betont werden

---

42 Zugleich entsteht mit dem Separatstaat Eleusis ein Brückenkopf Spartas in Attika, dessen Einfluss auf und Interessen am Vertragsabschluss nicht unberücksichtigt bleiben sollten, vgl. Kühn (1967) 33. 37.

43 Vgl. dazu auch Kühn (1967) 39. Dass die durch die §§ 1–4 bewirkte räumliche Trennung ernst genommen wurde, belegt auch eine bereits von U. Kahrstedt 1932 publizierte Inschrift aus Eleusis (näher dazu Bengtson [1975] 213), die die Aufstellung von Grenzwächtern, die den Zugang kontrollieren, und eine genaue Registrierung der Neubürger in Eleusis vorschreibt.

44 Vgl. dazu auch Loening (1987) 31.

45 Loening (1987) 30 hingegen will die Regeln des Vertrages auch auf die bereits früher nach Eleusis abgewanderten Oligarchen ausdehnen: „The oligarchic officials and their sympathizers who had settled in Eleusis prior to the conclusion of the reconciliation agreement, though they did not take part in its negotiation, must have been included in it“. Dies ist aus dem vorliegenden Text jedoch nicht ersichtlich.

46 Vgl. Nippel (1997) 109, der darauf verweist, dass die politischen Rechte der Bürger so lange ruhten, bis eine Rückkehr möglich ist.

47 Dies bezieht sich eindeutig auf das athenische Bürgerrecht und nicht etwa das eleusinische, vgl. dazu Rhodes und Chambers, Ath. pol. 39,1 ad locum. Loening (1987) 31 hingegen bezieht die Bestimmungen sowohl auf Athen als auch auf Eleusis.

müssen: Metöken oder Fremden war es verwehrt, ein athenisches Amt zu bekleiden.[48] Auch dass die Bewohner von Eleusis eine Abgabe an den Peloponnesischen Bund zu entrichten hatten καθάπερ τοὺς ἄλλους Ἀθηναίους (§ 5), lässt erkennen, dass die Neubürger von Eleusis „Athener" blieben.[49]

(§ 2b) κυρίους καὶ αὐτοκράτορας ἑαυτῶν καὶ τὰ αὑτῶν καρπουμένους — *selbständig und selbstbestimmend, und dürfen von ihrem Eigentum Früchte ziehen.*

Die Gemeinde Eleusis solle selbständig sein und eine „unabhängige Regierung"[50] haben. Selbstverwaltung bedeutet, dass Athen keine legislative oder politische Gewalt auf das autonome Eleusis ausüben konnte.[51] Umgekehrt war es den athenischen Bewohnern des Separatstaates erlaubt, in ihrer alten Heimat Früchte (καρπουμένους) aus ihrem Eigentum (τὰ αὑτῶν — dies entspricht als pronominale Umschreibung der altgriechischen Terminologie für Eigentum[52]) zu ziehen. Freilich ist die Fruchtziehung wohl auf das „*legitim erworbene Vermögen in Athen*"[53] beschränkt. Zu den damit verbundenen Problemen, auch der Rückstellung konfiszierten Vermögens, gibt das Lysias-Fragment 1 (P.Oxy. XIII 1606) Auskunft, auf das noch zurückzukommen sein wird.[54]

Die Ausübung der Fruchtziehung wird durch das in § 4 normierte Einreiseverbot der Auswanderer behindert, was darauf schließen lässt, dass die Emigranten ihr Gut vor Ort verwalten ließen[55].

Dieses Problem hatten die Dreißig selbst, die zehn Archonten im Piräus und die Elfmänner des Regimes, die nach Xenophon von ihrem Eigentum ausgeschlossen waren, freilich nicht.[56]

(§ 3) τὸ δ' ἱερὸν εἶναι κοινὸν ἀμφοτέρων, ἐπιμελεῖσθαι δὲ Κήρυκας καὶ Εὐμολπίδας κατὰ τὰ πάτρια — *Das Heiligtum soll beiden Parteien*

48 Vgl. Loening (1987) 39.
49 Vgl. Loening (1987) 35; vgl. dazu auch Lehmann (1972) 222 Anm. 55.
50 Vgl. Chambers, Ath. pol. 39,1 ad locum.
51 Rhodes, Ath. pol. 39,1 ad locum.
52 Vgl. Kränzlein (1963) 28, der auch auf Demosth. or. 16,16; Is. 7,13; Xen. oik. 2,6; Plut. Timoleon 23,4 verweist; vgl. dazu weiters Carawan (2002) 6 Anm. 19 und 7 Anm. 24.
53 Lehmann (1972) 222–223.
54 Siehe dazu unten, § 13*.
55 Vgl. dazu Rhodes, Ath. pol. 39,1 ad locum.
56 Xen. Hell. 2,4,38 (zum Wortlaut s. S. 97 Anm. 12). Kritisch dazu Kühn (1967) 34. Loening (1987) 64–67 zitiert einen Volksbeschluss aus der Zeit nach 402/1 v.Chr., mit dessen Hilfe oligarchisches Vermögen konfisziert wurde — wohl in Ausübung der Rückstellungsbestimmung des Vertrages gegenüber Emigranten; vgl. dazu Carawan (2002) 9 und Walbank (1982).

gemein sein, die Keryken und die Eumolpiden sollen als Epimeletai tätig sein nach alter Väter Sitte.

Das eleusinische Mysterium sollte beiden Gemeinden und ihren Bewohnern offenstehen, die Kultfunktionen verblieben bei den Familien der Keryken und der Eumolpiden. Welchem Lager diese zuzurechnen waren, ist schwer zu eruieren.[57]

Hier wie auch hinsichtlich der Folgebestimmung war ein Aufeinandertreffen der Parteien unvermeidbar, aufgrund des kultischen *momentum* jedoch das Risiko eines offenen Konfliktes minimal. So normierte der folgende Paragraph zwar ein Besuchsverbot für beide Seiten, nahm aber die Zeit der eleusinischen Mysterien davon aus. Während dieser sollte Freizügigkeit herrschen — „… die sakrale Sphäre mit ihren alten Bindungen und Gesetzlichkeiten kann der menschliche nomos nicht stören."[58]

(§ 4) μὴ ἐξεῖναι δὲ μήτε τοῖς Ἐλευσινόθεν εἰς τὸ ἄστυ μήτε τοῖς ἐκ τοῦ ἄστεως Ἐλευσινάδε ἰέναι, πλὴν μυστηρίοις ἑκατέρους — *Weder denen aus Eleusis soll es erlaubt sein, in die Stadt zu gehen, noch denen aus der Stadt nach Eleusis, außer was beiden erlaubt war, zu den Mysterien.*

E contrario kann daraus geschlossen werden, dass sich die Bewohner beider Gemeinden im restlichen Attika frei bewegen durften.[59] Diese Ausnahme vom Einreiseverbot, die Zeit der (großen[60] und kleinen[61]) Mysterien, belief sich insgesamt immerhin auf 110 Tage festlichen Friedens im Jahr.[62]

(§ 5) συντελεῖν δὲ ἀπὸ τῶν προσιόντων εἰς τὸ συμμαχικὸν καθάπερ τοὺς ἄλλους Ἀθηναίους — *Den Tribut von ihren wirtschaftlichen Einkünften müssen sie aber leisten für die Symmachie wie die anderen Athener.*

Die Synteliebestimmung[63] betraf nun nicht nur Athen, das seit dem Frieden 404 v.Chr. Mitglied des Peloponnesischen Bundes war (Xenophon tradiert die Symmachiebestimmung im Friedensvertrag Athens mit Sparta[64]), sondern auch Eleusis. Die Zweiteilung der Bürgerschaft wird dann besonders deutlich, wenn der Vertrag von „den anderen Athenern" spricht[65].

---

[57] Xen. Hell. 2,4,20–22 nennt einen gewissen Klerokritos, der in den Mysterien ein Amt innegehabt habe; vgl. dazu genauer Loening (1987) 32.

[58] Kühn (1967) 39–40.

[59] Rhodes, Ath. pol. 39,2 ad locum; ebenso Loening (1987) 32–34.

[60] Dauer 15. Metageitnion — Boedromion — 10. Pyanopsion (vgl. IG I^3 6,8–47).

[61] Dauer 15. Gamelion — 10. Elaphebolion.

[62] Chambers, Ath. pol. 39,2 ad locum; Loening (1987) 32–34.

[63] Fälschlich bezieht Kühn (1967) 40 die „Abgabe" auf Athen, was jedoch dem in § 2b normierten Selbstbestimmungsrecht entgegengestanden wäre!

[64] Xen. Hell. 2,2,20.

[65] Lehmann (1972) 222 Anm. 55.

Völkerrechtlich ist schon der „Beitrag“ an sich interessant — im Unterschied zum Delisch-Attischen Seebund hatte der Peloponnesische Bund nämlich keine Bundeskasse und somit auch keine regelmäßigen Beiträge.[66] Mit Rhodes ist anzunehmen, dass es sich dabei um Reparationszahlungen nach dem Krieg handelte, die Athen leisten musste.[67] Auch das Verbum συντελεῖν ist bewusst als Abgrenzung zu dem negativ besetzten φέρειν gewählt, das an den Delisch-Attischen Seebund erinnert hätte.[68]

Die folgenden beiden Paragraphen widmen sich der Einräumung von Wohnmöglichkeiten für die Neubürger von Eleusis:

(§ 6) ἐὰν δέ τινες τῶν ἀπιόντων οἰκίαν λαμβάνωσιν Ἐλευσῖνι, συμπείθειν τὸν κεκτημένον. ἐὰν δὲ μὴ συμβαίνωσιν ἀλλήλοις, τιμητὰς ἑλέσθαι τρεῖς ἑκάτερον, καὶ ἥντιν' ἂν οὗτοι τάξωσιν τιμὴν λαμβάνειν. — *Wenn aber einige derer, die auswandern, ein Haus nehmen wollen in Eleusis, sollen sie sich darüber mit dem jeweiligen Besitzer verständigen. Wenn sie sich aber miteinander nicht einig werden, dann soll sich jeder drei Männer zur Schätzung eines Kaufpreises bestimmen, und welchen diese festsetzen, den sollen sie akzeptieren.*

Das Kaufrecht der Oligarchen ist nach Chambers „offenbar ein Zugeständnis an diese“, da viele der Eleusiner umgekehrt nach Athen gezogen waren.[69] Auch Kränzlein geht von Kaufverträgen aus,[70] es kommt also nicht zu einer Konfiskation eleusinischen Vermögens. Tatsächlich war die Position der Verkäufer aber sehr geschwächt: Wenn die Verhandlungen (συμπείθειν)[71] scheiterten, wurde eine Schiedskommission, bestehend aus je drei Vertretern beider Vertragsparteien, bestimmt (τιμηταί),[72] deren *compro-*

---

66 So Lotze (1964).

67 Rhodes, Ath. pol. 39,2 ad locum.

68 Dieses Phänomen ist schon im 5. Jahrhundert zu beobachten, wo bei Gründung des Seebundes der modernere φόρος den alten, an die persische Abgaben ionischer Gemeinden gemahnenden Begriff δάσμος aus gleichen Beweggründen ersetzt; vgl. Scheibelreiter (2005) 196–197. Zum Vergleich des φόρος im Delisch-Attischen Seebund mit der σύνταξις des 2. Attischen Seebundes siehe Dreher (1995) 59–61.

69 Chambers, Ath. pol. 39,3 ad locum.

70 Vgl. Kränzlein (1963) 128: „Es ist nicht ausdrücklich von Verkaufen die Rede, (…) es kann aber nichts anderes gemeint sein“, vgl. weiters ebendort Anm. 404 und die dort zitierte Literatur.

71 συμπείθειν hat die Bedeutung von „jemand anderen überzeugen“, vgl. dazu etwa Thuk. 7,21; Plat. leg. 4, 720d; Xen. mem. 2,4,6; Isokr. or. 5,26.

72 τιμητής ist wörtlich der „Schätzmeister“, der Wert oder Preis (τιμή, vgl. dazu Kränzlein [1963] 128 Anm. 404) schätzt bzw. festlegt, so etwa in Plat. leg. 8, 843d.

missum man sich schließlich unterwerfen musste.[73] Lehmann[74] sieht darin eine „nachträgliche Legalisierung des Massakers der Dreißig in Eleusis[75]“. Bei näherem Hinsehen wird deutlich, dass die Bestimmung nur von einigen wenigen Interessierten (τινές) ausgeht, was auf keinen großen Bedarf schließen lassen könnte.[76] Bestimmungen zur Rückstellung für enteignetes eleusinisches Vermögen enthielt der Vertrag ebensowenig wie Rechtsmittel der Eleusiner gegen diese Regelung.

Etwas kryptisch ist die folgende Bestimmung.

(§ 7) Ἐλευσινίων δὲ συνοικεῖν οὓς ἂν οὗτοι βούλωνται. — *Mit denen von den Eleusinern aber, die diese wollen, sollen sie zusammenleben.*

Zwei Fragen sind zu klären, nämlich (1) wer sind die οὗτοι und (2) was bedeutet συνοικεῖν in diesem Zusammenhang?

Dazu gibt es drei Ansätze:[77] Ein Teil der Forschung versteht συνοικεῖν als „*in Hausgemeinschaft wohnen*“ und bezieht οὗτοι entweder auf die τιμηταί oder auf die Neubürger von Eleusis, die Käufer, die nun bestimmen dürften, wer nicht Mitbewohner sein sollte.[78] Einer dritten Variante ist der Vorzug zu geben: συνοικεῖν heiße „*in der gleichen Stadt wohnen*“ — über die Frage, wer von den Eleusinern in Eleusis bleiben durfte, sollten die Neubürger bestimmen.[79] So sollten nach dem Massaker von Eleusis Zusammenstöße der eleusinischen Restbevölkerung mit den zuziehenden Oligarchen verhindert werden.[80]

---

73 So Kränzlein (1963) 128–129.

74 Lehmann (1972) 223.

75 Dazu vgl. Xen. Hell. 2,4,8–9; Lys. 12,52; 13,44. In der Tat ist die Frage zu stellen, wie viele Vertragspartner die Oligarchen überhaupt noch gefunden hatten, vgl. Rhodes, Ath. pol. 39,3 ad locum.

76 Andere werden sich bereits eingemietet haben oder hatten vor dem Versöhnungsabkommen ein Haus usurpiert, vgl. dazu Loening (1987) 33–35.

77 So Loening (1987) 36–37.

78 So auch die Übersetzung von Chambers, Ath. pol. 39,3 ad locum: „Diejenigen Eleusiner, welche sie (die neuen Besitzer) selbst (anzunehmen) wünschen, sollen bei ihnen wohnen dürfen“.

79 Vgl. Rhodes, Ath. pol. 39,3 ad locum; Loening (1987) 36–37; allgemein dazu Kühn (1967) 40.

80 Dazu vorsichtig Rhodes, Ath. pol. 39,3 ad locum: „It is not clear how many of the old inhabitants had survived the „Thirty's“ massacre, but the account of X. H. 2,4,8 may indicate that only men of military age were killed, and some men marked out for death may in fact have escaped“. vgl. auch Loening (1987) 36–37. Lehmann (1972) 223 Anm. 56 sieht diese Ansicht durch das schon zitierte Dekret (vgl. dazu Bengtson [1975] 213) hinsichtlich der Einlasskontrollen nach Eleusis und der Niederlassungsbestimmungen dort bestätigt.

Es folgen die Bestimmungen zur Registrierung der Emigranten:

(§ 8) τὴν δ' ἀπογραφὴν εἶναι τοῖς βουλομένοις ἐξοικεῖν, τοῖς μὲν ἐπιδημοῦσιν ἀφ' ἧς ἂν ὀμόσωσιν τοὺς ὅρκους δ[έκ]α ἡμερῶν, τὴν δ' ἐξοίκησιν εἴκοσι, τοῖς δ' ἀποδημοῦσιν ἐπειδὰν ἐπιδημήσωσιν κατὰ ταὐτά. — *Die Registrierung derer, die auswandern wollen, soll für die in Athen Anwesenden zehn Tage, der Auszug selbst zwanzig Tage ab dem Tag, da sie die Eide geschworen haben, erfolgen; für die, die gerade außerhalb Athens sind, verhält es sich, wenn sie zurückgekehrt sind, genauso.*

Diese Zeitangaben sind hinsichtlich des Beginns der Fristen[81] und deren Dauer nicht präzise determiniert: Es ist nicht erkennbar, ob die 20 Tage nach dem in der Frist von zehn Tagen getätigten Eid anzunehmen seien oder ob in insgesamt zwanzig Tagen der Auszug zu erfolgen habe, was den Eid natürlich voraussetzt.[82]

Auch nicht ganz unumstritten ist die Frage, auf wen sich die Unterscheidung zwischen in Athen Anwesenden (ἐπιδημοῦντες) und Abwesenden (ἀποδημοῦντες) beziehe. Rhodes vermutete sogar, daß bereits in Eleusis befindliche Mitglieder der oligarchischen Partei *in absentia* eingeschrieben werden sollten.[83] Chambers bezieht das Wort ἀποδημοῦντες einerseits auf die in Eleusis befindlichen Athener, die so noch eine Möglichkeit zur Rückkehr haben sollten;[84] andererseits können hinter den ἀποδημοῦντες zur Zeit in Athen alle nicht anwesende Bürger vermutet werden,[85] die nach ihrer Heimkehr innerhalb der entsprechenden Fristen die Wahlmöglichkeit zur Auswanderung zugebilligt bekamen.[86]

(§ 9) μὴ ἐξεῖναι δὲ ἄρχειν μηδεμίαν ἀρχὴν τῶν ἐν τῷ ἄστει τὸν Ἐλευσῖνι κατοικοῦντα, πρὶν ἂν ἀπογράψηται πάλιν ἐν τῷ ἄστει κατοικεῖν. — *Es wird nicht erlaubt sein, dass einer, der in Eleusis wohnt, irgendein Amt in der Stadt bekleidet, ehe er sich wieder in der Stadt als Einwohner registrieren lässt.*

---

81 So könnte man den Eid in unmittelbaren Zusammenhang mit dem Vertrag stellen und deshalb zehn Tage vom Vertrag selbst rechnen. Chambers (Ath. pol. 39,4 ad locum) nimmt als Tag der Ratifikation und damit als Stichtag den 12. Boedromion an.

82 Zu dieser Problematik siehe Rhodes, Ath. pol. 39,3 ad locum; Chambers, Ath. pol. 39,3 ad locum und Loening (1987) 38. Die bei Xenophon beschriebene Furcht vor Vergeltungsaktionen (Xen. Hell. 2,4,38 letzter Satz) der Demokraten mag dazu geführt haben, dass ein Massenexodus drohte (vgl. dazu Ath. pol. 40,2 und unten unter 6.2.); s. ebenso Lehmann (1972) 224 und (1997) 50.

83 Rhodes, Ath. pol. 39,4 ad locum.

84 Chambers, Ath. pol. 39,4 ad locum.

85 Chambers, Ath. pol. 39,4 ad locum; Kühn (1967) 40.

86 So etwa Kühn (1967) 39–40; Loening (1987) 38.

Da die bürgerlichen Rechte der Auswanderer für Athen erhalten bleiben (ἐπιτίμοι in § 1),[87] ist diese Klausel notwendig. Wie bei keiner anderen Bestimmung kommt hier die Zwitterstellung der Auswanderer zum Ausdruck — Bürger von Eleusis und Bürger Athens,[88] freilich ohne die Erlaubnis, die Stadt Athen zu betreten. Die Bestimmung kann als Impuls für eine Rückkehr nach Athen verstanden werden[89] — die Auswanderung war somit widerruflich und nicht endgültig.[90]

(§ 10) τὰς δὲ δίκας τοῦ φόνου εἶναι κατὰ τὰ πάτρια, εἴ τίς τινα αὐτοχειρίᾳ ἔκτεινεν ἢ ἔτρωσεν. — *Die Verfahren wegen Mordes sollen getreu dem althergebrachten Recht geführt werden, wenn einer einen eigenhändig entweder tötete oder verwundete.*

Die in § 11 erlassene Amnestie, Kernstück des Vertrages, sieht in § 10 δίκαι τοῦ φόνου als Ausnahmetatbestand vor. Eigenhändiger Mord bzw. eigenhändige Körperverletzung können nicht unter die παρεληλυθότα subsumiert werden: Denn dadurch wurde die gesamte Gemeinschaft verunreinigt,[91] das für § 4 hinsichtlich der eleusinischen Mysterien Gesagte gilt auch hier, die sakrale Norm ist stärker als das von Menschen gesatzte Recht.[92] Anklagen wegen eigenhändigen Mordes sind weder von der Amnestie erfasst, noch werden anhängige Verfahren aus der Zeit des Umsturzes niedergeschlagen.[93] Die nach Eleusis Umgesiedelten konnten von athenischen Gerichten freilich nicht belangt werden.[94]

Die nun folgende Amnestiebestimmung[95] selbst ist dreigeteilt. Der Tatbestand (§ 11a) nimmt eine Gruppe der Oligarchen aus (§ 11b), doch auch diese sollen nach erfolgreicher Rechenschaftsablegung erfasst sein (§ 11c).

---

87 Vgl. Rhodes, Ath. pol. 39,4 ad locum; vgl. auch Meiggs – Lewis (1989) 20.

88 Umgekehrt geht Cloché (1915) 258–259 davon aus, dass die Auswanderer aus Athen sehr wohl Ämter in Eleusis bekleiden durften.

89 Vgl. Loening (1987) 39.

90 Vgl. Chambers, Ath. pol. 39,4 ad locum. Das beweist ja auch das Testimonium bei Lys. 25,9, welchem zufolge den Angriff auf Eleusis 401 v.Chr. auch Athener mit verübten, die bereits aus Eleusis remigriert waren. Kühn (1967) 40 hingegen hält die Klausel für hypothetisch.

91 Vgl. Nippel (1997) 112; MacDowell (1963) 136.

92 Vgl. dazu Kühn (1967) 39–40.

93 Auf das dies regelnde Gesetz wird noch zurückzukommen sein, siehe dazu unten unter 6.5.

94 Vgl. Chambers, Ath. pol 39,5 ad locum; Loening (1987) 39: „… they were removed from the juridical and legislative jurisdiction of Athens".

95 Andere Quellen sind etwa Xen. Hell. 2,4,43; Just. 5,10,9; Nep. Thrasyb. 3,2; And. 1,90–91; Isokr. or. 18,20. Quellen zum Eid auf die Amnestie sind And. 1,90–91; Xen. Hell. 2,4,42; Lys. 12,53.80; 13,88; 24,23.28.34; (6,39) und Isokr. or. 18,25.29

Der Wortlaut der gesamten Klausel stimmt mit dem bei Andokides überlieferten Eid[96] teilweise überein.

(§ 11a) τῶν δὲ παρεληλυθότων μηδενὶ πρὸς μηδένα μνησικακεῖν ἐξεῖναι, — *Bezüglich dessen, was vorgefallen ist, soll es keinem erlaubt sein, gegenüber irgendjemandem sich des Übels zu erinnern.*

Die Terminologie (μὴ μνησικακεῖν) weist eine lange Tradition auf, die hier nicht näher behandelt werden muss.[97] Es bleibt nur festzuhalten, dass der Begriff der ἀμνηστία weitaus jünger ist. So findet sich der erste literarische Beleg dafür bei Plutarch.[98] Das μνησικακεῖν anstelle des später davon abgeleiteten Substantivs μνησικακία ist als Indiz für das Alter und die Authentizität der Amnestieklausel zu werten. Staats- oder völkerrechtliche Terminologie hatte sich ja in einer Zeit zu entwickeln begonnen, da zwischen dem Normsetzenden und dem von ihm repräsentierten Staat noch nicht differenziert worden war, also hierin noch keine Abstraktion stattgefunden hatte.[99] In völkerrechtlichen Verträgen des späten 6. / frühen 5. Jh. v.Chr. schwor der Vertragspartner die Einhaltung der Vertragspflichten, und dies wird meist mit einem Infinitiv in Abhängigkeit zu einem *verbum iurandi* formuliert. So wurde etwa auch das Gebot der Vertragstreue — „*nicht abzufallen*“ — mit dem verneinten Infinitiv μὴ ἀποστήσεσθαι bezeichnet und nicht mit dem Verbot des Austritts, der ἀπόστασις.[100] Solche Substantive prägen sich erst später aus, sind somit — für die Frühzeit — nur in deskriptiven Quellen, nicht aber den originalen Dokumenten in Gebrauch.[101]

Für die Amnestie von 403/2 v.Chr. ist das μὴ μνησικακεῖν nicht nur in der Athenaion Politeia und bei Andokides belegt, sondern auch bei Isokrates,[102] Aischines[103] und Xenophon.[104] Was genau unter die „vergangenen

---

[96] And. 1,90.

[97] Vgl. dazu Rhodes, Ath. pol. 39,5, der von „regular formula for an amnesty“ spricht; vgl. weiters Sordi (1997b); Scheibelreiter (2007) 368–374.

[98] Plut. Cic. 42,2; Mor. 814B; so auch Loening (1987) 21: „… the wording amnestia is only found in much later authors“; Nippel (1997) 111; zu den ersten inschriftlichen Belegen Syll.[3] 588 + 633 vgl. den Beitrag von Dreher in diesem Band.

[99] Vgl. Siewert (1972) 24–26.

[100] Zu der so genannten Loyalitätsklausel siehe Scheibelreiter (2005) 151–163.

[101] Neben Infinitiven werden Verpflichtungen mit Imperativen in der 3. Person oder Indikativen des Futurums ausgedrückt: Die Partei „soll sich an nichts Schlechtes erinnern“ / die Partei „wird sich an nichts Schlechtes erinnern“.

[102] Isokr. or. 18,3.

[103] Aischin. leg. 176; Ctes. 208.

[104] Xen. Hell. 2,4,43.

Ereignisse“ (τῶν δὲ παρεληλυθότων) zu subsumieren ist, bleibt aufgrund der generell gefassten Formulierung unklar; in jedem Fall ist dies auf die Geschehnisse nach dem oligarchischen Umsturz 403 v.Chr. zu beziehen.[105]

(§ 11b) πλὴν πρὸς τοὺς τριάκοντα καὶ τοὺς δέκα καὶ τοὺς ἕνδεκα καὶ τοὺς τοῦ Πειραιέως ἄρξαντας, — *außer gegenüber den Dreißig und den Zehn und den Elfmännern und den Archonten im Piräus,*

Nun formuliert die Athenaion Politeia ein paar Ausnahmen zur Amnestieklausel: Nicht erfasst sind neben den Dreißig die zehn Nachfolger der Dreißig nach der oligarchischen Niederlage im Kampf um den Piräus, die Elfmänner, die als Exekutivorgane der Dreißig an Vermögensentziehungen, Festnahmen und Vollstreckung von Todesurteilen beteiligt gewesen waren[106] und die zehn im Piräus eingesetzten Verwalter[107] (die von den Dreißig persönlich ausgesucht worden waren).[108] Diese Liste ist aber mit den anderen erhaltenen inkompatibel, insofern Xenophon „die Zehn in Athen“ nicht nennt, Andokides gar überhaupt nur die Dreißig und die Elfmänner.[109]

Als Erklärung für letzteres wurde eine Lücke im Andokides-Text angenommen und dieser nach der Fassung der Athenaion Politeia ergänzt.[110] MacDowell hat in seinem Andokideskommentar dahingehend argumentiert, dass Andokides „die Zehn im Piräus“ vergessen habe (und diese ergänzt werden müssten), „die Zehn in der Stadt“ aber auch in der Athenaion Politeia zu streichen wären, denn diese seien „the Thirty's successors, who had probably committed no crime serious enough to justify their exclusion from the amnesty“.[111] So sei auch das Fehlen der Zehn als Kollegium, das auf einen Ausgleich mit den Demokraten hatte hinwirken wollen,[112] bei dem demokratie-kritischen Xenophon zu erklären.[113] Diese Sichtweise ist jedoch

---

[105] Zu denken wäre ferner an die von den Teilamnestien 405 v.Chr. und 404 v.Chr. nach dem Peloponnesischen Krieg nicht erfassten Sachverhalte, vgl. Loening (1987) 41.

[106] Ath. pol. 52,1, vgl. dazu Loening (1987) 41.

[107] Vgl. Ath. pol. 35,1.

[108] Vgl. Loening (1987) 42.

[109] Zu dieser Gegenüberstellung vgl. Rhodes, Ath. pol. 39,5 ad locum.

[110] So Cloché (1915) 274.

[111] MacDowell, And. 1,90 ad locum.

[112] Vgl. dazu Kühn (1967) 35, der die Zehn insgesamt positiver bewertet.

[113] Vgl. dazu Loening (1987) 52–54.

nicht haltbar — vielmehr hatten die Zehn[114] ja den Krieg mit spartanischer Unterstützung fortführen wollen.[115]

Die Liste der Athenaion Politeia kann als komplett angesehen werden. Andokides hingegen war im Prozess nicht dazu genötigt, den Eid vollständig zu zitieren[116] — ähnlich Gesetzen, die in Gerichtsreden willkürlich verkürzt oder lückenhaft eingesetzt werden.[117]

(§ 11c) μηδὲ πρὸς τούτους, ἐὰν διδῶσιν εὐθύνας. εὐθύνας δὲ δοῦναι τοὺς μὲν ἐν Πειραιεῖ ἄρξαντας ἐν τοῖς ἐν Πειραιεῖ, τοὺς δ' ἐν τῷ ἄστει ἐν τοῖς τὰ τιμήματα παρεχομένοις. — *nicht aber gegenüber diesen, wenn sie Rechenschaft ablegen. Rechenschaft ablegen sollen die, die im Piräus amtiert haben, gegenüber Leuten aus dem Piräus, die, die in der Stadt amtiert haben, denen gegenüber, die in der Stadt versteuerbaren Besitz haben.*

Als Ausnahme von der Ausnahme wird nun noch normiert, dass sich die Mitglieder des betroffenen Personenkreises einer Euthyne, einem Rechenschaftsverfahren, unterziehen können. Überliefert ist der Fall des Rhinon,[118] der als einer der Zehn einen Rechenschaftsprozess mit Erfolg absolviert hatte und hernach sogar zum Strategen gewählt wurde.[119] Allein dadurch ist aber auch ein Argument für die Authentizität des „Ausnahmenkataloges" der Athenaion Politeia gewonnen. Somit war es jedem der Betroffenen freigestellt, entweder nach Eleusis zu gehen oder in Athen zu bleiben, wo sich die drohende Anklage mit einem Rechenschaftsprozess abwenden ließ.[120]

Vieldiskutiert ist der Text hinsichtlich der Frage, ob „die Zehn aus dem Piräus" vor den dortigen Bürgern Rechenschaft ablegen mussten, die anderen aber vor allen athenischen. Chambers[121] und Rhodes[122] heißen eine solche Annahme aus Gründen der Symmetrie gut, obwohl der Text dies

---

[114] Ein Problem stellen die zweiten Zehn dar, über die die Athenaion Politeia (38,3) berichtet. Kühn (1967) 39 geht davon aus, dass für diese die Rechenschaft „kein großes Problem" dargestellt haben könne.

[115] Vgl. dazu Ath. pol. 41,2; Diod. 14,33,5–6; Lys. 12,58–60.

[116] So ist auch vorstellbar, dass Andokides den Zehn in der Stadt weniger Bedeutung beigemessen habe als andere Quellen noch vier Jahre zuvor.

[117] Vgl. dazu allgemein Bleicken (1986) 263–264.

[118] Auch andere Mitglieder der Zehn, Pheidon und Eratosthenes, die nicht nach Eleusis gegangen waren, könnten sich einem Rechenschaftsverfahren unterzogen haben, vgl. dazu Stahl (1891) 277 in Bezugnahme auf Lys. 12,54.

[119] Ath. pol. 38,3–4; Aristot fr. 611 Rose^2; Isokr. or. 18,68; vgl. dazu auch Meiggs – Lewis (1989) 77,26 und IG II^2 1371,10.

[120] Vgl. dazu Nippel (1997) 111.

[121] Chambers, Ath. pol. 39,6 ad locum.

[122] Vgl. Rhodes, Ath. pol. 39,6 ad locum.

nicht eindeutig erkennen lässt.[123] Deswegen hatte bereits Kenyon[124] Verbesserungen vorgenommen:[125] Der Schreiber habe sich einer Haplographie schuldig gemacht, einmal ἐν τῷ ἄστει vergessen. Durch die Konjektur ergibt sich folgender Text: τοὺς δ' ἐν τῷ ἄστει ἐν τοῖς (ἐν τῷ ἄστει) τὰ τιμήματα παρεχομένοις. Damit wäre die parallele Lagerung der Instanzen und des gesamten Sachverhaltes gegeben.[126]

Auch über die Bedeutung der Wendung τὰ τιμήματα παρεχομένοι herrschte Uneinigkeit: Reinach hat in den τιμήματα Sicherheitsleistungen sehen wollen, die die Richter hätten geben müssen.[127] Wilamowitz[128] hat die Wendung in Analogie zu dem — viermal belegten[129] — τὰ ὅπλα παρεχομένοι verstanden und kommt zu der Lösung, dass sich die Gerichtshöfe dann aus den drei Vermögensklassen rekrutiert hätten. Dem stimmt Rhodes bei und begründet dies damit, dass durch die dann gegebene oligarchische Mehrheit der Richter einseitige Urteile hätten vermieden werden sollen.[130] Loening[131] vermutet hinter den τὰ τιμήματα παρεχομένοι nicht Steuerklassen, sondern „*die Berechtigung, ein Strafausmaß festzusetzen*". In meiner Übersetzung bin ich aber Wilamowitz, Rhodes und Chambers gefolgt.

Schließlich wird noch einmal eine „Ausreiseerlaubnis" normiert, die Rhodes[132] und Loening auf die von der Amnestie ausgenommenen Gruppen bezieht:[133]

(§ 12) εἶθ' οὕτως ἐξοικεῖν τοὺς ἐθέλοντας — *Hierauf sollen die, die wollen, auswandern.*

---

[123] So etwa auch die Konjekturen in der Ausgabe von Kaibel, Ath. pol. 39,6 ad locum.

[124] Kenyon, Ath. pol. 39,6 ad locum.

[125] Zu anderen Konjekturen wie ἐν τοῖς τὰ (αὐτὰ) τιμήματα bzw. τοῖς (ἐν τῷ ἄστει) τὰ τιμήματα vgl. Rhodes, Ath. pol. 39,6 ad locum. Oppermann und Lozza (beide Ath. pol. 39,6 ad locum) behalten den überlieferten Text ohne Eingriffe bei.

[126] So auch Loening (1987) 47–48.

[127] Reinach, Ath. pol. 39,6 ad locum; dagegen Loening (1987) 48–49.

[128] v. Wilamowitz-Moellendorff (1893) II 217–218.

[129] Zweimal in Ath. pol. 4,2 im Zusammenhang mit dem drakonischen Strafrecht; je einmal in Thuk. 8,97 (im Zusammenhang mit dem Vermögen der 5000 411 v.Chr.) und in IG I^3 21,11 (in unklarem Kontext).

[130] Rhodes, Ath. pol. 39,6 ad locum.

[131] Loening (1987) 49.

[132] Rhodes, Ath. pol. 39,6 ad locum.

[133] Loening (1987) 50.

(§ 13) τὰ δὲ χρήματα ἃ ἐδανείσαντο εἰς τὸν πόλεμον ἑκατέρους ἀποδοῦναι χωρίς. — *Das Geld, das sie als Darlehen für den Krieg aufgenommen haben, sollen beide Seiten getrennt voneinander zurückerstatten.*

Eine letzte Bestimmung — die Klausel wird im Folgekapitel der Athenaion Politeia[134] noch einmal wiederholt — regelt die Rückzahlung von zur Kriegführung aufgenommenen Krediten,[135] durch jede Partei getrennt voneinander.

Problematisch erscheint dabei, dass eine dritte Gruppe, nämlich die Oligarchen, die in Athen verblieben, von der Bestimmung nicht erfasst werden:[136] Zwar ist es denkbar, dass die Parteien mit den Gemeinden Athen (für die Schulden der demokratischen Partei) und Eleusis (für die der oligarchischen) gleichgesetzt waren. Rein faktisch ist dieses Problem aber von untergeordneter Bedeutung, ist doch belegt, dass den größten Teil des Darlehens von 100 Talenten, das die Oligarchen den Spartanern schuldeten,[137] die Demokraten zahlten und somit, wie es Lehmann[138] und Nippel[139] treffend formulieren, „den Krieg gegen sich selbst mitfinanziert haben“.[140]

Soweit der Wortlaut der Vereinbarung, den die Athenaion Politeia überliefert.

5. Lysias, Gegen Hippotherses (P.Oxy. XIII 1606)[141]

Doch dies ist mit Sicherheit nicht alles gewesen, was der Vertrag enthalten hatte: So gibt eine fragmentarisch erhaltene Rede des Lysias Aufschluss über aus dem Vertrag resultierende privatrechtliche Konsequenzen, nämlich zur Frage der Rückstellung von Vermögen, das unter den Oligarchen eingezogen worden war.[142]

---

[134] Ath. pol. 40,3.

[135] Zu Schulden des Thrasyboulos, Mitglied der Dreißig: Ath. pol. 40,3; Demosth. or. 20,11. Zu Schulden der 10: Ath. pol. 38,1. Zu Schulden: Lys. 30,22; Demosth. or. 20,149. Zu dieser Formulierung vgl. auch Xen. Hell. 2,4,28.

[136] Loening (1987) 50.

[137] Xen. Hell. 2,4,28–29; vgl. weiters dazu Lys. 12,59; Ath. pol 40,3; Demosth. or. 20,11; Isokr. or. 7,68.

[138] Lehmann (1995) 225.

[139] Nippel (1997) 110.

[140] Loening (1987) 88 streicht heraus, dass Sparta seine Forderungen erst geltend machte, als es nur mehr Athen gab und keinen eleusinischen Separatstaat, also nach 401 v.Chr., vgl. dazu Lys. 30,22 und Demosth. or. 20,11–12.

[141] Vgl. dazu die Erstpublikation in: Grenfell – Hunt (1919) 48–74; weiters siehe Medda, Lys. fr. 1

[142] Fernab der normativen Vorgaben bleibt das Beweisproblem bestehen — „… but it might not always be clear how or when an oligarch had acquired what he had

Unter den Betroffenen befindet sich auch Lysias selbst,[143] der als ehemaliger Eigentümer einer Schildmanufaktur[144] herbe Verluste durch oligarchische Konfiskationen hatte erleiden müssen.[145]

Sein Bruder Polemarchos war von den Oligarchen getötet und enteignet worden. Lysias hatte Athen verlassen und kam nun nach Athen zurück. Einer der Käufer des Familienvermögens, Hippotherses, stand Lysias nun im Rückstellungsprozess gegenüber. Die Rede gibt durch Bezugnahmen auf die συνθῆκαι einen Einblick in die darin getroffenen Rückstellungsnormen:[146]

> fr. 4 (38–46): (…) κελευουσῶν τῶν συνθηκῶν τὰ μὲν πεπραμένα τοὺς ἐωνημένους ἔχειν, τὰ δὲ ἄ[π]ρατα τοὺς κατελθόντας [κ]ομίζεσθαι, οὗτος, οὔτε γῆν [οὔ]τ' οἰκίαν κεκτημένος, [ἃ] καὶ αἱ συνθῆκαι τοῖς κα[τε]λθοῦσιν ἀπεδίδοσαν (…)
>
> fr. 6 (85–93): (…) μετὰ τα[ῦτα] τοί[νυ]ν, ὦ ἄνδρες δικασταί, τ[ὸ ἥμ]ισυ τῆς τιμῆς ἠξί[ου π]αρὰ Λυσίου λαβεῖν, λέ[γων] τὰς ἑαυτοῦ συμφο[ρ]άς, ὥσπερ τούτου θησαυ[ρ]ὸν [ἐ]πὶ τῶν τριάκοντα [ε]ὑρηκότος ἀλλ' οὐκ ἀπολω[λε]κότος τὰ ὄντα (…)
>
> (38–48): (...) *da die Verträge nun befehlen, dass das, was verkauft worden ist, die Käufer haben sollen, das hingegen, was nicht verkauft worden ist, aber die, die zurückgekehrt sind, nehmen sollen, dieser (i.e. Lysias) aber, der weder ein Land noch Haus erworben hat, was die Verträge denen, die zurückgekehrt sind, zurückstellen* (...)
>
> (76–84): (...) *danach nun, o Richter, hielt er es für richtig, die Hälfte des Wertes von Lysias zu nehmen, indem er sein Schicksal ins Treffen führt, gleichsam als hätte dieser (i.e. Lysias) einen Schatz unter den Dreißig gefunden und nicht seine Habe verloren.* (...)

---

acquired...", vgl. (Rhodes, Ath. pol. 39,1 ad locum). Kühn (1967) 41.61 geht hingegen davon aus, dass der Vertrag überhaupt keine diesbezüglichen Regelungen enthalten habe, da er unter dem Druck Spartas erstellt worden sei und die Oligarchen nicht benachteiligt werden sollen.

[143] Siehe dazu weiter unten Thrasyboulos' Antrag auf die Bürgerrechtsverleihung an den Metöken Lysias und den Gegenantrag des Archinos wegen Paranomie in Ath. pol. 40,1; allgemein dazu Haßkamp (2005) 63ff.

[144] Lys. 12,19; Plut. Lys. 835f. 163–171.

[145] Lys. 12,19 nennt unter anderem: 700 Schilde, 120 Sklaven, Möbel, Gewand, Gold und 3 Häuser.

[146] Lys fr. 1 (P.Oxy. XIII 1606, fr. 4 und 6).

Das heißt *en detail*: *Res mobiles* waren nur dann zurückzustellen, wenn sie von dem Enteigner (also dem Staat — konkret: den Dreißig) noch nicht verkauft worden waren. War dies bereits geschehen, so verblieb das bewegliche Vermögen beim Käufer. Ließ sich der Erwerber des Vermögens darauf ein, so war immerhin die Möglichkeit eines Rückkaufs an den Enteigneten gegeben, und zwar zu dem Preis, den der Erwerber seinerseits den Dreißig gezahlt hatte[147] — bereichern sollte er sich dadurch nicht können.[148] Im Vordergrund steht hier der Schutz der Käuferinteressen: Selbst der Erwerb vom Nichtberechtigten führt — anders als sonst im griechischen Recht *inter privatos*[149] oder im römischen Recht — zum Eigentumserwerb des Käufers.[150] Dies lässt sich beim Erwerb im Rahmen einer staatlichen Versteigerung damit begründen, dass sich der Käufer einem übermächtigen Vertragspartner wie der Polis gegenüber sah und darauf vertrauen durfte, dass eine nachträgliche Eviktion ausgeschlossen war.[151]

Res immobiles waren immer zurückzustellen. Unklar ist, ob, und wenn ja, welchen Preis der Erwerber dafür verlangen konnte.[152] In dem vorliegenden Rechtsstreit des Lysias gegen Hippotherses ist von der Hälfte des Wertes die Rede.[153]

Für den Amnestievertrag ist wichtig, dass auf die συνθῆκαι als Rechtsgrundlage rekurriert wird,[154] was die Urkunde der Athenaion Politeia zumindest inhaltlich ergänzt.

Isokrates berichtet, dass Anytos und Thrasyboulos auf ihre Rückstellungsansprüche verzichtet hatten,[155] wohl auch um die innenpolitische Lage

---

[147] Dies ist auch die Interpretation von Medda, Lys. fr. 1,38–42 ad locum und ebendort 195–197. Zu vergleichbaren Regelungen hinsichtlich des Rückkaufs konfiszierter Fahrnis vgl. IG I^3 118,18–23 (407 v.Chr., Selymbria) und Xen. Hell. 5,2,10 (385 v.Chr., Phlious), vgl. Medda, Lys. fr. 1,38–42 ad locum.

[148] Loening (1987) 51; Carawan (2002) 6–7.

[149] Vgl. etwa Simonetos (1939) 176 und Herrmann (1976).

[150] Kränzlein (1963) 117–118.

[151] Kränzlein (1963) 117–118.

[152] Vgl. dazu Loening (1987) 52 Anm. 91.

[153] Es bleibt aber unklar, ob Lysias und seine Familie als Metöken vom Grundeigentum in Athen ausgeschlossen waren (dagegen sprächen — vielleicht unter Voraussetzung einer ἔγκτησις — die Belege in Lys. 12,18 und Plat. Pol. 328B). In diese Richtung wäre ja auch der Text aus fr. 1,77 zu verstehen; vgl. dazu ausführlich Medda (2003) 196.

[154] Die Herausgeber des Papyrus erwägen, dass die Auslegung der Rückstellungsbestimmungen im Vertrag Thema der Rede gewesen sein könnte, vgl. Grenfell – Hunt (1919) 50; ebenso Medda (2003) 195–197.

[155] Isokr. or. 18,23.

weiter zu entschärfen. Als Rückstellungsbehörde ist schließlich das Amt der sogenannten σύνδικοι überliefert.[156]

6. Konsequenzen der Amnestie

Prozesse wie der des Lysias um das Vermögen seines Bruders belegen die praktischen Konsequenzen der Amnestie. Doch zwischen dem Prozess, den der Einzelne führte, und dem Amnestieabkommen, das die beiden Bürgerkriegsparteien durch ihre Deputierten hatten aushandeln lassen, gibt es einen *missing link*, der den Vertrag für den einzelnen verbindlich machte, wie, der Vergleich sei erlaubt, die Transformation von völkerrechtlichen Verträgen in innerstaatliches Recht nach dem österreichischen Bundesverfassungsgesetz.[157] Von der „Umformung“ des gesamten Vertrages in einen Volksbeschluss oder in ein Gesetz schweigen die Quellen[158] — ausgenommen ist die nicht fundierte Nachricht bei Plutarch von dem ψήφισμα τὸ τῆς ἀμνηστίας ἐπὶ τοῖς τριάκοντα.[159] Aber vielleicht ist dieser Ansatz zu modernistisch: Ziel des Vertrages war es, Frieden herzustellen[160] und die Bedingungen für ein Zusammenleben der Parteien zu schaffen. Diese beruht in erster Linie auf der Errichtung eines oligarchischen Sonderstaates in Eleusis,[161] und es ist durchaus denkbar, dass Sparta hier eine Schiedsrichterrolle und Schutzfunktion für die Einhaltung des Vertrages übernommen hatte. Den Quellen lassen sich in jedem Fall einige der Rechtsakte entnehmen, die das μὴ μνησικακεῖν des Friedensabkommens umsetzen sollten.[162]

---

[156] Harpokr. s.v. Σύνδικοι· Ἰσαῖος ἐν τῷ κατ' Ἐλπαγόρου καὶ Δημοφάνους φησὶν οἳ μετὰ τὰ ἐκ Πειραιῶς, ὡς ἐγὼ ἀκούω, σύνδικοι ἦσαν, πρὸς οὓς τὰ δημευόμενα ἀπεφέρετο. καὶ Λυσίας ἐν τῷ κατὰ Δεξίππου, εἰ γνήσιος, καὶ ποῦ ἑτέρωθι ἀνδρεῖός ἐστιν οὗτος; πρὸς τοῖς θεσμοθέταις γραφὰς γραφόμενος, πρὸς τοῖς συνδίκοις ἀπογραφὰς ἀπογράφων. μήποτ' οὖν ἀρχή τις ἦν καθεσταμένη μετὰ τὴν ἐκ Πειραιῶς κάθοδον; vgl. dazu auch Kühn (1967) 60.

[157] Art. 9/1 BVG.

[158] Stahl (1891) 277 verweist darauf, dass ein Volksbeschluss erst dann möglich gewesen wäre, nachdem die Institutionen der Demokratie wieder eingerichtet worden waren. Das trifft erst aber auf das Archontat des Eukleides zu; vgl. dazu auch Loening (1987) 27.

[159] Plut. mor. 814B.

[160] So Xen. Hell. 2,4,38.

[161] Vgl. dazu auch Chambers, Ath. pol. 39,1 ad locum.

[162] Vgl. dazu Calhoun (1918) 181–182.

6.1. Die eidliche Bindung der Organe an den Amnestievertrag

Andokides überliefert den Eid der Bouleuten und Heliasten, unter Einhaltung des Vertrages tätig zu werden, wie folgt:[163]

> (91) Ἡ δὲ βουλὴ αὖ ἡ ἀεὶ βουλεύουσα τί ὄμνυσι; «καὶ οὐ δέξομαι ἔνδειξιν οὐδὲ ἀπαγωγὴν ἕνεκα τῶν πρότερον γεγενημένων, πλὴν τῶν φυγόντων». Ὑμεῖς δ' αὖ, ὦ Ἀθηναῖοι, τί ὀμόσαντες δικάζετε; «καὶ οὐ μνησικακήσω, οὐδὲ ἄλλῳ πείσομαι, ψηφιοῦμαι δὲ κατὰ τοὺς κειμένους νόμους».
>
> (91) *Was aber schwört die Bule, immer bei ihrer Amtsführung? „Ich werde keine Anzeige entgegennehmen und keine Verhaftung wegen dessen, was früher geschehen ist, außer gegen die (aus Athen) Geflohenen." Ihr aber wiederum, o Athener, was schwört ihr, wenn ihr als Richter tätig sein wollt? „Und ich werde mich nicht an die Übel erinnern, noch werde ich mich von einem anderen dazu überzeugen lassen, sondern ich werde meine Stimme abgeben gemäß den geltenden Gesetzen."*

Dies ist eine allgemeine Konsequenz der Amnestie, und in Prozessen konnten sich Einzelne nun darauf verlassen, dass die von dem Amnestievertrag geschaffene Rechtslage Basis richterlicher Entscheidungsfindung war.[164]

6.2. Die Rolle des Archinos

Eine wesentliche Rolle in dem Prozess der Umsetzung der Amnestiebestimmungen spielte Archinos. Er trat dabei vierfach in Erscheinung: So berichtet die Athenaion Politeia davon, dass er die Frist zur Auswanderung nach Eleusis verkürzte und auf diese Weise einen Massenexodus stoppen konnte.[165] Wie dies rechtlich möglich war — verstieß er damit doch gegen die im Vertrag garantierten Fristen — ist unklar.[166]

Weiters brachte er gegen einen Antrag des Thrasyboulos (τὸ ψήφισμα τὸ Θρασυβούλου), der seine Mitkämpfer (Metöken und Sklaven) nun zu

---

[163] And. 1,91 (Anspielungen darauf auch in Isokr. or. 18,33–34, vgl. Kühn [1967] 67); vgl. dazu Loening (1987) 27.

[164] Vgl. dazu Kühn (1967) 48.

[165] Ath. pol. 40,2.

[166] Vgl. Chambers, Ath. pol. 40,1 ad locum. Die Verkürzung könnte aber auch mit dem Hineinragen der Frist in die Großen Mysterien in Verbindung stehen, vgl. dazu Loening (1987) 68–69.

athenischen Bürgern machen wollte, eine γραφὴ παρανόμων[167] ein, um die Demokraten nicht zusätzlich zu stärken, und war erfolgreich.[168]

Drittens erwirkte er für einen Demokraten, der entgegen der Amnestievereinbarung[169] Klage führen wollte, die Todesstrafe,[170] um ein Exempel zu statuieren[171] — „ein Verfahren von höchst zweifelhafter Legalität, aber hoher Effektivität im Sinne der demonstrativen Sicherung der Amnestie".[172]

Auf ein Gesetz des Archinos geht schließlich auch die sogenannte Paragraphe zurück.

6.3. Die Paragraphe[173]

Erstmals wird dieses Prozessmittel in der Rede des Isokrates[174] gegen Kallimachos[175] erwähnt. Zweck der nun technisch zu verstehenden „Gegenklage"[176] war es, entgegen der Amnestie erhobene Klagen im Keime zu

---

167 Worauf die Verfassungswidrigkeit des Antrages des Thrasyboulos beruht haben mag, verschweigen sowohl die Athenaion Politeia 40,1 als auch Aischin. Ctes. 195. Beide Quellen loben nur die Vorgehensweise des Archinos. Die Scholien zu Aischin. Ctes. 195 jedoch und Plut. mor. 835F berichten in diesem Zusammenhang vor allem davon, dass Thrasyboulos dafür votiert habe, Lysias das Bürgerrecht zu verleihen. Dieser hätte den Demokraten 500 Schilde (laut Plutarch nur 200) und Geld gegeben, ebenso 300 Söldner aus Aigina angemietet. Archinos protestierte nun dagegen, dass der Antrag ohne Probouleuma getätigt worden sei (was zur Paranomie-Klage berechtigte). Zu der Debatte um Thrasyboulos' Antrag vgl. ausführlich Chambers, Ath. pol. 40,1 ad locum.

168 Ath. pol. 40,2.

169 So Kühn (1967) 46.

170 Ath. pol. 40,2.

171 Ath. pol. 40,2. Der Einzelfall der Hinrichtung des Demokraten fehlt bei Isokr. or. 18, umgekehrt erwähnt die Athenaion Politeia die Paragraphe nicht — zu der Debatte vgl. Kühn (1967) 46–47.

172 So Nippel (1997) 114; Loening (1987) 57–58; vgl. weiters Chambers, Ath. pol. 40,2 ad locum. Hansen (1976) 127 interpretiert die Stelle anders: Das Verfahren hätte aufgrund des Terminus ἄκριτος auch „ohne Verhandlung, aber im Einklang mit den Gesetzen" durchgeführt worden sein könnte.

173 Allgemein zur Paragraphe vgl. Calhoun (1918); Wolff (1966); Harrison (1968–71) 101–124; Kühn (1967) 47–48; Thür (2000a); Carawan (2002) 10–12; weiters Schuster (2005) 154 Anm. 697 und die dort zitierte Literatur.

174 Isokr. or. 18,2–3.

175 Kallimachos als einer der Zehn, deren Vermögen nach dem Sturz der Oligarchie von den Demokraten konfisziert worden war, klagt dies ein und wird von dem Redner mit einer Paragraphe belangt, vgl. Wolff (1966) 20 und ausführlich Kühn (1967) 47–48.

176 Vgl. dazu Wolff (1966) 20.

ersticken.[177] Der so Beklagte konnte dann nämlich eine παραγραφή einbringen,[178] was zu einem Vorverfahren führte, in dem überprüft wurde, ob die Klage gegen die Regeln der Amnestie verstieß.

War der Paragraphe-Prozess für den ursprünglich Beklagten erfolgreich, so musste der Prozessgegner ein Sechstel des Streitwertes erlegen (Epobelie),[179] und der Prozess wurde niedergeschlagen. Folglich schuf „…das Gesetz des Archinos (…) den Mechanismus zur Durchsetzung dieses Versprechens gegenseitiger Vergebung."[180] Hier wird die Amnestie prozessual wirkungsvoll durchgesetzt:[181] „Das Gesetz des Archinos gehört in den Kreis jener Ausführungsbestimmungen der Amnestie, welche ein lückenloses Funktionieren der Aussöhnungsbestimmungen garantieren sollten".

6.4. Ein Rückstellungsgesetz?

Wie ersichtlich wurde, ist die Quellenlage zur Rückstellung äußert lückenhaft. Es könnte dennoch vorsichtig über ein eigenes Rückstellungsgesetz nachgedacht werden. So heißt es bei Isokrates hinsichtlich der Paragraphe:[182] Ἀποδείξω δὲ Καλλίμαχον οὐ μόνον παρὰ τὰς συνθήκας δικαζόμενον, ... — *ich werde aufzeigen, dass Kallimachos nicht nur entgegen den Verträgen Klage erhebt,* ... Der Redner bezieht sich hier jedoch nicht auf den Vertrag, sondern auf das diesen umsetzende Gesetz des Archinos.[183]

Und hier scheint eine Analogie zu einer Formulierung bei Lysias möglich: Wenn dieser in der Rede gegen Hippotherses damit argumentiert, dass *die Verträge etwas anordnen* (κελευουσῶν τῶν συνθηκῶν),[184] dann könnte auch er nicht auf den Vertrag selbst, sondern auf ein diesen umsetzendes

---

[177] Der in diesem Vorverfahren Beklagte war nun die eingebrachte Klage selbst, die gegen die Amnestiebestimmung bzw. das Gesetz des Archinos verstoßen hatte, vgl. dazu Kühn (1967) 48.

[178] Isokr. or. 18,2.

[179] Nippel (1997) 114.

[180] Wolff (1966) 87; vgl. auch Wolff (1966) 87.88 Anm. 3 (mit Verweis auf Calhoun [1918]), der meint, dass dieses Instrument schon älter und in anderem Zusammenhang eingeführt worden sei, aber im attischen Prozess erstmals bei Isokrates greifbar würde — weshalb der Redner es auch mehrfach betone, sich eines neuen Instrumentes zu bedienen (Isokr. or. 18,1.2–3 etc.)

[181] Kühn (1967) 48.

[182] Isokr. or. 18,2.

[183] Kühn (1967) 59.

[184] Lys. fr. 1,38.

Rückstellungsgesetz[185] verweisen, welches die Vertragsbestimmung zu dem einzelnen Bürger Athens transportiert hatte.

Allerdings ist auch die Formulierung τοῦ νόμου κελεύοντος (*da das Gesetz anordnet*) bei Lysias mehrfach belegt,[186] was stets die Effektivität einer Rechtsnorm indiziert[187] — ein Argument, dass in beide Richtungen ausgelegt werden könnte: So wäre auch in der Rede gegen Hippotherses eher die Erwähnung eines νόμος zu erwarten, wenn Lysias auf ein Gesetz rekurriert und nicht bloß auf die Verträge. Umgekehrt ist damit immerhin gesagt, dass Lysias die Verbindlichkeit einer Rechtsnorm mit κελεύειν umschrieben hat — zu hohe Ansprüche an die juristische Akribie hinsichtlich der Rechtsgrundlage seiner Argumentation darf man hier nicht stellen. Da ja nicht einmal die Rückstellungsklausel selbst für den Vertrag als gesichert angenommen werden darf,[188] bewegt man sich schon alleine aufgrund der Quellenlage hinsichtlich eines eigenen Rückstellungsgesetzes gänzlich im Bereich der Hypothese. Alleine aus Gründen der Logik und Analogie scheint es jedoch geboten, die Existenz eines separaten Rückstellungsgesetzes zu postulieren.

6.5. Rechtsüberleitung

Ein weiteres Gesetz wird bei Andokides und Demosthenes tradiert. Demnach sollen alle Urteile und schiedsrichterlichen Akte,[189] die vor dem Umsturz getätigt wurden, weiterhin in Geltung bleiben:[190]

> Τὰς δὲ δίκας καὶ τὰς διαίτας κυρίας εἶναι, ὁπόσαι ἐν δημοκρατουμένῃ τῇ πόλει ἐγένοντο.

Bei Demosthenes wird noch ein weiterer Absatz[191] genannt, der sich auf die Amnestie bezieht[192]:

---

[185] Vgl. allerdings (Demosth.) or. 17,30, wo κελεύειν in Verbindung mit συνθῆκαι gebraucht wird.

[186] Lys. 14,8; fr. 91 T; 1,27.31; 14,5; 22,5–6.

[187] Vgl. Medda, Lys. fr. 1,38–43 ad locum.

[188] So ist Lys. fr. 1,38–43 der einzige Beleg für die Rückstellungsbestimmung im Vertrag, vgl. Medda, Lys. fr. 1,194.

[189] Da die öffentlichen Schiedsrichter (Diaiteten) im Rahmen des Vorverfahrens erstmals nach 403 v.Chr. eingeführt worden waren (Ath. pol. 53,4–6; vgl. dazu MacDowell, And. 1,87–88 ad locum und Thür [2000b] 37–38), muss sich diese Bestimmung auf private Schiedsgerichte beziehen.

[190] And. 1,87–88.

[191] Andokides hat diesen wohl beiseite gelassen, weil er nicht wichtig genug erschien, vgl. dazu MacDowell, And. 1,87–88 ad locum.

[192] Demosth. or. 24,56.

Τὰς δίκας καὶ τὰς διαίτας, ὅσαι ἐγένοντο ἐπὶ τοῖς νόμοις ἐν δημοκρατουμένῃ τῇ πόλει, κυρίας εἶναι. (...) Ὁπόσα δ' ἐπὶ τῶν τριάκοντα ἐπράχθη ἢ δίκη ἐδικάσθη, ἢ ἰδίᾳ ἢ δημοσίᾳ, ἄκυρα εἶναι.

Die Urteile und Schiedssprüche, die gefällt wurden nach den Gesetzen der demokratisch verfolgten Stadt, sollen gültig bleiben. (...) Was aber unter der Herrschaft der Dreißig erledigt worden ist oder Recht gesprochen wurde, öffentlich oder privat, das soll ungültig sein.

Urteile und Schiedssprüche aus der Zeit vor den Dreißig sollen gültig, aus der Zeit der Dreißig hingegen ungültig sein[193].

Unmittelbares Ausführungsgesetz der Amnestie ist weiter die bei Andokides an gleicher Stelle[194] tradierte Bestimmung, dass kein Gesetzesverstoß, der sich vor dem Archontat des Eukleides ereignet hatte, geahndet werden konnte[195]: Τοῖς δὲ νόμοις χρῆσθαι ἀπ' Εὐκλείδου ἄρχοντος — „... this is the law carrying out the μὴ μνησικακεῖν ἀλλήλοις τῶν γεγονότων“[196].

6.6. Umgehungsversuche der Amnestiebestimmungen

Die Amnestie war also materiell- wie formalrechtlich umgesetzt worden. Dies bedeutet, umgelegt auf die eingangs gebrachte Definition antiker Amnestien, folgendes:

---

[193] Vgl. Kühn (1967) 61, der von der Absetzung aller Hoheitsakte aus der Zeit der Dreißig spricht.

[194] And. 1,91.

[195] And. 1,89. Sonst müsste es τοῖς δὲ νόμοις χρῆσθαι τοῖς ἀπ' Εὐκλείδου ἄρχοντος heißen — vgl. dazu MacDowell, And. 1,87–88 ad locum; ebenso schon Stahl (1891) 282–283. Calhoun (1918) 181–182 bezieht dies — auch in Zusammenhang mit der Vermögensrestitution — nur auf öffentliche Delikte: „The impossibility of extending this ruling to private suits was manifest; it would at once have rendered all titles to property null and void and would have provoked an endless chaos of litigation.“ Es ist nicht gemeint, dass kein Gesetz, das vor 403/2 v.Chr. in Kraft getreten ist, gültig sei, sondern eben nur Klagen aus der Zeit vor Eukleides ungültig, selbst wenn sie sich auf einen Verstoß gegen ein einstmals gültiges Gesetz stützen konnten. So können die Söhne des unter Meletos hingerichteten Leon gegen diesen, einen der Zehn, nicht vorgehen, weil das Verfahren vor dem Archontat des Eukleides begonnen worden war, vgl. dazu And. 1,94.

[196] MacDowell, And. 1,87–88 ad locum; vgl. dazu Loening (1987) 69–84. Ausführlich dazu und zur „Neukodifizierung“ der Gesetze siehe auch Carawan (2002) 19–23 und die dort zitierte Literatur.

1) *Gesetzmäßiger Verzicht* liegt vor, wie die referierten Gesetze beweisen.

2) *Anklage* entgegen dem Verbot war aufgrund des Heliasteneides schwer möglich, wenn doch, so bot die Paragraphe ein geeignetes Instrument, einen Prozess abzubrechen.

3) *Wiederaufnahme von Verfahren, Urteilsvollstreckung und Strafvollzug* waren durch die bei Demosthenes und Andokides tradierten Gesetze unmöglich, da allen Urteilen aus der Zeit der Dreißig Nichtigkeit zugesprochen wurde und die Gesetze unter dem Archontat des Eukleides als erneuert galten, also vorher gegen sie — rein formal — gar nicht verstoßen worden sein hätte können. Mord war davon freilich ausgenommen.

Andere Vergehen konnten nun nicht mehr angeklagt werden[197]. Die deswegen versuchten Umgehungen belaufen sich vor allem auf drei Strategien[198]:

(1) Eine extensive Interpretation des Tatbestandes Mord[199], (2) die Argumentation, dass die Amnestie sich nur auf Vergehen zwischen den Bürgerkriegsparteien beziehe, nicht aber auf solche innerhalb derselben, und schließlich (3) ein formaler Einspruch in einem Dokimasieverfahren, der sich auch auf die Tätigkeit unter den Dreißig stützen konnte[200].

Lückenlos wäre das System der Umsetzung einer Amnestie dann gewesen, wenn es noch eine Kassationsinstanz gegeben hätte, die der Amnestie zuwiderlaufende Urteile aufheben hätte können[201]. So aber war die Amnestie immerhin in den anderen Stadien eines Prozesses (durch die Eide der Beamten, Paragraphe und Niederschlagung von zur Zeit der Oligarchie anhängig gemachten Verfahren) verwirklicht worden.

Schlussbetrachtung

Mit der Amnestie von 403/2 v.Chr. liegt nicht nur ein Ereignis der athenischen Geschichte vor, das den Wendepunkt zum 4. Jh. v.Chr. markiert.

---

[197] Vgl. dazu Kühn (1967) 61 und die Liste bei Nippel (1997) 112–113: Sturz der Demokratie, Landesverrat; Unterschlagung öffentlicher Gelder (Isokr. or. 18,5); Begünstigung im Amt (Lys. 25,15); Mitwirkung an Verhaftungen unter den Dreißig (Lys. 25,12); böswillige Anklagen (Isokr. or. 18,20); Strafklagen wegen Beraubung (Lys. 31,18).

[198] Vgl. dazu Nippel (1997) 114–116.

[199] Lys. 10,27–31; 13 (Denunziation); 12 (Verhaftung = Mord durch Unterlassung)

[200] Lys. 16 (ein Mitglied der 3000 und Hippeis); 26,10 (Mitglied des Rates während der Dreißig); 25 (Mitglieder der 3000, Stadt unter den Dreißig nicht verlassen); 31 (Flucht nach Oropos, also neutrale Haltung).

[201] Vgl. Kühn (1967) 49.

Das nach der Herrschaft der Dreißig „verordnete Vergessen vergangener Verbrechen" ist das für die griechische Antike — auch hinsichtlich seiner Umsetzung — am besten dokumentierte. Dies mag auch daran liegen, dass die Quellen dafür nicht nur historische, sondern vor allem juristische wie Gerichtsreden und die Athenaion Politeia sind. Weiters übertüncht die so nachhaltig wirkende Amnestievereinbarung ihre Vorgängerinnen. Hinzu kommt, dass der Amnestie-Klausel als einer der wenigen Bestimmungen des Versöhnungs-Übereinkommens zwischen Oligarchen und Demokraten lang andauernde Wirkung beschieden war: Demgegenüber war der Sonderstaat in Eleusis, dessen Einrichtung und Organisation in Abgrenzung zu Athen die Athenaion Politeia das größte Augenmerk schenkt, nur von kurzem Bestand.

Die Amnestie von 403/2 v.Chr. wurde — auch wenn sie nicht mit der Einführung des technischen Begriffes der ἀμνηστία einhergeht — schon bald als *exemplum* verstanden[202]. Damit hat sie ein besonderes, beinahe paradoxes Schicksal: Selbst Grundlage dafür, „sich der Vergangenheit nicht zu erinnern", blieb sie als Paradigma des μὴ μνησικακεῖν im historischen Gedächtnis.

BIBLIOGRAPHIE

Textausgaben und Kommentare

Andokides
D. M. MacDowell, Andocides, On the Mysteries, Oxford 1962.

Ath. pol.
Aristoteles, Der Staat der Athener, übersetzt und erläutert von M. Chambers, Berlin 1990.
F. G. Kenyon, Aristotle, on the Constitution of Athens, Oxford ³1892.
Aristotele, La costituzione degli Ateniesi, a cura di Giuseppe Lozza, Mailand 1991.
Aristoteles, ΑΘΗΝΑΙΩΝ ΠΟΛΙΤΕΙΑ, edidit H. Oppermann, Stuttgart 1961.
T. Reinach, Aristote: La république athénienne, Paris 1891.
A Commentary on the Aristotelian Athenaion Politeia by P. J. Rhodes, Oxford 1981.

Lysias
Lysiae In Hippothersem, In Theomnestem et fragmenta ex incertis orationibus (Pap.Oxy XIII 1606), a cura di E. Medda, Firenze 2003.

[202] Vgl. dazu auch Sordi (1997b) 84–87.

Sekundärliteratur

Bearzot (1997): C. Bearzot, *Lisia e l'amnistia: l'orazione XXV e il suo sfondo politico*, in: Sordi (1997a) 59–78.

Bengtson (1975): H. Bengtson, *Die Staatsverträge des Altertums II: Die Verträge der griechisch-römischen Welt von 700-338 v.Chr.*, München [2]1975.

Bleicken (1986): J. Bleicken, *Die athenische Demokratie*, Paderborn [4]1986.

Calhoun (1918): G. M. Calhoun, *Διαρμαρτυρία, παραγραφή, and the Law of Archinus*, CPh 13 (1918) 169–185.

Carawan (2002): E. Carawan, *The Athenian Amnesty and the Scrutinity of the Laws*, JHS 122 (2002) 1–23.

Cloché (1915): P. Cloché, *La restauration democratique à Athènes en 403 avant J.-C.*, Paris 1915.

Dreher (1995): M. Dreher, *Hegemon und Symmachoi.Untersuchungen zum zweiten Athenischen Seebund* (Untersuchungen zur antiken Literatur und Geschichte 46), Berlin – New York 1995.

Grenfell – Hunt (1919): B. Y. Grenfell – A. S. Hunt, *The Oxyrhynchus papyri, Part XIII, edited with translation and notes*, London 1919.

Hansen (1976): M. Hansen, *Apagoge, Endeixis, and Ephegesis against Kakourgoi, Atimoi and Pheugontes*, Odense 1976.

Harrison (1968–71): A. R. W. Harrison, *The Law of Athens I–II*, Oxford 1968–1971.

Haßkamp (2005): D. Haßkamp, *Oligarchische Willkür — demokratische Ordnung. Zur Athenischen Verfassung im 4. Jh. v.Chr.*, Darmstadt 2005.

Herrmann (1976): J. Herrmann, *Zum Eigentumserwerb beim Mobiliarkauf nach griechischem Recht*, in: D. Medicus – H. H. Seiler (Hrsg.), Festschrift Max Kaser zum 70. Geburtstag, München 1976, 615–627.

Heuss (1967): A. Heuss, *Abschluß und Beurkundung des griechischen und römischen Staatsvertrages*, Darmstadt 1967.

Kränzlein (1963): A. Kränzlein, *Eigentum und Besitz im griechischen Recht*, Berlin 1963.

Kühn (1967): J. H. Kühn, *Die Amnestie von 403 v.Chr. im Reflex der 18. Isokrates-Rede*, WSt 80 (1967) 37–73.

Kußmaul (1969): P. Kußmaul, *Synthekai. Beiträge zur Geschichte des attischen Obligationenrechts*, Basel 1969.

Lehmann (1972): G. A. Lehmann, *Die revolutionäre Machtergreifung der „Dreißig" und die staatliche Teilung Attikas (404 – 401/0 v.Chr.)*, in: R. Stiehl (Hrsg.), *Antike Universalgeschichte*. Festschrift Hans Erich Stier zum 70. Geburtstag am 25. Mai 1972, Münster 1972, 201–233.

Lehmann (1995): G. A. Lehmann, *Überlegungen zu den oligarchischen Machtergreifungen im Athen des 4. Jahrhunderts v.Chr.*, in: W. Eder (Hrsg.), *Die athenische Demokratie im vierten Jahrhundert vor Christus. Vollendung oder Verfall einer Verfassungsform?*, Stuttgart 1995, 139–150.

Lehmann (1997): G. A. Lehmann, *Oligarchische Herrschaft im klassischen Athen. Zu den Krisen und Katastrophen der attischen Demokratie im 5. und 4. Jh.*, Nordrhein Westfälische Akademie der Wissenschaften, Vorträge G 346, Opladen 1997.

Loening (1987): T. C. Loening, *The reconciliation agreement of 403/402 B.C. in Athens. Its content and its application*, Wiesbaden 1987.

Lotze (1964): D. Lotze, *Lysander und der peloponnesische Krieg.* (Abhandlungen der sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, Phil.-hist. Kl. 57, Heft 1), Berlin 1964.

MacDowell (1963): D. M. MacDowell, *Athenian homicide law in the age of the Orators*, Manchester 1963.

Medda (2003): *Lysiae In Hippothersem, In Theomnestem et fragmenta ex incertis orationibus (Pap.Oxy XIII 1606)*, a cura di E. Medda, Firenze 2003.

Meiggs – Lewis (1989): R. Meiggs – D. Lewis, *A Selection of Greek Historical Inscriptions to the End of the Fifth Century B.C.*, Oxford 1989.

Mommsen (1899): Th. Mommsen, *Römisches Strafrecht*, Leipzig 1899.

Mossé (1997): C. Mossé, *L'amnistie de 403: une illusion politique*, in: Sordi (1997a) 53–58.

Murphy (1992): T. M. Murphy, *Lysias 25 and the Intractable Democratic Abuses*, AJPh 113 (1992) 543–558.

Nippel (1997): W. Nippel, *Bürgerkrieg und Amnestie: Athen 411 – 403*, in: G. Smith – A. Margalit (Hrsg.), *Amnestie und Politik der Erinnerung in der Demokratie*, Frankfurt am Main, 1997, 103–119.

Ober (2002): J. Ober, *Social Science History, Cultural History, and the Amnesty of 403*, TAPhA 132 (2002) 127–137.

Quillin (2002): J. M. Quillin, *Achieving Amnesty: The role of Events, Institutions, and Ideas*, TAPhA 132 (2002) 71–107.

Scheibelreiter (2005): P. Scheibelreiter, *Untersuchungen zur vertragsrechtlichen Struktur des Delisch-Attischen Seebundes*, Diss. Wien 2005.

Scheibelreiter (2007): P. Scheibelreiter, *„Nicht Erinnern" und „Übles vergessen": Zum Amnestiebegriff im klassischen Griechenland*, in: O. Brupbacher u. a. (Hrsg.), *Erinnern und Vergessen. Tagungsband des europäischen Forums junger Rechtshistorikerinnen und Rechtshistoriker* (Jahrbuch junge Rechtsgeschichte 2), München 2007, 365–384.

Schuster (2005): S. Schuster, *Das Seedarlehen in den Gerichtsreden des Demosthenes* (Freiburger Rechtsgeschichtliche Abhandlungen N.F. Band 49), Berlin 2005.

Siewert (1972): P. Siewert, *Der Eid von Plataiai*, München 1972.

Simonetos (1939): G. Simonetos, *Das Verhältnis von Kauf und Übereignung im altgriechischen Recht*, in: Festschrift Paul Koschaker, III., Weimar 1939, 172–198.

Smarczyk (1999): B. Smarczyk, *Einige Bemerkungen zur Datierung der Beiträge zu Spartas Kriegskasse in IG I 1*, Klio 81 (1999) 45–67.

Sordi (1997a): M. Sordi (Hrsg.), *Amnistia, perdono e vendetta nel mondo antico.* (Contributi dell'Istituto di storia antica 23), Milano 1997.

Sordi (1997b): M. Sordi, *La fortuna dell'amnistia del 403/2 a. C.*, in: Sordi (1997a) 79–90.

Stahl (1891): J. M. Stahl, *Über athenische Amnestiebeschlüsse*, RhM 46 (1891) 251–286.

Thür (1996): G. Thür, *Amnestie*, DNP 1 (1996) 602–603.

Thür (2000a): G. Thür, *Paragraphé*, DNP 9 (2000) 315.

Thür (2000b): G. Thür, *Das Gerichtswesen Athens im 4. Jahrhundert v.Chr.*, in: L. Burckhardt – J. v. Ungern-Sternberg (Hrsg.), *Große Prozesse im antiken Athen*, München 2000, 30–49.

Tieman (2002): W. Tieman, *“Cause“ in History and the Amnesty of Athens: An Introduction*, TAPhA 132 (2002) 63–69.

Walbank (1982): M. Walbank, *The Confiscation and Sale by the Poletai in 402/1 B.C. of the Property of the Thirty*, Hesperia 51 (1982) 74–98.

Wilamowitz-Moellendorff (1893): U. v. Wilamowitz-Moellendorff, *Aristoteles und Athen I–II*, Berlin 1893.

Wolpert (2002): A. Wolpert, *Lysias 18 and Athenian memory of Civil War*, TAPhA 132 (2002) 109–126.

Wolff (1966): H. J. Wolff, *Die attische Paragraphe*, Weimar 1966.

LENE RUBINSTEIN (LONDON)

FORGIVE AND FORGET? AMNESTY IN THE HELLENISTIC PERIOD*

Several inscriptions dating from the period after the death of Alexander the Great demonstrate clearly that amnesty remained an important instrument in various attempts to bring about lasting settlements of on-going conflicts, internal as well as external. In the archaic and classical Greek world, internal conflict, *stasis*, was endemic, and this did not change after the death of Alexander the Great. As had been the case in earlier periods, internal violence was frequently cyclical, and no blue-print appears to have been invented for stopping such cycles of violence definitively. Although the sources for actual amnesties agreed in connection with the resolution of internal conflicts during the period from 323 to ca. 150 BC are less copious and less transparent than for the first three quarters of the fourth century, the evidence is sufficient to show not only that amnesty remained an important tool in the effort to bring about peace, but also that such amnesty provisions might in themselves contribute to sparking renewed violence between existing factions and even drawing new combatants into the fighting.

As I shall attempt to demonstrate, the aspect of reconciliation that proved the most intractable problem arose in connection with the return and re-integration of exiles, to which most of the internal amnesty agreements attested for the Hellenistic period relate, directly or indirectly. Amnesties that involved the return of exiles almost inevitably included a retrospective dimension, as has been highlighted by Martin Dreher in his contribution to the present volume.

For persons against whom a sentence of exile had been pronounced by a court, formal annulment of those sentences would have been required. Other exiles may not have had incurred their banishment by sentence, but may have withdrawn into exile in order to avoid attending court-actions that carried the risk of the penalties of death, confiscation of property and

* I should like to thank the organisers of the Amnesty conference, Dr. K. Harter-Uibopuu and Prof. F. Mitthof, for their invitation to participate. This contribution is dedicated to the memory of Prof. Frank W. Walbank († Oct. 23rd, 2008).

hereditary loss of citizen privileges. The defendant's decision to withdraw into exile before the court hearing (or to escape prior to the execution of the verdict) would not have resulted in the abandonment of the court action itself. Rather the verdict would simply be passed against him *in absentia*.[1] For those exiles, too, their safe return and successful reintegration into their community depended on a suspension or reversal of the verdicts passed against them. Yet other exiles would have owed their banishment to a sentence passed against one of their ascendants that encompassed not only the offender personally but all his offspring; their return, too, presupposed a formal cancellation of at least the hereditary aspect of the verdict that had led to their banishment.[2] Towards the end of this paper, I hope to show that it was precisely the retroactive dimension of Hellenistic amnesties that was most likely to reignite violence, *both* in those cases where a community had

---

1 For the cancellation of verdicts passed against defendants *in absentia* see *e.g.* Paus. 7, 9, 5 on the decision by Appius Claudius and his commission concerning the return of anti-Achaian Spartan exiles in 184/3: οἱ δὲ τούς τε ἐκβληθέντας ὑπὸ Ἀχαιῶν κατάγουσιν ἐς Σπάρτην καὶ ὅσων πρὸ κρίσεως ἀπελθόντων κατέγνωστο ὑπὸ τῶν Ἀχαιῶν ἀδικεῖν, καὶ τὰ ἐπὶ τούτοις τιμήματα ἔλυσαν· For a detailed discussion of the proceedings adopted in this mediation see Harter-Uibopuu (1998) 174–176. For a fourth-century example of an amnesty that explicitly included the cancellation of such sentences see *I.Erythrai* 10 A 18–21 (no. 28 on Dreher's list): οἳ δὲ νενίκηνται τ[ῶν] φευγόντων δίκας ἀπεῦντες, [τ]αῦτα ἀδίκαστα εἶναι, καὶ ε[ἴ τ]ι τούτων φάσιμόν ἐστι. Unlike Dreher, I do not interpret this provision as an act of rehabilitation in the narrow sense. The verbal adjective ἀδίκαστος is found in a completely neutral sense of 'undecided'/'not yet decided' in *e.g.* *IG* XII 2, 530, and the declaration that the verdicts passed against individuals *in absentia* should be treated as null and void, literally as 'undecided' or 'unjudged', does not in itself imply a value judgement that the verdicts ought never to have been pronounced in the first place. The practice of conducting court-hearings and pronouncing sentences against defendants *in absentia* was common, also in the classical period for which it is well attested. The final clause καὶ ε[ἴ τ]ι τούτων φάσιμόν ἐστι may relate to property of the individuals convicted *in absentia* which was or had been subject to a procedure of φάσις (compare the adjective ἀγώγιμος, 'liable/subject to arrest'), that is, a stage in the process of law-enforcement in which some or all of the property of the convicted offender was denounced as liable to confiscation in order to cover some or all of the fine. In that case, the implications of this clause is that property already confiscated from the persons convicted is to be returned to them following the cancellation of their sentences and their return to the community.

2 For an example of this see Rhodes – Osborne (2003) no. 83, where we find responses to requests made by the descendants of convicted Eresian tyrants to be readmitted.

voluntarily granted the amnesty (Dreher's types 1.a and 1.d) *and* in those cases where the amnesty was either brokered or enforced by an external power (types 1.b, c, e and f).

The earliest epigraphical attestations of the abstract noun ἀμνηστία, the classical meaning of which is 'oblivion',[3] occur in documents pertaining to conflicts between states. It is clear from the context of each of these attestations that the most important practical implication of such amnesty provisions consisted in the imposition of severe restrictions on future access to judicial hearings over matters predating the settlement in question.[4] However, sometimes a provision that past offences should be consigned to 'oblivion' could, as we shall see later, also entail the cancellation of sentences already passed by established courts during a period of turbulence. Provisions of that type were occasionally extended to cover even verdicts pronounced before the open commencement of hostilities between the two parties. In some instances, there can be no doubt that the settlement stipulated the cancellation of past decisions as well as prohibiting the opening of fresh disputes.[5] But as far as attested interstate settlements are concerned, it is not always clear to what extent the reversal of past verdicts was implied in a given amnesty provision.

In this connection it is significant that the treaty between Miletos and Herakleia concluded in the early second century BC (probably in the 180s)[6] contains an explicit provision which not only affirms the validity of previous verdicts, but also permits legal procedures already initiated to run their course in certain circumstances:

> εἶναι δὲ καὶ ἀμνηστίαν ὡς ἑκατέροις τῶν προγεγενημέ̣νων ἐγκλημάτων κατὰ πόλεμον καὶ ἰδίαι καὶ δημοσίαι, πλὴν εἰ περί τινων ἐγκλημάτων̣ δίκαι ὑπάρχουσιν γεγραμμέναι ἢ δικαστή-

---

[3] See Plat. Menexenos 239C.

[4] *SEG* 29, 1130 *bis* 22–27 (cf. Ager [1996] 186–192 no. 71; *SEG* 36, 1040): διὸ καὶ κρίνομες διαλελῦσθαι τὰς πόλεις περὶ τῶν κατὰ τ[ὸμ] | [πόλεμ]ον ἐγκλημάτων καὶ μὴ ἐξῆ{η}μιν ἔτι ἐγκαλέσαι, ἀλλὰ ὑ[πάρ]|[χειν ἀ]μναστίαν εἰς τὸν ἀεὶ χρόνον. *Therefore we also rule that the* poleis *have now reached a settlement regarding the complaints relating to the war and that it shall no longer be possible to launch a formal complaint but that* amnestia *shall prevail for all time.*

[5] See *e.g.* Harter-Uibopuu (1998) 72–73 no. 10 lines 19–22, with an exception explicitly made in lines 22–23, which uphold the decision passed in a dispute against *telonai* 'regarding the goats'.

[6] For the date of this treaty see Wörrle (2004) 50, see also Herrmann (1997) 185–186 for further references to the debate.

> ριον κατέγνωκεν καὶ εἰ κατά τινων ἀπαγωγαὶ γεγόνασιν ὑπὸ ἀρχόντων ἐπὶ δημοσίοις ἀδικήμασιν.
>
> *With each side there is also to be* amnestia *relating to legal complaints,*[7] *private as well as public, that have arisen earlier in connection with war, except if there are legal actions that have already been registered in writing pertaining to some legal complaints, or if a court has already pronounced a sentence, or if arrests of individuals have been carried out by city-officials in connection with offences committed against the state* (*Milet* I 3, 150, 36–39).

This amnesty clause has been interpreted by Gauthier (1972: 362) as primarily concerned with re-enforcing an existing peace agreement between the two communities. According to this interpretation, it is likely that 'most actions have already given rise to convictions or at least to a formal registration of the procedure.' If that is correct, it must be assumed that the main objective of the amnesty provision was to prevent litigation that might potentially destabilise the *isopoliteia* agreement between the two states. That is, it would for example prevent a situation where a citizen of Herakleia decided to exercise his right to take up Milesian citizenship (lines 43–48) only to find himself charged before a Milesian court for crimes pertaining directly to the past war.[8] But it is a further possibility that the

---

[7] My translation of ἐγκλήματα aims to reflect the interpretation of the noun in Martin Dreher's analysis of Rhodes – Osborne (2003) no. 37 (*supra*) as not only complaints in the broad sense but as 'Ansprüche, die gegebenenfalls gerichtsförmig durchgesetzt werden konnten.'

[8] For an amnesty of this type, see also *I.Smyrna* 573 = *I.Magnesia am Sipylos* 1, which incorporated the residents at Magnesia into the Smyrnaian citizen body: συντελεσθέντων δὲ τῶν ὅρκων τὰ μὲν ἐγκλήματα αὐτοῖς τὰ γεγενημένα κατὰ τὸμ πόλεμον ἤρθω πάντα καὶ μὴ ἐξέστω [μηδὲ] ἑτέροις ἐγκαλέσαι περὶ τῶγ κατὰ πόλεμον γεγενημένων μή[τε] διὰ δίκης μήτε κατ' ἄλλον τρόπον μηθένα· εἰ δὲ μή, πᾶν τὸ ἐπιφερομέ[ν]ον ἔγκλημα ἄκυρον ἔστω. *Mutatis mutandis*, a similar concern relating to individual participation in past wars may have given rise to the clause in a treaty between Rhodes and Hierapytna which prescribes that, in future, any Hierapytnian citizen who serves as a soldier in a war against Rhodes must incur the same penalties as the Hierapytnian who has participated in war against his own *polis*, but which explicitly exempts those who have served in such a capacity prior to the conclusion of the peace agreement (*IC* III iii 3 A lines 44–48): ἄλλωι δὲ κατὰ Ῥοδίων ξενολόγιον μηθενὶ διδόντων παρευρέσει μηδεμιᾶι, μηδὲ στρατευέσθω Ἱεραπυτνίων μηθεὶς κατὰ Ῥοδίων παρευρέσει μηδεμιᾶι, ἢ ἔνοχος ἔστω τοῖς ἐπιτιμίοις καθάπερ εἰ ἐπὶ τὰν Ἱεραπυτνίων πόλιν ἐστρατεύετο, χωρὶς ἢ ὅσοι πρὸ τᾶσδε τᾶς συνθήκας ἐξεστρατεύκαντι.

amnesty provision also aimed to prevent fresh actions for treason brought internally against Milesian citizens who had fought on the side of the Herakleiotai, and *vice versa*, against their own *polis* — be it as mercenary soldiers or as exiles who had regarded the military success of their *polis*' enemy as providing the most realistic prospect for their own return — and who were now planning to return to their *polis* of origin following the conclusion of the peace agreement.

Unfortunately, not enough is known about internal political divisions in Miletos and Herakleia prior to and during this war for us to determine the extent to which such renegades on either side may have constituted a threat to the stability of each of the two *poleis*. It is therefore difficult to reach a firm conclusion on whether the amnesty provision in *Milet* I 3, 150 was intended primarily to curb future litigation between the two communities and between individuals belonging to each of the two sides, or whether its objective was, in equal measure, to prevent internal conflict in connection with reintegration of citizens who had chosen to enter the past conflict 'on the wrong side.'

What is important in the present context, however, is that the amnesty provision apparently does not in any way aim to turn the clock back to the *status quo ante*. There is to be no compulsory cancellation of past verdicts and, significantly, no abandonment of pending prosecutions following the formal registration of the legal actions,[9] or of hearings following the arrests already made of individuals suspected of crimes committed against the community. During a period when a *polis* found itself at war, the latter group is arguably likely to comprise citizens resident in their own community who were suspected of collaboration with the external enemy, that is, of treason or of other acts of subversion. It is less likely that the majority of arrests carried out for *demosia adikemata* would have been of

---

A similar provision relating to Rhodian citizens serving as soldiers in war against Hierapytna is found in lines 77–79. These provisions effectively amount to a declaration of amnesty: there seems to have been a concern that the treaty itself might provide a basis for litigation, which might in turn lead to political destabilisation.

[9] It must be noted that the word *dike* here almost certainly does not refer exclusively to disputes between private individuals but encompassed *dikai demosiai* as well. For the use of *dike* in the broader sense of 'trial' or 'legal hearing', encompassing public as well as private actions, see *e.g.* *IG* XII 2, 530 = Labarre (1996) 341 no. 12; *Milet* I 3, 153 lines 8–10; *IG* XII 6, 11 line 21; *PEP Teos* 41 lines 54 and 59–60.

Milesians resident at Herakleia or of Herakleiotai resident at Miletos during the war itself.

From the nature of the amnesty which is entirely future-oriented in its implications, it could be inferred that neither party to the agreement was prepared to take the potentially controversial decision of letting these individuals go unpunished. In that respect, the amnesty provision agreed between Herakleia and Miletos can be interpreted as representing a quite cautious and limited approach compared to what is attested in the context of settlements of internal conflicts in the Hellenistic period. One reason for the two communities not to opt for a settlement that included a reversal of previous verdicts and a suspension of litigation already initiated through recognised, legitimate channels may well be that neither community had experienced an internal regime-change in connection with the war and its conclusion. A settlement that demanded a turning back of the clock might potentially be perceived as undermining the authority of their existing political and legal institutions and the integrity of the legal processes as established in both *poleis*.

Precisely how politically explosive such a cancellation of previous verdicts could be may be illustrated by Polybios' account of the Boiotian response to a Roman demand, made in 187/6 BC, that the Boiotians should readmit the pro-Roman Zeuxippos and his followers. These men had gone into exile after the assassination of the Boiotarch Brachylles in 197/6.[10] The Boiotians' reaction to the Roman request was, according to Polybios 22, 4, fear that if the exiles were admitted the result would be a destabilisation of the existing alliance with Makedonia — and it can be inferred from 22, 4, 3 that they also had good reason to fear an overthrow of their present government. Faced with the Roman demand, the Boiotians adopted the tactic of immediately arranging for court-hearings of charges against Zeuxippos that had already been registered but not yet processed (τὰς κρίσεις … ἃς ἦσαν πρότερον αὐτοῖς ὑπογεγραμμένοι).[11] After Zeuxippos

[10] There can be no doubt that such a readmission would have presupposed not just a pardon granted to Zeuxippos himself but also an actual amnesty that included his followers, τοὺς ἅμ' αὐτῷ φυγόντας. Although it is asserted by Livy that most of the latter had been killed at this point, Polybios' account of the Boiotian fear that the men, if allowed to return, might cause the alliance with Makedonia to be destroyed presupposes that their number was still substantial. For further discussion of this episode see Walbank (1979) 179–181; see also Eckstein (2008) 284.

[11] I follow Walbank (1979) 180 who advocates a rejection of the conjecture <u>ἐπι</u>γεγραμμένοι in favour of the ms. reading <u>ὑπο</u>γεγραμμένοι. Despite Polybios'

had been convicted *in absentia* on two charges, one of *hierosylia* and the other of murder, the Boiotians allegedly declared to the Romans that 'they could not render invalid the decisions made in accordance with the laws in their community' (φάσκοντες οὐ δύνασθαι τὰ κατὰ τοὺς νόμους ᾠκονομημένα παρ' αὐτοῖς ἄκυρα ποιεῖν). In the present context, the significance of this episode is not so much that the Boiotians resorted to this stratagem as the fact that the Romans backed down after an unsuccessful attempt to increase the pressure on the Boiotians. Polybios' assessment of the situation is that, had the Romans persisted in their demand, the result would have been open war.[12]

It is therefore understandable if Miletos and Herakleia opted for and agreed on a compromise: their *amnestia* was to apply only to future cases, and it was to have no retrospective effects. However, this kind of compromise may have been easier to achieve in the context of an inter-state settlement than in connection with the kind of settlements that aimed to put a definitive end to a *stasis*, within a single community. It is to such internal conflicts that my discussion will now turn.

---

claim in 20, 6, 1 and 22, 4, 6 that no lawsuits had been heard in Boiotia for decades, it nevertheless remains an important question why the Boiotians had not arranged for these particular trials to be heard *in absentia* much earlier, given the gravity of the criminal charges. One possibility is that opinion inside the Boiotian *koinon* continued to be divided even after Zeuxippos and his followers had gone into exile, and that it was feared that a high-publicity trial and conviction might articulate existing internal divisions and thus precipitate open conflict. So long as there was no real risk that the exiles would return it may have been safer simply to leave the cases pending.

[12] Εἰ μὲν οὖν <ἡ> σύγκλητος προσέθηκε τἀκόλουθον περὶ τῆς καθόδου τῶν περὶ τὸν Ζεύξιππον, ταχέως ἂν ἐξεκαύθη πόλεμος· νῦν δ' ἐκείνη τε παρεσιώπησεν, οἵ τε Μεγαρεῖς ἐπέσχον τὰ ῥύσια, κτλ. According to Paus. 7, 9, 6–7 the Achaians were similarly incensed at a Roman demand that they should readmit exiles who had been implicated in the murder of Philopoimen and were thus regarded as ritually polluted, but on this occasion it was the Achaians who had to back down: ἅτε δὲ τοῦ Ἀππίου Λακεδαιμονίοις συμπροθυμουμένου μεγάλως, Ἀχαιοῖς δὲ ἐπὶ παντὶ ἀντιβαίνοντος, ἔμελλεν οὐ χαλεπῶς Μεσσηνίων καὶ Ἀχαιῶν τοῖς φεύγουσι τὰ βουλεύματα ἐς δέον χωρήσειν· γράμματά τε αὐτίκα ὑπὸ τῆς βουλῆς ἔς τε Ἀθήνας κατεπέμπετο καὶ ἐς Αἰτωλίαν κατάγειν σφᾶς Μεσσηνίους καὶ Ἀχαιοὺς ἐπὶ τὰ οἰκεῖα. τοῦτο Ἀχαιοὺς ἐς τὰ μάλιστα ἠνίασεν, ὡς οὔτε ἄλλως πάσχοντας δίκαια ὑπὸ Ῥωμαίων καὶ ἐς τὸ ἀνωφελὲς προϋπηργμένων σφίσιν ἐς αὐτούς, οἳ ἐπὶ τὰ Φιλίππου καὶ Αἰτωλῶν ἐναντία καὶ αὖθις Ἀντιόχου στρατεύσαντες χάριτι <τῇ> ἐς Ῥωμαίους ἐγίνοντο ὕστεροι φυγάδων ἀνθρώπων καὶ οὐ καθαρῶν χεῖρας· ὅμως δὲ εἴκειν σφίσιν ἐδόκει.

Throughout the late fourth, third and second centuries the most significant consequence of internal conflict, the large groups of displaced citizens, continued to represent a security threat to the communities to which they belonged, as well as to any hegemonic power that aimed to maintain its political and military dominance of a particular region.[13] As has just been illustrated by the Zeuxippos episode above (despite the Romans' ultimate failure to achieve their end), to a hegemonic power that was aiming to *establish* control over the region in question at the expense of a rival hegemonic power, sizable groups of exiles, often armed to the teeth and desperate to return home, could be an invaluable strategic asset, precisely as they had been in the days of Aineias the Tactician.[14] This was the case both in military terms because of their local knowledge of terrain and the weakest points in their city's physical (and psychological) defence,[15] and in political terms, once their city had been successfully captured and the exiles allowed to return: they would now owe a debt of gratitude and loyalty to the hegemonic power that had brought them back.[16]

It must not be overlooked that the relationship of indebtedness was to some extent mutual: the *hegemon*, too, could be represented as owing a debt of gratitude to the exiles, if the exiles had been instrumental in securing military success. Part of that gratitude could be repaid by a guarantee issued to the exiles that they would be protected against future litigation relating to their past conduct, both that which had led to their exile in the first place

[13] For an overview and discussion of the evidence for the period, see Seibert (1979) esp. 162–194.

[14] Ain. Takt. 10, 5–7; for a recent discussion of Aineias' representation of the problem, see Boëldieu-Trevet – Mataranga (2006).

[15] See *e.g.* the military assistance rendered to the Karthaginians by Syracusan exiles in 317 (Diod. 19, 4, 3, with 19, 5, 4–9, 6). For a parallel example at Kyrene, see Seibert (1979) 166–167. For the military importance of connections between exiles and their friends and kin inside the city, see *e.g.* Polybios' account (1, 8, 4) of the success of Hieron of Syracuse who was operating from a base in Mergane, possibly a *polis* dependent on Syracuse: ὁ δὲ παραλαβὼν τὴν ἀρχὴν καὶ <u>παρεισελθὼν εἰς τὴν πόλιν διά τινων οἰκείων</u> καὶ κύριος γενόμενος τῶν ἀντιπολιτευομένων οὕτως ἐχρήσατο πρᾴως καὶ μεγαλοψύχως τοῖς πράγμασιν κτλ.

[16] For a monumentalised expression by a group of exiles of their gratitude and loyalty, see *IvO* 300 = *Syll.*[3] 634, a dedication set up at Olympia by a group of Spartan exiles who owed their return to the Achaian commander Kallikrates son of Theoxenos of Leontion: Λακεδαιμονίων οἱ φυγόντες ὑπὸ τῶν τυράνν[ων] Καλλικράτη Θεοξένου Λεοντήσιον, καταγαγόντα εἰς τὰν πατρίδα καὶ διαλύσαντα ποτὶ τοὺς πολίτας καὶ εἰς τὰν ἐξ ἀρχᾶς ἐ[οῦσαν] φιλ[ίαν ἀπο]κ̣αταστ̣άσαντα.

and, in those cases where they had rendered material military assistance to the foreign commander in the fight against their home community, for treason. In several attested cases this kind of guarantee took the form of amnesties, sometimes one-sided (Dreher's type 1.c),[17] sometimes two-sided (Dreher's type 1.f).[18]

Externally imposed one-sided amnesties: expediency vs. risk

A good illustration of the exiles' importance as pawns in the much larger game played between competing Hellenistic *hegemones* is the amnesty promulgated by the Makedonian council in 319 at Polyperchon's initiative (Diod. 18, 55, 1–56, 8). The stated objective of the Makedonian *dogma* was to restore democracy to the *poleis* under the control of Kassandros and Antigonos, many of which were now oligarchically governed. The decision includes a stipulation to the effect that all men who had been exiled at the behest of Makedonian commanders after the date of Alexander's crossing into Asia are to be restored to their *poleis* and to receive back all of their property, enjoying immunity from future prosecutions as well as an

[17] One example is the amnesty dictated to Messana by Agathokles of Syracuse in 312 (Diod. 19, 102, 3–5): οἱ δὲ Μεσσήνιοι λαβόντες ἐλπίδας τοῦ χωρὶς κινδύνων ἀπολυθήσεσθαι τοῦ πολέμου τούς τε φυγάδας τοὺς ἐκ Συρακουσσῶν ἐξέβαλον καὶ τὸν Ἀγαθοκλέα παραγενόμενον μετὰ δυνάμεως προσεδέξαντο. ὁ δὲ τὸ μὲν πρῶτον φιλανθρώπως αὐτοῖς προσεφέρετο καὶ τοὺς φυγάδας ἔπεισεν καταδέξασθαι τοὺς <συ>στρατευομένους μὲν αὐτῷ, πεφυγαδευμένους δὲ νόμῳ ὑπὸ τῶν Μεσσηνίων. This amnesty was certainly retrospective as well as prospective, that is, it entailed the cancellation of previous verdicts that had led to sentences of exile. Diodoros asserts in 19, 102, 7 that the men had been exiled ἐπὶ κακουργίᾳ; but it must be kept in mind that he offers a very partisan account of their return and the violence that followed in its wake. The one-sidedness of the amnesty is strongly indicated by the fact that Agathokles subsequently brought about the execution of a number of Messenians who had opposed him — although according to Diodoros' narrative (19, 102, 6), the executions did not take place in Messana itself and did apparently not involve the established Messanian courts. In 189/8 Philopoimen adopted a very similar course of action at Sparta (Plut. Philopoimen 16, 4–9; Paus. 7, 8, 4–5, 7, 9, 1–7).

[18] One possible example is the amnesty imposed by Antiochos III on Seleukeia in 219 (Pol. 5, 61, 1–2): after the fall of the city, he granted *asphaleia* to all the free residents of the community whilst also bringing back Seleukeian exiles, restoring to them both their political rights and their property. However, in this context *asphaleia* may mean no more than simply a guarantee issued to the citizens that their property will not be subject to looting by the commander's troops (see also further below, n. 32).

annulment of verdicts already passed against them.[19] Although Diod. 18, 55, 4 suggests that some of the communities affected were involved in debates on this matter, the imposition of a universal deadline (30 Xanthikos) for the implementation of that part of the *dogma* shows that the restoration of the exiles was not a matter for further negotiation.

More importantly, the retrospective aspect of the amnesty provision, that is, the obligatory cancellation of previous verdicts, represents a serious infringement of the *poleis*' judicial autonomy with a potentially significant symbolic effect. It should be noted, however, that the Makedonians made one clear concession: the amnesty was not to include individuals who owed their exile to convictions for homicide or *asebeia*. Like the Athenians in 403/2 who explicitly excluded from their amnesty individuals who had killed *autocheir*,[20] the Makedonians may have calculated that a demand for the reversal of sentences of this type might inflame tempers within the affected *poleis* to such an extent that the entire measure might back-fire. As we have seen from the Zeuxippos episode mentioned above, this was an area where, later, even the Romans sometimes feared to tread.

In other respects, the Makedonian amnesty was uncompromising. It explicitly offered protection to the returnees, but, significantly, in the document quoted by Diodoros of Sicily there were no provisions that sought to guarantee the safety of those who had remained in the cities — and without such protection they were exposed to the full force of the thirst for revenge harboured by the returning exiles, as related in Diod. 18, 65, 6–67, 6 (Athens)[21] and 18, 69, 3–4 (unidentified *poleis* in the Peloponnese). If Diodoros' narrative can be trusted, Polyperchon instantly followed up the amnesty decree by orders to the *poleis* that they execute or exile leading citizens installed in office by Antipatros (18, 57, 1, cf. 18, 68, 3), which clearly exposes the amnesty provision as one-sided (Dreher's type 1.c).

Both Diodoros' narrative and the account in Plutarch's *Phokion* clearly aim to cast Polyperchon as a self-seeking and unscrupulous villain. This he

---

[19] Καὶ τοὺς μεταστάντας ἢ φυγόντας ὑπὸ τῶν ἡμετέρων στρατηγῶν ἐκ τῶν πόλεων ἀφ' ὧν χρόνων Ἀλέξανδρος εἰς τὴν Ἀσίαν διέβη κατάγομεν· καὶ τοὺς ὑφ' ἡμῶν κατελθόντας πάντα τὰ αὑτῶν ἔχοντας καὶ ἀστασιάστους καὶ ἀμνησικακουμένους ἐν ταῖς ἑαυτῶν πατρίσι πολιτεύεσθαι· καὶ εἴ τι κατὰ τούτων ἐψήφιστο, ἄκυρον ἔστω, πλὴν εἴ τινες ἐφ' αἵματι ἢ ἀσεβείᾳ κατὰ νόμον πεφεύγασι.

[20] Ath. Pol. 39, 5: τὰς δὲ δίκας τοῦ φόνου εἶναι κατὰ τὰ πάτρια, εἴ τίς τινα αὐτοχειρίᾳ ἔκτεινεν ἢ ἔτρωσεν.

[21] For a summary of events at Athens and references to the earlier debate, see Habicht (1997) 47–50.

may well have been; but it is highly probable that the general mood in the *poleis* where such purges took place was to a considerable extent influenced by strong feelings of resentment and anger among the returning exiles. Moreover, it is important to observe that the one-sidedness of the amnesty itself meant that, even after its imposition, the convictions and penalties imposed by the *poleis*' courts on individuals who had remained in the cities constituted no *formal* breach of the amnesty's terms. Polyperchon's heavy-handed exploitation of a one-sided amnesty was not by any means unique: Philopoimen, for example, resorted to a very similar set of measures in Sparta in 189/8 after he had brought about the forced repatriation of the Spartan exiles who had fought on his side,[22] and this was also the case of Agathokles in his dealings with Messana in 312 BC.[23]

To a hegemonic power that aimed to oust its rival from a particular *polis* or region, the measure of a one-sided amnesty combined with a forced regime change and a concomitant purge, by executions and exile, of the most important supporters of the previous regime could obviously be expedient, at least in the shorter term. That was the case especially if the conqueror was in a hurry to proceed to deal with further military targets and had the resources to leave behind only a limited garrison of his own with which to keep the newly conquered city under control.

Thus, when seen from the point of view of a successful military commander and of those whom he served, the short-term strategic and logistical advantages of such one-sided amnesties might outweigh the risks arising from the longer-term consequences of the measures, that is, the creation of new, hostile groups of exiles as well as an internal backlash. These risks were real. Of the three commanders mentioned above, only Philopoimen's arrangements seem to have enjoyed a reasonable level of success in stabilising the situation at Sparta for a limited period. But as far as Athens was concerned, Polyperchon soon found himself unable both to deal with the military challenge posed by his rival Kassandros (whose garrison, still in control of the Peiraieus, had provided a safe haven for citizens who fled into exile following the mayhem of spring 318) and to command the continued loyalty of the Athenian regime that he himself had helped to install. Agathokles, for his part, reaped the whirlwind from his settlement at Messana. His opponents among the Messanians who had managed to escape into exile soon joined forces with a group of exiles from

[22] Plut. Philopoimen 16, 4–9; Paus. 7, 8, 4–5, 7, 9, 1–7; see further Cartledge in Cartledge – Spawforth (2002) 78–79 with note 31.

[23] See n. 19 above.

Syracuse under the leadership of Deinokrates (Diod. 19, 103, 1–2), who opened negotiations with the Karthaginians. In the following year Messana itself joined forces with Hamilkar (Diod. 19, 110, 4).

Externally imposed or externally mediated two-sided amnesties: Arkadian Orchomenos and Alipheira

It may be partly because of the risks connected with a one-sided amnesty arrangement that some *hegemones* and/or their military commanders refrained from imposing them even on newly conquered communities.[24] However, the literary and epigraphical evidence for two-sided amnesties arranged in this type of context is scant, and what has survived presents serious problems of interpretation. One instance of a two-sided amnesty following soon after a regime change engineered by an external hegemonic power is *IP Ark.* 16, which preserves the final clauses of a treaty between the Achaian *koinon* and the *polis* of Orchomenos, probably concluded shortly after 235 BC.

One of the treaty's stipulations is a total moratorium on litigation between a certain Nearchos and his descendants and the rest of the Orchomenian community over matters that predated the entry of Orchomenos into the Achaian League. It is generally assumed that Nearchos must be identified as a former tyrant of Orchomenos, whose abdication was directly connected with the incorporation of his *polis* into the *koinon*. Although it is not clear if his abdication was due simply to pressure exercised by the Achaians or to an actual military defeat by Achaian forces,[25] the provision in the treaty that relates to the real estate

[24] In his *Anabasis* 1, 17, 10–12, Arrian relates how Alexander, after his conquest of Ephesos, brought back the exiles who had supported him and imposed a regime-change. But observing the violence that followed, perpetrated against those who had remained in the *polis*, Alexander allegedly feared that the situation might spin out of control and ordered an immediate cessation of hostilities motivated by the *demos*' desire for revenge. Arrian asserts that increased prestige accrued to Alexander as a result. According to Arrian, Alexander's decision was informed by his awareness that innocent people would be killed together with those who had been chiefly responsible for the conduct of the previous regime (γνοὺς ὅτι ὁμοῦ τοῖς αἰτίοις καὶ οὐ ξὺν δίκῃ τινάς, τοὺς μὲν κατ' ἔχθραν, τοὺς δὲ κατὰ ἁρπαγὴν χρημάτων ἀποκτενεῖ, ξυγχωρηθὲν αὐτῷ, ὁ δῆμος). It is likely, however, that Alexander was motivated primarily by a realisation that violence at this level might threaten the stability of Ephesos in the longer term.

[25] According to Pol. 2, 44, 3–4 the Achaians under Aratos' leadership used a combination of carrot and stick (that is, of bribes and military threats) to achieve the abdication of tyrants across the Peloponnese (οἱ γὰρ ἐν τῇ Πελοποννήσῳ

granted to settlers, probably Achaians who would be admitted as new Orchomenian citizens (lines 11–13),[26] clearly reveals the hand of the external power in the creation of a new order, and the amnesty may thus be classified tentatively as Dreher's type 2f.

That the amnesty was two-sided is clear from the fact that it was not only the former subjects of the tyrant dynasty who were required to forgo any legal claims against the dynasts. Nearchos himself and his sons are likewise explicitly prohibited from initiating litigation over past matters, and it is precisely this protection extended to the Orchomenians *collectively* that permits the classification of the provision as a genuine amnesty rather than simply an act of pardon or grant of safe conduct. The fact that the amnesty was two-sided is in itself a very strong indication that Nearchos and his descendants were henceforth to be allowed to assume a place as fully integrated members of the community of Orchomenos. The generous treatment accorded to Nearchos and his family is paralleled elsewhere in the Peloponnese for the same period, and there can be little doubt that it formed part of a coherent Achaian policy.[27]

The concern of the Achaians to ensure that the amnesty would be respected is evident from the clause relating to its enforcement (line 17). Any litigant who initiated a prosecution in contravention of the amnesty clause was to incur a fine of 1,000 *drachmai*, and any verdict that might be reached in such a case was to be regarded as null and void. Although there is no prescription as to the procedure through which the fine was to be imposed, the provision places the blame for contravening the amnesty

---

μόναρχοι δυσελπιστήσαντες ἐπὶ τῷ μετηλλαχέναι μὲν τὸν Δημήτριον, ὃς ἦν αὐτοῖς οἱονεὶ χορηγὸς καὶ μισθοδότης, ἐπικεῖσθαι δὲ τὸν Ἄρατον, οἰόμενον δεῖν σφᾶς ἀποτίθεσθαι τὰς τυραννίδας καὶ τοῖς μὲν πεισθεῖσι μεγάλας δωρεὰς καὶ τιμὰς προτείνοντα, τοῖς δὲ μὴ προσέχουσιν ἔτι μείζους ἐπανατεινόμενον φόβους καὶ κινδύνους διὰ τῶν Ἀχαιῶν, ὥρμησαν ἐπὶ τὸ πεισθέντες ἀποθέσθαι μὲν τὰς τυραννίδας, ἐλευθερῶσαι δὲ τὰς ἑαυτῶν πατρίδας, μετασχεῖν δὲ τῆς τῶν Ἀχαιῶν πολιτείας).

26 See Hennig (1994) 327 n. 65.

27 According to Pol. 2, 60, 4–5, at least one of the tyrants who laid down their office between 235 and 229 BC, Aristomachos II of Argos, appears to have received immunity from prosecution relating to his reign, and this immunity was clearly backed by Achaian authority. His subsequent elevation to the *strategia* of the *koinon* clearly indicate that the ex-tyrant was allowed to continue to reside in Argos with full citizenship entitlements. This is further supported by the fact that Aristomachos soon afterwards occupied so central a position of political influence that Polybios could hold him responsible for having persuaded his fellow-Argives to switch their allegiances to the Spartan King Kleomenes in 225.

squarely on individual litigants. There is no suggestion that Orchomenian officials are to be held responsible for their role in bringing such cases before the courts. Hence, as far as can be gauged from the terms of the treaty, the Achaians appear not to have harboured serious fears that politically influential opponents of Nearchos would deliberately create trouble by allowing cases to be heard in contravention of the amnesty, nor indeed that prominent former backers of the tyranny might be tempted to allow Nearchos himself or his sons to settle old scores against their opponents through the Orchomenian courts.

However, in its present state of preservation the treaty leaves a host of questions unanswered. Most importantly, the surviving text offers no information at all on what arrangements were to apply to citizens who had incurred sentences of fines, confiscation of property, *atimia*, exile, or death under the regime of Nearchos, and perhaps even earlier. Were such sentences to be reversed, were exiles to be allowed to return, and, if so, were they entitled to receive back part or all of any property confiscated in connection with their banishment? We simply cannot tell. It is highly plausible that provisions on these matters were included in the part of the treaty now lost, or that the exiles had been dealt with in a separate document before the ratification of the treaty. But it also remains a possibility that the amnesty imposed on Orchomenos was entirely future-oriented and did not include any measures designed to re-establish the *status quo ante* for those who had been negatively affected, personally or financially, by Nearchos' reign.[28]

The surviving part of the treaty presents serious problems also when it comes to the fate of people who had aided and abetted Nearchos' regime, be it as minor officials, as volunteer prosecutors, or as denunciators of property liable to confiscation. The only possible hint may be the clause relating to 'those who have received a *kleros* or house' at Orchomenos. As noted above, these have conventionally been identified as Achaian settlers, that is,

[28] Although it is normally assumed (see *e.g.* Thür – Taeuber [1994] 156 no. 3) that those who had received a *klaros* or *oikia* in Orchomenos (line 17) were Achaians, it cannot be completely ruled out that they were in fact returning Orchomenian exiles who were given an entitlement to receive a limited amount of real estate upon their return (in this instance, one *kleros*), *cf. IP Ark.* 5; Rhodes – Osborne (2003) no. 101, lines 9–11 with Lonis (1991) 99–100. However, the stipulation that prohibited the alienation of the real estate granted for a period of twenty years does support the traditional view (for a parallel see the clause relating to the incorporation of Kretan mercenaries in Miletos, *Milet* I 3, 33 e lines 6–10, which likewise prohibits alienation of grants of real estate for a period of twenty years).

mutatis mutandis, an Achaian parallel to the Athenian *klerouchoi* of the fifth and fourth centuries, who served much the same strategic purposes (a possible major difference may have been that the settlers would most likely have been admitted to Orchomenian citizenship).

This kind of Achaian 'plantation' (to use a term usually applied to the settlers imposed on Ireland in the 16th and 17th centuries on confiscated land) is attested also for Mantineia,[29] where 300 Achaian settlers were selected by lot to complement a garrison of 200 mercenaries in 227 BC. For both Mantineia and Orchomenos, the burning question is how this real estate was made available to the settlers — *i.e.* from whom had it been taken? The surviving sources do not provide an answer for either community. However, it is a distinct possibility that, in both Mantineia and Orchomenos, the real estate in question had been confiscated from adherents of the previous regimes in purges following immediately upon the regime change itself — in Mantineia perhaps from the most prominent supporters of the Spartan take-over in 229 (and perhaps of the Aitolians earlier, in the late 230s),[30] and in Orchomenos from the most conspicuous backers of Nearchos and his family.[31]

If that is correct, this casts a rather more sinister side-light on the Orchomenian amnesty. Prior to the drafting of the treaty itself and the finalising of the Orchomenian accession to the Achaian *koinon*, the community may in fact have experienced a period where the population was

---

29 Pol. 2, 58, 1–2 with Walbank (1970) 263–264.

30 Pol. asserts (2, 57, 4–5) that Aratos upon his entrance into Mantineia stopped his troops from looting the city and, having called an assembly meeting of the Mantineians, reassured all of them that they should take heart and remain on their own estates, and that *asphaleia* would be granted to them on condition that they would accept membership of the Achaian *koinon*. But this oral promise does not rule out that Aratos might later have permitted or even encouraged law-suits against the pro-Lakonians, and that it may have been precisely the tension generated by these trials that prompted the pro-Achaian Mantineians to fear a new outbreak of *stasis* and to ask the Achaians for a garrison.

31 As far as Orchomenos is concerned, an alternative answer may be that the real estate in question had belonged to some Methydrians who may have been resident at Orchomenos, perhaps as anti-Megalopolitan refugees (lines 17–21). Methydrion was almost certainly under the control of Megalopolis at this point (*e.g.* Nielsen [2002] 451–452). But the hypothesis that the land in question had belonged to the refugees presupposes that they had enjoyed the privilege of (perhaps limited) *enktesis* at Orchomenos, or else that they had benefitted from an arrangement resembling that attested for second-century Stymphalos in favour of refugees from Elateia (*IP Ark.* 18 lines 6–7 with Habicht [1998] 67–68 and Hennig [1994] 338–339).

granted an opportunity to satisfy their desire for revenge through litigation against Nearchos' minions. Even the future-oriented amnesty clause in the treaty appears to provide no protection for them, but only for their former leaders; but since the treaty has not survived complete it must be considered a possibility that such protection (in the form of a general amnesty) had in fact been included earlier on in the treaty-text. Thus, it is difficult to tell to what extent the people of Orchomenos as a whole was expected to let bygones be bygones and erase from their collective memory everything that each of them may have suffered prior to Nearchos' abdication and their *polis*' accession to the Achaian *koinon*.

Still, the arrangements for Orchomenos show very clearly that the Achaians refrained from the kind of tactics that would have allowed the Orchomenian community to settle old scores with the tyrant dynasty itself and *vice versa*.[32] One reason may well have been that they wished to avoid a situation where members of the dynasty were forced or chose to retreat into exile, where they might develop into a serious military and political threat. The threat may have been perceived as all the more acute if, as has been suggested above, some of their adherents had already retreated or been forced into exile.

To what extent was this amnesty successful? From the point of view of the Achaians, their settlement at Orchomenos worked as intended only for a very short period of time: the community soon went over to the Aitolians and, in 229, was taken over by Kleomenes III of Sparta. However, this does not necessarily imply that the amnesty itself was a failure. The evidence for the later turbulent fate of Orchomenos does not indicate that the successes of Achaia's rivals were directly attributable to continued internal unrest. When Aratos attempted to recapture the *polis* from Kleomenes by enlisting the help of (presumably pro-Achaian) traitors within the *polis* itself, the latter let him down, allegedly out of fear (Plut. Kleomenes 4, 1–2). This may be taken as an indication that the community was fairly united at this point, but the limited amount of information pertaining to Orchomenos between 235 and 229 does not permit any firm conclusions.

Another inscription that may provide an example of a two-sided amnesty that involved an external power is *IP Ark.* 24. The amnesty agreed

[32] The clause that aimed to protect the Orchomenian population against retaliatory litigation initiated by Nearchos and his sons would make excellent sense, if the conclusion of the treaty had in fact been preceded by an intense period of litigation and convictions of the former dynasts' most conspicuous supporters.

at Alipheira evidently followed upon the violent expulsion of a garrison under the command of an otherwise unidentified Aristolaos by Kleonymos, who is most likely to be identified as the then exiled son of the Spartan King Kleomenes II.[33] The amnesty document was clearly drawn up after a peace had been concluded and sealed by oaths (lines 14–16). The clause in lines 8–13, instructing the *damiourgoi* and *chreonomoi* to investigate documents relating to certain past offences, presumably with a view to destroying them,[34] and prescribing that the officials themselves should be immune from prosecution when acting in accordance with the terms of the treaty, suggests that the treaty itself had already prescribed an amnesty in general terms. In that case, the present enactment should be read as a supplementary measure, probably clarifying specific points which the text of the treaty had left open.

In lines 4–8 the enactment prescribes that there is to be a total moratorium on litigation pertaining to disputes originating prior to the expulsion of Aristolaos' garrison, expressed as a prohibition against *mnasicholein*.[35] If the reading μ̣ί̣ασμα in line 6 is correct, the moratorium was almost certainly extended even to cases of homicide. This radical measure strongly suggests that there had been a violent confrontation not only between the garrison itself and the invading army, but also between opposing factions of the Alipheiran citizen body, very likely one supporting Aristolaos and the other aiding and abetting Kleonymos' forces. A further consequence of the amnesty was apparently a cancellation of debts owed to individuals from contractual agreements.[36] The document appears to pre-

---

33 See most recently Dössel (2003) 223.

34 For a similar provision in the Athenian amnesty decision of 405, see And. 1, 79: τὰ δὲ ἄλλα πάντα ἐξαλεῖψαι τοὺς πράκτορας καὶ τὴν βουλὴν, καὶ τὰ εἰρημένα πανταχόθεν, ὅπου τι ἔστιν ἐν τῷ δημοσίῳ, καὶ εἰ ἀντίγραφόν που ἔστι, παρέχειν τοὺς θεσμοθέτας καὶ τὰς ἄλλας ἀρχάς.

35 [Ἐπεὶ] Κλεώνυμος ἐξάγαγε τὰν πρωρὰν καὶ τὸς πειρατὰς ἐξέ[βαλ]ε καὶ ἐλευθέραν τὰν πόλιν ἀπέδωκε, μηδένα μηδενὶ μνα[σ]ιχολῆσαι τῶν πρότερον γεγο[νό]των ἀμφιλλόγων πὸς ἀλλάλ̣ος, μηδὲ δικάσασθαι μηδένα μηδὲν εἴ τι μ̣ί̣ασμα γέγονε πρότερον ἢ Κλεώνυμος τὰν πρωρὰν ἐξάγαγε τὰν Ἀριστολάῳ καὶ τὸς πειρατὰς ἐξέβαλε.

36 Lines 17–18: καὶ δικασάσθω μηδὲς ἰδιώτας τῶν ἴνπροσθε συ̣[γγραφῶν] εἰ μή τις ἰνγεγύευκε ὑπὲρ τὰν πόλιν δόξαν τᾶι [βωλᾶι. The fact that the clause in lines 17–22 includes a moratorium on litigation initiated by private citizens does not in itself exclude the possibility that the debts in question had been incurred primarily in connection with contractual agreements between the *polis* and individual contractors entitled to payment according to the contracts, who would now be compelled to forgo any claim to payment owed to them by the *polis*. That interpretation is further supported by the fact that, apparently, the only individ-

scribe that no-one, be it in an official or a private capacity, was to be permitted to mention the repayment of debt (which I interpret as relating to debts to the treasury as well as debts owed to individuals) or to suggest or impose sentences of confiscation of property or exile, but this interpretation is potentially controversial.[37]

It is less clear from the text to what extent the amnesty also involved an annulment and reversal of *past* sentences passed during the period when the internal affairs of Alipheira were conducted in the shadow of Aristolaos' garrison. The only explicit reference to such a measure pertains to two named individuals, Milon and Apelichos, specifying that this annulment relates to penalties they have incurred for some otherwise unidentifiable offence in matters concerning the importation or purchase of grain. Almost inevitably, the modern reader is left to wonder why these two men and their particular past convictions were singled out. Was it perhaps because they, and they only, were to enjoy the benefit of this concession, while similar

---

uals to whom this moratorium did not apply were those who had been compelled by the *boule* to act as guarantors, underwriting such contracts on behalf of the community. Guarantors of this kind would obviously not have underwritten contracts that involved exclusively private individuals as parties to the agreement. For a similar anticipation of problems arising in connection with debts owed to the *polis* or its sanctuaries see *IP Ark.* 5, 37–48 = Rhodes – Osborne (2003) no. 101: here the complications envisaged relate to the restoration of encumbered property to returning exiles, which will be discussed further below.

[37] My interpretation and restoration of lines 20–22 (which requires one more letter than the conventional restoration to be fitted into the lacuna) τῶ δὲ κατυστέρ̣[ω χρόνω] μ̣ηδένα μνασθῆναι χρεῶν στάσιος μηδὲ χρήμ̣[ατα δαμοσιώ]σαι μηδὲ φυγάδας θῆναι, μήτε ἄρχοντα μήτ[ε ἰδιώταν] is based upon the parallel found in Minon (2007) no. 30 lines 1–4 Ταὶρ δὲ γενεαὶρ μὰ φυγαδείημ μαδὲ κατ' ὁποῖον τρόπον (...) μάτε τὰ χρήματα δαμοσιῶμεν· αἰ δέ τιρ φυγαδείοι αἴτε τὰ χρήματα δαμοσιοία κτλ. In the present text, the conventional restoration of the line as containing a prohibition against 'demanding back money', χρήμ̣[ατα ἀπαιτῆ]σαι, seems strikingly tame next to a prohibition against the imposition of exile (which would in any case not be an option open to a private creditor); a prohibition against confiscation of property makes better sense in the present context. I also suggest as a possibility that χρεῶν στάσις is to be understood as 'payment of debt' rather than as 'civic conflict arising over debt'. For στάσις in the sense of 'payment' see *LSJ s.v.* II and *e.g.* Harter-Uibopuu (1998) no. 12 line 44. For the passive voice μνασθῆναι in the sense of 'mention'/'propose', see *e.g.* Aisch. 2, 76: Κλεοφῶν δὲ ὁ λυροποιός, ὃν πολλοὶ δεδεμένον ἐν πέδαις ἐμνημόνευον, παρεγγραφεὶς αἰσχρῶς πολίτης καὶ διεφθαρκὼς νομῇ χρημάτων τὸν δῆμον, ἀποκόψειν ἠπείλει μαχαίρᾳ τὸν τράχηλον, εἴ τις εἰρήνης μνησθήσεται·

past verdicts against other Alipheirans were still to be valid? Or was it because their case was exceptionally complex and so politically sensitive that the need was felt to state explicitly that a cancellation of past sentences was to apply even to them?[38] I doubt if a definitive answer can be provided to this question, and hence also to the question whether the provision relating to *lipodamia* ('desertion from the *demos*') — which may well have been construed as an act of treason[39] — and to *epigraphai* — which Thür and Taeuber have interpreted as referring to exile and the registers of confiscated property of banished individuals — applies exclusively to these two men or to all Alipheiran exiles generally.

Even if we could be sure that the latter is the case, it is nevertheless striking that the enactment contains no explicit provision relating to the return of exiles, let alone any general stipulation on what proportion, if any, of confiscated property should be restored to the returnees. The reason may well be that, as mentioned above, the surviving document was meant to be read in the broader context of the oath and the agreement reached immediately after the expulsion of the garrison, which are mentioned in lines 15–16 and 12–13 & 24 respectively (provided that the restorations κὰ τὰν συνθήκαν in lines 12–13 and 24 is correct). It is highly likely that the treaty as well as the oath were in fact the documents that set out the general framework of the reconciliation process and the terms of a two-sided amnesty. On this interpretation, *IP Ark.* 24 aimed to address *specific* problematic aspects connected with the practical implementation of the general post-*stasis* agreement and the terms of a wider-ranging two-sided amnesty, which have now been lost to us.[40]

The fact that the modern reader is compelled to read the Alipheiran enactment without being able to relate it directly to the oath and the

---

[38] Several different scenarios can be envisaged, including that of the two men having diverted grain destined for the city and/or its garrison or for failing to meet an obligation to purchase grain (the two are by no means mutually exclusive).

[39] Compare Lykurgos' attempt to construe Leokrates' act of leaving Athens during wartime as an act of treason (Lykurg. 1 *Against Leokrates*). His *eisangelia* resulted in the narrow acquittal of Leokrates, but there can be no doubt that he expected the court to accept his definition of Leokrates' departure as treason.

[40] Compare Archinos' *paragraphe* law which, according to Isokr. 18, 2, was passed in direct response to practical difficulties arising in connection with the amnesty agreement after the return of the democratic exiles. By transferring the decision on what cases to reject with reference to the amnesty from boards of officials to the courts, the law apparently filled a gap that the peace treaty and the oaths had left open.

syntheke concluded in the immediate aftermath of Kleonymos' victory makes it difficult to determine whether the Alipheiran amnesty should be classified as an example of Dreher's category 1.d, *i.e.* a two-sided self-imposed amnesty, or as belonging to category 1.e, if it is assumed that the decision was drawn up and ratified under the auspices of Kleonymos, much in the same way as the Spartan King Pausanias had brokered the amnesty agreement for the Athenians in 403/2. Either way, however, the document indicates that the two-sided amnesty appears to have enjoyed broad support within Alipheira itself: the first person plural verb, ὠμόσαμες, in line 16 makes it clear that *IP Ark.* 24 was drawn up and ratified by the community itself, rather than directly imposed on it by the victorious invader. It is possible that Kleonymos and the Alipheirans alike may have regarded a process of mutual reconciliation as preferable to the short-term measure of a one-sided amnesty, even though the latter might have gratified any desire for revenge that may have been harboured by those adversely affected, be it personally or financially, by the previous regime. The amnesty, were it to prove successful, would do much to prevent the formation of new groups of Alipheiran exiles.

Unfortunately, there is no evidence on which to base an assessment of the amnesty's success. An Elean decree (Minon [2007] 209–212 no. 31 = *IP Ark*. 25) has been interpreted by some scholars as an indication that there was renewed internal unrest at some point between 244 and 219 BC, on the (debatable) assumption that the decree itself concerns the activities of an Elean board of foreign judges. But, even if this is correct, it would be risky to claim a direct connection between this episode of unrest and that attested in *IP Ark*. 24, not least because of the uncertainty that surrounds the date of the latter.

It might be tempting to surmise that a two-sided amnesty like the Alipheiran, which clearly enjoyed considerable support and cooperation from *within* the community itself, and which was not simply dictated to it by an external power, had a better chance of producing lasting stability than, for example, the one-sided, externally-dictated amnesties discussed earlier. But a comparison of two amnesties that can both be classified as Dreher's type 1.d, that is, as two-sided, voluntary settlements with no direct involvement by an external power in brokering the terms of the settlement, will illustrate the dangers of such a hypothesis. One is the amnesty of Kynaitha in or shortly before 220 BC, the other that which followed the

overthrow of the regime of Nikokles of Sikyon in 251 or 250 BC.[41] The former resulted in renewed violence, the latter appears to have been a success also in the longer term.

Voluntary two-sided amnesties: the tragedy of Kynaitha and Aratos' successful settlement at Sikyon

At least from the middle of the third century if not earlier, Kynaitha, a small *polis* in northern Arkadia, had suffered from a relentless cycle of civil wars. According to Polybios 4, 17, 4–5, this had resulted in successive waves of executions, banishments and redistribution of land until, finally, one of the factions managed to get the upper hand with Achaian support. How precarious the position of the Achaian-backed regime was in reality can be seen from the presence in the *polis* of an Achaian garrison and an Achaian commander as *strategos tes poleos*. These appear to have been in Kynaitha by invitation issued by the Kynaithan regime itself;[42] this is at least what is suggested by Polybios' assertion in 4, 17, 8–9 that the Achaians readily agreed to the withdrawal of their forces at the Kynaithans' request. If Polybios can be trusted, it seems that the most important purpose of the Achaian military presence was to guard the community against the security threat presented by about 300 Kynaithan exiles.

Shortly before the Aitolian incursion into the Peloponnese in 220, the Kynaithans who had remained in the *polis* entered into negotiations with the exiles concerning the latter's return. It is unfortunately not clear from Polybios' narrative what precisely had prompted the Kynaithans in the *polis* to consider the prospect of an amnesty; however, when the Achaians were consulted on the matter by a Kynaithan delegation they gave their permission for the reconciliation to go ahead (4, 17, 7–9). As for the Achaians' motive, Polybios claims that they hoped to secure the goodwill of both factions by granting the Kynaithan request. The faction in the *polis* depended for its protection on Kynaitha's remaining in the Achaian *koinon*, while the returnees would be obliged to the Achaians because of the latter's having given their assent (συγκατάθεσις) to their return.

Once the exiles had returned and a process of reconciliation had been completed, the Kynaithans dismissed the Achaian military forces, allegedly without meeting any resistance. Polybios offers very little detail on the

[41] The conventional date of the overthrow of Nikokles is 251/0, but see *e.g.* Buraselis (1982) 171 n. 199 who prefers, with Errington, the year 250/49.

[42] Compare the request for a Spartan garrison made by the regime of the Thirty of Athens in 404/3.

terms on which the exiles were readmitted, apart from the fact that the two parties exchanged mutual oaths, and that the returnees had no reason to fear that another conflict might arise between themselves and their fellow-citizens. This strongly suggests an amnesty placing serious restrictions on litigation concerning complaints relating to the past.[43] That the agreement between the two factions also included a cancellation of past verdicts seems indicated by the fact that some of the returnees were eligible for and appointed to the office of *polemarchoi* soon after their return. This points to a re-integration process that was quite generous to the returnees, at least in political terms.[44]

It may well be that Achaian objections to the dismissal of their troops have been edited out by Polybios (his general literary agenda at this point is best served by his representing the Achaians as that of offering benevolent support to a legitimate government rather than as occupying forces). On the other hand, Polybios' account of the Achaian motives for permitting the exiles to return and for removing their garrison should not be dismissed *a priori* as implausible. With a looming threat of invasion by the Aitolians, for whom the location of Kynaitha made it an important strategic asset for operations in the Peloponnese,[45] the Achaians may have regarded a successful amnesty and reintegration of the Kynaithan exiles as a far more reliable security measure in the longer term than that which could be provided by the permanent presence of a garrison. In the context of the settlement itself, the very presence of the garrison might present a significant psychological obstacle to a successful process of reconciliation between the two factions.

---

[43] 4, 17, 10–11: οἱ δὲ κατανοστήσαντες οὐχ ὡς αἰτίας ἢ προφάσεως ἐπιγενομένης τοῦ δοκεῖν ἄλλης διαφορᾶς ἀρχὴν αὐτοῖς τινα γεγενῆσθαι, τὸ δ' ἐναντίον παραχρῆμα κατελθόντες εὐθέως ἐπεβούλευον τῇ πατρίδι καὶ τοῖς σώσασι. καί μοι δοκοῦσι, καθ' ὃν καιρὸν ἐπὶ τῶν σφαγίων τοὺς ὅρκους καὶ τὰς πίστεις ἐδίδοσαν ἀλλήλοις, τότε μάλιστα διανοεῖσθαι περί τε τῆς εἰς τὸ θεῖον καὶ τοὺς πιστεύσαντας ἀσεβείας.

[44] Usteri (1903) 140 infers from the fact that the Aitolians plundered the property of those who had betrayed Kynaitha to them (πρώτους γὰρ τοὺς εἰσαγαγόντας καὶ προδόντας αὐτοῖς τὴν πόλιν κατασφάξαντες διήρπασαν τοὺς τούτων βίους) that the returnees had recovered some or all of their property, although he notes that the actual process cannot be reconstructed.

[45] See Scholten (2000) 119–120 who points out that Kynaitha and Psophis 'are key points in the routes connecting Elis, Arkadia, and central Achaia. As events during the social war were to demonstrate, whoever controlled these cities controlled access among the three regions.'

As noted earlier in this paper, even a mere 300 exiles might prove a formidable opposition if their knowledge and zeal was deployed in the service of an invading war-lord — hence, the Achaians may have preferred a solution which brought them inside the *polis*' walls and secured their loyalty rather than leaving them outside at the enemy's disposal. The flip-side of this strategy was the risk that the amnesty process might fail, leaving Kynaitha with a dangerous enemy *within* — an even worse scenario!

Therefore, if Polybios is right that the Achaians willingly assented to the return of the exiles and the recall of the Achaian garrison, it must be assumed that they had some reason to believe that true and lasting reconciliation would be a realistic outcome of the process. Frustratingly, Polybios does not give any hint as to the way in which they calculated the risks and advantages of their strategy. As it turned out, their calculations, whatever their basis, were wrong. A handful of the returnees were appointed as *polemarchoi* and subsequently opened the *polis*' gates to the Aitolian invaders.

Polybios offers no plausible explanation of the amnesty's failure — his only attempt consists in an excursus on the generally savage character of the Kynaithans collectively, which he ascribes to their very un-Arkadian neglect of the art of music (4, 20, 1–4). It seems more likely that the acts of the returnees may have been motivated by their memories of the kind of violence that had preceded their banishment, some of which is alluded to by Polybios later in 4, 21, 5–9 and 9, 17, 1–4 (and some of which apparently went back more than two decades). The example of Kynaitha shows that even when a community appears to have taken the initiative without any obvious external pressure, when both opposing factions genuinely wanted a reconciliation, and when the reconciliation agreement itself appears to have included a requirement that *both* sides draw a line under the past, this was by no means a recipe for success.

The inability of individuals belonging to opposing factions truly and sincerely to forgive and forget is not the only reason why even two-sided amnesties might go wrong. Although the amnesty at Sikyon in 251 or 250 BC did have a happy ending, some of our sources leave no doubt that the settlement came dangerously close to failure. In this case, the dangers appear to have arisen from the aspect of the settlement that concerned the returnees' entitlement to items of real estate.

The history of third-century Sikyon appears to have been one of violence and frequent political upheaval, which had resulted in the banishment of several waves of Sikyonian citizens from around the

beginning of the third century onwards. According to Plutarch, Aratos 2, 1–3, Aratos of Sikyon had lived as a refugee in Argos from the age of 7 as part of a community of Sikyonian exiles, after his father Kleinias had been executed in connection with a regime change led by Abantidas son of Paseas in 264 BC. Abantidas was later assassinated and his place taken by his father Paseas, who in turn was ousted by Nikokles in 252 or 251 BC. Later in 251/0 or 250/49 a group of exiles, supported by mercenaries and led by a very young Aratos, managed to gain entrance to the city and to turn Nikokles to flight.

The extent to which an outside hegemonic power was directly involved in the overthrow of Nikokles itself is a matter for debate. Plutarch's claim (Aratos 4, 2–3) that Aratos had tried and failed to enlist the support of Antigonos Gonatas for the military assault on Sikyon should perhaps not be taken at face value. He later reports (Aratos 11, 2) that Aratos received a gift of 25 talents 'from the King' which leaves it an open question if this was Macedonian or Egyptian aid (see *e.g.* Walbank [1984] 246; however, Ducrey [1999] 242 with no. 1 concurs with Holleaux' assumption [1968] 44–45 that the gift was made by Antigonos). Plutarch is careful to point out that the gift was made only *after* the fall of Nikokles and the accession of Sikyon to the Achaian *koinon*. No matter which king was behind this gift, it was not at all a bad idea to offer financial support to a newly established regime, which in turn would be obliged to him — and if he delayed the advancement of money until the victory of Nikokles' opponents appeared secure, this may simply have been a matter of prudence.

Following the ousting of Nikokles, the Sikyonians were obliged to receive back their exiles, who numbered nearly 600 according to Plut. Aratos 9, 3. This was apparently a motley crowd: allegedly Aratos brought back 80 exiles who had been banished under Nikokles and a further 500 who had been exiled 'under previous tyrants'. Among the latter exiles were men who had been living abroad for nearly 50 years. It must be assumed that many belonging to this category had not themselves incurred exile as a penalty but had 'inherited' their banishment *qua* direct descendants of individuals who had been exiled by sentence or who had incurred the death penalty *in absentia*, perhaps some of them as far back as the days when Sikyon was under the dominance of Demetrios Poliorketes.[46]

Although no source states unambiguously that the return of the exiles took place under an arrangement of a two-sided amnesty, this is strongly suggested by Pausanias' remark (2, 8, 3) that Aratos 'gave to the Sikyonians

---

[46] See Plut. Demetrios 25, 1–2.

the right of exercising the citizen privileges on equal terms, *having reconciled them with the exiles*' (Σικυωνίοις δὲ ἀπέδωκεν Ἄρατος ἐξ ἴσου πολιτεύεσθαι διαλλάξας τοῖς φεύγουσιν). Plutarch, too, is adamant that the regime change itself was entirely bloodless (Aratos 9, 2), although the reader is left to wonder why the best part of the 25 talent donation had to be spent on ransoming prisoners of war.[47] However, in the very next chapter (9, 3), he explains that Aratos attached Sikyon to the Achaian *koinon* because of the external threat of war combined with an internal threat: the *polis* itself was unstable and in a state of *stasis*.[48] Plutarch himself offers a reason for this unrest: the returning exiles were trying to take control of the property that they had owned prior to their banishment, some of them by entering physically onto the estates, presumably as a way of asserting ownership.[49]

Plutarch does not hide his disapproval of the exiles' conduct at this point: in Aratos 12, 1 he labels the returnees as 'uncontrollable' (ἀπαρηγόρητοι) in connection with their 'harrassing' (ἐνοχλοῦντες) those who were in possession of the disputed property. What he glosses over is that this situation was to some extent created by Aratos himself and his

[47] One possibility is that the prisoners of war had been seized and were being held by Aratos' forces (including his mercenary troops) in connection with their initial incursion into Sikyonian territory (Plut. Aratos 6, 1–3), and that the paying over of the ransom money effectively served as a way of settling with the troops (see generally Ducrey [1999] 238–246 and Chaniotis [2005] 119 and 129–137) — if so, it would not be surprising if Plutarch chose to be as discreet as possible. It would also provide a motive for Antigonos Gonatas for making the gift which would have benefitted both factions. The beneficiaries would have been the population who had remained in the *polis* under the regime of Nikokles and his predecessors as much as Aratos himself, who almost certainly would have strapped for cash to pay his mercenaries, especially since he permitted only the looting of the estate that had belonged to Nikokles personally (Aratos 9, 2). Alternatively (and much more in tune with the sources' romanticising of the young Aratos' achievement), some of the 25 talents may have been spent in part on the return of prisoners taken during previous wars, who may already have been sold on and whose families had not possessed the resources necessary for paying for their release. This is in itself not unlikely, since connections between captives sold abroad and their community of origin could be very durable (see *e.g. Syll.*^{3} 622, 5–12 with Chaniotis [2005] 249–250).

[48] Ἐπιβουλευομένην μὲν ἔξωθεν καὶ φθονουμένην ὑπ' Ἀντιγόνου τὴν πόλιν ὁρῶντι διὰ τὴν ἐλευθερίαν, <u>ταραττομένην δ' ὑφ' αὑτῆς καὶ στασιάζουσαν.</u>

[49] Κατελθόντες δ' οἱ πλεῖστοι πένητες, ὧν κύριοι πρότερον ἦσαν ἐπελαμβάνοντο, καὶ <u>βαδίζοντες ἐπὶ</u> τὰ χωρία καὶ τὰς οἰκίας δεινὴν ἀπορίαν τῷ Ἀράτῳ παρεῖχον κτλ.

followers, when they decided on the terms of the Sikyonian amnesty. Pausanias (2, 8, 3), by contrast, asserts that Aratos allowed the returnees not only to recover their houses but also other items of property that had been sold on (presumably in connection with confiscation); if true, this would have formed a legal basis for the exiles' entry onto the estates that they had lost in connection with their banishment.

Pausanias adds that Aratos 'himself paid over the value (of the property) to those who had purchased it' but does not elaborate on the method with which the necessary cash for compensating the existing owners was found.[50] Plutarch, however, offers an elaborate account of how Aratos went cap in hand to Ptolemy II and managed to secure a sum of 150 talents, forty of which were paid up front and the rest paid over in regular instalments (Aratos 12, 1–13, 4). Usteri (1903: 151–152), among others, has drawn attention to the enormity of the sum that was apparently required to compensate the owners of property that was to be returned to the exiles. In fact, if the exiles were entitled to receive back all the real estate that they had possessed at the point of their banishment or an equivalent amount as compensation in cash, a compensation sum that works out at an average of roughly 1,500 drachmai per head is by no means unrealistically high.[51] The scale of the financial resources needed to prevent renewed *stasis* between the returnees and those in the city does in itself provide part of the reason why even two-sided amnesties, however equitable their terms, could fail to produce the intended permanent reconciliation between the existing factions. This problem would have been particularly acute if the return of exiles followed immediately in the wake of a war, which would in itself have depleted the resources of the community, thus making full compensation from the public treasury to either returnees or to the current owners of their property a less realistic option. And this, in turn, may explain why individual communities might in many instances have *had* to

---

[50] Σικυωνίοις δὲ ἀπέδωκεν Ἄρατος ἐξ ἴσου πολιτεύεσθαι διαλλάξας τοῖς φεύγουσιν, οἰκίας μὲν φυγάσι καὶ ὅσα τῶν κτημάτων ἄλλα [ἃ] ἐπέπρατο ἀποδούς, τιμὴν δὲ τοῖς πριαμένοις διέλυσεν αὐτός. For the expression of τιμὴν διαλύειν in this sense, see *e.g.* *IOSPE* I² 32 A 21 and Dem. 41, 8.

[51] Compare the regulations for Tegea (*IP Ark.* 5), in which the value of the houses designated for the returnees was probably to be assessed at 200 drachmai per room (there is some disagreement over the interpretation of this clause, for which see Lonis [1991] 100–102). Unfortunately Plutarch does not indicate in what currency the money from Ptolemy II was paid, and it is indeed possible that it was paid in bullion. I am grateful to Dorothy J. Thompson for discussing this issue with me.

rely on the support of a hegemonic power in order to make an amnesty work in practice, even when the amnesty itself was set up at the initiative of the community itself rather than being forced upon it by an external power.

In the case of Sikyon, the problems for the new regime in establishing order and stabilising the situation did not end simply with Ptolemy's generous bank-rolling of the settlement. In Plutarch's opinion, an even greater achievement of Aratos was his establishment of a commission numbering fifteen Sikyonian citizens to assist him in his capacity as *diallaktes* with full powers (αὐτοκράτωρ διαλλακτής). With the aid of this board, Aratos 'with much toil and with great diligence, accomplished and put together *philia* and peace for the citizens.'[52]

Plutarch does not tell us what this committee's work involved or precisely why it proved so difficult, even at a point when there was apparently enough money to ensure that no citizen on either side would suffer significant financial loss in connection with the amnesty. However, Cicero in his *De Officiis* 2, 81–82 provides an explanation: because some of the exiles had been abroad for nearly fifty years, much of their property — that presumably had originally been sold at public auction — had changed hands several times, by inheritance, by sale and as dowries, and the present owners who had acquired such real estate through entirely legitimate means were not inclined to part with it.[53] According to Cicero, the work of Aratos' commission was, for each disputed item of property, to persuade *either* the returnee *or* the current owner to accept monetary compensation in lieu of the specific item of real estate.[54] And it may be added that the return of the exiles' property was likely to have affected not only the current owners

[52] Plut. Aratos 14, 2: ἀποδειχθεὶς γὰρ αὐτοκράτωρ διαλλακτὴς καὶ κύριος ὅλως ἐπὶ τὰς φυγαδικὰς οἰκονομίας, μόνος οὐχ ὑπέμεινεν, ἀλλὰ πεντεκαίδεκα τῶν πολιτῶν προσκατέλεξεν ἑαυτῷ, μεθ' ὧν πόνῳ πολλῷ καὶ μεγάλαις πραγματείαις κατειργάσατο καὶ συνήρμοσε φιλίαν καὶ εἰρήνην τοῖς πολίταις.

[53] Cic. off. 2, 81: *Sed cum magnam animadverteret in bonis et possessionibus difficultatem, quod et eos, quos ipse restituerat, quorum bona alii possederant, egere iniquissimum esse arbitrabatur et quinquaginta annorum possessiones moveri non nimis aequum putabat propterea quod tam longo spatio multa hereditatibus, multa emptionibus, multa dotibus tenebantur sine iniuria, iudicavit neque illis adimi nec iis non satis fieri quorum illa fuerant oportere.*

[54] Cic. off. 2, 82: *Quam cum Sicyonem attulisset, adhibuit sibi in concilium quindecim principes, cum quibus causas cognovit et eorum, qui aliena tenebant, et eorum, qui sua amiserant, perfecitque aestumandis possessionibus, ut persuaderet aliis, ut pecuniam accipere mallent, possessionibus cederent, aliis ut commodius putarent numerari sibi, quod tanti esset, quam suum recuperare.*

mentioned by Cicero but also any individual creditor who had lent money in good faith on the security of any of the real estate in question. The fact that both the current owners and the affected creditors would have been citizens who had remained in the *polis* would have made the process of property return all the more fraught with danger: it had the potential to suck into the conflict even those individuals who, in political terms, had maintained a position of indifference or deliberate neutrality in the past.

From Cicero's account combined with that of Plutarch, it is clear that money certainly was not the only issue: although the adequate provision of money for compensation was evidently a *sine qua non* if the settlement was to work at all, this was not in itself enough to prevent hostilities from arising between the returnees and the rest of the citizen body. This potential for renewed conflict seems to have been generated by the terms under which the former exiles were to be re-integrated, specifically the stipulation that they were to receive back not just the equivalent value of the property they had once left behind, but the *actual* property that had once belonged to them.

Why was such a stipulation included in Aratos' settlement, and indeed also in other amnesties, be they one-sided or two-sided, that are attested for the Hellenistic period as well as for the period before the death of Alexander the Great? Provided that the necessary cash could be raised, as it was in the case of the Sikyonian amnesty, it would undoubtedly have been far more straightforward and far less controversial simply to promise the returnees a sum of cash with which they might be able to build up a new life in their home community. The answer is most likely that the terms of Aratos' settlement, and of others like it, had an important symbolic dimension. It does not seem to have been sufficient simply to cancel the original verdicts, passed by a now discredited regime, through which the returnees or their ancestors had incurred their banishment and forfeited their property, and to compensate the returnees for their financial losses. The insistence, however impractical and divisive, that the returnees should receive back what had originally been their homes prior to their banishment most likely reflects a desire for a true return to the *status quo ante*, a comprehensive blotting out of the past, and for a powerful symbolic act which marked that the returnees were to assume the place and position within the community that they or their ancestors had previously held.

Turning back the clock: cost, risks and compromise

How widespread was the type of settlement achieved at Sikyon in the middle of the third century, and to what extent was its success replicated in other *poleis* across Mainland Greece, the Aegean and Asia Minor? This question is difficult to answer with certainty, but there is evidence that points to the settlement itself not being altogether unique. Even what appears to be the most remarkable feature of the settlement and a pre-condition for its success, namely the financial subsidy provided by Ptolemy II, may not have been a one-off. To a small Greek *polis*, 150 talents was a formidable amount; but the figure takes on a rather different proportion from an Egyptian perspective. Recent calculations suggest that in 235 BC the cash revenue (that is, excluding revenue in kind) from the Arsinoite nome *alone* amounted to 79 talents.[55] As for Ptolemy's motivation, and the motivation of other *hegemones* who could afford to offer financial support on a similar scale, it is almost certainly related to the longer-term desirability, from the *hegemon'*s perspective, of achieving a type of reconciliation that would be durable and that would prevent the creation of new communities of exiles, who could soon turn into a military threat as noted at the beginning of this paper. It is possible that the strategic advantages of this particular type of euergetism would be especially important to a *hegemon* already in control of a particular region, who had to guard against incursions by his hegemonic rivals.

The evidence for the involvement of hegemonic powers as financial sponsors of settlements of the type adopted at Sikyon is at the moment mostly indirect and, as far as amnesty agreements are concerned, quite opaque. The most important category in terms of volume is constituted by the hundreds of decrees passed in honour of panels of foreign judges, many of which can be said with certainty to have belonged in the context of post-*stasis* settlements — and some of these appear to have included specific amnesty provisions.[56] For other inscriptions, it is more of an open question

[55] I am grateful to D. J. Thompson for providing me with this figure based on her and Willy Clarysse's work in progress.

[56] See *e.g.* *I.Erythrai* 117, *I.Erythrai* 116 and *I.Magnesia* 90 = *SEG* 44, 934: ἐ]πειδὴ ὁ ἐγ Μαγνησίας παραγενόμεν[ος κατὰ τ]ὸ διόρθωμα τὸ κυ[ρ]ωθὲν ὑπὸ τοῦ δήμου μετά[πεμπτος δι]καστής Πυθόδοτος Χαρ[ι]σίου τὴν προσήκου[σαν σπουδ]ὴν ἐποιήσατο περὶ τῶν δικῶν καὶ παραγραφῶν κα[ὶ τῶν ὅ]ρκων, καὶ ἐφρόντισεν ὅπως π[ά]ντες οἱ ἐν ταῖς φιλ[οτιμίαις] ὄντες οἱ μὲν συλλυθέντες [ἀ]ποκαταστῶσιν εἰς [τὴν πρ]ὸς αὐτοὺς ὁμόνοιαν, οἱ δὲ τ[υ]χόντες τῶν ἴσων ἐν [τοῖς κρίσεσ]ιν κατὰ μηθένα τρόπον ἐλ[α]σσωθῶσιν. The reference to oaths and *paragraphai* among the disputes that the *dikastai* have resolved points to

if the panel of foreign judges in question served, in effect, as an *alternative* to a comprehensive amnesty, that is, as a way of ensuring *both* that aggrieved individuals could obtain access to justice in the wake of a conflict *and* that the process of justice was accepted by both factions as neutral and untainted by prejudice and personal sentiments. However, the example of Aratos' commission at Sikyon, as well as the use of similar committees and of panels of foreign judges in several fourth-century cities shows conclusively that the calling in of foreign judges to settle and decide legal disputes does not in itself rule out that an amnesty had already been imposed along with a moratorium on litigation relating to the past. In the wake of a *stasis* and peace agreement that involved the restoration of exiles and the reversal of any financial penalties that they or their ancestors had incurred, the amnesty itself was likely to generate a huge volume of litigation.

As highlighted especially by Crowther (*e.g.* [1993] and [1999]), there is much important evidence for both Seleucid and Ptolemaic active involvement in the commissioning and provision of panels of foreign judges in the third century. It may be conjectured that this activity reflected a desire to ensure a process of adjudication that would be regarded as acceptable and trustworthy by the affected community *in its entirety*, when it came to property over which competing moral and legal claims to ownership were asserted as a result of an amnesty. At Sikyon, Ptolemy II appears to have trusted Aratos and his commission of fifteen Sikyonian *diallaktai* to deal with the settlement (in which Ptolemy had invested 150 talents) in a way that would appear equitable to the Sikyonians generally. But in other contexts, it might be difficult and exceedingly risky to find suitable internal candidates for this job; any financial investment in longer term internal peace and stability that may already have been made by the *hegemon* might be better protected, if the handling of such disputes was left to an externally recruited dicastic panel.[57]

---

some form of amnesty agreement as the context in which the litigation was conducted. As had been the case in Athens after 403/2, it was not always clear which suits should be accepted and which should be rejected with reference to the terms of the amnesty itself, and while the Athenians decided to leave the question to their normal courts by means of the procedure of *paragraphe*, it would not be at all surprising if other states preferred to leave such potentially controversial decisions to a foreign panel.

[57] The hortatory clauses discussed by Crowther (*e.g.* [1992] 25 and 31), which imply that the community is envisaging future (and sometimes regular) visits from dicastic panels are not in themselves an obstacle to such a hypothesis. Exiles most often returned in waves, and the periodic provision of dicastic panels was one way of dealing with this problem; an alternative was that adopted by

However, it must be noted that the type of settlement adopted in Sikyon, with its provision for the full restoration of all property that had once belonged to the returnees, was not the only option. Lonis (1991: 92) describes this solution as the ‘ideal’; but notes also that a settlement of that kind was most easily achieved in practice, if the return of the exiles took place in connection with a massacre of those who had remained in the city (this, of course, may have been one factor that would have added to the short-term attraction of the one-sided amnesties backed by a hegemonic power, as discussed earlier in this paper). Lonis points out that, in reality, many settlements attested for the classical period contained stipulations for only a partial return of property to the exiles (1991: 98–102, with a detailed discussion of the examples of fourth-century Mytilene and Tegea), with compensation payable to them by the state for the items that they were not entitled to receive back in kind. The main problem with such a compromise is that the symbolic value of property restitution would have been reduced from the point of view of the exiles. The conflicting positions expressed in Pol. 23, 4, 2–6 by the representatives to Rome of different groups of Lakedaimonian exiles gives a vivid impression of precisely how sensitive a matter this could be.[58] Nevertheless, it may have been the most realistic method of achieving stability in the longer term, again provided that the necessary funds for compensation could be found.

It is a problem to determine for the Hellenistic period not only which type of settlement would have been the more common, but also to what extent each type was the more likely to lead to true reconciliation of the opposing factions. If a generous financial sponsor was available, a two-sided amnesty, combined with an acceptable process of settling property disputes, might have had the best chances of success in the longer term. But without this kind of euergetism, the challenge presented by the perceived need to turn back the clock symbolically and materially without harming the

fourth-century Tegea, namely that disputes raised too late to be heard by the foreign judges would be referred to the courts of neighbouring Mantineia.

[58] Pol. 23, 4, 2–6: τούτων δ’ ἦσαν διαφοραὶ τέτταρες. οἱ μὲν γὰρ περὶ Λῦσιν ἥκοντες (ὑπὲρ) τῶν ἀρχαίων φυγάδων ἐπρέσβευον, φάσκοντες δεῖν ἔχειν αὐτοὺς πάσας τὰς κτήσεις, ἀφ' ὧν ἐξ ἀρχῆς ἔφυγον· οἱ δὲ περὶ τὸν Ἀρέα καὶ τὸν Ἀλκιβιάδην, ἐφ’ ᾧ ταλαντιαίαν λαβόντες κτῆσιν ἐκ τῶν ἰδίων τὰ λοιπὰ διαδοῦναι τοῖς ἀξίοις τῆς πολιτείας. Σήριππος δ’ ἐπρέσβευε περὶ τοῦ μένειν τὴν ὑποκειμένην κατάστασιν, ἣν ἔχοντές ποτε συνεπολιτεύοντο μετὰ τῶν Ἀχαιῶν. ἀπὸ δὲ τῶν τεθανατωμένων καὶ τῶν ἐκπεπτωκότων κατὰ τὰ τῶν Ἀχαιῶν δόγματα παρῆσαν οἱ περὶ Χαίρωνα, κάθοδον αὑτοῖς ἀξιοῦντες συγχωρηθῆναι καὶ τὴν πολιτείαν ἀποκατασταθῆναι τοιαύτην ...

interest of the opposing faction may have been all but insurmountable in many cases.

Common sense might suggest that the longer the period that separated an outbreak of violent conflict and/or the ousting of an unpopular regime and its adherents from the return and re-integration of those same individuals, the greater the chance that the reconciliation process itself would be successful in the longer term. Although both exiles and their opponents within the city might have long memories, a cooling-off period could well have made it easier for all parties concerned to accept the annulment of past verdicts and the need to forgo legitimate claims to compensation and retribution for past injuries. And it might be surmised that this would apply especially in cases where so much time had passed that most of the returnees had not themselves been directly implicated in the past conflict but owed their banishment simply to their being the *descendants* of the individuals who had originally gone into exile.

But Aratos' problems in connection with the amnesty at Sikyon show that matters are not necessarily as simple as that. While time might be a healer of wounds even in a cultural context where the memory of past wrongs and the desire for retribution could be kept and cherished for generations, the complications arising from a symbolic turning back of the clock in the form of property restoration were likely to be compounded by the passing of time. In the immediate aftermath of a regime change, when it was not yet certain that the new regime would last, those who bought confiscated property at public auctions undoubtedly were expected to be aware that a counter revolution would be likely to result in their having to give up their purchases, regardless of the public and religious guarantees that were supposed to consolidate their entitlement.[59] Thus, *I.Ilion* 25 contains an explicit warning not only to those who originally purchased property confiscated under an oligarchy or tyranny, but also to individuals who might subsequently accept such property as security for a loan or a dowry (II lines 53–71). But while there might initially be an expectation of 'buyer beware' even amongst the buyers themselves, and therefore perhaps also an acceptance that they might have to accept a reversal of their purchase (with appropriate financial compensation), this expectation was almost certain to wane with the passing of time, which would have made it progressively harder for subsequent owners to realise that what they were handling was property to which the title might one day be contested. And if handled

[59] For such guarantees, see *e.g.* *I.Mylasa* 1–3 where the purchaser's entitlement is consolidated by a curse. See further Faraguna (2005) esp. 98–99.

insensitively, the understandable and, in all respects, perfectly legitimate grievances of those individuals might in itself be serious enough to reopen internal divisions that had in other respects been reduced over time.

It may therefore be no coincidence that one of the few Hellenistic amnesties that was judged to have been a clear and lasting success was concluded only after the exiles had explicitly agreed not to demand back any property upon their return. The amnesty in question was concluded in Herakleia on the Black Sea, in connection with the readmission of second and third-generation exiles in 281/0. Their chief negotiator, Nymphis, allegedly persuaded his fellow exiles that their best chance of being permitted to return was for them formally to forgo any claim to property confiscated from their ancestors. According to Memnon (*F. Gr. Hist.* 434 F 7, 3–4), the exiles were readmitted, the rest of the community contributed generously (and voluntarily) to their maintenance, and they all lived happily ever after.[60]

BIBLIOGRAPHY

Ager (1996): S. Ager, *Interstate arbitrations in the Greek World 337–90 B.C.*, Berkeley – Los Angeles 1996.

Boëldieu-Trevet – Mataranga (2006): J. Boëldieu-Trevet – K. Mataranga, 'Étrangers et citoyens: le maintien de l'ordre dans une cité assiègée selon Énée le Tacticien', in: Molin (2006) 21–41.

Buraselis (1982): K. Buraselis, *Das hellenistische Makedonien und die Ägäis. Forschungen zur Politik des Kassandros und der drei ersten Antigoniden (Antigonos Monophthalmos, Demetrios Poliorketes und Antigonos Gonatas) im Ägäischen Meer und in Westkleinasien*, Munich 1982.

Cartledge – Spawforth (2002): P. A. Cartledge – A. Spawforth, *Hellenistic and Roman Sparta. A Tale of Two Cities*, London ²2002.

Chaniotis (2005): A. Chaniotis, *War in the Hellenistic World*, Oxford 2005.

Crowther (1992): C. Crowther, 'The Decline of Greek Democracy?', *Journal of Ancient Civilizations* 7 (1992) 13–48.

---

[60] Οἱ δὲ περιλειπόμενοι τῶν ἀπὸ Ἡρακλείας φυγάδων, Νύμφιδος, καὶ αὐτοῦ ἑνὸς ὑπάρχοντος τούτων, κάθοδον βουλεύσαντος αὐτοῖς, <u>καὶ ῥᾳδίαν εἶναι ταύτην ἐπιδεικνύντος, εἰ μηδὲν ὧν οἱ πρόγονοι ἀπεστέρηντο αὐτοὶ φανεῖεν διοχλοῦντες ἀναλήψεσθαι</u>, ἔπεισέν τε σὺν τῷ ῥᾴστῳ, καὶ τῆς καθόδου ὃν ἐβούλευσε τρόπον γεγενημένης, οἵ τε καταχθέντες καὶ ἡ δεξαμένη πόλις ἐν ὁμοίαις ἡδοναῖς καὶ εὐφροσύναις ἀνεστρέφοντο, φιλοφρόνως τῶν ἐν τῇ πόλει τούτους δεξιωσαμένων, καὶ μηδὲν τῶν εἰς αὐτάρκειαν αὐτοῖς συντελούντων παραλελοιπότων.

Crowther (1993): C. Crowther, 'Foreign judges in Seleucid Cities', *Journal of Ancient Civilizations* 8 (1993) 40–77.

Crowther (1999): C. Crowther, 'Aus der Arbeit der Inscriptiones Graecae IV. Koan Decrees for Foreign Judges', *Chiron* 29 (1999) 251–311.

Dössel (2003): A. Dössel, *Die Beilegung innerstaatlicher Konflikte in den griechischen Poleis vom 5.–3. Jahrhundert v. Chr.*, Frankfurt a.M. 2003.

Ducrey (1999): P. Ducrey, *Le traitement des prisonniers de guerre dans la Grèce antique des origines à la conquête romaine*, Paris [2]1999.

Eckstein (2008): A. Eckstein, *Rome enters the Greek East. From Anarchy to Hierarchy in the Hellenistic Mediterranean, 230–170 B.C.*, Oxford 2008.

Faraguna (2005): M. Faraguna, 'Terra pubblica e vendite di immobili confiscati a Chio nel V secolo a.C.', *Dike* 8 (2005) 89–99.

Gauthier (1972): P. Gauthier, *Symbola. Les étrangers et la justice dans les cités grecques*, Nancy 1972.

Goukowsky – Brixhe (1991): P. Goukowsky – C. Brixhe (eds.), *Hellènika Symmikta: Histoire, Archéologie, Épigraphie*, Nancy 1991.

Habicht (1997): C. Habicht, *Athens from Alexander to Antony*, Cambridge Mass. 1997.

Habicht (1998): C. Habicht, *Pausanias' Guide to Ancient Greece*, Berkeley – Los Angeles 1988.

Harter-Uibopuu (1998): K. Harter-Uibopuu, *Das zwischenstaatliche Schiedsverfahren im achäischen Koinon*, Cologne – Weimar – Vienna 1998.

Hennig (1994): D. Hennig, 'Immobilienerwerb durch Nichtbürger in der klassischen und hellenistischen Polis', *Chiron* 24 (1994) 305–344.

Herrmann (1997): P. Herrmann, *Inschriften von Milet. Teil 1*, Berlin – New York 1997.

Holleaux (1968): M. Holleaux, *Études d'épigraphie et d'histoire grecques III. Lagides et Séleucides*, Paris 1968.

Labarre (1996): G. Labarre, *Les cités de Lesbos aux époques hellénistique et impériale*, Paris 1996.

Lonis (1991): R. Lonis, 'La reintegration des exiles politiques en Grèce: le problème des biens', in: Goukowsky – Brixhe (1991), 91–109.

Minon (2007): S. Minon, *Les inscriptions éléennes dialectales I–II*, Geneva 2007.

Molin (2006): M. Molin (ed.), *Les régulations sociales dans l'Antiquité*, Rennes 2006.

Nielsen (2002): T. H. Nielsen, *Arkadia and its Poleis in the Archaic and Classical Periods*, Göttingen 2002.

Rhodes – Osborne (2003): P. J. Rhodes – R. Osborne, *Greek Historical Inscriptions 404–323 B.C.*, Oxford 2003.

Scholten, (2000): J. B. Scholten, *The Politics of Plunder. Aitolians and their* Koinon *in the Early Hellenistic Era, 279–217 B.C.*, Berkeley – Los Angeles – London 2000.

Seibert (1979): J. Seibert, *Die politischen Flüchtlinge und Verbannten in der griechischen Geschichte I–II*, Darmstadt 1979.

Thür – Taeuber (1994): G. Thür – H. Taeuber, *Prozessrechtliche Inschriften der griechischen Poleis. Arkadien*, Vienna 1994.

Usteri (1903): P. Usteri, *Ächtung und Verbannung im griechischen Recht*, Berlin 1903.

Walbank (1933): F. W. Walbank, *Aratus*, Cambridge 1933.

Walbank (1970): F. W. Walbank, *Polybius I. A Historical Commentary on Polybius*, Oxford 1970.

Walbank (1979): F. W. Walbank, *Polybius III. A Historical Commentary on Polybius*, Oxford 1979.
Walbank (1984): F. W. Walbank, 'Macedonia and Greece', in: *The Cambridge Ancient History* VII, 1 , Cambridge 1984, 221–256.
Wörrle (2004): M. Wörrle, 'Der Friede zwischen Milet und Magnesia. Methodische Probleme einer Communis opinio', *Chiron* 34 (2004) 45–57.

CSABA A. LA’DA (KENT)

AMNESTY IN HELLENISTIC EGYPT[*]
A SURVEY OF THE SOURCES

When Alexander the Great first stepped on Egyptian soil in late 332 BC the concept and device of amnesty[1] had long been known in one form or an-

[*] Although no major work has to date been dedicated to this topic, it would be sufficiently large on its own for a whole volume due to the relatively large amount of available source material (papyri, ostraca, inscriptions and the works of the historical writers of antiquity) and of the secondary literature on the sources. Because of the obvious space constraints of this chapter, an exhaustive treatment of this topic is not possible here either from the perspective of the study of the sources or from that of social, political and legal history, and so difficult choices have had to be made. For these reasons, this chapter concentrates on the source material from Egypt and uses sources from other parts of the Mediterranean only occasionally, even if these relate to parts of the Ptolemaic empire. Its main objective is to gather together, survey and briefly examine the relevant sources. A deeper historical and legal analysis, especially in comparison with the pharaonic Egyptian evidence from the perspective of the possible origins (Greek or Egyptian?) of this legal and political device in Hellenistic Egypt, which formed part of my original plan, has had to be postponed because of the space and time limits. I hope to return to the topic of amnesty in Hellenistic Egypt and the Ptolemaic empire and the question of its origins in greater detail in the not too distant future. Only the most directly relevant and most recent secondary literature is cited here and the reader is referred to the references in these works to earlier publications. For reasons of space, a comparative presentation of the individual stipulations of amnesties in the form of a table has had to be dispensed with. I am greatly indebted to Professor W. J. Tait and Dr D. J. Thompson for their valuable comments on a draft of this chapter.

[1] In this chapter I use this term employing the definition provided by G. Thür, 'Amnestia', *Brill’s New Pauly* 1 (2002) 591: "Legally established relinquishment of accusation, reopening of proceedings, execution of judgement and carrying out of punishment as means of reconciling the contending parties after internal or external wars". However, I substitute 'conflicts' for the definition’s "wars" to allow for smaller scale military and unarmed political unrest as well. Cf. also G. Thür, 'Amnestia', *DNP* 1 (1996) 602–03, A. Mannzmann, 'Ἀμνηστία', *DKlP* 1 (1979) 306–07, Th. Thalheim, 'Ἀμνηστία', in *RE* 1.2 (1894) 1870–71, Préaux (1961) 262–64, Wolff (1970) 127, n. 13 and Kanazawa (1981) 85–96 in Japanese, with a French summary: 182–183 (with numerous mistakes). In

other in both Egypt and the Graeco-Macedonian world, whence he came. To propose, demand or impose the return of exiles had been common throughout archaic and classical Greece, the so-called "amnesty law" of Solon and the agreement made between the opponents and former supporters of the Thirty Tyrants at Athens in 403 BC being perhaps the two most well-known examples in Greek history.[2] In the year before embarking upon his historic campaign against the Persian foe, according to Plutarch (Alex. 11.7.), Alexander himself offered an amnesty (τοῖς μεταβαλλομένοις πρὸς αὐτὸν ἄδειαν ἐκήρυττε[3]) to all the Thebans, except their leaders Phoenix and Prothytes, who had risen against Macedon while he had been campaigning against the Triballi and the Illyrians in the Balkans.[4]

As has been shown in the chapter on amnesty in pharaonic Egypt, this device appears to have been known and employed in that country during almost the entire length of the pharaonic period, from the 5th down to the 26th Dynasty, but it seems plausible that its roots extend as far back as the unification of the two lands and the formation of the unified Egyptian monarchy. Thus, in this respect too Egypt can legitimately claim to have anticipated its later admirers and conquerors from the north-eastern shores of the Mediterranean. Given these earlier precedents in both pharaonic Egypt and the Greek world, as in numerous other aspects of the Ptolemaic state, the question arises almost automatically whether the legal and political device of amnesty in Hellenistic Egypt was mostly influenced by pharaonic Egyptian or by Graeco-Macedonian tradition. However, the first essential step one needs to take on the path to studying such a complex problem is collecting and examining the relevant sources. In this chapter, therefore, I intend to

---

addition, in conformity with the practice found in the sources, in this chapter the term 'amnesty' will be used loosely from a legal point of view, meaning both amnesty in the strict legal sense of the word and *abolitio publica*; cf. Taubenschlag (1916) 67–68 and id. (1955) 551. Amnesty could take the form of a legislative act, an act of state, or be part of a political agreement, as was the case with the agreement closing the chapter of the Thirty Tyrants at Athens in 403 BC; Todd (1996) 74.

2 Todd (1996) 74 and Smith (1968) 209–14.

3 Plu., Alex., 11.7.7 (*Plutarchi Vitae Parallelae*, edd. Cl. Lindskog et K. Ziegler, Vol. II Fasc. 2, iterum recensuit K. Ziegler, editionem correctiorem cum addendis curavit H. Gärtner, Teubner [Stuttgart, Leipzig 1994] 165). Cf. J. R. Hamilton, *Plutarch, Alexander; A Commentary* (Oxford 1969) 30, n. 7. For Alexander's reign and for the early Hellenistic period, cf. also U. Wilcken in UPZ I p. 499.

4 The Greek examples need no detailed investigation here as these are studied in other contributions to this volume: see Dreher and Rubinstein.

collect together and briefly examine all the available evidence for amnesty in Hellenistic Egypt (332–30 BC).

There are essentially two ways of establishing the source base for a study of the legal and political device of amnesty in Hellenistic Egypt. The first, which is perhaps what most papyrologists and epigraphists would be inclined to do, is to search for key terms associated with amnesty in the papyrological, epigraphical and historiographical source material at our disposal.[5] A search for ἀμνηστία and ἄδεια, perhaps the two most instinctively chosen terms, is surprisingly unproductive for Hellenistic Egypt, which suggests that the chances of survival or, more likely, terminological differences may be the cause of the ineffectiveness of this choice of search terms in comparison with other parts and periods of the Greek speaking ancient Mediterranean. Of these two key terms, only a single attestation of ἀμνηστία is documented in Hellenistic Egypt, in UPZ I 110 col. III.79 (Memphis, 164 BC), with the meaning 'forgetfulness',[6] for the whole of the approximately three hundred years stretching between Alexander's conquest and Cleopatra VII's suicide. This state of matters seems greatly surprising, given the fact that the device of amnesty had been well known for centuries in the Greek world and for more than two millennia in Egypt and considering the large volume of evidence from or relating to Hellenistic Egypt.

One might think that a more fruitful choice in Ptolemaic sources would be the far more frequently attested words φιλάνθρωπον and φιλανθρωπεῖν (with their various grammatical forms), which in Hellenistic Egyptian official and public contexts often refer, as general terms, to a wide variety of royal benefactions for the population, inter alia to measures which, according to the definition used in this chapter,[7] constitute an amnesty.[8] It is, however, important to bear in mind that not every measure called φιλάνθρωπον in the sources actually constitutes an amnesty[9] and so not all φιλάνθρωπα

5 On terminology in Ptolemaic amnesties, see Passoni dell'Acqua (1988) 335–50.

6 LSJ 9th edn., s.v. I.

7 See footnote 1 above.

8 Cf. Préaux (1942) 144–45. For the Roman period, cf. the well-known edict of the prefect M. Sempronius Liberalis (BGU II 372 col. II.19–20 = W.Chrest. 19 col. II.19–20 = SB XX 14662 col. II.19–20: φιλαν|θρωπίαν [Arsinoites, 154 AD]), discussed by Jördens in this volume, with Bell (1949) 34.

9 See, for example, Lenger (1953) 483–99, esp. 495; C. Spicq, 'La Philanthropie hellénistique, vertu divine et royale (à propos de *Tit*. III,4)', *Studia Theologica* 12 (1958) 186–88 with the literature and sources cited in these two works; and also SEG IX 5.15 (Cyrene, between 145 and 141/140 BC) with Lenger (1953) 489; I.Th.Sy. 244 = I.Prose 24 (Elephantine, 117 and 115 BC) with I.Th.Sy. pp.

decrees and references to these are necessarily relevant to our study of amnesty in Hellenistic Egypt (see further below).[10] For these reasons, references to φιλάνθρωπα in the sources will not be discussed in this chapter unless there are good grounds for assuming that they included an amnesty.[11] Mutatis mutandis, the same applies to the terms πρόσταγμα and προστάσσειν.[12]

As the two most commonly used verbs for expressing the essential act of amnesty in Ptolemaic documents, ἀπολύειν and ἀφιέναι bring us much closer to achieving our objective through this method.[13]

The other, less direct, method, which ancient and legal historians would probably favour, is to look for historical circumstances in Hellenistic Egypt and its empire that might necessitate an amnesty. Taking the definition of amnesty provided above[14] as our starting point, we should, therefore, look for evidence for crises affecting Hellenistic Egypt and should examine the sources for the solution of these crises by the state and/or the parties involved in them.[15] Using a combination of these two different methods, we

---

209–11, I.Prose pp. 65–67, Lenger (1953) 492–93, G. Dietze, 'Der Streit um die Insel Pso; Bemerkungen zu einem epigraphischen Dossier des Khnumtempels von Elephantine (*Th. Sy.* 244)', *Ancient Society* 26 (1995) 157–84, esp. 165–66, 168–70, 173–75, 179, 182–83 and F. Piejko, 'The Relations of Ptolemies VIII and IX with the Temple of Chnum at Elephantine', *BASP* 29 (1992) 5–24, esp. 22, n. on l. 46; Bell (1949) 33.

[10] On *philanthropa* in general, see H. Kortenbeutel, 'Philanthropon', *RE* Suppl. VII (1940) 1032–34, Préaux (1961) 263–64, W. Eder, 'Philanthropa', *DNP* 12/2 (2003) 1086 and id., 'Philanthropa', *Brill's New Pauly* 11 (2007) 12–13.

[11] Although G. Lefebvre, the first editor of I.Herm. 4 = SB I 599 ('Inscription Grecque d'Ashmounein', *Bulletin de la Société archéologique d'Alexandrie* 10 [1908] 187–95), thought that the word φιλάνθρωπα meant "amnistie" in this inscription, subsequent editors and commentators considered "traitement spécial" (J. Lesquier, 'Note sur une inscription d'Ashmounèin', *Revue de Philologie* 32 [1908] 224), "bénéfice" (A. J. Reinach in Bulletin épigraphique, *REG* 22 [1909] 328, n. 1) and "privilèges" (É. Bernand in I.Herm. p. 25) more likely.

[12] Cf. C.Ord.Ptol.[2] p. 235 and Wolff (2002) 54.

[13] C.Ord.Ptol.[2] p. 235 and p. 344, index s.vv. Cf. Passoni dell'Acqua (1988) 336.

[14] See footnote 1 above.

[15] In his seminal article entitled 'Revolt Egyptian Style. Internal Opposition to Ptolemaic Rule', Brian C. McGing (1997) used inter alia the evidence supplied by amnesty and *philanthropa* decrees to look for signs of revolt in Hellenistic Egypt. I would like to argue here that the same method applied in the opposite direction is just as valid: using the sources for revolt and crisis to look for evidence for amnesties in Hellenistic Egypt; cf. Wilcken (1920) 405–06 and Wolff (2002) 54. This method converges with the method of looking for *philanthropa* decrees in the search for evidence for amnesty as such decrees tended to be

can be reasonably confident of finding all relevant sources for our study of amnesty in Hellenistic Egypt from those available.

The first two Ptolemies were particularly successful in establishing their dynasty's rule over Egypt and laying the foundations of the Ptolemaic state, which was the longest lasting of the Hellenistic kingdoms, existing for little less than 300 years. While external conflicts were frequent, there is no evidence for any major internal strife necessitating an amnesty under the first two Ptolemies.

Accordingly, the earliest potential evidence for an amnesty in the Ptolemaic empire known to me concerns Egypt's territories in Syria and Phoenicia. The beginning of the document SB V 8008 col. I = C.Ord.Ptol.[2] 21 = C.Ptol.Sklav. I 3 col. I[16] (prov. unknown, April 260 BC) is lost and the first few lines are very lacunose. If the supplements in C.Ord.Ptol.[2] 21.7–11 = C.Ptol.Sklav. I 3 col. I.7–11, and especially in line 9, are correct, it is possible that this section could be understood as containing some kind of penal and economic amnesty (remission of the ἐ̣ννόμιον, [στέφ]ανος and "the ot[her penalt]ies": τῶν λ̣ο̣[ιπῶν or ἄ̣λ̣[λων ἐπιτ]ίμων for former years) for those having failed to register their livestock before the publication of the royal *prostagma* contained in this document.[17]

Chronologically the next attestation of a Ptolemaic amnesty also concerns the empire, rather than Egypt itself. Lines 12–15 of C.Ord.Ptol.[2] 79 = SEG XII 550 (Marion–Arsinoe, Cyprus, c. 260–end of III c. BC), a highly fragmentary inscription, appear to contain an economic amnesty in the form of remission by the king of some sum(s), probably owed for some tax(es). Nothing else can be elicited with certainty from the fragmentary text.

The first signs of any major internal unrest only start to appear under Ptolemy III Euergetes I. Whilst we have three sources respectively mentioning *domestica seditio*,[18] *in Aegypto seditio*[19] and Αἰγυπτίων ἀπόσ[τασις[20] in

published in or after crisis situations in an attempt to solve, remedy and prevent these; cf. Wilcken, ibid.

[16] In addition to the literature collected in C.Ord.Ptol.[2] pp. 38–39, see Pringsheim (1961) II 306–07 = 332–34 and the publications cited there.

[17] Cf. Bagnall – Derow (1981) 243 n. 164, Bagnall – Derow (2004) 113 and also Grundz.Wilck. 175–76 and Liebesny (1936) 271. Cf. further Lenger (1959) 209–10, 215–16 and 218–20.

[18] Justin, *Epit*. 27.1.9.

245 BC or between 245 and 229/228 BC, their precise meaning remains unclear and much disputed.[21] No evidence for an amnesty resolving the conflict survives.

A possible reference to an amnesty in Egypt in Ptolemy III's reign occurs in the Canopus Decree (7th March 238 BC).[22] Describing the benefactions of the king and queen for their people at the time of a low inundation,[23] the passage οὐκ ὀλίγας δὲ τῶν προσόδων ὑπεριδόντες ἕνεκα τῆς τῶν ἀνθρώπων σωτηρίας[24] is found in the Greek version, corresponding to

---

[19] Jerome, *Comm. i. Dan.* 11, 6–9: *FGrHist* II B, 260 F43.

[20] P.Haun. I, 6.15 (III c. BC).

[21] McGing (1997) 274–77 and Veïsse (2004) 3–5, with the previous literature cited in these works.

[22] For the various copies of the Canopus decree, their editions, as well as the divergent textual variants in these copies, see Pfeiffer (2004) 25–40, 57–61, 66–197, Simpson (1996) 2–3, 15–18 and also the most important earlier editions. For copies of the hieroglyphic version, see: Sethe (1904–1916) 124–54 (Tanis and Kom el-Hisn); A. Bayoumi and O. Guéraud, 'Un nouvel exemplaire du décret de Canope', *ASAE* 46 (1947) 373–82 (el-Kab); Lauffray et al. (1970) 73–75 (Karnak) and Sauneron (1957) 67–75 (Tell-Basta) with Tietze – Lange – Hallof (2005) 1–29, esp. 20–21, cf. also Spiegelberg (1922) 3–37.
For copies of the Demotic version, see: Spiegelberg (1922) 3–37 (Kom el-Hisn and Tanis); Lauffray et al. (1970) 73–75 (Karnak), Simpson (1996) 224–41 (Kom el-Hisn and Tanis) and Tietze – Lange – Hallof (2005) 1–29, esp. 8–20 (Tell-Basta).
For copies of the Greek version, see: I.Prose 8 (Momemphis – Kom el-Hisn) = I.Delta, Vol. III pp. 989–1036, no. 1, I.Prose 9 (Tanis), I.Prose 10 (el-Kab) = I.ThSy 37, I.Louvre 1 (Cairo [now in the Louvre]), SEG 55.1816 (Tell-Basta) = Tietze – Lange – Hallof (2005) 1–29, esp. 22–29; see also SB V 8858 = OGIS I 56.

[23] See I.Delta, Vol. III p. 1012, Ch. Onasch, 'Zur Königsideologie der Ptolemäer in den Dekreten von Kanopus und Memphis (Rosettana)', *AFP* 24/25 (1976) 142–43, 150, I.Prose, Vol. II p. 31 and Pfeiffer (2004) 213–20 and 226–29, with the earlier works referred to in these publications.

[24] I.Prose 8.13 = I.Prose 9.16–17, SEG 55.1816.13 = Tietze – Lange – Hallof (2005) 1–29, p. 24 l. 13, in Pfeiffer's German translation (2004) 62: "... indem sie ... einen großen Teil der Steuereinkünfte erließen um der Errettung der Menschen willen, ...". Although SB V 8858.16 = OGIS I 56.16, I.Prose 9.16 (Tanis) and the supplement in SEG 55.1816.13 = Tietze – Lange – Hallof (2005) 1–29, p. 24 l. 13 have ὀλίγα, the facsimile of the Greek version of the Tanis copy of the decree (CG 22817) in J. G. Milne, *Greek Inscriptions*, Catalogue Général des Antiquités Égyptiennes du Musée du Caire (Oxford 1905) p. 6 and the hand copy in S. L. Reinisch and E. R. Roesler, *Die zweisprachige Inschrift von Tanis. Zum ersten Male herausgegeben und übersetzt* (Vienna 1866) plate IV clearly show ΟΛΙΓΑΣ, as is found in l. 13 of the Momemphis – Kom el-Hisn

... ḥr rdj.t sꜣ=sn r ḥtr.w ‹kn.w n-jb-n sꜥnḫ rḫj.t[25] in the hieroglyphic and to jw=w tj.t wy twꜣ=w r ẖ.t=w (n) škr ꜥšꜣy r-ḏbꜣ jp r tj ꜥnḫ nꜣ rmṯ.w[26] in the Demotic versions. It might be suggested that we should see this as a reference to a remission of debts, in other words, an economic amnesty.[27] Whilst such an assumption is entirely possible, perhaps even likely, we cannot be completely certain of it as this is a rather indirect, imprecise and informal reference without any of the official terminology used for amnesties in our later sources.[28] Further, it is uncertain whether the measure described in

---

copy (I.Prose 8 = I.Delta, Vol. III pp. 989–1036, no. 1), which is the only other copy preserving this word.

25 Sethe (1904–1916) 131, l. 9 = Pfeiffer (2004) 95, l. 9, in Pfeiffer's translation (ibid.): "Sie ... erließen viele Steuern, damit sie die Untertanen ernährten."; see also ibid., 96–97. Cf. also Sauneron (1957) 73 (Tell-Basta). According to Sethe's hand copy and apparatus and to Sauneron's edition, the textual differences between the three copies preserving this hieroglyphic passage are minimal.

26 Pfeiffer (2004) 94, T.17 (Tanis) = K.5 (Kom el-Hisn) with 97 and J. F. Quack, 'Weitere Korrekturvorschläge, vorwiegend zu demotischen literarischen Texten', *Enchoria* 25 (1999) 39; see also Spiegelberg (1922) 10 B.17 (Tanis) = A.5 (Kom el-Hisn) and Simpson (1996) 226–27 (Kom el-Hisn and Tanis), in Pfeiffer's translation (ibid. 95): "... indem sie auf viele Einnahmen verzichteten (wörtl.: indem sie ihre Brust fern von ihren Leibern sein ließen in bezug auf viele Steuern) in der Absicht, die Menschen am Leben zu erhalten ...". According to Spiegelberg's hand copy and his as well as Simpson's and Pfeiffer's transliterations, the only difference between the Tanis and the Kom el-Hisn copies of this Demotic passage is the omission of the stroke for the preposition r before tj in the latter copy. The Tell-Basta copy: Tietze – Lange – Hallof (2005) 1–29, esp. 8–20 has not preserved this passage.

27 Cf. Koenen (1957) 20 n. 15 where he seems to consider this passage as a reference to a "Schuldenerlaß", but see ibid. 29. Cf. J. P. Mahaffy, *The Empire of the Ptolemies* (London 1895) 231, notes on ll. 16 and 17; OGIS I p. 99, n. 32; F. Uebel, 'Die frühptolemäische Salzsteuer', in *Atti dell'XI Congresso Internazionale di Papirologia, Milano 2–8 settembre 1965* (Milan 1966) 351–52; Bonneau (1971) 128; Pfeiffer (2004) 96 and 218–19; see also LSJ 9th edn., s.v. ὑπεροράω II: "remit", citing this passage.

28 These phrases are to date unparalleled in our Greek, hieroglyphic or Demotic evidence for amnesty in Hellenistic Egypt. See, however, the use of the Demotic words škr (*Chicago Demotic Dictionary* [http://oi.uchicago.edu/research/pubs/catalog/cdd/], s.v.: 'tax', 'dues', 'revenue' and W. Erichsen, *Demotisches Glossar* [Copenhagen 1954] 525: 'Steuer', 'Abgabe'), wy (*Chicago Demotic Dictionary*, s.v.: 'to be far', ti w(ꜣ)y: 'to cause to be far', 'remove' and Erichsen, ibid., 78: 'fern sein', tj wj: 'sich entfernen lassen') and ꜥšꜣy (*Chicago Demotic Dictionary*, s.v.: 'to be, become numerous', 'numerous', 'many' and Erichsen,

these passages had retrospective force, meaning the remission of arrears accumulated over a period of time in the past, i.e. a fiscal or some other form of economic amnesty, or whether it had prospective force, meaning a reduction of future taxes, rents, tolls and other dues forming part of the royal revenues. Be that as it may, it is entirely possible that the Canopus decree preserves a reference to an economic amnesty for the population of Egypt at the time of a crisis caused by a natural disaster which occurred some time between 246/245 and early March 238 BC.[29]

The reigns of the fourth and fifth Ptolemies are much more promising for our purposes. We know that, in Polybius' view, the shortsighted, desperate measure of arming native Egyptians for the Fourth Syrian War to supplement scarce Macedonian and Greek manpower had the consequence of a native uprising.[30] We do not, however, precisely know how soon after the Ptolemaic victory at Raphia in 217 BC the uprising Polybius refers to happened.[31] The fact is that by the end of Philopator's reign there was revolt in both Upper and Lower Egypt, which the young Epiphanes had to grapple with for most of his reign.

In the decree of Memphis of 196 BC, a copy of which is perhaps antiquity's most well-known inscription, the Rosetta Stone[32] (OGIS I 90 =

ibid., 72: 'viel sein', 'viel') in similar contexts in lines 7–8 and 16–17 of the Demotic version of the Memphis decree (see below).

29 See the discussions of the possible dates of the low inundation mentioned in the Canopus decree in Bonneau (1971) 128–129, n. 614; H. Hauben, 'L'expédition de Ptolémée III en Orient et la sédition domestique de 245 av. J.-C.', *AFP* 36 (1990) 33–35; Huß (2001) 374 and Pfeiffer (2004) 226–28, with the earlier literature cited in these publications. Pfeiffer argues for 241/240 BC (or possibly for 239 BC).

30 Plb. 5.107. Cf. F. W. Walbank, *A Historical Commentary on Polybius*, Vol. I: *Commentary on Books I–VI* (Oxford 1957) 631–32.

31 McGing (1997) 278–85 and Veïsse (2004) 5–7.

32 The most recent edition of the Middle Egyptian hieroglyphic version is Quirke – Andrews (1988). See also Sethe (1904–1916) 169–98 and Spiegelberg (1922) 38–65, 77–86. For another, less reliable, copy of the hieroglyphic version, see CG 22188, published by A. B. Kamal, *Stèles ptolémaiques et romaines*, Catalogue Général des Antiquités Égyptiennes du Musée du Caire, Nos 22001–22208, Vol. I (Cairo 1905) 183–87; see also Sethe (1904–1916) 169–98, id., (1916) 275–314, Spiegelberg (1922) 38–65, 77–86 and Porter – Moss (1934) 50. For a fragment of a third copy, see Devauchelle (1986) 45–47. Below I provide the relevant surviving parts of the hieroglyphic section of only the Rosetta copy as the el-Nobaira copy (henceforth N) = CG 22188 contains a large number of mistakes, omissions and idiosyncratic writings. It is also in need of a

I.Prose 16 = C.Ord.Ptol.² All. 36), in addition to numerous indulgences and benefactions, there are explicit references at several places, in each of the three corresponding hieroglyphic, Demotic and Greek sections, to a raft of measures promulgated by the king that amount to the earliest known certain Ptolemaic amnesty.[33] These consisted of: (1) releasing prisoners and acquitting others of the charges of which they had been accused, constituting a penal amnesty aimed at those imprisoned and those accused of various crimes;[34] (2) of various economic and fiscal measures, constituting an economic amnesty, including the remission of certain state revenues and taxes and the reduction of the rates at which others were paid, aimed at the general population in Egypt,[35] the remission of debts owed to the crown by the

---

clear, modern edition, requiring a great deal of text-critical work, which would far exceed the space limits of this chapter. As far as it is possible to tell, the relevant parts of N confirm the texts of the corresponding Demotic and Greek parts of the Rosetta copy.

The most recent edition of the Demotic version is Simpson (1996) 258–71. See also Quirke – Andrews (1988), Sethe (1904–1916) 169–98, and Spiegelberg (1922) 38–65, 77–86. For a fragment of another copy, see Devauchelle (1986) 45–47.

The most recent edition of the Greek version is I.Prose 16, from which the Greek passages below are cited. Cf. also I.Prose 17 and I.ThSy 241 = I.Louvre 3 = I.Prose 18 for editions of fragments of two other copies of the Greek version of the Memphis decree.

[33] Cf. W. Otto, 'Ägyptische Priestersynoden in hellenistischer Zeit', in W. Spiegelberg and W. Otto, 'Eine neue Urkunde zu der Siegesfeier des Ptolemaios IV und die Frage der ägyptischen Priestersynoden', in *Sitzungsberichte der Bayerischen Akademie der Wissenschaften*, Philosophisch-philologische und historische Klasse, 1926, 2. Abhandlung (Munich 1926) 18–40, esp. 32, Ch. Onasch, 'Zur Königsideologie der Ptolemäer in den Dekreten von Kanopus und Memphis (Rosettana)', *AFP* 24/25 (1976) 148–151, with the previous literature, and Veïsse (2004) 7–9, 164–65, 171–76, 184, 213–17.

[34] Hieroglyphic version: see N 13–14 in Sethe (1904–1916) 175–76 and Spiegelberg (1922) 44 and 79.

Demotic version l. 8: ... nꜣ rmṯ.w r-wn-nꜣw ḏtḥ jrm nꜣw-wn-nꜣw wn lwḥ (r-)ᶜwy=w n sw ᶜšꜣy wy=f r–r=w ...; "... the people who were in prison and those against whom there had been charges for a long time, he released; ..."; transliteration and translation from Simpson (1996) 258–71.

Greek version ll. 13–14: ... τοὺς ἐν ταῖς φυλακαῖς | ἀπηγμένους καὶ τοὺς ἐν αἰτίαις ὄντας ἐκ πολλοῦ χρόνου ἀπέλυσε τῶν ἐνκεκλ(η)μένων· ...; "... those who had been led off to prisons and those who were since long ago under accusation he freed from their charges; ..."; translation from Bagnall – Derow (2004) 270.

[35] Hieroglyphic version: see N 12 in Sethe (1904–1916) 174–75 and Spiegelberg (1922) 43 and 78–79.

people in Egypt and those in the rest of the Ptolemaic empire,[36] the remission of extensive arrears of the temples owing to the royal treasury up to the 8th year (198/197), of the prices of the byssus-cloth not delivered to the treasury, and of that delivered the remission of the cost of verifying it[37] and,

---

Demotic version l. 7: ... pꜣ ḥ·ty pꜣ škr r-wn-nꜣw ꜥḥꜥ (n) Kmy wn-nꜣw qš=f ẖn=w wn-nꜣw wy=f r-r=w n ḏꜣḏꜣ ...; "... of the revenues and taxes that were in force in Egypt he had reduced some or(?) had renounced them completely, ..."; transliteration and translation from Simpson (1996) 258–71.
Greek version l. 12: ... ἀπὸ τῶν ὑπαρχουσῶν ἐν Αἰγύπτωι προσόδων καὶ φορολογιῶν τινὰς μὲν εἰς τέλος ἀφῆκεν, ἄλλας δὲ κεκούφικεν, ...; "... of the revenues and tax-collections existing in Egypt he entirely remitted some and others he has lightened, ..."; translation from Bagnall – Derow (2004) 270.
Whilst it is not absolutely certain that this passage in the three corresponding versions means an amnesty (cf. the relevant passage of the Canopus decree discussed above), the use of the verb ἀφῆκεν in the Greek version, a term frequently used in reference to the act of remission in the sense of an amnesty in Ptolemaic documents, suggests that it is highly likely that an amnesty was meant here.

36 Hieroglyphic version: see N 13 in Sethe (1904–1916) 175 and Spiegelberg (1922) 44 and 79.
Demotic version l. 8: ... [nꜣ sp].w n Pr-ꜥꜣ r-wn-nꜣw (r-)ꜥwy nꜣ rmṯ.w nt n Kmy jrm nꜣ nt n tꜣy=f jꜣw(.t) (n) Pr-ꜥꜣ ḏr=w jw=w jr jp.t ꜥšꜣy wy=f r-r=w ...; "... [the arrear]s which were due to the King from the people who are in Egypt and all those who are subject to his kingship, and (which) amounted to a large total, he renounced; ..."; transliteration and translation from Simpson (1996) 258–71.
Greek version l. 13: ... τά τε βασιλικὰ ὀφειλήματα, ἃ προσώφειλον οἱ ἐν Αἰγύπτωι καὶ οἱ ἐν τῆι λοιπῆι βασιλείαι αὐτοῦ, ὄντα πολλὰ τῶι πλήθει, ἀφῆκεν, ...; "... the royal debts, which both those in Egypt and those in the rest of his kingdom owed and which were many in number, he remitted, ..."; translation from Bagnall – Derow (2004) 270.

37 Hieroglyphic version, Rosetta copy, x+2:] sn ḥm.f r tꜣ mitt irw m dr n pg rdit r pr-nsw wn ẖr gsw-prw ḥnꜥ sṯꜣ mny tr ⸢n⸣ .sn ⸢nfry⸣[t] r[; "] His Majesty cancelled them, likewise the fine linen given to the palace by the temples together with the remainder fixed on cloth for them up to [": transliteration and translation from Quirke – Andrews (1988) 13 and 19. The other relevant parts of the hieroglyphic section of the Rosetta copy have been lost. See also N 23–24 in Sethe (1904–1916) 183–84 and Spiegelberg (1922) 51–52 and 81–82.
Demotic version ll. 16–17: ... wy=f r nꜣ sp.w (n) Pr-ꜥꜣ nt (r-) ꜥwy nꜣ jrpy.w r hn (r) ḥsb.t 9.t jw=w jr jp.t (n) nb ḥḏ pr.t ꜥšꜣy pꜣy=s smt n swn nꜣ šs-nsw.w nt (r-) ꜥwy nꜣ jrpy.w ẖn nꜣ nt-jw=w jr=w (r) pr Pr-ꜥꜣ jrm pꜣ ⸢stꜣ nt mn⸣ (n) nꜣw-jr=w r hn (r) pꜣ ·tꜣ (n) rn=f ...; "... he remitted the arrears that were due to the King from the temples up to Year 9, and amounted to a large total of money and grain; likewise the value of the fine linen that was due from the temples from what is made for the Tresury, and the verification fees(?) of what had been

finally, (3) of the confirmation of the property (rights?) of those *machimoi* and others who, although disloyal during the disturbances, returned, which implies also a political amnesty for them.[38] These measures were aimed at the general population, as well as specific social, political, economic, occupational and legal status groups (priests, disloyal *machimoi*, other dissidents, debtors, prisoners etc.), and clearly constitute penal, economic-fiscal

---

made up to that time; ..."; transliteration and translation from Simpson (1996) 258–71.

Greek version, ll. 28–30: ... ἀφῆκεν δὲ καὶ τὰ ἐν | τοῖς ἱεροῖς ὀφειλόμενα εἰς τὸ βασιλικὸν ἕως τοῦ ὀγδόου ἔτους, ὄντα εἰς σίτου τε καὶ ἀργυρίου πλῆθος οὐκ ὀλίγον· ὡσαύ[τως δὲ] καὶ τὰς τιμὰς τῶν μὴ συντετελεσμένων εἰς τὸ βασιλικὸν βυσσίνων ὀθ[ονί]|ων καὶ τῶν συντετελεσμένων τὰ πρὸς τὸν δειγματισμὸν διάφορα ἕως τῶν αὐτῶν χρόνων· ...; "And he remitted what was owing in the temples to the royal treasury until the eighth year, no small amount of grain and silver; and likewise (he remitted) the prices of the byssus-cloth not delivered to the royal treasury, and of that delivered (he remitted) until the same time the cost of having it inspected; ..."; translation from Bagnall – Derow (2004) 271.

Although Lenger (1948) 129 n. 2 claims that also lines 17–18 and 30–31 of the Greek version of the Memphis Decree (OGIS I 90) contain fiscal amnesties ("décrets d'amnistie fiscale") (lines 14–16 are obviously included in her statement due to economy, generalisation or a mistake), both the context and the wording (lack of mention of debts and/or arrears and of a time limit for the measures, which are explicit elsewhere) of these two passages in both the Greek and the Demotic versions suggest that what is actually meant is tax reduction for the future rather than amnesty for arrears or debts accumulated in the past; see also Lenger in C.Ord.Ptol.[2] All. 36.

38 Hieroglyphic version: cf. N 18 in Sethe (1904–1916) 179, Sethe (1916) 286–87 and Spiegelberg (1922) 46–47 and 80.

Demotic version ll. 11–12: ... ḥn=f s ꜥn r-ḏbꜣ nꜣ nt-jw=w r jy ẖn nꜣ rmṯ.w (n) qnqn jrm pꜣ sp rmṯ j-jr ẖpr ḥr kt-ẖ.t mj.t n pꜣ tẖtẖ j-jr ẖpr (n) Kmy r tj [sṯꜣ=w] st r nꜣy=w mꜣꜥ.w mtw nꜣy=w nkt.w ẖpr ẖr-r=w ...; "... moreover, he ordered concerning those who will return from the fighting men and the rest of the people who had gone astray (*lit.* been on other ways) in the disturbance that had occurred in Egypt that they should [be returned] to their homes, and their possessions should be restored to them; ..."; transliteration and translation from Simpson (1996) 258–71.

Greek version ll. 19–20: ... πρ(ο)σέταξεν δὲ καὶ τοὺς καταπορευομένους ἔκ τε τῶν μαχίμων καὶ τῶν ἄλλων τῶν ἀλλότρια | φρονησάντων ἐν τοῖς κατὰ τὴν ταραχὴν καιροῖς κατελθόντας μένειν ἐπὶ τῶν ἰδίων κτήσεων· ...; "And he ordered that those of the warrior class who came back, and those who returned of the others who held disloyal views in the time of troubles, are to remain in occupation of their own possessions; ..."; translation from Bagnall – Derow (2004) 270–71. See Grundz.Wilck. 27, Sethe (1916) 308, Préaux (1942) 144, n. 3 and Modrzejewski (1951) 196.

and political amnesties, which were combined. Because of their very broad scope and large and numerous target groups, the combination of these wide-ranging measures must in effect have been similar to a general amnesty. These measures were no doubt promulgated by the state, that is the Ptolemaic monarch, in the form of a legislative act (or a series of related legislative acts), a *prostagma* (or a series of these) (l. 19: πρ(ο)σέταξεν), and were clearly intended to stabilise the country's internal situation at a critical point for the survival of the regime by facilitating return to normality under royal control. This wide range of measures, including penal, economic and political amnesties, designed to facilitate reconciliation and the restoration of law and order, which we find for the first time in Hellenistic Egypt on the Rosetta Stone, was to be repeated by the Ptolemaic state, with modifications required by the specific circumstances, during a number of later crises.

The next major upheaval was in fact the greatest of all revolts in the nearly 300 year history of the Ptolemaic state: the Great Theban Revolt between 206 and 186 BC. This uprising, which engulfed Upper and some of Middle Egypt, represented the most serious internal challenge to Ptolemaic rule over Egypt not just militarily but also dynastically. In the course of the revolt, two native Egyptians, Haronnophris and Chaonnophris, were in succession crowned pharaohs of the country in Thebes. We may, therefore, justifiably expect a major government response not just militarily but also in terms of efforts designed to facilitate reconciliation and the restoration of normality.

And indeed, just a month after the news of the defeat of Chaonnophris in Upper Egypt had reached Alexandria, what is now called 'the amnesty decree of 9th October 186 BC' (P.Köln VII 313 [Oxyrhynchos?], cf. C.Ord.Ptol.^{2} 34 and L. Koenen, *Eine ptolemäische Königsurkunde (P. Kroll)*, Klassisch-philologische Studien, Heft 19 [Wiesbaden 1957] passim)[39] was passed by the Ptolemaic government as a direct response to the events.[40] The surviving part of the text, which is a copy of the decree and so does not necessarily preserve the precise original wording,[41] begins with a penal amnesty for those who had fled their homes and were accused of robbery and other charges, except for murder and plundering of temples and

[39] See also A. Jördens' introduction, German translation and brief commentary on this text in Lichtenstein (2005) no. 5, pp. 374–75 (I am very grateful to Professor Jördens for an off-print of this important publication).

[40] Koenen (1962) 11–16 and P.Köln VII p. 64. Cf. also Veïsse (2004) 20, 25, 125, 172–77, 184, 214, 216–17.

[41] Koenen (1957) 8 and P.Köln VII p. 64.

their storehouses. This was probably also to be understood as a political amnesty since it was plausibly meant to facilitate the return and reintegration of rebels into civil society (lines A.1–6). This is followed by a general amnesty for all offences committed until Mesore of the [19th year] (lines A.6–10). What appears to be a third penal and probably also an economic amnesty is contained in lines A.25–27, in which, according to the most recent editor's reconstruction, the ἐπιστάται τῶν φυλακιτῶν, ἀρχιφυλακῖται and φυλακῖται are forgiven for plundering royal property up to the [19th year]. The rest of the text contains a number of economic amnesties. These include: remission of (arrears? for) the [ἐπι]γραφή and another tax (εἰσφορά?) (lines A.10–13);[42] remission of debts up to the 16th year (190/189 BC) for the σιτικὴ μίσθωσις and the χω[ματικόν on royal land, except to hereditary lessees (lines A.13–17); remission of debts for the [ἀργυρι]καὶ π[ρό]σοδοι up to the same year except [...] (lines A.17–19); remission of debts up to the 20th year to owners of vineyards, orchards, [building sites?] and baths (lines A.19–22); remission of debts to the crown from (?) re-sale up to the 19th year (lines A.22–24); remission of debts owed to private individuals (freeing debtors from confiscation) (lines A.24–25); and, finally, remission of (arrears or debts? for)[43] the κληρου[χικόν to various military groups and the *phylakitai* (lines A.27–28).

We may, therefore, conclude that in this decree Ptolemy V's regime deployed, in combination, all three main types of Ptolemaic amnesties which we have already observed: political, penal and economic-fiscal. This surely indicates a very major effort on the government's part to pacify and stabilise the country after two decades of revolt. Finally, the decree also includes measures which were designed to improve the lives of the inhabitants of Egypt by protecting them from official excesses in the form of requisitioning of ships and arbitrary arrest and imprisonment. These measures reinforce the picture of the Ptolemaic regime "pulling out all the stops" in order to restore law and order and normal conditions in the ravaged country.

---

42 The context suggests that we should assume arrears or debts accumulated in the past (and therefore an amnesty) in this passage; I therefore follow the most recent editor's interpretation: P.Köln VII p. 65, 70–71, 76. See also Koenen (1957) 10, 22–24 and C.Ord.Ptol.[2] p. 86, 88.

43 Although the text is highly fragmentary, the context suggests that we could assume arrears or debts accumulated in the past (and thus an amnesty) in the unpreserved part of this passage: cf. Koenen (1957) 33 and C.Ord.Ptol.[2] p. 83.

It has been argued that SB V 8033[44] (P.Baraize) = SB V 7657 (Thebes, 8 Oct.–6 Nov. 182 BC) shows that 'the amnesty decree of 9th October 186 BC' also included an amnesty similar to the one mentioned in UPZ II 161 col. III.57–59 = P.Tor.Choach. 11bis col. III.57–59 (cf. P.Choach.Survey 44 and C.Ord.Ptol.[2] All. 59) (Thebes, 26 June 119 BC) and UPZ II 162 col. V.21–24, col. VII.17–19, 21, col. IX.21–22 and 27–28 = P.Tor.Choach. 12 col. V.21–24, col. VII.17–19, 21, col. IX.21–22 and 27–28 (cf. M.Chr. 31, Jur.Pap. 80, P.Choach.Survey 48 and C.Ord.Ptol.[2] All. 59) (Thebes, 11 December 117 BC) and implied in column II, line x+12 of P.dem. Berlin 13621 recto + P.dem. Cairo CG III 50108 recto + P.dem. Giessen ined. recto (= P.b.u.G. Inv. Nr. 101,3) and less closely similar to the one preserved in P.Tebt. I 5.36–48 = C.Ord.Ptol.[2] 53.36–48 (Kerkeosiris?, Arsinoites, after 28/4/118 BC) (see below for these individual texts).[45] The amnesty mentioned in UPZ II 161 = P.Tor.Choach. 11bis and UPZ II 162 = P.Tor.Choach. 12 and implied in P.dem. Berlin 13621 recto + P.dem. Cairo CG III 50108 recto + P.dem. Giessen ined. recto (= P.b.u.G. Inv. Nr. 101,3) sanctions and legalises property occupation even without valid legal documents (see further below). Whilst it is entirely possible that 'the amnesty decree of 9th October 186 BC' also contained such an amnesty — the lawyer of the *choachytai* in the so-called Hermias case does indeed refer to previous rulers passing such decrees[46] — an important difference between the legal situation in SB V 8033 and those in these other papyri needs to be

---

[44] In addition to the literature cited in Seidl (1962) 127 n. 5, see Wilcken (1935) 292–94; E. Seidl, 'Juristische Papyruskunde', *SDHI* 1 (1935) 452; Préaux (1939) 330, n. 4, 407 n. 1, 409 n. 6; L. Wenger, 'Juristische Literaturübersicht X', *AFP* 15 (1953) 163–73; B. A. van Groningen, 'L'interprétation du papyrus Baraize', *JEA* 40 (1954) 59–62; M. Talamanca, 'Contributi allo studio delle vendite all'asta nel mondo classico', *Atti dell'Accademia Nazionale dei Lincei, Memorie, Classe di Scienze Morali, Storiche e Filologiche*, Ser. VIII, Vol. VI, Fasc. 2 (1954) 81–82 n. 1; Braunert (1955/56) 252 n. 61; Pringsheim (1961) II 298–300 = 324–26, T. C. Skeat, 'Notes on Ptolemaic Chronology', *JEA* 59 (1973) 171–73; Rostovtzeff (1986) Vol. III 1550–51 n. 186 and M. A. Söllner, 'Bemerkungen zur Datierung verschiedener Papyri', *ZPE* 107 (1995) 81.

[45] Seidl (1962) 127, n. 5 with ibid. 6 and A. Jördens in Lichtenstein (2005) 411, introduction to no. 5; see also E. Schönbauer, 'Diokletian in einem verzweifelten Abwehrkampfe? Studien zur Rechtsentwicklung in der römischen Kaiserzeit', *Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Romanistische Abteilung* 62 (1942) 306 (cf. L. Wenger, 'Observations concerning the Papyrus Baraize and the Right of Redemption in Hellenistic Law', *JJP* 3 [1949] 17–18; Schönbauer [1950] 199 and L. Wenger, 'Juristische Literaturübersicht X', *AFP* 15 [1953] 171).

[46] UPZ II 162 col. VII.17–19 = P.Tor.Choach. 12 col. VII.17–19, see also below.

pointed out. In UPZ II 161 = P.Tor.Choach. 11bis, UPZ II 162 = P.Tor.Choach. 12, P.dem. Berlin 13621 recto + P.dem. Cairo CG III 50108 recto + P.dem. Giessen ined. recto (= P.b.u.G. Inv. Nr. 101,3) and in P.Tebt. I 5.36–48 = C.Ord.Ptol.[2] 53.36–48 the amnesties appear to concern those who took property into possession without any legal title. In SB V 8033, however, the new owner of the 53 arouras, Pemsais, acquired this land perfectly legally from the state in an auction for selling off ownerless property. Thus, it seems to me that his claim to ownership of this land does not necessarily presuppose an amnesty similar to those found in the aforementioned papyri but could well have been based on his legally valid purchase from the state.[47] In spite of this important difference, the general historical and legal background to all these texts is the same: the greatly confused situation in terms of property ownership after periods of violent political unrest[48] and the Ptolemaic state's efforts to deal with this in order to return the country to law and order and to normalise the legal and economic circumstances.

Approximately a year after 'the amnesty decree of 9th October 186 BC', in the 21st regnal year of Ptolemy V (185/184 BC)[49] the so-called 'First' Decree of Philae (or Philensis I) was issued at Memphis. It survives in two, much damaged, copies: a bilingual hieroglyphic-Demotic copy carved onto the wall of the mammisi on Philae,[50] and a hieroglyphic fragment on a stone block found in the temple precinct of Dendera.[51] Although no precise, up-to-date text edition of the Philae copy of this important decree is as yet available,[52] the general sense of the relevant passages is reasonably clear:

---

[47] Cf. Schönbauer (1950) 203, 207–08; Pringsheim (1961) II 306–07 = 332–34 and Seidl, (1962) 127.

[48] Cf. Préaux (1942) 144–45.

[49] For the date, see Hoffmann (2000) 173 and Veïsse (2004) 199; the date "184 BC" in Simpson, (1996) 6 is incorrect.

[50] Sethe (1904–1916) 198–214, W. M. Müller, *The Bilingual Decrees of Philae*, Egyptological Researches, Vol. III (Washington 1920) 31–56 and Winter (1982) 1027–28. Cf. Sethe (1916) 275–314, esp. 282–84 and Simpson (1996) 6 and 13–14.

[51] Daumas (1958) 73–82 and Winter (1982) 1027–28. Cf. Simpson (1996) 6 and 13–14.

[52] Both the hieroglyphic and the Demotic versions of this text are greatly damaged, lacunose and replete with orthographical and philological problems. Further, the editions, transliterations and interpretations by Sethe and Müller are divergent on numerous points. Producing a reliable, up-to-date edition, transliteration and translation of the passage in question would, therefore, involve work on the originals and is not possible here. Here I merely content myself with reproducing Daumas' French composite translation (Daumas [1958] 78–

the king grants the priests an economic amnesty in the form of remission of arrears up to the 19th year of various priestly taxes and of byssus deliveries by the temples to the treasury. Given the fact that Upper Egypt had been in a state of revolt up 186 BC, this measure by Ptolemy V must surely be interpreted as part of his "Realpolitik" towards the temples within his wider attempt to re-establish his rule over southern Egypt.[53]

But the re-established peace in Egypt did not last long. Less than 20 years later, probably between July 168 and January 167 BC, the revolt of Dionysios Petosarapis broke out. It affected Alexandria and Lower Egypt but then trouble spread to the Arsinoite nome and other parts of Middle Egypt. Diodorus (XXXI 17b) tells us that there was also an uprising in the Thebaid, with Panopolis as its strongest bastion. It seems probable that the revolts

---

79), made on the basis of both the Philae and the Dendera copies of the hieroglyphic text, which translation appears to reflect accurately the general sense of both the hieroglyphic and the Demotic versions (in italics the text of the Dendera copy, in square brackets the text which survives only on the Philae copy is provided): "*(Puisqu') elle a remis (?) les arriérés d'impôt de Sa Majesté qui demeuraient* [à leur charge jusqu'à la 19ème année, à savoir, les impositions concernant la subsistance ainsi que les fonctions de prophète qui restaient à leur charge, de même ce qui concerne tout bien partagé] *aux prêtres ainsi que les biens des "administrateurs" que Sa Majesté avait remis jusqu' à la 19ème année: à savoir, sesenu et grains ainsi que tous les autres biens en leur entier, <elle> les abandonna également.* [Elle] *renonça* [aussi aux étoffes de lin qui n'avaient pas été tissées, c'est-à-dire, le toile de byssus faite pour le palais dans les temples jusqu' à la 19ème année.]" See also Sethe (1916) 283 and Hoffmann's German translation ([2000] 173) of parts of the relevant passage in lines 5–6 of the Demotic version of the Philae copy: "Er (= der König) erließ [ihnen die(?) ausstehenden(?) Abgaben(?) an(?) den(?) König(?), die] zu ihren Lasten [(waren =) gingen] bis Jahr 19 ... Er erließ ihnen die Byssos(lieferungen), die [bis Jahr 19] von den [Tempeln] nicht geleistet worden waren.".

Cf. also Koenen (1957) 20 n. 15, 23 and 26. Koenen's interpretation (23) of the beneficiaries of this amnesty as consisting of "die Priesterschaft und *die lokalen Verwalter*" (my italics), which probably rests on his understanding of the title ª‡d-mr n‡tr, appears incorrect in the light of the commentary on this title, provided by Daumas on page 78 n. 9, who shows that this was a priestly title.

Müller (35) understood the immediately following sections of both the hieroglyphic and the Demotic versions as containing a further amnesty, which has been shown to be erroneous by both Sethe's (203) and Daumas' (79) interpretations.

[53] Cf. Hoffmann (2000) 173. On this decree, see further Veïsse (2004) 172, 199 and 214.

were finally suppressed in the autumn or towards the end of 164.[54] The situation was exacerbated by the dynastic strife which erupted at the same time between Ptolemy VI Philometor and his sister-wife Cleopatra II, on the one hand, and Ptolemy VIII, on the other. By mid-August 163, however, a reconciliation was brought about.[55] Although it is customary to see the government amnesty issued following this as a measure designed to celebrate the reconciliation of the joint rulers after their strife,[56] the historical circumstances and the wording of the letter (UPZ I 111 = C.Ord.Ptol.^{2} 35 [Memphis])[57] sent by Philometor to Dionysios, *strategos* of the Memphite nome, and dated 22nd September 163 BC suggest that it was designed to achieve much more than that. This royal letter refers to a general penal amnesty up to 17th August 163: Ἀπολελυκότες ⟦πάντας⟧ πάντας τοὺς | ἐνεσχημένους ἔν τισιν ἀγνοήμασιν | ἢ ἁμαρτή`μα´σιν ἕως τῆς ιθ τοῦ Ἐπείφ ... (C.Ord.Ptol.^{2} All. 41 = UPZ I 111.2–4 = C.Ord.Ptol.^{2} 35.2–4). It is obvious that these few words present but a short reference to the full text of what must have been a far more extensive and detailed amnesty decree. Further, Wilcken convincingly argued that the word τισιν implies that not all involuntary and voluntary crimes were subject to amnesty and that, on the basis of parallels (esp. P.Tebt. I 5 col. I.5 = C.Ord.Ptol.^{2} 53 col. I.5, C.Ord.Ptol.^{2} 53bis.5–6 and C.Ord.Ptol.^{2} 53ter.5, see below), wilful murder (φόνος ἑκούσιος) and sacrilege (ἱεροσυλία) must have been exempted from the amnesty.[58] Given the political circumstances, the revolts and dynastic conflict, in the years immediately preceding this decree, it is highly likely that this was not just a penal amnesty issued to mark and celebrate an important political event but also, far more importantly, a political amnesty intended to reach out comprehensively to all opposition groups to Ptolemy VI's rule, both those supporting Ptolemy VIII and also the various recent rebel groups and their power bases in the *chora*. The intention behind this amnesty must have been to re-establish political stability and law and order through reconciliation. This royal letter shows clearly that the new regime was keen to ensure the efficient putting into practice of the stipulations of

[54] Hölbl (1994) 157–59, McGing (1997) 289–95, Huß (2001) 563–71 and Veïsse (2004) 27–45, with the previous literature cited in these works.

[55] Smith (1968) 209, Hölbl (1994) 159–160, Huß (2001) 563–71 and Veïsse (2004) 27–45, esp. 27, 44–45, with the earlier literature.

[56] Smith (1968) 209 and McGing (1997) 294. See also UPZ I p. 497. On this amnesty, see further Veïsse (2004) 174 and 224.

[57] See also, Koenen (1957) 4–7.

[58] UPZ I pp. 499–500.

the amnesty[59] out of concern for the people of the *chora* (lines 6–7: ὅπως τὰ δίκαια γίνηται τοῖς ἀνθρώποις ...) and, ultimately, with a view to political stability.

An amnesty is referred to in P.Mil. II 32.10–11[60] = SB VI 9508.10–11 = C.Ord.Ptol.[2] All. 107[2] (Lykopolis, 160–159? BC) where the phrase ἀπολ[έλυμαι δή?]που διὰ τοῦ τῶν φιλανθρώπων προστά|γματος is found in connection with an alleged crime, namely the destruction of a house.[61] Unfortunately, we have no more specific information about this amnesty but this phrase and its context suggest that it was included in a royal legislative act, an ordinance (*prostagma*) of indulgences,[62] and that it was a penal amnesty for crimes, such as destruction of property, committed during a revolt.[63] It has plausibly been argued that the amnesty referred to in this papyrus is identical with that mentioned several years earlier in UPZ I 111.2–4 = C.Ord.Ptol.[2] 35.2–4.[64] This appears to be supported by not only the identical type (penal) of the two amnesties and the identical choice of word (P.Mil. II 32.10: ἀπολ[έλυμαι; UPZ I 111.2: ἀπολελυκότες), but also by the chronology and the historical circumstances (revolt in Middle and Upper Egypt).

If this probable identification is indeed correct, then the general amnesty issued by Ptolemy VI probably on 17th August 163 BC was included in a royal ordinance of indulgences (φιλανθρώπων πρόσταγμα). Further, it appears reasonable to assume that, as seems to have been standard Ptolemaic practice and as was indeed the case specifically in the amnesty referred to in the Memphis decree, in the amnesty of 186 BC and that of 118 BC preserved in P.Tebt. I 5 (see below), in addition to a penal amnesty which was plausibly also meant as a political amnesty, this royal *prostagma* of indulgences also included an economic amnesty or amnesties in order to provide comprehensive measures for restoring law and order and normal economic life in the country.

[59] Cf. C.Ord.Ptol.[2] p. 89 and Modrzejewski (1951) 188.
[60] Reedition by Armoni (2004) 162–64.
[61] Ibid. 163.
[62] On the basis of the methodological discussion at the beginning of this chapter, I prefer this translation of τοῦ τῶν φιλανθρώπων προστάγματος to the most recent editor's "Amnestieerlaß" (162); see also 163. Cf. also S. Daris' translation "decreto di privilegio" in 'Dai papiri inediti della raccolta milanese', *Aegyptus* 38 (1958) 47.
[63] Armoni (2004) 163–64.
[64] Ibid.

To Euergetes II's reign belongs an inscription from Cyprus (C.Ord.Ptol.[2] 41–42 = SEG XXXVII 1372 = I.Kition 2017 [Kition, 145/144 BC])[65] which contains parts of an amnesty decree or decrees, promulgated most probably in his 26th regnal year, the precise historical context of which is unclear. M.-Th. Lenger has suggested that this inscription is perhaps a collection of excerpts from various royal *prostagmata* with special local relevance.[66] The text refers to a penal amnesty for those who had fled their homes (lines 3–5) and to a partial restitution of their property, i.e. an economic amnesty (lines 5–6).[67] In the wider historical context of the times, that is, regime change with Euergetes II establishing his rule over the whole of the Ptolemaic empire, these measures must imply a political amnesty as well. Finally, the remission of certain arrears due from the soldiers to the treasury is also included, which again amounts to an economic amnesty (lines 7–10).[68] It is perhaps to the measures of the same *prostagma* or *prostagmata* that BGU

---

[65] In addition to the literature collected in C.Ord.Ptol.[2] pp. 96–97, see Modrzejewski (1951) 191, Rostovtzeff (1986) Vol. III, 1550–51 n. 186, Lanciers (1988) Vol. II 424–26 (SEG 38.1671), Veïsse (2004) 165, 174–75 and A. Jördens' introduction and German translation of this text in Lichtenstein (2005) no. 7, pp. 376–77; cf. also SEG 31.1325.

[66] C.Ord.Ptol.[2] pp. 95–96. See also M. Yon, *Kition dans les textes; Testimonia littéraires et épigraphiques et* Corpus *des inscriptions*, Kition-Bamboula V (Paris 2004) 248.

[67] It is possible that lines 1–2 preserve the end of a general penal amnesty: see the supplements by Mitford (1938) 295, id. (1939) 32, SEG 12.548, F. Piejko, 'The "Second Letter" of Alexander the Great to Chios', *Phoenix* 39 (1985) 243–44 (SEG 35.1452), id., 'An Act of Amnesty and a Letter of Ptolemy VIII to his Troops on Cyprus', *AC* 56 (1987) 254 (SEG 37.1372) and the comments by Mitford (1938) 296, id. (1939) 33 ("extracts from a general amnesty"), Modrzejewski (1951) 191 ("extracts from general amnesty decree") and Lenger (1956) 446–47, with the earlier literature.

[68] Lenger (1948) 129 n. 2, Lenger (1956) 451–53 and C.Ord.Ptol.[2] p. 96. The interpretation of line 7 is uncertain. On the basis of an earlier suggestion (M. Segre, 'Documenti di storia ellenistica da Cipro', *Annuario della Scuola Archeologica di Atene e delle Missioni Italiane in Oriente* 27–29, n. s. 11–13 [1949–1951] 341–42 and SEG XII 548.10), Lenger (1956) 450–51 and C.Ord.Ptol.[2] p. 101 interpreted it as referring to the reintegration of rebellious elements of the military whereas F. Piejko, 'An Act of Amnesty and a Letter of Ptolemy VIII to his Troops on Cyprus', *AC* 56 (1987) 254, 256 (SEG 37.1372) took it to refer to a fiscal amnesty for soldiers. Whilst not ruling out Lenger's suggestion completely, the lack of passages in other Ptolemaic amnesty decrees that would fit with her understanding, and the parallels offered by Piejko make his interpretation more likely.

VI 1311 = C.Ord.Ptol.[2] All. 107 (Tentyrites) from 145 or, more likely, from 134 BC refers.[69]

If Wilcken’s and Lenger’s plausible argument is correct,[70] fragments of the same royal *prostagmata* are preserved in P.Tebt. III 699 = C.Ord.Ptol.[2] 43 (Tebtynis, Arsinoites, 135–134 BC), a copy written, on their argument, ten years later. Lines 1–2 (with supplements) of this highly fragmentary text imply an amnesty for illegal purchases of various priestly offices. The *prostagma* confirms ownership of these by their present owners, which probably means a penal and economic amnesty for those who acquired them irregularly.[71]

It is highly probable that references to the same wide-ranging amnesty decree as the one fragments of which have been preserved in C.Ord.Ptol.[2] 41–42 = SEG XXXVII 1372 = I.Kition 2017 and P.Tebt. III 699 = C.Ord.Ptol.[2] 43 (see above) and which was promulgated by Euergetes II in his 26th regnal year are found in two documents forming part of the well-known archive of the Theban *choachytai*. UPZ II 161 col. III.57–59 = P.Tor.Choach. 11bis col. III.57–59 (cf. P.Choach.Survey 44 and C.Ord.Ptol.[2] All. 59) (Thebes, 26 June 119 BC) and UPZ II 162 col. V.21–24, col. VII.17–19, 21, col. IX.21–22 and 27–28 = P.Tor.Choach. 12 col. V.21–24, col. VII.17–19, 21, col. IX.21–22 and 27–28 (cf. M.Chr. 31, Jur.Pap. 80, P.Choach.Survey 48 and C.Ord.Ptol.[2] All. 59) (Thebes, 11 December 117 BC), both key texts for the court case of Hermias and the *choachytai*, mention φιλανθρώπων πρόσταγμα or προστάγματα published in the 26th year περὶ τῶν κεκρατηκότων or περὶ τῶν κρατήσεων, that is, about (those) taking property into possession. In UPZ II 162 col. VII.17–19 = P.Tor.Choach. 12 col. VII.17–19 it is even stated that not only the ruling monarchs but also their ancestors published such decrees (κατὰ τὰ | προεκκείμενα αὐτῶν τε καὶ τῶν προγόνων προστάγματα περὶ τῶν | κεκρατηκότων), which suggests that even

[69] Otto – Bengtson (1938) 26–27, n. 4, Lenger (1953) 491 and C.Ord.Ptol.[2] p. 266. Cf. also Koenen (1957) 29.

[70] Wilcken (1935) 147 and M.-Th. Lenger in C.Ord.Ptol.[2] pp. 102–03, 129 and (1956) 442–43, 453–54, who dates the ordinances in P.Tebt. III 699 = C.Ord.Ptol.[2] 43 to "145/4 avant J.-C.". See also Otto – Bengtson (1938) 26–27, n. 4 and Veïsse (2004) 175 n. 62.

[71] On this papyrus, see also Koenen (1957) 31. For a close parallel, see P.Tebt. I 5.79–82 = C.Ord.Ptol.[2] 53.79–82 below.

before Euergetes II's reign such royal ordinances had been promulgated.[72] In these two documents the *prostagmata* in question are used as part of the *choachytai*'s justification for their continued occupation and possession of the house property forming the object of the dispute between them and Hermias and for rejecting his claim to ownership. These *prostagmata* apparently allowed those occupying properties without any legal documents to possess them (UPZ II 162 col. V.21–24 = P.Tor.Choach. 12 col. V.21–24: Παρέθετο δὲ καὶ μέρη ἐκ τῶν | περὶ τῶν φιλανθρώπων προσταγμάτων περὶ τοῦ τοὺς κεκυ|ριευκότας τινῶν καὶ μὴ δυναμένους [π]ạρατίθεσθαι τὰ κατ' αὐτῶν | συμβόλαια ἐᾶν κρατεῖν.),[73] which clearly implies an amnesty with legal and economic aspects for them. The obvious point of such an amnesty must have been to legalise and regularise the confused property ownership conditions in the country on the basis of the status quo after a particularly turbulent period. The fact that the government chose to publish an amnesty for such individuals shows that this must have been a widespread problem and that it could find no better way of dealing with this problem, which indicates the scale of the upheaval causing this situation. This is very similar to the governmental approach we find reflected in a special group of documents concerning amnesties for irregularities in cleruchic land holding (see below).

It has been plausibly argued that the same amnesty[74] is indirectly referred to in P.dem. Berlin 13621 recto[75] + P.dem. Cairo CG III 50108 recto[76] +

---

[72] Cf. the possibility that 'the amnesty decree of 9th October 186 BC' contained such an amnesty; see SB V 8033 above. Cf. also U. Wilcken in UPZ II p. 83, n. 3, Lenger (1953) 491 and C.Ord.Ptol.[2] p. 253.
From the context it does not seem impossible to me that this is a mere rhetorical exaggeration on the part of the *choachytai*'s lawyer, especially because this rather vague claim is made only here. In C.Ord.Ptol.[2] M.-Th. Lenger does not list this reference as a separate allusion to one or more earlier royal *prostagmata*.

[73] On these *prostagmata*, in addition to the literature already cited, see UPZ II p. 60 n. on lines 57ff., p. 79 n. on 5, 21ff., pp. 82–83 n. on 7, 13ff., p. 88 n. on 9, 20–22, p. 89 n. on 9, 26 ff., P.Tor.Choach. p. 154 n. w, p. 155, pp. 157–58 and p. 196 n. g. Cf. also Veïsse (2004) 174–75.

[74] Mrsich (1984) 205–82. See, however, Koenen (1962) 11–16, esp. 15, who, on the basis of a partially different reading of the date in col. II.x+12 (ed. princ.) = §5 (Seidl, see below, and Mrsich, see above), identified this amnesty with one decreed on 9th October 186 BC, and who argued that this Egyptian legal book was composed between 9th October 186 and Ptolemy V's death in 180 BC. Seidl (1962) 6–7 argued that this decree was published between October 186 and 181 BC. Cf. also Mrsich (1984) 272–73.

P.dem. Giessen ined. recto (= P.b.u.G. Inv. Nr. 101,3)[77] (Hermupolis?[78]), a Demotic papyrus written probably between 145/144 and 118 BC,[79] perhaps in 142/141, Ptolemy VIII’s 29th regnal year.[80] In column II, line x+12 (ed. princ.) = §5 (Seidl and Mrsich) of this highly fragmentary papyrus, which preserves parts of an Egyptian legal book, the instruction to law courts is found that no case should be heard in disputes about property or possessions which had been taken away, according to Mrsich’s reconstruction, before (the end of)[81] regnal year 20[+ 5?] and then remained in the possession of the defendant until the date of the complaint. This probably implies the same amnesty for those taking property into possession without any legal title as the one mentioned in UPZ II 161 = P.Tor.Choach. 11bis and UPZ II 162 = P.Tor.Choach. 12 (see above) and published in Ptolemy VIII’s 26th year, that is, 145/144 BC.

It is customary to identify the φιλάνθρωπα decree referred to in P.Tebt. III 739.40–45 = C.Ptol.Sklav. II 244.40–45 = C.Ord.Ptol.[2] All. 48 (Tebtynis, Arsinoites, 163 or 145? BC) either with the one issued by Ptolemy VI Philometor in 163 BC (see above) or with the one promulgated by Ptolemy VIII Euergetes II in his 26th regnal year (145/144 BC) (see above).[82] Lines

---

75 Spiegelberg (1929) and Mrsich (1984) 205–82. See further Seidl (1962) 3–7, 92, 95, 127, n. 5, Seidl (1929) 30, 62–74, 76, 84, San Nicolò (1930) 184–187, Seidl (1932) 210–26 and the literature collected in Mrsich, ibid., 209 and notes 15*–16*.

76 K. Sethe and W. Spiegelberg, 'Zwei Beiträge zu dem Bruchstück einer ägyptischen Zivilprozeßordnung in demotischer Schrift': I. K. Sethe, 'Bemerkungen zu dem veröffentlichten Texte', II. Spiegelberg (1929) and W. Spiegelberg, *Die demotischen Denkmäler*, III, *Demotische Inschriften und Papyri*, Catalogue Général des Antiquités Égyptiennes du Musée du Caire (Berlin 1932) 77, no. 50108.

77 E. Seidl in KurzberichteGiessen XVI and U. Kaplony-Heckel in Kurzberichte-Giessen XLII 16–17, with the earlier literature listed there.

78 Kaplony-Heckel (1986) 56 and 59 note 14, ead., in KurzberichteGiessen XLII 13–14, 16–17, 34 n. 6 and BL Dem B 579.

79 Mrsich (1984) 272–80.

80 Mrsich (1984) 274, 280 and U. Kaplony-Heckel, *Die demotischen Tempeleide*, Ägyptologische Abhandlungen, Band 6 (Wiesbaden 1963) Teil I, 9–10, n. 2. Some of Mrsich’s bibliographic references are unfortunately incorrect: e.g. "1960" on p. 265 n. 89*, p. 273, p. 275 and "1723" in note 94*.

81 Mrsich (1984) 278–79.

82 On the problem of dating this papyrus and the decree mentioned in it, see P.Tebt. III 739 introduction, Otto – Bengtson (1938) 26–27, n. 4, Lenger (1953)

43–45 preserve a fragmentary quotation from the decree, which appears to contain a complete penal amnesty for all involuntary and voluntary crimes, accusations, condemnations and charges for a certain, unspecified, group of people and perhaps their children in a wording closely similar to that of other Ptolemaic penal amnesties:[83] ἀπολελύσθαι ἀ[γνοημάτων καὶ ἁμαρτημάτων] | [καὶ ἐγκλημ]ά̣των καὶ καταγω[σμάτων καὶ .... καὶ] | αἰτ̣[ιῶν πασῶ]ν̣ αὐτούς τε καὶ τὰ̣ [τέκνα ?.

A long and fragmentary papyrus written in 137 BC or later is P.Lips. II 124 (Herakleopolites or Arsinoites?), which preserves copies of four[84] different documents concerning tax matters of *katoikoi*, with an account of grain owed (?) in various kinds of tax at the end, all drawn up between the years 158/157 and 138/137 BC.

Part I of this text contains what is probably a fragmentary copy of a petition to the monarchs Ptolemy VI and Cleopatra II (or Ptolemy VIII and Cleopatra II), written in 149/148 BC (or 138/137 BC), which concerns various taxes demanded allegedly wrongly from two groups (τοὺ̣ς τ̣ο̣ιούτους and τοὺς ἄλλους) of *katoikoi*. From lines 8–10 it is clear that one of the two groups (τοὺς ἄλλους) had not paid these up to the 32nd regnal year (150/149 BC [or 139/138 BC]). The petitioner, probably a high official in the administration of the *katoikoi*, asks for this group not to be bothered about these taxes, in accordance with the royal decrees issued also then (κατὰ | τὰ καὶ νῦν προστεταγμένα). After the end of the document, in line 11 the royal assent to the petition is recorded for a group described as οἱ ἕως τοῦ νῦν μεταβεβηκότες[85] but the relationship of this group to the two groups mentioned above in the text is not clear from the fragmentary document, only the end of which remains. Was this group identical with either or was this group perhaps a sub-category of either or both? If the οἱ ἕως τοῦ νῦν μεταβεβηκότες were identical with or a sub-category of οἱ ἄλλοι and

490, n. 38, Koenen (1957) 3 n. 4, C.Ord.Ptol.[2] pp. 250–51, P. Hels. I pp. 31–32 and P.Heid. IX pp. 89–90, notes on lines 3–6.

[83] See, for example, P.Köln VII 313 A.4 and UPZ I 111.2–4 = C.Ord.Ptol.[2] 35.2–4 above and P.Tebt. I 5.2–4 = C.Ord.Ptol.[2] 53.2–4, SB VIII 9899a.2–4 = C.Ord.Ptol.[2] 53bis.2–4, SB VIII 9899b.2–4 = C.Ord.Ptol.[2] 53ter.2–4, P.Tebt. I 124 col. II.23–24 = C.Ord.Ptol.[2] 54.1–2 and BGU IV 1185.6–8 = C.Ord.Ptol.[2] 71.6–8 below.

[84] The relevant entry in HGV mentions, under "Erwähnte Daten", copies of five different documents, which must be due to an oversight.

[85] In the editor’s German translation in P.Lips. II p. 11: "die bis jetzt (zu den Katöken) gewechselt haben".

if the monarchs considered demanding the taxes in question from this group of *katoikoi* to be legally correct, the royal assent to the petition amounted to an economic and penal amnesty for them, forgoing the unpaid taxes due up to regnal year 32 and the legal sanctions for their non-payment. If, however, either or both of these conditions are not fulfilled, we cannot assume an amnesty on the basis of this document.

In late 132 BC civil war broke out between Ptolemy VIII Euergetes II and his sister Cleopatra II. The situation was exacerbated by a revolt in the Thebaid and later in Middle Egypt in 131–130, led by an Egyptian called Harsiesis, who managed to appropriate 90 talents from the royal bank in Thebes and to set himself up as pharaoh.[86] The civil war was ended by the reconciliation of the warring Ptolemaic factions in 124 BC, which was marked by the well-known 'amnesty decree' of 118 BC, by far our longest and most detailed source for amnesties in Hellenistic Egypt and the whole Hellenistic world.[87] As in earlier amnesties, here too we may observe a combination of measures including penal, legal, political, economic and fiscal amnesties, completed by royal benefactions.

The document opens with a general amnesty to all subjects of the Ptolemaic kingdom for all involuntary and voluntary crimes, accusations, condemnations and charges up to 9th Pharmouthi of the 52nd year (28th April

---

[86] McGing (1997) 295–96, with the earlier literature. See, however, Veïsse (2004) 48–52, 83–84, 237 and ead., 'L’expression 'ennemi des dieux': *theoisin echthros*', in *Faces of Hellenism; Studies in the History of the Eastern Mediterranean (4th Century B.C. – 5th Century A.D.)*, ed. P. Van Nuffelen, Studia Hellenistica 48 (Leuven, Paris, Walpole MA 2009) 169–77.

[87] The decree survives in three different copies, all greatly fragmentary: P.Tebt. I 5 = C.Ord.Ptol.^{2} 53 (Kerkeosiris?, Arsinoites, after 28/4/118 BC), SB VIII 9899a = C.Ord.Ptol.^{2} 53bis (Kerkeosiris, Arsinoites, c. 100 BC) and SB VIII 9899b = C.Ord.Ptol.^{2} 53ter (Kerkeosiris, Arsinoites, after 26/6/113 BC). See also A. Jördens’ recent German translation of P.Tebt. I 5, together with an introduction and a brief commentary, in Lichtenstein (2005) no. 8, pp. 377–82. Because of the extensive length of the relevant parts of this text and because of the easy accessibility of these papyri’s editions, only summaries of these are provided below. Where the three copies complete each other, the fullest composite text is used. On this decree in general, see also L. Wenger, 'Rechtsurkunden aus Tebtynis', *AFP* 2 (1903) 483–98, F. Preisigke, 'Die Friedenskundgebung des Königs Euergetes II.', *AFP* 5 (1909) 301–16, Lenger (1944) 124–26, ead., (1948) 121, n. 3, Rostovtzeff (1986) Vol. II 878–81 and Veïsse (2004) 2, 62, 140–41, 165, 175, 217.

118), except to those guilty of wilful murder and sacrilege (lines 1–5 = Jur.Pap. 69.1–5).[88]

This is followed by an amnesty specifically for those who fled their homes being guilty of robbery or subject to other charges (lines 6–9).[89] They are now ordered to return to their homes and to resume their previous occupations. Their possessions which have in the meantime been seized but not yet sold are now restored to them. In the context of civil war and revolt, these measures should not be seen as a purely penal and economic amnesty but also as a political amnesty as they surely affected and were meant to affect not just career criminals and opportunistic breakers of the law but also the followers of the various warring members of the royal dynasty, as well as the anti-Ptolemaic rebels in Upper and Middle Egypt.[90]

The text continues with a long list of further measures amounting to economic and penal amnesties: the remission of various taxes, arrears and debts due to the royal treasury and of various penalties incurred in connection with a wide range of crimes, offences and irregularities to a large variety of socio-economic, occupational and status groups of the population. First of these is a remission of arrears up to the 50th year in respect of rents in corn and money taxes[91] except to hereditary lessees who have provided a surety (lines 10–13). Likewise, arrears for various taxes including the *hemiartabion*, the *diartabia*, the *phylakitikon*, the *naubion* and similar dues, the *chomatikon* and an illegible tax are remitted up to the same time (lines 14–16). Further, arrears for the *apomoira*, the *eparourion*, the rents and some other, unpreserved, sources of income are also remitted up to the same period (lines 17–18). Likewise, the rulers remitted some further debt but the section, preserved only in SB VIII 9899b.18 = C.Ord.Ptol.^{2} 53ter.18, is too fragmentary to restore its precise meaning. They also remitted the debts of soldiers to the treasury for arms and various other goods (lines 19–21).[92]

---

[88] Cf. Taubenschlag (1916) 7–8, 67–68 and UPZ I p. 499.

[89] See Grundz.Wilck. 27. An interesting insight into the troubled circumstances of the times is provided by UPZ II 196 = P.Tor.Amen. 8 = C.Ptol.Sklav. I 97b (Thebes, 20 Nov.–19 Dec. 116 BC), esp. l. 27, with Wilcken's commentary on l. 27 in UPZ II p. 210, correcting his earlier interpretation of this text in Grundz.Wilck. 27, which seems to suggest assuming an amnesty behind this line. See also P.Tor.Amen. p. 67, p. 74 n. j and n. o.

[90] Cf. Préaux (1942) 144, n. 3.

[91] But see Bagnall – Derow (2004) 96 : "... in respect to the farming of the grain tax and the money taxes ...".

[92] Cf. W. Huß, 'Eine umstrittene Passage im ptolemaiischen Amnestie-Erlaß des Jahres 118', *ZPE* 96 (1993) 217–19.

Further down the text, the rulers also decreed that all holders of *kleroi*, of sacred land and of land ἐν ἀφέσει, both those who encroached upon royal land and all others who held more land than they were entitled to, would, on giving up all excess land, declaring themselves and paying one year's rent, be released from arrears up to the 51st year (lines 36–43).[93] They also confirmed the land holdings of various categories of native soldiers and freed them from accusation and interference (lines 44–48),[94] which amounts to a legal amnesty. Next, they remitted to everyone the arrears of the *leitourgikon* due (line 49).

In a later part of this papyrus, amnesties for various priestly categories and temple office-holders are announced. First, the rulers remitted to the *epistatai* of the temples, the chief priests and the priests the arrears for the *epistatika* tax and the values of the linen cloths up to the 50th year (lines 62–64 = W.Chr. 65.62–64). Similarly, they remitted to holders of honourable offices, posts as prophet or scribe or of other functions in the temples the arrears owed for certain emoluments up to the 50th year (lines 65–67 = W.Chr. 65.65–67). Further, they also remitted the penalties to those who obtained more emoluments than their due up to the same period (lines 68–69 = W.Chr. 65.68–69). They granted similar remissions to office-bearers in the lesser temples and various shrines (lines 70–72 = W.Chr. 65.70–72). This list of amnesties concerning priests and temple office-holders is continued in a badly damaged section, the grammatical structure of which suggests, as far as it is possible to see, that it was also an amnesty (lines 73–76 = W.Chr. 65.73–76).[95] It appears to concern individuals who "possessed" temples but beyond this little can be established with certainty. Finally, lines 79–82 (= W.Chr. 65.79–82) confirm the temples' ownership of various priestly offices which have been purchased, which appears to imply a penal and economic amnesty for the illegal acquisitions of these.[96]

Lines 104–18 are badly damaged and most of the writing is lost. The remaining text however suggests according to the editors of the *editio princeps* that "the sense of the passage seems to be that holders of private land and of land ἐν ἀφέσει obtained some remission of various kinds of land-taxes".[97] This appears to be supported by the participle ἀπολυομένου̣ς̣ in

[93] Cf. Koenen (1962) 12–13, n. 4. For this and the following part (ll. 44–48) of the decree, cf. the section below discussing amnesties concerning cleruchic land.

[94] Cf. Lenger (1953) 493.

[95] See also Lenger (1944) 124.

[96] For a close parallel, see P.Tebt. III 699.1–2 = C.Ord.Ptol.[2] 43.1–2 above.

[97] P.Tebt. I, p. 45. The editors of P.Tebt. I 5 read ἐπιγρ(αφῆς) at the end of l. 113, on which they commented on p. 45 and which reading suits their interpretation

line 113, ἀπολύειν being a common verb for expressing the act of releasing or setting free in amnesty decrees.[98] If this is correct, and if the remission of taxes included arrears accumulated in the past (which does not seem unlikely from the context of this document), then this section contained a fiscal amnesty for holders of various categories of land.

Further down this extensive text, a poorly preserved section (lines 128–33) mentions ἀπολύεσθαι τῶν ἐξακολουθο[ύν]τ[ων προσ]τίμων (lines 132–33), which clearly shows that the stipulations of an amnesty must have stood in these badly damaged lines.

The last part of this well-known papyrus to contain amnesties starts at line 188 and concerns a variety of socio-economic groups. In the first of these amnesties the rulers remitted to the *phylakitai* throughout the *chora* the penalties entered against them in connection with the royal inspections and the produce they had allowed to be lost, and also the sums they had embezzled up to the 50th year (lines 188–92). They also released from the consequent penalties those who had failed to deliver to the royal treasury at a price the oil-yielding produce from cleruchic, temple or other land up to the same period and those who had failed to provide transport for the assembly (or mobilisation?) (lines 193–97). Likewise those who had failed to provide reeds and light material for the embankments were released from the penalties they had incurred (lines 197–99). Royal farmers, another, unpreserved, category of land holders and holders of land ἐν ἀφέσει who failed to plant the appropriate [- -] up to the 51st year were similarly released from the consequent penalties but they had to do the proper planting from the 52nd year onwards (lines 200–04). Finally, those are also spared punishment who cut down wood on their own property in contravention of the published ordinances (lines 205–06).[99]

The extensive text also includes a series of indulgences and other ordinances designed to reconcile the population and to improve its conditions. Prominent among these are the confirmation of some of the rights and privileges of the temples and the protection of their revenues, the protection of the cultivators of crown land and of the workers directly important for the royal revenues, as well as the detailed condemnation and prohibition of

---

of the fragmentary text well. However, C.Ord.Ptol.[2] 53.113 has ἀντιγρ( ) instead and on p. 147 the note on this line mistakenly claims that: "Les éditeurs ont résolu l'abréviation en ἀντιγρ(αφῆς).". The image of the text available at http://digitalassets.lib.berkeley.edu/apis/ucb/images/AP04098aA.jpg confirms the reading of the first editors.

[98] Cf. C.Ord.Ptol.[2] p. 235 and p. 344, index s.v.

[99] Cf. C.Ord.Ptol.[2] p. 253, All. 60.

various forms of official corruption and excesses and the severe punishment promised for further such abuses of power.

All these measures, including the numerous penal, political and economic amnesties discussed above, paint a picture of a deeply divided country, which is slowly emerging from the chaos of civil war and revolt and which is in desperate need of peace, stability and honest management.

A slightly later[100] document is P.Tebt. I 124 (col. II.23–45 = C.Ord.Ptol.^{2} 54)[101] (Tebtynis, Arsinoites, c. 118 BC), which refers to and cites royal decrees from the years 126,[102] 119/118 and 118/117 dealing with matters pertaining to cleruchs.[103]

The first of these (P.Tebt. I 124 col. II.23–24 = C.Ord.Ptol.^{2} 54.1–2) is a general penal amnesty for all accusations, offences, condemnations and

[100] P. Tebt. I, pp. 19 and 511, Lenger (1944) 126 and C.Ord.Ptol.^{2} p. 162.

[101] On its internet page for P.Tebt. I 124, the HGV mistakenly has "Z. 22–45: C.Ord.Ptol. 54" under "Andere Publikation" and "Z. 21–24" under "Erwähnte Daten".

[102] In the last section (ll. 41–45) of P.Tebt. I 124, regnal years 44 (in l. 41) and 48 (in l. 44) are mentioned, the former of which is accepted by the HGV's page for P.Tebt. I 124 as the date of a document copied here ("Z. 41–45: Abschrift eines Dokuments vom 22. Mai–20. Juni 126 v. Chr."). However, M.-Th. Lenger, who states (C.Ord.Ptol.^{2} 54, p. 164) that the original was reread for C.Ord.Ptol.^{2} 54, describes this section of the text as "une disposition de l'an 49 (122/1)" (ibid.) and, accordingly, entitles C.Ord.Ptol.^{2} 54 as "Extraits d'ordonnances d'amnistie de Ptolémée Évergète II, Cléopâtre II et Cléopâtre III en faveur des clérouques. 122/1–118/7 avant J.-C." (ibid. 161; cf. also "122/121–118/117" in Lenger (1948) 120 n. 2, 127 n. 5 and 129 n. 2 and "entre 122–121 et 116" in Lenger [1953] 485 n. 20 and 494 n. 48). This shows that this date is not a typographical error in C.Ord.Ptol.^{2} and that, consequently, there is some assumption or possibly some mistake on Lenger's part here or that the date of the decree copied in this section had been reread by or for her but she nowhere provides any details or explanation. However, the editors of P.Tebt. I 124 appear to have been certain of their reading of the regnal years and their readings can still be verified with certainty from the image of the text available at: http://digitalassets.lib.berkeley.edu/apis/ucb/images/AP01925aA.jpg. For these reasons, I follow the HGV in accepting 22 May–20 June 126 BC as the correct date, rather than Lenger's "l'an 49 (122/1)".

[103] On this papyrus in general, see Lenger (1953) 483–99, esp. 491–92; cf. also Grundz.Wilck. 283–84, 385, 388; M. San Nicolò, 'Σταθμοῦχος', *RE* III A, 2 (1929) 2180–82; Préaux (1939) 476–77, Lenger (1944) 112, 126; Pringsheim (1950) 471–72; Lenger (1956) 446, n. 3 and Rostovtzeff (1986) Vol. II 879, 890–892, III 1546–47 (n. 169), with the previous literature cited in these publications.

charges up to the 53rd year (118/117), formulated in a way which closely resembles the general amnesty preserved in P.Tebt. I 5.1–5 = C.Ord.Ptol.^{2} 53.1–5, SB VIII 9899a.1–6 = C.Ord.Ptol.^{2} 53bis.1–6 and SB VIII 9899b.1–5 = C.Ord.Ptol.^{2} 53ter.1–5 (see the preceding section).[104] It also includes a remission of contributions (ἐπιγρ(αφῶν)),[105] that is, a fiscal amnesty.[106] The context of this document and the parallel provided by BGU IV 1185.1–12 = C.Ord.Ptol.^{2} 71.1–12 indicate that this decree concerned cleruchs in particular.[107] It has plausibly been suggested that this is an extract from a royal *prostagma* dated to 10th October 118 BC (see below).[108]

The following three regulations concern cleruchic land and related matters and will, therefore, be discussed in a separate, thematic, section below.

The text of the last of the ordinances in this document (col. II.41–45 = C.Ord.Ptol.^{2} 54.19–23) has only been preserved in a fragmentary state.[109] In addition, it contains a number of abbreviations, which makes its interpretation even more difficult. It "clearly deals with a remission of taxation, perhaps with reference to the 1/2–artaba tax", known to have been imposed on cleruchic land.[110] Both the wording and the context indicate that this regulation was of particular interest to cleruchs. If this tax remission concerned arrears or debts accumulated in the past, it may be concluded that this decree contained a fiscal amnesty for cleruchs.

Brief references, in a very condensed formulation, to a general amnesty are found in UPZ II 162 col. VII.13–15, 17, 21 = P.Tor.Choach. 12 col. VII.13–15, 17, 21 = C.Ord.Ptol.^{2} All. 73 (cf. P.Choach.Survey 48) (Thebes, 11 December 117 BC). Both the wording (lines 13–15: ἔτι δὲ καὶ τῶν μεγίστων βασιλέων ἀπολελυκότων | τοὺς ὑπὸ τὴν βασιλείαν πάντας αἰτιῶν πασῶν τῶν ἕως Θωὺθ ιθ | τοῦ νγ (ἔτους)) and the context in which these references occur make it clear that all subjects of the Ptolemaic kingdom are included in this general penal amnesty up to 10th October 118 BC.

---

[104] Cf. UPZ I pp. 498–99.
[105] C.Ord.Ptol.^{2} p. 164 and p. 165: "des contributions additionnelles"; cf. also BGU IV 1185.8 = P.Ord.Ptol.^{2} 71.8.
[106] Lenger (1948) 129 n. 2 and C.Ord.Ptol.^{2} p. 162.
[107] P.Tebt. pp. 510–11, C.Ord.Ptol.^{2} p. 162 and 164.
[108] C.Ord.Ptol.^{2} p. 162.
[109] For the date of this decree, see footnote 102 above.
[110] P.Tebt. p. 515, 511 and Lenger (1944) 126. See also Lenger's apt, more general description of this section's content in C.Ord.Ptol.^{2} p. 164: "Il contiendrait une disposition de l'an 49 (122/1) qui tend à organiser le régime fiscal de certaines terres privilégiées en fonction de la qualité de celles-ci.".

Both the time limit, the 53rd regnal year, and the similarity of wording and content show that this general amnesty was part of the royal *prostagmata* of Euergetes II fragments of which are preserved in P.Tebt. I 124 col. II.23–24 = C.Ord.Ptol.^{2} 54.1–2 (see above).[111] In addition, Wilcken and Lenger[112] have argued that these *prostagmata* also included the same amnesty as that published in Euergetes II's 26th year for those who took into possession property without proper legal documents (see above).

A document closely related to P.Tebt. I 5 = C.Ord.Ptol.^{2} 53 is PSI XIV 1401 = C.Ord.Ptol.^{2} 55 (Tebtynis, Arsinoites, c. 118 BC), lines 1–13 of which preserve royal regulations which are virtually identical with those in P.Tebt. I 5.236–261 = C.Ord.Ptol.^{2} 53.236–261. Lines 14–16 formed a separate section, of which only the beginning of these three lines survives. The opening words of this section, Ἀφῖασι δὲ[, however, make it sufficiently clear that this part of the text must have contained an amnesty. As only fragments of two further, common, words survive in this section and as the corresponding part of P.Tebt. I 5 = C.Ord.Ptol.^{2} 53 does not contain an amnesty, we have no means of establishing what kind of amnesty originally stood in this section. Given the close connection between the content of this document and that of P.Tebt. I 5 = C.Ord.Ptol.^{2} 53, it seems possible that PSI XIV 1401 = C.Ord.Ptol.^{2} 55 contained (some of) the royal *prostagmata* in P.Tebt. I 5 = C.Ord.Ptol.^{2} 53 in a different order.[113] If this is correct, lines 14–16 originally contained one of the amnesties preserved in P.Tebt. I 5 = C.Ord.Ptol.^{2} 53 but the meagre traces allow no identification.

In summary, the amnesties preserved in P.Tebt. I 124 col. II.23–24, 41–45 = C.Ord.Ptol.^{2} 54.1–2, 19–23, UPZ II 162 col. VII.13–15, 17, 21 = P.Tor.Choach. 12 col. VII.13–15, 17, 21 = C.Ord.Ptol.^{2} All. 73 and in PSI XIV 1401 = C.Ord.Ptol.^{2} 55 are placed by both their dates and contents in the same historical context as that of P.Tebt. I 5 = C.Ord.Ptol.^{2} 53 and should, therefore, be seen as part of Ptolemy VIII, Cleopatra II and Cleopatra III's wide-ranging efforts to achieve reconciliation and to restore law and order, as well as normal economic life, in the country torn by years of civil war.

---

[111] See C.Ord.Ptol.^{2} All. 73, P. W. Pestman in P.Tor.Choach. p. 192 n. d and his translation on p. 193. Cf. also P.Tebt. I pp. 18–19, M.Chr. p. 37 n. on lines 13ff. and UPZ II p. 83.

[112] U. Wilcken in UPZ II p. 83 and M.-Th. Lenger, in C.Ord.Ptol.^{2} pp. 256–57.

[113] See PSI XIV p. 104, note on col. II.

It is possible that SB XVI 12723 (prov. unknown, 100/99 BC) originally contained one or more amnesties (cf. esp. lines 1–2 and 11–13 with G. Tibiletti, 'Frammento di ordinanze reali', *Aegyptus* 63 [1983] 28–33). However, no certain references survive in the papyrus and its highly fragmentary state of preservation allows no firm conclusion.

It is further possible that O.Bodl. I 278 (Thebes?, II or I c. BC), as reconstructed by Koenen,[114] preserves a reference to an amnesty decree, calling on refugees to return to their homes and to resume their normal occupations, presumably with the promise of an amnesty: cf. P.Köln VII 313 A.1–6, C.Ord.Ptol.[2] 41.3–6, P.Tebt. I 5.6–9 = C.Ord.Ptol.[2] 53.6–9, C.Ord.Ptol.[2] 53ter.6–9 and C.Ord.Ptol.[2] 53bis.7–10; cf. also CPR XXVIII 14 fr. 1.2–4 and the relevant parts of the Memphis decree (n. 37 above).[115]

A special group of documents concerns cleruchic land holdings which were assigned to their tenants illicitly or by mistake or were acquired illegally and the tenure of which was disputed.[116]

The earliest of these texts is P.Tebt. I 79 (Arsinoites, c. 148 BC). In column I line 6 of this papyrus (=C.Ord.Ptol.[2] All. 49) there is a reference to a *prostagma* of amnesty[117] which seems from the context to have confirmed assignments of land to cleruchs made under irregular circumstances.

The royal decision preserved in P.Meyer 1.29 = C.Ord.Ptol.[2] 44 (Arsinoites?, after 4/4/144 BC) to grant the request of a group of *katoikoi hippeis* inter alia for confirmation of their existing landholdings, which were illegally assigned to them, seems to imply in effect a penal, legal and economic amnesty for them.[118]

Further, P.Tebt. I 124 (col. II lines 23–45 = C.Ord.Ptol.[2] 54) (Tebtynis, Arsinoites, c. 118 BC) preserves inter alia an extract from a royal decree, P.Tebt. I 124 col. II.25–27 = C.Ord.Ptol.[2] 54.3–5, which confirms continuing tenure of *kleroi* "whatsoever these may be and under whatsoever circumstances they were acquired, up to the 52nd year, subject to no information [denunciation] or dispute on any ground".[119] This probably implies an

---

[114] Koenen (1957) 13.

[115] See also J. G. Tait in O.Bodl. I p. 46 and Braunert (1955/56) 220 n. 7.

[116] M. San Nicolò, 'Σταθμοῦχος', in *RE* III A, 2 (1929) 2180–82, Lenger (1948) 129–30 and Pringsheim (1950) 471–72. Cf. Lesquier (1911) 238, 246–50.

[117] C.Ord.Ptol.[2] All. 49, p. 251: "prostagma d'amnistie".

[118] Cf. Lenger (1952) 497–508 and 513.

[119] C.Ord.Ptol.[2] 54.3–5: Μένειν δὲ ἡ̣μῖν καὶ ἐγγόνοις κυρίως τοὺς κατεσχη(μένους) κλή(ρους) οἷοί ποτέ εἰσιν | καθ' ὁ{υ}ντινοῦ<ν> τρόπον ἕως τοῦ

amnesty up to 119/118 BC covering irregularities in cleruchic land holding[120] and this decree has plausibly been connected to the series of royal ordinances which were promulgated by Euergetes II on the occasion of the amnesty of 9th Pharmouthi of year 52 (28 April 118: P.Tebt. I 5.44–48 = C.Ord.Ptol.^{2} 53.44–48).[121] In addition, the closely similar passage in BGU IV 1185.12–15 = C.Ord.Ptol.^{2} 71.12–15 (see below) and its context reinforce the conclusion that P.Tebt. I 124 col. II.25–27 = C.Ord.Ptol.^{2} 54.3–5 presupposes an amnesty. Finally, the word φιλάνθρωπα occurring in P.Tebt. I 124 col. I.7 probably refers to the six ordinances (col. II lines 23–45), including this one, following the petition preserved in this papyrus (cols. I–II lines 1–22),[122] which further supports this conclusion.[123]

Another part of this decree is preserved in P.Tebt. I 124 col. II.28–29 = C.Ord.Ptol.^{2} 54.6–7,[124] which guarantees the continued tenure of *kleroi* to those whose land has in any way been seized, their assignments of land cancelled or who have been involved in encroachment,[125] which, assuming that these happened not by mistake or through injustice, clearly implies a penal, legal and also economic amnesty for them.

νβ (ἔτους) ἀσυκοφαντή(τους) καὶ ἀδιστάστους ὄντας | πάσης αἰ[τ]ίας. The translation is from P.Tebt. I p. 514 with corrections in Pringsheim (1950) 471–72, n. 7.

[120] See the paragraph on BGU IV 1185.12–15 = C.Ord.Ptol.^{2} 71.12–15 below and C.Ord.Ptol.^{2} p. 161–62, Lenger (1948) 127, Kiessling, (1938) 219–22 and Lenger (1956) 446, n. 2. Cf. Kunkel (1928) 292–93, Préaux (1939) 476–77, Lenger (1944) 126 and Koenen (1962) 12–13, n. 4.

[121] C.Ord.Ptol.^{2} p. 162. Cf. also Lenger (1953) 493.

[122] P.Tebt. I p. 511, Lenger (1953) 491–92 and C.Ord.Ptol.^{2} p. 162.

[123] Cf. Lesquier (1911) 238, 246–48.

[124] Cf. Koenen (1962) 12–13, n. 4.

[125] The resolution of the abbreviation προ̣σλογι(σμοῖς ?) in P.Tebt. I 124 col. II.29 = C.Ord.Ptol.^{2} 54.7 is not entirely certain. If this resolution, suggested by the editors of P.Tebt. I 124 and adopted by Lenger in C.Ord.Ptol.^{2} 54, is accepted, it is unclear from the text whether it should be understood in the sense that the cleruchs encroached upon others' land (P.Tebt. I, p. 514, note on ll. 28–29), which, in the context of this text, would imply a remission of penalties for them, or that their land was encroached upon by others (C.Ord.Ptol.^{2} p. 166), which would imply a restoration of their land holdings. The former is supported by parallels (see P.Tebt. I ibid.), and by the assumption that the cleruchs in all three categories (seizure, cancellation and encroachment) had incurred punishment, which was remitted to them in the amnesty implied by the text; the latter by the assumption that the common feature in all three categories was restoration and confirmation of their land holdings.

A further decree implying an amnesty is preserved in P.Tebt. I 124 col. II.30–36 = C.Ord.Ptol.^{2} 54.8–14. No date is mentioned in the text but, on the basis of its content and the importance of the concessions made in it, Lenger argued that the measures were contemporaneous with, or even later than, those preceding them in P.Tebt. 124 col. II (from years 52 and 53 = 119/118–118/117 BC).[126] Although difficult to interpret owing to damage and the frequent use of abbreviations, the general sense of this decree seems to be that in cases where *katoikoi*, because of poverty and difficulties, had ceded, exchanged (?) or disposed of (?) (ἄλλοι δὲ ἠ̣λλαγμένοι εἰσ[ὶ]ν τ̣ο̣ῦ̣ κλή(ρου)) or divided their *kleroi* with their fellow soldiers, the tenure of the new holders of catoecic land was guaranteed.[127] This decree, similar to others in this thematic group, must imply a penal, legal and also economic amnesty for irregularities in the disposal and acquisition of catoecic land.[128] In the rest of the decree two further, related, stipulations are preserved (P.Tebt. I 124 col. II.33–36 = C.Ord.Ptol.^{2} 54.11–14), the sense of which is not entirely clear: the first protects either those resigning or, perhaps more likely,[129] those holding catoecic land from being included among ἐν τοῖς κατ' ἀξίωμα κληρούχοις, while the second forbids demanding from them occasional contributions and taxes (τὰς κατὰ καιρὸν γενομένας ἐπιγρ(αφὰς) <καὶ> εἰσφορά(ς)), in accordance with the regulations of a previous φιλάνθρωπα decree or decrees (ἀκολούθ(ως)] τοῖς προπεφιλανθρ`ω´πη(μένοις)).[130] Although Lenger interprets this as an "amnistie fiscale"[131] and translates the last expression with "conformément aux dispositions d'une amnistie antérieure", on the definition of amnesty provided at the beginning of this chapter, there is no reason to assume that these stipulations necessarily imply an amnesty. They merely provide legal and fiscal protection and fiscal exemptions for the future.[132]

A similar decree or decrees to those collected in this thematic group are probably referred to in the passage οἷς ἐπικεχώρηται κατὰ τὰ περὶ αὐτῶν

---

[126] C.Ord.Ptol.^{2} p. 162. See also the HGV entry for P.Tebt. 124 where, under "Erwähnte Daten", the following is found: "Z. 30–36: Abschrift eines Dokuments von ca. 118 v. Chr.", which agrees with Lenger's argument.

[127] Cf. Lesquier (1911) 189, n. 3.

[128] P.Tebt. I p. 556 and Lesquier (1911) 238, 246–48.

[129] Préaux (1939) 477, n. 1 and C.Ord.Ptol.^{2} p. 166.

[130] P.Tebt. I pp. 514–15 and C.Ord.Ptol.^{2} p. 166.

[131] Lenger (1948) 129, n. 2.

[132] In Lenger (1948) 129, n. 2 she interprets also the section P.Tebt. I 124, col. II.37–40 = C.Ord.Ptol.^{2} 54.15–18 as an "amnistie fiscale", but again this section does not necessarily imply an amnesty and merely provides fiscal and legal protection for the future.

προσ|τεταγμένα ἔχειν οἵους ⟦ποτὲ⟧ καταμεμέτρηνται | κλήρους ἀσυκοφαντήτους καὶ ἀκατηγορήτους | καὶ ἀνεπιλήμπτους πάσαις αἰτία<ι>ς ὄντας· in P.Tebt. I 72 col. VIII.173–76 (Kerkeosiris, Arsinoites, March–April 113 BC) ≈ P.Tebt. I 61 (b) col. VIII.236–38 (Kerkeosiris, Arsinoites, March–April 117 BC) = C.Ord.Ptol.^{2} All. 69, which appears to imply an amnesty, permitting the continued tenure of mistakenly or illicitly assigned cleruchic land holdings without any penalties.[133]

Closely connected to this are the three passages in P.Tebt. I 61b (two of these also occur in P.Tebt. I 72) which mention two, perhaps three, decisions made by Archibios, the *dioiketes*, in the 47th year (124/123 BC) about irregularities in catoecic land holdings.[134] The first decision, in P.Tebt. I 61b col. I.2–8, which may be identical with that preserved in P.Tebt. I 61b col. VIII.224–29 ≈ P.Tebt. I 72 col. VII.156–63 as they are very similar and were made in the same year, states that, "amongst those about whom directions have been given that one year's rent be demanded of them", those *katoikoi* who had "obtained arable land instead of the dry land which they were ordered to receive" upon "receipt of one year's rent" from them "should be relieved from further charges"[135] (line 7: ἀπ[ο]λῦσαι), meaning that they were allowed to keep the land they irregularly held. P.Tebt. I 61b col. VIII.224–29 ≈ P.Tebt. I 72 col. VII.156–63 stipulates that "one year's rent should be exacted from them, and they shall be allowed to keep the land; but an equal amount of dry land shall be leased".[136] The third, P.Tebt. I 61b col. VIII.230–35 = P.Tebt. I 72 col. VIII.164–72, which refers specifically to the meris of Herakleides of the Arsinoite nome, instructs: "henceforward let those who obtained such land before the decision of Apollodorus be permitted to retain it, but an equal amount must be restored to the dry land; a year's rent shall however be demanded from those who received such land after the council".[137] These regulations clearly imply penal, legal and also economic amnesties for the *katoikoi* concerned. Although these passages present these instructions as mere decisions, or "minutes",[138]

---

[133] Lenger (1953) 499, ead., (1952) 521, C.Ord.Ptol.^{2} p. 255 and P.Tebt. I p. 209, 221–22, 555, 567–568 and 575. For the passage cited above, cf. also Pringsheim (1950) 471–72, n. 6. Cf. also P.Tebt. 61a col. I.24–26 with p. 555.

[134] On these passages, see P.Tebt. I p. 209, 221–22, 555, 567–568, 575 and also Cuvigny (1985) 54–67, with the previous literature cited in this work.

[135] P.Tebt. I p. 209.

[136] Ibid. p. 221.

[137] Ibid.

[138] P.Tebt. I 61b col. I.4: π̣α̣ρ̣[επιγεγραφέν]αι with the note on p. 209 and P.Tebt. I 61b col. VIII.225 = P.Tebt. I 72 col. VII.157: παρεπιγεγραφότος.

of the *dioiketes*, it seems much more likely to me that what the *dioiketes* was actually doing is to apply general regulations of the central government including an amnesty to the individual circumstances of specific groups of *katoikoi* in specific locations. The evidence for such regulations and amnesties promulgated especially before but also after 124/123 BC (see above and below) strongly suggests this.

P.Tebt. I 73 = C.Ord.Ptol.² All. 78 (Kerkeosiris, Arsinoites, 113–111 BC) contains a list of disputed *kleroi*. It is "stated to have been made out in accordance with a published decree containing φιλάνθρωπα, which were probably very similar to those issued in the 52nd and 53rd years of Euergetes (P.Tebt. I 5.36–48 and 124), if indeed the decrees in 5 or 124 are not those actually referred to".[139] If this plausible suggestion is correct, τὸ ἐκκείμενον τῶν φ̣ι̣[λα]νθρώπω̣ν̣ | πρόσταγμα, referred to in P.Tebt. I 73 col. I.3–4, probably contained an amnesty identical with or very similar to that found in P.Tebt. I 5.36–48 or, more likely, to that implied by P.Tebt. I 124 col. II.25–27 = C.Ord.Ptol.² 54.3–5 or by P.Tebt. I 72 col. VIII.173–76 = P.Tebt. I 61 (b).236–38 (see above), allowing the cleruchs listed in this document to continue, without any penalties, in their tenure of the arable land in question erroneously assigned to them instead of the dry land they should have received.[140]

BGU IV 1185.12–15 = C.Ord.Ptol.² 71.12–15[141] (Herakleopolites, after 61/60 BC) closely resembles P.Tebt. I 124 col. II.25–27 = C.Ord.Ptol.² 54.3–5 (see above) but in the case of the former papyrus we can be entirely certain of an amnesty, which is explicitly stated in the preceding lines (6–12, with the successive editors' plausible supplements). This amnesty consisted of full penal and fiscal amnesties for the *katoikoi hippeis* of the Herakleopolite nome and their families, in addition to which their existing holdings of *kleroi* and *stathmoi* were explicitly confirmed to them and their descendants without any penalties.[142]

---

[139] P.Tebt. I pp. 323–5. Cf. Lenger (1953) 493.

[140] Lenger (1953) 493, 496 n. 58 and ead., C.Ord.Ptol.² p. 258.

[141] μένειν δ' αὐτοῖς οὓς κατεσ|[χήκασι κλήρους καὶ τοῖς] ἐ̣ν̣γόνοις σὺν τοῖς σταθμοῖς | [...................... ἀσυκοφαντήτοις καὶ ἀ]κατη|[γορήτοις καὶ ἀνεπιλήμπτοις πάσης αἰτίας οὖσιν] (C.Ord.Ptol.² 71.12–15). For literature on this papyrus, see C.Ord.Ptol.² pp. 199–200, esp. Grundz.Wilck. 385–86, 388; M. San Nicolò, 'Σταθμοῦχος', in *RE* III A, 2 (1929) 2180–82; Lenger (1944) 127; Lenger (1948) 127, 129–30; Pringsheim (1950) 471–72 and Lenger (1956) 446 n. 3.

[142] On this document and the amnesty mentioned in it, see further below. For further, less directly relevant, secondary literature on this group of documents con-

By confirming existing cleruchic land holdings which were assigned to their tenants illicitly or by mistake or were acquired illegally and the tenure of which was disputed, the measures attested in these documents constitute a combination of penal, legal and economic amnesties, which guaranteed the cleruchs continued, undisturbed tenure of these lands. In their legal and economic effect and their use of amnesties to achieve this, these government measures were, therefore, similar to those amnesties which concerned individuals who took property into possession without any legal title (see UPZ II 161 = P.Tor.Choach. 11bis, UPZ II 162 = P.Tor.Choach. 12, P.dem. Berlin 13621 recto + P.dem. Cairo CG III 50108 recto + P.dem. Giessen ined. recto [= P.b.u.G. Inv. Nr. 101,3], P.Tebt. I 5.36–48 = C.Ord.Ptol.^{2} 53.36–48 and perhaps also SB V 8033 above).

Until recently the latest known example of a Ptolemaic amnesty was to be found in BGU IV 1185 = C.Ord.Ptol.^{2} 71. Lines 1–15 contain an amnesty decreed by Ptolemy XII Auletes in favour of the *katoikoi hippeis* of the Herakleopolite nome,[143] lines 12–15 of which have already been discussed above. Lines 6–10 contain a complete penal amnesty, worded in terms closely similar to earlier Ptolemaic penal amnesties,[144] for the *katoikoi hippeis*, their wives and children, which is completed by an amnesty for various fines and penalties, as well as by a remission of contributions (ἐπιγραφῶ̣[ν]) and all debts owed to the royal treasury probably up to the 19th year (63/62 BC), amounting to a full fiscal amnesty vis-à-vis the crown. The precise meaning of the highly fragmentary lines 11–12 is unclear. These are followed by the royal confirmation of catoecic landholdings already discussed above, which amounts to a penal, legal and economic amnesty, and by a regulation concerning intestate inheritance of their *kleroi* by their nearest blood relations.[145] In summary, this document attests the

cerning cleruchic land holding, see Lenger (1953) 493, n. 46, 499, n. 77, with the previous literature cited in this publication.

143 See Modrzejewski (1951) 190 and C.Ord.Ptol.^{2} 71 with the earlier literature.

144 See, for example, P.Köln VII 313 A.4, UPZ I 111.2–4 = C.Ord.Ptol.^{2} 35.2–4, P.Tebt. III 739.43–45 = C.Ptol.Sklav. II 244.43–45 = C.Ord.Ptol.^{2} All. 48, P.Tebt. I 5.2–4 = C.Ord.Ptol.^{2} 53.2–4, SB VIII 9899a.2–4 = C.Ord.Ptol.^{2} 53bis.2–4, SB VIII 9899b.2–4 = C.Ord.Ptol.^{2} 53ter.2–4 and P.Tebt. I 124 col. II.23–24 = C.Ord.Ptol.^{2} 54.1–2 above.

145 The rest of the document, lines 19–29 of column II, is corrupt and difficult to understand (cf. BGU IV p. 322 n. on line 19, Koenen [1957] 29, n. 20 and C.Ord.Ptol.^{2} p. 201). W. Schubart, the first editor, suggests understanding the construction in lines 19ff. as depending on the verb ἀφίεμεν and interprets it as a "Steuernachlass mit rückwirkender Kraft!". However, Schubart's suggestion

granting by the Ptolemaic state of wide-ranging penal, legal and economic amnesties for a specific and distinct social, occupational and status group in a specific administrative region of the country.

The last text in this survey may also be chronologically the latest. The palaeography and the historical context of CPR XXVIII 14 (provenance unknown, late 2nd–mid-1st c. BC), published recently by this author, seem to favour a joint reign between a Ptolemaic king and queen towards the mid-first century BC, although earlier joint reigns in the late second and in the first half of the first centuries certainly cannot be ruled out. The highly fragmentary text preserves parts of either one royal *prostagma* or a collection of several. It, or the first of several, concerns refugees (fr. 1, lines 2–4: Βασιλέως καὶ βασιλίσσης προστα̣[ξάντων. *vacat*? | τοὺς ἀνακεχωρηκότας κα̣θ̣ ̣[διὰ τὸ (?)] | ἐ̣ν̣έ̣χ̣ε̣σ̣θαι λείαις καὶ ἄλλαις α̣ἰ̣τ̣ί̣α̣ι̣ς ̣ ̣[) and uses terms which are very similar to amnesties for refugees attested in a number of earlier texts.[146] Since in the parallels we find amnesties for returning refugees, it is virtually certain that this papyrus too contained an amnesty for such a group. The amnesties in the parallels include penal and economic aspects but they may also have had a political dimension if political and/or military opponents of the regime were also among the fugitives. It is, therefore, highly likely that this fragmentary papyrus preserves parts of a penal, an economic and, depending on the precise historical background, possibly also a political amnesty for refugees returning to their homes. If fragments 4, 5, 6 and 12 belong to the same *prostagma*, which seems likely,[147] then the Ptolemaic government appears very keen to protect the fugitives and their property and to ensure their successful re-integration into peaceful society as it threatens those contravening the order with some punishment. If my supplement [θανάτωι], based on a number of parallels, is correct, this punishment was extremely severe, suggesting

for the construction seems unlikely to me as an infinitive would be more correct here (cf. l. 6 above with Lenger's note on this line in C.Ord.Ptol.[2] p. 201) and as it assumes the omission of a key word for both the grammar and the legal content of the text. Be that as it may, because of the numerous problems in this part of the text, it seems best not to include a discussion of this section here. Cf. also Koenen (1957) 24 and 29, who interprets this section as "wo in den Bestimmungen zugunsten der Reiterkatöken des Herakleopolites bestehende Vergünstigungen für die ἀργυρικὰ καὶ σιτικά bestätigt werden".

[146] P.Köln VII 313 A.1–6, C.Ord.Ptol.[2] 41.3–6, P.Tebt. I 5.6–9 = C.Ord.Ptol.[2] 53.6–9, C.Ord.Ptol.[2] 53ter.6–9 and C.Ord.Ptol.[2] 53bis.7–10; cf. also the relevant parts of the Memphis decree (n. 38 above) and O.Bodl. I 278.

[147] See CPR XXVIII pp. 209–12, notes on lines 1–4.

that the government considered the issue of refugees as a very serious problem.

What could be the historical background to such a royal order containing an amnesty for refugees? Although *anachoresis* was a major, widespread problem in the second half of the second and in the first centuries BC,[148] it became particularly serious during the last years of Ptolemy XII and the first few years of Cleopatra VII because of excessive taxation, strictly enforced tax collection and extortion and corruption by government officials.[149] Thus, it seems possible to argue tentatively that an internal crisis situation during a joint reign towards the end of Ptolemy XII's[150] or in the early years of Cleopatra VII's rule is the most likely historical background for our text, without ruling out earlier joint reigns. Whatever the precise date and historical situation, it is clear that the problem of *anachoresis* was so serious at this time that the Ptolemaic government had no other means left at its disposal to deal with it than declaring an amnesty for refugees in the form of a *prostagma*.

I end this survey of the evidence for amnesty in Hellenistic Egypt with a few brief and general concluding observations and remarks.

The first is that in Ptolemaic Egypt, as in the pharaonic period (with the sole exception of the 'Banishment Stela' from the time of the 21st Dynasty, which represents a special case [see the previous chapter]), amnesty is presented by the sources as the result of a pardon, an act of grace granted by the king out of his concern for the wellbeing of his subjects, rather than as a result of a political deal or agreement between rivals (see, for example, the agreement closing the chapter of the Thirty Tyrants at Athens in 403 BC) or as a consequence of the weakness of the ruling power.[151]

Secondly, amnesty decrees published by the Ptolemies tended to be very broad and comprehensive and tended to include a variety of individual amnesties. Broadly speaking we may distinguish between penal, legal, political and economic aspects of amnesties in Hellenistic Egypt. Political aspects are never mentioned explicitly in Ptolemaic amnesties but it is highly likely from either the context or the political circumstances that these were intended and lay behind at least some of them. A subcategory of economic aspects is fiscal aspects where remissions of arrears or debts for vari-

[148] See CPR XXVIII p. 200, n. 11, with the texts and literature cited there.
[149] See CPR XXVIII p. 200, n. 12, with the publications referred to there.
[150] Cf. Hölbl (1994) 204 and Huß (2001) 705–06, n. 5, with the previous literature referred to in these books.
[151] Cf. Préaux (1961) 262–64.

ous taxes, dues and other state revenues are concerned. It is difficult to categorise individual Ptolemaic amnesties in precise terms as various different aspects or elements appear to be bound closely together in these. While one or two aspects may be dominant in each amnesty, other aspects are often also present as a consequence of these. For example, in the amnesties for refugees the penal aspect is explicit and dominant, but such amnesties must also have had underlying political aspects and motives and also wide ranging legal and economic aspects and consequences (e.g. in terms of property restitution).

Thirdly, it is significant that the number of amnesties attested in the surviving sources is by far the highest in the second century BC, with particular concentrations of amnesties under the reigns of Ptolemy V and Ptolemy VIII, respectively. This is no doubt an indication of the particularly critical political situation of the Ptolemaic regime during these monarchs' reigns and the desperate efforts they were forced to make to stabilise their rule and the situation in the country. The comparatively small amount of surviving evidence for amnesties from the first century BC may be due partly to an improvement in the situation in the country in comparison with the second century and partly to the chances of survival of the evidence.

A further general observation I would like to make is that in the course of the second century BC the device of amnesty became a well established and frequently used means in the government's repertoire of measures designed to restore law and order and to reconcile the population. Its common use in the second and probably also in the first centuries is a sign of not just frequent and serious crises in the gradually disintegrating Ptolemaic kingdom but also of the ineffectiveness of these amnesties as part of the central government's efforts to restore normality. As far as we can tell from our surviving sources, from the second century these amnesties followed at relatively short intervals, which must surely be an indication that even such extreme measures as a general amnesty and the remission of tax arrears could not stabilise the country's situation in a lasting manner. It has to be emphasised here that amnesty is an extreme and desperate measure, a last resort, by which the government gives up on the enforcement of its own laws and the collection of its revenues and by which it exhausts all its available peaceful options. It is also an admission by the central government of its inability to restore law and order and to create normal political, legal and economic conditions in the country. Therefore, the frequent occurrence of amnesties in the second and probably also in the first centuries is surely a clear indication of very deep and almost permanent and irremediable crises in the Ptolemaic kingdom, which the central government proved unable to

solve other than merely temporarily by even such desperate and last resort measures as general penal amnesties and remissions of tax arrears. This is an important and depressing general conclusion for the second century history of Hellenistic Egypt, which an examination of Ptolemaic amnesties helps us to reach with particular clarity.

The final general observation I would like to make here is that, in our sources for the device of amnesty in Hellenistic Egypt, amnesties often appear together with other measures which may be described as royal indulgences, or so-called 'philanthropa' (see the beginning of this chapter), concerning the future (for example, reductions of the rates at which particular taxes were to be paid in the future, promises of protection for particular socio-economic groups, confirmation of privileges of priests and banning of illegal requisitions and other excesses and abuses of power by officials). Although it cannot be ruled out entirely that this is to some extent due to the nature of our evidence, an important part of which consists of collections of various royal *prostagmata* copied by officials and scribes for their own professional use (cf. P.Tebt. III 699 = C.Ord.Ptol.^{2} 43, P.Tebt. I 5 = C.Ord.Ptol.^{2} 53 and perhaps also P.Köln VII 313), the fact that amnesties tend to appear together with other indulgence measures which concerned the future does suggest that the main reason for this lies in the Ptolemaic government's view of and approach to the device of amnesty as a mere part of a comprehensive package of measures which concerned past violations of the law and which had to be complemented by indulgences for the future, which, on the other hand, were designed to establish improved conditions in the future. Thus, the Ptolemaic government probably felt that, if it wanted to resolve crises in a comprehensive and lasting manner, it had to address both the past and the future and so it had to combine amnesties with indulgences for the future by publishing them together. This is, in my opinion, the most likely explanation for the phenomenon that amnesties often appear together with such indulgences in our documentation from Hellenistic Egypt.

As a general summary we may conclude that our sources show that in the course of the second century BC amnesty became a frequently used and well established legal, political and economic means in the repertoire of the Ptolemaic government's measures for attempting to reaffirm its increasingly tenuous grip on power and to stabilise its kingdom's internal situation. In this process the device of amnesty became highly complex, multi-faceted and sophisticated, which, together with its frequent use, makes Hellenistic Egypt one of the most rewarding and informative civilizations for the study of amnesty in antiquity.

Appendix of Sources not Included in the above Survey

In this survey I do not include III. Makk. 3, 20–21[152] and III. Makk. 7, 7–8[153] as this work is generally considered apocryphal.[154] What these passages show clearly is familiarity with the legal and political device of amnesty of the Ptolemaic state.

In accordance with the definition of the scope of this survey of sources provided at the beginning of this chapter, I leave aside I.Délos 1518 = OGIS I 116 = H. Kotsidu, Τιμὴ καὶ δόξα; *Ehrungen für hellenistische Herrscher im griechischen Mutterland und in Kleinasien unter besonderer Berücksichtigung der archäologischen Denkmäler* (Berlin 2000) pp. 214–15, KNr. 139 (Delos, c. 154 BC). It has been argued that the highly fragmentary lines 1–2 (– – – – Υ συγγνῶ[ν]α̣ι̣ Σ̣ – – c. 12 – – | ....αν γεγονόσιν ἀγνοήμα[σιν καὶ ἀεὶ? | ...]) refer to a general penal and legal amnesty.[155] Others, however, have seen this passage rather as a reference to Philometor's personal reconciliation with his younger brother.[156] The badly damaged text, which does not appear to support Wilcken's supplements on which his interpretation in favour of an amnesty was partly founded,[157] does not allow any certain conclusions.[158]

---

[152] Cf. Lenger (1944) 146 and Koenen (1957) 19.

[153] Cf. Lenger (1944) 146 and Koenen (1957) 13.

[154] E. Bickermann, 'Makkabäerbücher', *RE* 14.1 (1928) 797–800, Lenger (1944) 146, Koenen (1957) 13, 19 and G. Schmuttermayr, 'Makkabäer, Makkabäerbücher', *Lexikon für Theologie und Kirche*, Vol. 6 (1997) 1228.

[155] U. Wilcken's review of W. Dittenberger, *Orientis Graeci Inscriptiones Selectae* I, *AFP* 3 (1906) 323, OGIS II p. 543, UPZ I p. 499, E. Bevan, *A History of Egypt under the Ptolemaic Dynasty* (London 1927) 301, Rostovtzeff (1986) Vol. II 879 and J. Pouilloux, *Choix d'inscriptions grecques; Textes, traductions et notes* (Paris 1960) p. 74.

[156] OGIS I 116 note on lines 1–3, M. Holleaux, 'Décret des auxiliaires crétois de Ptolémée Philométor, trouvé à Délos', *AFP* 6 (1920) 16–17 = id., *Études d'épigraphie et d'histoire grecques*, Vol. III: *Lagides et Séleucides* (Paris 1942) 86–87 and Koenen (1957) 19. Cf. also D.S. XXXI 33, Plb. XXXIX 7.6 and Zonaras IX 25.4.

[157] See I.Délos 1518, note on lines 1–2.

[158] On this inscription in general, see further Chr. Habicht, 'Athens and the Ptolemies', *CA* 11 (1992) 82–83 = id., *Athen in hellenistischer Zeit; Gesammelte Aufsätze* (Munich 1994) 154–55.

I also leave aside Jos., AJ 13.115[159] as it concerns the history of Seleucid Syria, much more than that of Ptolemaic Egypt.

F. Preisigke in SB I p. 384 ("Priesterbeschluß aus Anlaß eines Gnaden-beweises des Königs") and Modrzejewski (1951) 194 ("an amnesty decree") suggested that SB I 4542 = C.Ord.Ptol.[2] All. 113 (with the additions) = SEG 52.1805 (area of Karnak, 142? BC) probably contains an amnesty decree. Although it cannot be ruled out that the text of this inscription originally included an amnesty, in the surviving fragments there are no indications of this.

Lenger (1948) 129 n. 2 considers P.Tebt. I 5.93–98 = C.Ord.Ptol.[2] 53.93–98 = W.Chr. 339 to be a "décret d'amnistie fiscale". However, on the definition of amnesty provided at the beginning of this chapter, it is more correct to consider this ordinance as promising tax remission and reduction for the future to cultivators of certain categories of land planted between the 53rd and 57th years.

The reference to a πρόσταγμα protecting the *choachytai* in UPZ II 162 col. VIII.23 = P.Tor.Choach. 12 col. VIII.23 = C.Ord.Ptol.[2] All. 74 (cf. M.Chr. 31, Jur.Pap. 80 and P.Choach.Survey 48) (Thebes, 11 December 117 BC) might but does not necessarily imply an amnesty for them.[160]

Modrzejewski (1951) 196 considers OGIS I 168 = I.Th.Sy. 244 = I.Prose 24 (Elephantine, 117 and 115 BC) as containing "amnesty decrees of Euergetes II". However, as already remarked in footnote 9 above, on the definition of amnesty used in this chapter, this inscription in actual fact contains no am-nesties but copies of royal letters and administrative documents concerning a concession of privileges.

Although Lenger (1948) 129 n. 2 considers BGU VI 1216.39–40, 57 = C.Ord.Ptol.[2] All. 81 (Memphis or Aphroditopolis, 110? BC) as containing an allusion to a "décret d'amnistie fiscale", on the definition provided at the beginning of this chapter, there is no reference to a fiscal amnesty in this document. Significantly, Lenger herself does not include this document in her list of "amnisties (pénales et fiscales) et ordonnances complémentaires" in the index on page 361 of her C.Ord.Ptol.[2].

---

[159] Cf. Koenen (1957) 19.
[160] Cf. UPZ II p. 87 n. on 8, 22f.

Koenen (1957) 19 seems to consider D.S. XXXIV/XXXV 20 as an attestation of an amnesty. However, on the definition used in this chapter (see footnote 1 above), it is in my opinion more correct to consider this episode, in which Ptolemy IX (according to the traditional numbering; for dating this event to 108 BC, see Huß [2001] 634–35, with the previous literature) unexpectedly dropped charges against Marsyas, the *strategos* of the rebellious Alexandrians after their military defeat, as an *ad hoc* pardon, an act of grace by the king for a single individual, motivated purely by political calculation, without any legal procedure or legislative act.

Although U. Wilcken in 'Papyrus-Urkunden', *AFP* 2 (1903) 123–24 and Grundz.Wilck. 27 (see also Sel.Pap. I 67, p. 201, n. b) saw a similar amnesty decree to P.Tebt. I 5.6–9 = C.Ord.Ptol.² 53.6–9, SB VIII 9899a.7–10 = C.Ord.Ptol.² 53bis.7–10 and SB VIII 9899b.6–9 = C.Ord.Ptol.² 53ter.6–9 reflected in P.Amh. II. 50.5: "τῶν ἐπανηκό<ν>των ἐκ τοῦ παραγγέλ(ματος)" = Sel.Pap. I 67.5: "τῶν ἐπανηκότων ἐκ τοῦ παραγγέλ(ματος)" (see also SB VI 9123.3–4), the interpretation of this expression by O. Krüger in P.Ross.Georg. II, pp. 28–32, accepted by M.-Th. Lenger, 'Fragment d'Ὑπόμνημα du IIᵉ siècle avant J.-C.', *Aegyptus* 31 (1951) 247, 250–51 and Taubenschlag (1955) 620, is preferable.

Lenger (1948) 129, n. 2 and Modrzejewski (1951) 188 consider SB IV 7337 = C.Ord.Ptol.² 75–76 = I.Prose 45 (Herakleopolis Magna, 12 April 41 BC) as containing a "fiscal amnesty". However, in this inscription there is no mention of a remission of any arrears or of any crime or breach of law and so it is much more correct to consider it what Lenger herself in C.Ord.Ptol.² p. 210 called: "lettre de Cléopâtre VII et Ptolémée Césarion au stratège du nome Héracléopolite, contenant l'ordre de publier et d'exécuter un *prostagma* des souverains qui garantit aux cultivateurs originaires d'Alexandrie leurs privilèges fiscaux contre l'arbitraire des fonctionnaires"; see also the title of I.Prose 45.

BIBLIOGRAPHY

Armoni (2004): Ch. Armoni, 'P.Med. I² 32 und der ägyptische Aufstand in der Thebais', *ZPE* 149 (2004) 162–64.

Bagnall – Derow (1981): R. S. Bagnall – P. Derow, *Greek Historical Documents: The Hellenistic Period* (Chico 1981).

Bagnall – Derow (2004): R. S. Bagnall – P. Derow, *The Hellenistic Period; Historical Sources in Translation*, new edn. (Malden, Oxford, Carlton, 2004).

Bell (1949): H. I. Bell, 'Philanthropia in the Papyri of the Roman Period', in *Hommages à Joseph Bidez et à Franz Cumont* II, Collection Latomus (Bruxelles 1949) 31–37.

Bonneau (1971): D. Bonneau, *Le fisc et le Nil; Incidences des irrégularités de la crue du Nil sur la fiscalité foncière dans l'Égypte grecque et romaine* (Paris 1971).

Braunert (1955/56): H. Braunert, 'IΔIA; Studien zur Bevölkerungsgeschichte des ptolemäischen und römischen Ägypten', *JJP* 9/10 (1955/56) 211–38.

Cuvigny (1985): H. Cuvigny, *L'Arpentage par espèces dans l'Égypte ptolémaïque d'après les papyrus grecs*, Pap.Brux. 20 (Brussels 1985).

Daumas (1958): F. Daumas, 'Un Duplicata du premier Décret Ptolémaïque de Philæ', *MDAIK* 16 (1958) 73–82.

Devauchelle (1986): D. Devauchelle, 'Fragments de décrets ptolémaïques en langue égyptienne conservés au Musée du Louvre', *Revue d'Égyptologie* 37 (1986) 45–51.

Hölbl (1994): G. Hölbl, *Geschichte des Ptolemäerreiches; Politik, Ideologie und religiöse Kultur von Alexander dem Großen bis zur römischen Eroberung* (Darmstadt 1994).

Huß (2001): W. Huß, *Ägypten in hellenistischer Zeit: 332-30 v. Chr.* (Munich 2001).

Kanazawa (1981): Y. Kanazawa, 'Les édits lagides d'amnistie et les caractères fondamentaux de celle-ci', *Journal of Classical Studies* 29 (1981) 85–96 [Japanese].

Kaplony-Heckel (1986): U. Kaplony-Heckel, 'Demotika in Mallawi', *GM* 89 (1986) 55–60.

Kiessling (1938): E. Kiessling, 'Streiflichter zur Katökenfrage', in *Actes du Ve Congrès International de Papyrologie, Oxford, 30 août – 3 septembre 1937* (Bruxelles 1938) 213–29.

Koenen (1957): L. Koenen, *Eine ptolemäische Königsurkunde (P. Kroll)*, Klassisch-philologische Studien, Heft 19 (Wiesbaden 1957).

Koenen (1962): L. Koenen, 'Die „demotische Zivilprozessordnung" und die Philanthropa vom 9. Okt. 186 vor Chr.', *AFP* 17 (1962) 11–16.

Kunkel (1928): W. Kunkel, 'Über die Veräußerung von Katoekenland (Auf Grund neuer Urkunden aus spätptolemäischer Zeit.)', *Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Romanistische Abteilung* 48 (1928) 285–313.

Lanciers (1988): E. Lanciers, 'Die Alleinherrschaft des Ptolemaios VIII. im Jahre 164/163 v. Chr. und der Name Euergetes', in *Proceedings of the XVIII International Congress of Papyrology, Athens 25–31 May 1986* II, ed. B. G. Mandilaras et al. (Athens 1988) 405–33.

Lauffray et al. (1970): J. Lauffray, S. Sauneron, R. Sa'ad and P. Anus, 'Rapport sur les travaux de Karnak; Activités du Centre franco-égyptien en 1968–1969', *Kêmi* 20 (1970) 57–100.

Lenger (1944): M.-Th. Lenger, 'Les lois et ordonnances des Lagides', *CE* 19 (1944) 108–46.

Lenger (1948): M.-Th. Lenger, 'Les prostagmata des rois Lagides', *RIDA* 1 (1948), 119–32.

Lenger (1952): M.-Th. Lenger, 'Les ordonnances particulières des Lagides', in *Mélanges Georges Smets* (Bruxelles 1952).

Lenger (1953): M.-Th. Lenger, 'La notion de « bienfait » (philanthrôpon) royal et les ordonnances des rois Lagides', in *Studi in onore di Vincenzo Arangio-Ruiz* I (Napoli 1953) 483–99.

Lenger (1956): M.-Th. Lenger, 'Décret d'amnistie de Ptolémée Évergète II et lettre aux forces armées de Chypre', *BCH* 80 (1956) 437–61.

Lenger (1959): M.-Th. Lenger, 'Comment les Ptolémées ont-ils fait la loi dans les territoires non égyptiens de leur obédience?', *RIDA*, 3e série, 6 (1959) 209–25.

Lesquier (1911): J. Lesquier, *Les institutions militaires de l'Égypte sous les Lagides* (Paris 1911).

Lichtenstein (2005): *Texte aus der Umwelt des Alten Testaments*, Neue Folge, Band 2, *Staatsverträge, Herrscherinschriften und andere Dokumente zur politischen Geschichte*, ed. M. Lichtenstein (Gütersloh 2005).

Liebesny (1936): H. Liebesny, 'Ein Erlaß des Königs Ptolemaios II. Philadelphos über die Deklaration von Vieh und Sklaven in Syrien und Phönikien (PER Inv. Nr. 24.552 gr.)', *Aegyptus* 16 (1936) 257–91.

McGing (1997): B. C. McGing, 'Revolt Egyptian Style. Internal Opposition to Ptolemaic Rule', *AFP* 43 (1997) 273–314.

Mitford (1938): T. B. Mitford, 'An Unpublished Act of Amnesty from Ptolemaic Cyprus', in *Actes du Ve Congrès International de Papyrologie, Oxford, 30 août–3 septembre 1937* (Brussels 1938) 291–99.

Mitford (1939): T. B. Mitford, 'Contributions to the Epigraphy of Cyprus; Some Hellenistic Inscriptions', *AFP* 13 (1939) 13–38.

Modrzejewski (1951): J. Modrzejewski, 'The πρόσταγμα in the papyri', *JJP* 5 (1951) 187–206.

Mrsich (1984): T. Mrsich, 'Eine Zwischenbilanz zum „zivilprozessualen" Abschnitt des demotischen Rechtsbuches „S" (P.Berl. 13621 Rc. Col. II)', in *Gedächtnisschrift für Wolfgang Kunkel*, eds. D. Nörr and D. Simon (Frankfurt am Main 1984) 205–82.

Otto – Bengtson (1938): W. Otto – H. Bengtson, *Zur Geschichte des Niederganges des Ptolemäerreiches; Ein Beitrag zur Regierungszeit des 8. und des 9. Ptolemäers*, Abhandlungen der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Philosophisch-historische Abteilung, Neue Folge, Heft 17 (Munich 1938).

Passoni dell'Acqua (1988): A. Passoni dell'Acqua, 'La terminologia dei reati nei προστάγματα dei Tolemei e nella versione dei LXX', in *Proceedings of the XVIII International Congress of Papyrology, Athens, 25–31 May 1986* Vol. II, eds. B. G. Mandilaras et al. (Athens 1988) 335–50.

Pfeiffer (2004): S. Pfeiffer, *Das Dekret von Kanopos (238 v. Chr.); Kommentar und historische Auswertung eines dreisprachigen Synodaldekretes der ägyptischen Priester zu Ehren Ptolemaios' III. und seiner Familie*, AFP Beiheft 18 (Leipzig 2004).

Porter – Moss (1934): B. Porter – R. L. B. Moss, *Topographical Bibliography of Ancient Egyptian Hieroglyphic Texts, Reliefs, and Paintings*, IV. *Lower and Middle Egypt* (Oxford 1934).

Préaux (1939): C. Préaux, *L'économie royale des Lagides* (Brussels 1939).

Préaux (1942): C. Préaux, 'Sur l'inscription de Cyrène S.E.G. IX. 1, No 5', *CE* 17 (1942) 133–49.

Préaux (1961): C. Préaux, 'La paix à l’époque hellénistique', in *La Paix, Recueils de la Société Jean Bodin pour l’histoire comparative des institutions*, XIV (Brussels 1961) 227–301.

Pringsheim (1950): F. Pringsheim, *The Greek Law of Sale* (Weimar 1950).

Pringsheim (1961): F. Pringsheim, 'Der griechische Versteigerungskauf', in *Gesammelte Abhandlungen*, I–II (Heidelberg 1961) 262–329 = id., 'The Greek Sale by Auction', in *Scritti in onore di Contardo Ferrini pubblicati in occasione della sua beatificazione*, I–IV (Milan 1947–1949) 284–343.

Quirke – Andrews (1988): S. Quirke and C. Andrews, *The Rosetta Stone; Facsimile Drawing with an Introduction and Translations* (London 1988).

Rostovzeff (1986): M. Rostovtzeff, *The Social and Economic History of the Hellenistic World* III, 2nd impression (Oxford 1986).

San Nicolò (1930): M. San Nicolò in *Deutsche Literaturzeitung; Wochenschrift für Kritik der Internationalen Wissenschaft* (1930) 184–187.

Sauneron (1957): S. Sauneron, 'Un cinquième exemplaire du décret de Canope : La stèle de Boubastis', *BIFAO* 56 (1957) 67–75.

Schönbauer (1950): E. Schönbauer, 'Ein hellenistisches « Lösungsrecht » nachgewiesen?', *Aegyptus* 30 (1950) 198–208.

Sethe (1916): K. Sethe, 'Zur Geschichte und Erklärung der Rosettana', in *Nachrichten von der Königlichen Gesellschaft der Wissenschaften zu Göttingen*, Philosophisch-historische Klasse (1916) 275–314.

Sethe (1904–1916): K. Sethe, *Urkunden des Aegyptischen Altertums*, Vol. II; *Hieroglyphische Urkunden der griechisch-römischen Zeit*, I–III (Leipzig 1904–1916).

Seidl (1929): E. Seidl, *Der Eid im ptolemäischen Recht*, Diss. (Munich 1929).

Seidl (1932): E. Seidl, 'Die demotische Zivilprozessordnung und die griechischen Rechtsurkunden', *CE* 7 (1932) 210–26.

Seidl (1969): E. Seidl, *Ptolemäische Rechtsgeschichte*, 2nd edn., Ägyptologische Forschungen 22 (Glückstadt, Hamburg, New York 1962).

Simpson (1996): R. S. Simpson, *Demotic Grammar in the Ptolemaic Sacerdotal Decrees* (Oxford 1996).

Smith (1968): H. S. Smith, 'A Note on Amnesty', *JEA* 54 (1968) 209–14.

Spiegelberg (1922): W. Spiegelberg, *Der demotische Text der Priesterdekrete von Kanopus und Memphis (Rosettana) mit den hieroglyphischen und griechischen Fassungen und deutscher Uebersetzung nebst demotischem Glossar* (Heidelberg 1922).

Spiegelberg (1929): W. Spiegelberg, *Aus einer ägyptischen Zivilprozeßordnung der Ptolemäerzeit (3.–2. vorchristl. Jahrh.) (Pap. demot. Berlin 13621)*, Abhandlungen der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Philosophisch-historische Abteilung, Neue Folge 1 (Munich 1929).

Taubenschlag (1916): R. Taubenschlag, *Das Strafrecht im Rechte der Papyri* (Leipzig, Berlin 1916).

Taubenschlag (1955): R. Taubenschlag, *The Law of Greco-Roman Egypt in the Light of the Papyri, 332 B. C. – 640 A. D.*, 2nd edn. (Warsaw 1955).

Tietze – Lange – Hallof (2005): Ch. Tietze, E. R. Lange and K. Hallof, 'Ein neues Exemplar des Kanopus-Dekrets aus Bubastis', *AFP* 51 (2005) 1–29.

Todd (1996): S. C. Todd, 'Amnesty', in *The Oxford Classical Dictionary*, 3rd edn., eds. S. Hornblower and A. Spawforth (Oxford 1996) 74.

Veïsse (2004): A.-E. Veïsse, *Les «révoltes égyptiennes»; Recherches sur les troubles intérieurs en Égypte du règne de Ptolémée III à la conquête romaine*, Studia Hellenistica 41 (Leuven, Paris, Dudley, MA 2004).
Wilcken (1920): U. Wilcken, 'II. Referate. Papyrus-Urkunden', *AFP* 6 (1920) 268–301; 361–454.
Wilcken (1935): U. Wilcken, 'Urkunden-Referat', *AFP* 11 (1935) 284–317.
Winter (1982): E. Winter, 'Philensis Dekrete', in *LÄ* IV (Wiesbaden 1982) 1027–28.
Wolff (1970): H. J. Wolff, *Das Justizwesen der Ptolemäer*, 2nd edn. (Munich 1970).
Wolff (2002): H. J. Wolff, *Das Recht der griechischen Papyri Ägyptens in der Zeit der Ptolemaeer und des Prinzipats*; Vol. I: *Bedingungen und Triebkräfte der Rechtsentwicklung*, Handbuch der Altertumswissenschaft, Abt. 10, Teil 5, Bd. 1, ed. H.-A. Rupprecht (Munich 2002).

RÖMISCHE WELT I:

REPUBLIK UND PRINZIPAT

LOREDANA CAPPELLETTI (WIEN)

BÜRGERRECHTSVERLEIHUNG ALS *BENEFICIUM* FÜR REBELLIERENDE BUNDESGENOSSEN? DIE ROLLE DER *LEX IULIA* IM *BELLUM SOCIALE*[*]

Es ist allgemein bekannt, dass in den Jahren 90–88 v.Chr. alle Völkerschaften der Apenninhalbinsel südlich des Po zu römischen Bürgern wurden. Dieser neue politisch-rechtliche Status war die unmittelbare Folge des Bundesgenossenkrieges, des *bellum sociale*, der am Ende des Jahres 91 v.Chr. ausgebrochen war. Die Protagonisten des Konfliktes waren Rom auf der einen Seite und die Mehrheit seiner italischen Bundesgenossen auf der anderen.[1]

Nach der literarischen Überlieferung begannen die Italiker den Krieg gegen Rom, um das römische Bürgerrecht zu erlangen. Um Appian zu zitieren: „Sie konnten es nicht mehr ertragen, die Untertanen Roms zu sein“; „sie wollten selbst Anteil and der Macht haben“; „sie wollten politische Gleichberechtigung.“[2] Rom hatte sich jahrzehntelang dem Wunsch seiner *socii* nach Aufnahme in den römischen Staat verschlossen und aufkeimende Hoffnungen wiederholt zunichte gemacht. Schon C. Gracchus und Fulvius Flaccus hatten am Ende des 2. Jahrhunderts versucht, mit ihren Reformen den Wunsch der Italiker zu realisieren. Diese Reformbegehren mussten sie aber mit dem Tod bezahlen, was bei den Italikern

* Ringrazio innanzi tutto i miei stimati colleghi e amici Kaja Harter-Uibopuu e Fritz Mitthof, per avermi invitata a prendere parte ad un convegno così speciale, dove tutto è stato interessante, dal tema stesso alle diverse relazioni, dai partecipanti alle loro vivaci e stimolanti discussioni. Desidero dedicare questo contributo — rientrante nell’ambito del FWF-Projekt P22063 “*Magna Graecia in römischer Zeit*” — al carissimo Prof. Peter Pieler, che da più di un decennio ormai incoraggia e sostiene la mia attività scientifica.

1 Grundlegend für die Geschichte des Bundesgenossenkrieges sind Marcks (1884); Domaszewski (1924) (italienische Übersetzung mit aktualisierter Bibliographie [1976–1993] hrsg. von L. Cappelletti, Chieti 1993); Haug (1947) 100–139, 201–258; De Sanctis (1976); Keaveney (1987) 99–161; Gabba (1994) 104–128; Wulff Alonso (2002). Vgl. dazu die interessanten Überlegungen von Ridley (2003) 31–56.

2 App. civ. 1, 34, 152 und 154; 1, 35, 155.

noch größeren Zorn entfachte und noch mehr Unzufriedenheit auslöste. Als im Jahre 91 v.Chr. der Aristokrat M. Livius Drusus zum Volkstribunen gewählt wurde, forderten die Italiker mit großem Nachdruck das römische Bürgerrecht und wandten sich mit ihrem Anliegen an diesen. Der Tribun versprach den Italikern, dass er ein Gesetz für die Verleihung des römischen Bürgerrechts einbringen werde. Im Herbst desselben Jahres wurde der reformbereite Drusus in seinem Haus von einem Unbekannten erdolcht. Aus der Sicht der Bundesgenossen bedeutete Drusus' Tod das Ende aller Hoffnungen, das ersehnte Bürgerrecht auf friedlichem und legalem Wege zu erlangen. Seine Ermordung und die daraus resultierende Enttäuschung und Wut verursachten die Erhebung der mittel- und süditalischen *foederati* gegen Rom, die dann in den großen Bundesgenossenkrieg der Jahre 90–88 v.Chr. mündete.[3]

Der Ort des ersten Aufstandes war Asculum in Mittelitalien. Die dort anwesenden römischen Legaten und Bürger wurden von den Einwohnern der Stadt niedergemetzelt.[4] Nach diesem Massaker breitete sich die Rebellion bis nach Lukanien, Kampanien und Apulien aus. Im Lager der Aufständischen standen insgesamt zwölf Völkerschaften, die zu den kriegstüchtigsten unter den Bewohnern Altitaliens gehörten. Die in diesen Gegenden von Rom aus gegründeten latinischen Kolonien, wie Alba Fucens und Aesernia, wurden binnen kurzem von den Rebellen belagert. Die latinische Kolonie Venusia hingegen schloss sich der Erhebung an.[5] Um eine einheitliche Führungsgewalt zu schaffen, entschlossen sich die abgefallenen Völker, eine übergeordnete staatliche Organisation zu schaffen, mit einer Hauptstadt (der Paelignerstadt Corfinium), mit einem Senat von 500 Mitgliedern, mit zwei Konsuln, zwölf Prätoren und mit eigener Münzprägung.[6]

Wie reagierte man in Rom auf den massiven Abfall und den großflächigen Aufstand der Italiker? Zunächst mit Empörung und Rachedurst. Schon zu Beginn des Jahres 90 v.Chr. wurde aufgrund eines Gesetzes

---

3 App. civ. 1, 36, 164–1, 37, 165; 1, 38, 169. Vgl. Liv. per. 71; Vell. 2, 15, 1; Diod. 37, 13; Oros. 5, 18, 1; Flor. 2, 5, 8. Zu Drusus' Italiker-Politik anhand einer grundlegenden Bewertung der widersprüchlichen Quellenaussagen s. jetzt Heftner (2006) 249–257.

4 App. civ. 1, 38, 171–173; Liv. per. 72; Diod. 37, 12.

5 App. civ. 1, 39, 175; Eutr. 5, 3, 1; Oros. 5, 18, 8; Liv. per. 72. Zu den abgefallenen Völkern und Gemeinden s. u. a. Galsterer (1976) 194–203.

6 Zum Bund der Italiker: Strab. 5, 4, 2; Diod. 37, 2, 4; Vell. 2, 16, 4. Hierzu vgl. Veith (1913) 1–26; Meyer (1958) 74–79; Firpo (1994) 457–478; Moscheni (1994) 141–148; Dart (2009) 215–224. Zu den italischen Münzen und ihrer Symbolik s. Campana (1987) und (2000) 67–78; Cappelletti (1999) 85–92; Tataranni (2005) 291–304 sowie ferner Pedroni (2006).

des Volkstribunen Q. Varius Hybrida (*lex Varia)* ein Sondergerichtshof zur Verurteilung jener Bürger gebildet, welche die Italiker offen oder geheim bei der Forderung nach Verleihung des Bürgerrechts unterstützt hatten. Eine Reihe einflussreicher Leute aus dem Umfeld des ermordeteten Tribunen Livius Drusus wurde angeklagt und mit Verbannung bestraft.[7] Mehr noch: Als die Italiker, bald nach dem Beginn der Rebellion, Gesandte nach Rom schickten, um wiederum über das Bürgerrecht zu verhandeln, das sie als Helfer der Römer beim Aufbau ihres Reiches verdient hätten, erteilte ihnen der Senat eine harte Antwort: „Sie könnten, falls sie das Geschehene bedauerten, Gesandte schicken, anderenfalls nicht.“[8]

Am Anfang des Jahres 90 v.Chr. verharrte der Senat also gegenüber den Italikern und deren Integrationswünschen ganz auf der unnachgiebigen Linie, die er auch zuvor verfolgt hatte. Offenbar war den Römern noch nicht klar, dass sie ein blutiger Krieg von gewaltigen Dimensionen erwartete, der eine existentielle Bedrohung für ihre Stadt darstellen sollte.

Von Anfang an stellte sich die militärische Lage für die Römer sehr schlecht dar. Gleich zu Beginn des Jahres 90 v.Chr. gelingt den Italikern eine erfolgreiche Offensive sowohl im Norden als auch im Süden des Kriegsgebietes. An beiden Fronten erleiden die Römer schwere Niederlagen. Ca. 22.000 Soldaten, darunter viele angesehene römische Männer, wie etwa der Konsul Rutilius Lupus, fallen im Kampf. Die katastrophalen Nachrichten vom Kriegsschauplatz stürzen Rom in Trauer und Verzweiflung. Im Herbst des Jahres 90 v.Chr. ist Rom praktisch dem Untergang geweiht.[9]

Von diesem Zeitpunkt an fand sich die Regierung Roms dazu bereit, legislative Maßnahmen — *leges* und *senatus consulta* — bezüglich der Bürgerrechtsverleihung zu erlassen. Die antiken Autoren erwähnen ausdrücklich drei solche Gesetze: die *lex Iulia*, die *lex Plautia Papiria* und die *lex Calpurnia*.[10]

---

[7] App. civ. 1, 37, 165–169. Dazu vgl. Gruen (1966) 32–64; Badian (1969) 447–491; Stone (2002) 191–212.

[8] App. civ. 1, 39, 176. Dazu s. Mouritsen (1998) 137–139.

[9] Siehe z. B. Diod. 37, 23; Oros. 5, 18, 10–14; App. civ. 1, 41, 184; 42, 185–189; 43, 191–193; 44, 197; Liv. per. 72 und 73. Dazu vgl. u.a. Keaveney (1987) 131–137. Eine tiefgreifende Untersuchung der Quellen zur römischen und italischen Stimmungslage im Jahre 90 v.Chr. bietet nun Heftner (2005) 75–87.

[10] Siehe dazu Niccolini (1946) 110–124; Luraschi (1978) 321–370; Luraschi (1996) 35–99 sowie jüngst Bispham (2008) 160–187.

Die *lex Calpurnia*, verabschiedet vermutlich im Sommer 90 v.Chr., wird in einem Fragment von Sisenna erwähnt.[11] Von der *lex Plautia Papiria*, erlassen im Laufe des Jahres 89 v.Chr., berichtet Cicero in seiner Rede für Archias.[12] Diese zwei Gesetze gestatteten die viritane Bürgerrechtsvergabe an bestimmte Personenkategorien. Angesprochen waren die Soldaten und die *adscripti*, d.h. Neubürger bzw. Ehrenbürger, wie der Dichter A. Licinius Archias aus Antiochia, die in den Bürgerlisten verbündeter Gemeinden eingetragen waren und ihren Wohnsitz in Italien hatten.

Im Vergleich dazu wesentlich umfassender erscheint der Geltungsbereich der *lex Iulia*, die *L. Iulius Caesar* — der verbliebene Konsul des Jahres 90 v.Chr. — im Oktober vor die Komitien brachte. Die einzigen Autoren, die die *lex Iulia* ausdrücklich erwähnen, sind A. Gellius und Cicero.[13]

Nach Gellius wurde in Folge des Julischen Gesetzes das Bürgerrecht ganz Latium erteilt.[14] Cicero in seiner Rede für Balbus 8, 21 ist ausführlicher: *... innumerabiles aliae leges de civili iure sunt latae; quas Latini voluerunt, adsciverunt; ipsa denique Iulia, qua lege civitas est sociis et Latinis data, qui fundi populi facti non essent civitatem non haberent, etc.* Cicero berichtet also von einer *lex Iulia* als einem unter mehreren römischen Gesetzen, die die Latiner übernommen hatten. Dieses Gesetz hat den Bundesgenossen und den Latinern das römische Bürgerrecht verliehen. Er fügt weiters hinzu: Das Bürgerrecht wäre nur dann einer Gemeinde zuteil geworden, wenn sie das *fundus fieri* vollzogen hätte, d.h. wenn von den

[11] Sis. frg. 4, 120 Peter = 4, 98 Barabino: *Milites, ut lex Calpurnia concesserat, virtutis ergo civitate donari*. Vgl. Sis. frg. 3, 17 P. = 3, 50 B.: *L. Calpurnius Piso ex senatus consulto duas novas tribus*. Für die Datierung der calpurnischen Initiativen s. Coşkun (2004a) 104–106.

[12] Cic. *Arch.* 7: *Data est civitas Silvani lege et Carbonis: si qui foederatis civitatibus adscripti fuissent, si tum cum lex ferebatur in Italia domicilium habuissent et si sexaginta diebus apud praetorem essent professi*. Vgl. auch die verwirrenden *Scholia Bobiensia* p.175 Stangl und die entsprechende Kritik von Coşkun (2004b) 52–70. Zu den *adscripti* s. Deniaux (1981) 133–141, bes. 137–138; Deniaux (1983) 267–277; Ferrary (2005) 51–75.

[13] Diese *lex Iulia* ist überdies, wie heute fast einhellig angenommen wird, in den ersten Zeilen der Inschrift CIL I^2 709 = ILS 8888 erwähnt: *[C]n. Pompeius Se[x. f. imperator] virtutis caussa equites Hispanos ceives [Romanos fecit in castr]eis apud Asculum a. d. XIV K. Dec. ex lege Iulia*. Die hier bezeugte Einbürgerung der hispanischen *turma* fand im Winter 89 v.Chr. statt, s. Coşkun (2004a) 104 mit Anm. 9.

[14] Gell. 4, 4, 3: *Hoc ius sponsaliorum observatum dicit Servius ad id tempus, quo civitas universo Latio lege Iulia data est.* Nach Wulff Alonso (2002) 118 seien hier in der Tat (auch) die *socii* bzw. die Italiker gemeint.

zuständigen Organen das Gesetz und somit das Bürgerrecht durch einen formellen Zustimmungsakt angenommen wurde.

Ich glaube, dass der Text von Cicero sehr deutlich ist. Das Julische Gesetz enthielt ein Angebot kollektiver Eingemeindung, d.h. ein Angebot an alle italischen Bundesgenossen und Latiner, dem römischen Staat kollektiv beizutreten.[15]

Die Mehrheit der modernen Forscher vertritt allerdings eine andere Ansicht: Die *lex Iulia* habe nur den bis Herbst 90 v.Chr. treu gebliebenen Verbündeten und Latinern das Bürgerrecht angeboten; die Rebellen, die besiegten und unbesiegten Feinde, seien hingegen nicht angesprochen gewesen.[16] Eine Bestätigung für ihre These glauben sie in einer einzigen Quelle, bei App. civ. 1, 49, 211–213, zu finden, welche erwähnt, dass im Jahre 90 v.Chr. das Bürgerrecht nur allen bis dahin treu gebliebenen Italikern zugestanden wurde. Wir werden Appians Bericht später diskutieren. Aber wie vollzog sich dann nach diesen Forschern die korporative Einbürgerung aller italischen Rebellen? Dafür wurden zwei Lösungen vorgeschlagen. Erste Lösung: durch eine *lex*, die uns nicht überliefert ist, welche im Laufe der Jahre 89–88 v.Chr. erlassen worden sei; zweite Lösung: durch die *lex Plautia Papiria* des Jahres 89 v.Chr. Was uns Cicero in seiner Rede für Archias berichtet, sei nur eine Klausel eines umfassenderen Gesetzes, der *lex Plautia Papiria*, dessen Wortlaut nicht zur Gänze erhalten sei.

Beide Lösungen sind plausibel, wie normalerweise alle Argumente *e silentio* plausibel sind. Ich würde aber lieber bei den Fakten bzw. bei der Überlieferung bleiben: Weder Cicero noch Gellius unterscheiden zwischen Treugebliebenen und Abtrünnigen. Das Angebot der *civitas* im Julischen Gesetz galt für alle, es war ein Pauschalangebot. Die definitive Entscheidung, das Bürgerrecht zu akzeptieren oder nicht, lag bei den einzelnen Gemeinden.

Diese Entscheidung war nicht leicht zu treffen. Cicero beschreibt uns in seiner Rede für Balbus 8, 21 die Reaktionen zweier Städte, Herakleia und Neapolis. „Hier — sagt Cicero — gab es *magna contentio*, einen heftigen Streit: Zahlreiche Bürger dieser Staaten zogen die Freiheit, die ihr Staatsvertrag mit Rom ihnen einräumte, dem römischen Bürgerrecht vor.“[17]

Die zwei griechischen Städte Herakleia und Neapolis hielten sich seit mehr als 200 Jahren an den Allianzvertrag mit Rom und blieben auch bei

[15] So auch z. B. Harris (1971) 217; Lintott (1993) 161; Stone (2002) 197.

[16] So jüngst Coşkun (2004a) 108–112 und 114–117 mit Besprechung der weiteren Literatur.

[17] *In quo magna contentio Heracliensium et Neapolitanorum fuit, cum magna pars in iis civitatibus foederis sui libertatem civitati anteferret, etc.*

Ausbruch des Bundesgenossenkrieges Rom gegenüber loyal.[18] Die Tatsache, dass Cicero unmittelbar nach der Erwähnung der *lex Iulia* die Reaktionen von treu gebliebenen Gemeinden beschreibt, bedeutet m. E. nicht, dass die *lex Iulia* ausschließlich für die Eingemeindung der Treugebliebenen erlassen wurde. Ciceros Nachricht zeigt vielmehr, dass es gerade die treu gebliebenen Zentren waren, die am wenigsten am römischen Bürgerrecht interessiert waren. Sie wollten es nicht zu Kriegsbeginn und auch nicht in der Mitte des Konfliktes, als die definitive Niederlage Roms sehr nahe schien. Im Grunde waren sie romtreu und wären es auch geblieben, darüber hinaus hätten sie sich neutral verhalten. Sie stellten definitiv keine Gefahr für Rom dar. Und daher wäre es keine vernünftige Lösung für eine Beendigung des Krieges gewesen, ein Gesetz nur für diese Kategorie von Verbündeten zu erlassen, und nicht auch für die Rebellen.

Des weiteren macht Cicero am Ende der Stelle *pro Balbo* 8, 21 eine Bemerkung, die für uns von großem Interesse ist: Die Prozedur des *fundus fieri*, des formellen Ratifizierungsbeschlusses, wodurch die fremde Gemeinde dem römischen Staatsverband beitreten konnte, beruht darauf, „dass die Gemeinden die Zustimmung auf Grund eines *beneficium*, einer Wohltat von seiten der Römer, und nicht *suo iure*, aus eigener Machtvollkommenheit, aussprachen."[19] Es stellt sich nun die Frage, welchen Sinn diese Anmerkung gehabt hätte, wenn ohnehin nur die treu gebliebenen Gemeinden von der *lex Iulia* profitierten? Diese hatten nichts *suo iure* unternommen, um die *civitas Romana* zu erlangen, weshalb es mir unangebracht erscheint, in ihrem Fall von einem *beneficium* zu sprechen. Ich möchte auch darauf hinweisen, dass nach Waldstein der Terminus *beneficium* ein Synonym für „Begnadigung" sein kann.[20] Außerdem kommt der Begriff noch in einer anderen Quelle vor, nämlich in Velleius Paterculus: In Bezug auf die Verleihung der *civitas Romana* an die Italiker bezeichnet der Historiker die Italiker als *recepti in beneficium*, als Empfänger der Wohltat, und die Römer als *auctores beneficii*, als die Urheber der Wohltat.[21] Der Gebrauch eines Terminus von

---

[18] Zu den günstigen *foedera* von Herakleia und Neapolis s. Sartori (1953) 44–45 und 98.

[19] *Postremo haec vis est istius et iuris et verbi, ut fundi populi beneficio nostro, non suo iure fiant*. Zu dieser Stelle s. vor allem Seston (1996) 478–491, bes. 488–491, und Paulus (1997) 100–114. Zum Ausdruck *fundus fieri* s. auch Barber (2004) 49–51 und Bispham (2008) 187–189.

[20] Waldstein (1964) 16.

[21] Vell. 2, 20, 2: *Itaque cum ita civitas Italiae data esset, ut in octo tribus contribuerentur novi cives, ne potentia eorum et multitudo veterum civium dignitatem frangeret plusque possent recepti in beneficium quam auctores beneficii, etc.*

derartiger semantischer Breite lässt sich meines Erachtens besser erklären, wenn man davon ausgeht, dass auch aufständische Völker und Gemeinden zu den Nutznießern der *lex Iulia* zählten.

Und tatsächlich können wir an einer anderen Stelle von Velleius Paterculus lesen: „Allmählich gewannen die Römer wieder Kräfte, indem sie diejenigen, die nicht zu den Waffen gegriffen und die, die sie rasch abgelegt hatten, in ihre Bürgergemeinschaft aufnahmen.“[22] Hier erwähnt Velleius die *lex Iulia* weder explizit, noch beschreibt er deren Inhalt. Der Historiker behandelt hier bloß die Auswirkungen dieses Gesetzes, und vor allem den graduellen Prozeß, durch welchen die italischen Gemeinden das Angebot der *civitas* nach und nach angenommen haben. Und unter diesen Gemeinden waren, nach Velleius, auch diejenigen, die gegen Rom rebelliert hatten.

Wie ich bereits angedeutet habe, gibt es nur eine einzige Quelle, die zu dem bisher Gesagten in Widerspruch steht: Es handelt sich um App. civ. 1, 49, 211–213, wo von Ereignissen am Ende des Jahres 90 v.Chr. berichtet wird. Die Mehrheit der modernen Forscher glaubt, dass Appian hier, obwohl er sie nicht ausdrücklich erwähnt, von der *lex Iulia* spricht. Die Etrusker, Umbrer und sonstige benachbarte Völkerschaften, so Appian, waren knapp davor, sich der Rebellion anzuschließen.[23] Durch die neue Bedrohung in Panik versetzt, ließ der Senat die Meeresküste von Cumae bis nach Rom durch Freigelassene bewachen. Außerdem beschloss der Senat, dass die bis dahin bundestreu gebliebenen Italiker das Bürgerrecht erhalten sollten, das fast alle dringlich anstrebten.[24] Diese Anordnung wurde bei den Etruskern bekanntgemacht, die mit Freude (ἄσμενοι) das Bürgerrecht annahmen. Mit diesem Gunstbeweis (χάρις) machte der Senat die Treuen noch treuer, bestärkte die Schwankenden und stimmte die Rebellen durch eine gewisse Hoffnung auf gleiche Auszeichnung milder.[25]

---

[22] Vell. 2, 16, 4: *Paulatim deinde recipiendo in civitatem qui arma aut non ceperant aut deposuerant maturius vires refectae sunt, etc.*

[23] App. civ. 1, 49, 211: Καὶ τάδε μὲν ἀμφὶ τὴν Ἰταλίαν ἦν τὴν περὶ τὸν Ἰόνιον· αἰσθόμενοι δ᾽ αὐτῶν οἱ ἐπὶ θάτερα τῆς Ῥώμης Τυρρηνοὶ καὶ Ὀμβρικοὶ καὶ ἄλλα τινὰ αὐτοῖς ἔθνη γειτονεύοντα, πάντες ἐς ἀπόστασιν ἠρεθίζοντο.

[24] App. civ. 1, 49, 212: δείσασα οὖν ἡ βουλή, μὴ ἐν κύκλῳ γενόμενος αὐτοῖς ὁ πόλεμος ἀφύλακτος ᾖ, τὴν μὲν θάλασσαν ἐφρούρει τὴν ἀπὸ Κύμης ἐπὶ τὸ ἄστυ δι᾽ ἀπελευθέρων, τότε πρῶτον ἐς στρατείαν δι᾽ ἀπορίαν ἀνδρῶν καταλεγέντων, Ἰταλιωτῶν δὲ τοὺς ἔτι ἐν τῇ συμμαχίᾳ παραμένοντας ἐψηφίσατο εἶναι πολίτας, οὗ δὴ μάλιστα μόνον οὐ πάντες ἐπεθύμουν.

[25] App. civ. 1, 49, 213: καὶ τάδε ἐς Τυρρηνοὺς περιέπεμπεν, οἱ δὲ ἄσμενοι τῆς πολιτείας μετελάμβανον. καὶ τῇδε τῇ χάριτι ἡ βουλὴ τοὺς μὲν εὔνους εὐνουστέρους ἐποίησε, τοὺς δὲ ἐνδοιάζοντας ἐβεβαιώσατο, τοὺς δὲ πολεμοῦντας ἐλπίδι τινὶ τῶν ὁμοίων πραοτέρους ἐποίησεν.

Aber — und hier findet sich der erste Widerspruch bei Appian — wenn dieses Gesetz aus dem Jahr 90 v.Chr. nur die Nichtrebellierenden zu *cives* machte, nach welchem Kriterium und auf der Grundlage welches gesetzlichen Präzedenzfalles konnten dann die Rebellen auf eine analoge Behandlung hoffen? Und ein zweiter Widerspruch: Warum führten die Römer als erste Notmaßnahme die Aushebung von Freigelassenen durch, wenn sie die Etrusker und Umbrer ohnehin als treue Bundesgenossen zur Verfügung gehabt hätten?[26] Oder: Warum hätten gerade die Nicht-Rebellen das Bürgerrecht am dringlichsten angestrebt?[27]

Ein dritter, noch größerer Widerspruch ist im Verhältnis des Berichts Appians zu anderen Quellen wie Livius, Florus und Orosius zu finden. Diese sprechen nämlich von einer geschlossenen Rebellion ganz Etruriens und Umbriens im Jahr 90 v.Chr. und von blutigen Kämpfen zwischen dem römischen Heer auf der einen und den etruskischen und umbrischen Aufgeboten auf der anderen Seite.[28]

Appian schreibt also zuerst, dass mit der *lex Iulia* das Bürgerrecht nur an die Treugebliebenen verliehen wurde, und sofort danach widerspricht er sich selbst, indem er sagt, dass das Bürgerrecht von den Etruskern (und Umbrern) angenommen wurde; wir wissen jedoch, dass diese zu den aufständischen Völkern zählten.

Es erscheint mir offensichtlich, dass Appian hier, sei es unbewusst oder einfach ungenau, unsere *lex Iulia* beschreibt, die auch in den anderen Quellen zu finden ist: ein Gesetz, das es auch den Rebellen ermöglichte, das Bürgerrecht zu erlangen. Und es ist an dieser Stelle besonders bedeutsam,

---

[26] Zur Aushebung von Freigelassenen s. auch Liv. per. 74: *Libertini tunc primum militare coeperunt*. Vgl. Macr. Sat. 1, 11, 32.

[27] Ähnliche Überlegungen findet man auch bei Mouritsen (1998) 153–163.

[28] Liv. per. 74: *A. Plotius legatus Umbros, L. Porcius praetor Etruscos, cum uterque populus defecisset, proelio vicerunt*. Oros. 5, 18, 17: *Porcius Cato praetor Etruscos, Plotius legatus Umbros plurimo sanguine inpenso et difficillimo labore vicerunt*. Flor. 2, 6, 5: *Cum omne Latium atque Picenum, Etruria omnis atque Campania, postremo Italia contra matrem suam ac parentem urbem consurgeret*; 2, 6, 6: *cum omne robur fortissimorum fidelissimorumque sociorum sub suis quisque signis haberent municipalia illa prodigia, Poppaedius Marsos et Paelignos, Latinos Afranius, Umbros Plotius, Egnatius Etruscos, etc*; 2, 6, 13: *adgressitque singulos populos Cato discutit Etruscos, etc*. Vgl. auch Sis. frg. 94 und 95 (*Iguvium* und *Perusia*); frg. 119 Peter (*Tuder*); Flor. 2, 6, 11 (*Ocriculum* und *Faesulae*). Zu dieser Überlieferung s. Harris (1971) 216–217 und 236–240; Cappelletti (2004) 229–236, bes. 233–234. Die Teilnahme der Umbrer an dem Bundesgenossenkrieg scheint nun auch epigraphisch belegt zu sein, s. Zavaroni – Sani (2009) 69–103.

dass der Historiker von der Verleihung der *civitas* wie von einer χάρις spricht, von einem Gunstbeweis, einem Geschenk von seiten der römischen Regierung. Und gerade weil es für die etruskischen Rebellen ein unerwartetes Geschenk ist, sind diese so ἄσμενοι, so glücklich darüber, es zu erhalten.

Appian ist der einzige Autor, der — meines Erachtens nur anscheinend — das Angebot der *lex Iulia* auf die treugebliebenen Gemeinden beschränkt. Dennoch, wie bereits betont, schenkt die Mehrheit der modernen Forscher seiner Version kritiklos Glauben. Warum? Ich nehme an, dass sie sich neben seinem Bericht noch von zwei weiteren Überlegungen leiten lassen.

Die erste könnte folgendermaßen lauten: Ein auch an die seit einem Jahr im Kampf gegen Rom stehenden Aufständischen gerichtetes Angebot des Bürgerrechts wäre unvorstellbar, weil es ein deutliches und zu frühes Zeichen der Schwäche Roms dargestellt hätte, völlig unvereinbar mit der Strenge und Standhaftigkeit, die Rom insgesamt und insbesondere in seinem Umgang mit den *socii* immer wieder unter Beweis gestellt hatte.

Die zweite Überlegung geht wohl von der Haltung der Aufständischen aus: Wenn das so ersehnte Bürgerrecht den Rebellen schon im Herbst des Jahres 90 v.Chr. offeriert wurde, weshalb haben sie es nicht akzeptiert? Weshalb ist der Krieg bis in die Jahre 89 und 88 weitergeführt worden?

Wie sich leicht erkennen läßt, sind beide Überlegungen von „romfreundlichen“ Positionen bestimmt.

Betrachten wir die erste: Sicherlich fällt es schwer anzunehmen, dass das große und mächtige Rom nach einem Jahr des Krieges den Italikern, noch dazu im Moment einer Rebellion, das gewährt haben sollte, was es ihnen jahrzehntelang verweigert hatte. Im übrigen haben wir gesehen, dass es zu Beginn des Konflikts von seiten der Römer keinen Raum für Kompromissbereitschaft und Versöhnungspolitik gab. Roms Regierung war damals unter keinen Umständen dazu bereit, ihr Bürgerrecht an die Italiker zu vergeben. Aber nach etwa zehn Monaten war die Situation plötzlich eine andere. Rom sah sich von der Gefahr einer nicht wieder gutzumachenden Niederlage bedroht. Seine Existenz stand auf dem Spiel. Es war politisch und militärisch isoliert: Die italischen Heere, die bis dahin das Gros der römischen Truppen gebildet hatten, standen nun in einem siegreichen Kampf gegen Rom. Darüber hinaus hatten die Italiker, wie wir gesehen haben, nach ihrem Abfall von Rom ein neues Staatswesen gegründet, das in gefährlicher Nähe zu Rom lag und dessen Ausdehnung die des von Rom kontrollierten Territoriums übertraf. Hätten die Italiker tatsächlich den Krieg gewonnen, wären sie von Untertanen zu Herren geworden. Was wäre

dann das Schicksal Roms gewesen? Im Angesicht dieser katastrophalen Aussichten war das Mindeste, was Rom tun konnte, das Angebot des römischen Bürgerrechts, die Beseitigung des alten Zankapfels, der den Hass genährt und den Bundesgenossenkrieg provoziert hatte. Es ist klar, dass in dieser Situation ein nur an die treugebliebenen und neutralen latinischen und italiotischen Gemeinden gerichtetes Bürgerrechtsangebot kaum von Bedeutung gewesen wäre. Welchen Sinn hätte ein solches Angebot gehabt? Allenfalls hätte es dazu dienen können, deren Loyalität mittels eines Kraftakts zu honorieren und zu festigen, was aber zum damaligen Zeitpunkt nur wenig zur Rettung des römischen Staates hätte beitragen können. Aus meiner Sicht ist es evident, dass das in der *lex Iulia* enthaltene Angebot notwendigerweise in erster Linie an die Rebellen gerichtet war, gespeist von der Hoffnung, dass sie, oder wenigstens ein Teil von ihnen, es akzeptieren und ihrer Rebellion ein Ende machen würden. Aus dieser Perspektive betrachtet, stellt das Angebot der *lex Iulia* von römischer Seite zweifellos ein Zeichen der Schwäche dar, zugleich auch das Eingeständnis der Verantwortung für das Geschehene, vor allem aber einen verzweifelten Akt der Selbstverteidigung.

Fassen wir jetzt die zweite Überlegung in Bezug auf das Verhalten der Aufständischen ins Auge: Es ist wahr! Nur ein kleiner Teil der Rebellen hat im Jahr 90 v.Chr. das Bürgerrechtsangebot der *lex Iulia* akzeptiert, nur die Etrusker und Umbrer. Die anderen zogen es vor, den Krieg fortzusetzen. Weshalb? Ich glaube, dass die Antwort einfach in der Tatsache liegt, dass die Italiker zu jenem Zeitpunkt im Begriff zu sein schienen, ihren Krieg gegen Rom zu gewinnen. Zum ersten Mal in ihrer Geschichte hatten die Italiker ihre Kräfte vereinigt, und diese Kooperation funktionierte. Zugleich mit ihrem Haß gegen Rom war in den Aufständischen auch das Bewusstsein der eigenen Stärke sowie das Streben nach Selbstbestätigung und Unabhängigkeit von Rom gewachsen. Das Faktum der Schaffung eines autonomen italischen Staates und die nationalistische und antirömische Symbolik, die wir in den von diesem Staat im Laufe des Krieges emittierten Münzen antreffen, sind das Produkt dieser neuen Stimmungslage. Aber noch mehr: Weshalb hätten die Italiker mit ihrer neuen staatlichen Organisation, die gleichsam die gesamte Halbinsel umfasste, und gewissermaßen mit dem Sieg vor der Türe den Eintritt in die Bürgerschaft Roms, einer einzelnen Stadt am Tiber, akzeptieren sollen? Ihr eigener Staat hätte potentiell auch nach dem Sieg weiter bestehen und sich dauerhafte Strukturen geben können, z.B. durch die Schaffung eines eigenen Bundesbürgerrechts.

Das Angebot, das man ihnen so lange Jahre hindurch arrogant verweigert hatte, zu akzeptieren, die Rebellion zu beenden, im Augenblick des

bevorstehenden Sieges über Rom aufzugeben, das wäre von seiten der Italiker als ein Zeichen der Schwäche, von römischer Seite hingegen als Gnadenakt aufgefasst worden.

Tatsache ist, dass der Krieg weiterging, jetzt jedoch zum Vorteil Roms. Im Laufe des Jahres 89 v.Chr. erlitten die Italikerheere im Kampf gegen die römischen Legionen eine Serie von Niederlagen, ihre Städte wurden eingenommen. Im Jahre 88 v.Chr. unterwarfen sich praktisch alle aufständischen Völker bedingungslos der Macht Roms. Rom hatte gesiegt und die Italiker hatten verloren.[29]

Aber das eigentliche Ergebnis des Krieges war ein anderes, ein Ergebnis, das von diversen Quellenautoren übereinstimmend überliefert wird, z.B. von Granius Licinianus: „Das Bürgerrecht wurde allen *dediticii* (d.h. allen freiwillig Kapitulierenden) gegeben"; von Livius: „Der Senat gab den italischen Völkern das Bürgerrecht"; von Velleius Paterculus: „Der italische Krieg war nun größtenteils beendet ... In diesem Krieg hatten die Römer, anstatt heil und unversehrt allen das Bürgerrecht zu gewähren, es lieber, selbst schwer angeschlagen, an Besiegte und Gedemütigte verleihen wollen."[30]

Aber Velleius' Bericht enthält noch mehr. Der Historiker stellt hier eine eigentümliche Verbindung, eine ungewöhnliche Kausalitätskette zwischen den Fakten her: Auf der einen Seite der entscheidende und unbestrittene Sieg der Römer über die Italiker, auf der anderen das Zugeständnis des römischen Bürgerrechts an die besiegten Italiker. Im Grunde gab es auf der einen Seite den militärischen Sieg der Römer, auf der anderen den moralischen und politischen Sieg der Italiker. Denn die Italiker hatten mit ihrem für das Bürgerrecht geführten Krieg zuletzt erreicht, was sie wollten, nämlich die *civitas Romana*. Angesichts dieses Ergebnisses kann Velleius nicht umhin, mit Bitterkeit die Unnötigkeit des *bellum sociale* zu konstatieren.[31]

An diesem Punkt meiner Darlegungen angekommen, verfügen wir, wie ich glaube, über eine hinreichende Basis, um abschließende Überlegungen hin-

---

[29] Zu den römischen Erfolgen der Jahre 89–88 v.Chr. s. Keaveney (1987) 152–158.

[30] Gran. Lic. ann. 35, p. 21 Flemisch: ... *dediticiis omnibus civita<s> data, etc.*; Liv. per. 80: *Italicis populis a senatu civitas data est*; Vell. 2, 17, 1: *Finito ex maxima parte ... Italico bello, quo quidem Romani victis adflictisque ipsi exarmati quam integri universis civitatem dare maluerunt, etc*. Vgl. Liv. per. 75; 76; Sis. frg. 4, 119 Peter = 4, 60 Barabino (ad a. 89 a.Chr.): *tamen Tudertibus senati consulto et populi iussu dat civitatem*.

[31] Zu dieser Velleius-Stelle vgl. auch D'Aloja (2004) 213–224.

sichtlich der römischen Bundesgenossenpolitik der Jahre 90–88 v.Chr. zu treffen.

Im Herbst des Jahres 90 v.Chr. wurde in der *lex Iulia* das römische Bürgerrecht *en bloc* sowohl den treugebliebenen *socii* wie auch den Rebellen offeriert. Das Zugeständnis des Bürgerrechts an abgefallene und aufständische Völkerschaften war, für sich genommen, ein Gnadenakt von seiten Roms und ist dementsprechend *a posteriori* von den antiken Autoren als ein solcher interpretiert worden. Wir haben gesehen, dass Cicero und Velleius Paterculus von einem *beneficium* sprechen. In Wirklichkeit ist, wenn man die für die Römer katastrophale Kriegslage des Jahres 90 v.Chr. berücksichtigt, das Angebot des Bürgerrechts in erster Linie als der letzte Rettungsversuch angesichts der drohenden Niederlage zu verstehen.

In den Jahren 89–88 v.Chr. hatte Rom den Krieg bereits für sich entschieden, die halbe Einwohnerschaft Italiens lag unterworfen den Römern zu Füßen, die Entscheidung über ihr politisches Schicksal lag nun beim römischen Senat und Volk.

Und wie hat Rom dann entschieden? Rom entschied sich dafür, den Besiegten und den *dediticii* das römische Bürgerrecht durch eines oder mehrere *senatus consulta* zu gewähren oder, besser gesagt, aufzuerlegen.

Mit diesem Akt hat Rom im Grunde auf sein Recht verzichtet, den Abfall und die Rebellion der Italiker mit Massaker, Deportationen, Versklavung und Landkonfiskationen zu bestrafen.[32] Darin liegt ein authentischer Gnadenakt, durch den Rom die erlittenen Beleidigungen und den Krieg für vergeben und vergessen erklärte und stattdessen alle zu *cives Romani* mit gleichem Recht machte. Es ist weiters ein Akt, der die größtmögliche Konzession an die Italiker in sich trug: Auf der einen Seite brachte er ihnen die Wiederherstellung der inneren Verwaltungsautonomie in ihren jeweiligen Gemeinden, auf der anderen die Verwirklichung ihres alten Strebens nach politischer Integration in den römischen Staat.

Zusammenfassend darf — etwas zugespitzt — folgende Formel in den Raum gestellt werden: Die jahrzehntelange Bundesgenossenfrage fand im Zuge der Jahre 90–88 v.Chr. ihre Lösung mit dem definitiven Sieg der italischen Welt über den römischen Staat.[33]

---

[32] Über das Rechtsinstitut der *deditio* und das tragische Schicksal einer *urbs dedita* s. vor allem Dahlheim (1968) 6–33; dazu noch Auliard (2006) 139–156.

[33] Und das gilt meines Erachtens unabhängig sowohl von der effektiven politischen Eingliederung der *novi cives* durch die (neu einzurichtenden?) römischen *tribus* als auch von den späteren sullanischen Strafaktionen gegenüber einzelnen Städten und Stämmen. S. dazu Coşkun (2004c) 99–104; Santangelo (2007) 147–182; Muñiz Coello (2008) 261–278.

BIBLIOGRAPHIE

Auliard (2006): C. Auliard, *Les magistrats et les deditiones aux IVe et IIIe siècles, entre guerre et diplomatie*, in: E. Caire, S. Pittia (Hrsg.), *Guerre et diplomatie romaines (IVe–IIIe siècles). Pour un réexamen des sources*, Aix-en-Provence 2006, 139–156.

Badian (1969): E. Badian, *Quaestiones Variae*, Historia 18 (1969) 447–491.

Barber (2004): K.A. Barber, *Rhetoric in Cicero's pro Balbo*, New York – London 2004.

Bispham (2008): E.H. Bispham, *From Asculum to Actium. The Municipalization of Italy from the Social War to Augustus*, Oxford 2008.

Campana (1987): A. Campana, *La monetazione degli insorti italici durante la guerra sociale (91–87 a.C.)*, Soliera 1987.

Campana (2000): A. Campana, *La monetazione della guerra sociale: alcune considerazioni*, in: G. Tagliamonte (Hrsg.), *Popoli dell'Italia antica. Gentes fortissimae Italiae. Samnium, Latium et Campania. Storia, archeologia e numismatica*, Atti del Convegno, Atina, 29 ottobre 2000, Cassino 2000, 67–78.

Cappelletti (1999): L. Cappelletti, *Il giuramento degli Italici sulle monete del 90 a. C.*, ZPE 127 (1999) 85–92.

Cappelletti (2004): L. Cappelletti, *Etruschi ed Umbri nella guerra sociale*, in: H. Heftner, K. Tomaschitz (Hrsg.), *Ad Fontes! Festschrift für Gerhard Dobesch zum fünfundsechzigsten Geburtstag*, Wien 2004, 229–236.

Coşkun (2004a): A. Coşkun, *Zu den Rechtsgrundlagen der römischen Bürgerrechtsvergabe infolge des Bundesgenossenkrieges*, RIDA 51 (2004) 101–132.

Coşkun (2004b): A. Coşkun, *Zur Umsetzung der Bürgerrechtsverleihungen durch die Lex Plautia Papiria und zu den Prätoren des Jahres 89 v.Chr. (Cic. Arch.7–9)*, Eos 91 (2004) 52–70.

Coşkun (2004c): A. Coşkun, *"Civitas Romana" und die Inklusion von Fremden in die römische Republik am Beispiel des Bundesgenossenkrieges*, in: A. Gestrich, L. Raphael (Hrsg.), *Inklusion/Exklusion. Studien zu Fremdheit und Armut von der Antike bis zur Gegenwart*, Frankfurt am Main 2004, 85–111.

Dahlheim (1968): W. Dahlheim, *Struktur und Entwicklung des* römischen *Völkerrechts im dritten und zweiten Jahrhundert v.Chr.*, München 1968.

D'Aloja (2004): C. D'Aloja, *Velleio Patercolo e la visione italica tra vecchio e nuovo. Temi di antichità romane*, in: M. Pani (Hrsg.), *Epigrafia e territorio, politica e società*, Bd. 7, Bari 2004, 213–224.

Dart (2009): C.J. Dart, *The 'Italian Constitution' in the Social War: a Reassessment (91 to 88 BCE)*, Historia 58.2 (2009) 215–224.

Deniaux (1981): E. Deniaux, *Civitate donati: Naples, Héraclée, Côme*, Ktema 6 (1981) 133–141.

Deniaux (1983): E. Deniaux, *Le passage des citoyennetés locales à la citoyenneté romaine et la constitution de clientèles*, in: M. Cébeillac-Gervasoni (Hrsg.), *Les "bourgeoisies" municipales italiennes aux IIe et Ier siècles av. J.–C.*, Colloque internationaux, Naples 7–10 décembre 1981, Centre J. Bérard, Paris – Naples 1983, 267–277.

De Sanctis (1976): G. De Sanctis, *La guerra sociale*. Opera inedita, hrsg. von L. Polverini, Firenze 1976.

Domaszewski (1924): A. von Domaszewski, *Bellum Marsicum,* Wien – Leipzig 1924 (italienische Übersetzung mit aktualisierter Bibliographie [1976–1993] hrsg. von L. Cappelletti, Chieti 1993).

Ferrary (2005): J.-L. Ferrary, *Les Grecs des cités et l'obtention de la civitas Romana*, in: P. Fröhlich, C. Müller (Hrsg.), *Citoyenneté et participation à la basse époque hellénistique*, Actes de la table ronde des 22 et 23 mai 2004, Paris, Genève 2005, 51–75.

Firpo (1994): G. Firpo, *Considerazioni sull'organizzazione degli Italici durante la guerra sociale*, in: L. Aigner-Foresti *et al.* (Hrsg.), *Federazioni e federalismo nell'Europa antica. Alle radici della casa comune europea. I.*, Bergamo, 21–25 settembre 1992, Milano 1994, 457–478.

Gabba (1994): E. Gabba, *Rome and Italy: the Social War*, in: CAH IX², Cambridge 1994, 104–128.

Galsterer (1976): H. Galsterer, *Herrschaft und Verwaltung im republikanischen Italien. Die Beziehungen Roms zu den italischen Gemeinden vom Latinerfrieden 338 v.Chr. bis zum Bundesgenossenkrieg 91 v.Chr.*, München 1976.

Gruen (1966): E.S. Gruen, *Political prosecutions in the 90's B.C.*, Historia 15 (1966) 32–64.

Harris (1971): W.V. Harris, *Rome in Etruria and Umbria*, Oxford 1971.

Haug (1947): I. Haug, *Der römische Bundesgenossenkrieg 91–88 v.Chr. bei Titus Livius*, WJA 2 (1947) 100–139; 201–258.

Heftner (2005): H. Heftner, *Eine Episode aus dem römischen Bundesgenossenkrieg bei Diodorus Siculus (Diodor. 37, 15)*, in: F. Beutler, W. Hameter (Hrsg.), *"Eine ganz normale Inschrift" ... und Ähnliches zum Geburtstag von E. Weber*, Festschrift zum 30. April 2005 (Althistorisch-Epigraphische Studien Band 5), Wien 2005, 75–87.

Heftner (2006): H. Heftner, *Bemerkungen zur Bundesgenossenpolitik des Marcus Livius Drusus (tr.pl. 91 v.Chr.)*, in: P. Amann, M. Pedrazzi, H. Taeuber (Hrsg.), *Italo-Tusco-Romana, Festschrift für L. Aigner-Foresti*, Wien 2006, 249–257.

Keaveney (1987): A. Keaveney, *Rome and the Unification of Italy*, London 1987.

Kiene (1845): A. Kiene, *Der römische Bundesgenossenkrieg nach den Quellen bearbeitet*, Leipzig 1845.

Lintott (1993): A. Lintott, *Imperium Romanum. Politics and Administration*, London 1993.

Luraschi (1978): G. Luraschi, *Sulle 'leges de civitate' (Iulia, Calpurnia, Plautia Papiria)*, SDHI 44 (1978) 321–370.

Luraschi (1996): G. Luraschi, *La questione della cittadinanza nell'ultimo secolo della Repubblica*, in: F. Milazzo (Hrsg.), *Res publica e princeps. Vicende politiche, mutamenti istituzionali e ordinamento giuridico da Cesare ad Adriano*, Atti del VII Convegno internazionale di diritto romano, Copanello 25–27 maggio 1994, Napoli 1996, 35–99.

Marcks (1884): E. Marcks, *Die Überlieferung des Bundesgenossenkrieges 91–89 v.Chr.*, Marburg 1884.

Meyer (1958): H.D. Meyer, *Die Organisation der Italiker im Bundesgenossenkrieg*, Historia 7 (1958) 74–79.

Moscheni (1994): M. Moscheni, *L'organizzazione politica dei Sanniti*, RIL 128 (1994 [1995]) 141–148.

Mouritsen (1998): H. Mouritsen, *Italian Unification. A Study in Ancient and Modern Historiography*, London 1998.

Muñiz Coello (2008): J. Muñiz Coello, *Las classes y el voto electoral de los Itálicos en el siglo I A.C.*, Athenaeum 96.1 (2008) 261–278.

Niccolini (1946): G. Niccolini, *Le leggi de civitate romana durante la guerra sociale*, RAL 8.1 (1946) 110–124.

Paulus (1997): C.G. Paulus, *Das römische Bürgerrecht als Privileg: Cicero verteidigt Aulus Licinius Archias und Cornelius Balbus*, in: U. Manthe, J. von Ungern-Sternberg (Hrsg.), *Große Prozesse der römischen Antike*, München 1997, 100–114.

Pedroni (2006): L. Pedroni, *Crisi finanziaria e monetazione durante la Guerra Sociale*, Bruxelles 2006.

Ridley (2003): R.T. Ridley, *The Contradictory Revolution: The Italian War (91–89)*, AH 33 (2003) 31–56.

Santangelo (2007): F. Santangelo, *Sulla, the Elites and the Empire. A Study of Roman Policies in Italy and the Greek East*, Boston 2007.

Sartori (1953): F. Sartori, *Problemi di storia costituzionale italiota*, Roma 1953.

Seston (1996): W. Seston, *La «lex Iulia» de 90 av. J.–C. et l'integration des italiens dans la citoyenneté romaine*, Labeo 42 (1996) 478–491.

Stone (2002): A.M. Stone, *Pro and anti: the dignitas of the senate in 88 BC*, in: P. McKechnie (Hrsg.), *Thinking like a lawyer. Essays on legal history and general history for J. Crook on his eightieth birthday*, Leiden – Boston – Köln 2002, 191–212.

Tataranni (2005): F. Tataranni, *Il toro, la lupa e il guerriero: l'immagine marziale dei Sanniti nella monetazione degli insorti italici durante la guerra sociale (90–88 A.C.)*, Athenaeum 93 (2005) 291–304.

Veith (1913): G. Veith, *Corfinium. Eine kriegsgeschichtliche Studie*, Klio 13 (1913) 1–26.

Waldstein (1964): W. Waldstein, *Untersuchungen zum römischen Begnadigungsrecht. Abolitio-indulgentia-venia*, Innsbruck 1964.

Wulff Alonso (2002): F. Wulff Alonso, *Roma e Italia de la Guerra Social a la retirada de Silla (90–79 a. C.)*, Bruxelles 2002.

Zavaroni – Sani (2009): A. Zavaroni, G. Sani, *Iscrizioni nord-umbre del bellum sociale nella Valle di Ospitale: prime indicazioni*, Klio 91 (2009) 69–103.

HERBERT HEFTNER (WIEN)

BEMERKUNGEN ZU DEN ‚AMNESTIE'- UND ‚RESTITUTIONS'-BESTREBUNGEN DER NACHSULLANISCHEN ÄRA

Bekanntlich hat L. Cornelius Sulla, nachdem er am 1. Nov. 82 in der Entscheidungsschlacht an der Porta Collina den Bürgerkrieg gegen die Popularen zu seinen Gunsten entscheiden konnte, gegen die Anhänger der besiegten Parteirichtung eine Verfolgungs- und Vernichtungswelle entfesselt, die in ihrer Gründlichkeit und Systematik alles Bisherige übertraf. Das dabei verwendete Rechtsinstrument bildeten die berüchtigten „Proskriptionslisten", auf denen die ins Auge gefassten Opfer verzeichnet wurden.

Wer auf einer dieser Listen vermerkt war, galt als rechtlos; er durfte und sollte von jedermann verfolgt und ohne weiteres getötet werden. Wer einen Proskribierten tötete oder bei seiner Ergreifung half, hatte Anspruch auf Belohnung; umgekehrt war jeder, der einem Proskribierten Hilfe leistete, ohne Gnade selbst dem Tod verfallen. Das Vermögen der Proskribierten wurde konfisziert und zugunsten der Staatskasse versteigert.[1] Um diese letztgenannte Bestimmung voll ausnützen zu können, ließ das Sulla-Regime auch Leute, die schon vor Beginn der formellen Proskriptionen getötet worden waren oder im Zuge der Bürgerkriegskämpfe den Tod gefunden hatten, auf die Liste setzen.[2] Die Rechtsfolgen der Proskription erstreckten sich auch auf die Söhne der Proskribierten: sie hatten Einschränkungen ihrer bürgerlichen Rechte hinzunehmen, deren genaues Ausmaß in der Forschung nicht ganz geklärt ist, die aber jedenfalls das Verbot, sich um öffentliche Ämter zu bewerben, umfassten.[3]

---

1 Plut. Sulla 31, 7; Cic. S. Rosc. 125–126; 128; 130; App. civ. 1, 95, 442; Vell. 2, 28, 3; dazu Fuhrmann (1959) 2441–2442 und Hinard (1985) 35–52 und 74–87, der zwischen dem Proskriptionsedikt als solchem und einem umfassenderen Gesetz *de hostibus rei publicae* unterscheidet.

2 Cic. S. Rosc. 21; 32.

3 Plut. Sulla 31, 8; Liv. per. 89; Vell. 2, 28, 4; dazu Hinard (1985) 87–100, bes. 98–99 mit weiteren Belegen.

Es ist hier nicht der Ort, näher auf die Motive und Hintergründe dieser bis dahin größten politischen Säuberungswelle der römischen Republik einzugehen. Es mag die Feststellung genügen, dass Sulla meines Erachtens auf eine tiefgreifende Transformation der römischen Oberschicht abzielte: die beiden Schichten, aus denen sich die politische Führung der *res publica* rekrutierte, der Senatoren- und Ritterstand, sollten von allen aus der Sicht des Diktators feindseligen Elementen gesäubert werden, diejenigen Angehörigen dieser Stände hingegen, deren Haltung von dem Machthaber als positiv eingeschätzt wurde und die er daher als brauchbare potentielle Machtteilhaber zu betrachten geneigt war, sollten Gelegenheit erhalten, sich am Gut der Proskribierten zu bereichen. Auf diese Weise hoffte Sulla, die im Bürgerkrieg in sich gespaltene römische Elite zu einer in seinem Sinne zuverlässigen und ihm durch die gemeinsame Komplizenschaft an einem Verbrechen großen Stils persönlich verbundenen politischen Führungsschicht umzuformen, die willens und imstande sein würde, auch ohne sein Zutun das Staatsschiff auf dem von ihm gewiesenen Kurs zu halten und die sullanische Staatsordnung in Geist und Form zu bewahren.[4] Bekanntlich hat sich der Diktator in dieser Hinsicht getäuscht — es war gerade die brutale Gründlichkeit des Proskriptionsverfahrens, die dazu führte, dass die sullanischen Säuberungsmaßnahmen selbst in potentiell sullafreundlichen Kreisen als ungerechtfertigter Rache-Exzess wahrgenommen wurden.

Wie uns Ciceros bekannte Rede „Für Sextus Roscius aus Ameria“ lehrt, konnte bereits im Jahre 80, als Sulla die Zügel der Macht noch unbestritten in der Hand hielt, eine fundamentale, wenn auch durch vordergründige Loyalitätsbezeugungen gleichsam „entschärfte“ Kritik am System der Proskriptionen geäußert werden. Die Tatsache, dass Cicero bei seinem Auftreten im Roscius-Prozess die Unterstützung führender Vertreter der *gens Metella* und anderer an sich optimatisch orientierter Nobilitätsfamilien genoss,[5] wirft ein bezeichnendes Schlaglicht auf die in den Kreisen der römischen Führungsschicht bestehenden Vorbehalte gegen Sullas Vorgehen (es sei hier nur nebenbei bemerkt, dass nach dem Zeugnis eines Teils der Überlieferung bereits gleich nach dem Sieg an der Porta Collina ein Metellus als erster gegen die Exzesse von Sullas Gefolgsleuten protestiert haben soll[6]).

---

[4] Vgl. Heftner (2006a) 203–205; zu den finanziellen Auswirkungen der Proskription im engeren Sinn vgl. Hinard (1985) 195–204.

[5] Cic. S. Rosc. 27; 77; 147–149.

[6] Plut. Sulla 31, 1–3, dazu Heftner (2006b) 33–34, 39–41 und 50.

Es fügt sich in dieses Bild, wenn wir in Plutarchs Pompeiusbiographie lesen, dass der junge Imperator Pompeius, als er in Sullas Auftrag Sizilien von den Resten der marianischen Streitkräfte säuberte, zwar gegen die prominenten Führer der Gegenpartei mit der von Sulla geforderten Härte vorgegangen sei, die weniger bedeutenden Figuren aber geschont oder sogar bei ihrer Flucht unterstützt habe.[7]

Aus all dem ergibt sich deutlich, dass innerhalb der Nobilität, also gerade jener Schicht, der Sulla die Aufgabe zugedacht hatte, das Erbe seines politischen Wirkens zu hüten und zu bewahren, gegen den moralisch anstößigsten Teil dieser Erbschaft, die in ihren Folgen immer noch wirksame Proskriptionsgesetzgebung, starke Vorbehalte bestanden haben.

Als Gründe für diese proskriptionsskeptische Haltung dürfen wir wohl erstens die Tatsache geltend machen, dass angesichts der auf Blutsverwandtschaft, Verschwägerung und Patronage beruhenden engen Verflechtung der Nobilitätsfamilien untereinander auch die meisten Sulla-Anhänger im eigenen engeren Kreis Verluste zu beklagen hatten, zweitens — das ist ja der Punkt, den Cicero in der Rosciana deutlich anspricht[8] — die Furcht

---

[7] Plut. Pompeius 10, 10; die Angabe fügt sich gut zum generell pompeiusapologetischen Grundton der Vita, darf aber wohl trotzdem als glaubwürdig gelten, da die differenzierte Behandlung der feindlichen Hauptfiguren einerseits, der „Mitläufer" andererseits gut zu der aus Pompeius' späterer Laufbahn bezeugten Tendenz zu einer im Interesse des eigenen politischen Vorteils kalkuliert eingesetzten *clementia* passt und im Kontext der Ende 82 gegebenen politischen Gesamtlage auch politisch Sinn machte: Mit der Tötung der Häupter der Gegenpartei stellte Pompeius seine Loyalität gegenüber Sulla unter Beweis, indem er dabei aber die „Nebenfiguren" schonte, konnte er sich Dankesschulden erwerben und sich zugleich auf dezente Weise von Sullas Herrschaftsstil distanzieren. Die Verantwortung für das Entkommen dieser zweitrangigen Proskribierten mit plausibel klingenden Begründungen offiziell von sich zu weisen, dürfte für ihn kein Problem dargestellt haben. Ob, wie Lanzani (1936) 33 vermutet, bei dieser Milde des Pompeius auch alte Verbindungen ins marianische Lager mitgespielt haben mögen, muss angesichts der dürftigen Quellenlage offen bleiben, vgl. Heftner (1995) 108.

[8] Cic. S. Rosc. 154: *Homines sapientes et ista auctoritate et potestate praeditos, qua vos estis ex quibus rebus maxime res publica laborat, eis maxime mederi convenit. Vestrum nemo est quin intellegat populum Romanum qui quondam in hostis lenissimus existimabatur hoc tempore domestica crudelitate laborare — Hanc tollite ex civitate, iudices, hanc pati nolite diutius in hac re publica versari; quae non modo id habet in se mali quod tot civis atrocissime sustulit verum etiam hominibus lenissimis ademit misericordiam consuetudine incommodorum. Nam cum omnibus horis aliquid atrociter fieri videmus aut audimus, etiam qui natura mitissimi sumus adsiduitate molestiarum sensum omnem humanitatis ex animis amittimus*. „Kluge Männer, die über solchem Einfluß und solche Macht verfügen

vor dem Beispiel, das eine gnadenlose Verfolgung für die Zukunft bedeuten würde.

Angesichts dieser Stimmungslage braucht es uns nicht zu verwundern, dass im Zuge der gleich nach Sullas Tod einsetzenden Initiativen für eine Revision des sullanischen Gesetzeswerkes auch die Forderung nach einer Aufhebung der Proskriptionen und der Restitution der überlebenden Proskribierten bzw. der Proskribiertenerben einen prominenten Platz eingenommen hat. M. Aemilius Lepidus, der einstige Sullaner, der sich als Konsul des Jahres 78 zum Wortführer einer antisullanischen Gegenreform aufschwang, hat neben anderem die Rückführung der Proskribierten und die Rückerstattung ihrer Güter gefordert. Naturgemäß waren die Söhne der Proskribierten und späterhin, als er offen zu den Waffen griff, Überlebende der Proskriptionen selbst in den Reihen seiner Anhängerschaft stark vertreten.[9]

Bekanntlich hat Lepidus mit seinen Bemühungen um die Revision der sullanischen Ordnung Schiffbruch erlitten, als Anfang des Jahres 77 die Mehrheit des Senats nach einigem Schwanken gegen ihn Stellung bezog. Lepidus wurde zum *hostis* erklärt, von den Senatsfeldherrn Catulus und Pompeius besiegt und aus Italien vertrieben.[10]

Die Überlieferung über diese Vorgänge ist dürftig und unzusammenhängend, aber es finden sich doch einige klare Hinweise dafür, dass die Sieger in diesem lepidanischen Bürgerkrieg nach ihrem Sieg unerwartete Milde walten ließen. Orosius spricht von der „*clementia*" des siegreichen

---

wie ihr, sind aufgerufen, dem Gemeinwesen vor allem in jenen Dingen, in denen es am schwersten Not leidet, Hilfe zu leisten. Es gibt unter euch keinen, der nicht wüßte, daß das römische Volk, das einst selbst seinen Feinden gegenüber für milde galt, gegenwärtig unter der gegen eigenen Bürger gerichteten Grausamkeit leidet. Die sollt ihr aus unserer Gemeinde vertreiben, die sollt ihr nicht länger in diesem Staate dulden! Nicht nur birgt sie das Übel in sich, dass sie so viele Bürger aufs Grausamste aus dem Leben riss, sie hat selbst in den sanftmütigsten Naturen das Gefühl des Mitleids erkalten lassen durch die Gewöhnung an unerquickliche Dinge. Denn wenn wir zu jeder Stunde einen Akt brutaler Gewalt zu sehen oder zu hören bekommen, so wird uns, auch wenn wir von Haus aus mit dem gütigsten Naturell ausgestattet sind, dabei jegliches Gefühl der Humanität aus dem Gemüt schwinden."

[9] Gran. Lic. 36, 34–35Crin.; Sall. hist. I 77, 6–7.14Maur.; Exsup. 6; Flor. 2, 11, 3.4; s. dazu Hinard (1985) 153–154.

[10] Für einen mit Quellenbelegen gut versehenen Überblick über die Ereignisgeschichte des Lepidusaufstandes und die Schwierigkeiten ihrer Rekonstruktion s. Rice Holmes (1923) 134–138 sowie 365–369, für eine ausführliche Behandlung auf der Basis des von den Quellen gebotenen Materials Criniti (1969) 374–446.

Imperators Catulus,[11] Florus stellt fest, die Sieger hätten sich bemerkenswerterweise „mit der Wiederherstellung des Friedens begnügt."[12]

Wir dürfen diese Äußerungen als Beleg dafür nehmen, dass das postsullanische Regime im Jahre 77 ganz bewusst davon abgesehen hat, eine umfassende Verfolgungswelle gegen die Sympathisanten und Unterstützer der Lepidus-Gruppe ins Werk zu setzen.[13]

In der Folge sind uns Gesten der Versöhnung und des Verzeihens sogar gegenüber jenen Lepidusanhängern bezeugt, die nach der Niederlage mit ihrem Anführer außer Landes gegangen waren und sich in der Folge in Spanien dem Heer des Sertorius angeschlossen hatten. Sallust erwähnt einen Gnadenakt des Senats gegen Teilnehmer des „bellum Lepidanum", denen vom Senat die Rückkehr gewährt worden sei:

Post reditum eorum, quibus senatus belli Lepidani gratiam fecerat (Sall. hist. III fr. 47 Maurenbrecher = IV fr. 52 McGushin).

Diese Stelle ist von einigen Forschern, zuletzt von dem Sallust-Kommentator P. McGushin, mit der sogenannten *lex Plautia de reditu Lepidanorum* in Verbindung gebracht worden.[14]

Das ist m. E. aus mehreren Gründen unwahrscheinlich, unter anderem schon deshalb, weil bei Sallust dezidiert von einem Gnadenerweis des Senats die Rede ist, während es sich bei der Lex Plautia um ein Volksgesetz handelte. Außerdem scheint das letztgenannte Gesetz, wie wir noch sehen werden, politisch heftig umstritten gewesen zu sein, es war also wohl keine *ex auctoritate senatus* zustande gekommene Initiative.

Demnach muss es sich bei dem in Sall. hist. III 47Maur. erwähnten Senatsakt um eine frühere, vom Senat zugunsten der Lepidus-Kriegsteilnehmer gesetzte Maßnahme gehandelt haben: Entweder bezieht sich die Stelle auf die in den zitierten Passagen des Orosius und des Florus ange-

---

[11] Oros. 5, 22, 18: *ita hoc bellum civile non magis clementia Catuli quam taedio Syllanae crudelitatis, ut ignis in stipula, eadem celeritate qua exarsit evanuit.* Und so endete, nicht nur dank der Milde des Catulus, sondern auch wegen des Überdrusses, den Sullas Grausamkeit hinterlassen hatte, dieser Bürgerkrieg wie ein Strohfeuer, das ebensoschnell wie es aufflammte, auch wieder erlosch.

[12] Flor. 2, 11, 8: *Victores quoque, quod non temere alias in civilibus bellis, pace contenti fuerunt*. „Die Sieger gaben sich — was in sonst Bürgerkriegen nicht bald der Fall ist — mit der Wiederherstellung des Friedens zufrieden."

[13] Nach Valerius Maximus soll Catulus bei seinem Einzug in Rom nach dem Sieg über Lepidus „in seiner Miene nur ein bescheidenes Maß an Freude" gezeigt haben (Val. Max. 2, 8, 7: *vultu moderatum prae se ferens gaudium in urbem revertit*). Trifft die Anekdote zu, so können wir hier wohl ein demonstratives Sich-Absetzen von den Siegerexzessen eines Cinna, Marius und Sulla erkennen.

[14] McGushin (1994) 164–165 mit Lit.

sprochene Mäßigung der siegreichen Sullaner im Jahre 77[15] oder auf eine sonst nicht überlieferte, vom Senat während des Sertoriuskrieges getroffene Maßnahme.

In jedem Fall müssen wir davon ausgehen, dass sich die gewährte Gnade auf Männer bezog, deren Schuld sich auf die Teilnahme am Lepidusaufstand bzw. in der Folge dann auch auf die Beteiligung am Sertoriuskrieg beschränkte. Der bereits von Sullas Proskriptionsgesetzen erfasste Personenkreis hat von dieser Amnestie nicht profitiert; das bezeugt uns in aller Deutlichkeit die von Cicero im Jahre 70 getroffene Feststellung, dass Sullas diesbezügliche Verfügungen nur in einem nebensächlichen Punkt revidiert, ansonsten aber aufrechterhalten worden seien.[16]

Angesichts dieser Tatsache stellt sich die Frage, was den Senat bewogen haben mag, hier mit zweierlei Maß zu messen und den Lepiduskämpfern ein Entgegenkommen zu zeigen, das den Überlebenden der sullanischen Proskription verweigert blieb.

Hier ist meines Erachtens eine mögliche Antwort einerseits in den Erfordernissen der nach dem Lepiduskrieg gegebenen politisch-militärischen Lage, andererseits in der sozialen Stellung der beim Gnadenakt des Senats ins Auge gefassten Zielgruppe zu suchen. Lepidus war es gelungen, bei seinem Abzug aus Italien einen großen Teil seiner Streitkräfte — angeblich 20000 Mann — zu evakuieren, nach seinem Tod hatte dann sein Unterführer Perperna diese Truppen nach Spanien zu Sertorius geführt.[17]

---

[15] In diesem Sinne bereits Maurenbrecher (1893) 126.

[16] Cic. Verr. 2, 3, 81: *Eius* (sc. *L. Sullae*) *omnis res gestas non solum obtinemus, verum etiam propter maiorum incommodorum et calamitatum metum publica auctoritate defendimus: unum hoc aliquot senatus consultis reprehensum, decretumque est ut, quibus ille de capite dempsisset, ii pecunias in aerarium referrent. Statuit senatus hoc ne illi quidem esse licitum cui concesserat omnia, a populo factarum quaesitarumque rerum summas imminuere*. Vgl. Hinard (1985) 170. „Wir lassen alle seine [sc. Sullas] Verfügungen nicht nur unangetastet, sondern aus Furcht vor noch größeren Unzukömmlichkeiten und Schwierigkeiten werfen wir zu ihrer Verteidigung unser öffentliches Ansehen in die Bresche. Nur ein einziger Punkt ist durch mehrere Senatsbeschlüsse angetastet worden, indem nämlich verfügt wurde, daß diejenigen, denen jener von der geschuldeten Summe einen Nachlass gewährt hatte, diese Gelder an das Aerarium abführen sollten. Dies beschloß der Senat, damit es nicht einmal demjenigen, dem er schon alles zugestanden hatte, erlaubt sein sollte, die Summe der vom Volk mit Beschlag belegten und eingeforderten Gelder zu vermindern."

[17] App. civ. 1, 107, 504 und 108, 508; Plut. Sertorius 15, 2; s. dazu Konrad (1994) 145–148. Die Zahl von 20000 Mann ist in einem Livius-Fragment (fr. 22, l. 35–36Weissenborn-Müller) für die in Spanien unter Perpernas Befehl stehenden Truppen bezeugt, sie läßt sich mit der von Plutarch (Sertorius 15, 5) gebotenen

Für Sertorius bedeutete das eine beträchtliche Erhöhung seiner militärischen Schlagkraft, für die gegen ihn kämpfenden Senatsfeldherrn natürlich in gleichem Maße eine Verschlechterung ihrer Position.

Angesichts dieser Sachlage liegt die Vermutung nahe, dass die vom Senat an die Lepidusanhänger ausgesandten Signale nicht oder nicht in erster Linie auf deren Führungsgruppe abzielten, sondern auf die Masse der Soldaten — zum allergrößten Teil römische Bürger aus Italien —, die man auf diese Weise zum Abfall von Sertorius verleiten wollte. Legt man diese Annahme zu Grunde, wird die Tatsache, dass man zur gleichen Zeit an Sullas Regelungen hinsichtlich der Proskribierten festhalten zu können glaubte, verständlicher, zumal der Senat dabei auch hoffen durfte, innerhalb der sertorianischen Führungsgruppe Zwietracht zwischen den Proskribierten und den Lepidanern säen zu können.

In der Tat scheint die kalkulierte Milde des Senats zumindest in den späteren Phasen des Sertoriuskrieges ihren Effekt nicht verfehlt zu haben: Für das Jahr 74 ist uns bei Appian eine Massendesertion der Sertorius-Soldaten überliefert, die den Popularenführer dazu veranlasst haben soll, brutale Strafmaßnahmen über die römischen Truppenteile seines Heeres zu verhängen.[18]

Als nach Sertorius' Ermordung Pompeius, wahrscheinlich im Jahre 72, das nunmehr von Perperna geführte letzte Heeresaufgebot der Sertorianer vernichtete, ließ er, so berichtet es jedenfalls Plutarch, den Perperna und einige von dessen Unterführern ohne weiteres hinrichten;[19] bei Cicero hingegen finden wir die Angabe, er habe einer großen Masse ehemaliger

---

Angabe, dass Perperna 53 Kohorten nach Spanien führte, ohne Schwierigkeiten vereinbaren, s. Konrad (1994)149–150. Demgegenüber möchte Wylie (1992) 149–150 dem Perperna-Heer nur eine Truppenstärke von etwa 5000 Mann zugestehen.

[18] App. civ. 1, 112, 520.

[19] Plut. Sertorius 27, 5–6: ... τὸν Περπένναν κατὰ τάχος ἀνεῖλε, φοβηθεὶς μὴ τῶν ὀνομάτων ἐξενεχθέντων πρός τινας ἀποστάσεις καὶ ταραχαὶ γένωνται· τῶν δὲ τῷ Περπέννᾳ συνομοσαμένων οἱ μὲν ἐπὶ Πομπήϊον ἀναχθέντες διεφθάρησαν, οἱ δὲ φεύγοντες εἰς Λιβύην ὑπὸ Μαυρουσίων κατηκοντίσθησαν; ... den Perperna ließ er sogleich töten, da er fürchtete, daß, wenn er die Namen [sc. seiner Kontaktleute in Rom] öffentlich mache, Aufstände und Unruhen entstehen könnten. [6] Von den Mitverschworenen des Perperna wurden die einen vor Pompeius gebracht und getötet, andere, die nach Libyen flohen, von den Maurusiern mit Speeren götetet. Vgl. Plut. Pomp. 20, 5, dazu Konrad (1994) 219.

Sertorianersoldaten, die sich ihm nach der Niederlage unterwarfen, Gnade, Schutz und Zuflucht gewährt.[20]

Man darf annehmen, dass hier der Unterschied zwischen den Proskribierten und denjenigen, die sich erst dem Lepidus angeschlossen hatten, zum Tragen kam.[21] Erstere waren immer noch unweigerlich dem Tode verfallen, sobald sie den Vertretern der Macht Roms in die Hände fielen, den letztgenannten hatte der Senat, wie wir gesehen haben, den Weg zur Begnadigung geöffnet.

In Gesetzesform gebracht worden ist die Begnadigung der Lepidusanhänger dann in der schon erwähnten *lex Plautia de reditu Lepidanorum*. Dieses Gesetz findet sich in Suetons Caesarbiographie und einigen anderen Quellen erwähnt, es soll eine Amnestie und Rückführung der Lepidusanhänger zum Inhalt gehabt haben und mit Unterstützung des jungen C. Iulius Caesar, des späteren Diktators, durchgesetzt worden sein:

> *Tribunatu militum, qui primus Romam reverso per suffragia populi honor optigit, actores restituendae tribuniciae potestatis, cuius vim Sulla deminuerat, enixissime iuvit. L. etiam Cinnae uxoris fratri, et qui cum eo civili discordia Lepidum secuti post necem consulis ad Sertorium confugerant, reditum in civitatem rogatione Plotia confecit habuitque et ipse super ea re contionem* (Suet. Iul. 5).[22]

> „In seinem Militärtribunat, — es war das erste Amt, das er nach seiner Rückkehr durch Abstimmung des Volkes erhielt — lieh er denen, die auf eine Wiederherstellung der Volkstribunenmacht hinarbeiteten, mit voller Energie seine Unterstützung. Und er erwirkte auch für seinen Schwager Lucius Cinna und für diejenigen, die gleich diesem während der Bürgerzwistigkeiten dem Lepidus ge-

---

[20] Cic. Verr. 2, 5, 153: *Ad Cn. Pompeium, clarissimum virum et fortissimum, permulti occiso Perperna ex illo Sertoriano numero militum confugerunt. Quem non ille summo cum studio salvum incolumemque servavit? cui civi supplicanti non illa dextera invicta fidem porrexit et spem salutis ostendit?* Zu Cn. Pompeius, dem hochberühmten und sehr energischen Mann, haben nach dem Tod des Perperna viele Soldaten aus den Reihen der Sertorianer ihre Zuflucht genommen. Wen hat jener nicht mit höchster Bereitwilligkeit heil und unversehrt bewahrt? Welchem um Schutz flehenden Bürger hat sich diese unbesiegte Rechte nicht als Zeichen zuverlässigen Schutzes entgegengestreckt und ihm die Hoffnung auf Rettung gewiesen?

[21] In diesem Sinne bereits Konrad (1994) 219.

[22] Weitere Quellen für diese Lex bzw. für Caesars Auftreten: Cass. Dio 44, 47, 4 (dazu unten S. 239–240); vgl. Gell. 13, 3, 5 und Non. Marc. s. v. necessitas (p. 561Lindsay)

> folgt und nach dem Tod dieses Konsuls zu Sertorius geflohen waren, die Erlaubnis zur Rückkehr durch den Antrag des Plotius, wobei er selbst über diese Sache eine contio hielt."

Aus dem Kontext bei Sueton ergibt sich dafür eine Datierung zwischen dem Jahr von Caesars Militärtribunat (wahrscheinlich 72 oder 71)[23] und seiner Quästur im Jahre 68. Im Hinblick auf die Chronologie von Caesars Laufbahn einerseits, die erst im Jahre 70 von den sullanischen Beschränkungen befreite Gesetzgebungsgewalt der Volkstribunen andererseits, hat die Mehrheit der Forschung die allgemein als tribunizisches Gesetz angesehene[24] Lex Plautia in das Jahr 70 datiert und mit dem damals dominierenden antisullanischen Trend in Verbindung gebracht.[25]

Demgegenüber ist eine Reihe von Forschern für eine Datierung der Lex Plautia bereits in die Endphase des Sertoriuskrieges eingetreten,[26] ein Ansatz, den neuerdings Francesca Fontanella wieder aufgegriffen und mit neuen Argumenten zu untermauern versucht hat.[27]

Die Autorin verweist dabei auf die schon im Zusammenhang mit Pompeius erwähnte Passage in Ciceros Verrinen, wo Cicero dem Verres vorwirft, er habe flüchtige Sertorianer getötet, während doch Senat und Volk ebendiesen Leuten die Amnestie zugestanden hätten.[28] Daher müsse

---

[23] S. die überzeugenden Ausführungen von Taylor (1941) 120, die einer Datierung in das Jahr 71 zuneigt (ebenso Syme [1963] 57); eher für 72 treten ein: Gelzer (1960) 25–26 und Sumner (1973) 136; vgl. zu alledem Broughton (1986) 105.

[24] Sumner (1973) 136 zieht die Möglichkeit in Erwägung, dass es sich bei der *Lex Plautia de reditu Lepidanorum* — falls man sie ins Jahr 72 oder 71 datieren möchte — um eine *lex praetoria* gehandelt haben könnte. Dies sei jedoch im Vergleich zur gängigen Deutung dieses Gesetzes als eines tribunizischen Plebiszits aus dem Jahre 70 als „a remote possibility" zu werten.

[25] So z. B. Taylor (1941) 121; Broughton (1952) 128 und 130 Anm. 4; Gelzer, (1960) 26 mit Anm. 6, Syme (1963) 57 und Hinard (1985) 167–168.

[26] So Lange (1879) 703 und (1873) 185, der das Jahr 73 ins Auge faßte; akzeptiert von Maurenbrecher (1891) 78–79; das Folgejahr 72 vermutete Strasburger (1938) 90–91; vgl. ebd. 93–94; Rice Holmes (1923) 385–386 hält 73 oder 72 gleichermaßen für möglich. Für Sumners Abwägung der Possibilitäten s. o., Anm. 24.

[27] Fontanella (2004) 519–521.

[28] Cic. Verr. 2, 5, 151–152: … *Cui si etiam id quod defendit velim concedere, tamen ipsa illa falsa defensio non minus esse ei perniciosa quam mea vera accusatio debeat. Quid enim defendit? Ex Hispania fugientis se excepisse et supplicio adfecisse dicit. Quis tibi id permisit? quo iure fecisti? quis idem fecit? qui tibi id facere licuit? Forum plenum et basilicas istorum hominum videmus, et animo aequo videmus; ……. Verres, …. tantum sibi auctoritatis in re publica suscepit ut, quibus hominibus per senatum, per populum Romanum, per omnis magistratus, in foro, in suffragiis, in hac urbe, in re publica versari liceret, iis*

man, so Fontanella, annehmen, dass zu der Zeit, als Verres seine Bluturteile verhängte, die Lex Plautia schon in Kraft gewesen sei.[29]

Diese Argumentation ist m. E. nicht zwingend, da wir Ciceros Worte in diesem Zusammenhang nicht auf die Goldwaage legen dürfen. Man kann zunächst davon ausgehen, dass der von ihm ins Spiel gebrachte Verweis auf die den Sertorianern gewährte Amnestie in keinem Fall als Argument gegen die von Verres vorgebrachte Verteidigung verwendbar gewesen wäre. Selbst wenn, wie Cicero zu suggerieren scheint, die Lex Plautia zur Zeit der von Verres vorgenommenen Hinrichtungen römischer Bürger schon in Geltung gewesen wäre, hätten wir davon auszugehen, dass von dieser Amnestie nur jene ehemaligen Lepidaner und Sertorianer erfasst gewesen wären, die den Kampf aufgaben und sich der Autorität des Senats unterwarfen; Verres aber hatte die von ihm hingerichteten Männer als unbelehrbare Feinde der sullanischen Ordnung hingestellt, die sich nach Sertorius' und Perpernas Untergang weiterhin der Macht des Imperium Romanum zu entziehen und an der Seite der Seeräuber den Kampf gegen Rom weiterzuführen gedachten.[30]

---

omnibus mortem acerbam crudelemque proponeret si fortuna eos ad aliquam partem Siciliae detulisset. „... Selbst wenn ich ihm das, was er zu seiner Verteidigung anführt, zugestehen wollte, müßte ihm doch jene falsche Rechtfertigung nicht weniger zum Verderben gereichen als meine zutreffende Anklage. Denn womit verteidigt er sich? Flüchtlinge aus Spanien habe er ergriffen und hinrichten lassen, sagt er. Wer hat Dir das erlaubt? Mit welchem Recht hast Du das getan? Wer hat dasselbe getan? Wer gab dir das Recht, so zu handeln? Wir sehen das Forum und die Basiliken voll von solchen Menschen, und nehmen es mit Gelassenheit hin ... Verres ... hat sich solche Gewalt im Staate angemaßt, daß er Männern, denen der Senat, denen das römische Volk, denen alle Magistrate erlaubt haben, sich auf dem Forum, bei den Abstimmungen, in dieser Stadt, überhaupt in unserem ganzen Gemeinwesen frei zu bewegen, daß er denen einen bitteren und grausamen Tod bereitet hätte, wenn das Schicksal sie in irgendeinen Teil Siziliens verschlagen hätte."

[29] Fontanella (2004) 520–521.

[30] Cic. Verr. 2, 5, 146: *At quae causa tum subiciebatur ab ipso, iudices, huius tam nefariae crudelitatis? Eadem quae nunc in defensione commemorabitur. Quicumque accesserant ad Siciliam paulo pleniores, eos Sertorianos milites esse atque a Dianio fugere dicebat. Illi ad deprecandum periculum proferebant alii purpuram Tyriam, tus alii atque odores vestemque linteam, gemmas alii et margaritas, vina non nulli Graeca venalisque Asiaticos, ut intellegeretur ex mercibus quibus ex locis navigarent. ... Iste ... haec eos ex piratarum societate adeptos esse dicebat.* „Er [= Caesar] bewirkte, daß all denen, die mit Lepidus und mit Sertorius gekämpft hatten, Amnestie gewährt wurde, danach hat er allen, die von den unter Sulla Proskribierten noch am Leben waren, die Möglichkeit verschafft, in Sicherheit zu leben. Späterhin führte er sie aus der Verbannung zurück, und den Kin-

Wenn wir somit feststellen dürfen, dass Cicero hinsichtlich der Rechts- und Sachlage den Geschworenen bei der Beurteilung von Verres' Handlungen die Berücksichtigung einer in Wirklichkeit auf den Sachverhalt gar nicht anwendbaren Rechtsnorm zu suggerieren versucht, so dürfen wir ihm die gleiche Bedenkenlosigkeit auch im Hinblick auf die Chronologie zutrauen.

Es scheint daher gerechtfertigt, an der traditionellen Datierung der *Lex Plautia de reditu Lepidanorum* in das Jahr 70 festzuhalten — dafür spricht vor allem auch die bedeutende Rolle, die dem jungen Caesar beim Zustandebringen dieses Gesetzes zugeschrieben wird. Wenn es zur Durchsetzung dieses Amnestiegesetzes tatsächlich der *auctoritas* und der rhetorischen Fähigkeiten dieses aufstrebenden patrizischen Staatsmannes bedurfte, so müssen wir annehmen, dass es sich nicht um einen *ex auctoritate senatus* eingebrachten Antrag, sondern um eine politisch stark umstrittene Maßnahme gehandelt hat, eine tribunizische Eigeninitiative also, wie sie erst nach der Restitution der Rechte des Volkstribunats im Jahre 70 wieder möglich war.[31]

Wohl zugleich oder bald danach scheint es, ebenfalls unter Caesars Beteiligung, eine Initiative auch zugunsten der noch lebenden Sulla-Proskribierten gegeben zu haben.

In Cassius Dios Version von Mark Antons berühmtem Nachruf auf Caesar wird dem ermordeten Diktator neben seinem Einsatz für die Amnestie der Lepidus-Anhänger, d. h. für die genannte Lex Plautia, nachgerühmt, er habe auch denen, die von Sullas Proskribierten noch am Leben

---

dern derjenigen, die unter jenem [Sulla] getötet worden waren, gab er das Recht, Würden und Amtsstellen zu bekleiden." Zu den über den sertorianischen „Marinestützpunkt" Dianium (vgl. Strab. 3, 4, 6) fliehenden sertorianischen „Hardlinern" s. Konrad (1994) 219–220.

[31] Das genaue Ausmaß der von Sulla verfügten Einschränkung der Gesetzgebungsmacht der Volkstribunen ist in der Forschung umstritten: Während einige Autoren mit einer völligen Abschaffung der tribunizischen Gesetzgebungskompetenz rechnen (so z. B. Keaveney [2005] 213 Anm. 3), gehen andere davon aus, dass die Volkstribunen auch in Sullas System weiterhin ein Rogationsrecht hatten, dieses aber nur in Kooperation mit dem Senat ausüben durften (so z. B. Kunkel – Wittmann [1995] 655–656 mit Lit.). Hinsichtlich der im Text wiedergegebenen Überlegungen dürfen wir die Frage in unserem Zusammenhang beiseite lassen, da die Einbringung eines auf tribunizischer Eigeninitiative beruhenden und politisch kontroversiellen Gesetzesantrages in jedem Fall die im Jahre 70 vollzogene Befreiung des Volkstribunats von den sullanischen Beschränkungen voraussetzte.

gewesen seien, die Möglichkeit in Sicherheit zu leben, verschafft.[32] Das dürfen wir wohl dahingehend verstehen, dass entweder gleich in der Lex Plautia oder in einem anderen im gleichen politischen Kontext — und ebenfalls mit Caesars Unterstützung — erlassenen[33] Gesetzesakt auch eine Bestimmung zugunsten der überlebenden Proskribierten der Sulla-Zeit enthalten gewesen ist. Der Wortlaut der Cassius Dio-Stelle lässt erkennen (τὴν σωτηρίαν ὑπάρξαι παρεσκεύασε), dass es sich dabei keineswegs um eine Heimkehrerlaubnis wie bei den Lepidanern, sondern nur um die Einstellung der Verfolgungsmaßnahmen gehandelt hat.[34]

Es war also, soweit es die Sulla-Proskribierten betraf, ein sehr beschränkter Gnadenerweis, der sowohl die im Gefolge der Proskription vorgenommenen Vermögensumschichtungen als auch die den Söhnen der Proskribierten auferlegten Beschränkungen unangetastet ließ.

Wie oben erwähnt, lässt sich aus den Zeugnissen über Caesars Einsatz für die Lex Plautia die Existenz eines erheblichen Widerstandes gegen diese Amnestiemaßnahme erschließen; dies bestätigt unsere schon angesprochene Vermutung, dass die konziliante Haltung, die der Senat im Zuge des Lepidus- und Sertoriuskrieges an den Tag gelegt hatte, nicht einer versöhnlichen Grundstimmung entsprang, dass ihr Ursprung vielmehr in den durch die Bürgerkriegssituation der Jahre 77 bis 71 gegebenen politisch-militärischen Notwendigkeiten zu suchen ist (s. oben S. 232–233). Im Jahre 70, nach dem Sieg über Sertorius, hat offenbar zumindest ein Teil der Führungsschicht für weitere Konzessionen keine Notwendigkeit mehr gesehen.

Wie wir gesehen haben, ist die Lepidaner-Amnestie damals aber doch, und zwar mit popularen Mitteln, durchgesetzt worden, und die sich an diese Debatte knüpfende Auseinandersetzung hat dann die Tür zu einer Grund-

---

[32] Cass. Dio 44, 47, 4: πᾶσι μὲν γὰρ τοῖς μετὰ τοῦ Λεπίδου καὶ μετὰ τοῦ Σερτωρίου γενομένοις ἄδειαν δοθῆναι ἐποίησε, <u>πᾶσι δὲ ἐκ τούτου τοῖς ἐκ τῶν ἐπικηρυχθέντων ὑπὸ τοῦ Σύλλου περιλειφθεῖσι τὴν σωτηρίαν ὑπάρξαι παρεσκεύασε</u>, καὶ αὐτοὺς μετὰ τοῦτο κατήγαγε, τούς τε παῖδας ἁπάντων τῶν ὑπ’ ἐκείνου θανατωθέντων καὶ τιμῶν καὶ ἀρχῶν ἠξίωσεν.

[33] Die zeitliche Nähe der Schonung des τὴν σωτηρίαν ὑπάρξαι παρασκευάζειν von Cass. Dio 44, 47, 4 zum ἄδειαν δοθῆναι ποιεῖν darf wohl aus der μέν – δέ-Konstruktion der Passage abgeleitet werden. Man beachte die durch μετὰ τοῦτο gegebene zeitliche Abgrenzung der endgültigen Proskribierten-Heimführung, die der Historiker mit der Aufhebung der Ämterbekleidungsbeschränkung der *filii proscriptorum* verbindet.

[34] Zur Unterscheidung zwischen den zugunsten 1) der *Lepidani* und *Sertoriani*, 2) der überlebenden Sulla-Proskribierten und 3) der *filii proscriptorum* getroffenen Maßnahmen s. Hinard (1985) 96–100.

satzdebatte über die Rechtmäßigkeit und die Möglichkeit einer Revision auch der sullanischen Proskriptionsgesetzgebung aufgestoßen — einer Debatte, die während der sechziger Jahre des ersten vorchristlichen Jahrhunderts eines der Kernthemen des römischen innenpolitischen Diskurses darstellte und mehrmals in spektakulären politischen Initiativen und gerichtlichen Akten ihren Niederschlag gefunden hat.

Im Rahmen dieses Vortrages kann nicht mehr als eine stichwortartige Aufzählung der wichtigsten Vorgänge geboten werden: Wir haben im Jahre 66 den Versuch einer Klage gegen den Diktatorensohn Faustus Sulla wegen der Vermögenswerte, die sein Vater sich zur Zeit seiner Machtausübung angeeignet hatte,[35] im Folgejahr einen Vorstoß des Prätors Ser. Sulpicius Rufus, der zum großen Ärger einflussreicher Nobilitätskreise die Legalität sullanischer Donationen in Frage stellte,[36] wiederum ein Jahr später[37] zwang M. Porcius Cato, der spätere Uticensis, als Quästor diejenigen, die während Sullas Proskriptionen die für die Tötung eines Proskribierten ausgesetzte Belohnung verdient hatten, zur Rückzahlung dieses Blutgelds an die Staatskasse.[38] Aus dem selben Jahr 64 werden auch einige Versuche berichtet, Männer, die Proskribierte getötet hatten, wegen Mordes gerichtlich zu belangen, wobei sich wiederum C. Iulius Caesar hervorgetan haben soll.[39]

Gleichsam als Kulminationspunkt dieses antisullanischen Trends der 60er Jahre haben wir dann im Jahre 63 einen großangelegten Versuch, die den *filii proscriptorum* auferlegten rechtlichen Beschränkungen aufzuheben. Aus den Reihen der Volkstribunen wurde eine *rogatio* zugunsten einer Restitution der Proskribiertensöhne angekündigt, die vom Konsul C. Antonius Rückendeckung erhalten haben soll[40] und nach Auffassung mancher

---

[35] Cic. Cluent. 94, dazu Gruen (1971) 56–57 und Hinard (1985) 189–190.

[36] Cic. Mur. 42, dazu Hinard (1985) 194 und Adamietz (1989) 175–176; es verdient Beachtung, dass diese Aktion des Sulpicius Rufus nach Ciceros Zeugnis den Unwillen einflussreicher Kreise hervorgerufen haben soll: *Sullana gratificatio reprehensa, multi viri fortes et prope pars civitatis offensa est* (Cic. Mur. 42).

[37] Für die Datierung von Catos Quaestur in das Jahr 64 s. Fehrle (1983) 76 Anm. 53.

[38] Plut. Cato Minor 17, 5–7; Cass. Dio 47, 6, 4; dazu Fehrle (1983) 79–80.

[39] Cass. Dio 37, 10, 2–3; Suet. Iul. 11, 2; Ascon. p. 90–91 Clark; dazu Hinard (1985) 204–206; zum Problem der von Caesar bei diesen Vorgängen gespielten Rolle s. auch Gruen (1974) 76–77 (anders Hinard [1985] 204–205 Anm. 223).

[40] Cass. Dio 37, 25, 3: οἱ γὰρ δήμαρχοι τὸν Ἀντώνιον τὸν ὕπατον ὁμοιοτροπώτατόν σφισιν ὄντα προσλαβόντες, ὁ μέν τις τοὺς παῖδας τῶν ὑπὸ τοῦ Σύλλου ἐκπεσόντων πρὸς τὰς ἀρχὰς ἦγεν, ...; vgl. Plut. Cicero 12, 2: ... οἱ κεκωλυμένοι κατὰ τοὺς Σύλλα νόμους ἄρχειν, οὔτ᾽ ἀσθενεῖς ὄντες οὔτ᾽

Forscher auch von Caesar unterstützt wurde.[41] Die Initiative scheiterte am Widerstand des Konsuls Cicero,[42] der den Volkstribunen mit einer Rede „De proscriptorum filiis" entgegentrat, die uns leider nicht erhalten ist.[43] Immerhin ist uns durch Quintillian eine wichtige Kernaussage aus dieser Rede überliefert: Cicero hat demnach zwar im Grunde die Ungerechtigkeit der sullanischen Bestimmung anerkannt, ihre Beibehaltung aber mit dem Argument verteidigt, dass die Abschaffung auch nur eines Teils der sullanischen Verfügungen das ganze Gebäude der sullanischen Ordnung zum Einsturz bringen werde.[44] Mit der in diesen Auslassungen zutage tretenden Grundhaltung berührt sich ein Passus aus einer anderen Cicero-Rede desselben Jahres, wo der Redner ganz allgemein feststellt, es sei ein Zeichen tiefster staatlicher Zerrüttung, wenn einmal gefällte Urteile aufgehoben würden.[45]

In der im Jahre 55 gehaltenen[46] Rede „In Pisonem" hat Cicero dann in der Rückschau seine seinerzeitige Haltung in der Frage der *filii proscriptorum* noch einmal zusammenfassend skizziert: Es sei ihm darum gegangen, „junge Männer, die an sich wacker und trefflich geartet, jedoch vom Schicksal in einer Weise geschlagen waren, dass sie, hätten sie es zu Amt

---

ὀλίγοι, μετιόντες ἀρχὰς ἐδημαγώγουν, πολλὰ τῆς Σύλλα τυραννίδος ἀληθῆ μὲν καὶ δίκαια κατηγοροῦντες, οὐ μὴν ἐν δέοντι τὴν πολιτείαν οὐδὲ σὺν καιρῷ κινοῦντες, ...

41 Gruen (1974) 415 mit Anm. 33.

42 Cass. Dio 37, 25, 4: … καὶ ταῦτα μὲν πρός τε τοῦ Κικέρωνος καὶ πρὸς τῶν ἄλλων τῶν ὁμογνωμονούντων οἱ προκαταληφθέντα, πρὶν ἔργον τι ἀπ' αὐτῶν συμβῆναι, ἐπαύθη; Plut. Cicero 12, 6: οὐδὲν ὑποδείσας ὁ Κικέρων, ἀλλὰ τὴν βουλὴν ἕπεσθαι κελεύσας καὶ προελθών, οὐ μόνον ἐκεῖνον ἐξέβαλε τὸν νόμον, ἀλλὰ καὶ τῶν ἄλλων ἀπογνῶναι τοὺς δημάρχους ἐποίησε, παρὰ τοσοῦτον τῷ λόγῳ κρατηθέντας ὑπ' αὐτοῦ; vgl. Plin. nat. 7, 117: *te orante proscriptorum liberos honores petere puduit.*

43 In Ciceros eigener Aufzählung der im Konsulatsjahr gehaltenen Reden ist sie an fünfter Stelle, nach „Pro Rabiro perduellionis reo" genannt (Att. 2, 1, 3); zum Zeugnis Quintillians s. die folgende Anm.

44 Quint. inst. 11, 1, 85: *Mollienda est in plerisque aliquo colore asperitas orationis, ut Cicero de proscriptorum liberis fecit. Quid enim crudelius quam homines honestis parentibus ac maioribus natos a re publica summoveri? Itaque durum id esse summus ille tractandorum animorum artifex confitetur, sed ita legibus Sullae cohaerere statum civitatis adfirmat ut iis solutis stare ipsa non possit.*

45 Cic. leg. agr. 2, 10: …; *neque vero illa popularia sunt existimanda, iudiciorum perturbationes, rerum iudicatarum infirmationes, restitutio damnatorum, qui civitatum adflictarum perditis iam rebus extremi exitiorum solent esse exitus*.

46 Zur Datierung der Rede s. Nisbet (1961) in der Einleitung zu seiner Edition der Rede (pp. v und xiv).

und Würden gebracht, die Ordnung unseres Staates erschüttert hätten", von den Magistraturen fernzuhalten.[47]

Mit der Zurückweisung der tribunizischen Initiative des Jahres 63 war in der Frage einer möglichen Restitution der *filii proscriptorum*, soweit es auf die herrschenden Nobilitätskreise ankam, definitiv das letzte Wort gesprochen. In den darauffolgenden eineinhalb Jahrzehnten scheint diese Frage keinen prominenten Platz in der politischen Debatte mehr eingenommen zu haben.[48] Die Wende brachte dann erst der Sieg Caesars im Bürgerkrieg: Bereits während seiner ersten, elftägigen Diktatur, die er im Jahre 49 nach seinem Sieg in Spanien übernahm, hat Caesar neben anderen popularen Maßnahmen auch die Wiedereinsetzung der Proskribiertensöhne in ihre bürgerlichen Rechte verfügt[49] und damit gewissermaßen einen Schlussstrich unter die sich an Sullas Proskriptionen knüpfende Diskussion gezogen. Soweit der ereignisgeschichtliche Überblick.

Stellen wir uns rückschauend den Umgang der regierenden Kreise Roms mit den Opfern von Sullas Proskriptionsgesetzgebung und ihren Nachkommen einerseits, mit den in nachsullanischer Zeit auftretenden Gegnern andererseits vor Augen, so drängt sich die Frage auf, was den Senat, der den Anhängern des Lepidus gegenüber eine wohlkalkulierte Milde walten ließ, dazu veranlasst hat, zur gleichen Zeit Sullas Proskriptionsgesetzgebung, die von Anfang an selbst in optimatischen Kreisen auf Kritik gestoßen war, bis zum Jahr der semi-popularen Wende von 70 v. Chr. in ihrer ganzen Schärfe aufrechtzuerhalten, und späterhin gerade jene Regelung zu verteidigen, deren Ungerechtigkeit am wenigsten bestritten werden konnte: die Diskriminierung der *filii proscriptorum*?

---

47 Cic. Pis. 4: *ego adulescentis bonos et fortis, sed usos ea condicione fortunae ut, si essent magistratus adepti, rei publicae statum convolsuri viderentur, meis inimicitiis, nulla senatus mala gratia comitiorum ratione privavi.*

48 Die von Gruen (1970) 237–243 ins Spiel gebrachte Vermutung, dass mit den von Cicero in einem Brief an Pompeius vom Frühjahr 62 erwähnten *veteres hostes, novi amici* des Pompeius die Sulla-Opfer generell und insbesondere die *filii proscriptorum* gemeint seien, ist von Mitchell (1975) 618–622 mit guten Gründen zurückgewiesen worden.

49 Plut. Caesar 37, 2: … αἱρεθεὶς δὲ δικτάτωρ ὑπὸ τῆς βουλῆς, φυγάδας τε κατήγαγε καὶ τῶν ἐπὶ Σύλλα δυστυχησάντων τοὺς παῖδας ἐπιτίμους ἐποίησε; Cass. Dio 41, 18, 2 setzt die Ämterzulassung der παῖδες τῶν ὑπὸ τοῦ Σύλλου ἐπικηρυχθέντων in die Zeit vor Caesars Aufbruch nach Spanien 49 v. Chr., Sueton (Iul. 41, 2) erzählt die Maßnahme vom chronologischen Kontext losgelöst im Rahmen einer umfassenden Behandlung der von Caesar im Laufe seiner gesetzgebenden Tätigkeit hinsichtlich des Ämter- und Ämterkandidaturenwesens getroffenen Verfügungen (vgl. Butler – Cary [1927] 99).

Einen Versuch, diese Frage zu beantworten, bietet Francois Hinard, der auf die in der römischen Mentalität und Rechtskultur tiefverwurzelte Vorstellung von der „solidarité familiale“ verweist, die den Römern der nachsullanischen Zeit den Gedanken an eine nicht nur den schuldigen Delinquenten, sondern auch dessen Nachkommenschaft treffende Strafsanktion akzeptabel gemacht habe.[50]

Dieser mentalitätsgeschichtliche Aspekt verdient Beachtung; er wird für die Rechtfertigung der Verweigerung einer Restitution der *filii proscriptorum* seitens der Senatsmehrheit zweifellos von Belang gewesen sein, aber er kann, für sich allein genommen, kein ausreichendes Motiv für die harte Haltung des Senats in dieser Frage bieten. Dass für diese letztendlich nicht Mentalitäten und Rechtsgrundsätze, sondern praktisch-politische Aspekte bestimmend gewesen sind, zeigt der ganze Tenor von Ciceros Argumentation in der Rede „De proscriptorum filiis“, in der das grundsätzlich Ungerechte an der von dem Redner verteidigten Regelung ja eben nicht bestritten, dennoch aufgrund politischer Notwendigkeit ihre Aufrechterhaltung gefordert wird (s. oben S. 241–242).

Die Begründung, mit der Cicero das angebliche Vorliegen dieser Notwendigkeit untermauert, war, soweit wir sehen, ganz auf dem Grundsatz der Sicherung von Ruhe und Ordnung im Staate aufgebaut. Die daraus abgeleiteten Argumente dürften in den Ohren eines Publikums von optimatischen Senatoren, das eine stabile Ordnung über alles stellte, überzeugend geklungen haben, bei Licht betrachtet aber halten sie einer kritischen Prüfung kaum stand:

So hätte sich etwa die in der Rede „De proscriptorum filiis“ gebotene Behauptung, jeder Versuch, einen einzelnen Stein aus dem Gebäude der sullanischen Ordnung zu brechen, müsste zum Einsturz des gesamten Systems führen,[51] allenfalls vor dem Jahre 70 mit einiger Plausibilität vertreten lassen, nicht aber, nachdem unter Pompeius’ und Crassus’ Konsulat bereits wesentliche Teile der sullanischen Reformen rückgängig gemacht worden waren. Auch das in der Pisoniana referierte Argument, dass die Proskribiertensöhne, durch das erlittene Unrecht verbittert, im Falle ihrer Zulassung zur politischen Macht ein destabilisierendes Element darstellen würden,[52] lässt sich hinterfragen: man hätte hier ganz im Gegenteil argumentieren können, dass gerade eine Amnestie und die darauffolgende Inte-

[50] Hinard (1984) 1903–1904.
[51] Cic. bei Quint. inst. 11, 1, 85 (zit. o., Anm. 44).
[52] Cic. Pis. 4 (zit. o., Anm. 47).

gration dieser Gruppe in die politische Führungsschicht zur Entschärfung dieses destabilisierenden Potentials hätten beitragen können.

Es ergibt sich somit recht deutlich der Eindruck, dass die von Cicero in der Öffentlichkeit gebotenen Begründungen nicht die ganze Antwort auf die oben gestellte Frage nach den Motiven für die Haltung des Senats in Sachen der Proskribiertensöhne bieten. Wie so oft im Bereich der politischen Entscheidungsfindung werden wir auch hier mit der Möglichkeit rechnen dürfen, dass die eigentlichen Motive in der öffentlichen Diskussion gar nicht explizit zur Sprache gekommen sind.

Vielleicht kommen wir der Lösung des Problems näher, wenn wir die Frage ins Auge fassen, welche Personengruppen denn von einer Aufhebung der von Sulla über die *filii proscriptorum* verhängten Restriktionen am meisten profitiert hätten?

Plutarch suggeriert in seiner Cicerovita, dass es sich bei den *filii proscriptorum* um Leute „nicht ohne Macht“ gehandelt habe;[53] dies und die vergleichsweise schmeichelhaften Ausdrücke, deren sich Cicero bei der Charakterisierung dieser Personengruppe bedient, legen die Ansicht nahe, dass in den Debatten der 60er Jahre die Söhne der aus den Reihen des Senats und der Nobilität stammenden Proskribierten im Mittelpunkt gestanden haben;[54] rufen wir uns jedoch das Gesamtausmaß von Sullas seinerzeitigen Proskriptionen in Erinnerung, so wird klar, dass der Kreis der Betroffenen über diese nobilitätsnahe und prominente Gruppe hinaus viel weiter gefasst gewesen sein muss. Unter der Gesamtzahl der Opfer von Sullas Proskriptionen — viertausendsiebenhundert Personen nach dem Zeugnis des Valerius Maximus[55] — befand sich ein überproportional hoher Anteil von Männern aus dem Ritterstand. Man darf ohne weiteres mit mehr

---

[53] Plut. Cicero 12, 2: οὔτ’ ἀσθενεῖς ὄντες οὔτ’ ὀλίγοι; vgl. o., Anm. 40.

[54] In diesem Sinne etwa Gruen (1974) 416 „The question of the *ius honorum*, of course, can only have affected scions of the more prominent anti-Sullan families. Access to high office was not a realistic aspiration for the common man.“ Man wird demgegenüber feststellen dürfen, dass es in Rom der späten Republik zwischen „the scions of the more prominent ... families“ und „the common man“ doch wohl noch ein relativ breites Feld von potentiell regimentsfähigen Familien ritterlichen Ranges gegeben haben wird, deren Angehörige sich im Zeichen der von Sulla vorgenommenen Senatserweiterung realistische Chancen auf einen Aufstieg zumindest in die unteren Ränge des Senats ausrechnen konnten. Dies werden wir insbesondere für den Bereich der erst im Anschluss an den Bundesgenossenkrieg in die Bürgerschaft aufgenommenen italischen Gemeinden annehmen dürfen.

[55] Val. Max. 9, 2, 1.

als tausend proskribierten *equites* rechnen,[56] und es ist anzunehmen, dass es sich auch bei den außerhalb der Ritter- und Senatorenkreise stehenden Proskriptionsopfern in überproportionalem Maß um vergleichsweise wohlhabende und in ihren jeweiligen Gemeinden angesehene Männer gehandelt hat.[57]

Es ist klar, dass ein solcher Aderlass in den Reihen der vermögenden und sozial distinguierten Schichten Italiens, erst recht, wenn er mit dem Ausschluss der Proskribiertensöhne von der Ämterbewerbung verbunden war, eine entscheidende Wirkung auf die zukünftige Zusammensetzung des Kreises der zur Ämterlaufbahn Berechtigten entfalten musste: dieser Kreis wurde auf jene Teile der sozialen Eliten Italiens verengt, die in Sullas Augen als politisch zuverlässig gelten konnten, zum Teil dann auch durch Sulla-Günstlinge aus bisher regimentsfernen Kreisen erweitert.[58]

Die Senatoren der nachsullanischen Zeit konnten als die Erben und Begünstigten dieser Säuberung gelten, und es kann kein Zweifel daran bestehen, dass ihnen, was immer sie rechtlich-moralisch von Sullas Vorgehen halten mochten, diese Tatsache bewusst war. Sullas Regelungen hatten in mehrfacher Hinsicht das Potenzial in sich getragen, die Konkurrenz um Ämter und Senatssitze zu verschärfen. Da der Diktator die Zahl der Quästorenstellen stark, die Zahl der höheren Magistratenstellen aber nur unwesentlich erhöht hatte, verschärfte sich der Konkurrenzkampf um die höheren Magistraturen — die etablierten Nobilitätsfamilien schafften es, bis in die sechziger und fünfziger Jahre hinein einen vorrangigen Zugriff auf Prätur und Konsulat zu behaupten, aber sie müssen in dieser Hinsicht schwer unter Druck gestanden haben, und zumindest auf der Ebene der Prätur läßt sich erkennen, daß die *homines novi* gegenüber den etablierten Familien allmählich an Boden gewannen.[59] Mit der Aufhebung der den *filii proscriptorum* auferlegten Beschränkungen wäre nun zusätzlich zu diesem

---

[56] Appian gibt die Zahl der von Sulla proskribierten Mitglieder des Ritterstandes mit 1600 (civ. 1, 95, 442), die Gesamtzahl der im Zuge der Bürgerkriegswirren ums Leben gekommenen Ritter mit 2600 an (civ. 1, 103, 482), s. dazu Hinard (1985) 116–120.

[57] Von der sicherlich nach Tausenden zählenden Masse der nach Sullas Proskriptionsgesetzen als *filii proscriptorum* diskriminierten Bürger lassen sich in den Quellen nur etwa zwanzig Personen namentlich fassen; der Natur unserer Überlieferung gemäß handelt es sich dabei um Leute, die trotz des Handicaps der jahrzehntelangen rechtlichen Diskriminierung späterhin zu politischer Prominenz gelangen konnte. S. dazu die gründliche prosopographische Untersuchung von Hinard (1984) 1893–1901.

[58] S. Heftner (2006a) 212–213.

[59] S. Wiseman (1971) 164; Hantos (1988) 31–32, 55–57.

Druck von unten eine ganze Anzahl von bislang ausgeschlossenen Abkömmlingen altsenatorischer Familien als zusätzliche Konkurrenten auf den Plan getreten; es lässt sich leicht nachvollziehen, dass dies für die sullanische Nobilität keine erfreuliche Perspektive darstellte.

Aber auch in den unteren Rängen des postsullanischen Senats hatte man allen Grund, die Möglichkeit einer Aufhebung der sullanischen Beschränkungen mit Sorge zu betrachten: Auch wenn von den Nachkommen der Proskribierten aus dem Ritterstand nur eine Minderheit die Chance wahrnehmen sollte, sich um Magistraturen und Senatssitze zu bewerben, musste dies eine fühlbare Verschärfung des Konkurrenzkampfes bedeuten, eine Verschärfung, die vor allem die vielen erst jüngst im Zuge der sullanischen Senatsergänzung in den *ordo senatorius* eingetretenen Familien in ihrer Position bedroht hätte.

Vor dem Hintergrund dieser Verhältnisse betrachtet wird die scheinbar widersprüchliche Haltung der nachsullanischen Senatsaristokratie in der Frage der Proskriptionsfolgen verständlicher, vor allem die Tatsache, dass man in diesen Kreisen den Unrechtsgehalt der Proskriptionsgesetzgebung weithin von Anfang an erkannte, sich aber den Konsequenzen dieser Erkenntnis zunächst völlig verschloss, späterhin sich zwar dazu bereit fand, strafend gegen die Akteure und Profiteure des seinerzeitigen Unrechts vorzugehen (man denke an die oben S. 240–242 angesprochenen diesbezüglichen Vorstöße der 60er Jahre), aber dennoch den Schritt zur Rehabilitierung der Opfer vermied, bis unter Caesar die politischen Karten völlig neu gemischt wurden.

Im Zuge oder in Folge politischer Umbruchszenarien vorgenommene Amnestien pflegen von der Natur der Sache her im Spannungsfeld zwischen Moral, Gesetzesrecht und politischer Opportunität zu stehen. Diese Beobachtung gilt auch im Falle der Amnestie- und Rückführungsbestrebungen der nachsullanischen Ära, und man darf feststellen, dass für die damals getroffenen Entscheidungen fast stets das Kriterium der politischen Opportunität maßgebend gewesen ist: Der Gesichtspunkt des politisch-militärischen Vorteils hat, wie wir gesehen haben, einen gewichtigen Grund für die vergleichsweise milde Haltung des Senats gegenüber den Lepidanern dargestellt, auf der anderen Seite hat dasselbe Kriterium in den sechziger Jahren Roms herrschende Kreise dazu veranlasst, die von ihnen selbst als ungerecht empfundene Diskriminierung der *filii proscriptorum* zu verteidigen. Wir fassen hier eine Prioritätensetzung, für die sich reichlich Parallelen finden ließen; die Geschichte — nicht nur der antiken Welt —, ist bekanntlich nicht arm an Situationen, in denen ein Konflikt zwischen

Rechtsgrundsätzen und dem politischem Vorteil im Sinne des letztgenannten Gesichtspunkts entschieden worden ist.

Allerdings muss der Aspekt des politischen Vorteils, wenn man um seinetwillen die eigenen tiefverwurzelten Gerechtigkeitsvorstellungen hintanstellen soll, schon ein besonderes Gewicht haben; er muss einen Problemkomplex betreffen, der in den Kreisen der befassten Entscheidungsträger als prioritäres Anliegen gilt.

Im Falle des Umgangs der römischen Führungsschichten mit dem Vermächtnis der sullanischen Proskriptionsgesetzgebung haben wir, wenn meine im Vorangehenden vorgebrachten Überlegungen das Richtige getroffen haben, die für das Handeln der Senats- und Nobilitätsmehrheit bestimmende Motivation in jenem Anliegen zu suchen, dem in der römischen Republik stets die vordringlichste Sorge aller politischen Akteure gegolten hat: der Sicherung der eigenen Position im Konkurrenzkampf um Ämter und Ehrenstellen, um *dignitas* und *auctoritas*.

BIBLIOGRAPHIE

Adamietz (1989): J. Adamietz, *Marcus Tullius Cicero, Pro Murena*, Darmstadt 1989.

Broughton (1952): T. R. S. Broughton, *The Magistrates of the Roman Republic, vol. II: 99–31 B.C.*, New York 1952.

Broughton (1986): T. R. S. Broughton, *The Magistrates of the Roman Republic III: Supplement*, Atlanta 1986.

Butler – Cary (1927): H. E. Butler – M. Cary, *C. Suetonii Divus Iulius*, Oxford 1927.

Criniti (1969): N. Criniti, *M. Aimilius Q. F. M. N. Lepidus 'ut ignis in stipula'*, Mem. dell'Istituto Lombardo XXX/4 (1969) 374–446.

Fuhrmann (1959): M. Fuhrmann, s.v. *proscriptio*, RE XXIII 2 (1959) 2440–2444.

Fehrle (1983): R. Fehrle, *Cato Uticensis*, Darmstadt 1983.

Fontanella (2004): F. Fontanella, *II Verr. 5,152: Un possibile contributo alla datazione della Lex Plautia de reditu Lepidanorum*, Athenaeum 92 (2004) 519–521.

Gelzer (1960): M. Gelzer, *Caesar. Der Politiker und Staatsmann*, Wiesbaden 1960.

Gruen (1970): E. S. Gruen, *Veteres hostes, novi amici*, Phoenix 24 (1970) 237–243.

Gruen (1971): E. S. Gruen, *Some Criminal Trials of the Late Republic: Political and Prosopographical Problems*, Athenaeum 48 (1971) 54–69

Gruen (1974): E. S. Gruen, *The Last Generation of the Roman Republic*, Berkeley u. a. 1974.

Hantos (1988): T. Hantos, *Res publica constituta. Die Verfassung des Dictators Sulla*, Stuttgart 1988.

Heftner (1995): H. Heftner, *Plutarch und der Aufstieg des Pompeius. Ein historischer Kommentar zu Plutarchs Pompeiusvita Teil I: Kap. 1–45*, Frankfurt a.M. 1995.

Heftner (2006a): H. Heftner, *Von den Gracchen bis Sulla*, Regensburg 2006.

Heftner (2006b): H. Heftner, *Der Beginn von Sullas Proskriptionen*, Tyche 21 (2006) 33–52.

Hinard (1984): F. Hinard, *Sur les „liberti proscriptorum". Approches prosopographique et juridique d'un problème politique*, in: Sodalitas. Scritti in onore di Antonio Guarino IV, Neapel 1984, 1889–1907.

Hinard (1985): F. Hinard, *Les proscriptions de la Rome républicaine*, Rome/Paris 1985.

Keaveney (2005): A. Keaveney, *Sulla*, London ²2005.

Konrad (1994): C. F. Konrad, *Plutarch's Sertorius. A Historical Commentary*, Chapel Hill u. a. 1994.

Kunkel – Wittman (1995): W. Kunkel – R. Wittmann, *Staatsordnung und Staatspraxis in der Römischen Republik II: Die Magistratur*, München 1995.

Lange (1873): L. Lange, *Römische Altertümer III*, Berlin ²1873.

Lange (1879): L. Lange, *Römische Altertümer II*, Berlin ³1879.

Lanzani (1936): C. Lanzani, *Lucio Cornelio Silla dittatore*, Milano 1936.

Maurenbrecher (1891): B. Maurenbrecher, *C. Sallustii Crispi Historiarum reliquiae, fasc. I: Prolegomena*, Leipzig 1891.

Maurenbrecher (1893): B. Maurenbrecher, *C. Sallustii Crispi Historiarum reliquiae, fasc. II: Fragmenta*, Leipzig 1893.

McGushin (1994): P. McGushin, *Sallust. The Histories, transl. with Introduction and Commentary II*, Oxford 1994.

Mitchell (1975): T. Mitchell, *Veteres hostes, novi amici [Cic. Fam. V,7,1]*, Historia 24 (1975) 618–622.

Nisbet (1961): R. G. M. Nisbet, *M. Tulli Ciceronis in L. Calpurnium Pisonem oratio, ed. with text, introduction and commentary*, Oxford 1961.

Rice Holmes (1923): T. Rice Holmes, *The Roman Republic and the Founder of the Empire I*, Oxford 1923.

Strasburger (1938): H. Strasburger, *Caesars Eintritt in die Geschichte*, München 1938.

Sumner (1973): G. V. Sumner, *The Orators in Cicero's Brutus: Prosopography and Chronology*, Toronto 1973.

Syme (1963): R. Syme, *Ten Tribunes*, JRS 53 (1963) 55–60.

Taylor (1941): L. R. Taylor, *Caesar's Early Career*, CPh 36 (1941) 113–132.

Wiseman (1971): T. P. Wiseman 1971, *New Men in the Roman Senate 139 B.C.–14 A.D.*, Oxford 1971.

Wylie (1992): G. Wylie, *The Genius and the Sergeant: Sertorius vs. Pompey*, in: C. Deroux (Hrsg.), *Studies in Latin Literature and Roman History VI*, Brüssel 1992, 145–162.

CHRISTIAN REITZENSTEIN-RONNING (MÜNCHEN)

AMNESTIE UND VERBANNUNG IN DER FRÜHEN RÖMISCHEN KAISERZEIT

1. Einleitung: Fragestellung und Methodik

Bis in unsere Zeit zählt das Instrumentarium der Amnestie in vielen politischen Kulturen zum festen Ritual-Bestand der Herrschaftsrepräsentation. So gehörte es etwa in Frankreich zum guten Ton der Fünften Republik, daß der Präsident den Beginn seiner Amtszeit mit einem Amnestie-Gesetz für Verkehrssünder verband. Alle fünf Jahre mehrte sich daher die Anzahl unbezahlter Strafmandate in sicherer Erwartung der präsidentiellen Wohltat. Darüber hinaus war der 14. Juli, der Tag des Sturms auf die Bastille, seit 1991 alljährlich Anlaß, mehrere Tausend Gefangene per Gnadenakt — *la grâce présidentielle* — aus der Haft zu entlassen.[1] Nicolas Sarkozy hat im Jahr 2007 erstmals demonstrativ auf beide Vorrechte verzichtet, da sie die durch ordentliche Gerichte verhängten Urteile diskreditierten und dem republikanischen Prinzip der Gewaltenteilung zuwiderliefen; mit der Verfassungsreform von 2008 wurde diese Selbstbeschränkung dann auf eine dauerhafte rechtliche Basis gestellt.[2] Sarkozys Vorgehen hat heftige Diskussionen ausgelöst, beraubte es doch nicht zuletzt die französische Justizverwal-

---

[1] Die Rechtsfolgen der Amnestie sind im Code pénal Art. 133–9 wie folgt definiert: „L'amnistie efface les condamnations prononcées. Elle entraîne, sans qu'elle puisse donner lieu à restitution, la remise de toutes les peines. Elle rétablit l'auteur ou le complice de l'infraction dans le bénéfice du sursis qui avait pu lui être accordé lors d'une condamnation antérieure." Die Begnadigung setzt im Gegensatz dazu nach den Art. 133–7 und 8 lediglich den Strafvollzug aus, läßt die Verurteilung und daraus entstehende Ansprüche seitens der Opfer aber bestehen: „La grâce emporte seulement dispense d'exécuter la peine. La grâce ne fait pas obstacle au droit, pour la victime, d'obtenir réparation du préjudice causé par l'infraction."

[2] Vgl. den durch die *loi constitutionnelle* 2008–724 vom 23. Juli 2008 Art. 7 geänderten Art. 17 der Verfassung der französischen Republik: „Le Président de la République a le droit de faire grâce à titre individuel." Gegenüber der früheren Fassung wurde das Gnadenrecht des Präsidenten auf Einzelfälle beschränkt; ähnlich in der Bundesrepublik Deutschland Art. 60 Abs. 2 GG: „Er [scil. der Bundespräsident] übt im Einzelfalle für den Bund das Begnadigungsrecht aus."

tung eines wichtigen Sicherheitsventils, um die notorisch überfüllten Haftanstalten zu entlasten; von der Wut der Autofahrer, die ihre Falschparkergebühren nun tatsächlich entrichten mußten, ganz zu schweigen.[3] Die Debatte illustriert über den Tag hinaus gleich mehrere Aspekte der Amnestie im weiteren Sinne: (1) die Bedeutung des Gnadenrechts für die Inszenierung des Souveräns bzw. des Hoheitsträgers des Staates; (2) die eher technische Entlastungsfunktion für strukturell überforderte Rechtsprechungs- und Strafvollzugsorgane; (3) die Erwartungshaltung der Bürger, in deren Augen aus der Tradition ein Anspruch auf staatliche Milde, staatliches „Vergessen" erwachsen ist; (4) die rechtsphilosophische und politische Ambivalenz der Amnestie. Daß alle vier Punkte schon in der römischen Antike eine gewichtige Rolle spielten, ist im folgenden zu erweisen.

Denn was in der französischen Republik *la grâce présidentielle* bedeutete, ist für das römische Reich der Kaiserzeit die *indulgentia principis* gewesen, die sich wiederum auf die Herrschertugend der *clementia* berufen konnte.[4] Auch hier lassen sich mit einer gewissen Regelmäßigkeit kollektive Amnestien ausmachen. Dabei ist es zunächst auffällig, daß insbesondere die Angehörigen des Ritter- und Senatorenstandes in den Genuß der Großmut des Herrschers gekommen zu sein scheinen, doch mag dieser Befund nicht zuletzt der Provenienz unserer Quellen aus denselben, eben den obersten Gesellschaftsschichten geschuldet sein.[5] Dies spiegelt sich auch in den wohl am häufigsten im Zusammenhang von Amnestien erwähnten *crimina* und Strafen wider, die typischerweise ebenfalls die beiden *ordines* betrafen: *maiestas*, *repetundae* und *adulterium* auf der einen, *exilium* in seinen unterschiedlichen Abstufungen, oft verbunden mit Vermögenskonfiskation, auf der anderen Seite.[6]

---

[3] Die deutsche Rechtspraxis kennt neben dem Begnadigungsrecht des Bundespräsidenten die sog. „Weihnachtsamnestie" für Strafgefangene, die auf der Ebene der Bundesländer durch Verordnung gewährt wird und rechtlich als Gnadenerweis des Ministerpräsidenten zu werten ist. Hierbei wird für diejenigen Gefangenen, deren regulärer Entlassungstermin kurz vor oder nach dem Weihnachtsfest liegt, auf Basis von Einzelfallprüfungen bei günstiger Sozialprognose ein vorzeitiges Ende der Haft (in der Regel im vorausgehenden Oktober oder November) verfügt; vgl. Süß (2001) 98–99.

[4] Grundlegend Mommsen (1899) 452–458; Waldstein (1964); Gaudemet (1962); vgl. Robinson (1999) 79–88.

[5] Vgl. Bauman (1996) 3–4.

[6] Zum *crimen maiestatis* vgl. nun den Überblick bei Harries (2007) 72–85; zu den Repetundenprozessen der Kaiserzeit Robinson (2007) 78–98; zu den augusteischen Ehebruchsgesetzen Harries (2007) 95–104; Raditsa (1980) 278–339; Mette-Dittmann (1991); McGinn (1998) insb. 140–147.

Damit ist die Verbannungsstrafe der römischen Kaiserzeit angesprochen; seit jeher ist sie den Forschern ein eher sperriges Thema.[7] Das liegt nicht zuletzt an der nachlässigen Terminologie der antiken Autoren. Das lateinische Wort *exilium* deckt zumindest in untechnischer Sprache das ganze Spektrum vom mehr oder minder freiwilligen, temporären Rückzug aus der Stadt Rom bis zur zwangsweisen, zeitlich unbegrenzten Verschickung auf eine Insel ab.[8] Wegen der mangelnden Präzision hat Theodor Mommsen den Terminus in seinem Werk zum römischen Strafrecht einem regelrechten Exorzismus unterzogen, ihn als für eine wissenschaftliche Untersuchung untauglich erklärt: „Ein Begriff dieser Art ist wohl für die Erzählung geeignet, aber rechtlich unbrauchbar. … Es wird darum [hier] ... von demselben kein Gebrauch gemacht."[9] Mit gutem Grund hielt er sich vielmehr an die Zuordnungsversuche der römischen Juristen, die zwischen *interdictio*, *relegatio* und *deportatio* unterscheiden und damit ein sorgsam ausgearbeitetes Stufensystem von Verbannungsstrafen vorlegen.[10] Dies liest sich in der Theorie recht kohärent und erfreulich klar; dennoch lassen sich die Informationen, die die Digesten-Fragmente liefern, nicht ohne weiteres mit dem Befund korrelieren, den die literarische Überlieferung bietet. Das liegt nicht nur an der zeitlichen Differenz beider Quellengruppen, sondern auch daran, daß sie letztlich nicht über dasselbe berichten. Die Juristen interessieren sich für die Modalitäten der Verbannungsstrafe im Kontext des Kognitionsprozesses, nicht zuletzt im Zuge statthalterlicher Rechtsprechung. Die senatorische Geschichtsschreibung nimmt hingegen — wenig verwunderlich — gerade die politischen Prozesse der frühen Kaiserzeit und damit vor allem das Senatsgericht in den Blick; im engeren Sinne rechtliche Fragestellungen verfolgt sie nicht, und entsprechend mühselig ist es oftmals, den Rechtsgrund der Exilierung ausfindig zu machen.[11] Verbannung kann am Ende eines Majestäts- oder Repetundenprozesses stehen,[12] sie kann

---

7 Nach Abschluß des Manuskripts ist folgende grundlegende Studie zur Verbannung in der römischen Kaiserzeit erschienen: F. Stini, *Plenum exiliis mare. Untersuchungen zum Exil in der römischen Kaiserzeit*, Stuttgart 2011.

8 Vgl. Grasmück (1978) 62–64.

9 Mommsen (1899) 966–967.

10 Vgl. Mommsen (1899) 967.

11 Vgl. zum Quellenmaterial Braginton (1944) 391–407, insb. 391–394.

12 Repetundenprozeß: Tac. hist. 4, 45, 2 (Antonius Flamma); Plin. epist. 2, 11; 6, 29; 3, 9; 10, 3a (Marius Priscus); *maiestas*: Tac. ann. 12, 52, 1–3 (Furius Scribonianus); kombiniert: Tac. ann. 3, 66–69 (C. Silanus); vgl. Garnsey (1970) 112–113 mit weiteren Quellen; Harries (2007) 78; anders Levick (1979) 358–379, insb. 375 (die Verbannungsstrafe als „Schlupfloch", wo das Senatsgericht die Hinrichtung als gesetzliche Strafe umgehen wollte). Zum Spektrum der mit Ver-

aber auch das faktische Ergebnis einer *renuntiatio amicitiae* seitens des Kaisers sein[13] — und hier also höchstens informell als Strafe angesprochen werden. Damit sind zudem nur einige wenige Möglichkeiten aus einem weit ausgreifenden Spektrum benannt. Auf vergleichbar schwankendem Grund steht, wer die konkreten Lebensbedingungen am Verbannungsort in den Blick nehmen will: Auch hier streuen die Befunde breit, auch hier ist Systematisierung ein mühseliges Unterfangen.[14]

Es überrascht vor diesem Hintergrund nicht, wenn sich die Beendigung des Verbannungszustandes qua Gnadenerlaß bzw. Amnestie als ebenso facettenreich und im einzelnen gar diffus erweist. Zweifelsohne lassen sich konkrete Maßnahmen kaiserlicher *indulgentia* recht gut ausmachen, die einzelnen Verbannten oder gar ganzen Personengruppen die Rückkehr in die Heimat ermöglichten. Und es können auch einige regelhafte Aussagen hierzu formuliert werden, etwa in bezug auf den Herrscherwechsel, der oftmals Anlaß zu entsprechenden Amnestien bot.[15] Aber wo die für eine rechtshistorisch-systematisierende Analyse neuralgischen Punkte erreicht werden, wo extrapolierbare Informationen über Ablauf und Modalitäten der Restitution gefragt sind, verstummen die Quellen oftmals nur allzu rasch. Doch stellt sich an dieser Stelle, jedenfalls aus der Sicht des Althistorikers, ohnehin verstärkt die Frage nach der grundsätzlichen Adäquanz eines solchen Unterfangens, d.h. nach Verfahrensrationalität zu suchen, wo tatsächlich und zum Teil durchaus bewußt „Chaos" und mangelnde Koordinierung vorgeherrscht zu haben scheinen — etwa um eine Determination herrscherlichen Handelns durch allzu konventionalisierte Akte und eine damit einhergehende verfestigte Erwartungshaltung der Bevölkerung zu vermeiden. Es wird daher im folgenden ein Untersuchungsansatz gewählt, der dieser

---

bannung geahndeten Tatbestände Stini (2006) 300–309; vgl. 304.

[13] Vgl. Tac. ann. 3, 24 zum Fall des D. Silanus, der des Ehebruchs mit der jüngeren Julia beschuldigt wurde und Tacitus zufolge die daraus resultierende Aufkündigung der *amicitia* seitens des Augustus als Verbannungsbefehl verstand: Tiberius kennzeichnete dies allerdings in einer späteren Stellungnahme als Fehldeutung. Als Vorläufer kann der Fall des Cornelius Gallus (26 v. Chr.) verstanden werden, dem Augustus *ob ingratum et malivolum animum domo et provinciis suis interdixit* (Suet. Aug. 66, 2, vgl. Cass. Dio 53, 23, 6–7; Ov. trist. 2, 446; Amm. 17, 4, 5). Hierzu Bauman (1974) 109–113; Rogers (1959) 224–237, insb. 227–232; Kierdorf (1987) 223–245; zu Gallus: Dettenhofer (2000) 93–95; Stickler (2002) 51–55.

[14] Nun Bingham (2003) 376–400, insb. 382–397 zu den einzelnen Inseln; Rivière (2008) 261–310, insb. 275–304.

[15] Vgl. Braginton (1944) 406; Robinson (1999) 81–84. Zum Typus der „Jubelamnestien" Süß (2001) 247–251.

Offenheit der Abläufe Rechnung trägt und von Pierre Bourdieu als „praxeologisch“ bezeichnet worden ist.[16] Konkrete Sachverhalte sollen aus den konstituierenden Praktiken heraus erklärt werden, anstatt von normativen Texten ausgehend eine letzthin ahistorische Systematik zu konstruieren.

2. Quellenüberblick

Diese methodische Grundentscheidung bedingt unmittelbar, daß die Untersuchung auf Fallstudien beruht. Dabei ist zu beachten — und analytisch nachzuvollziehen —, daß die Rückberufung aus der Verbannung, auch und gerade insofern mit ihr eine Restitution der verlorengegangenen *dignitas* und gegebenenfalls konfiszierter *bona* einherging, stets in ein Netz ineinander verflochtener Handlungen eingebunden war, zu dem etwa Donativ und Congiarium, Steuererlasse, Gewährung von Privilegien, kurz: alle Formen kaiserlicher *liberalitas* gehörten, um die im Zweifel heftige Ressourcenkonkurrenz entbrennen konnten.[17] Insofern ist es unerläßlich, die Vorgänge um die Rückberufung aus der Verbannung anhand historisch rekonstruierbarer Situationen und Konstellationen möglichst „dicht“ zu beschreiben,[18] mehrere Ebenen und Fragehorizonte einzubeziehen, die sozialen ebenso wie die ökonomischen, politischen oder mentalen Aspekte. Die hierfür nötige Überlieferungstiefe ist zumindest in dem recht schmalen zeitlichen Korridor von 68 bis 98 n. Chr., in den drei Dezennien vom Untergang Neros bis zum Herrschaftsantritt Trajans, gegeben, auf die der Fokus der vorliegenden Untersuchung gerichtet sein wird, ohne die julisch-claudische Zeit auszublenden. Dabei gilt es zu beachten, daß die für die Forschung günstige Quellenlage wohl in erster Linie einem Diskursphänomen geschuldet ist. So spielten die *relegati a Nerone* in den Gesprächen der römischen Oberschicht noch Jahrzehnte später eine bedeutsame Rolle; der jüngere Plinius etwa berichtet um 105/6 n. Chr., also fast vierzig Jahre nach den Ereignissen, in einem Brief über den Tod des Gaius Fannius von dessen *pulcherrimum opus*, das nun leider unvollendet bleiben müsse, einer Abhandlung über die von Nero Ermordeten und Verbannten.[19] Immerhin drei Bücher, *subtiles et diligentes*, waren jedoch fertig geworden und überzeugten Plinius durch ihren angemessenen, mittleren Stil. Fannius war gewiß kein unparteiischer Autor: Sein *nomen gentile* deutet auf eine Verbindung zur Familie des

---

[16] Bourdieu (1993) 97–121. Vgl. Flaig (1992), insb. 32–36.
[17] Kloft (1968).
[18] Hierzu Geertz (1983) 7–43.
[19] Plin. epist. 5, 5.

P. Clodius Thrasea Paetus, dessen Tochter Fannia[20] mit Helvidius Priscus d. Ä. verheiratet war — alle drei Opfer der Kaiser Nero beziehungsweise Vespasian, und zum Teil bereits mehrfach verbannt und wieder restituiert.[21] Seit der Mitte des ersten nachchristlichen Jahrhunderts stand die Gattung der *exitus illustrium virorum*-Literatur in prächtiger Blüte, welche, beginnend mit Cato Uticensis, die vermeintlichen Heroen der *libera res publica*, tatsächlich aber in erster Linie die Exponenten senatorischer Statusinteressen, nachgerade in den Himmel hob.[22] Das mochte vordringlich erbauliche Lektüre für Schreibtisch-Dissidenten sein.[23] In einigen Fällen scheint dieses Genre allerdings handlungsleitend geworden zu sein, so etwa bei Paetus selbst, der Cato nicht nur literarisch traktierte, sondern den eigenen, von Nero erzwungenen Selbstmord nach dessen Vorbild inszenierte.[24] Thraseas eigener Biograph, Arulenus Rusticus, wandelte auf ähnliche Weise in den

---

20 PIR² F 118. Vgl. Sherwin-White (1966) 243.

21 Fannia: Plin. epist. 7, 19, 5: *bis maritum secuta in exilium est, tertio ipsa propter maritum relegata* (Begleitung ins Exil: 66 und unter Vespasian, Relegation 93, Restitution durch Nerva); vgl. Plin. epist. 3, 11, 3; Helvidius Priscus d.Ä.: Verbannung unter Nero nach Apollonia (Tac. ann. 16, 33. 35, 1; Schol. Vallae ad Iuv. 5, 36), Rückberufung durch Galba (Tac. hist. 4, 6, 1), unter Vespasian relegiert und später ermordet (Cass. Dio 65(66), 12, 1–3; Suet. Vesp. 15); hierzu Malitz (1985) 231–246; Bauman (1974) 157–159. Thrasea Paetus war vor seinem erzwungenen Selbstmord zweimal die Freundschaft Neros aufgekündigt und er somit vom Hof ausgeschlossen worden: Tac. ann. 15, 23 (63 n. Chr.) und 16, 24 (66 n. Chr.). Zum Kreis um Thrasea Raaflaub (1986) 1–63, 21–22; Syme (1991) 568–587.

22 Neben dem Werk des Fannius gehören hierzu die Cato-Biographie von Thrasea Paetus (der auf das Werk des Munatius Rufus zurückgreifen konnte), die *carmina* und Prosatexte des Titinius Capito (Plin. epist. 1, 17, 3; 8, 12, 4: *scribit exitus inlustrium virorum, in his quorundam mihi carissimorum*; hierzu Sherwin-White [1966] 126, 460), die Schrift des Arulenus Rusticus über Thrasea sowie die Lebensbeschreibung des Helvidius Priscus aus der Feder des Herennius Senecio (Tac. Agr. 2, 1; Plin. epist. 7, 19, 5). Zu dieser s. Literatur Marx (1937) 83–103; Murray (1965) 41–61, insbesondere 56–59; Geiger (1979) 48–72. Greifbar wird diese Tendenz besonders deutlich noch bei Epiktet, insbesondere 1, 1, 28–30 (Paconius Agrippinus); 1, 2, 18–21 (Helvidius); 4, 1, 123 (Vergleich Sokrates – Helvidius). Auch die *libelli de ultione Helvidi* des jüngeren Plinius und die veröffentlichte Version seiner Rede gegen den *delator* Publicius Certus, (epist. 7, 30, 4; 1, 2, 6; 4, 21, 3) sind hier zu nennen; s. Syme (1991) 579 und 587.

23 Zur sogenannten Senats-Opposition Raaflaub (1986). S. auch die früheren Arbeiten von Brunt (1975) 7–35; Wistrand (1979) 93–101; Grenzheuser (1964) 45–52, 82–86, 116–125; Maier (1985).

24 Zur Handlungsrelevanz dieser Vorbilder MacMullen (1966) 1–45, insb. 21–28; Raaflaub (1986) 29–30.

Fußspuren seines Helden und zahlte sein *elogium* auf das Vorbild im Jahr 93 n. Chr. schließlich ebenfalls mit dem Tod.[25]

3. Der *exul revocatus* in der Gesellschaft

Die mithin zu konstatierende gespannte Aufmerksamkeit gegenüber den Opfern des Principats war weder allein politischem Ästhetizismus, stoischer Denkart oder auch nur einem mitleidigen Affekt geschuldet. Sie reichte in die eigene Lebenserfahrung hinein und berührte das Selbstverständnis der senatorischen Oberschicht in ihrem Verhältnis zum Princeps; das Schicksal der *damnati* war ein wichtiger Prüfstein für die *civilitas* des Herrschers. Darüber hinaus taten prominente *revocati*, Rückkehrer aus dem Exil, zu dieser Zeit in Rom viel dafür, auf der gesellschaftlichen und politischen Bühne wieder sichtbar zu werden und zu bleiben. Doch die Einstellung der Bevölkerung gegenüber den Verbannten war nicht einhellig positiv. Dies zeigt sich auch an ihrer ablehnenden Reaktion auf die Entscheidung des bejahrten Galba, den *exul* Piso zu adoptieren und als Nachfolger herauszustellen.[26] Otho konnte sich daher weitverbreitete Ressentiments zielsicher zunutze machen, als er die Praetorianer für die eigenen Thronansprüche zu gewinnen suchte:[27] Galba habe nicht ohne Grund ausgerechnet jemanden aus dem Exil zurückgeholt und zum Nachfolger proklamiert, der ihm an *tristitia* und *avaritia* gleichkomme.[28] Für die Verhärtung Pisos wurde seine Ausweisung aus Rom verantwortlich gemacht; Othos Einschätzung des Gegenspielers als *longo exilio efferatus*[29] scheint auch in den Augen des Tacitus einer unmittelbaren Plausibilität nicht entbehrt zu haben. Daß von einem heimgekehrten Verbannten nichts Gutes zu erwarten sei, stand für das römische Publikum offenbar fest, und vergleichbare Gedankengänge finden sich selbst bei den Piso sonst wohlmeinenden antiken Historikern.[30]

---

[25] Tac. Agr. 2, 1; 45, 1; Suet. Dom. 10, 3; Plin. epist. 1, 5, 2; 5, 1, 8; Cass. Dio 67, 13, 2; PIR[2] J 730; vgl. Bauman (1974) 160–162.

[26] Murison (1993) 64–66 zum Hintergrund Pisos.

[27] Tac. hist. 1, 38, 1.

[28] Zur *Stoicorum adrogantia* vgl. auch Tac. ann. 13, 58, 3 (Tigellinus gegen Rubellius Plautus), zur *tristia* Quint. inst. 1 praef. 15: *Non enim virtute ac studiis ut haberentur philosophi laborabant, sed vultum et tristitiam et dissentientem a ceteris habitum pessimis moribus praetendebant*; 12, 3, 12: *in publico tristes, domi dissoluti captarent auctoritatem contemptu ceterorum*; Syme (1991) 576; Penwell (2003) 363.

[29] Tac. hist. 1, 21, 1.

[30] Tac. hist. 1, 14, 2: *Piso M. Crasso et Scribonia genitus, nobilis utrimque, vultu habituque moris antiqui et aestimatione recta severus, deterius interpretantibus tristior habebatur: ea pars morum eius quo suspectior sollicitis adoptanti place-*

Freilich galt Piso nicht nur als schwer zu handhabender *exul*, in seiner Person kreuzten sich gleich eine ganze Reihe von *gentes* (die Calpurnii Pisones, Licinii Crassi und die Scribonii, welche sich auf Pompeius Magnus zurückführten), die sich zwar in obstinater Konkurrenz zum julisch-claudischen Haus marginalisiert und infolge von Hinrichtungen, Verbannungsbeschlüssen und Konfiskationen großenteils um ihre soziale und politische Potenz gebracht hatten, dabei jedoch weiterhin als Unruhefaktor gelten konnten.[31] Über nutzbare materielle Ressourcen verfügte ihr Nachkomme freilich nicht mehr: So blieb nach der Ermordung Pisos das Testament wegen seiner *paupertas* unangetastet.[32] Die hocharistokratische Abstammung ging in seinem Fall nicht mehr mit realen politischen Möglichkeiten einher, und die jüngere Familiengeschichte legte ihn auf einen sehr restringierten Satz an Handlungsweisen fest. Das eigene Exil verstärkte diese Engführung noch, indem es ob der Rückberufung *gratia* gegenüber Galba präjudizierte, vor allem aber bei der großen Mehrheit der Senatoren Befürchtungen hinsichtlich eines kompromißlosen und politisch allzu anspruchsvollen Kurses weckte. Pisos Schicksal ist in den Grundzügen durchaus repräsentativ für eine bestimmte Gruppe von Familien. Wie stark sie als vornehmliche Opfer der *mali principes* ihre unbehelligt überlebenden Standesgenossen irritierten, läßt sich am Agricola des Tacitus und seiner Kritik an der *inanis iactatio libertatis* der „Opposition" gegen Domitian erkennen.[33]

Ausgeprägtes Mißtrauen gegenüber den Verbannten zeigt sich auch in einer Reihe weiterer Quellen. Die Bezeichnung als *exul* hatte in vielen Kontexten stigmatisierenden Charakter, der auch durch eine allfällige Restitution nicht verloren ging. So konnte Agrippina ihren ehemaligen Protégé Seneca im Jahr 55, obschon inzwischen engster Berater Neros, noch immer als *exul* beschimpfen, der als solcher zumindest den Praetorianern nicht zu vermitteln sei.[34] Die klassischen Verbannungsinseln vor der Küste Italiens

---

bat; vgl. hist. 1, 21, 1; 38, 1; 48, 1; Plut. Galba 23, 6. Durchweg positive Bewertung Pisos hingegen bei Suet. Galba 17.

31 Vgl. zu diesen Familien McAlindon (1956) 113–132, insb. 126–128 sowie ders. (1957) 279–286; Rogers (1955) 190–212; Raaflaub (1986) 21; Murison (1993) 47; Griffin (1984) 171–179.

32 Tac. hist. 1, 48, 3; vgl. Flaig (1992) 296–298.

33 Tac. Agr. 42, 3.

34 Tac. ann. 13, 14, 3: *ituram cum illo in castra; audiretur hinc Germanici filia, in<de> debilis Burrus et exul Seneca, trunca scilicet manu et professoria lingua generis humani regimen expostulantes.*

oder in der Ägäis[35] galten zudem weithin als regelrechte Parallelgesellschaften und Brutstätten der Verwahrlosung. Dort fiel die dichte Sozialkontrolle der Hauptstadt weg, im Zweifel blieben die Verbannten untereinander und konnten neue kriminelle Pläne entwickeln, bis hin zu Strategien für einen Umsturz.[36] Daß Verbannung mit Ehrverlust verbunden sei, stand für Seneca fest, als er, der literarischen Tradition folgend, auf Korsika seine Situation als Verbannter reflektierte. Im Gründe sei, so tröstet er zwar sich selbst und seine Mutter Helvia, das Exil ja nur ein Ortswechsel; aber auch er kann nicht bestreiten: *hanc commutationem loci sequuntur incommoda, paupertas ignominia contemptus* — es folgen unweigerlich Unannehmlichkeiten: Armut, Schande, Verachtung.[37] Seine Versuche, diese Mißlichkeiten im Fortgang seiner Trostschrift an Helvia mit philosophischen Argumenten wegzudiskutieren,[38] führen zwar auf ganz handfeste Erleichterungen, die dem Verbannten gewährt werden konnten, nicht zuletzt ein großzügiges *viaticum*.[39] Aber den Aspekt des Ansehensverlustes[40] vermag er nicht schlüssig zu widerlegen; ein *homo fortiter miser* müsse sein Schicksal tapfer tragen und werde dafür einst die geschuldete Anerkennung finden. Freilich scheint es gerade dieser von Seneca geforderte tapfer ertragende Habitus, die ostentative *tristitia* eines Piso oder Helvidius Priscus, zu sein, der, als *arrogantia* gedeutet, die Restituierten zu einer blanken Provokation für ihr Umfeld machte und ihnen neue Probleme eintrug. Im nächsten Analyseschritt ist daher zu klären, wie die *revocatio* im einzelnen verlief, welche Schwierigkeiten dabei zu bewältigen waren und welche Lösungsansätze gefunden wurden.

---

[35] Zu den Verbannungsorten vgl. die Listen bei Chevallier (1988) 149–151; Balsdon (1979) 113–115; Rivière (2008) 275–294.

[36] Tac. ann. 4, 13. 28–30 (Vibius Serenus pater). Zu seiner Person: PIR V 399; Rutledge (2001) 282–283.

[37] Sen. dial. 12, 6, 1.

[38] Hierzu insb. mit Blick auf die Topoi der Konsolationsliteratur Claassen (1996) 571–590, 586–588.

[39] Augustus räumte im Zuge einer grundlegenden Neuordnung der Verbannungsstrafe den *interdicti* 12 n. Chr. eine Obergrenze von einer halben Million Sesterzen als *viaticum* ein (Cass. Dio 56, 27). Zu den im einzelnen schwer zu deutenden Angaben Mommsen (1899) 974; Garnsey (1970) 112 Anm. 5; Levick (1979) 376 (erster Hinweis auf Zuweisung fester Exilorte, wohl als politische Sicherungsmaßnahme); Santalucia (2004) 9–19, 11–13; Rivière (2008) 264–275; Stini (2006) 304–305.

[40] Zu diesem Motiv Meinel (1972) 173–186; zur Problematik der *existimatio* eines Verbannten Graßl (1973) 27–32.

4. Die Amnestie Caligulas als Testfall

Die Ereignisse des „langen" Jahres 68/69 sind für die Problematik der Restitution Exilierter von besonderer Bedeutung. Cassius Dio (bzw. Zonaras) berichtet, daß Galba nach seinem Herrschaftsantritt die von Nero *de maiestate* Verbannten zurückgerufen habe, eine Nachricht, die sich im Kern auch bei Plutarch und Tacitus findet.[41] In einer eindrucksvollen Inszenierung hatte der Statthalter der Tarraconensis auf diesen Schritt bereits vorausverwiesen, als er in Carthago Nova seinen Abfall von Nero verkündete: Vor ihm auf dem Tribunal standen die *imagines* bekannter Opfer des Kaisers, neben sich positionierte er gleichsam stellvertretend für die Gruppe der Exilierten einen *puer nobilis*, den er aus der Verbannung auf Ibiza hatte herbeiholen lassen.[42] Galbas Maßnahme war allerdings höchstens in ihrem ostentativen Charakter originell. Als Bestandteil des Repertoires herrscherlicher Gesten gegenüber dem Senatorenstand am Beginn eines neuen Principats war die Rückberufung Verbannter längst eingeführt und besonders gut geeignet, die Diskontinuität zum „schlechten" Vorgänger zu betonen. Paradebeispiel für diesen Sachverhalt ist Caligula, der nach einem umjubelten Einzug in Rom und der obligatorischen Leichenrede auf den Vorgänger ohne weitere Verzögerung in einer Sturmfahrt nach Pandataria und Pontia übersetzte,[43] um dort die Asche seiner Mutter Agrippina sowie seines Bruders Nero persönlich in Urnen zu bergen und in das Mausoleum des Augustus zu überführen; nicht aus reiner *pietas*, sondern im Streben nach der Gunst der Bevölkerung, wie Sueton urteilt.[44] Hintergrund war sicher auch, die eigene Abstammung von Germanicus herauszustreichen und dahinter die Erbeinsetzung durch den unpopulären Tiberius verblassen zu lassen,[45] dessen offene *damnatio memoriae* er wegen der trotz allem gegenüber dem Adoptivgroßvater zu wahrenden *pietas* vermeiden mußte. Mit der symbolisch stark aufgeladenen Translatio ihres Leichenbrandes wurden aber die

---

[41] Cass. Dio (Zon.) 63(64), 3, 4c; Plut. Otho 1, 4; Tac. hist. 2, 92, 2; dazu Murison (1999) 40. Vespasian bestätigte diese Anordnung und dehnte sie auf die Regierungszeit seiner unmittelbaren Vorgänger aus, vgl. Cass. Dio 65(66), 9, 1.

[42] Suet. Galba 10, 1. G. Morgan (2006) 19–21. Fußhöller (1958) 15; Kragelund (1998) 152–173, 157; Graßl (1973) 36.

[43] Zu den Hintergründen vgl. Bingham (2003) 383–385; Lafon (1999) 149–161; Rivière (2008) 283.

[44] Suet. Cal. 15, 1–2 (zur Verbannung Agrippinas vgl. Suet. Tib. 53, 2; Tac. ann. 6, 25; 14, 63; Suet. Tib. 54, 2 für Nero); Cass. Dio 59, 3, 5–7; laut Cass. Dio 58, 22, 5 hatte Tiberius die Bestattung der beiden im Familiengrab untersagt. Vgl. Kragelund (1998) 154–156.

[45] Giovannini (1986) 219–240, 231–232.

prominentesten Opfer des Tiberius, wenn auch postum, feierlich aus dem Exil nach Rom und gewissermaßen in den Schoß der *domus Augusta* zurückgeführt.[46] In einem zweiten Schritt weitete Caligula die Restitutionsmaßnahmen auf die gesamte Oberschicht Roms aus.[47] Er wählte hierzu seine erste feierliche Rede in einer Senatssitzung, an der auch angesehene Ritter und Vertreter der Plebs teilnahmen. Wieder gibt Sueton mit starker Wertung über die Einzelheiten Auskunft: „Aus dem gleichen Motiv, nämlich der Sucht nach Popularität (*pari popularitate*), setzte er Verurteilte und Verbannte wieder in ihre alten Rechte ein (*damnatos relegatosque restituit*). Alle Verfahren, die noch aus der Regierungszeit des Vorgängers anhängig waren,[48] schlug er nieder. Alle Protokolle, die etwas mit dem Prozeß seiner Mutter und seiner Brüder zu tun hatten, ließ er auf dem Forum verbrennen; kein Denunziant und Zeuge sollte weiter in Furcht leben müssen. Vorher hatte er mit lauter Stimme die Götter als Zeugen angerufen, daß er keines der Papiere gelesen oder auch nur berührt habe.“[49] Zumindest der letzte Punkt erwies sich im weiteren Fortgang der Geschichte als reine Propaganda, denn als zwei Jahre später der Konflikt zwischen Princeps und Senato-

---

[46] Vgl. auch Panciera (1994) 136–142.

[47] Ähnlich ging später auch in dieser Hinsicht Galba vor, indem er die unter Nero ermordeten Mitglieder der *domus Augusta* ebenfalls im Mausoleum bestatten ließ; Cass. Dio (Zon.) 63(64), 3, 4c; Kragelund (1998) 156–157; Murison (1999) 40–41.

[48] Insbesondere dürfte es sich dabei um das Verfahren (*defertur impietatis in principem*) gegen Albucilla sowie ihre *conscii et adulterii* Cn. Domitius (den Vater Neros), Vibius Marsus und L. Arruntius (Vater des Scribonianus) handeln, Tac. ann. 6, 47–48; Cass. Dio 58, 27, 2–28, 1. Tacitus und Dio berichten vom Selbstmord des Arruntius, der für sich auch bei einem Herrschaftsantritt des Caligula keine Hoffnung gesehen habe, sowie von einem gescheiterten Suizidversuch der Albucilla. Nach Dio ist diese kurz darauf in der Haft verstorben, die übrigen Beklagten hätten überlebt, teils, da ihr Prozeß beim Tode des Tiberius noch nicht beendet war, teils aufgrund der 10-Tages-Frist, die bei der Exekution von Todesurteilen einzuhalten war (Suet. Tib. 75, 2). Weitere *stuprorum ministri* waren zum Teil aus dem Senat ausgestoßen (Pontius Fregellanus), zum Teil *in insulam* relegiert (Carsidius Sacerdos) oder gar deportiert (L. Balbus) worden (Tac. ann. 6, 48, 4). Bauman (1974) 130–134; Rutledge (2001) 101–103; vgl. Raaflaub (1986) 20–21.

[49] Suet. Cal. 15, 4 (Übers. H. Martinet). Vgl. Cass. Dio 59, 6, 1–4 (Dio berichtet allerdings, daß es sich bei den vernichteten Unterlagen in einem viel allgemeineren Sinn um „alle diesbezüglichen [gemeint sind die tiberianischen Prozesse *de maiestate*] Papiere, die Tiberius hinterlassen hatte“, handelte.) Zum Vorgang vgl. Winterling (2004) 53–56; Wilkinson (2005) 26.

ren offen ausbrach, tauchten eben diese Dokumente wieder auf[50] und versetzten die *patres* in Schrecken.

Caligula verfolgte im Frühjahr 37 ganz offenbar eine Doppelstrategie: auf der einen Seite wurden die politischen Opfer des Tiberius von ihren unwirtlichen Inseln zurückgeholt oder aus dem Kerker entlassen; auf der anderen Seite verkündete der Princeps die Zerstörung von Materialien, die Aufschluß über die diesen Strafen zugrundeliegenden Vorwürfe, vor allem aber über die jeweiligen Denunzianten und Ankläger geben konnten. Mit der Restitution der Verurteilten wurde also ein starkes Signal verküpft, daß eine Überprüfung der Vorgänge, die zu den nun aufgehobenen *damnationes* geführt hatten, nicht erwünscht war. Unruhe unter den Senatoren sollte so vermieden, eine weitere Prozeßflut — nun freilich unter umgekehrten Vorzeichen — verhindert werden. Mithin wurde das Vergessen hier gerade den Amnestierten abverlangt. Daß Caligula im Jahr 39 ausgerechnet jene angeblich vernichteten Dokumente hervorholte, als er zur Offensive gegen die Senatoren überging, unterstreicht vor allem, welch enormes Sprengpotential hierin lag. Die Exilierten hingen mitsamt ihrer Geschichte geradezu wie ein Damoklesschwert über ihren heimgebliebenen Standesgenossen, erwartete man von ihnen und ihren Freunden doch nichts Anderes als ein ebenso starkes wie legitimes Rachebedürfnis. *Ultio* war fest im römischen Rechtsdenken verankert, und ihre konsequente Umsetzung bildete geradezu den Motor des Justizsystems, das keine staatliche Anklagebehörde kannte.[51] Das Prinzip der Rache gehörte mithin zum festen, nicht hinterfragten Erfahrungshorizont sozialen Handelns in Rom, war zentraler Ausdruck von *pietas* und Statusdenken. Plinius etwa rechnete es sich später mit dem ihm eigenen Aplomb, rhetorisch verstärkt durch Anapher und Parellelismus, als eine Art Ehrentitel an, als „Tröster der Verbannten, Rächer der Zurückgekehrten" (*ego solacium relegatarum, ego ultor reversarum*, gemeint sind hier Arria und Fannia[52]) gewirkt zu haben. Das erste Glied seines Selbstlobs verweist auf die materielle Unterstützung einiger Exilierter, deren materielle Situation angespannt war,[53] das zweite auf den Versuch des Plinius, nach dem Ende Domitians Prozesse gegen die *accusatores* anzustrengen, denen seine Freunde zum Opfer gefallen waren.[54]

---

50 Cass. Dio 59, 16, 1–3; hierzu Winterling (2004) 94.
51 Thomas (1984) 65–100.
52 Plin. epist. 7, 19, 10.
53 Vgl. Plin. epist. 3, 112–113 (Unterstützung des Philosophen Artemidorus). Vgl. Braginton (1944) 398–399.
54 Plin. epist. 9, 13; Sherwin-White (1966) 426, 491–499; Rutledge (2001) 49, 261–262; Griffin (2000b) 84–131, 87–89; Giovannini (1986) 232–233.

5. Die Rache der Exilierten

Welche Eigendynamik die *ultio* entwickeln konnte, läßt sich wieder am besten an der Umbruchszeit des Vierkaiserjahres zeigen. Für anderthalb Jahre scheint sie hier vollständig aus dem Ruder gelaufen zu sein und wurde erst durch energisches Eingreifen der Flavier gestoppt.[55] In besonderer Weise tat sich bei diesen Vorgängen der eben aus dem Exil zurückgekehrte und von Galba zum Praetor designierte Helvidius Priscus hervor.[56] Bei der ersten sich bietenden Gelegenheit nahm er den Kampf gegen den notorischen *delator* Eprius Marcellus auf, der 66 n. Chr. seinen Schwiegervater Thrasea zu Fall gebracht hatte[57]. Die übrigen Senatoren schwankten offenbar, wie sie auf den Vorstoß des Helvidius reagieren sollten: „Für manche schien er es allzusehr auf Anerkennung abgesehen zu haben … Durch den Sturz seines Schwiegervaters in die Verbannung getrieben, machte er sich sofort, nachdem er im Prinzipat Galbas zurückgekehrt war, daran, Marcellus Eprius … anzuklagen. Dieses Racheverlangen — soll man es übersteigerten Geltungsdrang oder übersteigerten Rechtssinn nennen? (*ea ultio, incertum maior an iustior*) — hatte den Senat in zwei Parteien gespalten. Sollte nämlich Marcellus fallen, mußte ein ganzer Haufen von Schuldigen auf der Strecke bleiben. Zunächst nahm der Streit bedrohliche Formen an … Dann aber, als Galba sich nicht entscheiden konnte und auch viele Senatoren Fürbitte einlegten, gab Priscus nach — das bot … Anlaß zu verschiedenen Deutungen: die einen lobten seine Mäßigung, die anderen vermißten an ihm Konsequenz."[58] Erst massive Intervention einiger einflußreicher Kollegen vermochte es also Tacitus zufolge, die sich abzeichnende Konfrontation um jeden Preis noch einmal hinauszuschieben. Die Passivität und Undurchsichtigkeit (*dubia voluntas*) Galbas jedoch hatte in dieser Situation beinahe zu einer tiefgreifenden Erschütterung, wenn nicht gar zum Kollaps der Hierarchieverhältnisse im Senat und zu neuer innenpolitischer Unruhe geführt: Denn Helvidius, der an sich gesellschaftlich unbedeutende Sohn eines Pri-

---

[55] Tac. hist. 4, 6, 1–2; 4, 42, 3; 4, 43–44; vgl. Wellesley (1975) 7; Morgan (2006) 48–49 (Helvidius gegen Marcellus, unter Galba). Insbesondere zum Vorgehen gegen die *delatores* s. Rogers (1949) 347–350; s. auch unten Abschnitt 7.

[56] Zur Person: PIR² H 59.

[57] Tac. ann. 16, 21–29, vgl. Rudich (1993) 173–177; Penwell (2003) 347–353; Ronning (2006) 329–355, 343–348. Zur Person des Eprius Marcellus s. Rivière (2002) 520–521; Rutledge (2001) 225–228; Bradley (1978) 171–181.

[58] Tac. hist. 4, 6, 1–2 (Übers. H. Vretska); vgl. Tac. dial. 5, 7. Zu den Ereignissen um Helvidius und Marcellus s. die Analyse von Rutledge (2001) 121–129; Syme (1991b) 521–540, hier 527–528; Levick (1999) 82–86; Malitz (1985) 234–236; Grenzheuser (1964) 76–78; Griffin (2000a) 1–83, 7–8.

mipilars aus Samnium, schickte sich offenbar an, seine weitere Karriere auf einem Ruf als unerschütterlicher Kämpfer für die *libertas senatoria*,[59] und das hieß angesichts der von ihm gewählten Strategie implizit auch: gegen das julisch-claudische Establishment aufzubauen.[60] Nicht zuletzt die augenscheinliche Ratlosigkeit Galbas angesichts dieser Demarche seines *amicus* wird viele führende Senatoren in die Arme Othos bzw. des Vitellius getrieben haben, welche jeder für sich in gewisser Weise die von diesen Kreisen erhoffte Kontinuität und Sicherheit der Pfründen repräsentierten.[61] Verschärfend kam hinzu, daß Helvidius mit seinem aggressiven Verhalten keineswegs allein stand; so hatte der Senat nach dem Sturz Neros und Galbas Restitution der Verbannten, vielleicht übereilt, beschlossen, gegen deren einstige Ankläger Untersuchungen einzuleiten.[62] Darauf gestützt strengte Vibius Crispus (selbst *delator* unter Nero und später eine Stütze der Flavier[63]) erfolgreich einen Prozeß gegen Annius Faustus an, um Rache für die Anklage *de repetundis* gegen seinen Bruder Vibius Serenus im Jahr 60 zu nehmen; Crispus' eigene umstrittene Vergangenheit hielt allerdings eine Reihe von Senatoren davon ab, seinem Strafantrag zu folgen.[64] Damit ebbte, zumindest soweit die Quellen einen Einblick erlauben, die Auseinanderset-

---

[59] Brunt (1975) 9–10. Ähnlich suchte nach Tacitus (hist. 2, 53, 1–2) auch der *homo novus* Licinius Caecina (PIR² L 178) Ende 68, durch einen Angriff auf Marcellus sein Ansehen und seine Bekanntheit zu steigern: *ut novus adhuc et in senatum nuper adscitus magnis inimicitiis claresceret.*

[60] Hingegen sieht Toynbee (1944) 51–58, das Verhalten des Helvidius primär philosophisch-moralisch motiviert; nach dem Scheitern seiner Attacke auf Marcellus habe sich seine Haltung dann zu einer kynisch geprägten absoluten Ablehnung der Monarchie verhärtet. Vgl. Raaflaub (1986) 28, der in Helvidius und seinen Freunden ebenfalls „extreme Gegner nicht nur der jeweiligen *principes*, sondern des Systems als solchem" erblickt. Anders Brunt (1975) 28–30; Malitz (1985) 244–246 (keine generelle Systemgegnerschaft, aber stoisch begründete Treue zu einem einmal als richtig erkanntem Kurs); vgl. Rutledge (2001) 126–129.

[61] Vielleicht auch in diesem Zusammenhang der Nero-Bezug der beiden Usurpatoren: Cass. Dio 63(64), 8, 2[1]; Suet. Otho 7, 1; Tac. hist. 1, 78, 2; Plut. Otho 3, 1–2; Cass. Dio 64, 4, 1 und 7, 3; Tac. hist. 2, 55, 1; Suet. Vit. 11, 2.

[62] Tac. hist. 2, 10, 1: *recens Galbae principatu censuerant patres, ut accusatorum causae noscerentur*. Vgl. 4, 42, 6.

[63] PIR V 379; Rutledge (2001) 278–282. Tac. dial. 8 nennt Crispus und Marcellus in einem Atemzug als erfolgreiche *delatores* und Freunde Vespasians.

[64] Tac. hist. 2, 10; vgl. 4, 41; Cass. Dio 65, 2, 3 zeigt Crispus auch als *amicus* des Vitellius. Tac. ann. 14, 28 zur *relegatio* des Serenus. Hierzu und im folgenden: Rutledge (2001) 121–125.

zung auf dem Wege der *cognitio* zunächst ab, nur um wenige Monate später umso stärker wieder anzubranden.[65]

Die Einhegung zu erwartender Rachemechanismen mußte angesichts dieses Befundes also insbesondere bei Massenrestitutionen stets mitbedacht werden. Darüber hinaus war fein auszutarieren, welchen Personengruppen der Gnadenerweis überhaupt gewährt wurde. Aus einigen Quellenbelegen erhellt, daß der Katalog der zu amnestierenden *crimina* in der Bevölkerung sehr genau registriert und etwa der Straferlaß bei nicht-politischen Tatbeständen auch vom *ordo senatorius* äußerst kritisch bewertet wurde.[66] Claudius scheint aus dieser Gemengelage seine politische Konsequenz gezogen zu haben, als er nach dem Tode des Gaius nicht einfach eine Amnestie als Akt kaiserlicher Indulgenz erließ, sondern — eingebunden in eine Kette von Gesten der *civilitas* — dem Senat die Entscheidung über die Frage möglicher Restitutionen überließ: *neminem exulum nisi senatus auctoritate restituit*.[67] Dieser punktuelle Verzicht auf ein autonomes herrscherliches Begnadigungsrecht wird von Sueton auf eine Stufe mit der Ablehnung des *praenomen imperatoris* und anderen symbolischen Akten der Ehrerweisung gegenüber den Magistraten der *res publica* gestellt.[68] Cassius Dio erwähnt in seiner Darstellung der Ereignisse zwar nicht die Selbstbindung des Kaisers an ein Votum des Senats, betont aber die genaue Prüfung der Einzelfälle, bevor Strafmaßnahmen seines Vorgängers aufgehoben wurden: „damit weder die wirklichen Verbrecher zusammen mit den fälschlich angezeigten Personen freigelassen würden noch diese zusammen mit den ersteren zugrunde gingen."[69] In einem weiteren Schritt ließ Claudius endgültig die ja

---

[65] Hierzu unten Abschnitt 7.

[66] Neben der im folgenden analysierten bedingten Amnestie des Claudius s. auch die Diskussion um Antistius Sosianus und Octavius Sagitta, unten Abschnitt 8 (Tac. hist. 4, 44, 2: *ne sperni senatus iudicium*). Tacitus kritisiert (hist. 1, 77, 3) anläßlich der Amnestie Othos, daß diese auch Senatoren zugute gekommen sei, die unter Claudius und Nero *de repetundis* verurteilt worden waren*: placuit ignoscentibus verso nomine, quod avaritia fuerat, videri maiestatem, cuius tum odio etiam bonae leges peribant*. Vgl. auch Tac. ann. 3, 70 m. Mommsen (1899) 455 Anm. 4; Cass. Dio 63(64), 8, 2^2–3; generell Waldstein (1964) 208–209. In dem viel stärker auf den Kaiser zugeschnittenen Rechtssystem der Spätantike wurde bei den Osterindulgenzen (s. den Beitrag von F. Mitthof in diesem Band) neben moralisch anstößigen Straftaten wie Mord, Vergewaltigung und Ehebruch interessanterweise gerade auch das „politische" Vergehen des *crimen maiestatis* ausgeschlossen — allerdings handelte es sich hierbei auch um Amnestien zu Lebzeiten des von diesen Taten betroffenen Herrschers.

[67] Suet. Claud. 12, 1.

[68] Vgl. Levick (1990) 93–98.

[69] Cass. Dio 60, 4, 1–2 (Übers. O. Veh).

angeblich bereits von Caligula vernichteten Akten verbrennen, die Auskunft über die Aktivitäten der *delatores* geben konnten – nicht ohne sie vorher gerade diesen Personen zum Lesen gegeben zu haben.[70] Auch hier scheint wieder das Motiv der *ultio* auf, welcher der Princeps durchaus freie Bahn lassen könnte, wenn er denn wollte — so das Signal an die betroffenen Senatoren. Die kombinierte Aktion — Restitution der Verbannten auf der einen Seite, diesmal durch individuelle Senatsbeschlüsse gedeckt, Vernichtung belastender Unterlagen auf der anderen Seite — verlieh Claudius die doppelte Möglichkeit, seine *indulgentia* zu inszenieren und sich dabei sowohl die Opfer als auch die Profiteure der Vorgängerprincipate zu verpflichten. Diesen Handlungen war überdies eine Amnestie vorausgegangen, bei der sich Claudius gar auf das Vorbild Athens berufen haben soll.[71] Diese betraf die Vorgänge nach der Ermordung Caligulas, insbesondere die Beratungen im Senat hinsichtlich einer möglichen Rückkehr zur „Republik" bzw. über einen Nachfolger im Principat, der nicht mehr dem julisch-claudischen Haus angehören sollte. Hierfür ließ Claudius generellen Strafverzicht erklären: *veniam et oblivionem in perpetuum sanxit ac praestitit*.[72] Unter Claudius ging es also bei Amnestie und Restitution gleich um drei Dinge: (1) den Senat arbeitsfähig zu halten, (2) sich eine möglichst große Zahl von Aristokraten persönlich zu verpflichten und (3) die besondere *civilitas* des Princeps ins rechte Licht zu setzen. Dies hatte in der konkreten Situation essentielle Bedeutung, war Claudius doch faktisch durch einen Putsch der Praetorianergarde an die Macht gekommen und mußte sein Verhältnis zum Senat atmosphärisch neu begründen. Anders als Caligula band er die *patres* daher fest in den Vorgang der Amnestie ein und schuf so ein weiteres, dringend benötigtes Steuerungselement, das seiner Handlung darüber hinaus zusätzliche Legitimation verlieh. Zudem konnte er nunmehr in Fällen einer versagten Restitution auf die Kurie deuten und sich selbst auf diese Weise möglicher Kritik entziehen.

6. Die Rückgabe konfiszierten Vermögens als politisches Problem

Im Gegensatz dazu hatte die von Galba im Jahr 68 ausgesprochene Rückberufung der Exilanten zu teilweise chaotischen Verhältnissen geführt, weil dem Princeps offenbar jegliche Ressourcen fehlten, den Rückstrom zu steuern; die innen- und vor allem die machtpolitische Lage war alles andere als

---

[70] Cass. Dio 60, 4, 5.

[71] Cass. Dio 60, 3, 5. Zu den politischen Hintergründen Bleicken (1962) 104–106.

[72] Suet. Claud. 11, 1. Vgl. Raaflaub (1986) 31–32; Levick (1990) 93; Waldstein (1964) 103–104.

konsolidiert.[73] Der Einzug Galbas in Rom hatte in einem Massaker geendet,[74] die Praetorianer warteten vergeblich auf das von ihrem Präfekten Nymphidius zugesagte Donativ,[75] Otho und seine Anhänger suchten den ihren Ansprüchen gebührenden Platz im sich neu ausrichtenden Geflecht der Ehrungen, Ämter und Beziehungen.[76] Zu allem Überfluß war die Lage des Fiscus desaströs, Verfügungsmasse im Grunde nicht vorhanden.[77] Diese bedenkliche Situation wurde durch sich rasch einstellende Restitutionsforderungen der Verbannten noch verschärft, die sich beinahe in Form einer *factio* in enger personeller Verflechtung um Galba scharten.[78]

Wenn Tacitus bei der Schilderung der Reaktion unterschiedlicher Bevölkerungsteile auf die Nachricht vom Tode Neros schreibt: „der integre und den großen Familien verbundene Teil des Volkes, die Klienten und Freigelassenen der Verurteilten und Verbannten richteten sich an der Hoffnung auf"[79] und man sein Lob auf die Loyalität von Müttern, Kindern und Frauen von Relegierten, auf die tapfere Haltung auch von Verwandten, Schwiegersöhnen und Sklaven daneben hält,[80] so wird deutlich, daß solche Amnestien auch weitergehende Begehrlichkeiten, konkret: den Wunsch nach Ausgleich und Belohnung für das Durchlittene, weckten, und zwar

---

[73] Suet. Galba 16, 1; Murison (1993) 57–60.

[74] Tac. hist. 1, 6, 2; vgl. 1, 37, 4; Suet. Galba 12, 2; Plut. Galba 15, 5–9; Cass. Dio (Xiph.) 63(64), 3. Morgan (2003) 489–515; Morgan (2006) 43–45; Flaig (1992) 289; Damon (2006) 245–279, 258.

[75] Plut. Galba 2, 2. Diese Forderung nach dem Donativ bildet geradezu ein stehendes Motiv in den Historien des Tacitus. Hierzu Flaig (1992) 451–469.

[76] Zu den Ereignissen Grenzheuser (1964) 57–62; Greenhalgh (1975) 21–27.

[77] Murison (1993) 56–57 m. Anm. 37; Wellesley (1975) 7–8.

[78] Nach Ioh. Antioch. frg. 91 (Cass. Dio 63, 23, 1) hatte eine Anzahl verbannter Senatoren bereits mit Vindex kooperiert. Vielleicht gehört in diesen Zusammenhang auch die grundsätzlich wenig vertrauenerweckende Nachricht bei Suet. Nero 43, 1, der Kaiser habe angesichts der Nachrichten von den Ereignissen in Gallien befohlen, *quidquid ubique exulum, quidquid in urbe hominum Gallicanorum esset contrucidare*; Kragelund (1998) 159; Zimmermann (1995) 56–82, 72–73; Graßl (1973) 28 und 34; Murison (1993) 47. Die enge Verbindung zwischen Helvidius und Galba sowie die aus Restitution und Förderung erwachsene Verpflichtung kamen schließlich auch dadurch zum Ausdruck, daß der Senator die Bestattung des ermordeten Galba besorgte, Plut. Galba 28, 4. Zu Verbindungen Galbas in den Kreis der sog. stoischen Opposition vgl. Philostr. Ap. 5, 10; Grenzheuser (1964) 69; Syme (1982) 460–483, 479 m. Anm. 106; Murison (1993) 40–41 (Herrschaftsantritt) bzw. 46–50 („Partei" Galbas: neben einigen oppositionellen Senatoren vor allem „energetic men in middle-ranking administrative posts").

[79] Tac. hist. 1, 4, 3: *pars populi integra et magnis domibus adnexa, clientes libertique damnatorum et exulum in spem erecti.*

[80] Tac. hist. 1, 3, 1.

über den Kreis der unmittelbar Betroffenen weit hinaus. Diejenigen Freigelassenen etwa, die pflichtbewußt die Treue zu ihrem Herrn gewahrt hatten, erwarteten nun eine entsprechende Gegenleistung. Damit standen die *patroni* unter unmittelbarem Leistungsdruck, den sie nur erfüllen konnten, wenn sie sich eine einflußreiche Position innerhalb der Senatsaristokratie ebenso rasch zurückeroberten wie die nötigen finanziellen Mittel.[81] Dies war kurzfristig nur über den Princeps zu erlangen. Aber auch die andere Seite des Patron-Klienten-Verhältnisses wurde in diesem Zusammenhang virulent, wie eine Maßnahme des Vitellius zeigen sollte. So versagte er zwar den von Galba Restituierten jegliche direkte materielle Unterstützung, ließ aber die *iura libertorum* der ehemals Verbannten wieder aufleben. Damit waren die finanziellen Ansprüche der *domini* gegenüber ihren Freigelassenen gemeint, nicht zuletzt deren Unterhaltspflicht. Aber viele *liberti* suchten offenbar die daraus wieder erwachsenen Leistungspflichten zu umgehen, indem sie Vermögenswerte verschwinden ließen oder sich gleich in die *familia principis* flüchteten.[82] Auch dieser kaiserliche Entscheid scheint also die Lage vieler *exules* nicht wirksam verbessert zu haben. Zugleich wird an beiden Vorgängen sichtbar, welche Tragweite die Frage einer Restitution der verlorengegangenen *bona* besaß.

Nun galt grundsätzlich, daß die Restitution konfiszierter Vermögensgegenstände mit der Rückberufung aus der Verbannung nicht gekoppelt war, sondern eines *speciale beneficium* bedurfte.[83] So zählt es Cassius Dio wie-

---

[81] Murison (1993) 59.

[82] Tac. hist. 2, 92, 3; Wellesley (1975) 105; Heubner (1968) 309–310; Chilver (1979) 254; Mourtisen (2011) 239. Zu den *iura libertorum* (als Rechtsansprüche gegenüber den Freigelassenen) s. Dig. 25, 3, 5, 19–26 (*alimenta*); 37, 14, 21 pr. (Wiederaufleben des *ius patronatus* bei Restitution). Eine ähnliche Maßnahme scheint wenig später auch Trajan ergriffen zu haben: Mart. 10, 34, 3–4.

[83] Dig. 48, 23, 2–3: *si deportatus restitutus dignitatem quidem indulgentia principis reciperavit, in sua autem omnia bona non est restitutus, nec a creditoribus nec publico nomine conveniri potest;* 3: *in insulam deportati bona fiscus poena remissa retinuit ...* ; Cod. Iust. 9, 51, 2: *non ideo, quod ex indulgentia mea poena tantummodo metalli liberatus esset, etiam bonorum restitutionem impetravit, nisi speciale beneficium super hoc fuerit impetratum*. Erst Konstantin nahm 321 eine Neuregelung vor und stellte klar, daß die Restitution sämtliche Rechtsfolgen der *damnatio* umfaßte, Cod. Theod. 9, 43, 1: *ideoque tantum ad restitutionem indulgentia valeat, quantum ad correctionem sententia valuit. utque deportationis ipsum per se nomen rerum omnium spoliatio est, ita indulgentia reditus bonorum ac dignitatis uno nomine amissorum omnium sit recuperatio*; Mommsen (1899) 487; Waldstein (1964) 132–136, 218. S. zur Konfiskation auch Brasiello (1937) 112–117; 302–307; M. Fuhrmann, *publicatio bonorum*, RE 23, 2 (1959) 2484–2515, insbesondere 2507–2508 zur Restitution; Santalucia (2004).

derum zu den Beispielen für ein einwandfreies Verhalten des Claudius, daß er „die Summen, die zuvor unter Tiberius und Gaius beschlagnahmt worden waren, teils den Opfern selbst, wenn sie noch lebten, teils ihren Kindern" zurückgab[84]; das betraf ausdrücklich auch die Verbannten, unter ihnen Agrippina minor und Julia Livilla. Allerdings wurde insofern eine Qualifizierung vorgenommen, als die ursprüngliche Strafe ungerechterweise (ἀδίκως) verhängt sein mußte[85]. Galba konnte sich eine solche Großzügigkeit noch weniger leisten als Claudius. Um dennoch das nötige Geld in die Kasse zu bekommen, hielt er sich zunächst an die Profiteure der neronischen Freigebigkeit, die man auf eine Größenordnung von 2,2 Mrd. Sesterzen taxierte. Einzeln wurden die Empfänger dieser Vermögenswerte mit der Maßgabe belangt, 90% der Schenkungssumme für den Fiscus zurückzuerlangen; dabei schloß man auch Bürger ein, die in der Zwischenzeit die fraglichen Objekte *bona fide* von den ursprünglichen Begünstigten erworben hatten. Mit der *exactio* betraute der Princeps eine Kommission aus 30 (oder 50) Rittern, die nach entsprechenden gerichtlichen Schritten eine *sectio* und die weitere Versteigerung ins Werk setzen sollten[86]. Große Summen konnten trotz des Aufwands nicht beigetrieben werden, und Galbas baldiges Ende erlaubt keine Aufschlüsse über die konkrete Verwendung der eingezogenen Mittel. Allerdings versetzte das undiplomatische Vorgehen die Stadt in noch größere Unruhe (*inquieta urbs*), wurde aber zumindest von Teilen der Bevölkerung auch als ausgleichende Gerechtigkeit betrachtet: *ac tamen grande gaudium, quod tam pauperes forent quibus donasset Nero quam quibus abstulisset*.[87] Für neuerliche Mißstimmung sorgte jedoch der Umstand, daß die Vertrauten Galbas die Gunst der Stunde offenbar zur eigenen Bereicherung nutzten.[88]

Galbas Nachfolger Otho schlug daher einen anderen Weg ein, die Wogen zu glätten und gleichzeitig die Gruppe der Verbannten für sich zu gewinnen. Er ließ die noch nicht dem Fiscus einverleibten Reste aus den Konfiskationen Neros den *revocati* rückerstatten.[89] Im Umfang nicht nennens-

---

[84] Cass. Dio 60, 6, 3.

[85] Cass. Dio 60, 4, 1.

[86] Tac. hist. 1, 20, 1–2; Plut. Galba 16, 3–4 (hier Geschenke an Leute der Bühne und der Palästra, Durchgreifen auch auf weitere Käufer); Suet. Galba 15, 1 (50-Mann-Kommission). Greenhalgh (1975) 24–25; Murison (1993) 56–57; Murison (1999) 39–40; Little – Ehrhardt (1994) 67; Chilver (1979) 82–83.

[87] Tac. hist. 1, 20, 2.

[88] Vgl. Plut. Galba 16 ,4; Suet. Galba 14, 2; Tac. hist. 1, 37, 5.

[89] Tac. hist. 1, 90, 1; Plut. Otho 1, 4. Vgl. Kragelund (1998) 159 m. Anm. 26; Graßl (1973) 12–26; Chilver (1979) 160. Zur Frage, ob die *bona damnatorum* dem *fis-*

wert, konnte diese Geste jedoch als *iustissimum donum* gewertet werden — ähnlich verfuhr wenig später Vitellius hinsichtlich der konfiszierten Vermögen von Hingerichteten,[90] und schließlich auch Nerva im Falle der Opfer Domitians.[91] Neben diesen Kollektivmaßnahmen aus Anlaß des Herrscherwechsels spielte stets die Vermögensrestitution im Einzelfall eine besondere Rolle, wie sich wiederum am Beispiel Othos zeigen läßt, der es schon in frühen Jahren verstanden hatte, diesbezügliche Wünsche Verbannter für sich zu kapitalisieren. Als *amicus* Neros und Mitglied der Hofgesellschaft bedingte er sich angeblich von einem *de repetundis* verurteilten Konsular ein *ingens praemium* dafür aus, daß er dessen *plena restitutio* vermittelte und ihn sogar vor Abschluß des Verfahrens in den Senat einführte, damit dieser ihm dort den fälligen Dank abstatten konnte.[92] Auch Seneca wußte in seinem Exil auf Korsika um solche dunklen Kanäle, auf denen eine Restitution erwirkt werden konnte; so ist seine gegenüber dem kaiserlichen Freigelassenen Polybius mit einigem Nachdruck formulierte Hoffnung zu verstehen, Claudius werde ihn bald wieder aufrichten und ins Licht zurückführen.[93] Inoffiziell ließ sich im Wege der Individualrestitution mithin vieles erreichen, wenn man zumindest auf mittlere Sicht eine attraktive Gegenleistung bieten konnte. Entsprechend mochte es für die Angehörigen der *aula Caesaris* durchaus verlockend sein, möglichst viele potente Relegierte zu „produzieren“, um später als Vermittler kaiserlicher Gnade aufzutreten.

7. Die Rückgewinnung von sozialem Status

Fiel die finanzielle Kompensation für die *revocati* im Vierkaiserjahr trotz allem notwendig mager aus,[94] eher eine symbolische Gabe als ein angemessener Grundstock für die geforderte aristokratische Lebensführung, mußte nach alternativen Wegen der Rückkehr in einflußreiche Positionen gesucht werden. Helvidius entschied sich für einen riskanten Kurs und nutzte, der

---

cus oder dem *aerarium* einzuverleiben waren, Millar (1963) 29–42, hier 36–37; generell ders. (1977) 163–174; vgl. Brunt (1966) 75–91, hier 81–82.

[90] Zugleich vermied er Galbas Fehler, Geschenke seiner Vorgänger an deren Anhänger zurückzufordern. Auch unterblieben weitere Konfiskationen, das Vermögen Verurteilter wurde ihren Erben belassen; Cass. Dio (Zon.) 64(65), 6, 1–2; vgl. Tac. hist. 2, 62, 1.

[91] Cass. Dio 68, 2, 1.

[92] Suet. Otho 2, 2.

[93] Sen. dial. 11, 13, 2–4.

[94] Tac. hist. 2, 92, 2: *nec eo segnius invaserant* (scil. die Günstlinge Othos) *domos hortos opesque imperii, cum flebilis et egens nobilium turba, quos ipsos liberosque patriae Galba reddiderat, nulla principis misericordia iuvarentur*.

Tradition Thraseas folgend, gezielt Schwächen des Principatssystems und der Verpflichtung des Kaisers auf *civilitas* aus. In einer Debatte über militärische Angelegenheit bot er Vitellius so deutlich die Stirn, daß dieser zunächst die Volkstribunen zur Intervention aufforderte, auf Anraten von Freunden den Zusammenstoß dann aber als einfache Meinungsverschiedenheit unter Senatoren deklarierte.[95] Auch nach dem Sieg Vespasians im Bürgerkrieg behielt Helvidius seine Strategie eines selbstbewußten Vorkämpfers des Senats bei; er mochte dabei auf die alte Freundschaft zwischen Vespasian und einigen führenden Männern aus dem Umfeld Thraseas setzen.[96] Zudem war die Macht der Flavier noch nicht endgültig gefestigt,[97] was den *patres* insgesamt einen gewissen Spielraum eröffnete. Als am 21. Dezember 69 der Senat nach der unstrittigen Billigung der *lex de imperio* auch Ehrungen für die engsten militärischen Gefolgsleute Vespasians beschließen sollte, versagte Helvidius sich den üblichen Schmeicheleien, was ihm die begeisterte Anerkennung der Standesgenossen eintrug — *studiis senatus attollebatur*.[98] Ein weiterer Tagesordnungspunkt war die Benennung einer Gesandtschaft an Vespasian. Hier plädierte Helvidius entgegen dem üblichen Losverfahren für eine Auswahl der Mitglieder durch die Magistrate, die Gegenposition wurde von Eprius Marcellus vertreten[99]. Aus dem bei Tacitus wiedergegebenen Inhalt der Rede wird die Stoßrichtung dieses Vorschlags erkennbar: *hoc senatus iudicio velut admoneri principem quos probet, quos reformidet*,[100] d.h. die Bestellung der Gesandten sollte zugleich als Empfehlung an den neuen Princeps in der Wahl seiner Berater verstanden werden. Marcellus warnte vor einer solch anspruchsvollen Haltung gegenüber Vespasian; seine Argumente verfingen gerade bei den *medii patrum*, aber auch bei den Häuptern des Senats, so daß der Antrag des Helvidius keine Mehrheit fand. Über seinen anschließenden, nicht weniger delikaten Versuch, in der Finanzverwaltung und beim Wiederaufbau des

---

[95] Tac. hist. 2, 91, 3; Cass. Dio 64(65), 7, 2; Malitz (1985) 233–234.

[96] Tac. hist. 4, 7, 2. Für eine Verbindung zwischen den Flaviern und dem Thrasea-Kreis spricht darüber hinaus die Auswahl der Gesandten, die Ende 69 im Auftrag des Senats zwischen Vitellius und den Generälen Vespasians vermitteln sollten – auch wenn die Mission selbst weitgehend scheiterte: Arulenus Rusticus und Musonius Rufus, Tac. hist. 3, 80–81.

[97] Vgl. Tac. hist. 4, 39 (Antonius Primus) und 46 (othonianische bzw. vitellianische Truppenreste); Evans (1979) 198–202, 199.

[98] Tac. hist. 4, 4, 3.

[99] Tac. hist. 4, 3, 3–4, 3; 4, 6, 3–8, 5.

[100] Tac. hist. 4, 7, 3.

Kapitols den Einfluß des Kaisers zurückzudrängen, ließ Domitian als Versammlungsleiter vorsichtshalber erst gar nicht abstimmen.[101]

Diese Vorgänge machten nicht zuletzt die noch immer bedeutsame Stellung des Eprius Marcellus sichtbar. Ihn und seine Verbündeten zu Fall zu bringen, war für Helvidius daher nicht nur eine Frage der *pietas* gegenüber den Opfern ihrer Delatorentätigkeit, sondern berührte auch ganz zentral die Machtverhältnisse im Senat — genau darauf hatte ja auch bereits die Diskussion über die Legation gezielt. Mit dem Herrschaftswechsel schien die Lage auch günstig, einen erneuten Vorstoß gegen die *accusatores* zu wagen: Musonius Rufus erreichte Anfang 70 die Verurteilung des P. Egnatius Celer;[102] wie bereits in der ersten Prozeßwelle spielte die Rache eine zentrale, legitimierende Rolle, in diesem Fall Vergeltung für den Tod des Barea Soranus — Freund und *patronus* des Musonius — im Nachgang der sog. Pisonischen Verschwörung.[103] Diesen Erfolg nahm Iunius Mauricus[104] zum Anlaß, für den Senat generell Einsicht in die *commentarii principales* zu fordern, *per quos nosceret, quem quisque accusandum poposcisset*.[105] Domitian konnte den brisanten Antrag mit dem Hinweis auf die Alleinzuständigkeit des Princeps in dieser Frage gerade noch abwenden, jedoch verfielen nun führende Senatoren auf einen neuen Eid, der bei der *rogatio* im Senat von jedem vor der Abgabe seines Votums verlangt wurde: *nihil ope*

---

[101] Tac. hist. 4, 9.

[102] Evans (1979) 200–202, der den Erfolg der Anklage mit den Verbindungen zwischen Barea Soranus und den Flaviern erklärt: Titus war in zweiter Ehe mit Marcia Furnilla, der Tochter des Q. Marcius Barea Sura, vermutlich eines Bruders des Soranus, verheiratet (Suet. Tit. 4). Wohl in der Folge der Verurteilung des Soranus wurde diese für die Familie Vespasians vorteilhafte Verbindung (Marcia wird von Sueton als *splendidi generis* bezeichnet) wieder aufgelöst — nach Evans bestand also hinreichend Anlaß für eine Feindschaft zwischen den Flaviern und Celer. S. auch Jones (1973) 79–91, 85–88.

[103] Tac. hist. 4, 10 und 40, 3; Cass. Dio 62, 26; Lutz (1947) 1–147, hier 10; Murison (1999) 40; Bauman (1974) 65–66. Zu Soranus: PIR² B 55.

[104] Zur Person: PIR² I 771; Grenzheuser (1964) 118–121; Syme (1991) 574–584. Mauricus war der Bruder des Arulenus Rusticus und gehörte dem Kreis um Thrasea Paetus an. Zu seiner späteren Verbannung unter Domitian und Rückberufung durch Nerva s. Tac. Agr. 45, 1; Plin. epist. 3, 11, 3; 1, 5, 9–10. 15–16; 4, 22, 3–6 (*amicus* Nervas); 6, 14; Mart. 5, 28, 5 (sprichwörtliche *aequitas* des Mauricus); Epit. de Caes. 12, 5. Vgl. aber Mauricus' Befürchtungen nach Plut. Galba 8, 8 hinsichtlich der Ausschreitungen in Rom u.a. gegen Delatoren — auch in dieser Hinsicht ging es um die Federführung des Senats gegenüber konkurrierenden Machtzentren wie dem Praetorianerpräfekten, der sich wiederum auf die *plebs urbana* stützte, und um ordentliche Prozesse anstelle von populärer Lynchjustiz.

[105] Tac. hist. 4, 40, 4; Rivière (2002) 241.

sua factum, quo cuiusquam salus laederetur, neque se praemium aut honorem ex calamitate civium cepisse. Diese Formel bot eine Handhabe, gegen bekannte *accusatores* wegen Meineides vorzugehen,[106] unmittelbare Opfer waren Sariolenus Vocula, Nonius Attianus und Cestius Severus[107] sowie Paccius Africanus, welch letzterer sich jedoch zu verteidigen wußte.[108] In derselben Senatssitzung ergriff schließlich Curtius Montanus gegen Aquilius Regulus[109] das Wort (der ironischerweise selbst Sohn eines Verbannten war, dessen Familie durch das *exilium* in den finanziellen Ruin getrieben wurde): Regulus habe, so der Vorwurf, die *domus Crassorum* durch seine Aktivitäten unter Nero vernichtet.[110]

Die zunächst positive Resonanz auf diese Vorstöße führte Helvidius dazu, bei der nächsten Zusammenkunft der Senatoren seine Fehde mit Eprius Marcellus zu erneuern. Dieser verließ daraufhin gemeinsam mit dem ebenfalls zunehmend unter Beschuß geratenden Vibius Crispus demonstrativ die Kurie, gepaart mit dem Vorwurf an seinen Gegner, er wolle den Senat (*senatus tuus* [!]) gleichsam tyrannisieren und strebe letztlich ein eigenes *regnum* an.[111] Freunde holten die beiden zwar bald in die Sitzung zurück, doch *discordia* prägte einmal mehr die Versammlung.

Offenbar von den Ereignissen hochgradig alarmiert, nahmen Vespasians stadtrömische Repräsentanten die nächste Senatssitzung fester in die Hand.[112] Zunächst plädierte Domitian in einer allgemeiner gehaltenen Rede dafür, *dolor* und *ira* der vergangenen Zeiten abzulegen[113] — gleichbedeutend mit einer Generalamnestie für die Ankläger unter den früheren Principes —, Mucianus unterstützte sodann die in den vorangegangenen Wochen so stark inkriminierten *accusatores* offen und sandte im Ton gemäßigte, aber unmißverständliche Warnungen an die Gegenseite: *eos qui coeptam,*

---

[106] Rogers (1949) 347; Garnsey (1970) 44–45; Flaig (1992) 115–116; Rivière (2002) 448–450.

[107] Vgl. Rutledge (2001) 265–266, 249, 214.

[108] Tac. hist. 4, 41; Africanus wurde bald wieder in den Senat aufgenommen und erreichte 77/8 das Prokonsulat Africae; PIR² P 14; Eck (1970) 90; Thomasson (1996) 44; Rutledge (2001) 125 und 252.

[109] Zur Person: Rivière (2002) 508–509; Rutledge (2001) 192–198; zu seinem Vorgehen gegen die Crassi vgl. Rudich (1993) 312–313.

[110] Tac. hist. 4, 42, 3; Hierzu Rutledge (2001) 125–126.

[111] Nach Malitz (1985) 234–237, 245, spricht dies für eine tatsächlich zunächst erfolgreiche Politik des Helvidius, der sich eine starke Stellung unter den Senatoren zu schaffen vermochte.

[112] Zur Person und politischen Rolle Mucians Traina (1987) 379–406, insb. 379–388.

[113] Vgl. Toynbee (1944) 43–58, insb. 52; Rogers (1949) 348.

deinde omissam actionem repeterent, monuit sermone molli et tamquam rogaret.[114] Die versteckte Drohung nahm auf die prozeßrechtlichen Regelungen des SC Turpilianum bezug, das die Aufgabe einer einmal übernommenen *accusatio* mit Sanktionen belegte (*desistere ab accusatione*, *tergiversatio*).[115] Insofern Helvidius' erster Angriff auf Marcellus im Vorjahr aufgrund massiver Proteste gescheitert war, hatte sich der Senator angreifbar gemacht. Mucian bedeutete ihm nun, daß eine rechtliche Überprüfung der Vorgänge bei fehlendem Wohlverhalten durchaus im Bereich des Möglichen lag. Die Reaktion fiel wie gewünscht aus: *patres coeptatam libertatem ... omisere*. Mucian ging nun noch einen Schritt weiter: Er ließ die aus dem Exil zurückgekehrten Senatoren Octavius Sagitta und Antistius Sosianus an ihre Verbannungsorte zurückschaffen. Ersterer hatte, so Tacitus, seine Geliebte im Affekt getötet,[116] letzterer durch seine „moralische Verworfenheit" viele ins Unglück gestürzt; beide waren in der Vergangenheit durch das Senatsgericht verbannt worden (*gravi senatus consulto pulsi*).[117] „Obwohl anderen die Rückkehr gewährt worden war, hielt man für sie die gleiche Strafe aufrecht (*quamvis concesso aliis reditu, in eadem poena retenti sunt*)."[118] Tacitus deutet dieses Vorgehen als eine Art Symbolpolitik und Versöhnungsangebot an die *patres*; man habe zeigen wollen, „daß man das Urteil des Senats nicht mißachte und nicht für alle unter Nero begangenen Verbrechen Straffreiheit gewähre."[119] Doch die Maßnahme, so der Historiker, erzielte nicht den gewünschten Effekt, „denn Sosianus und Sagitta würden unbedeutend bleiben, selbst wenn sie zurückkehren sollten;

---

[114] Tac. hist. 4, 44, 1.

[115] Dig. 47, 15, 3, 3; 48, 19, 5, 1; 48, 16; Mommsen (1899) 454, 498–501; Waldstein (1964) 111–116, 213–214; Harries (2007) 21–22. Zu den Vorgängen: Rogers (1949) 348; Malitz (1985) 236–237; Fanizza (1988) 30–34; Rutledge (2001) 125–126.

[116] Zur Person PIR² O 57; nach Tac. ann. 13, 44 wurde Ostorius zur *deportatio in insulam* verurteilt. Daß der Fall einiges Aufsehen erregte, beweisen auch die beiden Deklamationen Lucans *in Octaviam Sagittam et pro eo*, vgl. die Vacca-Vita Lucans, c. 19. Hierzu Schönberger (1963) 500–509, insb. 505–509; Koestermann (1967) 322.

[117] Anders Rogers (1949) 349–350, der die Formulierung auf eine erneute Verurteilung der beiden, nun wegen Bruch des früheren Verbannungsurteils, bezieht.

[118] Tac. hist. 4, 43–44, hier 44, 3.

[119] Tac. hist. 4, 44, 2: *Mucianus, ne sperni senatus iudicium et cunctis sub Nerone admissis data impunitas videretur, Octavium Sagittam et Antistium Sosianum senatorii ordinis egressos exilium in easdem insulas redegit.*

aber die Durchtriebenheit der Ankläger, ihr Reichtum, ihre in allen Schlichen erprobte Macht — davor hatte man Angst.“[120]

8. Erschlichene Rückberufung? Antistius Sosianus und Octavius Sagitta

Was hier so klingt, als habe man lediglich politisch harmlose Straftäter in einer Art Sündenbockfunktion zurück in die Verbannung geschafft, ist zumindest im Fall des Sosianus ein sehr viel komplexerer Vorgang gewesen. Der Praetorier war ein notorischer Störfaktor (*inquies animo*[121]) in den Beziehungen zwischen Princeps und Senatoren — sowie der Senatoren untereinander.[122] Im Jahr 56 hatte er sich als Volkstribun einen Schlagabtausch mit dem Praetor Vibullius und der Senatsmehrheit geliefert, als er inhaftierte Anhänger einer Schauspieltruppe in nicht mehr zeitgemäßer Ausübung seiner tribunizischen Rechte auf freien Fuß setzen ließ. Er war dafür von seinen Standesgenossen öffentlich gerügt worden. Sechs Jahre später hatte er mit einiger Verzögerung die nächste Stufe des *cursus honorum* erklommen, als er sich in nunmehr existenzielle Gefahr brachte, indem er bei einem Gastmahl selbstverfaßte *carmina probrosa* gegen Nero rezitierte. Sosianus wurde dabei zum Verhängnis, daß Cossutianus Capito, einer der Gäste und Schwiegersohn des Tigellinus, eben erst aus der Verbannung rückberufen worden war, die ihn in einem Repetundenprozeß ereilt hatte.[123] Für Capito galt es in dieser Situation, Dankbarkeit gegenüber dem beleidigten Princeps zu zeigen, dessen *indulgentia* ihn ja nach Rom zurückgeführt hatte. Entsprechend brachte er den flagranten Fall von *impietas in principem* zur Anzeige. Der nun folgende Prozeß gegen Sosianus gilt als erster *maiestas*-Prozeß der Herrschaft Neros, aufgrund einer Intervention des Thrasea Paetus wurde auf *deportatio in insulam* erkannt.[124]

An seinem Verbannungsort freundete sich Sosianus mit einem anderen *exul*, dem Philosophen Pammenes, an, der Astrologie betrieb und eine jährliche Unterstützungszahlung von Publius Anteius, einem *amicus* der inzwi-

---

[120] Tac. hist. 4, 44, 3: *quippe Sosianus ac Sagitta viles, etiam si reverterentur: accusatorum ingenia et opes et exercita malis artibus potentia timebantur* (Übers. H. Vretska).

[121] Tac. ann. 16, 14, 1.

[122] Tac. ann. 13, 28; 14, 48; 16, 14–15. Zur Person PIR² A 766; Bradley (1974) 172–181, insb. 172–179; Bauman (1996) 84–85; Rivière (2002) 507; Vgl. Ronning (2006) 336–339.

[123] Tac. ann. 13, 33, 2 (57 n. Chr.).

[124] Die Historizität des Prozesses zieht Rogers (1953) 711–718, generell in Zweifel. Dagegen mit überzeugenden Gründen Rudich (1993) 277; vgl. Schmich (1960) 122–137.

schen ermordeten Agrippina,[125] bezog. Sosianus fing die Korrespondenz des Pammenes ab und fand in dessen Unterlagen Horoskope für hochstehende Personen, deren Loyalität zum Kaiser zweifelhaft war. Daraufhin sandte er 66 n. Chr. ein Schreiben mit entsprechenden Andeutungen an den Princeps, wurde mit einer Liburne abgeholt und erhielt am Hof Gehör; Anteius und der Gastgeber des verhängnisvollen Trinkgelages von 62 fielen den Anschuldigungen zum Opfer, Sosianus selbst erlangte die ersehnte Begnadigung und wohl entsprechende Belohnung.

Octavius Sagitta hingegen ist im Jahre seines Volkstribunats, 58 n. Chr., der Protagonist eines tragischen Eifersuchtsdramas gewesen.[126] Er unterhielt eine Affäre mit einer verheirateten Frau, die er unter ungeheuren Aufwendungen (*ingentibus donis*) zur Scheidung von ihrem Gatten bewegen konnte. Als nun der Weg zu einer Legitimierung ihrer Beziehung frei schien, war seine Geliebte jedoch bereits eine weitere, offenbar viel attraktivere Verbindung eingegangen. Eine von dem zurückgesetzten und ruinierten (*fama perdita, pecunia exhausta*) Liebhaber ausbedungene letzte gemeinsame Nacht führte über ein ausgedehntes erotisches Zwischenspiel schließlich zur Katastrophe und Ermordung der Frau. Ihr Vater zog Sagitta vor Gericht und erwirkte vom Senat eine Verurteilung nach der *lex de sicariis,* also ebenfalls *deportatio* mit Konfiskation des Vermögens.[127] Auf welchen Wegen auch immer, gelang Sagitta zehn Jahre später, im Zuge der, vielleicht gar im Vorgriff auf die Generalamnestie von 68 die Rückkehr nach Rom.

Die beiden Fälle waren mithin, anders als es in den Historien des Tacitus den Anschein hat, in kaum einem Punkt vergleichbar; weder wurden die beiden Senatoren wegen ähnlicher Vergehen oder auch nur zum gleichen Zeitpunkt verbannt, noch gab es irgendwelche Parallelen hinsichtlich ihrer Rückkehr. Sosianus hatte sich anscheinend die Aufhebung seiner Strafe

---

[125] Vgl. Tac. ann. 13, 22, 1 (vorgesehen für 55 zum Statthalter Syriens, aber kaltgestellt als Anhänger Agrippinas).

[126] S. auch Koestermann (1967) 322–324.

[127] Tac. ann. 13, 44; Dig. 48, 8, 3, 5 (Marcian): *Legis Corneliae de sicariis ut veneficis poena insulae deportatio est et omnium bonorum ademptio. sed solent hodie capite puniri, nisi honestiore loco positi fuerint, ut poenam legis sustineant: humiliores enim solent vel bestiis subici, altiores vero deportantur in insulam. Transfugas licet, ubicumque inventi fuerint, quasi hostes interficere.* Zweifelsohne handelt es sich bei dem Marcian-Fragment um eine aktualisierte Version der *lex Cornelia*, die ursprünglich eine Deportation ja nicht kannte. Ferrary (1991) 417–434.

noch unter Nero durch Denunziation erkauft;[128] Sagitta scheint die Gelegenheit genutzt und sich im Windschatten der amnestierten „politischen“ Opfer Neros zurück nach Rom begeben zu haben.

Das Eingreifen Mucians muß demnach zwei Stoßrichtungen gehabt haben; eventuell handelte es sich entgegen der Darstellung des Tacitus auch gar nicht um eine einzige, zusammenhängende Aktion. Sosianus war politisch untragbar, für den Princeps ebenso wie für seine Standeskollegen. An ihm ließ sich trefflich ein Exempel statuieren, daß man die Flavier nicht so leicht manipulieren konnte wie Nero. Im Falle des Sagitta galt es zu unterstreichen, daß die Amnestie in gesellschaftlich akzeptablen Bahnen verlief. Für Eifersuchtsmorde galt sie selbstverständlich nicht, entsprechende Kapitalstrafen wurden umgesetzt — in ähnlicher Weise, wie Claudius allein den ἀδίκως, d.h. wegen politischer Verbrechen, Bestraften Restitution gewährt hatte.

9. Schluß

Insgesamt erweist sich somit am Beispiel der Verbannungsstrafe, ein wie diffiziles Instrument die Restitution gewesen ist. Es ging dabei nicht allein um die Frage von „Vergeben und Vergessen“ von seiten der Träger staatlicher Macht — eher vielleicht um „Vergeben und Vergessen“ auf seiten der Opfer als potentieller und hochmotivierter Rächer. Die *indulgentia* erscheint damit als ambivalente Geste, die sparsam gehandhabt werden mußte, weil ihre Folgen unmittelbar wie mittelbar tief in das fein austarierte Macht- und Statusgeflecht der römischen Gesellschaft einschnitten. Dabei fehlten dem Principat gerade in den entscheidenden Situationen oft die nötigen Steuerungselemente, was zu erneuten Spannungen führte. Die so zu konstatierende politische Aporie der Amnestie in der frühen Kaiserzeit liegt nicht zuletzt darin begründet, daß die *indulgentia principis* intrikat mit anderen symbolisch codierten Handlungen verflochten war — und eben keine rein administrative Maßnahme, sondern ein erwartbares und erwartetes *beneficium* und damit einen integralen Bestandteil der Principatsideologie darstellte. Paradoxerweise fiel die auf Demonstration von *civilitas* und *clementia* ausgerichtete Inszenierungsfunktion der Amnestie daher begrenzt aus und stand gar in der Gefahr, die Bildung von *factiones* sowie *discordia* zu befördern, wenn der Princeps einen Interessensausgleichung zwischen *revocati* auf der

---

[128] Nach Rivière (2002) 507, war Sosianus im Zuge der Maßnahmen Galbas gegen die *delatores* wieder ins Exil geschafft worden und versuchte nun eine erneute Rückkehr. Damon (2006) 261, vertritt die Auffassung, daß Mucianus die bereits eingeleitete Restitution des Sosianus stoppte.

einen und *delatores* auf der anderen Seite versäumte. Die auf die Verbannten ausgerichtete Politik Galbas hat ihm so große Teile des Senats weiter entfremdet; zudem vermochte er es nicht, die an ihn herangetragen materiellen Restitutionsforderungen auch nur annähernd zu erfüllen. Schon der Versuch ihrer Befriedigung entzog dem Princeps aber dringend benötigte Ressourcen und sorgte für erhebliche Unruhe in den Oberschichten. Die schwebenden Konflikte konnten schließlich erst durch die Abwendung der Flavier von führenden ehemaligen *exules* entschärft werden.[129]

Auch eine mögliche technische Entlastungsfunktion der Amnestie für die Justiz nach moderner Analogie läßt sich nur bedingt feststellen. Die Niederschlagung noch anhängiger Prozesse nach dem Tode des Tiberius z.B. hatte ihren Grund sicher ebenso wenig in einer Überlastung des Senatsgerichts[130] wie die *revocatio* von Exilierten in einer Überfüllung der Verbannungsinseln — auch wenn die überzeichnende Tradition der senatorischen Geschichtsschreibung durchaus dazu angetan ist, einen solchen Eindruck zu erwecken. Der Wahrung bzw. Wiederherstellung des Rechtsfriedens im weitesten Sinne diente viel eher die bei Massenrestitutionen wiederholt den Delatoren gewährte Generalamnestie bzw. *abolitio publica*, sei sie durch die Zerstörung von entsprechenden Dokumenten symbolisch bedeutet (Caligula 37, Claudius 41 n. Chr.) oder gar offiziell verkündet worden (Domitian und Mucian 70 n. Chr.). Im Vierkaiserjahr zeigte sich drastisch, welche desaströsen Folgen der zeitweilige Verzicht auf diese flankierende Maßnahme für die Arbeitsfähigkeit des Senats und die Akzeptanz des Princeps haben konnte. Dabei blieb auch die Amnestierung als

---

[129] Dennoch scheinen Vespasian und seine Söhne die Brücken lange Zeit nicht völlig abgebrochen zu haben, wie etwa Domitians Verleihung des Konsulats an Arulenus Rusticus, Helvidius Priscus d.J. und deren Freund T. Avidius Quietus, vielleicht auch an Iunius Mauricus zeigt, bevor es im Jahr 93 zum finalen Bruch kam; Syme (1991) 574–576; Jones (1973) 84–85, 88–90.

[130] Anders stellt sich die Lage wohl insbesondere bei der Niederschlagung von anhängigen fiskalrechtlichen Verfahren dar. Domitian (Suet. Dom. 9, 2; vgl. Plin. paneg. 40, 3–4; Giovannini [1986] 223–224) ließ etwa die Namen aller Steuerschuldner, deren Verfahren sich bereits länger als fünf Jahre in der Schwebe befanden, aus der Liste der Angeklagten tilgen; hier ging es aber um eine inzwischen ohnehin unumstrittene Domäne des Princeps. Ähnlich war nach den Bürgerkriegen bereits Augustus verfahren (Suet. Aug. 32, 2–3; Waldstein [1964] 95–96, 214–215), als er die *tabulae veterum aerari debitorum* verbrennen und die Namen von *diuturni rei* aus den Listen der Angeklagten streichen ließ. Unter Domitian waren *abolitiones ex senatus consulto factae* offenbar gängig (Dig. 48, 3, 2, 1; 48, 16, 16), was zeigt, wie sorgsam in dieser Frage zumindest formal die Prärogative des Senats gewahrt wurden.

solche nicht unumstritten. Weitgehender Konsens bestand über ihre Anwendung in Fällen politisch motivierter Verurteilungen, also in erster Linie bei *de maiestate* ergangenen *damnationes*. Die Ausdehnung auf andere Tatbestände konnte aber auf scharfen Protest stoßen. Dies hatte schließlich auch einen rechtssystematischen Hintergrund: Die Aufhebung von Urteilen des Senatsgerichts qua *indulgentia principis* berührte die Stellung der *patres* und damit die Grundlagen des von Augustus geschaffenen Herrschaftsgefüges. Gerade in Phasen politischer Instabilität vermochte die Amnestie daher erhebliche, über das Rechtssystem weit hinausreichende Sprengkraft zu entwickeln.

BIBLIOGRAPHIE

Balsdon (1979): J.P.V.D. Balsdon, *Romans and Aliens*, London 1979, 113–115.

Bauman (1974): R. A. Bauman, *Impietas in Principem. A Study of Treason against the Roman Emperor with Special Reference to the First Century A.D.* (Münchener Beiträge zur Papyrusforschung und antiken Rechtsgeschichte 67), München 1974.

Bauman (1996): R. A. Bauman, *Crime and Punishment in Ancient Rome*, London – New York 1996.

Bingham (2003): S. Bingham, *Life on an Island: A Brief Study of Places of Exile in the First Century AD*, in: C. Deroux (Hrsg.), *Studies in Latin Literature and Roman History XI*, Brüssel 2003, 376–400.

Bleicken (1962): J. Bleicken, *Senatsgericht und Kaisergericht. Eine Studie zur Entwicklung des Prozessrechtes im frühen Prinzipat* (Abhandlungen der Akademie der Wissenschaften in Göttingen, philologisch-historische Klasse III 53), Göttingen 1962.

Bourdieu (1993): P. Bourdieu, *Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft*, Frankfurt a. M. 1993 (frz. 1980).

Bradley (1974): K. R. Bradley, *Tum primum revocata ea lex*, AJPh 93 (1974) 172–181.

Bradley (1978): K. Bradley, *The Career of Titus Clodius Eprius Marcellus, cos II AD 74: Some Possibilities*, SO 53 (1978) 171–181.

Braginton (1944): M.V. Braginton, *Exile under the Roman Emperors*, CJ 39 (1944) 391–407.

Brasiello (1937): U. Brasiello, *La repressione penale in diritto romano*, Neapel 1937.

Brunt (1966): P. A. Brunt, *The ‚Fiscus' and Its Development*, JRS 56 (1966) 75–91.

Brunt (1975): P. Brunt, *Stoicism and the Principate*, PBSR 43 (1975) 7–35.

Chevallier (1988): R. Chevallier, *Voyages et déplacements dans l'Empire Romain*, Paris 1988.

Chilver (1979) G. E. F. Chilver, *A Historical Commentary on Tacitus' Histories I and II*, Oxford 1979.

Claassen (1996): J.-M. Claassen, *Exile, Death and Immortality: Voices from the Grave*, Latomus 55 (1996) 571–590.

Damon (2006): C. Damon, *Potior utroque Vespasianus: Vespasian and His Predecessors in Tacitus's Histories*, Arethusa 39 (2006) 245–279.

Dettenhofer (2000): M.H. Dettenhofer, *Herrschaft und Widerstand im augusteischen Principat* (Historia ES 140), Stuttgart 2000.

Eck (1970): W. Eck, *Senatoren von Vespasian bis Hadrian. Prosopographische Untersuchungen mit Einschluß der Jahres- und Provinzialfasten der Statthalter* (Vestigia 13), München 1970.

Evans (1979): J. K. Evans, *The Trial of P. Egnatius Celer*, CQ 29 (1979) 198–202.

Fanizza (1988): L. Fanizza, *Delatori e accusatori. L'iniziativa nei processi di età imperiale* (Studia Juridica 84), Roma 1988.

Ferrary (1991): J.-L. Ferrary, *Lex Cornelia de sicariis et veneficis*, Athenaeum 69 (1991) 417–434.

Flaig (1992): E. Flaig, *Den Kaiser herausfordern. Die Usurpation im Römischen Reich* (Historische Studien 7), Frankfurt a. M. – New York.

Fußhöller (1958): E. Fußhöller, *Prinzipatsideologie und Herrschaftsübertragung im Vierkaiserjahr. Der Reformversuch Galbas und seine Bedeutung für die Ereignisse von 68/69 n. Chr.*, Diss. Bonn 1958.

Garnsey (1970): P. Garnsey, *Social Status and Legal Privilege in the Roman Empire*, Oxford 1970.

Gaudemet (1962): J. Gaudemet, *Indulgentia principis* (Conferenze Romanistiche 6), Triest 1962.

Geertz (1983): C. Geertz, *Dichte Beschreibung. Bemerkungen zu einer deutenden Theorie von Kultur*, in: ders., *Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme*, Frankfurt a. M. 1983 (engl. 1973).

Geiger (1979): J. Geiger, *Munatius Rufus and Thrasea on Cato the Younger*, Athenaeum 57 (1979) 48–72.

Giovannini (1986): A. Giovannini, *Pline et les délateurs de Domitien*, in: Ders. (Hrsg.), *Opposition et résistances à l'Empire d'Auguste à Trajan* (Entretiens sur l'Antiquité classique 33), Vandœuvres-Genf 1986, 219–240.

Grasmück (1978): E. L. Grasmück, *Exilium. Untersuchungen zur Verbannung in der Antike* (Rechts- und Staatswissenschaftliche Veröffentlichungen der Görres-Gesellschaft N.F. 30), Paderborn u.a. 1978.

Graßl (1973): Herbert Graßl, *Untersuchungen zum Vierkaiserjahr 68/9 n. Chr. Ein Beitrag zur Ideologie und Sozialstruktur des frühen Prinzipats*, Wien.

Greenhalgh (1975): P. A. L. Greenhalgh, *The Year of the Four Emperors*, London 1975.

Grenzheuser (1964): B. Grenzheuser, *Kaiser und Senat in der Zeit von Nero bis Nerva*, Diss. Münster 1964.

Griffin (1984): M. T. Griffin, *Nero. The End of a Dynasty*, London 1984.

Griffin (2000a): M. Griffin, *The Flavians*, in: *CAH XI²*, Cambridge 2000, 1–83.

Griffin (2000b): M. Griffin, *Nerva to Hadrian*, in: *CAH XI²*, Cambridge 2000, 84–131.

Harries (2007): J. Harries, *Law and Crime in the Roman World*, Cambridge 2007.

Heubner (1968): H. Heubner, *P. Cornelius Tacitus. Die Historien. Zweites Buch. Kommentar* (Wissenschaftliche Kommentare zu griechischen und lateinischen Schriftstellern), Heidelberg 1968.

Jones (1973): B. W. Jones, *Domitian's Attitude to the Senate*, AJPh 94 (1973) 79–91.

Kierdorf (1987): W. Kierdorf, *Freundschaft und Freundschaftskündigung. Von der Republik zum Prinzipat*, in: G. Binder (Hrsg.): *Saeculum Augustum I*, Darmstadt 1987, 223–245.

Kloft (1968): H. Kloft, *Liberalitas Principis. Herkunft und Bedeutung. Studien zur Prinzipatsideologie* (Kölner historische Abhandlungen 18), Köln – Wien 1968.

Koestermann (1967): E. Koestermann, *Cornelius Tacitus. Annalen III: Buch 11–13* (Wissenschaftliche Kommentare zu griechischen und lateinischen Schriftstellern), Heidelberg 1967.

Kragelund (1998): P. Kragelund, *Galba's Pietas, Nero's Victims and the Mausoleum of Augustus*, Historia 47 (1998) 152–173.

Lafon (1999): X. Lafon, *Les îles de la mer Tyrrhénienne: entre palais et prisons sous les Julio-Claudiens*, in: C. Bertrand-Dagenbach u.a. (Hrsg.), *Carcer. Prison et privation de liberté dans l'Antiquité classique*, Paris 1999, 149–161.

Levick (1979): B. Levick, *Poena legis maiestatis*, Historia 28 (1979) 358–379.

Levick (1999): B. Levick, *Vespasian*, London 1999.

Little – Ehrhardt (1994): D. Little – Chr. Ehrhardt, *Plutarch's Lives of Galba and Otho. A Companion*, London 1994.

Lutz (1947): C. E. Lutz, *Musonius Rufus, „the Roman Socrates"*, YCS 10 (1947) 1–147.

Mommsen (1899): Theodor Mommsen, *Römisches Strafrecht*, Leipzig 1899.

MacMullen (1966): R. MacMullen, *Enemies of the Roman Order. Treason, Unrest, and Alienation in the Empire*, Cambridge (Mass.) 1966.

Maier (1985): B. Maier, *Philosophie und Kaisertum. Studien zu ihren wechselseitigen Beziehungen in der Zeit von Caesar bis Marc Aurel*, Wien 1985.

Malitz (1985): J. Malitz, *Helvidius Priscus und Vespasian. Zur Geschichte der ‚stoischen' Senatsopposition*, Hermes 113 (1985) 231–246.

Marx (1937): F. A. Marx, *Tacitus und die Literatur der exitus illustrium virorum*, Philologus 92 (1937) 83–103.

Meinel (1972): P. Meinel, *Seneca über seine Verbannung. Trostschrift an die Mutter Helvia* (Habelts Dissertationsdrucke Klassische Philologie 16), Bonn 1972.

Mette-Dittmann (1991): A. Mette-Dittmann, *Die Ehegesetze des Augustus. Eine Untersuchung im Rahmen der Gesellschaftspolitik des Princeps* (Historia ES 67), Stuttgart 1991.

McAlindon (1956): D. McAlindon, *Senatorial Opposition to Claudius and Nero*, AJPh 77 (1956) 113–132.

McAlindon (1957): D. McAlindon, *Claudius and the Senators*, AJPh 78 (1957) 279–286.

McGinn (1998): T. A. J. McGinn, *Prostitution, Sexuality, and the Law in Ancient Rome*, Oxford 1998.

Millar (1998): F. Millar, *The Fiscus in the First Two Centuries*, JRS 53 (1963) 29–42.

Millar (1977): F. Millar, *The Emperor in the Roman World (31 BC–AD 337)*, Ithaca – New York 1977 (ND 1992).

Morgan (2003): M. G. Morgan, *Galba, the Massacre of the Marines, and the Formation of Legion I Adiutrix*, Athenaeum 91 (2003) 489–515.

Morgan (2006): G. Morgan, *69 A.D. The Year of Four Emperors*, Oxford 2006.

Mouritson (2011): H. Mouritsen, *The Freedman in the Roman World*, Cambridge 2011.
Murison (1993): C. L. Murison, *Galba, Otho and Vitellius. Careers and Controversies* (Spudasmata 52), Hildesheim 1993.
Murison (1999): C. L. Murison, *Rebellion and Reconstruction: Galba to Domitian. Books 64–67 (A.D. 68–96)* (An Historical Commentary on Cassius Dio's „Roman history" 9), Atlanta 1999.
Murray (1965): O. Murray, *The "quinquennium Neronis" and the Stoics*, Historia 14 (1965) 41–61.
Panciera (1994): S. Panciera, *Il corredo epigrafico del Mausoleo di Augusto*, in: H. von Hesberg – S. Panciera (Hrsg.), *Das Mausoleum des Augustus. Der Bau und seine Inschriften* (Bayerische Akademie der Wissenschaften, philosophisch-historische Klasse NF 108), München 1994, 136–142.
Penwell (2003): J. L. Penwell, *Expelling the Mind: Politics and Philosophy in Flavian Rome*, in: A. J. Boyle – W. J. Dominik (Hrsg.), *Flavian Rome. Culture, Image, Text*, Leiden – Boston 2003, 345–368.
Raaflaub (1986): K. A. Raaflaub, *Grundzüge, Ziele und Ideen der Opposition gegen die Kaiser im 1. Jh. n. Chr. Versuch einer Standortbestimmung*, in: A. Giovannini (Hrsg.), *Opposition et résistances à l'Empire d'Auguste à Trajan* (Entretiens sur l'Antiquité classique 33), Vandœuvres-Genève 1986, 1–63.
Raditsa (1980): L. F. Raditsa, *Augustus' Legislation Concerning Marriage, Procreation, Love Affairs and Adultery*, in: *ANRW II.13*, Berlin – New York 1980, 278–339.
Rivière, (2002): Y. Rivière, *Les délateurs sous l'Empire Romain* (B.E.F.A.R. 311), Rome 2002.
Rivière (2008): Y. Rivière, *L'Italie, les îles et le continent: Recherches sur l'exil et l'administration du territoire impérial (Ier–IIIe siècles)*, in: C. Brélaz, P. Ducrey (Hrsg.), *Sécurité collective et ordre public dans les sociétés anciennes* (Entretiens sur l'Antiquité classique 54), Vandoeuvres-Genève 2008, 261–310.
Robinson (1999): O. Robinson, *Amnesty and Pardon: Rule and Practice in Roman Law*, in: I. Piro (Hrsg.), *Règle et pratique du droit dans les réalités juridiques de l'antiquité. SIDHA. Atti della 51a sessione (Cotone-Messina, 16–20 settembre 1997)*, Soveria Mannelli 1999, 79–88.
Robinson (2007): O. Robinson, *Penal Practice and Penal Policy in Ancient Rome*, London – New York 2007.
Rogers (1949): R. S. Rogers, *A Criminal Trial of A.D. 70 (Tacitus, Histories, 4.44)*, TAPhA 80 (1949) 347–350.
Rogers (1953): R. S. Rogers, *The Tacitean Account of a Neronian Trial*, in: G. Mylonas (Hrsg.), *Studies Presented to D. M. Robinson on His Seventieth Birthday II*, St. Louis 1953, 711–718.
Rogers (1955): R. S. Rogers, *Heirs and Rivals to Nero*, TAPhA 86 (1955), 190–212.
Rogers (1959): R. S. Rogers, *The Emperors Displeasure – amicitiam renuntiare*, TAPhA 90 (1959) 224–237.
Ronning (2006): C. Ronning, *Der Konflikt zwischen Kaiser Nero und P. Clodius Thrasea Paetus: Rituelle Strategien in der frühen Römischen Kaiserzeit*, Chiron 36 (2006) 329–355.
Rudich (1993): V. Rudich, *Political Dissidence under Nero. The Price of Dissimulation*, London – New York 1993.

Rutledge (2001): S. H. Rutledge, *Imperial Inquisitions. Prosecutors and Informants from Tiberius to Domitian*, London – New York 2001.

Santalucia (2004): B. Santalucia, *La situazione patrimoniale dei deportati in insulam*, in: C. Bertrand-Dagenbach u.a. (Hrsg.), *Carcer II. Prison et privation de liberté dans l'Empire romain et l'Occident medieval. Actes du colloque de Strasbourg (décembre 2000)*, Paris 2004, 9–19.

Schmich (1960): R. Schmich, *Die Darstellung der sogenannten stoischen Senatsopposition bei Tacitus. Ein Beitrag zum Verständnis der politischen Haltung des Geschichtsschreibers*, Diss. Heidelberg 1960.

Sherwin-White (1966): A. N. Sherwin-White, *The Letters of Pliny. A Historical and Social Commentary*, Oxford 1966.

Schönberger (1963): O. Schönberger, *Ein Quellenproblem bei Tacitus und Lucans Deklamation über Octavius Sagitta*, Historia 12 (1963) 500–509.

Stickler (2002): T. Stickler, *Gallus amore peribat? Cornelius Gallus und die Anfänge der augusteischen Herrschaft in Ägypten* (ASUW 2), Rahden/Westf. 2002.

Stini (2006): F. Stini, *Exil in der römischen Kaiserzeit*, in: E. Olshausen – H. Sonnabend (Hrsg.), *„Trojaner sind wir gewesen" – Migrationen in der antiken Welt. Stuttgarter Kolloquium zur Historischen Geographie des Altertums 8, 2002* (Geographica Historica 21), Stuttgart 2006, 300–309.

Süß (2001): F. Süß, *Studien zur Amnestiegesetzgebung* (Schriften zum Öffentlichen Recht 852), Berlin 2001.

Syme (1982): R. Syme, *Partisans of Galba*, Historia 31 (1982) 460–483.

Syme (1991a): R. Syme, *A Political Group*, in: Ders., *Roman Papers VII*, Oxford 1991, 568–587.

Syme (1991b): R. Syme, *Ministers of the Caesars*, in: Ders., Roman Papers VII, Oxford 1991, 521–540.

Thomas (1984): Y. Thomas, *Se venger au Forum. Solidarité familiale et procès criminel à Rome (premier siècle av. – deuxième siècle ap. J.C.)*, in: R. Verdier (Hrsg.), *La vengeance. Études d'ethnologie, d'histoire et de philosophie III: Vengeance, pouvoirs et idéologies dans quelques civilisations de l'Antiquité*, Paris 1984, 65–100.

Thomasson (1996): B. E. Thomasson, *Fasti Africani. Senatorische und ritterliche Amtsträger in den römischen Provinzen Nordafrikas von Augustus bis Diokletian* (Istituto Svedese di Studi Classici 53), Stockholm 1996.

Toynbee (1944): J. M. C. Toynbee, *Dictators and Philosophers in the First Century A.D.*, G&R 13 (1944) 43–58.

Traina (1987): G. Traina, *Il mondo di C. Licinio Muciano*, Athenaeum 65 (1987) 379–406.

Waldstein (1964): W. Waldstein, *Untersuchungen zum römischen Begnadigungsrecht. Abolitio-indulgentia-venia* (Commentationes Aenipontanae 18), Innsbruck 1964.

Wilkinson (2005): S. Wilkinson, *Caligula* (Lancaster Pamphlets in Ancient History), London – New York 2005.

Winterling (2004): A. Winterling, *Caligula. Eine Biographie*, München ^{3}2004.

Wistrand (1979): E. Wistrand, *The Stoic Opposition to the Principate*, StudClas 18 (1979) 93–101.

Zimmermann (1995): M. Zimmermann, *Die restitutio honorum Galbas*, Historia 44 (1995) 56–82.

KARL STROBEL (KLAGENFURT)

HERRSCHERWECHSEL, POLITISCHE VERFOLGUNG, BÜRGERKRIEGE IN DER RÖMISCHEN KAISERZEIT: ZWISCHEN REKONZILIATION, AMNESTIE UND SÄUBERUNG

Beginnen wir die Betrachtung mit einem historischen Beispiel. Im September 275 fiel Aurelian in der Propontis bei seinem Feldzug gegen die über das Schwarze Meer in Kleinasien eindringenden Invasoren, Goten und weitere Gruppen, einer Offiziersverschwörung zum Opfer.[1] Dieser Kaisermord weist eine Besonderheit auf, da auf ihn keine Usurpation folgte und damit offenkundig keiner im Kreise der Verschwörer die Möglichkeit sah, vom anwesenden Feldheer als neuer Augustus akzeptiert zu werden. Das Feldheer blieb dem ermordeten Kaiser treu und stellte sich loyal hinter die Augusta Ulpia Severina. Auch die anderen Teile des Reichsheeres in den Provinzen blieben loyal, so dass auch dort eine Ausrufung zum Kaiser unterblieb. Die direkt am Mord Beteiligten fielen der Rache des Heeres zum Opfer, das unter Beteiligung der anderen Verschwörer im Offizierskorps ein Grabmal für Aurelian errichtete. Der von der Augusta nach einigen Monaten Ende 275 als Nachfolger autorisierte und vom Senat durch die Verleihung des Augustus-Titels legitimierte Tacitus eilte sofort im Jahre 276 in die Propontis und übernahm das bei Perinthos lagernde führerlose Feldheer, den *sacer comitatus*, was für ihn lebenswichtig sein musste. Er ließ einen Teil der Verschwörer hinrichten, sehr wahrscheinlich die in den Augen der Soldaten am meisten kompromittierten Männer, musste aber offensichtlich gegenüber einem Teil der Offiziere Rücksicht üben, um nicht deren offenen Widerstand heraufzubeschwören und damit seine eigene Sicherheit zu gefährden, wenn er die Säuberung zu sehr ausgedehnt hätte. Dem weiteren Kreis der in die Verschwörung verwickelten Personen wurde offenbar Pardon zugesagt, um die reibungslose Übernahme des Feldheeres zu garantieren. Außerdem musste die Führung des Heeres gegen die während der Läh-

[1] Vgl. HA Aur. 37, 2; Tac. 13, 1; Probus 13, 2–3; Eutr. 9, 15, 2; Aur. Vict. 36, 2; Zos. 1, 64, 1–4; 65, 1–2; Zon. 12, 29; Strobel (1998) 119–153; ders. (2001) 239–278, bes. 269ff.; ders. (2007) 630–641; ders. (2009) 913–927, bes. 919ff.

mung der römischen Kräfte tief nach Kleinasien eingebrochenen Feinde intakt bleiben. In den Quellen wird dies damit umschrieben, Tacitus habe teilweise Milde walten lassen. Er zog offensichtlich nach einigen demonstrativen Hinrichtungen einen Schlussstrich unter die Verfolgung der Verschwörer. Einen Teil des Feldheeres übergab er dem ihn begleitenden Prätorianerpräfekten Florianus für den Kampf gegen die Invasoren im nördlichen und nordwestlichen Kleinasien. Er selbst verfolgte die Eindringlinge nach Kappadokien und schließlich bis nach Kilikien, wohin diese offenbar vor ihm ausgewichen waren. Auf dem Rückmarsch nach Europa zur Abwehr der massiven Invasion in Gallien kam es jedoch erneut zu einer Offiziersverschwörung, der nun Tacitus Ende Juni 276 zum Opfer fiel. Der von seinem Heer zum Kaiser ausgerufene und auch im Westen anerkannte Florianus eilte nach Tyana, um das Feldheer des ermordeten Tacitus zu übernehmen. Wir hören aber nichts von einer Bestrafung der Mörder; diese hatten offenkundig eine Amnestie als Bedingung für die Anerkennung des Florianus ausgehandelt. Denn dem neuen Augustus stand jetzt mit Probus ein Usurpator gegenüber, der selbst wohl als Drahtzieher hinter den Kulissen bei der Ermordung des Tacitus zu sehen ist.

Probus war von Aurelian nach dem Sieg über die palmyrenischen Dynasten 273 mit einem Teil des Feldheeres in Syrien zurückgelassen worden, um die Stabilität an der Ostgrenze während des Feldzuges gegen das Gallische Sonderreich zu garantieren und Syrien, Mesopotamien und Arabia zu kontrollieren. Er war mit dem syrischen Statthalter, einem Verwandten des Tacitus, in Konflikt geraten und hatte diesen umbringen lassen. Nun war Probus gezwungen zur Usurpation zu schreiten, um die eigene Person zu sichern. Die Provinzen Syria Coele, Syria Phoenice, Syria Palestina und Ägypten schlossen sich der Erhebung an. Als Mann des hohen Offizierskorps, der zweifellos an der Erhebung Aurelians zum Kaiser und wohl auch schon an jener des Claudius II. beteiligt gewesen war, hatte er zweifellos Verbindungen in das Feldheer des Tacitus. Die Vermutung liegt nahe, dass Probus bereits nach der Ermordung Aurelians daran gegangen war, eine eigene Hausmacht aufzubauen. Vielleicht machte er sich als fähiger Truppenführer und loyaler Gefolgsmann Aurelians Hoffnungen auf die Nachfolge.

Nach dem Sturz des Florianus in Tarsus und seiner von Probus angeordneten Beseitigung im September 276 vereinigte Probus das eigene Heer mit dem bisherigen kaiserlichen Feldheer. „Die Anhänger des Florianus verschonte er“, sämtliche Heere die sich auf Florianus hatten vereidigen las-

sen, übernahm er ohne weitere Maßnahmen.[2] Er gewährte also allen Gegnern im Bürgerkrieg, Generälen, Offizieren, Soldaten und Statthalter, Generalpardon. Dies war die Grundlage für seine sofortige allgemeine Durchsetzung als Herrscher. Dennoch erschien jene Gruppe von Offizieren, die bereits zur Verschwörung gegen Aurelian gehört hatten und bisher nicht belangt worden waren, als eine Gefahr für seine Person. Er hatte offenbar gerade diese Gruppe für den Mord an Tacitus gewinnen können, weil diese eine Bestrafung durch Tacitus weiterhin fürchteten. So lud er sie zu einem festlichen Gastmahl und ließ sie dort beseitigen.[3] Eine offene Bestrafung konnte er offensichtlich nicht wagen, da sonst auch die Anhänger des Florianus seinen Zusicherungen misstraut hätten.

Probus wurde 282 in Sirmium von den eigenen Soldaten ermordet, nachdem er zuvor sein Feldheer geteilt hatte.[4] Den einen Teil befehligte sein begleitender Prätorianerpräfekt Carus in Raetien und Noricum, um den von Probus geplanten Krieg gegen die Germanen an der oberen und mittleren Donau zu führen. Probus selbst wollte gleichzeitig von Unterpannonien aus gegen die Sarmaten ziehen. Diese Situation ermöglichte Carus, gestützt auf sein Feldheer, die Usurpation; an die Offiziere und Soldaten des Probus erging ein großzügiges Angebot für den Seitenwechsel, so dass die gegen ihn gesandten Truppen überliefen. Probus war vom Verhalten seines Vertrauensmannes Carus offensichtlich völlig überrascht worden und hatte nur zögerlich gehandelt. Auf die Nachrichten hin revoltierte nun Probus' eigenes Heer in Sirmium, wobei der Kaiser mit seinen engsten Vertrauten erschlagen wurde. Die Wiedervereinigung des Heeres verlief ohne Probleme. Auch in diesem Fall können wir von der Zusage eines Generalpardons für diejenigen ausgehen, die zuletzt noch treu zu Probus gestanden waren. Nach seiner Anerkennung als Kaiser führte Carus den geplanten Krieg gegen die Sarmaten und zog anschließend mit dem größeren Teil des Feldheeres gegen die Perser. Sein älterer Sohn Carinus focht im Jahre 283 den Germanenkrieg an der oberen und mittleren Donau. Nach dem Tod des Carus im Sommer 283 und dem von dubiosen Umständen verursachten Tod Numerians ließ sich Diocletian am 20. November 284 von der im Osten stehenden

---

[2] HA Probus 13, 3–4.

[3] Zos. 1, 65, 1–2; Zon. 12, 29; Cedren. p. 464. Da die HA dem Tacitus die Hinrichtung sämtlicher Mörder Aurelians als erstes Anliegen zuschreibt (HA Tac. 13, 1), kommt es zu der — an sich schon widersprüchlichen — Aussage, zuletzt habe Probus die Mörder bestraft, aber mit mehr Mäßigung und Milde als zuvor das Heer und Tacitus.

[4] Zos. 1, 71, 4–5; Petr. Patr. FHG IV frg. 11 (= Anon. post Dionem); Zon. 12, 29; Eutr. 9, 18, 1; Synk. p. 472; Aur. Vict. 38, 1; vgl. Kreucher (2003) 183–184.

kaiserlichen Feldarmee zum Kaiser proklamieren. Im darauf folgenden Bürgerkrieg konnte Carinus in der Schlacht am Margus im Spätsommer 285 zwar einen taktischen Erfolg, aber keinen Sieg über Diocletian erringen; eine Entscheidung in dem Ringen hing nun ganz von der weiteren Loyalität der beiden Heere zu ihren Führern ab. Und hier hatte offenkundig die Wühlarbeit von Vertrauensleuten und Emissären Diocletians Früchte getragen. Carinus wurde von seinen eigenen Offizieren umgebracht.[5] Dem Oberbefehlshaber des Heeres des Carinus, dessen Prätorianerpräfekten Aristobulus, war garantiert worden, dass er im Amt bleibe; anschließend wurde er zum Kollegen Diocletians im Konsulat erhoben.[6] Allen Truppen und Offizieren sicherte Diocletian Generalpardon zu. Dass dabei der Gedanke der Rache für den Sturz des Probus eine Rolle gespielt haben kann, ist möglich; andere, die nicht sofort mit fliegenden Fahnen in das Lager des Carus gewechselt hatten, waren vermutlich in ihrer Karriere beschnitten worden. Aurelius Victor hebt dies zu Unrecht als „seit Menschengedenken etwas Neues und Unerwartetes" hervor, „dass nach einem Bürgerkrieg niemand seines Vermögens, seiner Ehre und seines Amtes beraubt wurde" (39, 15). Das Übereinkommen hatte ohne Zweifel auch die Zusage beinhaltet, dass keine Truppen des gegnerischen Heeres aufgelöst würden, niemand *cum infamia* entlassen oder sonst benachteiligt würde. Beide Heere wurden wieder zusammengeführt und das kaiserliche Feldheer reorganisiert. Um noch einen früher liegenden Vorgang anzuführen, können wir auf die Ermordung des Gallienus im Jahre 268 bei Mailand durch eine Gruppe seiner hohen Offiziere, zu der die Reitergeneräle Claudius und Aurelian gehörten, hinweisen. Claudius II. ließ sich vom Feldheer zum Kaiser ausrufen. Die Verschwörer wurden von ihm selbstverständlich von Strafverfolgung frei gestellt. Andere Beispiele wären die Ermordung Caracallas oder der Sturz des Macrinus. Als Valerian im Jahre 253 nach der Beseitigung des Aemilianus durch dessen eigenen Soldaten das Reichsheer wieder vereinigte, muß dies mit einer Generalamnestie für die Truppen des Usurpators verbunden gewesen sein.

Natürlich konnte der Herrscher auch ganz anders handeln, wie wir dies beim Nachspiel der Usurpation des Antonius Saturninus am 1. Januar 89 in Mainz sehen, die vom untergermanischen Statthalter A. Bucius Lappius Maximus rasch niedergeschlagen wurde, woran auch der raetische Statthalter T. Flavius Norbanus, der aus der ritterlich gebliebenen Linie der flavischen Familie stammte, Anteil hatte. Domitian zog nach Mainz; die kompromittierten Anhänger des toten Usurpators unter den Angehörigen der

[5] Aur. Vict. 38, 6–39, 12; Eutr. 9, 19, 2–20, 2; vgl. Kolb (1987).
[6] Aur. Vict. 39, 14–15.

beiden Mainzer Legionen, natürlich die Offiziere und Centurionen, aber wohl auch ranghöhere Unteroffiziere, wurden brutaler Folter unterzogen, um Mitwisser zu erfahren, und hingerichtet.[7] Gleiches ist natürlich für die Angehörigen des Haushalts des Saturninus und für die Funktionsträger der Verwaltung anzunehmen. Die einfachen Soldaten der beiden Legionen XIV Gemina und XXI Rapax erhielten aber Pardon. An einer Schwächung des Reichsheeres war Domitian nicht gelegen. Mit den Säuberungen wurde der bekannte Jurist Iavolenus Priscus beauftragt, der Domitian begleitet hatte und nun die obergermanische Statthalterschaft übertragen bekam.

Hinsichtlich der Behandlung des Heeres finden wir bis zur Tetrarchie nur wenige Beispiele, dass Truppenkörper mit Auflösung bestraft wurden; es waren dies die vielfach kompromittierten vitellianischen Rheinlegionen, die Auflösung *cum infamia* der Prätorianer 193, die Legio III Augusta, welche die Usurpation der Gordiane gegen Maximinus niedergeschlagen hatte und dafür von Gordian III. aufgelöst wurde, und das raetische Provinzheer, dessen Name nach der Rückeroberung der Provinz 262 durch Gallienus getilgt wurde. Nur Truppen bzw. Vexillationen dieses Provinzheeres im Feldheer des Gallienus existierten weiter. Die Mannschaften und Truppenoffiziere waren im Normalfall für die Stärkung des eigenen militärischen Potentials wie für den Erhalt der Funktionsfähigkeit des Heeres unverzichtbar. Durch Amnestieversprechen, verbunden mit in Aussicht gestellten Belohnungen, sollten sie für die eigene Seite gewonnen und zum Überlaufen animiert werden. Nach einer militärischen Konfrontation sollte durch Amnestie und Rekonziliationsmaßnahmen eine Reintegration in ein geeintes Berufsheer erreicht werden. Viel prekärer war hingegen die Situation der höheren Offiziere.

Was wir betrachtet haben, ist die Amnestie bzw. der Pardon oder Generalpardon, der aus politischen Gründen im Bürgerkrieg gewährt wurde. *Ultio*, Bestrafung, und *clementia*, Milde, folgten dem machtpolitischen Kalkül. Die strenge Definition von Amnestie als gesetzmäßig festgesetzter Verzicht auf Anklage, Wiederaufnahme von Verfahren, Urteilsvollstreckung und Strafvollzug[8] ist durchaus anwendbar, doch geht der Akt allein von der Person des Herrschers aus, im Falle des Heeres von ihm als oberstem Imperiumsträger und Inhaber der höchsten Militärgerichtsbarkeit, im Falle des Pardons für die zivilen Anhänger des jeweiligen Gegners von einem Edikt oder einer Konstitution des Kaisers. Rechtlicher Ausgangspunkt war dabei

[7] Suet. Dom. 10, 5.
[8] Vgl. Waldstein (1964); Mommsen (1899) 260ff., 452–458, 468–487.

die auf den Herrscher mit seiner Anerkennung übertragene oder vom Usurpator bis zu seiner Anerkennung usurpierte Vollmacht, alle Handlungen setzen zu können, die er als im Interesse des Staates liegend sieht, wie wir sie in der Lex de imperio Vespasiani finden.[9] Auch die dortige Bestimmung, dass jeder, der auf Grund einer durch dieses Gesetz dem Princeps gegebenen Vollmacht auf dessen Anweisung hin gegen geltendes Recht verstößt, von jeder Strafverfolgung freigestellt ist[10], kann als eine im voraus gegebene, durch Gesetz garantierte Generalamnestie gesehen werden, die selbstverständlich auch nach dem Tod oder Sturz eines Kaisers grundsätzlich rechtsgültig blieb, es sei denn, der Nachfolger entzog bestimmten Personen gerade auf der Basis der sog. diskretionären Klausel diesen Rechtsschutz. Im Falle eines unterlegenen Usurpators konnten sich dessen Anhänger natürlich nicht auf Gehorsam oder den oben skizzierten Rechtsschutz berufen. Sie waren von der jeweiligen, durch politische Überlegungen bestimmten Entscheidung des Siegers abhängig. Auch im Falle eines siegreichen Usurpators wie Vespasian war die Rechtlage für die Vorgänge vor der offiziellen Anerkennung durch den Senat und der Übertragung der umfassenden Vollmachten prekär. Deshalb wurden in der Lex de imperio Vespasiani nachträglich alle von Vespasian seit seiner Usurpation gesetzten Handlungen und Anordnungen für rechtens erklärt.[11] So waren alle seine Gefolgsleute von Strafverfolgung und dem Vorwurf des Hochverrats freigestellt. Eine entsprechende Gesetzeslage hat zweifellos jeder siegreiche Usurpator für sich und seine Anhänger geschaffen. Die Basis des Rechts war der Inhaber der herrscherlichen Gewalt: „Was der Kaiser beschließt, hat die gleiche Gesetzeskraft wie ein Gesetz, das beschlossen worden ist.“[12] Als Inhaber der Tribunicia Potestas konnte der Princeps zudem jederzeit durch sein Interzessionsrecht Prozesse niederschlagen.[13] Doch genügte in der Regel das Eingreifen des Herrschers in der Form, dass dieser zum Ausdruck brachte, dass er eine Anklage nicht wünschte, was einem Verbot gleichkam.[14] So hat sich auch der jüngere Plinius vor der Übernahme der Anklage gegen Marius Priscus bei Traian letztlich unter einem Vorwand erkundigt, ob eine Anklage im Sinne des Kaisers wäre: *cum omnia facta dictaque mea*

---

9 ILS 244 § 6.
10 ILS 244 sanctio.
11 ILS 244 § 8.
12 Ulpian, Dig. 1, 4, 1; dazu Dig. 1, 4, 1, 1–2; Inst. 1, 2, 6.
13 Vgl. Tac. ann. 3, 70.
14 Vgl. Cass. Dio 68, 1, 3. Helvidius Priscus gab seinen Versuch einer Anklage gegen Eprius Marcellus auf, da Galbas Wille nicht klar zu erkennen war (Tac. ann. 4, 6).

probare sanctissimis moribus tuis cupiam (epist. 10, 3a). Die *rescissio actorum*, die mit der Damnatio memoriae eines Kaisers verbunden war, so etwa bei Domitian, erklärte zwar alle von ihm direkt verhängten Strafmaßnahmen für ungültig, betraf aber nicht die Verurteilungen durch den Senat oder durch ordentliche Gerichte einschließlich der Urteile der vom Kaiser eingesetzten Richter. Hier bedurfte es eines individuellen oder generellen Rechtsaktes. So war es Nerva, der die Prozesse wegen Majestätsverbrechen niederschlug und den Verbannten die Rückkehr erlaubte.[15] Doch damit waren die Folgen der Verurteilung noch nicht aufgehoben. Die Amnestierten mussten sich um Rehabilitierung und Restituierung bemühen, zudem war eine eigenmächtige Rückkehr nicht gestattet. Ein anderer Fall trat hingegen ein, wenn der Senat seinen Beschluss, einen Usurpator zum *hostis publicus* zu erklären, was natürlich automatisch alle seine Anhänger mit einbezog, nach dessen Sieg durch die Anerkennung als Augustus widerrief. Alle aus dem Senatsbeschluss resultierenden Rechtsfolgen mussten in einem zugehörenden Beschluss, auch wenn dies die Quellen nicht direkt berichten, rückwirkend für ungültig erklärt und volle Rehabilitierung wie Restitution, und zwar *restitutio in integrum*, also unter Einschluss der Wiedergutmachung für die Familien, ausgesprochen werden. Selbstverständlich wurde dies jeweils durch kaiserliche Edikte oder Konstitutionen ergänzt.

Eine besondere Form der Amnestie für den Kaisermord war, wenn den Mördern für die Beseitigung des „Despoten“ und „Tyrannen“ öffentlich Dank ausgesprochen und über diesen die Damnatio memoriae verhängt wurde, wie etwa bei Domitian oder Commodus. Als die Prätorianer allerdings unter der Führung des Casperius Aelianus im Jahre 97 Nerva zwangen, die ihnen als Hauptschuldige an der Ermordung Domitians vor Augen stehenden, den Prätorianerpräfekten Petronius und dem obersten Kammerherrn Parthenius, zum Tote zu verurteilen und zur Hinrichtung zu übergeben, da musste er den Prätorianiern für die Beseitigung der beiden Männer, die ihm selbst den Weg zum Thron ermöglicht hatten, öffentlich Dank sagen.[16] Damit sicherten sie sich ab, dass sie für die Tat und die Bedrohung des Kaisers nicht belangt werden konnten.

Im Falle von dramatischem Herrscherwechsel, Bürgerkrieg und Usurpation musste der ‚Gewinner‘ klären, wie er sich gegenüber der senatorischen Führungsschicht, den ritterlichen Funktionsträgern, den provinzialen und städtischen Oberschichten wie den Angehörigen der Familia Caesaris verhalten werde. Dabei war, wie sich an vielen Beispielen zeigen lässt,

---

15 Cass. Dio 68, 1, 2.

16 Vgl. Strobel (2010) § II.

jeweils die Beurteilung, welche Maßnahmen der Sicherung der eigenen Stellung und der Stabilität des Regimes dienten, von entscheidender Bedeutung. Dass sich diese Personenkreise aber in einer grundsätzlich prekären Stellung befanden, zeigen die Vorgänge der Jahre 193 bis 197 in aller Deutlichkeit.[17] Pescennius Niger bestrafte Tyros und Laodikeia für ihren Abfall zu Septimius Severus, der nach seinem Sieg beide Städte mit dem Ius Italicum belohnte, während er Antiochia und Byzanz mit der Aufhebung des städtischen Status bestrafte. Allen Städten, die sich nicht rechtzeitig von Pescennius Niger losgesagt hatten, wurden Kontributionen auferlegt. Alle senatorischen und ritterlichen Amtsträger und Offiziere wurden mit Vermögenskonfiskation bestraft. Die Truppen und Berufsoffiziere wurden nicht bestraft. Offenkundig sollte eine Amnestie die Reintegration dieses militärischen Potentials sicherstellen. Ein gemeinsamer Feldzug schloss die Rekonziliation des Heeres ab (1. Partherkrieg). Gegen die Sympathisanten des Niger unter den Senatoren in Rom ging er angesichts der sich abzeichnenden Auseinandersetzung mit Clodius Albinus nicht direkt vor; nach der Machtübernahme in Rom hatte er mit dem Beschluss, keinen Senator zu töten ohne den Senat zu befragen, einen Akt der Rekonziliation gesetzt.

Nach dem entscheidenden Sieg über Clodius Albinus in der Schlacht von Lugdunum kam es bereits bei der Verfolgung der geschlagenen Gegner in die Stadt zu Schreckensszenen und zur Brandschatzung Lugdunums. Clodius Albinus verübte Selbstmord, seine Gattin und seine Kinder wurden sofort hingerichtet, ebenso die Senatoren, die seine Umgebung gebildet hatten. Novius Rufus, Statthalter der Tarraconensis, wurde hingerichtet, mit ihm sicher auch seine Vertrauten und Mitarbeiter. Die legio VII Gemina hatte rechtzeitig die Seiten gewechselt und erhielt das Ehrenprädikat *pia fidelis*. Sowohl in Gallien wie in Spanien wurden zahlreiche Angehörige der provinzialen und lokalen Führungsschicht hingerichtet, ihr Vermögen konfisziert; andere gingen in die Verbannung. Das gleiche Schicksal traf die Provinz Africa Proconsularis, wo Clodius Albinus über Anhänger und ein familiäres Netzwerk verfügt hatte. Für die Konfiskation des Besitzes der Verurteilten wurde Claudius Xenophon als *procurator ad bona cogenda in Africa* eingesetzt. Nach der Rückkehr nach Rom führte Septimius Severus, dem die Korrespondenz des Albinus in die Hände gefallen war, auch dort eine unerbittliche Säuberung durch. 64 Senatoren wurden verhaftet, 29 hingerichtet. Die Vermögen wurden konfisziert. Ebenso traf es den Ritterstand. Die ritterlichen Offiziere im Heer des Albinus verloren Rang und Vermögen; sie wurden, wie wir ergänzen können, in die Verbannung ge-

[17] Vgl. Birley (1988) 98ff.

schickt. Den Mannschaften und Truppenoffizieren wurde aber ganz offenkundig Generalpardon gegeben; die britannischen Truppen kehrten in ihre Provinz zurück, nachdem sie mit neuen Rekruten und Männern aus den severischen Einheiten, die dabei selbstverständlich befördert worden sein dürften, aufgefüllt waren.

Der Umgang mit der unterlegenen Partei im Bürgerkrieg oder beim innenpolitischen Umsturz stellte seit Sulla eine wesentliche Frage dar. Abrechnung, Bestrafung und Säuberung standen Rekonziliationsakten gegenüber bzw. konnten sich mit diesen zu einer jeweils spezifischen Politik verbinden. Wesentlich für die Stabilität eines neuen Regimes war es, kein Gefühl der allgemeinen Unsicherheit und keine Verunsicherung der eigenen Loyalitätsträger aufkommen zu lassen. Das grundsätzlich größte Problem stellte dabei die Behandlung des Heeres, seiner Offiziere, Centurionen und Mannschaften dar. Die Bewahrung des militärischen Potentials und die Wiederherstellung der *concordia exercitus*, der Eintracht des Militärs, standen dabei im Vordergrund. Im Regelfall wurden nur jene Personen, von denen eine Gefahr ausgehen konnte, ausgeschaltet. Säuberungen blieben auf das notwenige Maß beschränkt, sollten aber auch der Abschreckung dienen. Durch Amnestie und Pardon sollten hingegen die durch die jeweilige Lage gezwungenen oder opportunistischen Mitläufer, aber auch Sympathisanten und Mitarbeiter gewonnen und in das Regime wieder eingegliedert werden. Ein Beispiel hierfür ist die Politik Aurelians nach dem Sieg 274 über die Tetrici zur Wiedereingliederung des Gallischen Sonderreiches. Stets war es ein primäres, innenpolitisch und ideologisch fundamentales Bestreben, die Pax Augusta wiederherzustellen, um die Gefühle der Unsicherheit und Bedrohung zu beseitigen; ein zentrales Element war dabei die Schaffung von Rechtssicherheit, wie sich gerade in der Politik des Augustus nach 30 v. Chr. zeigt, insbesondere als er die ungesetzlichen Handlungen der Triumviratszeit im Jahre 28 durch ein Edikt aufhob. Ihre Wirkungsdauer wurde mit dem 31. Dezember 28 v. Chr. begrenzt, die Zeit der brutalen Macht und Willkür damit für überwunden erklärt.

Auch Steueramnestien in der publikumswirksamen Form der Verbrennung der Schuldnerlisten des Fiscus oder die Reintegrationsedikte des Praefectus Aegypti[18] gehören in den innenpolitischen Kontext der Schaffung von Sicherheit und Reintegration in das normale Leben. Letztere waren sicherlich nicht auf Ägypten beschränkt, sondern konnten auch in anderen Provinzen zur Beseitigung paralleler Probleme Anwendung finden. Dabei

---

[18] Vgl. Jördens (2009) 442–458.

ist zu beachten, dass die ägyptischen Reintegrationsedikte nie zur Beendigung von vorausgegangenen Unruhen dienten und nur in Ausnahmefällen mit solchen in eine engere Verbindung gebracht werden können. Ziel war die Rückkehr der Bevölkerung, die ihre Dörfer verlassen hatte, und die Wiederaufnahme der bäuerlichen Tätigkeit durch diese Personen.

Im modernen Sinne ist Amnestie der Verzicht des Staates auf Strafverfolgung und/oder Strafvollstreckung. Eine solche Amnestie kann in der Rekrutierung von Räuberbanden zur Auffüllung des in seinen gut ausgebildeten Kampfverbänden durch die Seuche 166–169 geschwächten Heeres als eine der von Marc Aurel damals eingeleiteten Notmaßnahmen gesehen werden.[19] Darüber hinaus hatte sich das Begnadigungsrecht des Princeps zu einem von Senat und Volk unabhängigen Majestätsrecht (Institutiones 1, 2, 6) entwickelt. Im Falle des Herrscherwechsels waren die Rückrufung von Verbannten, die Rehabilitierung von Verurteilten oder im Falle des Bürgerkrieges die Rehabilitation von eigenen Anhängern, die von der Gegenseite verurteilt worden waren, durchaus häufige Erscheinungen, wobei der Senat oftmals ‚auf Bitte' des Kaisers zu handeln hatte.[20] Doch in unserem Zusammenhang soll die Betrachtung auf generelle Rechtsakte des Herrschers beschränkt bleiben, wobei auch nicht auf den komplexen Begriff der *indulgentia* eingegangen werden soll, der seit Anfang des 3. Jh. zugleich als Terminus technicus für die strafrechtliche Begnadigung durch den Kaiser dient (Cod. Iust. 9, 23, 5; 225 n. Chr.), diese aber prinzipiell mit dem Sektor der *beneficia* des Herrschers verbindet: *beneficium imperatoris, quod a divina scilicet eius indulgentia proficiscitur*, wie es Iavolenus Priscus formuliert hat (Dig. 1, 4, 3). Indulgentia hat im herrscherlichen Zusammenhang die Bedeutung von Huld und Gnade,[21] sie wird in der Münzprägung seit Traian und Hadrian zur Personifikation der Fürstengnade des autokraten Herrschers.

Kommen wir abschließend zu dem Amnestie-Erlass Caracallas aus dem Jahre 212, der auf Kolumne II des bekannten P. Giessen 40 überliefert ist.[22] Kolumne I dieses Dokuments enthält die Constitutio Antoniniana, mit der Caracalla allen Reichsangehörigen das römische Bürgerrecht verliehen

---

[19] HA Aur. 21, 7.

[20] Vgl. Suet. Claud. 12, 1; HA Carac. 6, 3, dagegen 10, 7–8.

[21] So bei der Bürgerrechtsverleihung an einen Berberfürsten und seine Familie (Tabula Banasitana IAM 2, 94; vgl. Sherwin-White [1973] 86–98).

[22] Kuhlmann (1994) 240–245; Mitteis, Chrest. II 378; Oliver (1989) Nr. 61a; Meyer (1910) 33–36.45 Nr. 40 (Nachträge von W. Schubart a.O. I 3, 165). Teile des Erlasses sind in P. Oxy. 36, 2755 erhalten.

hat.[23] Auf letztere soll hier nur im historischen Gesamtzusammenhang eingegangen werden, allerdings ist die Ergänzung in Z. 9 zu einem Ausschluss der Dediticii kaum mehr haltbar; vielmehr ist hier die Salvationsklausel enthalten, welche den Fortbestand aller bisherigen Rechtsverhältnisse bzw. Pflichten und Lasten gegenüber den jeweiligen Gemeinden bringt, „abgesehen von zusätzlich geltenden Bestimmungen."[24] In Z. 2–4 dankt Caracalla den Göttern dafür, von ihnen bewahrt worden zu sein. Im folgenden Satz (Z. 4–5) wird der kaiserliche Rechtsakt angekündigt, der aus dieser Dankbarkeit entspringt. Der historische Hintergrund ist die Ermordung Getas und die folgende blutige Säuberung, die sicher unter dem in Z. 10 angesprochenen Sieg zu verstehen ist. Direkt nach der Ermordung Getas wandte sich Caracalla mit Versprechungen an die Garde, die Prätorianer und die Legio II Parthica in Alba, in deren Lager er sich begab. Währenddessen und in der folgenden Nacht fand das gut vorbereitete Blutbad statt, in dem die Anhänger Getas liquidiert wurden.[25] Den Mördern stattete Caracalla öffentlich Dank ab, womit diese jeder Strafverfolgung entzogen waren, die vom Senat beschlossene Damnatio memoriae Getas rundete dies ab. Am nächsten Tag hielt Caracalla eine Rede im Senat, in der die Vorgänge als siegreiche Schlacht, in der die Feinde überwältigt worden seien, stilisiert wurden. Dann verkündete er den Erlass einer Generalamnestie. Die Säuberungsmaßnahmen waren davon natürlich nicht betroffen. Es war vielmehr eine Amnestie für Verbannte, darunter viele Kriminelle; nach Cassius Dio wurde allen auf Grund irgendwelcher Vorwürfe und Urteile Verbannten erlaubt, nach Hause zurückzukehren.[26] Die Ermordung Getas fand nach dem Ende der Saturnalien, also nach dem 26. Dezember 211 statt, entweder noch Ende des Monats oder im Februar 212. Unter den Opfern der Säuberung, der nach Cassius Dio 20.000 Menschen zum Opfer gefallen sein sollen, befanden sich Männer und Frauen aller sozialen Ränge, darunter der Jurist Papinian, eine Schwester des Commodus, der Sohn des Pertinax. Fabius Cilo wurde nur durch die Intervention der Plebs und der Stadtkohorten gerettet.[27]

---

[23] Kuhlmann (1994) 217–239 mit ausführlichem Kommentar; eine breite Erörterung bei Buraselis (2007); dazu Liebs (2009) 509–514. Allerdings versucht Buraselis erneut, jedoch in keiner Weise zwingend, auf *dediticii* zu ergänzen (bes. a.O. 6 mit Anm. 15).

[24] Kuhlmann (1994) 230–237. Damit stimmt der Inhalt mit den weiteren Quellen zur Constitutio Antoniniana überein (Ulpian, Dig. 1, 5, 17; Cass. Dio 77, 9, 5; Nov. 78, 5).

[25] Cass. Dio 77 (78), 2–4.6, 1; Herodian. 4, 4–5; HA Carac. 2, 4–11.

[26] Cass. Dio 77 (78), 3, 3; HA Carac. 3, 1.

[27] Cass. Dio 77 (78), 2, 3–6; Herodian. 4, 6, 1–4; HA Carac. 3, 2–4, 10.

Kommen wir nun zum Amnestie-Erlass in P. Gießen 40 II. Er setzt sich aus zwei Teilen zusammen. Der erste Teil des Edikts ist eine selbständige Regelung, hängt aber unmittelbar mit der Generalamnestie zusammen. Verbannte bzw. verurteilte Ritter erhalten ihren Rang zurück, Restitutionsfragen sollen geprüft, die Infamie-Vermerke aufgehoben und die Wiederzulassungen zu städtischen Ämtern gewährt werden (Z. 1–6a; der Anfang des Edikts ist verloren). Wer „danach" seinen Rang oder die Zulassung zur Anwaltstätigkeit auf Zeit verloren hat, dem soll der amtliche Vermerk über die Aberkennung der Ehrenrechte nach Vollendung der Strafdauer nicht mehr zum Vorwurf gemacht werden. Damit wurde auf den Vollzug der mit den verhängten Strafen verbundenen rechtlichen Folgen verzichtet. Der Inhalt dieses Teils des Edikts wird von Ulpian wie folgt zusammengefasst: *imperator enim Antoninus edicto proposito statuit, ut quicumque aut quacumque causa ad tempus ordine vel advocationibus vel quo alio officio fuisset interdictum completo tempore nihilo minus fungi honore vel officio possit* (Dig. 50, 2, 3, 1). In der Kurzfassung des Codex Iustinianus wird unter der Überschrift *De his qui in exilium dati vel ordine moti sunt* der lateinische Originaltext des allgemeinen Teils wiedergegeben: *Quibus posthac ordine suo vel advocationibus ad tempus interdicetur, post impletum temporis spatium non prorogabitur infamia*, exakt datiert auf das gleiche Datum, auf den 11. Juli 212. Mit der Formulierung *posthac* ist diese Regelung für die Zukunft erlassen, für die Zeit nach der vorausgehenden speziellen, nur teilweise erhaltenen Restitutionsregelung Caracallas vom 11. Juli 212. Bei Massenamnestien (*indulgentia communis* oder *generalis*) bleiben die Folgen des Verlustes der Ehrenrechte oder des Ranges (*infamia*) unberührt, wie Cod. Theod. 9, 38, 5 ausführt. Für seine Generalamnestie hat Caracalla hier zuerst für die eben von ihm Begnadigten eine Restitution in Rang und Honores verkündet und zugleich eine generelle Regelung eingeführt, um künftig die Rechtsfolgen auf die im Urteil enthaltene Strafzeit zu beschränken.

In Z. 6b–11 wird ein früherer Amnestie-Erlass präzisiert und ergänzt, da der ursprüngliche Wortlaut zu eng ausgelegt worden sei. Zuerst hatte es geheißen, alle straffällig Gewordenen und Verurteilten dürften in ihre Heimat zurückkehren; nun wird verkündet, dass sie sich im gesamten Imperium Romanum einschließlich Rom frei bewegen können.

Verkündet wurde das Edikt am 11. Juli 212 in Rom. In Alexandria wurde es auf Anweisung des Praefectus Aegypti vom 29. Januar 213 am 10. Februar 213 promulgiert (Z. 12–15). Der angesprochene frühere Amnestie-Erlass ist ohne Zweifel die Generalamnestie, die Caracalla am Tage nach

der Ermordung seines Bruders verkündet hatte. Sie wird in dem Text ausdrücklich als Gnadenerweis des Herrschers bezeichnet (Z. 6).

Die Generalamnestie für alle Verbannten und Verurteilten, gleichzeitig mit der brutalen Säuberung verkündet, sollte Caracalla als den *indulgentissimus princeps* erweisen. Ja das seit Traian erscheinende Prädikat wird nun erstmals durch die Formel *super omnes retro principes* gesteigert.[28] Ein neues Zeitalter kaiserlicher Gnade und Huld wurde damit propagiert; entsprechend prominent ist das Auftreten des Münztyps der Indulgentia. Damit suchte Caracalla neue Beliebtheit zu gewinnen, das Image des Brudermörders und blutigen Despoten abzustreifen und sich neue Anhänger zu schaffen. Die Amnestie betraf besonders Verbannte und Verurteilte aus der Regierungszeit seines Vaters. Auch diese Maßnahmen waren gedacht zur Überdeckung der Folgen eines brutalen innenpolitischen Machtkampfes und blutiger Säuberungen. Die Soldaten wurden in diesem Falle durch Donative ruhig gestellt.

BIBLIOGRAPHIE

Birley (1988): A. R. Birley, *The African Emperor Septimius Severus*, London 1988.

Buraselis (2007): K. Buraselis, *ΘΕΙΑ ΔΩΡΕΑ. Das göttlich-kaiserliche Geschenk. Studien zur Politik der Severer und zur Constitutio Antoniniana*, Wien 2007.

Jördens (2009): A. Jördens, *Statthalterliche Verwaltung in der Kaiserzeit. Studien zum* praefectus Aegypti (Historia Einzelschr. 175), Stuttgart 2009.

Kolb (1987): F. Kolb, *Diocletian und die Erste Tetrarchie*, Tübingen 1987.

Kreucher (2003): G. Kreucher, *Der Kaiser Marcus Aurelius Probus und seine Zeit*, Stuttgart 2003.

Kuhlmann (1994): P. A. Kuhlmann, *Die Giessener literarischen Papyri und die Caracalla-Erlasse*, Giessen 1994.

Liebs (2009): D. Liebs, Rez. zu Buraselis (2007) in: ZRG 126 (2009) 509–514.

Meyer (1910): P. M. Meyer, *Drei Erlasse Caracallas aus den Jahren 212 und 215*, in: *Griechische Papyri im Mueum des Oberhessischen Geschichtsvereins zu Gießen I 2*, Leipzig 1910, 25–45.

Mommsen (1899): Theodor Mommsen, *Römisches Strafrecht*, Leipzig 1899.

Oliver (1989): J. H. Oliver, *Greek Constitutions of Early Roman Emperors from Inscriptions and Papyri*, Philadelphia 1989.

Scheithauer (1988): A. Scheithauer, *Super omnes retro principes. Zur inoffiziellen Titulatur römischer Kaiser*, ZPE 72 (1988) 155–177.

Sherwin-White (1973): A. N. Sherwin-White, *The Tabula of Banasa and the Constitutio Antoniniana*, JRS 63 (1973) 86–98.

[28] Vgl. Scheithauer (1988) 155–177.

Strobel (1998): K. Strobel, *Ulpia Severina Augusta: Eine Frau in der Reihe der Illyrischen Kaiser*, in: *Les empereurs illyriens*, Straßburg 1998, 119–153.

Strobel (2001): K. Strobel, *Das Imperium Romanum 180–284/285 n. Chr.*, in: E. Erdmann – U. Uffelmann (Hrsg.), *Das Altertum*, Idstein 2001, 239–278.

Strobel (2007): K. Strobel, Rez. zu Kreucher (2003) in: Gnomon 79 (2007) 630–641.

Strobel (2009): K. Strobel, *From the Imperial Field Army of the Principate to the Late Roman Field Army*, in: A. Morillo – N. Hanel – E. Martín (Hrsg.), *Limes XX. XXth International Congress of Roman Frontier Studies (León 2006)*, Madrid 2009, 913–927.

Strobel (2010): K. Strobel, *Kaiser Traian*, Regensburg 2010.

Waldstein (1964): W. Waldstein, *Untersuchungen zum römischen Begnadigungsrecht. Abolitio-indulgentia-venia* (Commentationes Aenipontanae 18), Innsbruck 1964.

RICHARD GAMAUF (WIEN)

ZU DEN RECHTSFOLGEN DER *ABOLITIO* IM KLASSISCHEN RÖMISCHEN RECHT

1. Einleitung

Bei Erörterung der klassischen *abolitio* ist es nützlich, sich eingangs einen Einwand in Erinnerung zu rufen, mit dem Theodor Mommsen in seinem monumentalen *Römischen Strafrecht* deren Bedeutung für die römische Strafrechtspflege vom Grundsatz her in Abrede stellte:

> „Immer bleibt es bezeichnend für die relative Stabilität der römischen Rechtsordnung, dass nicht bloss Acte dieser Kategorie nur in geringer Zahl in den Annalen verzeichnet sind, sondern mehr noch, dass den römischen Ordnungen dafür eine feste Benennung mangelt. Die ἀμνεστία oder ἄδεια sind griechische Rechtsbegriffe, den Römern fehlt die Sache nicht ganz, aber völlig das technische Wort.“[1]

Mommsens Stellungnahme liegt das — an dieser Stelle jedenfalls zu hinterfragende — Konzept einer nahezu *more geometrico* funktionierenden Strafrechtspflege im Prinzipat zugrunde. Sieht man in den römischen Verhältnissen schon Parallelen zu moderner Rechtsstaatlichkeit, dann bilden Amnestien oder Begnadigungen systemwidrige Fremdkörper, deren postulierte Seltenheit somit keineswegs überraschen sollte. Allerdings kann sich diese These keineswegs auf explizite Quellenzeugnisse stützen, aus denen ein weitgehend reibungsloser Ablauf von Strafverfahren in diesem Zeitraum zu belegen wäre, sondern ausschließlich auf zwei *argumenta e silentio*, die einer kritischen Überprüfung nicht standhalten: Darüber, ob Amnestien etc. in der historischen Überlieferung eine große Rolle spielen, mögen unterschiedliche Urteile möglich sein.[2] Gerade jedoch die eingehende und syste-

---

[1] Mommsen (1899) 458. Noch radikaler ablehnend ibid. 456.

[2] „[D]aß solche Begnadigungen sehr häufig vorgekommen sind,“ entnimmt hingegen Waldstein (1964) 209 den Quellen.

matische Behandlung der *abolitio* in den justinianischen Kompilationen[3] widerlegt die Behauptung einer weitgehenden Irrelevanz dieses Instituts im alltäglichen Rechtsleben. Ihre praktische Bedeutung wird überdies dadurch unterstrichen, dass entgegen Mommsens zweiter Behauptung die Römer sehr wohl juristisch präzise *termini technici* zur Bezeichnung derartiger Akte entwickelt hatten, was Waldsteins einschlägige Untersuchung überzeugend nachgewiesen hat.[4] Darum wird hinter der idealisierenden Einschätzung des römischen Strafrechtswesens eher Mommsens liberal-rechtsstaatliche Grundeinstellung[5] sichtbar denn ein vorurteilsfrei aus den Quellen gewonnener Befund. Die spätere Forschung[6] hat seine grundlegenden Zweifel daher mit Recht nicht aufgenommen.

Wenngleich eine derartige Skepsis im Ergebnis unangebracht war, gibt sie doch Anlass zu einem für das Verständnis der *abolitio* des klassischen Rechts unerlässlichen *caveat*: Mit heutigen Verfahrensniederschlagungen, individuellen Begnadigungen oder generellen Amnestien ist diese in der Tat nur bedingt vergleichbar. Sobald man aber — wenn auch bloß implizit — für das Strafverfahren des Prinzipats die Verwirklichung quasi liberal-rechtsstaatlicher Prinzipien postuliert, gehen gerade die grundsätzlichen Unterschiede zur neuzeitlichen Situation verloren, die das Regime der *abolitio* erst genetisch wie funktional begründeten: Die Situation heute ist durch die Existenz von an das Legalitätsprinzip gebundenen Behörden zur Verbrechensaufklärung und Verfolgung geprägt. Dagegen beruhte der ordentliche römische Strafprozess auf dem Privatanklagegrundsatz,[7] durch dessen Unzulänglichkeiten der Strafrechtspflege zeitweilig Paralysierung drohte und zu deren Korrektur die *abolitio* konzipiert war.

In diesem Beitrag sollen Entwicklung, Funktionsweise und Rechtsfolgen der *abolitio* im Strafprozess bis zur Severerzeit nachgezeichnet und darüber hinaus der Umfang, in welchem eine kaiserliche *indulgentia* zur

---

[3] Hauptsächliche *sedes materiae* sind der Digestentitel 48.16 *Ad senatus consultum Turpillianum et de abolitionibus criminum* sowie die Codextitel 9.42/43 *De abolitionibus* beziehungsweise *De generali abolitione* und 9.45 *Ad senatus consultum Turpillianum.*

[4] Waldstein (1964).

[5] Zum prägenden Einfluss zeitgenössischer liberaler Ideen auf das Rechtsverständnis in Mommsens großen juristischen Monographien im Allgemeinen vgl. Rebenich (2007) 56, 118, 120.

[6] Umfassend Levy (1963) 379–432; Waldstein (1964) 109–130; Fanizza (1988) 41–91; Robinson (1995) 99–101; Robinson (1999) 79–88; Giomaro (2003) 60–67; Nogrady (2006) 121–125; Giglio (2009) 171–189.

[7] Vgl. W. Kunkel, *Prinzipien des römischen Strafverfahrens*, in: Kunkel (1974) 25–26 (= Symbolae David I, Leiden 1963, 126).

Beseitigung von Urteilsfolgen führen konnte, zumindest anhand von Einzelfällen vorgeführt werden. Abschließend wird die *abolitio* unter das titelgebende Konzept vom „Vergeben und Vergessen“ einzureihen sein.

2. Das *senatus consultum Turpillianum*[8]

Die Funktionsfähigkeit der römischen Strafrechtspflege des Prinzipats lassen Zeitgenossen — im Unterschied zu Mommsen — keineswegs in einem zu übertriebenem Optimismus Anlass gebenden Licht erscheinen. Harsche Worte der Kritik für die Zustände vor den *quaestiones publicae* fand Kaiser Claudius in einer *oratio* an den Senat:[9]

> *Nam quidem accusatorum regnum ferre nullo modo possum, qui, cum apud curiosum consilium inimicos suos reos fecerunt, relincunt eos in albo pendentes et ipsi tanquam nihil egerint peregrinantur, ...*

Die Empörung des Kaisers über die „Tyrannei der Ankläger“[10] im Quaestionenverfahren ergab sich unmittelbar aus dem Prinzip der Privatanklage. Dieses versetzte böswillige Zeitgenossen sogar in die Lage, Anklagen aus persönlicher Feindschaft zu erheben (*inimicos suos reos fecerunt*) und derartige Verfahren zu Lasten ihrer Opfer unerledigt in der Schwebe zu halten.

Prozesse vor einer der kaiserzeitlichen *quaestiones perpetuae* wurden in der Regel durch eine private Anzeige (*nominis delatio*) eingeleitet.[11] Mit deren Annahme durch den der *quaestio* vorsitzenden Prätor (*nominis receptio*) wurde der *delator*[12] zum *accusator* und der Name des Angeklagten in das Angeklagtenverzeichnis eingetragen.[13] Bereits damit gingen nachteilige Rechtsfolgen einher.[14] Bei erfolgreichem Abschluss des Prozesses erhielt der Ankläger eine Belohnung aus dem Vermögen des Verurteilten.

---

[8] Zusätzlich zu den in Fn. 6 genannten Autoren vgl. für Überblicks- bzw. eingehendere Gesamtdarstellungen Mommsen (1899) 490–503; Stroux (1929) 39–60; v. Woess (1931) 336–368; Purpura (1976) 219–251; Fanizza (1988) 41–91; Centola (1999) 69–105; Robinson (2006) 264–266.

[9] BGU 611 = FIRA 1^2 44, col. II Z. 11–15.

[10] So die gelungene Übersetzung von Stroux (1929) 87.

[11] Vgl. zum Überblick. W. Kunkel, *Quaestio*, in: Kunkel (1974) 90–102 (= RE 24, 1963, Art. *quaestio 1*, 769–779).

[12] Zu den *delatores* s. Fanizza (1988); Rutledge (2001); Rivière (2002); Robinson (2006).

[13] Bianchini (1964).

[14] Mommsen (1899) 391–392.

Claudius rügte in dieser *oratio* den Stillstand der Strafrechtspflege, welcher daraus resultierte, dass Ankläger ohne Rücksichtnahme auf anhängige Anklagen (*tanquam nihil egerint*) ihren Geschäften außerhalb Roms nachgingen.

Die Untätigkeit eines *accusator* nach Eintragung des Beschuldigten in die Angeklagtenliste brachte für diesen erhebliche Nachteile: Er hatte auf unbestimmte Zeit unter dem Damoklesschwert des anhängigen Strafprozesses (*in albo pendens*) zu leben und erhielt auch keine Gelegenheit, mit einem Freispruch seinen Namen reinzuwaschen und durch die nachfolgende Bestrafung des Anklägers wegen verleumderischer Anklage (*calumnia*) Genugtuung zu finden.

Zu Beginn des Prinzipats scheint es — anders als noch in der Spätzeit der Republik — für den Ankläger selbst in begründeten Fällen nicht mehr möglich gewesen zu sein, von einer Anklage zurückzutreten und die Tilgung des Angeklagten aus der Liste zu veranlassen.[15] Zu den von Claudius beklagten Missständen kam es, wenn ein arglistig eingeleitetes Verfahren nicht fortgesetzt wurde, aber auch dann, wenn ein ursprünglich gutgläubiger Ankläger von der Weiterführung absah, sobald er die Übereilung seiner Strafverfolgung bemerkt hatte. Infolgedessen erhöhte sich die Zahl der offenen Verfahren in diesem Zeitraum offenbar so stark, dass Claudius wiederholt Abhilfe zu schaffen versuchte: Cassius Dio und Sueton berichten übereinstimmend von einer Vorschrift, die für das Ausbleiben des Anklägers vom Termin — ohne Rücksicht auf die Gründe — eine Entscheidung gegen diesen, d.h. einen Schuldspruch wegen *calumnia*, anordnete.[16]

Die zitierte *oratio de aetate recuperatorum et de accusatoribus coercendis* modifizierte diese Regelung nunmehr dahingehend, dass sich der Ankläger ausschließlich durch ein ungerechtfertigtes Fernbleiben strafbar machen konnte:

> *... accusatoribus quidem nos ita adimamus hanc regni impotentiam, ut potestatem faciamus praetori praeteritis inquisitionis diebus citandi accusatorem, et si neque aderit neque excusabitur pronuntiet calumniae caussa negotium fraude fecisse videri eum …*[17]

---

[15] Purpura (1976) 225–226; Centola (1999) 63; Giglio (2009) 174.

[16] Cass. Dio 60, 28, 6; Suet. Claud. 15. Zum Verhältnis dieser Vorschriften zueinander und zu einer Regelung Neros (BGU 628) vgl. Purpura (1976) 227–228; Giglio (2009) 175. Für eine umgekehrte zeitliche Reihenfolge dieser Normen v. Woess (1931) 353–354.

[17] BGU 611 = FIRA 1^2, 44 col. III Z. 4–9.

Der *praetor quaestionis* erhielt die Befugnis, säumige Ankläger nach Ablauf der Frist für die Beweisvorlage (*dies inquisitionis*) vorzuladen und sie bei unentschuldigtem (oder unglaubwürdig begründetem) Fernbleiben wegen *calumnia* zu verurteilen.

Aber auch diese Regelung scheint keine nachhaltige Verbesserung der Situation bewirkt zu haben. Andernfalls hätte es für den Senat keinen Grund gegeben, schon 61 n. Chr. im sogenannten *SC Turpillianum* die Tätigkeit der Privatankläger neuerlich zu normieren. Den Anlass dazu bot der Fall eines gewissen Valerius Ponticus:[18] Dieser hatte — vermutlich gegen Bestechung — Anklagen vor der *quaestio de falsis*[19] erhoben, um die Kognition des *praefectus urbi* zu unterlaufen.[20] Durch Kunstgriffe und Kollusion mit dem Angeklagten (*praevaricatio*) hatte er sodann einen ungerechtfertigten Freispruch erwirkt. Der Senat stellte deshalb die Infamie (*ignominia*) des Valerius Ponticus fest und verhängte über ihn die Strafe für *calumnia.*[21]

Marcians spätklassische Monographie zum *SC Turpillianum* unterschied drei Tatbestände von Anklägervergehen des *SC: calumnia* (verleumderische Anklage), *praevaricatio* (kollusive Anklage, um einen schuldigen Täter der Strafe zu entziehen)[22] und *tergiversatio* (Unterlassung der ordnungsgemäßen Weiterführung des Prozesses).

> Dig. 48, 16, 1 pr. (Marc. l.s. SC Turpill.) *Accusatorum temeritas tribus modis detegitur et tribus poenis subicitur: aut enim calumniantur aut praevaricantur aut tergiversantur.* (1) *Calumniari est falsa crimina intendere, praevaricari vera crimina abscondere, tergiversari in universum ab accusatione desistere.*

---

[18] Tac. ann. 14, 41: *Pari ignominia Valerius Ponticus adficitur, quod reos, ne apud praefectum urbis arguerentur, ad praetorem detulisset, interim specie legum, mox praevaricando ultionem elusurus. additur senatus consulto, qui talem operam emptitasset vendidissetve, perinde poena teneretur ac publico iudicio calumniae condemnatus.* Dazu Fanizza (1988) 50.

[19] Purpura (1976) 240.

[20] Mögliche Motive erörtert Giglio (2009) 177–178.

[21] Zu den Sanktionen des *SC Turpillianum* s. Fanizza (1988) 48–49, 82–91; Robinson (1995) 102–103; Centola (1999) 78–94; Robinson (2006) 265; Giglio (2009) 179–183; zur Infamie vgl. auch Wolf (2009) 81 Fn. 133.

[22] Dig. 48, 16, 1, 6 (Marcian l.s. SC Turpill.) *Praevaricatorem eum esse ostendimus, qui colludit cum reo et translaticie munere accusandi defungitur, eo quod proprias quidem probationes dissimularet, falsas vero rei excusationes admitteret.*

Calumnia, die dolose Anklage eines Unschuldigen, wurde bereits seit der *lex Remmia* (spätestens 80 v. Chr.) bestraft.[23] Nach einem Freispruch hatte das Gericht, bei dem die gescheiterte Anklage erhoben worden war, über das Vorliegen einer *calumnia* zu befinden. Das *SC* erweiterte die Strafbarkeit auf Anstifter.[24]

Von *praevaricatio* und *tergiversatio* profitierte ein Schuldiger, da es zu keinem Urteil gegen ihn kam. Eine *praevaricatio* setzte Kollusion zwischen den Prozessparteien voraus: Jemand erhob im Einvernehmen mit dem „Gegner" Anklage und verhinderte so, dass ein anderer Ankläger tatsächlich eine Verurteilung erzielte. Das Deutsche kennt für den Begriff in Ermangelung eines modernen Gegenstücks kein Synonym.[25] Der Ausdruck leitet sich von *varicare* „gegrätschtes Gehen, mit auseinandergestellten Füßen" ab.[26] Ein *praevaricator* „drehte ein krummes Ding", sei es, dass er keine geraden Furchen pflügte, sei es, dass er im Prozess zu Winkelzügen griff:[27] Die strafprozessuale *praevaricatio* bestand in der Preisgabe der eigenen Sache und dem damit vollzogenen Wechsel auf die Seite des Angeklagten.[28] Den juristischen Gehalt des Wortes erfasst Labeos Pseudoetymologie (*a varia certatione*) damit durchaus.[29] *Tergiversatio*, wörtlich „das Zuwenden des Rückens", war eine pflichtwidrige Nichtweiterführung einer Anklage.

Zweck des *SC* war, den Ankläger zur ernstlichen Weiterverfolgung des Verfahrens (*peragere*) bis zur Verurteilung anzuhalten.[30] Ein strafloses Abstandnehmen (*desistere*) war nur nach einer *abolitio* möglich.[31] Wald-

---

[23] Zur *calumnia* Centola (1999) und Giomaro (2003).

[24] Vgl. Hagemann (1998) 80–81; Centola (1999) 72–78.

[25] Mommsen (1899) 501 übersetzt noch mit „Verquerung", was heute selbst erklärungsbedürftig erscheint. Das Grimm'sche Wörterbuch weist „verqueren" nur als bergmännischen Fachausdruck nach, der unter anderem „quer durchfahren" bedeutet (Grimm – Grimm [1956] 982).

[26] Heumann – Seckel (1958) 613.

[27] Walde – Hoffmann (1982) 735.

[28] Dig. 50, 16, 212 (Ulp. 1 adult.) *„Praevaricatores" eos appellamus, qui causam adversariis suis donant et ex parte actoris in partem rei concedunt: a varicando enim praevaricatores dicti sunt.*

[29] Dig. 47, 15, 1 (Ulp. 6 ed. praet.) *Praevaricator est quasi varicator, qui diversam partem adiuvat prodita causa sua. quod nomen Labeo a varia certatione tractum ait: nam qui praevaricatur, ex utraque parte constitit, quin immo ex altera.*

[30] Bestimmte privilegierte Personen konnten ohne die Sanktionen des *SC Turpillianum* Anklagen fallen lassen; vgl. Fanizza (1988) 76–82.

[31] Dig. 50, 2, 6, 3 (Pap. 1 resp.) *Qui iudicii publici quaestionem citra veniam abolitionis deseruerunt, decurionum honore decorari non possunt, cum ex Turpilliano senatus consulto notentur ignominia veluti calumniae causa iudicio publico damnati.*

stein bezweifelt allerdings die Erwähnung dieses Ausnahmetatbestandes im *SC* selbst und schreibt dessen Anerkennung erst der Hochklassik zu.[32] Diese These begründet er mit der Verwendung des Substantivs *abolitio* erst ab dieser Zeit. Texte, die bloß das Verb *abolere* enthalten, schließt er von vornherein als Belege aus.

Derartige terminologische Überlegungen haben für die Rekonstruktion der Geschichte eines Rechtsinstituts allerdings nur beschränkten Wert.[33] Zu bedenken ist dabei, dass die römische Rechtssprache in anderen Zusammenhängen zahlreiche Beispiele bietet, dass zur Bezeichnung für etablierte Rechtsinstitute über ausgedehnte Zeiträume nur Verben in Gebrauch waren und Substantive bisweilen verhältnismäßig spät (gelegentlich erst im Zuge der Rezeption) aufkamen.[34] Für das vorliegende Problem sind *e silentio*-Schlüsse außerdem insofern fragwürdig, als die thematisch einschlägigen spätklassischen Juristentexte in der Digesten-Überlieferung kaum Hinweise auf ältere Meinungen[35] oder Kontroversen bieten und darum die Literaturschichten zur *abolitio* vor der Spätklassik kaum fassbar sind.[36] Das *argumentum e silentio* sollte darum weniger ernst genommen werden als das älteste Textzeugnis für eine *abolitio*:[37]

Dig. 48, 16, 15 pr. (Macer 2 publ.) *In senatus consultum Turpillianum incidunt, qui subiecissent accusatores, aut subiecti postulassent nec peregissent reos, aut aliter quam abolitione facta destitissent: quique chirographum ob accusandum dedissent pactionemve aliquam interposuissent. hoc autem verbum „nec peregissent“ ad universos supra scriptos pertinere dicendum est.*

Dig. 48, 16, 1, 7 (Marc. l.s. SC Turpill.) *Si quis autem ab accusatione citra abolitionem destiterit, punitur.*

32 Waldstein (1964) 115.

33 Zum späten Auftreten des Wortes ἀμνεστία in Griechenland vgl. den Beitrag von M. Dreher in diesem Band.

34 Daube (1966) 11–63.

35 Zum Fehlen älterer juristischer Literatur zu den *iudicia publica* s. auch Rigsby (1999) 164–165 und Harries (2007) 8.

36 Möglicherweise haben die Kompilatoren Justinians Bannstrahl gegen die *antinomia* und seinen Auftrag zur Widerspruchsfreiheit (*deo auctore* 9) gerade im Strafrecht ernster genommen als im Privatrecht: Die Erhaltung von privatrechtlichem *ius controversum* mag für die (Professoren unter den) Kompilatoren reizvoll gewesen sein, im Strafrecht wäre die daraus resultierende Unsicherheit rechtspolitisch fatal geworden.

37 Kritisch schon Mayer-Maly (1966) 493 Fn. 5. Siehe auch die Erwähnung der *abolitio* durch Domitian (unten in Fn. 53).
Für die Regelung der *abolitio* durch das *SC* Purpura (1976) 244, 248 (allerdings auf die *abolitio publica* einschränkend); Fanizza (1988) 51, 63; Giomaro (2003) 62; Giglio (2009) 177.

> Dig. 37, 14, 10 (Clem. 9 leg. Iul. et Pap.) ... *qui nomen detulit, accusasse intellegendus est, nisi abolitionem petit: idque etiam Proculo placuisse Servilius refert.*

Terentius Clemens (um die Mitte des 2. Jh.) diskutierte den Ausschluss des Patrons von der *bonorum possessio contra tabulas* wegen einer kapitalen Anklage gegen seinen Freigelassenen. Dazu zitierte er seinen Vorgänger Servilius, der seinerseits wieder auf eine Ansicht des Proculus verwies, dass diese Rechtsfolge gleichermaßen durch eine *delatio* wie durch eine *accusatio* ausgelöst wurde. Der Frühklassiker Proculus ließ allerdings den Patron nach einer *abolitio* (*privata*) zur *bonorum possessio* zu. Der Text zeigt damit, dass die Rechtsfolgen einer Delation oder Anklage bereits vor dem *SC Turpillianum* im Wege einer *abolitio privata* beseitigt werden konnten.

Für die Bedachtnahme auf die *abolitio* im *SC Turpillianum* spricht weiters, dass dieses *SC* den abschließenden gesetzgeberischen Akt zur Eindämmung der Missstände bei Privatanklagen vor den *quaestiones perpetuae* bildete: Im Unterschied zu den unter Claudius ergangenen normativen Akten wurde das *SC* offenbar auch später nicht mehr als grundsätzlich änderungs- oder ergänzungsbedürftig[38] angesehen. Inhaltlich blieb das *SC Turpillianum* offenkundig weitgehend auf ein „restatement“ des bislang Bewährten beschränkt: Bei Regelung der *praevaricatio* knüpfte es an die vorangegangene Gesetzgebung des Prinzipats an; bei der *calumnia* an die *lex Remmia.*

Dass nicht alle Regelungen des *SC Turpillianum* in unmittelbarer Beziehung zur das Einschreiten des Senates auslösenden *praevaricatio* des Valerius Ponticus standen, deutet die Intention des Senates an, anlässlich dieses Falles eine umfassende Regelung der seit Jahrzehnten als unbefriedigend empfundenen Situation zu versuchen. Dazu musste auch die *abolitio* als Strafausschließungsgrund berücksichtigt werden.

3. *Abolitio publica*

Der Spätklassiker Papinian unterschied drei Typen der *abolitio*: *publica*, *privata* und *ex lege*:[39] Eine *abolitio publica* wurde demnach anlässlich von

---

[38] Zur Ausdehnung auf das Kognitionsverfahren vgl. Fanizza (1988) 89–90; Giglio (2009) 172.

[39] Dig. 48, 16, 8 (Pap. 2 adul.) *Abolitio aut publice fit ob diem insignem aut publicam gratulationem. (10) Aut privatim actore postulante. tertio genere fit ex lege abolitio accusatore mortuo vel ex iusta causa impedito, quo minus accusare possit.*

Festtagen oder anderen freudigen Ereignissen (Thronbesteigungen, geglückten Staatsangelegenheiten)[40] ausgerufen. Kennzeichnend für die *abolitio privata* war, dass sie eines Antrags des Anklägers bedurfte. *Ex lege* trat die *abolitio* beim Tod des Anklägers oder dessen dauernder Verhinderung ein.[41] In Ergänzung dazu erfährt man von Ulpian über die *abolitio publica*, dass eine solche vom Senat regelmäßig bei Festen oder Ehrentagen des Kaiserhauses erlassen wurde und daneben auch bei anderen Gelegenheiten, die dem Senat angemessen erschienen.[42] Solche *SCta* ergingen wohl meist aufgrund eines kaiserlichen Antrages (*oratio*); auf die Einschaltung des Senates konnten Kaiser auch gänzlich verzichten.[43]

Aufschlüsse über die Motive, warum bei Festen eine *abolitio publica* erging, erlaubt die epigraphisch überlieferte *oratio* von Septimius Severus und Caracalla zur *abolitio* anlässlich der *ludi saeculares* von 204 n. Chr.:[44]

> *... quo laetitiae publicae fructus a[d un]iversos [cives perveniat l]udis saecularibus quos edituri sumus placere [... reorum] nomina abolenda ita uti pos[t d]iem tricensimu[m accusatoribus eo]s re[p]etendi ius sit edicendum existima[vimus ...]*

Alle Bürger sollten Gelegenheit haben, das Fest unbeeinträchtigt von anhängigen Strafverfahren zu genießen. Dazu wurde die Tilgung der Namen von Angeklagten verfügt und neuerliche Anklagen waren erst nach Abschluss des Festes zugelassen.[45]

Zwischen beide Fragmente setzten die Kompilatoren Dig. 48, 16, 9 (Macer 2 publ.) *Vel ob rem prospere gestam*.

40 Krause (1996) 218–219; ders. (2004) 79–80.

41 Zur *abolitio ex lege* Fanizza (1988) 61.

42 Dig. 48, 16, 12 (Ulp. 2 adult.) *Si interveniente publica abolitione ex senatus consulto, ut fieri adsolet, vel ob laetitiam aliquam vel honorem domus divinae vel ex aliqua causa, ex qua senatus censuit abolitionem reorum fieri, nec intra dies praestitutos reum repetierit: dicendum est cessare Turpillianum senatus consultum. nec enim videtur desistere, qui exemptum reum non defert: eximitur autem reorum abolitione interveniente.* Vgl. auch Robinson (1999) 80.

43 Auch durch kaiserliche Edikte wurden *abolitiones* erlassen; s. C. 9, 43, 1 (unten Fn. 48) und CIL VI 32327 Z. 19–20.

44 CIL VI 32327 Z. 19–20.

45 Nach dem Text der *oratio* war dies nach Ablauf einer Frist von 30 Tagen auf unbeschränkte Dauer möglich. Diese auf Mommsen zurückgehende Rekonstruktion des fragmentarisch überlieferten Schlusses ist jedoch zweifelhaft, weil im Widerspruch zum zeitgleichen Papinianfragment Dig. 48, 16, 10, 2 (unten Fn. 50), das eine Wiederanklage binnen 30 Tagen gestattete. So auch Waldstein (1964) 107.

Mit Wirksamkeit einer *abolitio publica* war der Angeklagte aus der Angeklagtenliste gelöscht und das Verfahren jedenfalls beendet (*reus exemptus*). Aber auch für den Ankläger hatte die *abolitio* strafausschließende Wirkungen: Selbst wenn er die Frist zur neuerlichen Anklage verstreichen ließ (*non deferre*), unterfiel er in der Regel nicht den Strafen des *SC Turpillianum* für *tergiversatio*.[46] Allerdings beendete eine *abolitio publica* nur das laufende Verfahren, nicht aber notwendigerweise auch die Strafverfolgung: Der bisherige Ankläger selbst durfte binnen 30 Tagen die Anklage wiederholen.[47] Nach Ablauf der Frist war für ihn keine Anklage mehr möglich;[48] ein Dritter konnte danach weiterhin anklagen.[49] Berechnet wurde die Frist nach sogenannten *dies utiles*, sodass Hemmung während der Zeiten eintrat, in denen die Erhebung einer Anklage nicht möglich war.[50] Die Frist begann allerdings nicht schon mit Verkündigung der *abolitio*, sondern lief erst ab dem Ende der Anlass gebenden Feierlichkeiten. Zwischen der Verkündigung einer *abolitio publica* und der Beendigung der betreffenden Feierlichkeit konnten wohl keine neuen Anklagen mehr eingebracht werden.[51]

Abolitiones publicae konnten sich sogar in kurzen Zeitabständen häufen, wenn feierliche Ereignisse unmittelbar aufeinander folgten. Ob dadurch auch die mehrfache Wiederholung einer Anklage notwendig wurde, diskutiert

> Dig. 48, 16, 15, 6 (Macer 2 publ.) *Quamquam prius reum quis detulerat, et si post abolitionem, antequam reus repeteretur, alia abolitio supervenerit: non ex superiore, sed ex secunda abolitione dies triginta computantur.*

In diesem Aemilius Macer (unter Alexander Severus) vorgelegten Fall war ein Strafprozess infolge einer *abolitio publica* beendet worden. Dieser folg-

---

46 Zu Fällen einer Wiederanklagepflicht unten bei Fn. 55.

47 PS. 5, 17, 1 *Post abolitionem publicam a delatore suo reus intra tricensimum diem repeti potest, postea non potest.*

48 C. 9, 43, 1 (Imp. Anton. A. Rutiliano consulari Lyciae) *Qui potentatus et vis aliorumque criminum reum fecit, si post abolitionem ex forma solita reorum factam et edicta proposita intra diem statutum repetere supersederit, persequi crimina volens non est audiendus.* PP. viii k. Mai. Laeto II et Cereale conss. [a. 215].

49 Dig. 48, 2, 11, 2 (Macer 2 publ.iudic.) unten in Fn. 66.

50 Dig. 48, 16, 10, 2 (Pap. 2 adult.) *Triginta dies repetendi rei divus Traianus utiles esse interpretatus est, ex die scilicet, quo feriae finitae sunt. et senatus censuit eas dies cedere, quibus quisque reum suum repetere possit. hoc autem repetendi rei tempus non aliter cedit, quam si accusator quoque potuit adire.*

51 Siehe sogleich bei der Erörterung von Dig. 48, 16, 15, 6.

te weniger als 30 Tage später eine weitere nach. Als der Kläger daraufhin binnen 30 Tagen nach der zweiten und damit bereits später als 30 Tage nach der ersten *abolitio* wieder anklagen wollte, wendete der Angeklagte die Verfristung des Anklagerechts ein. Er argumentierte mit der Aufhebung des Prozesses durch die erste *abolitio*, ab welcher folglich auch die Wiederanklagefrist zu berechnen gewesen wäre. Diesen Einwand verwarf Macer und rechnete die Frist ab der zweiten *abolitio*, da ein unmittelbar im Anschluss an den ersten anhängig gemachter Folgeprozess durch die zweite *abolitio* erneut beendet worden wäre. Ab deren Wirksamkeit wären dem Ankläger demzufolge wieder 30 Tage zur Neuanklage zur Verfügung gestanden. Dieselbe Möglichkeit gestand der Jurist dem Ankläger mit seiner Entscheidung unabhängig von einer sofort erfolgten Wiederanklage zu. Da keine solche erforderlich war, liegt die Vermutung nahe, dass mit der Ankündigung einer *abolitio* Anklagen mangels Aussicht auf Verfahrensabschluss ohnehin nicht mehr angenommen wurden. Gegen eine erstmalige Anklage konnte eine *abolitio* hingegen keinesfalls eingewendet werden, da nicht gerichtsanhängige Taten von *abolitiones* unberührt blieben.[52]

Die politisch-ideologischen Hintergründe der *abolitio publica* beschränkten deren persönlichen Wirkungsbereich. Nicht alle Angeklagten sollten gleichermaßen Anrecht haben, an den öffentlichen Feierlichkeiten teilzunehmen: Ehebruchsprozesse gegen inhaftierte Sklaven wurden bereits aufgrund einer Bestimmung der *lex Iulia de adulteriis* ohne Rücksichtnahme auf die *abolitio* weitergeführt; in Untersuchungshaft befindliche Sklaven nahm Domitian darum generell von den Wirkungen einer *abolitio publica* aus.[53] Wahrscheinlich profitierten daher in erster Linie Personen aus den Oberschichten von den *abolitiones*.[54]

In sachlicher Hinsicht erledigte eine *abolitio publica* nicht alle Verfahren in derselben Weise. In einem *responsum* schärfte der spätklassische Jurist Modestin die Pflicht zur Wiederanklage beim *crimen falsi* ein:

---

[52] C. 9, 43, 2 (Impp. Diocl. et Maxim. AA. Paulino) *Cum eo tempore, quo indulgentia nostra crimina extinxit, accusatio a te instituta non fuerit, publicae abolitionis praescriptio cessat.* PP. vi id. Febr. Maximo II et Aquilino conss. [a. 286].

[53] Dig. 48, 16, 16 (Paul. l.s. adult.) *Domitianus rescripsit, quod de feriis et abolendis reis dicitur, non pertinere ad servos, qui accusati in vinculis esse iubentur, ne iudicium finiatur.*
Dig. 48, 3, 2, 1 (Pap. 1 adult.) … *edictum Domitiani, quo cautum est abolitiones ex senatus consulto factas ad huiusmodi servos non pertinere. nam et lex ipsa prohibet eum absolvi, priusquam de eo iudicetur. ...*
Vgl. dazu Rilinger (1988) 88 und Lovato (1994) 17–18.

[54] Robinson (1999) 82.

> Dig. 48, 16, 17 (Mod. 17 resp.) *Lucius Titius Seium reum falsi fecit et priusquam persequeretur, indulgentia reorum crimina abolita sunt. quaero, si postea eum iterato reum non fecerit, an in Turpillianum senatus consultum inciderit. Herennius Modestinus respondit abolitionem reorum, quae publice indulgetur, ad hoc genus criminis non pertinere.*

Jemand hatte eine Anklage wegen Fälschung eingebracht und vor Abschluss des Prozesses war aufgrund kaiserlicher Gnade (*indulgentia*) eine *abolitio publica* verfügt worden. Auch wenn damit das anhängige Verfahren beendet war, blieb der Ankläger in diesem Fall vor den Sanktionen des *SC Turpillianum* nur gefeit, wenn er die Anklage erneuerte. Eine solche gemäß dem *SC Turpillianum* sanktionierte Pflicht bestand sicherlich auch in anderen Fällen; mit Mommsen liegt es nahe, dabei vor allem an Kapitalsachen zu denken.[55]

Eine ernstgemeinte Strafverfolgung wurde durch eine *abolitio publica* zweifelsohne erschwert. Um die Verzögerungen in Grenzen zu halten und überflüssige Wiederholungen zu vermeiden, wurde das erneuerte Verfahren in der prozessualen Situation des ersten aufgenommen:

> Dig. 48, 16, 7 (Ulp. 8 disp) *Si quis repetere velit crimen publica abolitione interveniente, eo iure repetit, quo accusabat: neque enim possunt praescriptiones ei obici, quae ante reorum abolitionem non sunt obiectae. et ita divus Hadrianus rescripsit.*

Bei der Wiederanklage legte Ulpian materiell- wie formellrechtlich die Lage des ersten Prozesses zugrunde. Prozesshindernde Einwendungen (*praescriptiones*), über die der Angeklagte im ersten Prozess noch nicht verfügt (*nova producta*) oder die er auch bloß nicht erhoben hatte (*nova reperta*), konnten nach einem Reskript Hadrians dem zweiten Verfahren nicht entgegengehalten werden. Aus Gründen der Prozessökonomie lag es überdies nahe, bereits im ersten Verfahren erzielte Ergebnisse (Beweise und dergleichen) im späteren Prozess zu verwerten. Auch ein Ehemann, der *post abolitionem* seine Frau neuerlich *iure mariti* wegen Ehebruchs verfolgte, erlitt daraus keine Verschlechterung seiner Position.[56]

Bei Ehebruchsprozessen entfaltete eine *abolitio* sogar unmittelbar materielle Rechtsfolgen: *Post abolitionem* verstieß die Wiederheirat nicht mehr

---

[55] Mommsen (1899) 456; Robinson (1995) 99.

[56] Dig. 48, 16, 10, 1 (Pap. 2 adult.) *Abolitione autem publice facta non retractabitur in iudicio repetendo de mariti iure.*

gegen die *lex Iulia de adulteriis*.[57] Wenn der Ehemann schon in einem frühen Verfahrensstadium (unmittelbar nach Einreichung der *libelli accusationis*) seinen Irrtum erkannt hatte, konnte er diesen mit Erfolg als *iusta causa abolitionis* für eine *abolitio privata* geltend machen und die Frau danach wieder ehelichen, ohne ein *lenocinium* zu begehen.[58] Ansonsten setzte eine sanktionslose Wiederverheiratung einen Freispruch voraus, da vor Abschluss des Verfahrens in der Eheschließung die Aufgabe des Willens zur Strafverfolgung (also *desistere* im Sinne des *SC Turpillianum*) manifest wurde.[59]

4. *Abolitio privata*

Im Unterschied zur generellen *abolitio publica* erging die *abolitio privata* für ein konkretes Verfahren, um die Strafbarkeit des Anklägers nach dem *SC Turpillianum* auszuschließen. Als *actus contrarius*[60] zur *nominis delatio* war eine derartige *abolitio* für jedes Verbrechen beziehungsweise jeden Täter gesondert zu beantragen, wenn zugleich eine Person wegen mehrfacher Straftaten oder mehrere Täter angeklagt waren.[61]

Aufgrund der Einzelfallbezogenheit regelten zahlreiche Verfahrensvorschriften ihre Erteilung bis ins Detail: Sie bedurfte eines Antrags des einstellungswilligen Anklägers, den der Gerichtsvorsitzende sorgfältig zu prüfen hatte. Das sollte Umgehungen des *SC Turpillianum* ausschließen, zum

---

57 Robinson (1995) 65; McGinn (1998) 237–238.

58 Dig. 23, 2, 34, 1 (Pap. 4 resp.) *Ream adulterii, quam vir iure mariti postulavit, non prohibetur post abolitionem uxorem denuo ducere: sed et si non iure mariti ream postulavit, iure contractum matrimonium videbitur.*
C. 9, 9, 17 pr. (Impp. Valer. et Gallien. AA. et C. Victorino) *Sine metu legis Iuliae de adulteriis coercendis revocare uxorem in matrimonium potes, cum nihil amplius quam libellos accusationis obtulisti, quia postea comperisse te adfirmas, quod vana indignatione ad accusationem incitatus fueris.* PP. vi k. Aug. ipsis AA. IIII et III conss. [a. 257].

59 Dig. 48, 5, 41, 1 (Paul. 19 resp.) *Item quaeritur, an idem maritus destitisse videatur vel lenocinium commisisse, qui eandem reduxit uxorem. Paulus respondit eum, qui post crimen adulteri intentatum eandem uxorem reduxit, destitisse videri et ideo ex eadem lege postea accusandi ei ius non superesse.*
Ob zugleich auch ein *lenocinium* vorlag, wollte der Jurist bis zum Abschluss des Verfahrens über das *adulterium* offenlassen; s. McGinn (1998) 237.

60 Vgl. auch Waldstein (1964) 122–124.

61 Dig. 48, 16, 1, 9 (Marcian. l.s. SC Turpill.) *Si plura crimina idem eidem intulit, singulorum debet abolitionem petere ...*
Dig. 48, 16, 1, 10 (Marcian. l.s. SC Turpill.) ... *et tamen, si utrique (scil. marem et feminam) simul denuntiaverit, in utriusque persona abolitionem eum petere debere, ne in eum senatus consultum incidat.*

Beispiel die Verhinderung einer Verurteilung im Wege einer kollusiv beantragten *abolitio* oder die Zurückziehung einer calumnierenden Anklage. Die Kenntnis des Verfahrensstandes erlaubte dem Vorsitzenden, das Vorliegen der *iusta causa* zu beurteilen: Eine solche lag etwa bei einer irrtümlichen Anklage vor. Stellte sich bei Prüfung des Abolitionsantrags jedoch heraus, dass der Ankläger diese dolos versucht hatte, wurde er wie nach einem Prozessverlust wegen *calumnia* verurteilt.[62] In einer fortgeschrittenen Prozessphase war das Einverständnis des Angeklagten zudem zweifelsfrei nachzuweisen.[63]

Die Bedeutung der Zulassung einer *abolitio privata* wurde zusätzlich dadurch unterstrichen, dass ein Statthalter persönlich *pro tribunali* zu entscheiden hatte.[64] Aufgrund des bei ihr anzulegenden strengen Maßstabs war eine *abolitio privata,* wie eine Bemerkung Ulpians belegt, in der Praxis nicht einfach zu erhalten (*non facile impetretur*, Dig. 38, 2, 14, 2 Ulp. 45 ed.).

Sorgfalt wurde bei der Entscheidung über den Abolitionswunsch vor allem deswegen gefordert, weil eine *abolitio privata* die weitere Strafverfolgung in der Regel praktisch endgültig schloss: Dem Ankläger stand hier keine Wiederholung zu;[65] Anklagen durch Dritte waren zwar möglich,[66] in der Praxis wohl aber die Ausnahme.[67]

---

[62] Dig. 49, 14, 15 (Mauric. 3 leg. Iul.Pap.) *Senatus censuit, si delator abolitionem petat, quod errasse se dicat, ut idem iudex cognoscat, an iusta causa abolitionis sit, et si errasse videbitur, det inprudentiae veniam, si autem calumniae, hoc ipsum iudicet eaque causa accusatori perinde cedat, ac si causam egisset et prodidisset.*

[63] Dig. 48, 16, 18 pr. (Papir. 1 de const.) *Imperatores Antoninus et Verus Augusti Iulio Vero rescripserunt, cum satis diu litem traxisse dicetur, invito adversario non posse eum abolitionem accipere.* (1) *Item rescripserunt, nisi evidenter probetur consentire adversarium, abolitionem non dari.*

[64] Dig. 48, 16, 1, 8 (Marcian. l.s. SC Turpill.) *Abolitio privatim a praesidibus postulari ac impetrari solet, item pro tribunali, non de plano: nec praesens hanc cognitionem alteri demandare potest.*

[65] Dig. 48, 16, 4, 1 (Pap. 15 resp.) *Post abolitionem idem crimen ab eodem in eundem instaurari non potest.*

[66] Dig. 48, 2, 11, 2 (Macer 2 publ.iudic.) … *sed eum, qui abolitione publica vel privata interveniente aut desistente accusatore de reis exemptus est, alius deferre non prohibetur.*

[67] Waldstein (1964) 126.

5. *Indulgentia*: Reichweite einer Strafnachsicht

Grundlage einer *abolitio publica* konnte ein kaiserlicher Begnadigungswunsch — *indulgentia principis* — sein.[68] Sofern nach einer *ex indulgentia* verkündeten *abolitio* ein eingestelltes Verfahren nicht wieder aufgenommen wurde, waren damit alle nachteiligen Rechtsfolgen der Straftat beseitigt. Ferner konnte eine *indulgentia* bereits vor einer Verurteilung im Einzelfall ähnlich wirken wie eine *abolitio*:

> Dig. 49, 16, 5, 4 (Men. 2 re milit.) *Qui in desertione fuit, si se optulerit, ex indulgentia imperatoris nostri in insulam deportatus est.*

Aelius Menander referiert hier, dass Septimius Severus über einen Deserteur, der sich freiwillig gestellt hatte, gnadenhalber anstelle der Todesstrafe die bloße Deportation auf eine Insel verfügt hatte.

Als individueller kaiserlicher Gnadenakt hat *indulgentia* in der Rechtssprache allerdings keine festen Konturen: Der Ausdruck kann sich auf den Gnadenakt oder dessen Motive beziehen, genauso aber Strafmilderung oder Strafnachlass zum Ausdruck bringen. Ebenso wenig regelhaft zeigen sich die Folgen der *indulgentia* auf die Stellung bereits abgeurteilter Straftäter.[69]

Eine bei Javolen — leider in unklarem palingenetischen Zusammenhang — überlieferte Interpretationsregel bezüglich kaiserlicher *beneficia* fordert aus Respekt vor der sie veranlassenden *divina indulgentia* deren großzügige Auslegung:

> Dig. 1, 4, 3 (Iav. 13 epist.) *Beneficium imperatoris, quod a divina scilicet eius indulgentia proficiscitur, quam plenissime interpretari debemus.*

Dies kann jedoch kein allgemein geltender Grundsatz, sondern bestenfalls eine Zweifelsregel gewesen sein. Der Text rechtfertigt nicht die Vermutung, dass mit einer *indulgentia* regelmäßig alle aus einer Verurteilung resultierenden Rechtsfolgen beseitigt werden sollten. Maßgebend war immer der Wille des Kaisers, der sich auch darauf beschränken konnte, nur bestimmte Rechtsfolgen nachzusehen, wie das Reskript Gordians C. 12, 35, 5 verdeutlicht:

> C. 12, 35, 5 pr. (Gord. A. Valentino et aliis mil.) *Cum adlegatis septem annos in desertione egisse maritum sororis vestrae et indulgentia nostra esse restitutum, non recte desideratis, ut id tempus, ac si in castris fuerit, habeatur.* (1) *Proinde excepto eo tempore,*

[68] S. oben nach Fn. 54.
[69] Gaudemet (1962); Waldstein (1964) 130–139.

> *quod ad desertores pertinet, restitutus nostra indulgentia residuo militare debebit: ideoque nec stipendia temporis, quo in desertione fuerit, exigere poterit.*

Der Schwager der Anfragenden war nach siebenjähriger Desertion durch kaiserlichen Gnadenerweis ohne Strafe wieder in die Legionen aufgenommen worden (*restitutus*). Die Weigerung des Kaisers, diese Zeit für Veteranenprivilegien anzurechnen oder gar den Sold nachzuzahlen, ist angesichts der Umstände des Falles nicht weiter verwunderlich.

Aus Texten wie diesem, die von einer *restitutio* des Begnadigten sprechen, hat die ältere Literatur eine Differenzierung der Gnadenfolgen in eine umfassende *restitutio in integrum* und individuell abgestufte Begnadigungen versucht.[70] Leider ist eine derartige terminologische Unterscheidung den Quellen fremd und auch der Sache nach nicht feststellbar.

Welche Absichten Kaiser bei der Bestimmung der Reichweite einer individuellen *indulgentia* verfolgten, zeigen Texte, die deren Auswirkungen auf die vermögensrechtliche Position eines Begnadigten diskutieren:

> Dig. 48, 23, 2 (Ulp. 5 opin.) *Si deportatus restitutus dignitatem quidem indulgentia principis reciperavit, in sua autem omnia bona non est restitutus, nec a creditoribus nec publico nomine conveniri potest. sed cum ei facultas oblata esset a principe bona quoque sua reciperandi, maluerit ea derelinquere, actionibus exuere se, quibus ante sententiam subiectus fuerat, non poterit.*

Ein Verbannter hatte aufgrund einer *indulgentia principis* seinen früheren Stand wiedererhalten. Als er danach von Privatgläubigern beziehungsweise dem Fiskus wegen vor der Verbannung entstandener Forderungen in Anspruch genommen wurde, berief er sich darauf, dass diese Ansprüche aufgrund des bei seiner Deportation erlittenen Vermögensverlustes nicht mehr erhoben werden könnten. Ulpian differenzierte: Wenn mit der *indulgentia* keine Vermögensrestitution verbunden gewesen war, bestanden auch keine Ansprüche mehr. Wenn der Kaiser allerdings überdies die Möglichkeit zur Wiederinbesitznahme des Vermögens eingeräumt hatte, konnte er sich den früher begründeten Klagen nicht entziehen, selbst wenn er davon keinen Gebrauch gemacht hatte. Der Neuanfang des Begnadigten sollte nicht durch Altschulden in Frage gestellt werden, wenn ihm nicht zugleich im Wege einer Vermögensrestitution die Mittel gegeben worden waren, diese ohne Gefährdung seiner wirtschaftlichen Existenz zu erfüllen. Eine ähnliche Tendenz lässt auch Dig. 34, 1, 11 erkennen:

---

[70] Siehe bei Waldstein (1964) 134–136.

> Dig. 34, 1, 11 (Paul. 10 quaest.) *Is, cui annua alimenta relicta fuerant, in metallum damnatus indulgentia principis restitutus est. respondi eum et praecedentium annorum recte cepisse alimenta et sequentium deberi ei.*

Jemand, der testamentarisch einen Unterhaltsanspruch erhalten hatte, war *in metallum* verurteilt worden. Mit der Verurteilung wurde diese Person zum Strafsklaven, und durch den damit einhergehenden Verlust der Vermögensfähigkeit erlosch der Unterhaltsanspruch. Nach der Begnadigung lebte dieser allerdings wieder auf, und der Erbe musste neuerlich *pro futuro* Unterhalt leisten. Dass der Unterhaltsanspruch wieder bestand, hatte auch Auswirkungen auf die Vergangenheit: Während der Strafdauer — möglicherweise an die zurückgelassene Familie des Verurteilten — geleisteter Unterhalt konnte ab nun nicht mehr zurückgefordert werden. Diese Entscheidung sicherte den Begnadigten dagegen ab, dass der Verpflichtete, um die in der Vergangenheit geleisteten Beträge einzubehalten, den laufenden Unterhalt kürzte oder aussetzte und so die Lebensgrundlage des Begnadigten gefährdete.

6. Vergeben und vergessen?

Wie fügen sich *abolitio* und *indulgentia* in das Thema der Amnestie in der Antike ein?

Wenige Probleme bereitet dabei offenkundig die Beurteilung der kaiserlichen *indulgentia*: Als hoheitlicher Nachlass von Strafe und anderen Urteilsfolgen ist diese manchmal einer Amnestie durchaus vergleichbar.[71] Die Festlegung ihrer individuellen Reichweite verrät gelegentliche „sozialpolitische“ Zielsetzungen, die modernen Bestrebungen, amnestierten Straftätern die neuerliche Integration in die Gesellschaft zu ermöglichen, durchaus nicht fernstehen. Daneben bieten die juristischen Quellen jedoch keine ergänzenden Informationen, etwa über den sozialen Umgang mit einem begnadigten Straftäter oder die Rücksichtnahme auf Opferinteressen.

Sperriger erweist sich dagegen die Beantwortung der Frage hinsichtlich der *abolitio*: Die zu ihrem dogmatischen Verständnis vorgeschlagenen Lösungen als bloße Tilgung des Namens aus dem Verzeichnis der Angeklagten, als Niederschlagung des laufenden Verfahrens oder als gänzliche Vernichtung des Strafanspruches[72] finden Ansatzpunkte in den Quellen, ohne dass eine dieser Interpretationen zwingend Vorrang verdiente. Formal

---

[71] Vgl. auch Krause (1996) 218–222.
[72] Waldstein (1964) 212–217.

kann man sie wohl am ehesten (da sie bereits vor dem Abschluss des Prozesses wirksam wurde) mit einer Verfahrensniederschlagung vergleichen. Mit einer modernen Amnestie scheint die *abolitio publica* vor allem deswegen wenige Gemeinsamkeiten aufzuweisen, weil ihre juristische Konstruktion vornehmlich auf den Ankläger fokussiert war, welchem eine Einstellung des Verfahrens ohne Bestrafung wegen *praevaricatio* oder *calumnia* ermöglicht wurde.[73] Die Frage, ob auch der Angeklagte einer Strafnachsicht würdig war, trat dagegen in den Hintergrund. Die mit ihr erreichte und einer „Amnestierung" vergleichbare Befreiung des Angeklagten vom Verfahren war dagegen — wenigstens dem juristischen Konzept nach — eine bloße Nebenfolge. Von wesentlicher Bedeutung war diese Wirkung jedoch als Motiv zur Erlassung einer allgemeinen *abolitio publica*.

Betrachtet man die *abolitio publica* und die modernen Amnestien jedoch kontextabhängig, so zeigen sich den offenkundigen Unterschieden zum Trotz gewisse strukturelle Verbindungslinien: Auch wenn die Auswahl der Begünstigten anhand individueller Überprüfung des Einzelfalles erfolgt, korrigieren heutige Begnadigungen und Amnestien letztendlich aber auch nur ein Strukturproblem: die Schere zwischen Strafverfolgungs- und Strafvollzugskapazität moderner Staaten, welche aus politischen (und gelegentlich auch budgetären) Gründen nicht bereit sind, alle verurteilten Personen bis zur vollständigen Verbüßung ihrer Haftstrafen in Gefängnissen festzuhalten. Das Dilemma entsteht heute daraus, dass Staatsanwältinnen und Staatsanwälte die Verpflichtung haben, tunlichst alle Straftaten anzuklagen, und mit den Kriminalpolizeibehörden über ein effektives Mittel verfügen, sich die dazu notwendigen Beweise zu beschaffen. Weder das eine noch das andere war aber im kaiserzeitlichen Rom vorhanden.

Die Römer überspielten das Fehlen solcher Einrichtungen dadurch, dass sie grundsätzlich jedem Bürger die Möglichkeit der Anklage eines Verbrechens einräumten. Da eine solche aus den unterschiedlichsten Motiven erfolgen konnte, trat in Rom eine andere Diskrepanz auf: Die Aporie im römischen Strafprozessrecht war, dass es im Sinne einer umfassenden Verbrechensbekämpfung gelegentlich sogar zu übereilten Privatanklagen einlud, aber keine wirkungsvollen Instrumente entwickelte, um die nachhaltige Fortführung von Prozessen sicherzustellen. Die weitgehende Ineffizienz einschlägiger Versuche — auch des *SC Turpillianum* — verdeutlichen die angeblich 3.000 offenen Ehebruchsverfahren eindrucksvoll, die Cassius Dio beim Antritt seines Konsulats unter Septimius Severus vorfand.[74]

---

[73] Robinson (1999) 85: „[It] released an accuser rather than an accused."

[74] Cass. Dio 76, 16, 4; dazu Kunkel (1974) 101–102; McGinn (1998) 247.

Für dieses Problem ließ sich wohl kein besserer Ausweg finden als die *abolitio publica*: Von Zeit zu Zeit sollten jedenfalls die „Karteileichen“ aus den Angeklagtenlisten beseitigt werden. Bei ernsthaftem Interesse des Anklägers bedeutete eine *abolitio publica* nicht mehr als eine zeitweilige Unterbrechung der Strafverfolgung.[75] In der Mehrzahl der unter *abolitiones* gefallenen Verfahren werden Ankläger wie Angeklagte aber gerne bereit gewesen sein, deren Beendigung ohne förmliches Urteil in Kauf zu nehmen. Dass konkrete *abolitiones* den römischen Historikern nicht öfters der Überlieferung würdig erschienen, wird man ihnen wohl kaum vorhalten dürfen: Wenn eifersüchtige Ehemänner (angebliche) Ehebrüche anlässlich einer *abolitio publica* schließlich doch vergaben,[76] konnte man derartig alltägliche Trivialitäten ohne Verlust für die Nachwelt dem Vergessen anheim fallen lassen.

BIBLIOGRAPHIE

Bianchini (1964): M. Bianchini, *Le formalità costitutive del rapporto processuale nel sistema accusatorio romano*, Mailand 1964.

Centola (1999): D. A. Centola, *Il crimen calumniae. Contributo allo studio del processo criminale romano*, Neapel 1999.

Daube (1966): D. Daube, *Roman Law. Linguistic, Social, and Philosophical Aspects*, Edinburg 1966.

Fanizza (1988): L. Fanizza, *Delatori e accusatori. L'inziativa nei processi di età imperiale*, Rom 1988.

Gaudemet (1962): J. Gaudemet, *Indulgentia principis* (Conferenze Romanistiche 6), Trieste 1962.

Giglio (2009): S. Giglio, *Il problema dell'iniziativa nella «cognitio» criminale. Normative e prassi da Augusto a Diocleziano*, ²Turin 2009.

Giomaro (2003): A. M. Giomaro, *Per lo studio della calumnia. Aspetti di „deontologia“ processuale in Roma antica*, Turin 2003.

Grimm – Grimm (1956): J. Grimm, W. Grimm, *Deutsches Wörterbuch 12/1*, Leipzig 1956.

Hagemann (1998): M. Hagemann, *Iniuria. Von den XII-Tafeln bis zur Justinianischen Kodifikation*, Köln–Weimar–Wien 1998.

Harries (2007): J. Harries, *Law and Crime in the Roman World*, Cambridge 2007.

Heumann – Seckel (1958): H. Heumann, E. Seckel, *Handlexikon zu den Quellen des römischen Rechts*, Graz ¹⁰1958.

Krause (1996): J.-U. Krause, *Gefängnisse im Römischen Reich*, Stuttgart 1996.

---

[75] Oben nach Fn. 55.

[76] Da eine Vielzahl der einschlägigen Texte gerade aus Kommentierungen zur Ehegesetzgebung des Augustus kommen, könnten *abolitiones* vor allem in solchen Fällen eine Rolle gespielt haben (vgl. auch oben bei Fn. 74). Zu weiteren überlieferten Anwendungsfällen Robinson (1999) 84.

Krause (2004): J.-U. Krause, Kriminalgeschichte der Antike, München 2004.
Kunkel (1974): W. Kunkel, *Kleine Schriften. Zum römischen Strafverfahren und zur römischen Verfassungsgeschichte*, Weimar 1974.
Levy (1963): E. Levy, *Von den römischen Anklägervergehen*, in: *Gesammelte Schriften II*, Köln – Graz 1963, 379–432 (= SZ 53, 1933, 151–233).
Lovato (1994): A. Lovato, *Il carcere nel diritto penale romano dai Severi a Giustiniano*, Bari 1994.
Mayer-Maly (1966): T. Mayer-Maly, Rezension zu Waldstein (1964) in: SZ 83 (1966) 492–496.
McGinn (1998): T. McGinn, *Prostitution, Sexuality, and the Law in Ancient Rome*, New York – Oxford 1998.
Mommsen (1899): T. Mommsen, *Römisches Strafrecht*, Leipzig 1899.
Nogrady (2006): A. Nogrady, *Römisches Strafrecht nach Ulpian. Buch 7 bis 9 De officio proconsulis*, Berlin 2006.
Purpura (1976): G. Purpura, *Il Papiro BGU 611 e la genesi del SC Turpillianum*, APal 36 (1976) 219–251.
Rebenich (2007): S. Rebenich, *Theodor Mommsen. Eine Biographie*, München 2002 (Taschenbuch 2007).
Rigsby (1999): A. M. Rigsby, *Crime and Community in Ciceronian Rome*, Austin 1999.
Rilinger (1988): R. Rilinger, *Humiliores – Honestiores. Zu einer sozialen Dichotomie im Strafrecht der römischen Kaiserzeit*, München 1988.
Rivière (2002): Y. Rivière, *Les délateurs sous l'Empire Romain* (B.E.F.A.R. 311), Rome 2002.
Robinson (1995): O. Robinson, *The Criminal Law of Ancient Rome*, London 1995.
Robinson (1999): O. Robinson, *Amnesty and Pardon: Rule and Practice in Roman Law*, in: I. Piro (Hrsg.), *Règle et pratique du droit dans les réalités juridiques de l'antiquité. SIDHA. Atti della 51a sessione (Cotone-Messina, 16–20 settembre 1997)*, Soveria Mannelli 1999, 79–88.
Robinson (2006): O. Robinson, *Roman law: reality and context. The role of delators*, in: FS Hausmaninger, Wien 2006, 264–266.
Rutledge (2001): S. H. Rutledge, *Imperial Inquisitions. Prosecutors and Informants from Tiberius to Domitian*, London – New York 2001.
Stroux (1929): J. Stroux, *Eine Gerichtsreform des Kaisers Claudius (BGU 611). Sitzungsberichte der Bayerischen Akademie der Wissenschaften. Phil.-hist. Klasse 1929*, *Heft 8*, München 1929.
Walde – Hoffmann (1982): A. Walde, J. B. Hoffmann, *Lateinisches etymologisches Wörterbuch 2*, Heidelberg ^{5}1982.
Waldstein (1964): W. Waldstein, *Untersuchungen zum römischen Begnadigungsrecht. Abolitio-indulgentia-venia* (Commentationes Aenipontanae 18), Innsbruck 1964.
v. Woess (1931): F. v. Woess, *Die oratio des Claudius über Richteralter, Prozessverschleppung und Anklägertyrannei (BGU. 611)*, SZ 51 (1931) 336–368.
Wolf (2009): J. G. Wolf, *Das Stigma ignominia*, SZ 126 (2009) 55–113.

ANDREA JÖRDENS (HEIDELBERG)

AMNESTIEN IM RÖMISCHEN ÄGYPTEN*

Hört man das Wort ‚Amnestie', denkt man heute als erstes an die Aufhebung von Urteilen und den Erlaß von Haftstrafen etwa nach dem Ende von Diktaturen. Auch bei Thronbesteigungen, Regierungsjubiläen, Herrschergeburtstagen, hohen religiösen Festtagen und ähnlichen besonderen Anlässen können Amnestien verkündet werden. Ein Rechtsanspruch auf die zugestandene Vergünstigung besteht grundsätzlich nicht, vielmehr werden sie stets gnadenhalber gewährt und betreffen in der Regel größere Gruppen, und zwar ohne Ansehung der Person. Nun ist mit einem Erlaß von Haftstrafen im römischen Ägypten schon deswegen kaum zu rechnen, weil es das Konzept der Haft als Strafe für Vergehen in der Antike nicht gab.[1] Am ehesten wird man also nach solchen Fällen suchen, in denen es zur Annullierung von Urteilen oder auch dem Erlaß von sonstigen Strafen, beispielsweise pekuniärer Art, kam.

Unter den ptolemäischen Herrschern lassen sich, wie schon Csaba La'da dargestellt hat, tatsächlich mehrfach solche Gnadenakte nachweisen. Hervorzuheben ist hierunter namentlich das große Prostagma Ptolemaios' VIII. und der beiden Königinnen aus dem Jahr 118 v. Chr.,[2] in dem neben einer fast sämtliche Delikte umfassenden Generalamnestie allgemeine Schuldenerlasse verkündet, zwischenzeitlich veränderte Besitzverhältnisse anerkannt und vor allem die Tempel in ihren Rechten bestätigt werden. Dabei beschränken sich die ptolemäischen Indulgenzdekrete keineswegs

---

* Fritz Mitthof und Kaja Harter-Uibopuu habe ich herzlich für die Einladung zu dieser anregenden Tagung zu danken, die durch die Konzentration auf ein bestimmtes, von verschiedenster Seite beleuchtetes Thema in besonderer Weise die Aufmerksamkeit auf spezifische Eigenheiten der in den Blick genommenen Kulturen zu richten verstand. Ergänzt wurden gegenüber der dort vorgetragenen Fassung lediglich die Anmerkungen, der Vortragsstil blieb dagegen beibehalten.

[1] Vgl. nur Krause (1996) 1: „Das Gefängnis in seiner modernen Form verdankt seine Entstehung dem späten 18. Jh. … Grundsätzlich diente auch in der Antike das Gefängnis der Untersuchungs- und Exekutionshaft", und zwar dieser allein.

[2] P.Tebt. I 5 = C. Ord. Ptol. 53; eine Übersetzung des Erlasses jetzt bei Jördens (2005) 369–389, bes. 377 ff. Nr. 8.

allein auf das ‚Vergeben und Vergessen', wie es im Obertitel des Kolloquiums heißt; vielmehr sind ihnen stets auch in die Zukunft weisende Komponenten zu eigen. So wird, um erneut das bereits erwähnte Prostagma Ptolemaios' VIII. als Beispiel zu nehmen, in direktem Anschluß an den allgemeinen Erlaß von Schulden und Strafen auch eine ganze Reihe von Wiederaufbaumaßnahmen verfügt. Sie sollten dem völlig zerrütteten Land nicht nur Ruhe und Ordnung zurückbringen, sondern auch das Wirtschaftsleben zu neuer Blüte führen: Die Maße sollten geeicht, der Landbau durch Abgabenfreiheit gefördert, die zerstörten Gebäude wiedererrichtet, jeglicher Mißbrauch von Amtsgewalt unterbunden und endlich die Gerichte gestärkt werden.

Während man nach großangelegten Freisprechungen unter den Römern vergeblich suchen wird, ist manches von letzterem doch auch in statthalterlichen Verlautbarungen zu finden. Dies gilt vor allem für die sog. Reintegrationsedikte, mit denen sich die Präfekten um eine Rückkehr geflüchteter Bauern und die Wiederaufnahme der landwirtschaftlichen Tätigkeiten bemühten. Besonders mit einem dieser Edikte, das wenigstens eine begrenzte Amnestie enthält, will ich mich im folgenden näher befassen und dabei die Parallelen, aber auch Unterschiede zu den ptolemäischen Indulgenzdekreten herausarbeiten. Am Ende wird insbesondere die Frage zu erörtern sein, worauf diese bemerkenswerte Unterschiede zurückzuführen sind, wie sie sich also möglicherweise erklären lassen.

Unter diesen Reintegrationsedikten ist dasjenige des M. Sempronius Liberalis, das er am 29. August 154 erließ, nach wie vor das bedeutendste.[3] Signifikant erscheint dabei bereits die Wahl des in unseren Augen eher krummen Datums. Denn dabei handelte es sich um den ägyptischen Neujahrstag, mit dem das 18. Regierungsjahr des Antoninus Pius begann, der aber zugleich — in diesem Fall wohl sogar wichtiger — der erste Neujahrstag unter dem Präfekten Liberalis war. Selbst wenn noch unklar ist, wann genau er die Statthalterschaft übernahm — zumindest bis Februar des Jahres war noch sein Vorgänger L. Munatius Felix im Amt —,[4] fiel die

[3] SB XX 14662 = W.Chr. 19 = BGU II 372 (29. Aug. 154); vgl. nur Strassi (1988); zuletzt auch Cowey (1995) 195–199.

[4] So in P.Oxy. XLI 2961, 20 (28. Feb. 154) und 2962, 14 (wohl ebenfalls Feb. 154), während Felix in dem nicht näher datierten SB XVI 12374 = P.Oxy. IV 800 descr., der in Z. 6 noch das 16. Regierungsjahr des Antoninus = 152/53 n. Chr. erwähnt und daher von A. Martin in der ed. pr. in CE 54 (1979) 131–133, bes. 132 versuchsweise auf „fin 154 ou après" gesetzt wird, bereits als ἡγεμονεύσας firmiert (Z. 8); vgl. zuletzt auch G. Bastianini, Komm. zu P.Thomas 11 verso, 1 sowie 13.

Entscheidung, die Wohltaten im Rahmen der traditionellen Neujahrsfeiern[5] zu verkünden, demnach sicherlich nicht von ungefähr. Liberalis ging es offenbar darum, damit ein deutliches Zeichen zu setzen und nicht allein das neue Jahr, sondern gleichsam eine neue Epoche einzuläuten, in der die bisherige δυσχέρεια, von der zu Beginn noch die Rede ist, endgültig überwunden war.

Damit haben wir hier bereits zwei, wenn nicht gar drei ‚klassische' Elemente von Amnestiedekreten vor uns: Erstens werden dem Volk in feierlicher Form bestimmte Vergünstigungen gewährt; auf die Details gehe ich gleich noch ein. Zweitens geschieht dies offenbar erneut bei einer Art Herrschaftsübernahme, da doch vieles dafür spricht, daß Liberalis hiermit erstmals den Einwohnern des Landes als der neue Statthalter entgegentrat. Anders als bei anderen Vergünstigungen, die vielleicht sonst aus Anlaß von Herrschergeburtstagen oder Regierungsjubiläen gewährt wurden,[6] sollte damit drittens ausdrücklich ein Schlußpunkt unter eine vorangegangene Krisenzeit gesetzt und eine von Optimismus getragene Aufbruchsstimmung erzeugt werden.

In den ptolemäischen Indulgenzdekreten ist diese Idee eines grundlegenden Neubeginns, die einer Amnestie stets anhaftet, sogar das alles beherrschende Element. Die geradezu an eine Litanei erinnernde Auflistung von Verstößen, Verfehlungen und Vergehen unterschiedlichster Art, von ausgebliebenen oder veruntreuten Pacht- und Steuerzahlungen, von Vernachlässigungen, Übergriffen oder gar Zerstörungen, deren Verfolgung nach der königlichen Anordnung nunmehr ausgesetzt wird, läßt dabei nur allzu deutlich erahnen, in welch desaströser Lage das Land sich zum fraglichen Zeitpunkt befand. Gravierende Mißstände, die dringender Reformen bedurften, hat es offenkundig auch zu Liberalis' Zeiten gegeben. Dennoch scheinen die Verhältnisse insgesamt kaum vergleichbar gewesen zu sein. Denn im Gegensatz zu dem von den Ptolemäern gezeichneten Bild bleibt Liberalis in seinen Ausführungen doch seltsam unkonkret, was kaum nur rhetorischer Untertreibung geschuldet erscheint.

Kaum zu fassen ist vor allem die eingangs erwähnte δυσχέρεια, die Liberalis bei seinem Amtsantritt vorgefunden haben will. Auch die sonstigen zeitgenössischen Quellen geben so gut wie nichts über die Art dieser Krise noch gar über ihre Hintergründe preis.[7] Sicher ist nach den folgenden Aus-

---

[5] Vgl. hierzu nur Perpillou-Thomas (1993) 144–146.

[6] Zu einem möglichen Echo in kaiserzeitlichen Papyri Hanson (1981) 345–355, bes. 354–355.

[7] So sind entgegen älteren Auffassungen auch keinerlei Unruhen oder gar Aufstände nachzuweisen, vgl. zuletzt Jördens (2009a) 452–454 Kap. XI A 4 a. Insofern

führungen nur so viel, daß erhebliche wirtschaftliche Folgen zu beklagen waren. So hatten manche Einwohner ihre Heimat verlassen und erwarben sich andernorts ihren Unterhalt, während andere wiederum aufgrund finanzieller Probleme vor den ihnen auferlegten Liturgien geflüchtet waren und aus Furcht vor den Ausschreibungen auch jetzt noch in der Fremde weilten. Mit Verweis auf die Sorge des Kaisers für alle Menschen ruft Liberalis sie nunmehr zur Rückkehr in die Heimat und zur Wiederaufnahme der landwirtschaftlichen Tätigkeiten auf. Um ihre Bereitwilligkeit dazu zu stärken, habe der Kaiser in seiner unendlichen Milde die auf dem Besitz lastenden Verfangenschaften für aufgehoben erklärt und zudem den Verzicht auf künftige Nachforschungen zugesichert.[8] Dies gelte auch für alle anderen, die aus welchem Grund auch immer von den Strategen zur Suche ausgeschrieben worden waren.

Will man die Bedeutung dieser Zugeständnisse ermessen, ist zunächst ein Wort zu den Begriffen ‚Verfangenschaft‘ und ‚Ausschreibung‘ zu sagen, wozu ich allerdings etwas weiter ausholen muß. Eine der großen Neuerungen der römischen Herrschaft bestand in der Einrichtung eines sog. ‚Besitzarchivs‘, der βιβλιοθήκη ἐγκτήσεων, die kurz nach der Mitte des 1. Jh. aus dem allgemeinen Gauarchiv ausgegliedert wurde. Die in diesem Besitzarchiv geführten Akten erlaubten einen Überblick in die Vermögensverhältnisse der Gaueinwohner, was den privaten Grundbesitz und vielleicht die Sklaven betraf. Ein Schwerpunkt lag dabei auf der Erfassung allfälliger Besitzwechsel, die innerhalb einer bestimmten Frist auf den für jeden Gaueinwohner angelegten Personalblättern zu vermerken waren. Ebenso konnten auch sonstige dingliche Rechte auf dem Personalblatt des Schuldners eingetragen werden, was etwa bei Hypotheken Schutz vor einer Weiterveräußerung versprach. Obwohl dieses Besitzarchiv demnach primär wohl den Interessen des privaten Rechts- und Wirtschaftsverkehrs diente, griff der Staat nur allzu gern auf die dort bereitgestellten Informationen und vor allem auf die Möglichkeit der Eintragung von Rechten zurück. So wurde bei Liturgen, die für die Erfüllung ihrer Aufgaben mit ihrem Vermögen hafteten, bereits prophylaktisch ein Vermerk auf ihren Personalblättern angebracht und ihr Vermögen damit für verfangen, κατεχόμενος, erklärt. Für den Betroffenen schränkte schon dies die Verfügungsfreiheit über sein

wird man mit Liberalis vielleicht tatsächlich das — aus welchen Gründen auch immer — in dieser Zeit besonders virulente Problem der Anachoresis hinter den Mißständen erblicken wollen, das nach dem bei Turner (1973) 44–45 angeführten P.Oxy. ined. descr. bereits ein Jahrzehnt früher die Vorgänger des Liberalis beschäftigt hatte.

[8] Vgl. hierzu besonderes Cowey (1995).

Vermögen erheblich ein. Denn von diesem Moment an mußte jeder Vertragspartner befürchten, daß seine Forderungen am Ende unbefriedigt blieben, da der Staat grundsätzlich die Protopraxie und also stets den ersten Zugriff besaß.

Akut wurde dies freilich erst dann, wenn der Liturge tatsächlich Staatsschuldner wurde — oder aber sich den ihm auferlegten Aufgaben durch eine Flucht entzog. Denn damit nahm ein inzwischen gut rekonstruierbares Verfahren seinen Gang, in dem die von Liberalis erwähnten Ausschreibungen eine wesentliche Rolle spielten.[9] War ein Liturge geflohen, schrieb ihn auf Nachricht des Dorfschreibers hin der Stratege zunächst gauweit zur Suche aus. Sofern die Umfrage unter allen Dorfschreibern erfolglos verlief, wurde die Ausschreibung im gesamten Land wiederholt. Die dazu eingeholte statthalterliche Ermächtigung enthielt zugleich eine erste Sanktion: Sollte der Flüchtige nicht wieder erscheinen, war der Stratege gehalten, das bereits als verfangen gekennzeichnete Vermögen einzuziehen.[10] Blieb der Geflohene innerhalb des Folgejahres weiterhin unauffindbar, wurde das beschlagnahmte Vermögen schließlich zu Gunsten des Staates verkauft.[11] Auch wenn dies vielleicht nicht immer unmittelbar umgesetzt wurde, begannen

[9] Vgl. dazu jetzt Jördens (2010).

[10] So nach P.Berl. Leihg. II 46, 3 ff. (1. Apr. 136 n. Chr.), besonders Z. 9 ff.: ἐὰν δὲ βραδύνωσι, τὸν πόρον αὐτῶν σὴν ταῖς προσόδοις κατασχὼν δήλωσόν μοι — „wenn sie aber säumig sind, dann ziehe ihr Vermögen mitsamt den Einkünften ein und erkläre das mir“, mit Komm.; vgl. auch den bereits in Anm. 7 zitierten P.Oxy. ined. descr., bes. col. II 10–11: μηδὲ μετὰ τὸ ἐπὶ πόλεων προγραφῆναι ἐπανεληλυθέναι τὰ ὑπάρχ(οντα) ἐδηλ(ώθη) κατεσχ(ῆσθαι) — „und da sie nicht einmal nach ihrer Ausschreibung in den Städten heimgekehrt waren, wurde das Vermögen für eingezogen erklärt.“ Merkwürdig ist hierbei allerdings der Hinweis auf die Ausschreibung ἐπὶ πόλεων, vgl. auch Lewis (1996) 65 Anm. 9. Zumal kein Zweifel bestehen kann, daß hiermit die erste Phase der Ausschreibung im Heimatgau des Geflüchteten gemeint gewesen sein muß und uns der fragliche Text lediglich als Abschrift in einer umfangreicheren Aktenrolle überliefert ist, wäre insofern zu erwägen, ob nicht im Original vielmehr ἐπὶ τόπων ‚vor Ort‘ gestanden hatte, was bei raschem Überfliegen leicht verlesen worden sein mag; vgl. so jedenfalls P.Berl. Leihg. II 46, 29: προεγράφη ἐπὶ τῶν τόπων, in derselben Bedeutung auch ebda. Z. 8.

[11] Vgl. dazu bes. P.Oxy. ined. descr. (wie Anm. 7), col. II 11 ff. mit der Entscheidung des Präfekten Valerius Proculus aus dem Jahr 145/46: κεκρικότος τῶν ἐντὸς ἐνιαυτοῦ τῆς προγραφῆς μὴ ἐπανηληλυθότων τὸν πόρον πραθῆναι, was von dem 147 bis 148 amtierenden Petronius Honoratus schließlich auch angeordnet wurde: ὑπέγραψεν· ὁ πόρος πραθήτω (Z. 20). Die Zahl der davon betroffenen Liturgen erscheint mit 120 recht hoch, vor allem, wenn sie, wie der Zusammenhang nahelegt, tatsächlich sämtlich aus dem — sonst nicht näher bekannten — Deltagau Kabasites stammen sollten.

demnach aber mit dem Moment der Ausschreibung die Fristen zu laufen, an deren Ende der drohende Verlust eines großen Teils, wenn nicht des gesamten Vermögens stand.[12]

Wenn Liberalis also — um es noch einmal wörtlich zu zitieren — erklärt:

> „Sie sollen wissen, daß ihr Vermögen, das aus diesem Grund noch verfangen ist, durch die Wohltat und die Zuwendung und Güte des größten Kaisers frei sein und keine Untersuchung gegen sie stattfinden soll, ja nicht einmal gegen die anderen, die aus irgendeinem Grund von den Strategen ausgeschrieben wurden; denn auch diese … sollen zu den Orten zurückkehren …“,[13]

heißt dies nichts anderes, als daß damit ein förmlicher Verzicht des Staates auf alle bisher bestehenden Forderungen ausgesprochen wird.[14] Da dies außer für flüchtige Liturgen ausdrücklich auch für alle anderen von den Strategen zur Suche ausgeschriebenen Personen galt, wird man zumindest auch sonstige Steuerflüchtlinge darunter vermuten dürfen, wahrscheinlich aber sogar Straftäter, sofern ihre Vergehen noch unter die Gerichtsbarkeit der Gaubehörden fielen.[15] Ausgeschlossen sollte hingegen die Schwerkri-

---

[12] Hierzu auch bes. Lewis (1996) 65.

[13] SB XX 14662 = W.Chr. 19 = BGU II 372 col. I 14 ff. mit Cowey (1995): Ἵ]να δὲ τοῦτο προθυμ[ότ]ε̣ρο̣[ν κ]α̣ὶ ̣ἥδιο[ν π]ο[ιή]σ̣ω̣[σιν, ἵ]στωσαν [μ]ὲ̣ν τ̣ὸ̣ν̣ π̣[όρο]ν̣ τ̣[ὸν] ἐκ ταύτ[ης] τῆς αἰτ̣[ίας ἔ]τι κατεχ̣όμενον ἀπ̣[ολ]υ̣θ[ή]σεσθ̣αι τ̣ῆ[ς] τοῦ μ[εγίσ]του Αὐτο̣κ̣ράτορος εὐ[μ]εν[εί]ας καὶ χρη̣[σ]τότητος ἐ[πι]τρεπούσης καὶ μηδεμίαν πρὸς α[ὐ]τοὺς ζήτησιν ἔσεσθαι, ἀλλὰ μηδ[ὲ] πρὸς τοὺς ἄλ[λο]υς τοὺς ἐ[ξ] ἡσδήποτε αἰτίας ὑπὸ τῶν στρατη̣[γῶν] προ[γρ]αφέντας· καὶ ̣τούτους γὰρ [± 10] κατέρχ[εσθαι] ε̣ἰ̣ς τ[οὺς τό]πους [; in der letzten Lücke vielleicht wie an der Parallelstelle in col. II 16 ἀμερίμνους. Zur Bedeutung gerade der Finalsätze in den statthalterlichen Verlautbarungen vgl. nur Jördens (2006) 87–106, bes. 98–99.

[14] So auch Cowey (1995) 197: „The return of property, which has been sequestrated, is the incentive.“

[15] So nach der großen Aktenrolle P.Oxy. LX 4060 vom Juni 161, die Abschriften von Suchanfragen verschiedener Strategen an ihren oxyrhynchitischen Kollegen enthält. Zwar sind zum größten Teil flüchtige Liturgen betroffen, doch begegnen daneben auch einige ἐπ’ αἰτίας ὀνομασθέν[τες (Z. 32), so eine ganze Gruppe wegen eines schwebenden Verfahrens der σύλησις οἰκίας (Z. 35) und jeweils einzelne wegen ‚schlechten Lebens‘ und Körperverletzung (ebda.), wegen Hausfriedensbruchs (Z. 72) und wegen eines nicht genauer faßbaren Delikts im Zusammenhang mit Kleinviehbesitz (Z. 100). Ähnlich mit Verweis auf ἐ[ξ] ἡσδήποτε αἰτίας in SB XX 14662 = W.Chr. 19 = BGU II 372 col. I 20 auch schon vermutet von Cowey (1995) besonders 195 mit Anm. 3, vgl. jedoch auch die folgende Anm.

minalität gewesen sein, da die Ahndung dieser Delikte — Mord, Raub, Giftmischerei usw. — bekanntlich dem Präfekten vorbehalten blieb.[16]

In einer stärker beschädigten Passage zu Ende der ersten Kolumne geht Liberalis auf die Konsequenzen ein, die all denjenigen drohten, die dieser Aufforderung wider Erwarten nicht Folge leisten sollten. Dieses Thema führt er in der zweiten Kolumne noch weiter aus, wo er den Zuwiderhandelnden die ganze Bandbreite der von ihm ergriffenen Gegenmaßnahmen vor Augen stellt. Sämtliche ihm unterstehenden Amtsträger, gleich welchen Ranges, seien ebenso wie die eigens von ihm entsandten Sicherheitskräfte angewiesen, in solchen Fällen hart durchzugreifen, da er eine solche Herumtreiberei, die allzu leicht im Räuberwesen enden könne, fürderhin zu unterbinden fest entschlossen sei. Die Heimkehrer seien hiervon jedoch selbstredend ausgenommen, so daß sie ungeachtet der früheren Ausschreibungen unbesorgt und in Ruhe ihren Aufgaben in der Landbebauung nachgehen könnten.

Letzteres stellte ohne Zweifel auch das Ziel des Ediktes dar, weswegen sich heute die Bezeichnung als ‚Reintegrationsedikt' durchgesetzt hat. Selbst wenn Liberalis gegen Ende das Behörden wie Bevölkerung gemeinsame Interesse an der Bekämpfung krimineller Elemente in den Vordergrund stellt,[17] kam der ordnungsgemäßen Bewirtschaftung des Landes, wie auch die Anfangspassagen unterstreichen, mindestens ebenso hohe Bedeutung zu. Dabei ist nur an die bekannte Abhängigkeit Roms vom ägyptischen Steuergetreide zu erinnern. Wenn selbst kleinere Unregelmäßigkeiten in der Produktion nicht ohne Auswirkungen auf die hauptstädtische Versorgung blieben, muß dies für Ereignisse wie die vom Präfekten erwähnte δυσχέρεια in noch viel höherem Maße gegolten haben.

Dies mag auch das besondere Interesse des Kaisers erklären, wenn wir Liberalis' Hinweis auf die Wohltat und gütige Zuwendung des größten Imperators tatsächlich in dieser Weise prägnant zu verstehen haben. Sollte

---

[16] Vgl. nur SB XII 10929 (133–137), bes. col. II 11 ff. Insofern verdient die Frage, ob es sich um eine „general" oder „partial amnesty" handele — für letzteres Katzoff (1980) 807–844, bes. 817; anders jedoch ausdrücklich Cowey (1995) besonders 195 mit Anm. 3 —, eine stärkere Differenzierung. Zu den im Indulgenzdekret von 118 v. Chr. ebenfalls von der Amnestie ausgenommenen Straftatbeständen Mord und Tempelraub zuletzt Jördens (2007) 327–334.

[17] Entgegen dem von McGing (1998) 159–183, besonders 174–175 erweckten Eindruck ist dies jedoch nicht als eigentlicher Zweck des Ediktes anzusehen. Angesichts der durchweg negativen Konnotation der Begriffe ληστής und κακοῦργος in den Papyri, wie sie ebda. 167 ff. herausgearbeitet wird, zielte dies vielleicht sogar eher darauf, einen Schulterschluß herbeizuführen und dadurch die Täter auszugrenzen.

das Entgegenkommen in diesem Fall vom Kaiser persönlich veranlaßt oder wenigstens genehmigt worden sein, wäre dies ein zusätzliches Indiz dafür, daß es über die Einstellung der Verfahren und die Löschung der Vermerke auf den Personalblättern der βιβλιοθήκη ἐγκτήσεων hinaus auch die Aufhebung sämtlicher Schulden umgriff. Denn die Verwaltung von Steuermoratorien lag bekanntlich in der Hand provinzialer Instanzen; dies lehren die Akten des Dorfschreibers von Philadelpheia aus der Mitte des I. Jh. ebenso wie diejenigen, die gut 120 Jahre später im Büro des mendesischen βασιλικὸς γραμματεύς entstanden. Ein Schuldenerlaß war dagegen ein *beneficium*, das zu gewähren sich der Kaiser allein vorbehielt.[18]

Vielleicht ist es auch hiermit zu verbinden, daß dieses Entgegenkommen, wie Liberalis abschließend klarstellt, keineswegs auf Dauer galt. Lediglich drei Monate werden den Rückkehrwilligen zugestanden, das großzügige Angebot auch anzunehmen, jeweils vom Moment der Publikation im Heimatgau des Geflüchteten an. Jeder, der sich nach Ablauf dieser Zeit noch außerhalb seiner Heimat antreffen lasse, werde nicht mehr ὡς ὕποπτος, ἀλλὰ ὡς ὁμόλογος κακοῦργος festgesetzt und ihm vorgeführt. Mit seiner Widersetzlichkeit hatte er demnach den Status des mutmaßlichen Täters, der noch auf ein faires Verfahren hoffen konnte, verwirkt und seine Täterschaft praktisch selbst anerkannt, weswegen hier Unnachgiebigkeit zu demonstrieren nur allzu geraten schien.

Noch mehr als alles andere verweist diese Fristsetzung darauf, daß wir es hierbei nicht mit einer Amnestie in dem Sinne zu tun haben, von dem ganz zu Anfang die Rede war. Denn gnadenhalber erlassene Haftstrafen pflegen nicht von der Einhaltung bestimmter Fristen abhängig zu sein, sondern richten sich allein nach dem Wunsch und Willen des Herrschers oder einer sonst übergeordneten Instanz. Vielmehr ist hier ein Konzept der Krisenbewältigung zu greifen, das in seiner Zweigleisigkeit geradezu als ‚Zu kerbrot und Peitsche‘ bezeichnet werden kann. Wie erfolgreich dies war, steht noch dahin. Da es trotz aller Strafandrohungen und Fristsetzungen auch noch Jahre später nachweislich ἐπίξενοι in arsinoitischen Orten gab, wie ein erneuter Appell des Liberalis belegt,[19] wird man allerdings eher skeptisch sein.

Unklar ist schließlich, wie häufig oder gar üblich ein solch kombiniertes Angebot von Rückkehr und Einstellung aller Verfahren war. Zwar ist schon aus sachlichen Gründen mit einer erheblichen Frequenz von Rückkehrgeboten zu rechnen, und auch in Petitionen sind immer wieder Hinweise auf

---

[18] Zur Rolle der Kaiser bei Amnestien bes. Strassi (1988) 16–17 Anm. 22.

[19] Vgl. nur P.Fay. 24 (27. Okt. 158), bes. Z. 13–14.

entsprechende statthalterliche oder gar kaiserliche Aufforderungen zu finden.[20] Vollständige Edikte blieben jedoch nur selten erhalten, zudem weisen sie mitunter andere Schwerpunkte auf. So hatte man das Rückkehrgebot des C. Vibius Maximus lange Zeit sogar als Zensusedikt gedeutet, da es vor allem Regelungen für den Zensus der ausnahmsweise in Alexandria Verbleibenden enthielt.[21] Wenn hierbei Zusagen für potentielle Rückkehrer fehlen, muß dies also nicht heißen, daß es im Jahr 104 dergleichen nicht gab, ebenso wenig freilich, daß dies unter Sempronius Liberalis erstmals geschah. Daß er auf Dauer nicht der einzige blieb, läßt immerhin das unverblümte, ja nachgerade verständnisheischende Bekenntnis eines Petenten aus dem Jahr 216 ahnen, wegen einer unzumutbaren Liturgieverpflichtung geflohen, auf das Gebot des Valerius Datus hin aber wieder heimgekehrt zu sein.[22] Gewißheit darüber besteht jedoch nicht, noch weniger, ob wie von Liberalis auch die Rückgabe des eingezogenen Vermögens zugesagt war.

Erwähnung verdient schließlich noch ein kaiserzeitliches Schreiben, in dem ausnahmsweise sogar der Begriff ἀμνηστία bzw. genauer ἀμνησία als solcher fällt.[23] In diesem Privatbrief des 3. Jh. berichtet Charmos seinen ‚Brüdern', namentlich den auf dem Verso genannten Sopatros, zunächst von den wirtschaftlichen Entwicklungen bestimmter Werkstätten, die sich wohl in Familienbesitz befanden. Unvermittelt wechselt er dann dazu über, daß — ich zitiere wörtlich — „der Präfekt eine Amnestie hierher geschickt hat, und kein einziges bißchen Furcht mehr" bestehe.[24] Wenn der Angeschriebe-

[20] So z. B. in SB I 4284, 6 ff. bzw. P.Gen. I² 16 = W.Chr. 354 = Sel. Pap. II 289, 18 ff. (beide 12. Okt. 207); P.Oxy. XLVII 3364, 28 ff. (25. Feb. 209); W.Chr. 408 = BGU I 159, 5 ff. (5. Juni. 216).

[21] W.Chr. 202 = P.Lond. III 904 (S. 125), 18–43 = Sel. Pap. II 220 (Juni/Juli 104).

[22] W.Chr. 408 = BGU I 159 (5. Juni. 216); für die mögliche Verbindung mit einer Amnestie auch schon Rostowzew (1910) besonders 210 Anm. 2. Hierzu zuletzt auch Jördens (2009b) 257–258.

[23] Fernzuhalten sind dagegen UPZ I 110, 79 (21. Sep. 164 v. Chr.) und BGU VII 1578, 16 (2./3. Jh. n. Chr.), in denen der Begriff seine ganz andere Bedeutung hat und eindeutig negativ konnotiert ist; dort bezeichnet es ein willkürliches Vergessen von zuvor erwiesenen Wohltaten, Verweigern von Erinnerung, Undankbarkeit eher denn Gedankenlosigkeit.

[24] Vgl. P.Oxy. XIV 1668 = Sel. Pap. I 150 (3. Jh.), bes. Z. 17 ff.: ὁ ἡγεμὼν ἀμνησίαν ἔπεμψεν ἐνθάδε, καὶ οὐκέτι φόβος οὐδὲ εἷς ἔνει; zu Parallelen für diese Form in der Septuaginta vgl. auch ebda. den Komm. Es ist ein gewisses Kuriosum, daß die beiden in der vorigen Anm. erwähnten Briefe dagegen die Form ἀμνηστία bieten, obwohl der dortige Zusammenhang viel eher an die heutige Bedeutung von ‚Amnesie' denken ließe. Zumindest in diesen Fällen haben sich die Bedeutungen insofern geradezu überkreuzt. Zur mangelnden Aussagekraft des Schreibens etwa auch Strassi (1988) 17 Anm. 22.

ne also wolle, solle er nur unbekümmert kommen, da sie selbst es drinnen nicht mehr aushielten, und ähnliches mehr. Da das Schreiben sich ansonsten im gewohnten Rahmen bewegt und mit seinen teils geschäftlichen, teils privaten Details sich in nichts von anderer innerfamiliärer Korrespondenz unterscheidet, ist hieraus freilich nichts Genaueres zu erschließen, zumal sogar eine präzisere zeitliche Einordnung fehlt.

Faßt man die bisher gewonnenen Erkenntnisse zusammen, ist zum einen eine ausgesprochen magere Quellenlage zu konstatieren, was Amnestien im römischen Ägypten betrifft. Letztlich ist das große Reintegrationsedikt des M. Sempronius Liberalis aus dem Jahr 154 das einzige Dokument, das sich mit gutem Grund dieser Kategorie zuordnen läßt. Da den ersten drei nachchristlichen Jahrhunderten bekanntlich die bei weitem meisten unserer griechischen Papyri entstammen,[25] kann dies kein bloßer Zufall der Überlieferung sein. Hierauf ist noch zurückzukommen.

Zum anderen sind nicht nur keine Amnestien von Häftlingen nachweisbar, mit denen aus den eingangs genannten Gründen von vornherein nicht zu rechnen war. Vielmehr sind, wenn man Liberalis' Edikt insoweit Repräsentativität zumessen darf, auch die Differenzen zu den ptolemäischen Gnadenerweisen überdeutlich. Wurden dort in einem umfassenden Gnadenakt über Jahre, wenn nicht Jahrzehnte hinweg aufgelaufene Schulden und Strafen erlassen, um die gestörte Ordnung wiederherzustellen, geht es hier *prima facie* um eine Aufhebung der vom Staat verhängten Sanktionen. Die unterschiedlichen Dimensionen sind etwa auch daraus zu ersehen, daß den Zugeständnissen des Liberalis im Grunde nur ein einziger Paragraph im Indulgenzdekret des Ptolemaios VIII. und der beiden Königinnen entspricht. Genauer heißt es dort:

> „Sie haben zudem angeordnet, daß diejenigen, die aufgrund eines Schuldspruches wegen Räubereien oder aus anderen Gründen geflohen sind, nach der Rückkehr in ihre Heimatorte sich wieder ihren früheren Arbeiten zuwenden und wiedererlangen sollen, was von den deswegen verpfändeten Dingen als nicht verkauft noch vorhanden ist."[26]

[25] Vgl. nur Habermann (1998) 144–160.

[26] C. Ord. Ptol. 53 = P.Tebt. I 5 = Sel. Pap. II 210, 6–9; = C. Ord. Ptol. 53*bis* = SB VIII 9899a, 7–10; = C. Ord. Ptol. 53*ter* = SB VIII 9899b, 6–9: Προστετάχασι δὲ καὶ τοὺς ἀνακεχωρηκότας διὰ τὸ ἐνέχεσθαι λῄναις καὶ ἑτέρα<ι>ς αἰτίαις καταπορευομένους εἰς τὰς ἰδίας γίνεσθαι πρὸς αἷς καὶ πρότερον ἐργασίαις καὶ κομίζεσθαι τὰ ἔτι ὑπάρχοντα ἄπατα ἀπὸ τῶν διὰ ταῦτα ἠνεχυρασμένων.

Daß dieser Paragraph dort gleich der zweite ist, dürfte allerdings seine hohe Bedeutung auch im damaligen Kontext unterstreichen. Größeres Gewicht kam nur der prominent an den Anfang gesetzten Annullierung sämtlicher Strafverfahren zu — noch anhängiger wie bereits entschiedener, außer bei Mord und Tempelraub —, während die nächsten Paragraphen die Aufhebung aller Schulden betreffen und darauf immer mehr Einzelbestimmungen folgen. Damit wird gleich am Anfang ebenso wie bei Liberalis das hohe Interesse des Staates an der Rückkehr der Geflüchteten und an der Wiederaufnahme ihrer Tätigkeiten betont und ebenfalls die Rückerstattung der beschlagnahmten Güter verfügt, sofern sie jedenfalls noch vorhanden waren.

Nirgends ist dagegen irgendetwas von Fristen gesagt, die für die Inanspruchnahme dieser Vergünstigungen bestünden. Daten werden von den ptolemäischen Herrschern lediglich zur Präzisierung bzw. Vermeidung von Mißverständnissen gesetzt. Erlassen seien etwa die Steuern und Pachtzinsen bis zum 50. Jahr, danach sei alles wieder regulär zu zahlen; die fünfjährige Abgabenfreiheit für Neupflanzungen hingegen laufe genauer vom 53. bis zum 57. Jahr.[27] Weder werden die Zugeständnisse in irgendeiner Weise räumlich oder zeitlich eingeschränkt noch von der mündlichen oder schriftlichen Annahme des Angebots innerhalb eines bestimmten, eng umgrenzten Zeitraums abhängig gemacht, schon gar nicht mit Ablauf dieser Frist für unwiderruflich verfallen erklärt. Ist der Geltungsanspruch des ptolemäischen Gnadenaktes nach alledem universell, bleiben von den Zugeständnissen des Liberalis all diejenigen ausgeschlossen, die nicht bereit sind, sich auf seine Bedingungen einzulassen.

Es ist demnach ein — sollen wir sagen: typisch römisches? — *do ut des*-Modell, auf das wir hier bei Liberalis treffen. Anders als die ptolemäischen Herrscher, die alle bestehenden Forderungen samt und sonders für gegenstandslos erklären, zeigt sich Liberalis zwar ebenfalls zum Verzicht auf die Durchsetzung staatlicher Ansprüche bereit, doch nur unter der Voraussetzung, daß auch die andere Seite ihren Teil dazu gibt. Wir haben es hier geradezu mit einer Art Vertrag zu tun — heute würde man vermutlich Zielvereinbarungen sagen —, bei dem die Leistung gegenseitig ist.

Amnestien im römischen Ägypten hatten also ein ganz eigenes Gepräge. Freilassungen von Gefangenen gab es aus den eingangs genannten Gründen nicht. Auch für die *damnatio ad metalla* ist bisher nichts dergleichen nachzuweisen; vielmehr war sie offenbar von vornherein auf fünf Jahre begrenzt, so daß die Verurteilten nach Ablauf dieser Frist in einem

---

[27] Ebda. Z. 10 ff. bzw. 93 ff.

regulären Verfahren nach Hause entlassen wurden.[28] Anders als in den ptolemäischen Indulgenzdekreten scheint auch nie ein allgemeiner und bedingungsloser Verzicht auf alle staatlichen Forderungen verkündet worden zu sein, in dem mehr oder weniger sämtliche Strafen und Schulden erlassen wurden. Das einzige, was hierunter zu fassen ist, sind die von Liberalis und vielleicht noch weiteren Präfekten gesetzten Bedingungen, unter denen der Staat sich bereit zeigte, von einer Verfolgung der begangenen Taten, hin und wieder wohl auch der Eintreibung der bestehenden Staatsschulden abzusehen. Dem mutmaßlichen Täter wurde damit noch einmal für kurze Zeit die Möglichkeit gegeben, sich wieder in die Gesellschaft einzugliedern und dadurch sozusagen im letzten Moment eine Behandlung als ὁμόλογος κακοῦργος abzuwenden.

Im Vergleich mit den ptolemäischen Indulgenzdekreten mag man durchaus in Zweifel geraten, ob diese relativ begrenzten Zugeständnisse überhaupt den Namen ‚Amnestie' verdienen. Andererseits erinnert manches in geradezu frappanter Weise an die uns heute vertrauten Steueramnestien.[29] Auch hier werden denjenigen Vergünstigungen — in diesem Fall Straffreiheit, dazu ein deutlich reduzierter Steuersatz — in Aussicht gestellt, die sich innerhalb eines engen Zeitfensters zur Kooperation entschließen; auch hier dürfte dies aus der Erkenntnis heraus geschehen sein, daß eine schwierige Situation allenfalls durch ein gewisses Entgegenkommen seitens des Staates zu lösen war, zu rechtfertigen wiederum dadurch, daß allein dies eine positive Wirkung in der Zukunft zeitigen könne.

Ebenso wie der heutige Gesetzgeber muß demnach auch ein römischer Statthalter wie Liberalis in den mutmaßlichen Tätern vernunftbegabte und rationalen Überlegungen zugängliche Wesen gesehen haben, die die Vorteile dieses *do ut des*-Modells unmittelbar zu erkennen vermochten. In Anbetracht der Konsequenzen, die den Zuwiderhandelnden nochmals drohend vor Augen gestellt werden, und der bekannten Überlegenheit der römischen Macht konnte es sozusagen gar kein Zögern geben, diese Gelegenheit beim Schopfe zu ergreifen, und wer es nicht tat, war letztlich selber schuld. Je-

---

[28] So nach SB XX 14631 = ChLA X 421 (139); SB I 4639 (27. Dez. 209); XIV 11999 (vor dem 24. Feb. 210); hierzu auch Haensch (2000) 259–276, bes. 259; zuletzt Jördens (2009c) 313–324, bes. 321.

[29] Vgl. nur *Meyers Lexikon online*, http://lexikon.meyers.de/wissen/Steueramnestie, Fassung vom 20. Okt. 2008: „Steueramnestie, Gewährung von Straffreiheit bei Selbstanzeige ... Relativ häufig sind einmalige (zeitlich befristete) Steueramnestien, die v.a. dem Fiskus zusätzliche Steuereinnahmen verschaffen, die Rückführung von ins Ausland geflüchtetem Kapital bewirken und den Steuerpflichtigen den Weg in die Steuerehrlichkeit erleichtern sollen."

dem Vernünftigen mußte die Einmaligkeit der ihm eröffneten Chance ersichtlich sein, und entsprechend konnte von ihm auch verlangt werden, sich an die hier eingeräumten Fristen zu halten. Daß Liberalis den Provinzialen durchaus die Fähigkeit zutraute, mit Fristsetzungen aller Art umzugehen, bestätigt sich etwa auch in dem von ihm angeordneten 40-tägigen Aushang der Steuerlisten, um eine Überprüfung der nach Namen und Steuerart spezifizierten Daten zu ermöglichen.[30] Im Grunde ist hier ein fast modern anmutendes Konzept vom ‚mündigen Bürger' zu fassen, der zur selbständigen Regelung seiner Angelegenheiten willens und imstande ist, und zwar auch, was seine Rechten und Pflichten im Verhältnis zum Staate betrifft.

In dieser Hinsicht liegt freilich zwischen dem Entgegenkommen des Liberalis und einem ptolemäischen Indulgenzdekret trotz aller materiellen Nähe, die man in einzelnen Bestimmungen feststellen mag, einen tiefer und letztlich unüberbrückbarer Graben. Das wiederholte ἀφιᾶσι δέ bzw. ἀπολύουσι δέ, „sie sprechen frei", und vielleicht mehr noch das litaneiartige προστετάχασι δέ, „des weiteren haben sie angeordnet", verweisen dabei nur allzu deutlich auf den Abstand, der dort zwischen Herrschern und Beherrschten besteht. Während der Präfekt mit dem *do ut des*-Modell sozusagen auf Augenhöhe operiert, nehmen Ptolemaios VIII. und die beiden Königinnen die endlich erreichte Versöhnung zum Anlaß, einen allgemeinen und bedingungslosen Frieden zu verkünden und Gnade walten zu lassen über das gesamte Land. Die beeindruckende Liste ihrer Befreiungen und Anordnungen wird man dabei fast als getreuen Spiegel der verheerenden sozialen und ökonomischen Auswirkungen ansehen dürfen, die das Ende der jahrzehntelangen dynastischen Kämpfe kennzeichneten. Mit dem umfassenden Gnadenakt sollte dieser Zustand nun ein für allemal Vergangenheit, ‚vergeben und vergessen' sein, die leidende Bevölkerung nunmehr und für alle Zukunft in Ruhe und Frieden die Früchte ihrer Arbeit genießen.

Um letzteres geht es auch Sempronius Liberalis, wie er ausdrücklich sagt. Dennoch sind nicht nur die Mittel andere, mit denen er dies zu erreichen sucht, auch die Situation ist offenkundig nicht annähernd vergleichbar. So sehr Liberalis auf die Rückkehr der Geflüchteten und die Wiederaufnahme der landwirtschaftlichen Arbeiten dringt, dazu auch das Banditentum im Lande beklagt, gilt es doch keine schweren Wunden zu heilen, die über Jahrzehnte hinweg während bürgerkriegsähnlicher Auseinandersetzungen geschlagen wurden. Wie weit schließlich erfolgreich oder nicht, war man offenbar weiterhin guten Glaubens, erst einmal auf dem Verhandlungswege

---

[30] Vgl. nur SB XXVI 16641 (nach dem 8. Juli. 156); hierzu auch bes. Nelis-Clément (2006) 141–160, bes. 155.

und ohne den Einsatz unmittelbarer Gewalt der schwierigen Lage Herr zu werden können. Oder um es plakativ zu sagen: Was immer sich unter der δυσχέρεια verbarg, kam die *pax Romana* dadurch nicht in Gefahr.[31]

Demnach dürfte es tatsächlich kein Zufall der Überlieferung sein, wenn wir aus dem kaiserzeitlichen Ägypten so gut wie keine Amnestien besitzen. Zwar werden Leuten, die sich etwas hatten zuschulden kommen lassen, aus besonderem Anlaß bestimmte Vergünstigungen seitens des Staates gewährt; es können Verfangenschaften aufgehoben, die Strafverfolgung eingestellt und beschlagnahmte Güter zurückerstattet werden. Dies kann in feierlicher Form und unter Mitwirkung des Kaisers geschehen und auch auf die Beendigung einer Krisenzeit zielen, somit die üblichen Bedingungen einer Amnestie erfüllen. Dennoch handelt es sich allenfalls um Amnestien in einem begrenzten Sinn; allumfassende und bedingungslose Indulgenzen wie unter den Ptolemäern begegnen darunter nicht.

Einer der Gründe dafür ist sicherlich darin zu sehen, daß, wie eben dargelegt, es keine derart ernsthaften und tiefgreifenden Erschütterungen gab, die den Staat in seinen Grundfesten trafen. Auf das Warum will ich hier nicht näher eingehen, da es Thema eines eigenen Vortrags, wenn nicht gar Kolloquiums wäre. Ein zweiter ist aber vermutlich das oben dargestellte *do ut des*-Modell — weniger in dem Sinn, daß es sich in der ägyptischen Bevölkerung besonders hoher Resonanz erfreute, wozu sich, wie mehrfach erwähnt, kaum etwas sagen läßt. Wichtiger erscheint demgegenüber die beobachtete Verwandtschaft zu den modernen Steueramnestien, da dies letztlich auch eine Aussage über das Verhältnis zwischen Staat und Einwohnern und also den Charakter eines Regimes enthält.

Wenn der moderne Staat in der beschriebenen Weise reuigen Sündern Vergünstigungen gewährt und auf seinen Strafanspruch verzichtet, um ihnen dadurch die Rückkehr in die Gesellschaft zu erleichtern, stellt dies stets eine Ausnahme dar, was die allfällige Befristung noch unterstreicht. Die Regel ist, daß der Staat seinen Strafanspruch aufrechterhält — weil er, grob verkürzt formuliert, seine Strafen grundsätzlich zu Recht erteilt.

Betrachtet man unter diesem Aspekt das große Edikt des M. Sempronius Liberalis vom 29. August 154 noch einmal genauer, kann man sich kaum

---

[31] Grundsätzlich anderer Auffassung allerdings Rostowzew (1910), der die Römer im Gegensatz zu den Ptolemäern als reine Ausbeuter deutet, weswegen auch die *pax Romana* ohnehin „für Ägypten kaum eine Bedeutung" gehabt habe (206). Hier wäre noch näher zu untersuchen, wie weit diese Deutung durch die zeitgenössischen Kolonialreiche beeinflußt wurde; zu seiner — und anderer — demgegenüber stark idealisierten Sicht der hellenistischen Herrscher bereits Will (1985) 273–301, bes. 277 ff.

des Eindrucks erwehren, daß er dies im Grunde ganz ähnlich sah. So wird weder die Rechtmäßigkeit des staatlichen Vorgehens gegen geflüchtete Liturgen oder sonst zur Suche ausgeschriebene Personen infrage gestellt, noch wird von möglichen Fehlern — etwa zu hohen Forderungen des Staates — gesprochen. Vielmehr wird dem mutmaßlichen Täter ausnahmsweise und gnadenhalber eine neue Chance eingeräumt, sich zu stellen und damit wieder in die Rechtsgemeinschaft aufnehmen zu lassen. Wer dies ausschlägt und auf seinem Fehlverhalten beharrt, legt dadurch gleichsam selbst ein Geständnis ab und ist entsprechend zu behandeln, hat also in jedem Fall seine gerechte Strafe verdient.

Im Grunde genommen zeigen sich die Unterschiede zwischen römischem und ptolemäischem Ägypten nirgends so deutlich wie bei den Amnestien. Wir haben es nicht mehr mit souveränen Herrschern zu tun, die nach Belieben schalten und walten und ebenso in gelegentlichen Gnadenakten sich und anderen ihre Großzügigkeit beweisen. Für die Ptolemäer stellten Indulgenzen zudem die *ultima ratio* in Extremsituationen dar, wenn es darum ging, das öffentliche Leben wieder in geregelte Bahnen zu lenken — nach Jahren oder gar Jahrzehnten, in denen die Bevölkerung den Übergriffen verschiedenster Seiten ausgesetzt war, so daß sie hier geradezu als notwendiges Korrektiv erlittener Willkür privaten wie staatlichen Ursprungs erscheinen. Nichts von alledem jedoch in römischer Zeit. Erstens gibt es kaum Amnestien, zweitens hielt man sie aus den unterschiedlichsten Gründen wohl auch nicht für nötig. Gewisse Zugeständnisse ja, aber wohl eher selten und nur, wenn die Leute sich auch kooperativ verhielten. Auf den ersten Blick sicherlich ein nüchternes, strenges, jedenfalls nicht großzügiges und nur wenig anziehendes Bild; auf den zweiten aber vielleicht doch Zeichen eines weniger turbulenten Lebens in einer berechenbareren Welt.

BIBLIOGRAPHIE

Cowey (1995): J. M. S. Cowey, *New Readings in an Edict of M. Sempronius Liberalis (BGU II 372)*, ZPE 106 (1995) 195–199.

Habermann (1998): W. Habermann, *Zur chronologischen Verteilung der papyrologischen Zeugnisse*, ZPE 122 (1998) 144–160.

Haensch (2000): R. Haensch, *Le rôle des* officiales *de l'administration provinciale dans le processus de décision*, CCG 11 (2000) 259–276.

Hanson (1981): A. E. Hanson, *Evidence for a Reduction in Laographia at Philadelphia in Gaius' Second Year*, in: *Proceedings of the Sixteenth International Congress of Papyrology New York, 24–31 July 1980* (ASP 23), Chico CA 1981, 345–355.

Jördens (2005): A. Jördens, *Kap. VIII. Griechische Texte aus Ägypten*, in: B. Janowski – G. Wilhelm (Hrsg.), *TUAT.NF 2: Staatsverträge, Herrscherinschriften und andere Dokumente zur politischen Geschichte*, Gütersloh 2005, 369–389.

Jördens (2006): A. Jördens, *Zum Regierungsstil des römischen Statthalters – das Beispiel des* praefectus Aegypti, in: H.-U. Wiemer (Hrsg.), *Staatlichkeit und politisches Handeln in der römischen Kaiserzeit* (Millennium-Studien 10), Berlin/New York 2006, 87–106.

Jördens (2007): A. Jördens, *Antwort auf Barbara Anagnostou-Cañas*, in: E. Cantarella (Hrsg.), *Symposion 2005. Vorträge zur griechischen und hellenistischen Rechtsgeschichte (Salerno, 14.–18. September 2005)*, Wien 2007, 327–334.

Jördens (2009a): A. Jördens, *Statthalterliche Verwaltung in der Kaiserzeit. Studien zum* praefectus Aegypti (Historia Einzelschr. 175), Stuttgart 2009.

Jördens (2009b): Jördens, *Eine Notiz zu BGU I 159*, ZPE 168 (2009) 257–258.

Jördens (2009c): A. Jördens, *Verwaltungsroutine jenseits der Inschriften*, in: R. Haensch (Hrsg.), *Selbstdarstellung und Kommunikation. Die Veröffentlichung staatlicher Urkunden auf Stein und Bronze in der Römischen Welt (München, 1.–3. 7. 2006)* (Vestigia 61), München 2009, 313–324.

Jördens (2010): A. Jördens, *Zur Flucht von Liturgen*, in: *Proceedings of the 25th International Congress of Papyrology Ann Arbor, July 29–August 4, 2007*, Ann Arbor 2010, 345-354.

Katzoff (1980): R. Katzoff, *Sources of Law in Roman Egypt: The Role of the Prefect*, in: *ANRW II 13*, Berlin/New York 1980, 807–844.

Krause (1996): J.-U. Krause, *Gefängnisse im Römischen Reich* (HABES 23), Stuttgart 1996.

Lewis (1996): N. Lewis, *Notationes Legentis*, BASP 33 (1996) 61–66.

McGing (1998): B. C. McGing, *Bandits, Real and Imagined, in Greco-Roman Egypt*, BASP 35 (1998) 159–183.

Nelis-Clément (2006): J. Nelis-Clément, *Le gouverneur et la circulation de l'information dans les provinces romaines sous le Haut-Empire*, in: L. Capdetrey – J. Nelis-Clément (Hrsg.), *La circulation de l'information dans les états antiques*, Bordeaux 2006, 141–160.

Perpillou-Thomas (1993): F. Perpillou-Thomas, *Fêtes d'Égypte ptolémaïque et romaine d'après la documentation papyrologique grecque* (Stud. Hell. 31), Leuven 1993, 144–146.

Rostowzew (1910): M. Rostowzew, *Studien zur Geschichte des römischen Kolonates* (APF Bh. 1), Leipzig/Berlin 1910.

Strassi (1988): S. Strassi, *L'editto di M. Sempronius Liberalis*, Trieste 1988.

Turner (1973): E. G. Turner, *The Papyrologist at Work* (GRBS Monographs 6), Durham NC 1973.

Will (1985): É. Will, *Pour une "anthropologie coloniale" du monde hellénistique*, in: J. W. Eadie – J. Ober (Hrsg.), *The Craft of the Ancient Historian* (Festschrift Ch. G. Starr), Lanham MD u.a. 1985, 273–301.

RÖMISCHE WELT II:

SPÄTANTIKE

HARTMUT LEPPIN (FRANKFURT)

ÜBERLEGUNGEN ZUM UMGANG MIT ANHÄNGERN VON BÜRGERKRIEGSGEGNERN IN DER SPÄTANTIKE

Das vierte Jahrhundert war ein Jahrhundert der Bürgerkriege. Diese forderten einen überaus hohen Blutzoll und lähmten teils auch die Verteidigung an den Grenzen. Ein Bürgerkrieg aber war die weitestgehende Form der Desintegration des Reiches, da die Armee auseinanderbrach, in der sich doch das Kaisertum und — wenn man auf Kaisererhebungen blickt — das römische Volk verkörperte. Zudem bedeutete Auseinanderbrechen einen gewaltigen Ressourcenverlust, da einem Kaiser nur ein Teil der ohnehin schwer zu erneuernden römischen Armee zu Gebote stand.

Aus dieser heiklen Lage den richtigen Ausweg zu finden war für die römische Monarchie ein zentrales Erfordernis. Das Verhalten der Kaiser nach Bürgerkriegen erscheint so in vielen Quellen wie der Lackmustest ihrer Herrschertugend. Ergehen sich die einen in grausamsten Bestrafungen und erweisen sich damit als ungeeignet — derartiges wird etwa von Valens gerne berichtet —, so üben die anderen Milde, wie sie jedem Kaiser gut zu Gesicht stand — so etwa hört man etwa über Theodosius den Großen. Amnestien waren ein wichtiger Ausdruck von Milde, durchaus in dem modernen Sinne, daß der Staat auf Strafverfolgung oder Strafvollstreckung gegenüber einer Anzahl nicht individuell bestimmter Personen aus Gründen der Zweckmäßigkeit verzichtete. Meinem Beitrag liegt die Vermutung zugrunde, daß in dieser Hinsicht das Gebaren der verschiedenen Kaiser des vierten Jahrhunderts — und wohl auch danach und davor — trotz ganz unterschiedlicher Darstellungen sehr ähnlich war. Dafür sprechen schon Überlegungen allgemeinerer Art: Eine Vernichtung des Feindes kam in solchen Fällen überhaupt nicht in Frage, da durch die massenhafte Tötung von Gegnern, die ja trotz allem Römer waren, die Desintegration noch weiter vorangeschritten wäre, zumal ein mit Bürgerblut befleckter Kaiser an Akzeptanz verloren hätte. Hinzu kamen ganz pragmatische Interessen: Das Römische Reich konnte es sich bei seinen notorischen Schwierigkeiten, den Mannschaftsstand seiner Armee aufrechtzuerhalten, gar nicht leisten, seine

eigenen Soldaten zu Tausenden in den Tod zu schicken, so daß es zur Reintegration der abtrünnigen Armeeteile keine vernünftige Alternative gab. Andererseits kam man, allein schon um des Abschreckungseffektes willen, nicht umhin, an einzelnen ein Exempel zu statuieren. Wenn ein Kaiser sich in einem Bürgerkrieg durchgesetzt hatte, musste er mithin eine durchaus differenzierte Politik verfolgen.

Gerade dies allerdings wird durch die günstige, vielfältige, dem Schein nach widersprüchliche Quellenlage verhüllt, da ein differenziertes Vorgehen den Autoren sowohl für Lob als auch für Kritik Ansatzpunkte lieferte. Während der Panegyriker seinen Blick auf die Milde des Kaisers lenkt, tadelt ein Kritiker — etwa ein distanzierter Historiograph — diejenigen Tötungen, die sich aus antiker Machtrationalität kaum vermeiden ließen. In gewisser Weise ist somit der aufs Ganze gesehen schonungsvolle Umgang mit Bürgerkriegsgegnern ein Paradebeispiel für die Integrationsfähigkeit des römischen Kaisertums, doch zugleich ein Exempel für die Vielfalt von Wahrnehmungsmöglichkeiten gegenüber dem kaiserlichen Verhalten. Man bekommt bei einer nuancierten Interpretation sowohl Einblicke in eine soziale Praxis als auch in die Vielfalt der politischen Diskurse im spätantiken Reich.

Typischerweise waren es Usurpationen, die Bürgerkriege auslösten Während jedoch das Schicksal der Usurpatoren oft erörtert wird[1], erfährt man wenig über die Behandlung ihrer Anhängerschaft, um die es hier vor allem gehen soll.[2] Eine umfassende Aufarbeitung, die übrigens vielversprechend wäre, ist an dieser Stelle nicht zu leisten. Ich will lediglich drei Beispiele vorstellen und daraus allgemeinere Züge erschließen. Es handelt sich um die Behandlung der Anhänger des Magnentius durch Constantius II. 352/3, um den Umgang mit den Unterstützern des Procopius durch Valens 366 und um die Verfahrensweise, die Theodosius 388 gegenüber den Leuten des Maximus wählte. So hoffe ich verdeutlichen zu können, daß es nach Bürgerkriegen eine gewisse Praxis der Amnestie gab, der alle drei Kaiser folgten, die aber je nach Ausrichtung der Quelle ins Positive oder ins Negative gewendet werden konnte, so daß Gleiches ungleich erscheint.

---

[1] Elbern (1984); Paschoud / Szidat (1997). Auf diese Arbeiten sei auch in Hinblick auf die Einzelnachweise zum Verlauf der Usurpationen verwiesen. Dabei darf man natürlich nicht vergessen, daß Usurpation ein perspektivischer Begriff ist; der jeweils nicht als legitim empfundene Herrschaftskonkurrent ist eben der Usurpator. Zum Militärwesen: Sabin / van Wees / Whitby (2007).

[2] Einiges Material gesammelt bei Elbern (1984) 139–143.

I

Zunächst also Magnentius: Constantius II., Sohn Constantins des Großen, war seit 337 Herrscher im Osten des Reiches. 350 kam es zu einer Krise, in deren Zusammenhang sich mehrere Usurpationen ereigneten. Über die kurzlebige Erhebung des Nepotianus lässt sich in Hinblick auf den Umgang mit Soldaten nichts sagen.[3] Die des Vetranio war möglicherweise ein abgekartetes Spiel mit dem legitimen Herrscher, wurde aber von den zeitnahen Quellen als Usurpation behandelt. Sie endete damit, daß der Usurpator sich mitsamt seinen Soldaten friedlich unterwarf.[4] Er zog sich wohlversorgt zurück, seine Soldaten schlossen sich Constantius an: Einer Amnestie bedurfte es nicht.

Einen völlig anderen Charakter hatte die Usurpation des Magnentius, die schon vor jener Vetranios begonnen hatte. Sie fand ihren Höhepunkt in der Schlacht von Mursa (28. September 351), die zu den verlustreichsten Kämpfen des 4. Jahrhunderts gehörte. Constantius konnte sich hier durchsetzen, Magnentius floh und beging schließlich wie auch sein Sohn Decentius Selbstmord (10. Augustus bzw. 18. Oktober 353).

Den Anhängern des Usurpators gewährte Constantius ausdrücklich eine Amnestie[5], die von verschiedenen Pangeyrikern gepriesen wird. So spielt Themistios in seiner ersten Rede darauf an und spricht vom Verzicht auf die Todesstrafe, offenbar nicht in einem allgemeinen Sinne, sondern bezogen auf die Anhängerschaft des Magnentius. Themistios war ein Angehöriger des Konstantinopolitaner Senats, der in Panegyriken auf den jeweiligen Herrscher die Vorstellungen des Kaisers wie des Senats zu kommunizieren suchte, wobei er durchaus den Anspruch erhob, ein Philosoph zu sein. So äußert er sich folgendermaßen:[6] Das Verhalten des Constantius passe zu einem weisen Herrscher, der es als seine Aufgabe sehe, Heilung zu ermöglichen: *Nicht derjenige zeigt als Arzt größere Erfahrung, der ein Bein abschneidet, sondern derjenige, der versucht, es wieder in Ordnung zu bringen, und es ermöglicht, wieder aufzustehen*[7]. Allgemeine Strenge sei ein Phänomen der Vergangenheit. Der Kaiser aber besänftige das Gesetz, indem er mildere Strafen anordne: *Zu einer milden und gegenüber dem*

[3] Dazu Ehling (2001) 141–158.

[4] Bleckmann (1994) 29–68; Drinkwater (2000) 131–159.

[5] Grundlegend Portmann (1992) 411–421. Er vertritt die Auffassung, es seien zwei verschiedene Amnestien zu unterscheiden; vielleicht ist aber eher mit verschiedenen Phasen der Anwendung zu rechnen ist.

[6] Zur Panegyrik als Gattung s. etwa Whitby (1998); Ronning (2007).

[7] Them. or. 1,14 c: καὶ ἰατρὸς ἐμπειρότερος οὐχ ὁ ἀποκόπτων πονέσαν τὸ σκέλος, ἀλλ’ ὁ πειρώμενος ὀρθοῦν τε καὶ ἀνιστάναι.

stammverwandten Wesen mitfühlenden Gesetzgebung gehört es nämlich doch wohl, in der Regel über den Verbrechen zu stehen und zu unterscheiden zwischen Verfehlung, Verbrechen und Mißgeschick. Verbrechen ist die Gesetzwidrigkeit eines Menschen, der sich dazu vorsätzlich entschlossen hat. Verfehlung ist, so würde ich sagen, der innere Aufruhr einer Leidenschaft, der heftiger ist als ein beliebiges Begehren oder ein plötzlicher Zornesausbruch, wobei die Seele sich dem Affekt nicht völlig ausgeliefert hat. Das Mißgeschick aber ist ein gänzlich ungewolltes Übel und Unglück, das jemandem von außen her widerfährt.[8] Themistios ist als Rhetor zu gewandt, um die Anhänger der Usurpatoren pauschal einer Gruppe zuzuordnen, aber er suggeriert, daß sie nicht zu den Verbrechern gehören. Der Lobpreis der Amnestie verbindet sich demnach mit der Forderung nach einer differenzierten Behandlung; von einer uneingeschränkten Amnestie geht der Redner nicht aus.

Julian preist in seinen Reden auf Constantius aus den Jahren 356/8 ebenfalls die Amnestie seines Onkels, die er mit dem technischen Ausdruck ἄδεια belegt, wobei er auch Sonderfälle erwähnt, ansonsten aber betont, daß weder Verbannungen noch Konfiskationen erfolgten.[9] Den Erlaß der Amnestie betrachtet er als Ausdruck der μεγαλοψυχία (des Großmuts), einer zentralen Kaisertugend. Beiden Rednern ist gemeinsam, daß sie ihr Augenmerk nicht so sehr auf die integrativen Aspekte eines Amnestieerlasses in einem allgemein-politischen Sinne richten; vielmehr interessiert sie die individuelle Erleichterung der Untertanen, die davon profitieren.

Im Falle der Amnestie für die Anhänger des Magnentius sind wir in der glücklichen Situation, auf Gesetzestexte zurückgreifen zu können. 354 teilt

---

[8] Them. or. 1,15 c–16 a: ἡμέρου γὰρ ἴσως δίκης καὶ πρὸς τὸ ὁμόφυλον συμπαθοῦς κατόπιν ἵστασθαι τῶν ἀδικημάτων ὡς τὰ πολλὰ καὶ διακρίνειν ἁμάρτημα καὶ ἀδίκημα καὶ ἀτύχημα. ἔστι δὲ ἀδίκημα μὲν παρανομία βουλευσαμένου καὶ προελομένου τῷ λογισμῷ, ἁμάρτημα δὲ πάθους, οἶμαι, κίνησις σφοδροτέρα ἐπιθυμίας τινὸς ἢ ὀργῆς ἄφνω προεξαλλομένης, οὐ συνενδούσης ὁλοκλήρου τῆς ψυχῆς τῷ κινήματι· τὸ δὲ ἀτύχημα παντελῶς ἀβούλητός τις ξυμφορὰ καὶ πταῖσμα ἀλλαχόθεν ἄλλῳ (5) προσαρτώμενον. (Dt. Übersetzung nach Leppin / Portmann) Die Unterscheidung zwischen Verfehlung, Verbrechen und Mißgeschick, die wohl auf Arist. Eth. Nic. 5,8,6–8 (1135 b 11–26) zurückgeht, findet sich bei Themistios noch an anderen Stellen (9,123 d; 19,230 a). Zur Amnestie des Constantius s. auch Them. or. 6,80 c.

[9] Iul. or. 1,31 (38 B): κηρύγματα δὲ ἦν λαμπρὰ καὶ βασιλικῆς ἄξια μεγαλοψυχίας· ἄδεια δὲ πᾶσιν ἐδίδοτο τοῖς ταξαμένοις μετὰ τοῦ τυράννου, πλὴν εἴ τις ἀνοσίων ἐκείνῳ φόνων ἐκοινώνει· ἀπελάμβανον τὰς οἰκίας ἅπαντες καὶ τὰ χρήματα καὶ πατρίδας οἱ μηδὲ ὄψεσθαί τι τῶν φιλτάτων αὐτοῖς ἐλπίζοντες; vgl. or. 3 (2),7 (58 B/C).

Constantius dem Stadtpräfekten vom Rom, Cerealis, mit, daß alle Unglückseligkeiten aus der Zeit der Usurpation wegzuschneiden seien und daß sich alle sicher fühlen können, abgesehen von den fünf Verbrechen, die mit dem Tode bestraft würden.[10] Hier wird also wieder eine Amnestie verkündet, allerdings mit klaren und auch nicht eng gesteckten Ausnahmen. Bedingt durch die Überlieferungslage fehlt der ganze Begründungsrahmen, die Tendenz korrespondiert den Aussagen der Panegyriker.

Man wüßte gerne, wie die christlichen Anhänger des Constantius dieses Verhalten interpretiert haben. Allerdings ist ein Großteil der ihm wohlgesonnenen Literatur verloren, da der Kaiser späteren Zeiten als Häretiker galt. Immerhin hat sich in der nizänischen Kirchengeschichtsschreibung eine Notiz erhalten, die aus dem Umfeld des Constantius stammt. Es handelt sich um ein Geschehnis, das die Autoren auf die Zeit nach der Schlacht von Mursa setzen.[11] Der Kirchenhistoriker Sokrates berichtet folgendes: *Schließlich wurde Magnentius bei Mursa (einem Kastell in Gallien) geschlagen und eingeschlossen. In diesem Kastell soll sich folgendes Wunder abgespielt haben: Magnentius bemühte sich, seine durch die Niederlage entmutigten Soldaten aufzumuntern, trat auf eine hohen Tribüne und versuchte, sie zu ermutigen. Als diese im Begriff waren, die bei Kaisern übliche Akklamation zu rufen, übertrugen sie sie entgegen ihrer Absicht auf Constantius. Sie akklamierten nämlich alle gemeinsam nicht Magnentius, sondern Constantius als Augustus. Dies faßte Magnentius als Vorzeichen gegen sich auf und zog sofort von der Festung ab.*[12] Was hier geschildert wird, ist der drastische Verlust an Akzeptanz. Da der Konsens einer großen Gruppe, namentlich des Heeres als ein Zeichen eines Gottes aufgefaßt wurde — wie es Magnentius bei Sokrates auch selbst tat —[13], besitzt das Geschehen auch

---

[10] Cod. Theod. 9,38,2: *Omnia penitus amputentur, quae tyrannicum tempus poterat habere tristissima. universos ergo praecipimus esse securos exceptis quinque criminibus, quae capite vindicantur*; vgl. für solche Ausnahmen const. Sirmond. 7; Cod. Theod. 9,38,3; 9,38,6 sowie den Beitrag Mitthof in diesem Band.

[11] Grundlegend für die zeitgenössische Deutung Bleckmann (1999) 47–101.

[12] Sokr. 2,32,2–5: Τέλος δὲ περὶ Μούρσαν—φρούριον δὲ τοῦτο τῶν Γαλλιῶν—ὁ Μαγνέντιος ἡττηθεὶς συνεκλείσθη. Ἐν ᾧ φρουρίῳ λέγεται τοιόνδε θαῦμα συμβῆναι. Ὁ Μαγνέντιος, ὑπὸ τῆς ἥττης καταπεπτωκότας τοὺς ἑαυτοῦ στρατιώτας ἀναρρῶσαι σπουδάζων, ὑψηλοῦ βήματος ἐπέβη. Οἱ δὲ τὴν συνήθη τοῖς βασιλεῦσιν εὐφημίαν ἐπιβοῆσαι βουλόμενοι, παρὰ γνώμην ἐπὶ τὸν Κωνστάντιον ταύτην μεταφέρουσιν· οὐ γὰρ Μαγνέντιον, ἀλλὰ Κωνστάντιον Αὔγουστον κοινῇ πάντες ἐβόησαν. Τοῦτο σύμβολον καθ’ ἑαυτοῦ ὁ Μαγνέντιος ἡγησάμενος, ἐκ τοῦ φρουρίου εὐθὺς ἀπανίσταται.

[13] S. e.g. Heim (1990), 160–172; Leppin (1996) 154f.

eine religiöse Konnotation, die im Kontext des Werkes des Sokrates christlich gedeutet werden mußte.[14]

Wie so oft übernimmt Sozomenos einen Bericht des Sokrates und überarbeitet ihn: Der Usurpator hatte in Gallien mehrere Kämpfe mit wechselndem Erfolg zu bestehen, *bis Magnentius, schließlich geschlagen, nach Mursa floh (einem Kastell in Gallien). Da er sah, wie seine Soldaten aufgrund der Niederlage entmutigt waren, stellte er sich auf einen hohen Platz und versuchte, ihnen Mut zuzusprechen: Diese aber wünschten, wie sie es ja gewohnt sind, die Kaiser zu akklamieren, auch beim Erscheinen des Magnentius dies zu tun, aber unvermerkt riefen sie, ohne es zu wollen, Constantius statt Magnentius aus. Daraus erschloß Magnentius, daß Gott ihm nicht die Kaiserwürde verliehen habe, verließ das Kastell und versuchte sich davonzumachen.*[15] Die Passage ist gegenüber Sokrates stilistisch verfeinert, vor allem aber expliziert Sozomenos eine christliche Deutung, wie sie bei Sokrates lediglich mitschwingt: In dem Geschehnis zeigt sich Gottes Wille. Auch wenn dies nur die Schlußfolgerung ist, die Sozomenos Magnentius ziehen lässt, beweist seine abschließende Niederlage den Lesern des Sozomenos vollends, daß Gott nicht ihn als Kaiser auserkoren hat. Die Soldaten sind in beiden Berichten nicht selbständige, eigenverantwortlich handelnde Akteure, sondern bringen lediglich Gottes Willen zum Ausdruck. Sie sind keine Überläufer, sondern Werkzeuge eines höheren Wesens.[16]

Wenn wir auf diese Texte zurückblicken, entsteht vor uns das Bild einer eindrucksvollen Amnestie, geeignet, inneren Frieden zu schaffen. Doch: Welcher seriöse Historiker blickt zunächst auf solche Quellen, die so eindeutig parteiisch sind wie Panegyriker und Kirchenhistoriker? Unsere Hauptquelle für die Epoche ist Ammianus Marcellinus, der aus zeitlicher und persönlicher Distanz schreibt. Er gibt ganz andere Auskünfte (14,5). Da erfährt man von unschuldigen Opfern, die brutal umgebracht wurden, von dem Wüten des Paulus Catena („Kettenpaule"), der nach Auffassung Am-

---

[14] Anders akzentuiert bei Bleckmann (1999) 58.

[15] Soz. 4,7,1f.: τὸ τελευταῖον ἡττηθεὶς Μαγνέντιος ἔφυγεν εἰς Μοῦρσαν (Γαλατῶν δὲ τοῦτο τὸ φρούριον). ἀδημονοῦντας δὲ τοὺς ἰδίους στρατιώτας ὡς ἡττηθέντας ὁρῶν, ἐφ' ὑψηλοῦ στὰς ἐπειρᾶτο θαρραλεωτέρους ποιεῖν. οἱ δέ, οἷά γε εἰώθασιν ἐπευφημεῖν τοῖς βασιλεῦσι, καὶ ἐπὶ Μαγνεντίῳ φανέντι εἰπεῖν προθυμηθέντες ἔλαθον οὐχ ἑκόντες Κωνστάντιον ἀντὶ Μαγνεντίου Αὔγουστον ἀναβοήσαντες. συμβαλὼν δὲ ἐκ τούτου Μαγνέντιος ὡς οὐ δεδομένον αὐτῷ θεόθεν βασιλεύειν, πειρᾶται καταλιπὼν τοῦτο τὸ φρούριον προσωτέρω χωρεῖν.

[16] Von einem schon vor der Schlacht von Mursa, durch Einwirken des Philippus (cos. 348), bewirkten Vertrauensverlust der Soldaten des Magnentius spricht Zos. 2,46,3–47,1 in einer eigenartigen Überlieferung.

mians seine Kompetenz, die ihm von Constantius II. übertragen worden war, überschritten hat (§ 6–9). Von der *asperitas* des Kaisers ist die Rede (§ 4), der kein Todesurteil aufgehoben (§ 5) und keinen Freispruch verfügt (§ 9) habe — ganz im Gegensatz zu dem, was Themistios sagt.

Die Angaben der Quellen aus dem Umkreis des Constantius und des Historiographen sind leichter miteinander zu versöhnen, als es zunächst den Anschein hat. Es handelt sich um ein Problem der Perspektivität. Ammians Blick gilt den relativ wenigen, die von der Amnestie nicht profitierten; daß es solche Fälle gab, wurde ja von den Verkündern der Amnestie nicht verschwiegen. Die Opfer kamen aus demselben Milieu wie der Historiograph, so — um eines der Opfer anzuführen, das namentlich genannt wird — der *comes* des Magnentius Gerontius, der sogar gefoltert wurde. Hier war der Historiograph natürlich besonders sensibel. Im übrigen spricht auch Ammian, obgleich er die Leidtragenden so nachdrücklich hervorhebt, nicht von Opfern unter den Soldaten. Sie wurden offenbar insgesamt geschont.

II

Auch der Ausgang der nächsten Usurpation, die ich behandeln möchte, die des Procopius zu Beginn der Regierungszeit des Valens, ist vergleichsweise gut bezeugt. Der historische Kontext sei kurz in Erinnerung gerufen. Valens regierte von 364 bis 375. 363 war Julian, der letzte Kaiser aus dem constantinischen Hause, gestorben. Nach der kurzen Herrschaft Jovians hatte Valentinian, ein Mann nicht-aristokratischer Herkunft, den Thron bestiegen und sogleich seinen Bruder Valens zum Mitherrscher gemacht, mit ihm das Reich geteilt und war selbst in den Westen aufgebrochen. Der schwache, allein durch das Machtwort seines Bruders legitimierte Valens blieb zurück und sah sich mit einer Reihe von Schwierigkeiten konfrontiert.

Diese Situation versuchte Procopius[17] offenbar zu nutzen. Als Verwandter der constantinischen Dynastie erweckte er den Eindruck, er sei von Julian zum Nachfolger designiert worden, zumal er die Bestattung Julians übernommen hatte. Schließlich tauchte er, schon nach der Kaisererhebung des Valens, in Konstantinopel auf, wo er sich am 28. September 365 von zwei Legionen, die dort gerade lagerten, zum Kaiser ausrufen ließ. Er gewann rasch Thrakien sowie Bithynien, wobei er sich auch der Hilfe der Goten versicherte. Schließlich trat Valens ihm entgegen, um ihn am 27. Mai 366 in der Schlacht von Nakoleia in Phrygien zu besiegen. Von zwei Anhängern verraten, wurde Procopius samt den beiden Überläufern umge-

[17] Zu ihm etwa Wiebe (1995) 3–85; Lenski (2002) 68–115.

bracht — das gewöhnliche Schicksal von Usurpatoren, die es versäumten, Selbstmord zu begehen.

Wie aber behandelte Valens die übrigen Anhänger des Procopius? Die Quellen dazu sind zumindest dem ersten Anschein nach durchaus widersprüchlich, so daß es sich lohnt, sie im einzelnen durchzugehen. Die zeitlich nächstliegende Äußerung bildet die 7. Rede des Themistios, der uns schon einmal begegnet ist. Erneut feiert der Rhetor die Milde des Kaisers und drängt, im Sinne der Kommunikationssituation der Panegyrik, damit letztlich auch den Kaiser dazu, Milde zu üben. Nicht den Sieg über Procopius wolle er rühmen, sondern den Gebrauch, den der Kaiser davon mache, erklärt der Redner. Dabei betont er, daß Procopius zu Recht für sein Verbrechen bestraft worden sei, daß der Kaiser ansonsten aber allen Anhängern des Usurpators gegenüber Milde, Philanthropia, bewiesen und damit die Loyalität aller Untertanen erworben habe[18] — *clementia* war ja seit jeher eine zentrale kaiserliche Tugend.

Dieser Aspekt begegnet, um ein eindrückliches Gedankenspiel bereichert, erneut in der wohl 368 gehaltenen 8. Rede des Themistios: *Wenn jemand, der sich während des Aufstandes außerhalb des Römischen Reiches aufgehalten hat und nur von dem früheren gesunden Zustand weiß, nun den gegenwärtigen Zustand kennenlernen würde, würde er denjenigen keinen Glauben schenken, die ihm ehrlich erzählen, was inzwischen geschehen ist, und er würde überhaupt nichts finden, was sich so geändert hat, wie es einer solchen Revolte entspräche, sondern er fände dieselben Taxiarchen, Strategen, Lochagen, Leibwächter und Soldaten und den Senat in voller Zahl — gerade er ist völlig zu Recht unversehrt geblieben —, so daß die Nachfrage nicht unpassend ist, wer denn dem Mörder bei der Beseitigung des vorherigen Friedenszustandes überhaupt behilflich war. Durch die mittlerweile geräuschlos eingetretene Ruhe ist jede Spur des Sturms, der in jener Zwischenzeit gewütet hatte, verschwunden. Wie du aber diejenigen, die vom Sturm mitgerissen wurden, in Sicherheit gebracht hast — warum soll meine Redekunst dies, was sie schon früher eingehender bejubelt hat, wiederholen?*[19]

---

[18] S. insbes. 7,97 c–d; vgl. für diese Tendenz Symm., or. 1,22. Das technische Wort ἄδεια kommt vor (7,100 c), aber in einem unspezifischen Gebrauch und nicht speziell auf die Soldaten bezogen.

[19] Them. or. 8,110 d–111 a: οἶμαι γὰρ ἔγωγε ὡς εἴ τις ἐκδημήσας τῆς Ῥωμαίων ἀρχῆς τὸν τῆς ἐπαναστάσεως χρόνον καὶ τὴν προτέραν τάξιν ἐγνωκὼς ὑγιῆ τῇ πολιτείᾳ τῇ νῦν ἐπισταίη, σφόδρα ἂν ἀπίστους νομίσαι τοὺς ἐξευρόντας τὰ μεταξὺ συμβεβηκότα, οὐδ' ὁτιοῦν εὑρίσκων ἀξίως τοσαύτης καινουργίας μετηλλαγμένον, ἀλλὰ καὶ ταξιάρχους τοὺς αὐτοὺς καὶ στρατηγοὺς καὶ λοχα-

Das klingt wie eine Generalamnestie, aber panegyrische Texte darf man natürlich nicht unter juristische Gesichtspunkte pressen. Auf jeden Fall wird als Ziel des kaiserlichen Handelns formuliert, nach einem solchen Ereignis möglichst alles zu bewahren, wie es zuvor war, und so die Usurpation gewissermaßen ungeschehen zu machen, obgleich gerade sie die Folie für den kaiserlichen Ruhm bildet. Was passiert ist, bezeichnet der Redner als Sturm, die Beteiligten erscheinen als Opfer. Das entspricht im übrigen auch der Grundhaltung in der 7. Rede, deren Titel bezeichnenderweise in den Handschriften mit *Über die, die unter Valens ins Unglück geraten sind* (*Περὶ τῶν ἠτυχηκότων ἐπὶ Οὐάλεντος*) angegeben wird.

Bestätigt wird Themistios durch Libanios, einen im syrischen Antiochia, der zeitweiligen Residenz des Valens, wirkenden Rhetoriklehrer. In seiner sogenannten Autobiographie (Or. 1,171) bietet Libanios ein durchaus ambivalentes Bild des Kaisers, zumal in jenem Teil, der nach dem Tode des Valens entstanden ist. Er schreibt Valens für seine Amnestie allerdings ein weniger hehres Motiv zu, als es Themistios tat, indem er sagt, daß er sich durch Milde Sicherheit erkauft habe. Hier, wo es nicht um die Überhöhung eines einzelnen geht, wird sichtbar, wieder ins Positive gewendet, welche integrative Wirkung die Milde entfaltete.

Doch in den Handbüchern liest man nichts von einer milden Handlungsweise des Valens.[20] In der Tat bietet wieder Ammianus Marcellinus, der hier von dem um 500 schreibenden heidnischen Historiographen Zosimus gestützt wird (4,8,4f.), ein abweichendes Bild. Da heißt es: *Durch den Tod ihres Anführers (sc. des Procopius) waren die Kriegsgreuel von Grund auf beseitigt. Nunmehr wütete man gegen viele Anhänger schlimmer, als es ihre Verirrungen und Vergehen erforderlich machten.*[21] Oder: *Noch viel Schlimmeres kam hinzu, als man in einer Schlacht fürchten muß. Der Henker, die Widerhaken und die blutigen Gerichtsverfahren wüteten ohne Rücksicht auf Alter und Würden in allen Schichten und Ständen, und unter dem Deckmantel des Friedens wurde abscheulich gehandelt, und alle verfluch-*

γοὺς καὶ δορυφόρους καὶ στρατιώτας καὶ τὸ πλήρωμα τῆς γερουσίας, δικαιότατα δὴ τοῦτο ἀποσεσωσμένον, ὥστε ζητεῖν οὐκ ἀπεικότως, τίνες ἄρα ἦσαν οἱ συναράμενοι τῷ παλαμναίῳ τούτῳ τὴν προλαβοῦσαν εὐδίαν. ἀψοφητὶ γὰρ τῆς νῦν γαλήνης ἐπιλαβούσης ἡ τοῦ ἐν μέσῳ χειμῶνος αἴσθησις ὑπεξῄρηται. ἀλλ'ὅπως μὲν εἰς ἀσφαλὲς αὖθις κατέστησας τοὺς ὑπ' ἐκείνης τῆς ζάλης παρενεχθέντας κατ' ἰδίαν ὁ λόγος ὑμνήσας τί ἂν αὖθις παλιλλογοίη;

20 Z. B. Lenski (2002) 113; Demandt (2007) 145.

21 Amm. Marc. 26,10,6: *Exstirpatis occasu ducis funeribus belli, saevitum est in multos acrius quam errata flagitaverant vel delicta.*

ten den unglückseligen Sieg, der noch schlimmer war als jeder mörderische Krieg.[22]

Bei der Beurteilung dieser Passagen muß man bedenken, daß Ammian ein außerordentlich negatives Bild von Valens zeichnet. Dieser erscheint als Inbegriff eines rücksichtslosen Herrschers, der sich über das Recht hinwegsetzt und die römische Elite durch willkürliche Prozesse bedrängt. Zu diesen allgemeinen Überlegungen geht Ammian in der Tat mit der zweiten zitierten Passage über.

Bereits wenn man auf die Einzelheiten des Berichtes bei Ammian blickt, entsteht indes ein differenzierteres Bild. Er erwähnt, daß die einzelnen Angehörigen der Elite sehr unterschiedlich bestraft wurden, auch Freisprüche kamen offenbar durchaus vor (26,10,7f.), so daß ebenso wie im Falle des Constantius auch für Valens die Darstellung Ammians durchaus mit jener bei Themistios und Libanios kompatibel ist. Es spricht demnach vieles dafür, daß Valens wie auch Constantius II. Generalamnestien erlassen haben, daß daneben aber auch gezielte Strafmaßnahmen vorgenommen wurden, die man als tiefgreifend auffassen konnte.

Blicken wir also auf die Gruppe, die als Masse an der Usurpation beteiligt war, also die zwei Legionen des Procopius und die Kameraden, die sich ihnen hinzugesellten. An keiner Stelle ist davon die Rede, daß sie bestraft worden seien. Einige von ihnen liefen zu Valens über, ein Teil schon während der Schlacht unter der Führung des Gomarius.[23] Bemerkenswert für die Einschätzung der Soldaten ist, was Ammian Arbitio sagen läßt, einen bewährten General unter Constantin und Constantius II., der, als schon zuvor Soldaten von Valens abzufallen drohen, zu diesen spricht: *Er bezeichnete Procopius als einen gemeingefährlichen Räuber, die Soldaten hingegen, die er in die Irre geführt habe, als Söhne und Mitkämpfer in früheren Gefahren und bat sie, lieber ihm, der doch durch erfolgreiche Feldzüge bekannt war, wie einem Vater zu folgen, als einem ruchlosen Schwindler Gehorsam zu leisten, den man verlassen müsse und der seinem Sturz schon nahe sei.*[24]

---

[22] Amm. Marc. 26,10,9: *His accedebant alia graviora et multo magis quam in proeliis formidanda. carnifex enim et unci et cruentae quaestiones sine discrimine ullo aetatum et dignitatum per fortunas omnes et ordines grassabantur et pacis obtentu ius detestandum agitabatur, infaustam victoriam exsecrantibus universis internecivo bello quovis graviorem*.

[23] Amm. Marc. 26,9,7f.; Philost. 9,5; Sokr. 4,5,3f.; Soz. 6,8,2; Zos. 4,8,2f. (mit nicht ganz einheitlichen Berichten).

[24] Amm. Marc. 26,9,5: *Publice grassatorem Procopium, milites vero secutos eius errorem filios et laborum participes pristinorum adpellans orabat, ut se ac si pa-*

Die Soldaten werden hier ihrer Verantwortung letztlich enthoben. So wie bei Themistios von einem Sturm die Rede war, der andere mitgerissen habe, so war es hier ein Irrtum und Schwindelei, die die Soldaten auf Abwege brachten. Damit sind sie frei von jeder individuellen Schuld. Es ist so auch nicht von einer Amnestie der Soldaten die Rede — vielleicht war das zu selbstverständlich. Jedenfalls fehlt auf der anderen Seite auch jeder Hinweis auf ein Blutbad oder Massenentlassungen.

Ammian spricht außer von Angehörigen der Eliten und von der Armee noch von einer dritten Gruppe von Aufständischen, das sind die Bewohner der Stadt Philippopolis. Bislang ist das Zitat nämlich unvollständig geblieben: *Durch den Tod des Anführers (sc. des Procopius) waren die Kriegsgreuel bis auf den Grund beseitigt. Nunmehr wütete man gegen viele Anhänger schlimmer, als es ihre Verirrungen und Vergehen erforderlich machten, in erster Linie gegen die Verteidiger von Philippopolis. Sie lieferten die Stadt und sich selbst nur mit größtem Widerstreben aus — und erst dann, als man ihnen das Haupt des Procopius zeigte, das nach Gallien überführt wurde.*[25] Was den Betroffenen tatsächlich widerfuhr, geht aus Ammian nicht hervor. Die zitierte Bemerkung ist jedoch ein wichtiger Fingerzeig: Städte konnten einer Kollektivbestrafung unterworfen werden.[26] Gerade aus der Regierungszeit des Theodosius sind zwei Beispiele bekannt — Antiochia nach einem Steueraufstand und Thessalonica durch das berüchtigte Massaker. Im Falle Antiochias kam es zu einer Amnestie, im Fall Thessalonicas war sie zumindest geplant.[27] Doch über das Schicksal von Philippopolis wissen wir nichts Genaueres; auf jeden Fall überlebte die Stadt ihre Bestrafung.

Was die christlichen Anhänger des Valens über die Amnestie sagten, wissen wir nicht. Wie Constantius, so war auch Valens in den Augen der Nizäner ein Häretiker, und da sich die Nizäner durchsetzen konnten, verschwanden die allermeisten der Valens-freundlichen Texte. Eine Sonderin-

---

rentem magis sequerentur felicissimis ductibus cognitum, quam profligato morem gererent nebuloni destituendo iam et casuro.

25 Amm. Marc. 26,10,6: *Exstirpatis occasu ducis funeribus belli, saevitum est in multos acrius quam errata flagitaverant vel delicta, maximeque in Philippopoleos defensores, qui urbem seque ipsos non nisi capite viso Procopii, quod ad Gallias portabatur, aegerrime dediderunt*.

26 Aus der Tetrarchenzeit sind Kollektivbestrafungen von Provinzen bekannt (Elbern [1984] 142; Patricius gehört wegen des jüdischen Kontextes nicht in diese Liste); spätere Zeugnisse fehlen offenbar. Zufällig hört man von einer später wieder aufgehobenen Steuererhöhung gegenüber Gallien nach der Beseitigung des Jovinus, s. Sid. Apoll. C. 7,206–211.

27 Leppin (2003) 154f.

formation zu diesen Geschehnissen bietet der um 425/430 schreibende Kirchenhistoriker Philostorg, der, als sogenannter Eunomianer, Valens mit weniger Antipathie betrachtet als die anderen Kirchenhistoriker.[28] Er berichtet, daß Soldaten, die auf die Seite des Procopius gewechselt seien, ihren Kommandeur Florentius verbrannt hätten, da er sie gegen ihren Willen von Valens abgebracht habe (HE 9,5). Hier inszenieren sich die Soldaten sogar selbst als Opfer, und dies materialisiert sich in einem Lynchmord an ihrem bisherigen Anführer. Das Prinzip, daß man die Kleinen hängen, die Großen aber laufen lasse, scheint hier umgedreht worden zu sein.

Vergleicht man den Umgang des Valens mit den Anhängern des Usurpators mit jenem des Constantius II., so stellt man keinen grundlegenden Unterschied fest. Die Armee bleibt intakt, in der Elite wird differenziert, und Ammian versucht, das Schlimmste daraus zu machen.

III

Letztes Beispiel: die Anhänger des Magnus Maximus. Maximus hatte sich seit 383 den Westen des Reiches unterworfen. In den Schlachten von Siscia und Poetovio wurde er von Theodosius dem Großen besiegt und geriet im Sommer 388 in die Gewalt seines Feindes. Ob er sich selbst stellte[29], ob seine Soldaten ihn auslieferten[30] oder ob er beim Sturm auf Aquileia in Gefangenschaft geriet[31], lässt sich nicht mehr eruieren. Jedenfalls wurde der Usurpator getötet, ohne daß sich der Kaiser die Hände schmutzig machen mußte. Immerhin legte man Wert darauf zu betonen, daß Theodosius eigentlich an eine Begnadigung gedacht habe.[32] Wenig später wurde auch Victor, der Sohn, umgebracht. Blicken wir auf die Anhänger:

Ein wichtiges Dokument der kaiserlichen Repräsentation unter Theodosius ist der Panegyrikus des gallischen Rhetors Pacatus, der seine Rede im Jahre 389 in Rom vortrug. Wie Themistios und Julian zuvor rühmt er eine allgemeine Amnestie (*venia*), die Theodosius gewährt habe, indem er alle in seinen mütterlichen Schoß aufnahm: *Die übrigen erfaßte alle die Gnade und barg sie wie in einem mütterlichen Schoß. Niemandes Güter wurden konfisziert, niemandes Freiheit eingeschränkt, niemandes frühere Würde vermindert. Niemand wurde gerügt, niemand wurde durch einen Tadel oder gar eine Züchtigung getroffen und hatte wenigstens durch die Unannehm-*

[28] S. Leppin (2001) 111–124.
[29] Paneg. 2 (Pacatus), 43,1f.
[30] Sokr. 5,14,1; Soz. 7,14,6.
[31] Zos. 4,46,2.
[32] Paneg 2 (Pacatus) 44,2.

lichkeit des Verhörs die todeswürdige Schuld zu büßen. Alle wurden ihren Häusern zurückgegeben, alle den Gattinnen und Kindern, alle schließlich (was erfreulicher ist) wurden wieder in den Stand der Unschuld versetzt.[33] So wie auch bei den früheren Verfahren entsteht der Eindruck, daß getan wurde, als wäre nichts geschehen, als hätte niemand Schuld auf sich geladen. Dem Gedanken der Amnestie widersprechen jene Gesetzestexte gerade nicht, die eine vollständige Rücknahme der Ernennungen verfügten, die unter Maximus vorgenommen worden waren, und Urteile für nichtig erklärte.[34] Das politische Handeln des Maximus wird mit Verachtung belegt und die Erinnerung an das Handeln seiner Anhänger gleichsam ausgelöscht. Das Motiv ist genau das gleiche, wie wir es in der 8. Rede des Themistios kennengelernt haben.

Doch zunächst noch einmal zurück zu Pacatus. Er verschweigt nicht, daß es Ausnahmen durchaus gab, Personen, die den Tod fanden (45,5), und erwähnt die maurische Garde, die als erste von Gratian abgefallen war, sowie Gladiatorentrainer, gemeint sind wohl die Feldherren des Maximus, von denen Andragathius Selbstmord beging (Zos. 4,47,1; Oros. 7,35,5). Die Mauren bezeichnet er ausdrücklich als *hostes*, indem er die Feldherren zu *lanistae* macht (45,5), suggeriert er ebenfalls, daß sie außerhalb der ehrenvollen römischen Welt standen. Im Ergebnis verhält es sich nicht anders als bei den Anhängern des Magnentius und des Procopius: Es gibt eine allgemeine Amnestie, allerdings durchaus auch gezielte Bestrafungen.

Eine Tat spielt in der Überlieferung zu Theodosius eine große Rolle, die in den beiden anderen Fällen zu erschließen ist: die Schonung der Armee. Dies ist ein zentrales Thema in der Behandlung der Schlacht von Poetovio durch Pacatus. Eine Einheit lief zu Theodosius über und berief sich für ihr früheres Verhalten auf die *necessitas*, vielleicht darf man hier Befehlsnotstand sagen. Weder reagierte der Kaiser auf sie mit Verachtung noch mit Zorn noch mit Geringschätzung, *sondern du hast die freundlich und großzügig behandelt und hießest sie römisch zu sein*.[35] Damit wird das Reich neu vereint: *Es werden als Verbündete die Heere verbunden und unter einem*

[33] Paneg. 2,45,5f.: *(Reliquos) omnis venia complexa velut quodam materno sinu clausit. Nullius bona publicata, nullius multata libertas, nullius praeterita dignitas imminuta. Nemo adfectus nota, nemo convicio aut denique castigatione perstrictus culpam capitis aurium saltem molestia luit. Cuncti domibus suis, cuncti coniugibus ac liberis, cuncti denique (quod est dulcius) innocentiae restituti sunt.*

[34] Cod. Theod. 15,14,6–8.

[35] Paneg. 2,36,3: *Quam tu non superbe ut victam, non irate ut ream, non neglegenter ut parum necessariam praeteristi, sed blande liberaliterque tractatam iussisti esse Romanam*.

Haupt wachsen die verschiedenen Glieder des Gemeinwesens zusammen. Beide Heere werden mit gleicher Freude erhoben: Der eine freut sich über seine Leistung, der andere über die Amnestie, beide über den Sieg.[36] Auch hier sind die Soldaten wieder bar jeder Schuld.

Diese Episode hat gewiß einen realen Hintergrund. Zosimos, im übrigen Theodosius gar nicht wohlgesonnen, betont ebenfalls die Wiederaufnahme der abtrünnigen Einheiten (Zos. 4,47,2). Wichtiger aber als die Überlieferung dieses wenig zuverlässigen Autors ist es, wenn andere, zeitnahe Zeugnisse zeigen, daß der Kaiser einen wesentlichen Teil der Soldaten, gerade Eliteeinheiten, nach Osten verlagerte, den er dadurch militärisch erheblich stärkte.[37] Die Gotensäule scheint sogar ein Relief geboten zu haben, das zeigte, wie sich die Garde des Maximus ergab.[38] Dieser Akt wäre Theodosius demnach sogar so wichtig erschienen, daß er römische Soldaten als Besiegte darstellte. Die Integrationsleistung durch Amnestie gilt offenbar als herausragendes Werk.

Enge Berührungspunkte zu Pacatus weist der Dichter Claudian auf, der sich ebenfalls auf das höfische Milieu bezieht. Er rühmt in einer Rede anläßlich des Consulatsantritts des Theodosius-Sohnes Honorius (395–423), daß Theodosius die Gegner weiter als Bürger betrachte, in dem Moment, da die Waffen stillstanden, auch seinen Zorn abgelegt habe und dadurch die Ergebenheit der Soldaten und die Treue der Untertanen sogar noch für seine Söhne gewonnen habe, ja, von Geldgeschenken an die Soldaten beider Seiten ist die Rede.[39] Die erfolgreiche integrative Leistung steht hier im Mittelpunkt. In der Amnestie, die gewisse Strafmaßnahmen nicht ausschließt[40], zeigt sich eine gleichbleibende Politik von Constantius II. bis Valens — nur

---

[36] Paneg. 2,36,4: *Iunguntur socia agmina et sub uno capite diversa rei publicae membra coalescunt. Ambo pari gaudio feruntur exercitus: hic opera sua gaudet, hic venia, uterque victoria*.

[37] Hoffmann (1969/70) I 480ff.

[38] Speidel (1995) 131–136, der auch auf ein darstellerisches Vorbild auf dem Konstantinsbogen (Garde des Maxentius) verweist.

[39] Claud. IV Cons. Hon. 111–121: *Nec tamen oblitus civem cedentibus atrox / partibus infremuit; non insultare iacenti / malebat: mitis precibus, pietatis abundans, / poenae parcus erat; paci non intulit iram; / post acies odiis idem qui terminus armis. / profuit hoc vincente capi, multosque subactos / prospera laturae commendavere catenae. / magnarum largitor opum, largitor honorum / pronus et in melius gaudens convertere fata. / hinc amor, hinc validum devoto milite robur. / hinc natis mansura fides*; vgl. zur militärgeschichtlichen Deutung der Stelle Hoffmann (1969/70) I 102f.

[40] Matthews (1975) 231, Anm. 226 sieht in Symm. ep. 3,81 ein Indiz für eine harte Behandlung der Anhänger des Maximus.

einer fehlt, der sonst die Stimmung verdirbt: Ammianus Marcellinus, der über Theodosius' Herrschaft nicht mehr schreibt, und so steht Theodosius nach allgemeiner Auffassung besser da als seine Vorgänger.

Für die Anwendung der Amnestie auf einen einzelnen erhalten wir noch eine Sonderinformation. Der Kirchenhistoriker Sokrates berichtet nicht ohne Häme, daß Symmachus, der einen Panegyrikus auf Maximus gehalten hatte und der Amnestie für seinen Fall offenbar nicht traute (es gab ja stets die gewiß berüchtigten Ausnahmen, die gezielten Bestrafungen!), in eine Kirche geflohen sei und dank der Bitten des zuständigen Bischofs die Begnadigung des Theodosius erlangt habe.[41] Hier wird etwas Neues erkennbar. Die christliche Kirche dient als Schutzraum, und der Bischof interveniert zugunsten der Gefährdeten.

Das wird auch anderswo deutlich: Ambrosius, der um diese Zeit mit dem Kaiser in engem Kontakt stand, trägt seine eigene Deutung der Geschehnisse vor: Seinem bischöflichen Amte gemäß habe er um Gnade für die Anhänger des Maximus gebeten, und er insinuiert, damit Erfolg gehabt zu haben[42]. Vielleicht hat der Kaiser tatsächlich den Eindruck erweckt, er habe seine Entscheidung aufgrund von Ambrosius' Gesuch getroffen; allerdings entsprach die Maßnahme seiner sonstigen integrativen Politik, die er so mit christlichen Motiven unterfüttern konnte. Auf jeden Fall herrschte zunächst einmal Einvernehmen zwischen Bischof und Kaiser, und beide profitierten davon: Der eine konnte den Fürsprecher der Schwachen geben, der andere den milden christlichen Kaiser.

In dieser Welt begegnet ein Gedanke, den man gerne dem christlichen Einfluß zuschreiben möchte: die Schonung der Familie des Maximus, die, nach seinem eigenen Bericht, auf Bitten des Ambrosius erfolgte[43], der als christlicher Bischof seine Aufgabe darin sah, den Kaiser zur Milde zu bewegen.

In seinem Nachruf auf Theodosius erklärt Ambrosius in einer gegenüber den Fakten sehr großzügigen Weise, daß Theodosius diejenigen nicht habe untergehen lassen wollen, die nach der Herrschaft strebten, macht also aus der angeblichen Schonung der Usurpatoren eine kaiserliche Tugend

---

41 Sokr. 5,14,6–9.

42 Ambr. epist. 74; e.c. 1a (40),25; vgl. e.c. 11 (51),1; obit. Theod. 17; Paneg. Lat. 2 (Pacatus) 45,4–7 spricht anläßlich der Gnadenakte natürlich nicht von Ambrosius, da er sich religiöser Neutralität befleißigt; vgl. für entsprechende Gesuche zugunsten der Anhänger des Eugenius Ambr. epist. e.c. 2 (61),7; e.c. 3 (62),3f.; Paul. Med. 31.

43 Ambr. epist. 74 (40),25; e.c. 1a (40),32; vgl. auch Julians Lob für die Schonung des Sohnes des Silvanus in or. 1,39 (49a); 3 (2),37 (99 c/d).

(Ambr. obit. Theod. 17). Orosius bezeichnet den ganzen Sieg über Maximus als unblutigen, weil allein Maximus und sein Kommandeur Andragathius ums Leben gekommen seien, wobei er die Schlacht von Poetovio ignoriert. In einem solchen Sieg will er einen Bürgerkriegssieg erkennen, wie er für das Christentum charakteristisch sei.[44]

Wichtig an diesen Passagen ist indes, daß eine dezidiert christliche Norm des Umgangs mit den Besiegten formuliert und auf eine möglichst vollständige Vermeidung von Blutvergießen auf beiden Seiten gedrängt wird.[45] Das geht im Anspruch über das berühmte vergilische *parcere subiectis* (Schonung der Untertanen) hinaus, das bezeichnenderweise mit dem *debellare superbos* (Niederkämpfung der Stolzen) verbunden ist.[46] Auch Menander Rhetor empfiehlt, zunächst vom Gemetzel unter den Gegnern zu sprechen, um dann auf dessen Schonung zu sprechen zu kommen, die einerseits mit der Tugend der Menschlichkeit begründet wird, andererseits mit dem Ziel, eine Erinnerung an dessen Los zu bewahren.[47] Welche Folgen der hohe, die Nächstenliebe in den Vordergrund rückende christliche Anspruch für die Realitäten des Krieges hatte, steht dahin.[48]

IV

Blicken wir zurück: Das Verhalten des Kaisers scheint, soweit man dies aufgrund einer exemplarischen Analyse sagen kann, beim Umgang mit Bürgerkriegsgegnern von einer einheitlichen Praxis bestimmt gewesen zu sein. Es kam offenbar nie zu brutalen Mordgerichten an römischen Soldaten[49] — soweit sie nicht schon im Zuge der Kampfhandlungen vorwegge-

---

[44] Oros. 7,35,7–8, vgl. Theod. hist. eccl. 5,15,3.

[45] Ganz anders bei der „Tränenlosen Schlacht" 368 v. Chr., als die Spartaner unter Archidamos, dem Sohn des Agesilaos, über Arkader, Argiver und Messenier siegten und dabei niemanden verloren, aber viele Feinde töteten (Xen. hell. 7,1,28–32; Diod. 15,72,3f.; Plut. Agesilaos 33.

[46] Verg. Aen. 6,853; vgl. für Parallelen E. Norden, P. Vergilius Maro Aeneis Buch VI, Darmstadt 1957[4], ad loc. (p. 336f.); vgl. für den christlichen Anspruch Aug., civ. 5,26 (p. 264,16–19H).

[47] Men. Rhet. 374,21–375,4.

[48] Jedenfalls konnte Orosius sich seine Freude über die Verluste unter den Goten bei der Schlacht am Frigidus, die auf der Seite des Theodosius kämpften, nicht verkneifen s. 7,35,19. Der Wert von Barbarenleben blieb in einer solchen Welt gering.

[49] Als die Angehörigen der Männer Stilichos 408 ermordet werden, handelt es sich anscheinend um eine nicht vom Kaiser befohlene Tat, und die Opfer sind Barbaren — die Folge ist im übrigen, daß die Römer wertvolle Truppen an Alarich verlieren (Zos. 5,35,5–6).

nommen wurden. Vielmehr scheinen Amnestien nach der Niederschlagung von Usurpationen der Normalfall gewesen zu sein, auch wenn sie stets als etwas Neues, Unerwartetes zelebriert werden. Andererseits waren alle Amnestien von Bestrafungen begleitet, so daß der Vorwurf, der Kaiser handele grausam, leicht einen Ansatzpunkt im tatsächlich Geschehenen finden konnte, wenn denn ein Historiograph vom Schlage Ammians genauer hinblickte oder den Blick seines Lesers so lenken wollte.

Wie es aus der Historiographie der Kaiserzeit bekannt ist, so verbirgt sich auch bei Ammian hinter der Polemik gegen einzelne „schlechte" Kaiser und dem Lob für die „guten" institutionelle Kontinuität, die eine Neigung zu Amnestien gegenüber der Masse von Bürgerkriegsgegnern mit sich brachte. Aus den Zeugnissen der Umgebung der Herrscher läßt sich ersehen, daß es nach der Niederschlagung von Usurpationen darum ging, den alten Zustand weitestmöglich wiederherzustellen, das Handeln der Anhängerschaft aus der Erinnerung zu verbannen, aber den schlimmen Ruf des Usurpators zu befestigen. Eine Amnestie erleichterte ja die Integration der vormaligen Gegner und erhöhte so die Sicherheit des Kaisers. Hohe Funktionäre wurden differenziert behandelt, mit einer Tendenz zur Milde, wobei der Selbstmord in nicht wenigen Fällen die Verurteilung vorwegnahm.

Eine Sonderrolle kommt den Amnestien für Soldaten von Usurpatoren zu, bei denen wir indes nicht wissen, ob sie rechtsförmig waren. Bemerkenswerterweise wurde den Angehörigen der Armee in den kaisernahen Quellen nicht einmal ein Fehlverhalten zugeschrieben, für das sie verantwortlich gewesen wären, allenfalls sah man sie unter einem schlechten Einfluß. Dahinter stand natürlich keine Soldatenromantik, sondern handfeste Probleme, vor allem der Mangel an Soldaten, der die spätantiken Kaiser umtrieb. Typischerweise waren die Usurpatoren ja die Anführer der Truppen einer bestimmten Region, die man andernorts zur Verteidigung der Grenzen wieder benötigen mochte. Der siegreiche Kaiser hatte also ein klares Interesse, diese Teile zu integrieren, denn man hätte es sich gar nicht leisten können, Tausende von Soldaten hinzurichten oder auszumustern. Dies scheint so selbstverständlich zu sein, daß es oft gar nicht erwähnt wird, so etwa bei den Kirchenhistorikern Sokrates und Sozomenos, die kurz über die grausigen Bestrafung des Procopius und seiner engsten Gefährten sprechen, aber das Schicksal des Heeres mit keinem Wort würdigen und dies ebensowenig bei der Behandlung der Niederlage des Maximus tun.

Die Amnestien, die gegenüber der Anhängerschaft von Usurpatoren erlassen wurden, bedurften offenbar keiner längeren Begründung, sie waren auch kein neues Phänomen des 4. Jahrhunderts — mit solchen Maßnahmen verband sich etwa der Name Caesars und seine legendäre *clementia*. Nicht

einmal in der Kirchengeschichtsschreibung werden sie daher als spezifische Leistungen christlicher Kaiser hervorgehoben. Dennoch waren es Handlungen, die sich einer christlichen Interpretation anboten, wie es Ambrosius zeigt. Sokrates und Sozomenos selbst schreiben den Übergang der Truppen vom Usurpator zum anderen Herrscher, der ja unter dem Gesichtspunkt der Treue doch eine Peinlichkeit darstellte, einem höheren Willen zu und rü ken ihn damit in einen christlichen Kontext.

Damit öffnet sich ein weites Feld: Die Christianisierung des Kaisertums hat in vielen Dingen die herrscherliche Repräsentation und auch das herrscherliche Handeln verändert, da mit dem Christentum sich die normative Ordnung wandelte, die die Grundlage für die Akzeptanz kaiserlichen Verhaltens bildete. Christliche Tugenden traten in den Vordergrund.[50] Das muss auch Auswirkungen darauf gehabt haben, wie der Umgang mit Bürgerkriegsgegnern inszeniert wurde. Systematisch kann ich diese Entwicklung nicht nachzeichnen. Doch erlaube ich mir um des Kontrastes willen einen Ausblick in eine andere Zeit, zwei Jahrhunderte später, zu einer Episode, über die relativ detailliert berichtet wird.

Das Römische Reich ist nunmehr in umfassender Weise christianisiert, in zahlreichen Bereichen nehmen Bischöfe Funktionen wahr, die früher den weltlichen Eliten oblegen hatten: 588/9, unter der Herrschaft des Kaisers Mauricius (582–602), kam es beim syrischen Monokarton zu einer Meuterei:[51] Die römischen Truppen vertrieben ihren Kommandeur Priscus, der als überheblich galt, plünderten sein Zelt, als wären sie Barbaren, wie der Kirchenhistoriker Evagrius Scholasticus kommentiert, die Hauptquelle für das Ereignis, und sie proklamierten einen neuen Kaiser Germanus (PLRE III A 529f.). Das war kein Bürgerkrieg in dem strikten Sinne, daß eine Schlacht geschlagen worden wäre, aber es war ein (wenn auch unwilliger) Gegenkaiser installiert worden, und zu Gewaltexzessen gekommen.

Da kein Kommandeur in der Lage war, die Meuternden zu beruhigen, griff Kaiser Mauricius auf die Unterstützung des Antiochener Bischofs Gregor zurück, des wichtigsten Helden in Evagrius' Kirchengeschichte. Dieser spricht, an der Gicht leidend, von einer Trage aus, und tatsächlich gelingt es ihm, die Soldaten zu beruhigen. Kraft seines Amtes, löst er sie von dem während der Meuterei geleisteten Eid, den neuen Kommandeur Philippicus nicht zu akzeptieren, und alles endet in einem gemeinsamen

[50] S. dazu einstweilen, Leppin (2011) 153–172.

[51] Zu der Episode, über die Evagr. 6,4f. ausführlich berichtet (vgl. auch Theophyl. Hist. eccl. 3,5,10; Nic. Call. 18,16), Whitby (1988) 286–289; Leppin (2012).

Abendmahl. Damit ist die Entscheidung über Strafe und Nichtbestrafung noch nicht gefallen. Doch der Bischof berichtet an den Kaiser, Philippicus kommt in Antiochia an, die Soldaten ziehen ihm, die Getauften als Fürsprecher in ihrer Mitte, entgegen, werfen sich nieder und erhalten eine Amnestie, in diesem Falle also einen vollständigen Strafverzicht. Solche Geschehnisse waren gewiss nicht der Regelfall, aber sie zeigen, welche Bedeutung christliche Rituale für die Reintegration von Heeresteilen gewinnen konnten.

Zurück zum vierten Jahrhundert: Im Bereich des Umgangs mit den Anhängern von Usurpatoren scheinen christliche Kaiser ein gebräuchliches Verfahren adaptiert und für sich reklamiert zu haben. Diese Aneignung erfolgt jedoch nicht ohne Veränderungen, indem man auf christlicher Seite den Anspruch geltend machte, den Gegner konsequent zu schonen. Das wurde durchaus nicht immer durchgesetzt, schuf aber neuen Rechtfertigungsbedarf und dürfte daher nicht ohne Auswirkungen auf die Praxis geblieben sein

Dazu trug noch etwas anderes wesentlich bei: Zuvor hatten die Amnestien sich in einer direkten Beziehung zwischen Herrscher und Betroffenen ergeben, möglicherweise unterstützt durch Herrscherinnen, die um Milde baten. Im christianisierten Reich trat der Bischof mit ein, als Fürsprecher der Besiegten. Der Bischof gebot zwar über keine Divisionen, wohl aber über einen eigenen sozialen Raum, die Kirche, und über eine Anhängerschaft, die für den Außenstehenden schwer berechenbar war. Das hatte Ambrosius bei anderer Gelegenheit — erinnert sei an die Affäre um die Synagoge von Callinicum — eindrucksvoll vorgeführt. Er konnte zugleich diejenigen sich verpflichten, für die er beim Kaiser um Gnade bat, und so seinen Einfluss mehren.

Ob die christliche Inszenierung der Amnestie, die unter Theodosius erstmals nachweisbar ist, neu war, steht dahin – die Quellenlage für die Jahrzehnte davor ist nicht aussagekräftig genug, denn es fehlt jener Überlieferungsstrang, der eine wohlwollende Deutung der „häretischen“, homöischen Kaiser und ihrer Kirchenleute bot.

Doch wie dem auch sei: Einen blutigen, viele Opfer fordernden Umgang mit Bürgerkriegsgegnern hatten sich die spätantikem Kaiser, ob christlich geprägt oder nicht, nie leisten können. Wollte sie die Ressourcen bewahren und die Bevölkerung, namentlich die Armee, integrieren, mußten sie auf Amnestien zurückgreifen. An dieser Notwendigkeit änderte das Christentum wenig, lieferte aber neue Begründungen.

BIBLIOGRAPHIE

Bleckmann (1994): B. Bleckmann, *Constantina, Vetranio und Gallus Caesar*, Chiron 24 (1994), 29–68.

Bleckmann (1999): B. Bleckmann, *Die Schlacht von Mursa und die zeitgenössische Deutung eines spätantiken Bürgerkrieges*, in: H. Brandt (Hg.), *Gedeutete Realität. Krisen, Wirklichkeiten, Interpretationen (3.–6. Jh. n. Chr.)* (Historia ES 134), Stuttgart 1999, 47–101.

Demandt (2007): A. Demandt, *Die Spätantike. Römische Geschichte von Diocletian bis Justinian 284–565 n. Chr.* (HAW 3,6), München ²2007.

Drinkwater (2000): J. F. Drinkwater, *The Revolt and Ethnic Origin of the Usurper Magnentius (350–353), and the Rebellion of Vetranio (350)*, Chiron 30 (2000), 131–159.

Ehling (2001): K. Ehling: *Die Erhebung des Nepotianus in Rom im Juni 350 n. Chr. und sein Programm der urbs Roma christiana*, GFA 4 (2001), 141–158.

Elbern (1984): S. Elbern, *Usurpationen im spätrömischen Reich*, Bonn 1984.

Heim (1990): F. Heim, *Vox exercitus, vox Dei. La désignation de l'empereur charismatique au IVᵉ siècle*, REL 68 (1990), 160–172.

Hoffmann (1969/70): D. Hoffmann, *Das spätrömische Bewegungsheer und die Notitia dignitatum, I–II* (Epigraphische Studien 7, 2), Düsseldorf 1969/70.

Lenski (2002): N. Lenski, *Failure of empire: Valens and the Roman state in the fourth century A.D.* (The transformation of the classical heritage 34), Berkeley [u.a.] 2002.

Leppin (1996): H. Leppin, *Von Constantin dem Großen zu Theodosius II.*, Göttingen 1996.

Leppin (2001): H. Leppin, *Heretical historiography: Philostorgius*, in: E. J. Yarnold / M. F. Wiles (Hg.), *Studia Patristica XXXIV*, Löwen 2001, 111–124.

Leppin (2003): H. Leppin, *Theodosius der Große. Auf dem Weg zu einem christlichen Imperium*, Darmstadt 2003.

Leppin (2011): H. Leppin, *Kaisertum und Christentum in der Spätantike*, in: Ders. / B. Schneidmüller / S. Weinfurter (Hg.), *Kaisertum. Eine Ordnungsform des ersten Jahrtausends*, Regensburg 2011, 153–172.

Leppin (2012): H. Leppin, *Roman Identity in a Border Region: Evagrius and the Defence of the Roman Empire*, in: W. Pohl / C. Gantner / R. Payne (Hg.), *Visions of Community in the Post-Roman World. The West, Byzantium and the Islamic World, 300–1100*, Farnham 2012, 241–258.

Matthews (1975): J. Matthews, *Western aristocracies and imperial court A. D. 364–425*, Oxford 1975.

Paschoud / Szidat (1997): F. Paschoud / J. Szidat, *Usurpationen in der Spätantike. Akten des Kolloquiums "Staatsstreich und Staatlichkeit", 6.–10. März 1996, Solothurn/Bern* (Historia ES 111), Stuttgart 1997.

Portman (1992): W. Portmann, *Zum Datum der ersten Rede des Themistios*, Klio 74 (1992), 411–421.

Ronning (1998): C. Ronning, *Herrscherpanegyrik unter Trajan und Konstantin: Studien zur symbolischen Kommunikation in der römischen Kaiserzeit* (Studien und Texte zu Antike und Christentum 42), Tübingen 2007.

Sabin / van Wees / Whitby (2007): P. Sabin / H. van Wees / M. Whitby (Hg.), *The Cambridge History of Greek and Roman Warfare. Vol. II: Rome from the Late Republic to the Late Empire*, Cambridge/New York 2007.

Speidel (1995): M. P. Speidel, *Die Garde des Maximus auf der Theodosiussäule?*, MDAI(Ist) 45 (1995), 131–136.

Whitby (1998): M. Whitby, *The Emperor Maurice and his Historian. Theophylact Simocatta on Persian and Balkan Warfare*, Oxford 1988.

Whitby (1998): M. Whitby, *The propaganda of power. The role of panegyric in late antiquity* (Mnemosyne Supplementum 183), Leiden / Köln [u.a.] 1998.

Wiebe (1995): F. J. Wiebe, *Kaiser Valens und die heidnische Opposition* (Antiquitas 44), Bonn 1995.

FRITZ MITTHOF (WIEN)

SPÄTANTIKE OSTERINDULGENZEN*

Einführung

Im Frühjahr 367 ließ Kaiser Valentinian I., auch im Namen seiner Mitregenten Valens und Gratian, dem Stadtpräfekten von Rom folgende Konstitution übermitteln:

> „Wegen des Ostertages, den wir aus tiefstem Herzen feiern, öffnen wir allen, die einer Anklage unterworfen sind, die im Kerker einsitzen, Riegel und Schloß. Wer jedoch das Sakrileg des Majestätsverbrechens begangen hat, wer wegen Störung der Totenruhe angeklagt ist, wer sich der Giftmischerei oder des Schadenszaubers schuldig gemacht hat, wer Ehebrecher, Vergewaltiger oder Mörder ist, soll von der Teilhabe an dieser Gabe ausgeschlossen bleiben.“[1]

Bei diesem Text handelt es sich um die älteste Osterindulgenz, von der wir Kenntnis haben. Sie gehört zu einer Gruppe von insgesamt fünf Kaisererlassen dieser Art, die im neunten Buch des *Codex Theodosianus* vom Jahre 438 unter dem Titel *de indulgentiis criminum* überliefert ist. Zwei weitere Exemplare finden sich in den *Constitutiones Sirmondianae*, einer im 5. Jh. in Gallien oder Africa entstandenen Sammlung von Kaisererlassen aus den Jahren 333 bis 425, die nach ihrem Erstherausgeber benannt ist[2]. Seit kurzem wird diese Gruppe der ältesten Zeugnisse um ein Beispiel aus der 2. Hälfte des 5. Jh. bereichert, das auf einem Wiener Papyrus überliefert ist[3].

Außerdem verfügen wir über drei Zeugnisse aus dem ersten Drittel des 6. Jh., von denen allerdings zwei auf der älteren Gesetzgebung basieren. Es

---

* Alle Jahresangaben sind nachchristlich. Die Nummern in Fettdruck beziehen sich auf den Katalog der Testimonien am Ende dieses Beitrages. Dort findet sich auch ein Verzeichnis von Abkürzungen. Für die Durchsicht des Manuskripts und wertvolle Hinweise danke ich meinen Wiener Kolleginnen und Kollegen Ulrike Ehmig, Hans Förster, Bernhard Palme und Danuta Shanzer.

1 C. Th. 9, 38, 3 (= Test. **1**).

2 Jacobus Sirmondius/Jacques Sirmond (1559–1651); erste Edition: Sirmondius (1631).

3 Edition: Mitthof (2005).

handelt sich zunächst um eine Konstitution Valentinians II., die aus dem *C. Th.* unverändert ins Gesetzbuch des Westgotenreiches (*Lex Romana Visigothorum = Breviarium Alaricianum*) vom Jahre 506 übernommen wurde und dort den einzigen verbliebenen Eintrag des Kapitels *de indulgentiis criminum* bildet. Hingegen haben die Urheber des 529/534 veröffentlichten *Codex Iustinianus* dieselbe Konstitution unter Heranziehung eines weiteren Erlasses Valentinians II. zu einem neuen Text umgeformt und diesen im Kapitel *de episcopali audientia* plaziert. An dritter Stelle ist das elfte Buch der *Variae* Cassiodors zu nennen, eine Sammlung exemplarischer Schriftstücke aus der Kanzlei des *praefectus praetorio* im ostgotischen Italien der Jahre 533–537, in welcher sich unter anderem das literarisch stilisierte Formular einer Osterindulgenz findet.

Die bislang angeführten Primärquellen überliefern uns den authentischen Wortlaut spätantiker Osteramnestien, sei es nun in voller Länge wie bei den *Const. Sirm.*, Cassiodor und dem Wiener Papyrus, oder aber, im Falle des *C. Th.*, in einer von den Kompilatoren gekürzten und leicht überarbeiteten Fassung. Als sekundäre Quellen liegen mehrere Erwähnungen österlicher Gnadenerlasse in der patristischen Literatur des 4. und 5. Jh. vor. Diese Stellen geben zwar keinen Aufschluß über den genauen Wortlaut der betreffenden Konstitutionen, zeigen aber, wie die wichtigsten Theologen und führenden Geistlichen des Zeitalters das Rechtsinstitut rezipiert und in Predigten vor der breiten Masse der Bevölkerung thematisiert haben. Einmal wird in diesen Zeugnissen wörtlich aus einer Osteramnestie zitiert; allerdings handelt es sich dabei lediglich um einen kurzen Auszug, der aus dem Latein der Vorlage ins Griechische übertragen und zudem im Wortlaut leicht abgewandelt wurde[4].

Der vorliegende Beitrag hat zum Ziel, diese Quellen unter einer Reihe von Gesichtspunkten auszuwerten, um zur Erhellung des Wesens und der Geschichte der Osterindulgenz in der Spätantike beizutragen[5]. Die erwähn-

---

[4] In Test. **13** und **14** zitiert Johannes Chrysostomus aus der Osteramnestie Kaiser Theodosius' I. vom Jahre 387. Der Wortlaut kann allerdings nicht völlig authentisch sein, da die beiden Fassungen geringfügig voneinander abweichen und da ferner die Konstitutionen dieser Zeit — als Willensäußerung eines Kollegiums von Herrschern — in der 1. Person Plural formuliert waren. Vermutlich hat der Kirchenvater das Zitat aus rhetorischen Gründen geringfügig verändert.

[5] Der Beitrag vertieft meine früheren Überlegungen in Mitthof (2005), bes. 453–455, und ergänzt sie zugleich um neue Aspekte. Weitere Forschungsliteratur zur Thematik: Gothofredus/Ritter (1738) 290–308, bes. 296–297; Merkel (1881) 57–58; Leschtsch (1904); Merkel (1905) 313–316; Jones (1964) I 522; Waldstein (1964) 188–194; Krause (1996) 221–222; Munier (1998) 83–85; Raimondi (1998); Harries (2001) 151; Di Berardino (2003); Krause (2004) 80.

ten Testimonien sind am Schluß des Beitrages abgedruckt, und zwar die primären in vollständiger Zahl (Test. **1–11**), die sekundären nur insoweit, als sie dem Verfasser bislang aus der Fachliteratur und eigener Recherche bekannt geworden sind (Test. **12–22**); eine systematische Suche würde sicherlich noch weitere Stellen zutage fördern[6]. Abschließend folgen drei Zeugnisse für andere Formen kaiserlicher Generalamnestien krimineller Straftaten in der Spätantike bzw. für derartige Erlasse im allgemeinen (Test. **23–25**)[7]; auch hierfür ließen sich wohl bei gründlicher Suche noch weitere Parallelen finden[8].

Osterindulgenzen bei den Kirchenvätern

Die ältesten patristischen Zeugnisse für Osteramnestien liefern die Schriften des Ambrosius (339–397) mit einem Beleg und des Johannes Chrysostomus (344/349–407) mit sechs Belegen. Daneben gibt es zwei Erwähnungen bei Leo d. Gr. (Papst 440–461) und eine in den Akten des Konzils zu Chalkedon (451). Ambrosius und Leo sind dem Westen des Reiches zuzuordnen, Johannes Chrysostomus und die Konzilsakten dem Osten.

Von diesen Testimonien sind drei mit berüchtigten politischen Affären des Zeitalters verbunden und lassen sich daher exakt datieren. Dies gilt zunächst für das Zeugnis des Mailänder Bischofs Ambrosius. Dieser berichtet in seinem berühmten Brief 76: *De traditione basilicae* (Test. **12**) vom April 386 seiner Schwester Marcellina über die Auseinandersetzungen mit

---

6 Der Großteil der hier angeführten Testimonien war schon Jacobus Gothofredus/Jacques Godefroy (1587–1652) bekannt, dem Urheber der einzigen vollständigen kommentierten Ausgabe des *C. Th.*, die noch immer unverzichtbar ist; s. Gothofredus/Ritter (1738) 296–297. Die primären Zeugnisse (abgesehen selbstverständlich von dem neuen Wiener Papyrus) führt Gothofredus in seinem Kommentar komplett an — übrigens waren die *Const. Sirm*. damals gerade erst bekannt geworden (Edition: Sirmondius 1631), und Gothofredus zweifelte noch an ihrer Echtheit. Von den sekundären Zeugnissen bleiben bei Gothofredus nur Test. **15**, **16**, **18** und **20–22** unerwähnt. Zum Projekt einer modernen kommentierten Ausgabe des *C. Th*. s. Crogiez-Pétrequin/Jaillette (2009).

7 Es handelt sich um zwei Passagen aus Predigten des Gregor von Nyssa (ca. 335/340–394) sowie eine aus dem Werk des Johannes Chrysostomus.

8 So ist etwa in Ennodius’ Vita des Epiphanius von Pavia von einer *indulgentia generalis* König Theoderichs aus dem Jahre 493 die Rede (MGH AA 7, p. 101, 13 und öfter), die allerdings keine Osteramnestie war, sondern in der Tradition der kollektiven Begnadigung stand, die den Anhängern einer im Bürgerkrieg unterlegenen Partei nach Niederwerfung und Tod des als illegitim bzw. „Tyrann“ eingestuften Rivalen, in diesem Falle des Odoaker, seitens des siegreichen Herrschers gewährt wurde; vgl. Ensslin (1944) sowie den obigen Beitrag von Leppin.

den Arianern. Auf Betreiben der Kaiserin Justina fordern diese die Überlassung einer Kirche für ihren eigenen Ritus. Die Bevölkerung der Stadt widersetzt sich der entsprechenden Anordnung Valentinians II. Daraufhin verhängt der Kaiser drastische Sanktionen: „Auf der Stelle werden schwere Strafen beschlossen, zuerst gegen die Innung der Kaufleute. An den heiligen Tagen der *Letzten Woche* (sc. der Fastenzeit, gemeint ist also die *Heilige* oder *Große Woche*), an denen üblicherweise die Fesseln der Schuldigen gelöst werden, klirren die Ketten, werden Unschuldigen um den Hals gelegt …". Dies ist eine klare Anspielung auf die Osteramnestien, und die etwas kryptische Formulierung setzt voraus, daß es sich damals bereits um ein fest etabliertes und allgemein bekanntes Rechtsinstitut handelte.

Bei der zweiten Affäre geht es um den großen Aufstand, der sich, ausgelöst durch Steuerforderungen Theodosius' I., im Frühjahr 387 in Antiocheia zutrug. Im Zuge dieser Tumulte waren sogar Kaiserbildnisse geschändet worden. Der erzürnte Kaiser drohte mit harten Strafen. Johannes Chrysostomus, damals Presbyter in der Stadt, versuchte mit einer Reihe von Predigten, den sogenannten *Homilien über die Bildsäulen*, den Antiochenern Mut zuzusprechen und Hoffnung auf eine milde Behandlung zu machen. In diesem Zusammenhang erwähnt er an zwei Stellen die Osteramnestie desselben Jahres. In der 6. Homilie, die kurze Zeit nach dem Aufstand, zu Beginn der Fastenzeit, entstand (Test. **13**), weist er darauf hin, daß Theodosius soeben eine Konstitution ausgesendet habe, die quasi allen Gefängnisinsassen die Freiheit schenke. Mit dieser Amnestie solle man den Kaiser nun konfrontieren: Wer nämlich verurteilten Verbrechern die Strafe erlasse, dürfe nicht gleichzeitig unschuldige Personen einer Bestrafung zuführen; und wenige Wochen später, anläßlich des Osterfestes, nachdem die Stadt von Theodosius begnadigt worden war, erinnert Chrysostomus aus der Rückschau nochmals an dieselbe Konstitution (21. Homilie = Test. **14**).

Ansonsten erwähnt Chrysostomus Osterindulgenzen in ganz verschiedenen Kontexten. So hebt er in einer Homilie über die *Große Woche* hervor, daß die Kaiser anläßlich des Osterfestes nicht nur Ferien für die Gerichte (sowohl in Zivil- wie auch Strafsachen) und städtischen Behörden anordneten[9], sondern auch die Freilassung aller Gefängnisinsassen verfügten (Test. **15**; ganz ähnlich Test. **17**). In Test. **16** geht es dagegen um die Höllenfahrt

---

9 Neben den Osterindulgenzen haben die Kaiser zu Ostern vermutlich regelmäßig auch für die Zeit des Festes die Aussetzung aller Gerichtsverfahren und Urteilsexekutionen sowie jeglicher Folter verfügt, allerdings in separaten Konstutitionen wie z. B. *C. Th.* 9, 35, 4 = *C. I.* 3, 12, 5; von diesen Maßnahmen dürften — anders als bei den Osteramnestien — auch Schwerverbrecher profitiert haben; vgl. Di Berardino (2011).

und die Erlösertat Christi, die mit der Osteramnestie parallelisiert wird, und in Test. **18** um die Auseinandersetzung mit den Juden, die den göttlichen Gnadenerlaß verschmähten, womit sie Häftlingen glichen, die trotz kaiserlicher Osterindulgenz freiwillig im Gefängnis blieben (auf die beiden letztgenannten Zeugnissen werden wir noch zurückkommen).

Die Akten des Konzils zu Chalkedon (451) enthalten die Eingabe einer Gruppe von Mönchen, die wegen Häresie verurteilt worden war (**Test.** 20). Die Bittsteller verweisen darauf, daß Christus anläßlich des Osterfestes die meisten Sünder erlöse, ebenso wie die Kaiser alle Angeklagten freiließen; sie selbst aber seien wegen der ungerechten Urteile weiterhin gleichsam in Ketten gelegt.

Etwa zur selben Zeit erwähnt Papst Leo die Osterindulgenzen zweimal in seiner Sammlung von Fastenpredigten. Besonders eindrücklich ist seine Beschreibung solcher Konstitutionen in der 2. Predigt (Test. **21**):

> „… was auch die höchst frommen Herrscher über den römischen Erdkreis gemäß einem heiligen und alten Brauch beachten: Zur Ehre der Leiden und Wiederauferstehung unseres Herrn neigen sie sich von der Höhe ihrer Machtfülle herab, und indem sie die Strenge ihrer Gesetze mildern, veranlassen sie die Freilassung sämtlicher Angeklagten für viele Delikte."

In der 9. Predigt hingegen (Test. **22**) parallelisiert Leo die Vergebung der Sünden durch göttliche Barmherzigkeit mit dem österlichen Gnadenakt des Kaisers, etwa indem er die göttliche Vergebung als *indulgentia delictorum* bezeichnet. Im selben Zusammenhang imitiert er sogar das Formular von Osteramnestien, etwa mit dem Satzteil *ne aliquem vincula obstrictum, ne aliquem habeat carcer inclusum*, der stark an die späteste im *C. Th.* enthaltene Osterindulgenz, nämlich jene Valentininans II. aus dem Jahre 385 (Test. **6**), erinnert, wo es heißt: *nullum teneat carcer inclusum, omnium vincula solvantur*. Offenbar spielt Leo hier ganz bewußt auf das damals noch recht neue, erst wenige Jahre zuvor publizierte Gesetzescorpus an.

Osterindulgenzen im jährlichen Rhythmus

Die Osterindulgenzen scheinen sich recht schnell von einer fallweisen zu einer ständigen (d. h. jährlich wiederkehrenden) Einrichtung gewandelt zu haben. Das wichtigste Anzeichen hierfür liefert die soeben erwähnte Konstitution Valentinians II. (Test. **6**). In dem Erlaß werden die Statthalter angewiesen, für den Fall einer verspäteten Zustellung des Osteramnestie künftig von sich aus zu Ostern die Tore der Gefängnisse zu öffnen, da die Kaiser

sich solche Begnadigungen bereits zur Gewohnheit gemacht hätten (*quod indulgere consuevimus*). Das bedeutet, daß die Maßnahme faktisch bereits als Gewohnheitsrecht galt, auch wenn die Herrscher weiterhin jedes Jahr zu Ostern eine Konstitution aussandten. In diese Richtung weisen auch viele der Belegstellen aus der patristischen Literatur, die die Regelmäßigkeit bzw. den Automatismus des Rechtsinstituts implizieren (so bes. Test. **12**, **15** und **20**). Zugleich liegen uns mit der seit langem bekannten *Const. Sirm*. 8 (Test. **7**) wie auch mit dem neuen Wiener Papyrus (Test. **8**) zwei Belege vor, die darauf hinweisen, daß die Osteramnestien auch über das Jahr 385 hinaus jedes Jahr neu verfügt wurden, zumindest in der *pars Orientis* des Reiches.

An dieser Stelle erhebt sich die Frage, ob es jedes Jahr eine einzige Osterindulgenz für das gesamte Reich gab, oder ob alle (oder zumindest die höherrangigen) Mitglieder des jeweiligen Herrscherkollegiums den Gnadenerlaß separat für ihre Herrschaftszone verlautbaren ließen. Da die uns verfügbare Überlieferung keinen Gesamtüberblick zuläßt, sondern immer nur einzelne Herrscherhöfe und Reichsteile beleuchtet, und dies darüber hinaus fast immer für verschiedene Jahre, ist keine sichere Antwort möglich. Dennoch scheinen die vergleichsweise dichte Quellenlage für die Jahre 380/381 bis 387[10], besonders aber das Nebeneinander der beiden Zeugnisse des Ambrosius und der *Const. Sirm*. aus dem Jahre 386 (Test. **12** und **7**), dafür zu sprechen, daß Valentinian II. und Theodosius, der eine im Westen, der andere im Osten, parallel und unabhängig voneinander Osterindulgenzen verfügt haben — was dann wohl auch für alle nachfolgenden Herrscherkollegien anzunehmen wäre, solange der westliche Reichsteil bestand. Es scheint sogar denkbar, daß der bis 383 an der Samtherrschaft von Valentinian I. und Theodosius beteiligte Gratian für seinen Reichsteil ebenfalls Osteramnestien erlassen hat, während der nach dessen Tod hinzugetretene Arcadius frühestens mit dem ersten Zug seines Vaters Theodosius nach Italien 388, möglicherweise aber auch erst nach dessen zweitem Zug in den Westen und Tod in den Jahren 394/395 als Urheber eigener Gnadenerlasse in Frage kommt.

Übrigens steht die Bemerkung des Johannes Chrysostomus, Theodosius habe seine Osterindulgenz von 387 „in die gesamte Oikumene“ ausgesandt (Test. **14**: πανταχοῦ τῆς οἰκουμένης), dieser Deutung nicht entgegen, handelt es sich doch offenkundig um eine von vielen kleinen Ungenauigkeiten

[10] Amnestien Valentinians II. sind in diesem Zeitraum laut *C. Th*. und Ambrosius sicher für die Jahre 381, 384, 385 und 386 nachgewiesen, solche des Theodosius dagegen laut *Const. Sirm*. und Johannes Chrysostomus für die Jahre 380/381, 386 und 387.

oder Übertreibungen in panegyrischer Absicht, die in den *Bildsäulen-Homilien* anzutreffen sind. Als zusätzliches Argument sei bemerkt, daß die Annahme paralleler Gnadenerlasse zu Ostern in den einzelnen Herrschaftszonen des Reiches auch deshalb höchst plausibel ist, weil das Rechtsinstitut den Kaisern völlig neue Perspektiven für ihre Selbstinszenierung und Legitimationsstärkung eröffnete, wie wir gleich sehen werden.

Merkmale der Osterindulgenzen

Die spätantiken Osterindulgenzen (als eine von mehreren in der Spätantike gebräuchlichen Formen der *indulgentia criminum generalis*[11]) wurden von den einzelnen Herrschern bzw. deren Kanzleien von Jahr zu Jahr neu konzipiert und wiesen dabei in Stil und Umfang große Unterschiede auf. Das Spektrum reicht von Kurzdekreten in zwei Sätzen bis hin zu ausschweifenden, literarisch und rhetorisch elaborierten Traktaten (Test. **7**; man beachte auch Cassiodors Mustertext, Test. **11**). Diese Unterschiede hängen nicht ursächlich damit zusammen, daß uns die einen Fassungen (sc. des *C. Th.*) heute nur noch gekürzt, die anderen hingegen in Originallänge vorliegen, wie ein Vergleich zwischen Test. **1** und **2** einerseits mit **4** andererseits, alle aus dem *C. Th.*, nahelegt. Bemerkenswert kurz ist auch die authentische und ungekürzt erhaltene Version des Wiener Papyrus (Test. **8**). Ungeachtet dieser stilistischen Unterschiede zeichnen sie aber alle überlieferten Exemplare inhaltlich durch eine Reihe gemeinsamer Merkmale aus, die im folgenden vorgestellt seien:

1.) Die Osterindulgenzen erstreckten sich nur auf leichte Delikte; Schwerverbrecher waren von ihnen ausgenommen[12]. Besonders deutlich wird dies in Test. **5**: *qui leviore crimine rei sunt postulati* und Test. **8**: *qui pro levioribus delictis vel criminibus ... detinentur* formuliert. In Test. **1–2** und **4–7** werden die schweren Straftaten (*scelera maiora* bzw. *saeviora*), die keine Begnadigung finden sollten, explizit aufgezählt; die Reihenfolge ihrer Nennung wechselt von Text zu Text, es läßt sich daher nicht sagen, wie die Schwere der Vergehen im Vergleich zueinander eingestuft wurde. Die fol-

---

[11] Zur Begrifflichkeit — lat. *abolitio*, *indulgentia*, *venia* bzw. griech. ἀμνηστία, συγγνώμη, φιλανθρωπία etc. wurden in der Spätantike mehr oder weniger synonym gebraucht — sowie zur Unterscheidung der kollektiven Amnestie (*indulgentia generalis*) von der Amnestierung einzelner Personengruppen (*indulgentia specialis*) vgl. Waldstein (1964) und Munier (1998).

[12] Zu den Delikten vgl. Lizzi Testa (2004) 264 (mit 221 Anm. 46 und 234 Anm. 89) und Di Berardino (2011).

gende Tabelle gibt einen Überblick, um welche Straftaten es sich handelt und in welchen Testimonien sie erwähnt werden:

Straftaten	Testimonien					
	1	**2**	**4**	**5**	**6**	**7**
Majestätsverbrechen (*crimen maiestatis*)	×	×	×	×	×	×
Mord (*homicidium*)	×	×	×	×	×	×
Ehebruch (*adulterium*)	×	×	×	×	×	×
Brautraub (*raptus*)[13]	×	×	×	×	×	—
Giftmischerei und Schadenszauber (*veneficium et maleficium*)	×	×	×	×	×	×
Geldfälscherei (*adulteratio monetae*)	—	—	×	×	×	×
Grabschändung (*sepulcri violatio*)	×	—	—	×	×	—
Religionsfrevel / Kirchenraub (*sacrilegium*)	—	—	—	×	×	—
Inzest (*incestus*)	—	—	×	—	×	—
Verwandtenmord (*parricidium*)	—	—	×	—	—	—
unehelicher Beischlaf (*stuprum*)	—	—	—	×	—	—

Die ersten fünf Delikte werden in allen Zeugnissen aus dem Westen erwähnt (Rom bzw. Mailand); abweichend dagegen Test. **7** aus Konstantinopel. In Test. **3**, ebenfalls aus dem Osten, in welchem statt einer solchen Liste der Ausdruck *quinque crimina* begegnet, könnten entweder dieselben Delikte wie in Test. **7** gemeint sein oder aber die Fünfer-Gruppe des Westens; im erstgenannten Fall hätten wir es dann mit zwei unterschiedlichen Standards in den beiden Reichsteilen zu tun[14].

[13] Was mit *raptus* in diesem Kontext gemeint ist — nämlich der Raub einer jungfräulichen Braut —, ergibt sich zum einen aus Test. **4**: *verecundiae virginalis raptor* sowie aus Test. **10**, wo die Kompilatoren des *C. I.* das einfache *raptor* der älteren Fassung durch den Zusatz *virginis* präzisiert haben; vgl. Lizzi Testa (2004) 222 mit weiterer Literatur.

[14] Zwar ist in der spätantiken Gesetzgebung auch an anderer Stelle von „fünf Delikten" die Rede, doch bleibt dort ebenfalls unklar, was jeweils gemeint ist. So verkündete Constantius II. in der Generalamnestie *C. Th.* 9, 38, 2 (353), die er nach der Niederwerfung des Magnentius erließ, daß solche Personen von der Maßnahme ausgeschlossen seien, die sich eines jener „fünf Verbrechen" schuldig gemacht hätten, die „mit dem Tode bestraft würden": *quinque crimina quae capite vindicantur*, ohne jedoch diese Verbrechen explizit zu benennen. Dieser Erlaß wird gerne mit *C. Th.* 11, 36, 7 (344) verbunden — so etwa bei Lizzi Testa (2004) 263 Anm. 186 oder Di Berardino (2011) 137 —, einer Konstitution von Constantius II. und Constans, die fünf Delikte auflistet, für die keine Appellation

Von der zweiten Gruppe der in der Tabelle erfaßten Delikte stehen zwei in engem Zusammenhang mit solchen der ersten Gruppe, und zwar *parricidium* als besonders schwere Form des *homicidium* und *stuprum* als das Frauen angelastete Pendant zu dem von Männern begangenen *adulterium*; die übrigen vier hingegen sind eigenständige Straftaten.

Man gewinnt den Eindruck, daß der Katalog von Straftaten, die eine Amnestierung auschlossen, im Laufe der Zeit erweitert und präzisiert wurde. Als Valentinian II. mit Test. **6** (385) die Statthalter zum eigenmächtigen Handeln schon vor dem Eintreffen der Osteramnestie ermächtigte, könnte er unter anderem auch die Absicht verfolgt haben, einen neuen, erweiterten Kanon zu schaffen; immerhin ist der in dieser Konstitution gebotene Katalog bis zu diesem Zeitpunkt, soweit uns bekannt, der vollständigste. Zugleich können wir aber aus Test. **7** (386) ersehen, daß Thedosius nur ein Jahr später im Reichsosten eine erheblich kürzere Liste festlegte. Möglich also, daß man in Konstantinopel (Test. **3**, **7** und **8**) immer an der Fünfzahl festgehalten hat, allerdings mit Geldfälscherei anstelle von *raptus*. Warum im übrigen (zumindest im Westen) nur die ersten fünf Delikte zum Kanon geworden sind, während andere Straftaten in wechselnder Zahl und Kombination miteinbezogen wurden, bleibt unklar. Endgültig abgeschlossen wurde die Erweiterung des Kataloges vielleicht auch erst mit dem *C. I.*, dessen Redakteure *parricidium* und *stuprum* in die einzige von ihnen aus dem *C. Th.* übernommene Osteramnestie (Test. **10**) nachträglich eingefügt und auf diese Weise das erste überlieferte Exemplar geschaffen haben, in dem alle elf Delikte gemeinsam erwähnt werden.

Die sekundären Testimonien verschleiern die Tatsache, daß Osteramnestien nicht für alle Delikte galten. Gelegentlich sprechen sie vage einschränkend von *multae culpae* (Test. **21**) oder „fast allen Gefängnisinsassen“ (Test. **13**: σχεδὸν ἅπαντες), zumeist aber ganz pauschal von „den bzw. allen Sträflingen“ als Nutznießern der Maßnahme: οἱ τὸ δεσμωτήριον

---

zulässig sei: *homicidium*, *veneficium*, *maleficium*, *adulterium* und *raptus*. Das *crimen maiestatis*, das in unserem Fall in jedem Fall in die Gruppe der „fünf Delikte“ inkludiert war, fehlt hier also, und *veneficium* und *maleficium* erscheinen dort als zwei separate Vergehen, bei uns aber nur als eines. Angesichts dieser Unterschiede scheint es mir verfehlt, mit Di Berardino (a.a.O.) von einer „lista stabile“ zu sprechen. Von einer Fünfzahl von Delikten zeugt übrigens bereits Ulpian (Dig. 48, 20, 3): *Quinque legibus damnatae mulieri dos publicatur: majestatis, vis publicae, parricidii, veneficii, de sicariis.*

οἰκοῦντες (ἅπαντες), oder aber davon, daß die Gefängnisse geöffnet und die Fesseln der Insassen gelöst würden, ohne dies einzuschränken[15].

Im Werk des Johannes Chrysostomus finden sich zwei Stellen, die in diesem Zusammenhang als kurios einzustufen sind: In seiner zweiten Predigt *Gegen das Judentum* (Test. **18**), in welcher er den Juden unter anderem vorwirft, sie würden das göttliche Gnadengeschenk (δωρεὰ τοῦ Θεοῦ) der Erlösung zurückweisen, gleich einem Angeklagten, der das kaiserliche Gnadengeschenk der Generalamnestie (δωρεὰ βασιλική) ablehne und sich verurteilen und bestrafen ließe, nennt er als exemplarische Anklagepunkte *adulterium* sowie „die allergrößten Schandtaten", womit *raptus*, *stuprum* und Inzest gemeint sein könnten (ἐπὶ μοιχείᾳ καὶ τοῖς αἰσχίστοις ἁλούς), also gerade solche Delikte, die von Osteramnestien (und sicher auch von allen anderen Formen kaiserlicher Generalamnestien von Straftaten jener Zeit) ausgeschlossen waren; und im *De Anna sermo IV* (Test. **25**) werden Ehebrecher, Zauberer, Grabräuber und ähnliche Straftäter als mögliche Profiteure einer nicht weiter spezifizierten kaiserlichen Generalamnestie angeführt, ebenfalls also Delikte, die für eine Begnadigung eigentlich nicht in Frage kamen. Ob diese Aussagen als Versehen zu bewerten sind, oder ob es für Chrysostomus rhetorische Gründe gab, in den betreffenden Kontexten gerade solche Verbrechen anzuführen, die als besonders schändlich galten, um die intendierte Wirkung seiner Worte zu verstärken, sei dahingestellt.

Eine weitere Verschärfung in der Amnestiegesetzgebung bietet die erste der überlieferten Indulgenzen Valentinians II. vom Jahre 381 mit dem Ausschluß von Wiederholungstätern (Test. **4**). Dieser Punkt wird zwar in den Konstitutionen der Jahre 384, 385 und 386 nicht wieder aufgegriffen, gelangte aber viel später in Verbindung mit der dritten Indulgenz desselben Kaisers vom Jahre 385 (Test. **6**) in den *C. I.* (Test. **10**) und ist damit Teil der letzten Version einer spätantiken Osterindulgenz aus dem Römischen Reich geworden, von der wir Kenntnis haben.

Zur Frage, welche Delikte denn nun eigentlich unter die Wirkung der Osteramnestien fielen, macht leider keine der verfügbaren Quellen eine Angabe. Man denkt vor allem an leichtere Straftaten wie Diebstahl oder Betrug; offenbar zählten aber Gewaltverbrechen wie Körperverletzung oder Raub ebenfalls dazu. Möglicherweise ist auch an Schuldner zu denken, die in Erzwingungshaft gehalten wurden[16]. Da jedoch die Osteramnestien als

---

[15] Auch die Konstitutionen konnten solche pauschalen Formeln enthalten, so etwa das fast schon pathetische *omnes omnino* in der Konstitution Valentinians II. vom Jahre 384 (Test. **5**), doch wurde dies dann in den folgenden Bestimmungen präzisiert.

[16] S. unten Fußnote 20.

indulgentiae criminum, soweit wir sehen, niemals einen Schuldenschnitt oder -erlaß beinhalteten[17], könnten solche Häftlinge lediglich auf freien Fuß gesetzt worden sein, während die Forderungen ihrer Gläubiger unverändert weiterbestanden hätten.

2.) Die Osteramnestien bezogen sich sowohl auf den Verzicht der Anklageerhebung oder die Niederschlagung schwebender Verfahren als auch auf den Erlaß bereits verhängter Strafen[18]. Hierzu paßt, daß der Begriff *indulgentia* in der Spätantike alle drei Gesichtspunkte umfaßte[19]. Zwar werden in den meisten erhaltenen Konstitutionen die Begünstigten als Angeklagte (*rei*) bezeichnet, so schon in Test. **1**: *quos reatus adstringit*, und bisweilen wird deutlich gesagt, daß Prozeß, Urteil oder Strafvollstreckung noch bevorstanden; man beachte in diesem Zusammenhang besonders Test. **2**: *aegra expectatio quaestionis poenaeque formido*; Test. **3**: *quos imminentis supplicii terror exagitat* und Test. **5**: *periculo carceris metuque poenarum eximi*. Dem steht jedoch Test. **4** entgegen, wo nicht von Angeklagten, sondern Verurteilten (*damnati*) die Rede ist, und an anderen Stellen heißt es ganz pauschal, die Amnestie beziehe sich auf sämtliche Gefängnisinsassen (abgesehen von Schwerverbrechern), so etwa in Test. **6**: *nullum teneat carcer inclusum, omnium vincula solvantur*. Die Amnestien waren also juristisch nicht sonderlich präzise formuliert, da man offenbar keinen großen Wert auf Feinheiten legte. Faktisch spielte es keine Rolle, ob ein Häftling noch auf seinen Prozeß wartete oder schon rechtskräftig abgeurteilt war; entscheidend für die Frage, ob er unter die Wirkung der Amnestie fiel, war einzig und allein die Art des Deliktes, das ihm vorgeworfen wurde[20].

---

[17] Kaiserliche Schuldenerlasse (*indulgentiae debitorum* bzw. *reliquorum*), besonders im Hinblick auf Steuerschulden, sind ab der Regierung Diokletians bis zur Mitte des 5. Jh. vielfach nachweisbar; vgl. Munier (1998) 71–72.

[18] Die Annahme von Leschtsch (1904) 69, die Osteramnestien hätten sich nur auf Untersuchungshäftlinge beschränkt und seien in ihrer Wirkung auf die Dauer des Osterfestes befristet gewesen, widerspricht dem Wortlaut der Quellen und ist daher nicht haltbar.

[19] Waldstein (1964) 180–195 und 205–206.

[20] Es sei in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß das antike Recht formal betrachtet keine Haftstrafen kannte. Gefängnisinsassen waren entweder Untersuchungshäftlinge oder aber Häftlinge, die auf die Urteilsvollstreckung warteten; als dritte Version war auch die Erzwingungshaft geläufig, vor allem bei Schuldnern. Faktisch dürften sich aber aufgrund der notorischen Überlastung des spätantiken Justizapparates und der allgemein grassierenden Korruption für viele Delinquenten (besonders solche aus den Unterschichten, die ohne gute Beziehungen nach oben waren und auch keine Möglichkeit hatten, ihr Verfahren durch Bestechung zu beschleunigen) mehrmonatige und bisweilen sogar jahrelange Aufenthalte im Kerker ergeben haben. Das hiermit verbundene Elend war ein

3.) Die Osterindulgenzen zeichnen sich durch bestimmte Leitbegriffe bzw. -themen aus. So setzen sie für gewöhnlich unmittelbar mit der Erwähnung des Osterfestes ein, etwa in Test. **1**: *ob diem paschae* ..., Test. **2**: *paschae celebritas postulat* ..., Test. **3**: *pro festivitate paschali* ..., Test. **4**: *paschalis laetitiae dies* ... und Test. **5**: *religio anniversariae obsecrationis hortatur*... Bei der Beschreibung der Nutznießer des Gnadenaktes fällt zumeist das Wort „Kerker", so z. B. in Test. **1**: *quos ... carcer inclusit*, Test. **4**: *horridus carcer*, Test. **5**: *omnes ... periculo carceris ... eximi,* Test. **6**: *nullum teneat carcer inclusum* oder Test. **8**: *carcerali ... custodia*, und es werden oftmals auch die mit der Kerkerhaft verbundenen Schrecken thematisiert, wie die eisernen Ketten, die man den Häftlingen anlegte, oder der Schmutz und Gestank sowie die permanente Dunkelheit; ein schönes Beispiel hierfür liefert Test. **7**. Hingewiesen wird auch auf die unschönen Begleitumstände der Prozesse, besonders das Leid und die Qualen der gedemütigten Delinquenten, die vor den Richterstuhl geschleift wurden, und deren Wehklage, aber auch die Schmerzensschreie der Gefolterten, so etwa wiederum in Test. **7**. Sehr ausführlich werden diese schreckenserregenden und düsteren Aspekte auch bei Cassiodor (Test. **11**) thematisiert: Ketten, Henkerbeil, Richtschwert und Folterinstrumente. Bei ihm findet sich auch die sehr eindringliche Beschreibung des Kerkers als *cella gemituum, tristitiae domus, apud superos Plutonis hospitium, locus perpetua nocte caecatus* (zu dieser Stelle s. unten).

4.) Als Adressat der beiden ältesten überlieferten Osteramnestien (Test. **1–2**) erscheint der *praefectus urbi* von Rom, alle späteren nennen, soweit die Angabe erhalten ist, einen *praefectus praetorio* bzw. einen der diesen unterstellten *vicarii*. Von hier wurden die Gesetze an die subalternen Dienststellen weiterverteilt: Diözesen, Provinzen, Städte etc.[21] Diese Tradition setzte sich auch unter den Ostgoten fort, da Cassiodor die Musterindulgenz Test. **11** in seiner Funktion als *praefectus praetorio* des Königreichs verfaßte.

Termin der Osterindulgenzen

Für Osterindulgenzen scheint weder ein fester Zeitpunkt noch ein fester zeitlicher Abstand zum jährlich schwankenden Ostertermin bestanden zu haben, ja es ist nicht einmal völlig sicher, daß sie tatsächlich, wie in der Forschung allgemein angenommen, stets vor dem Ostersonntag erlassen

wichtiges karitatives Operations- und Profilierungsfeld für die Kirche. Zur Thematik vgl. Krause (1996).

[21] Hierzu Mitthof (2005) 455–456.

wurden[22]. Von den sieben bislang bekannten Konstitutionen läßt sich das Datum des Erlasses (*data*) nur in zwei Fällen sicher angeben[23], nämlich für Test. **5** (zwei Tage vor Ostern) und **6** (mehrere Wochen vor Ostern, etwa zu Beginn der Fastenzeit). Bereits aus diesen beiden Beispielen ist zu ersehen, wie stark der Ausstellungstermin von Jahr zu Jahr variieren konnte.

In den übrigen Dekreten fällt das handschriftlich überlieferte Datum sogar in die Zeit nach dem Osterfest. In zwei Texten (Test. **2** und **4**) ist die Erklärung hierfür sicherlich darin zu sehen, daß es sich bei diesem Tag nicht um das Datum des Erlasses (*data*) handelt, sondern um das einer späteren Veröffentlichung bzw. Verwendung anläßlich einer Gerichtsverhandlung (*lecta* bzw. *recitata*); in zwei weiteren Konstitutionen (Test. **1** und **7**) liefern die Handschriften zwar das Datum des Verlautbarung (*data*), doch wird angenommen, daß man es hier mit Überlieferungsfehlern zu tun hat; tatsächlich dürften auch diese beiden Texte vor den jeweiligen Ostertermin zu datieren sein. Die neue Konstitution auf Papyrus (Test. **8**) wurde mit Sicherheit vor dem Osterfest erlassen, da ihr Ausstellungstag (18. März) vier Tage vor den frühestmöglichen Ostertermin (21./22. März) fällt; vermutlich verstrich in diesem Fall ein Zeitraum von etwa zehn Tagen bis zu einem Monat zwischen der Verlautbarung der Konstitution und dem Osterfest.

Die patristischen Zeugnisse sind zum Großteil nicht präzise genug, um das genaue Ausstellungsdatum der Osterindulgenzen, auf welche sie sich beziehen, erkennen zu lassen. Immerhin scheinen die Worte des Ambrosius darauf hinzuweisen, daß die Indulgenz des Jahres 386 in der *Letzten Woche* der Fastenzeit verlautbart wurde (Test. **12**: *sanctis diebus ebdomadis ultimae*). Hingegen führen die Bemerkungen des Johannes Chrysostomus zum Jahre 387 eher zu dem Schluß, daß man in Antiocheia den Wortlaut der Konstitution schon einige Wochen vor dem Ostertermin kannte, da der Kirchenvater bereits in seiner 6. Homilie (Test. **13**), die in die frühe Fastenzeit fällt, darauf verweist, daß der Kaiser „just in diesen Tagen eine Konsti-

---

[22] Es sei bemerkt, daß auch nach dem Konzil von Nicäa (325), das den Streit mit den Quartodecimanern entschied und eine einheitliche Regelung des Ostertermins vorsah, in den einzelnen Obermetropolitien bzw. Patriarchaten divergierende Berechnungsmethoden in Gebrauch waren und sich daher gelegentlich voneinander abweichende Termine ergaben (vgl. Grumel [1958] 31–55 und 187–191), so etwa im Jahre 387, als man den Ostersonntag in Rom auf den 21. März, also den „Sonntagsvollmond“, legte (einen umstrittenen Frühtermin, der in späterer Zeit als mögliches Datum gänzlich ausgeschlossen wurde), in Alexandria dagegen auf den 25. April.

[23] Zum Folgenden vgl. Ensslin (1948) 181–185.

tution zu Ehren des Festes versendet habe“ (ἐν ταύταις γοῦν ταῖς ἡμέραις πέμψας ἐπιστολὴν εἰς τιμὴν τῆς ἑορτῆς) und überdies sogar aus dem Erlaß wörtlich zu zitieren weiß. Auch die sekundären Quellen sind in dieser Frage also uneindeutig.

Immerhin läßt die Tatsache, daß Osterindulgenzen nicht selten erst nach dem Fest bei den Provinzstatthaltern eintrafen, wie Valentinian II. in seiner letzten überlieferten Indulgenz bemerkt (Test. **6**), darauf schließen, daß ihre Publikation tendentiell spät erfolgte. Man beachte die Einleitungsworte dieser Konstitution: „Niemand soll fortan auf die Verlautbarungen unserer Ewigkeit warten, falls diese sich verspäten sollten: Die Statthalter sollen von sich aus ausführen, was wir als Gnadenakt zu gewähren uns angewöhnt haben“. Weshalb man die Konstitutionen nicht rechtzeitig aussandte, damit sie noch vor Ostern reichsweit zugestellt werden konnten, beispielsweise zu Beginn der Fastenzeit, bleibt unklar. Eine mögliche Erklärung könnte darin liegen, daß die nach wie vor bestehende Uneinigkeit des Klerus über die anzuwendende Berechnungsweise die Festsetzung eines einheitlichen Ostertermins für das gesamte Reich behinderte und zu Verspätungen in einzelnen Reichsteilen führte. Vielleicht liegt der Grund aber auch darin, und dies scheint mir wahrscheinlicher, daß es den Herrschern in erster Linie auf den besonderen ideologischen Effekt ankam, der nur im Zusammenhang mit der feierlich-religiösen Stimmung des Osterfestes zu erzielen war.

Ideologische Motive der Osterindulgenzen

Die Quellen zu den Osterindulgenzen lassen eine Reihe von Motiven erkennen, die uns ihre ideologische Funktion erschließen:

1.) Die Amnestie ist Ausdruck der besonderen Ehrfurcht der Herrscher gegenüber dem Osterfest. Bereits im ältesten überlieferten Exemplar heben die Herrscher dies deutlich hervor (Test. **1**: *ob diem paschae, quem intimo corde celebramus etc.*), und in Test. **3** heißt es ganz ähnlich: *pro festivitate, quam communi et praecelsa professione veneramur*. Es sei in diesem Zusammenhang auch auf Johannes Chrysostomus verwiesen, der in seiner 6. *Bildsäulen-Homilie* des Jahres 387, noch ehe er auf die Osteramnestie des Theodosius zu sprechen kommt, klar hervorhebt, daß dieser Herrscher das Osterfest mehr ehren würde als alle seine Vorgänger auf dem Thron[24].

[24] Denselben Gedanken greifen wir übrigens auch in den beiden Leichenreden des Ambrosius auf Valentinian II. († 392) und Theodosius († 395), die er wegen ihrer besonderen Osterfrömmigkeit mit König Josia vergleicht, der das Pessachfest mehr geehrt habe als alle israelischen Könige vor ihm: *Obit. Val.* 57: *et Iosias*

2.) In den Zeugnissen wird immer wieder betont, daß die Herrscher mit den Amnestien in prägnanter Weise ihre Humantität und Pietät zum Ausdruck brächten, so z. B. in Test. **4**: *humanitas liberalitatis augustae*, Test. **7**: *imperatoria pietas* und *iusta humanitas* oder Test. **8**: *imperialis humanitas*.

3.) Ihre besondere Bedeutung verdankt die Osterindulgenz aber der Tatsache, daß sie als symbolische Imitation der Erlösertat Christi verstanden wurde und damit eine Parallelisierung des weltlichen mit dem Heilsgeschehen erlaubte. Die Bedeutung des Osterfestes als einer zyklischen Erneuerung der Welt (*reparatio orbis*) und eines Neuanfangs durch Vergebung der Sünden bzw. Auferstehung aus dem Reich der Toten wird mit der Rückkehr der Häftlinge aus ihren düsteren Verliesen ans Tageslicht und der damit gewährten Chance auf ein „neues“ Leben nachgeahmt. Ein gutes Beispiel für diese Zusammenhänge bietet Test. **3**: „damit sie (sc. die Nutznießer der Amnestie), überströmt vom Licht der Wiederherstellung und Erneuerung, den Anfang eines neuen, besseren Lebens anstreben“ (*ut novae reparationis luce perfusi melioris vitae teneant novitatem*).

Auf den Antagonismus von Finsternis und Licht als zentrales Element der Osterliturgie wird in den Osteramnestien auch an anderer Stelle immer wieder angespielt, besonders deutlich etwa in Test. **4**: „Möge der schreckliche Kerker längst ungewohntes Licht hereinlassen“ (*pateat insuetis horridus carcer aliquando luminibus*) oder Test. **11**: „Möge die Zelle der Seufzer und Wehklagen, das Haus der Traurigkeit, Plutos Quartier bei den Oberirdischen, ein Ort, durch ewige Nacht in Dunkel gehüllt, endlich sich durch hereinströmendes Licht erhellen“ (*cella gemituum, tristitiae domus, apud superos Plutonis hospitium, locus perpetua nocte caecatus, tandem infusione lucis albescat*).

Übrigens begegnen die bisher genannten Motive — das Öffnen der Türen und Riegel des Kerkers, das hereinströmende Licht, die Unterteilung der Gefangenen in solche, denen vergeben, und solche, denen nicht vergeben werden kann, sowie die Rückführung letzterer in ein „neues“ Leben — auch in den im 4. Jh. aufkommenden Schilderungen der Höllenfahrt Christi, wie wir sie besonders gut im *Evangelium Nicodemi* bzw. in den *Acta Pilati* fassen[25]. Es liegt nahe zu vermuten, daß die Herrscher und ihre Kanzleien

XVIII regni sui ita domini paschae celebravit ut omnes retro principes devotione superaret; ganz ähnlich *Obit. Theod.* 38; vgl. Raimondi (1998) 267.

25 Besonders prägnant 21, 3: Ἦλθεν οὖν πάλιν φωνὴ ‹Ἄρατε πύλας› λέγουσα. Ἀκούσας ὁ Ἅιδης ἐκ δευτέρου τὴν φωνὴν ἀπεκρίθη ὡς δῆθεν μὴ γινώσκων καὶ λέγει· Τίς ἐστιν οὗτος ὁ βασιλεὺς τῆς δόξης; Λέγουσιν οἱ ἄγγελοι τοῦ δεσπότου· Κύριος κραταιὸς καὶ δυνατός, κύριος δυνατὸς ἐν πολέμῳ. Καὶ εὐθέως ἅμα τῷ λόγῳ τούτῳ αἱ χαλκαῖ πύλαι συνετρίβησαν καὶ οἱ σιδηροῖ

solche Texte im Kopf hatten, als sie die Osteramnestien formulierten, und offenkundig haben solche Texte auch den Osteramnestie-Diskurs der Kirchenväter geprägt.

Hinzu kommt, daß auch die mit der Osteramnestie einhergehende vorübergehende Suspension aller Aktivitäten des Justizapparates, die von den Herrschern für die Dauer des Osterfestes in separaten Konstitutionen verfügt wurden, um ein möglichst friedvolles Fest zu garantieren,[26] ein Gegenstück in der Unterwelt hatte, da im 4. Jh. die Vorstellung heranreifte, daß die Qualen, welchen die Seelen der Verdammten im „Höllengefängnis“ zu erleiden hätten, durch das Wirken Christi in der Osternacht ausgesetzt würden[27].

4.) Die Parallelisierung von Gnadenerlaß und Heilsgeschehen hatte den bedeutsamen Effekt, daß das Handeln des Kaisers als Nachahmung der Erlösertat Christi gedeutet wurde. Diese *imitatio Christi* verlieh dem Herrschertum eine soteriologische Qualität.

Auf die Mimesis des Heilands durch den Kaiser, soweit es diesem kraft seiner menschlichen Natur möglich ist[28], geht Johannes Chrysostomus in drei Homilien ein (Test. **15–17**). In Test. **15** bemerkt er, daß der Herrscher nur die mit den Sinnen wahrnehmbaren, nicht aber die spirituellen Fesseln lösen könne, und in Test. **16** weist er darauf hin, daß der Kaiser, in Imitation der Höllenfahrt Christi, zwar die Zellentüren öffne, die Gefängnisse aber als Abschreckung für rückfällige (ebenso wie neue) Straftäter bestehen lasse, während Christus die bronzenen Tore der Unterwelt und ihre eisernen Riegel zerschmettert habe, weil sie ihre Funktion für alle Zeiten verloren hätten.

In diesem Zusammenhang ist auch das Zeugnis Papst Leos zu beachten (Test. **21**), der darauf hinweist, daß die Milde der Kaiser (*clementia imperatorum*) Nachahmerin der überirdischen Güte sei (*supernae bonitatis imita-*

μοχλοὶ συνεθλάσθησαν καὶ οἱ δεδεμένοι πάντες νεκροὶ ἐλύθησαν τῶν δεσμῶν, καὶ ἡμεῖς μετ' αὐτῶν. Καὶ εἰσῆλθεν ὁ βασιλεὺς τῆς δόξης ὥσπερ ἄνθρωπος καὶ πάντα τὰ σκοτεινὰ τοῦ Ἅιδου ἐφωτίσθησαν. Zum Text vgl. Schärtl (2012).

[26] S. oben Fußnote 9.

[27] Vgl. etwa Prudentius, *Cathemerinon* 5, 125–136: *Sunt et spiritibus saepe nocentibus / paenarum celebres sub Styge feriae / illa nocte, sacer qua rediit Deus / stagnis ad superos ex Acheronticis. // Non sicut tenebras de face fulgida / surgens oceano Lucifer imbuit, / sed terris Domini de cruce tristibus / maior sole novum restituens diem. // Marcent suppliciis tartara mitibus, / exultatque sui carceris otio / umbrarum populus, liber ab ignibus, / nec fervent solito flumina sulphure*; zur Thematik s. Lévi (1892) und (1893).

[28] Test. **17**: κατὰ δύναμιν ἀνθρωπίνην μιμοῦνται τὸν ἑαυτῶν Δεσπότην.

trix). Sogar die bereits erwähnten Mönchen, die auf dem Konzil von Chalkedon darum baten, ihre Verurteilung als Häretiker aufzuheben, legten größten Wert darauf, die Parallelität von Sündenvergebung anläßlich des Osterfestes und kaiserlicher Osteramnestie zu betonen und wählten, um dies auch auf der Ebene der Syntax zu unterstreichen, eine streng parallele Satzstruktur (Test. **20**): λύεται μὲν τοῖς πλείστοις τῶν ἡμαρτηκότων τὰ ἀπὸ τῶν ἁγίων ἡμῶν πατέρων ἐπιτίμια, λύεται δὲ παρὰ τῶν βασιλευόντων ἐπὶ τῶν ἐγκλημάτων τὰ δεσμὰ τοῖς ὑπευθύνοις[29].

Die Kaiser scheinen sich dieser Doppeldeutigkeit sehr wohl bewußt gewesen zu sein. Als Beispiel kann Theodosius dienen, der laut dem Zeugnis des Johannes Chrysostomus in seiner Amnestie vom Jahre 387 bemerkte, er wünschte sich, daß es ihm möglich wäre, auch die Toten wiederauferstehen zu lassen und zu ihrem früheren Leben hinauf- bzw. zurückzuführen — auch letzteres ist ambivalent formuliert (Test. **13–14**): σὺ διὰ τῆς ἐπιστολῆς ταύτης διαλεγόμενος ταῖς πόλεσι πάσαις ἔλεγες· *Εἴθε μοι δυνατὸν ἦν καὶ τοὺς νεκροὺς ἀναστῆσαι* bzw. ἔλεγες διὰ τῶν γραμμάτων, ὅτι *Εἴθε μοι δυνατὸν ἦν καὶ τοὺς ἀπελθόντας καλέσαι καὶ ἀναστῆσαι καὶ πρὸς τὴν προτέραν ἀναγαγεῖν ζωήν* — eine deutlichere Selbststilisierung als irdischer Heiland ist wohl kaum denkbar[30].

Die bewußte Doppeldeutigkeit der hier behandelten Texte wird noch verstärkt durch den Umstand, daß man für das Handeln Christi Begriffe verwendete, die eigentlich aus der Sphäre der weltlichen Herrschaft stammten, womit jetzt nicht mehr nur der Kaiser an Christus, sondern dieser auch an den Kaiser angeglichen wurde: die Erlösung erscheint terminologisch als Privileg oder Gnadenakt, wie sie sonst vom Herrscher gewährt wurde (φιλανθρωπία, χάρις, δωρεά, *indulgentia*), die Unterwelt wird zum Gefängnis (*carcer* bzw. δεσμωτήριον), die Vergebung der Sünden (*indulgentia peccatorum*) wird zu einer Generalamnestie für Straftaten: *indulgentia delictorum* (Test. **22**) oder aber zu einer kaiserlichen Konstitution, die vom

[29] Man beachte in diesem Kontext auch Augustinus, *In Joh. Tractatus* 3, 16, wo die Erlösertat Christi und kaiserliche Generalamnestien wie folgt parallelisiert werden: *Lex per Moysen data est, gratia et veritas per Jesum Christum facta est: per servum lex data est, reos fecit; per imperatorem indulgentia data est, reos liberavit.*

[30] Wie bereits oben in Fußnote 4 dargelegt, stammte die Konstitution formal betrachtet nicht von Theodosius allein, sondern war im Namen des gesamten Herrscherkollegiums ausgegeben worden. Faktisch waren es aber Theodosius und seine Kanzlei in Konstantinopel, die den Text formuliert und verlautbart hatten; es gibt daher auch keinen Grund zur Annahme, daß Johannes Chrysostomus die zitierte Aussage in ihrem Sinngehalt verändert hat.

Himmel herabkommt, um Prozesse und Strafen auszusetzen und alle Ketten zu lösen (Test. **18**: ἦλθεν ἐπιστολὴ βασιλέως ἐκ τῶν οὐρανῶν ... ἄνευ ἐξετάσεως καὶ τοῦ τὰς εὐθύνας λαβεῖν, πάντας τῶν δεσμῶν τῆς ἁμαρτίας ἀφιείς) — die Reihe der Beispiele ließe sich weiter fortführen[31].

5.) Die soeben angesprochene Christus-Ähnlichkeit des Herrschers, die in der Osteramnestie symbolisch repräsentiert wird, erstreckt sich auf übertragener Ebene auf jeden Christen. Der Gedanke klingt vor allem bei Johannes Chrysostomus an, der die Mimesis des Heilands zu einer Aufgabe aller Diener Gottes macht. Sehr prononciert kommt der enge Zusammenhang zwischen der Entlassung der Häftlinge und der Erneuerung jedes einzelnen Gläubigen anläßlich des Osterfestes auch im Schlußsatz der Indulgenz des Cassiodor zum Ausdruck (Test. **11**): „Mögen die verriegelten Türen die Angeklagten freigeben, mögen bei uns sich die Fesseln sündigen Denkens lösen!“ (*claustra reos dimittant; nos vincula improbae cogitationis absolvant*). Höchst interessant ist in diesem Zusammenhang auch eine Stelle in den Fastenpredigten Papst Leos, nicht zuletzt wiederum wegen der doppeldeutigen, auf Osterindulgenzen anspielenden Terminologie: Einerseits besteht für Christen die Pflicht, anderen Sündern, die ihnen untergeben sind, „die Zellentüren zu öffnen und Fesseln zu lösen“; andererseits bedürfe jeder von ihnen selbst täglich des göttlichen Gnadenaktes als eines Heilmittels[32].

---

31 Zur *indulgentia peccatorum* und zur Parallelität zwischen *indulgentia divina* und *indulgentia principis* vgl. Munier (1998) 75–77. Die begriffliche Gleichsetzung von *indulgentia peccatorum* mit *indulgentia criminum* bzw. *delictorum* ist bereits bei früheren Autoren wie Tertullian und Cyprian greifbar. — Von einer anderen Seite wird die Thematik bei Brown (2000) beleuchtet: Die Allgegenwärtigkeit und regelmäßige Erfahrung kaiserlicher Gnadenakte für geringere Vergehen wurde von den spätantiken Christen auf die gemutmaßte Behandlung der Seelen der Verstorbenen durch die himmlische Instanz im Jenseits übertragen, wobei die große Gruppe der „nicht ganz so Bösen“ (*non valde mali*) im Fokus stand, die durchschnittlichen Menschen also, die Bagatell-Sünden (*peccata levia*) begangen hatten — und die, so können wir sagen, auf der Ebene der Osterindulgenz mit jenen Deliquenten gleichzusetzen sind, denen Bagatell-Delikte (*crimina leviora*) angelastet wurden, mithin solche Straftaten, die als amnestiefähig galten. Aus dieser Haltung, so Brown, resultierte eine allgemeine „Amnestie“-Erwartung für kleinere, alltägliche Vergehen beim Jüngsten Gericht, die als besonderes Merkmal der spätantiken Jenseitsvorstellung gelten darf.

32 Leo Magnus, *Sermo* 31 (XLIV): *De quadragesima sermo VI 3: si qui de subditis vestris aut claustra custodiae, aut vincula meruerunt, misericorditer relaxentur: ut qui cotidianae indulgentiae remediis indigemus, non difficulter peccatis ignoscamus alienis.*

Entstehung und Vorläufer der Osterindulgenzen

Über die Fragen, seit wann es Osterindulgenzen gab und was ihre Vorläufer waren, herrscht Unklarheit. Die älteste uns überlieferte Konstitution geht, wie wir gesehen haben, auf Valentinian I. zurück und stammt aus dem Jahre 367. Nur drei Jahre später beruft sich derselbe Kaiser darauf, daß er mit dem Ausschluß von Schwerverbrechern einer alten Tradition folge: *veterum mos gerendus est* (Test. **2**), und 386 äußert sich Theodosius in einem ähnlichen Sinne, wenn er von der Milde der Vorväter spricht: *a maioribus tradita ... clementia* (Test. **7**).

Die Frage wurde erstmals von Gothofredus behandelt. Er vermutete, daß Valentinian I. der erste Kaiser gewesen sei, der eine Osteramnestie erlassen habe, und sah die große Frömmigeit des Herrschers — der Gelehrte erinnert dabei an den Beginn der ersten Konstitution: *ob diem paschae, quem intimo corde celebramus* (Test. **1**)[33] — sowie den Einfluß von Papst Damasus als mögliche Gründe.

Bei Gothofredus findet man aber auch bereits weitergehende Gedanken zu möglichen vorchristlichen Vorläufern des Rechtsinstituts, die für seine Entstehung maßgeblich gewesen sein könnten[34]. An erster Stelle dachte er an die jüdische Sitte, an heiligen Festtagen jeweils eine Person zu begnadigen. Daneben verwies er auf heidnische Feiern, bei denen laut antiken Gewährsleuten ebenfalls Gefangene, Sklaven oder Schuldner freigesetzt wurden, etwa die athenischen Thesmophorien oder das römische Lectisternium.

Allerdings sind diese Überlegungen, wie Johannes Merkel zu Beginn des letzten Jahrhunderts gezeigt hat, überaus problematisch[35]. Der nächstliegende Anknüpfungspunkt ist selbstverständlich die in allen vier Evangelien überlieferte Freilassung des Barabbas durch Pontius Pilatus anläßlich des Pessachfestes. Allerdings war dieser Akt keine Massen-, sondern eine Einzelbegnadigung, und zwar eines Mörders — gerade solche Personen waren aber, wie wir gesehen haben, von Osterindulgenzen ausgenommen. Überdies erfolgte die Begnadigung des Barabbas nach Befragung des Volkes. Die Sache wird weiter erschwert durch den Umstand, daß wir nicht wissen, auf welcher Tradition die Begnadigung durch Pilatus, sofern sie

---

[33] Zur Rühmung der besonderen christlichen Pietät aller drei damaligen Herrscher durch Ausonius vgl. Hunt (2007) 76 mit Anm. 16.

[34] Gothofredus/Ritter (1738) 297.

[35] Merkel (1905); ganz ähnlich bereits ders. (1881). Starke Vorbehalte gegenüber einer Verbindung der spätantiken Osteramnestie mit der Überlieferung der Evangelien zu Pilatus und Barabbas äußerte zuletzt auch Di Berardino (2011) 135 (mit weiterer Literatur ebd. in Anm. 12).

überhaupt historisch sein sollte, ihrerseits fußte, denn weder läßt sich ein jüdisches Gewohnheitsrecht der Freilassung am Pessachfest nachweisen, noch ist sicher zu ermitteln, ob der Prokurator von Judäa solcherlei Begnadigungen tatsächlich, wie die Evangelien vorgeben, bei jedem Pessachfest vornahm. Es sind somit nur zwei Punkte, welche die Osterindulgenzen mit der von den Evangelisten geschilderten Sitte gemein haben: der Anlaß — das Pessachfest — und die Begnadigung Gefangener, und dies reicht für eine historische Verknüpfung der beiden Begnadigungsformen kaum aus.

Ähnlich ungeeignet als mögliche Vorläufer der Osterindulgenzen sind die Thesmophorien in Athen oder das römische Lectisternium, da die mit ihnen verbundenen Gebräuche nur auf einen Festfrieden abzielten, der vorübergehende Vergünstigungen für bestimmte Personengruppen mit sich brachte, aber keine Amnestierung implizierte[36].

Nun ist, wie mir scheint, in dieser Frage durchaus Fortschritt möglich, und zwar mit Hilfe zweier Stellen aus den Homilien des Gregor von Nyssa, die in der Diskussion bislang unberücksichtigt geblieben sind. In der einen Homilie handelt der Kirchenvater von der Taufe. Hierbei vergleicht er den Täufling unter anderem mit einem Strafgefangenen, der zigtausender Delikte beschuldigt wird und furchtvoll Prozeß und Urteilsexekution entgegensieht, bis plötzlich ein kaiserlicher Gnadenerlaß eintrifft, der die Gefängnisse öffnet und alle Insassen freiläßt (Test. **24**). In der anderen Homilie geht es um das Osterfest (Test. **23**): Dieses würde alle möglichen Formen von Fesseln lösen, des Häftlings, des Schuldners und sogar des Sklaven (bei letzterem durch Manumission in der Kirche). Wenige Zeilen später ist dann von Generalamnestien für Straftaten die Rede, die anläßlich einer Geburt im Herrscherhaus bzw. eines Herrschergeburtstages (*dies natalis*) oder bei einem Sieg des Herrschers verfügt würden (εἰ γὰρ βασιλέως ἀνθρώπου γενέθλιος ἡμέρα ἀνοίγει δεσμωτήριον ἢ ἐπινίκιος ἑορτή): Wenn nun, fragt der Kichenvater, der Kaiser bei solchen Anlässen Straftäter begnadige, wieso solle dann der wiederauferstandene Christus nicht den Sündern vergeben?

Es fällt auf, daß Gregor von Nyssa sich an beiden Stellen nicht explizit auf Osterindulgenzen bezieht. Mehr noch: Die Tatsache, daß der Kirchenvater ausgerechnet in einer Homilie über das Osterfest nicht dieses, sondern andere Ereignisse als mögliche Anlässe für Generalamnestien von Straftaten

[36] Livius berichtet, daß für die Dauer des Lectisterniums Feindschaft und Streit beigelegt sein sollten; in diesem Zusammenhang wurden auch Gefangenen die Fesseln abgenommen; 5, 13: *et cum inimicis quoque benigne ac comiter sermones habitos; iurgiis ac litibus temperatum; vinctis quoque dempta in eos dies vincula.*

anführt, liefert ein deutliches Indiz, daß dieses Rechtsinstitut zur Zeit seiner Akme (ca. 360–380) bzw. in seinem Wirkungskreis (Kleinasien und Orient) noch nicht in dem Maße etabliert war wie wenige Jahre später etwa bei Ambrosius und Johannes Chrysostomus. Dies könnte ein Hinweis sein, daß die Idee der Osteramnestie tatsächlich (wie bereits von Gothofredus vermutet) auf Valentinian I. zurückgeht und sich möglicherweise, wie oben dargelegt, erst unter Theodosius (ab 380/381?) auch im Osten verbreitet hat. Die Annahme eines solchen Zwei-Stufen-Modells wird im übrigen ja auch bereits durch die Zusammensetzung der Evidenz, die uns einerseits für den Westen durch den *C. Th.*, andererseits für den Osten durch die *Const. Sirm.* überliefert ist, nahegelegt.

Zudem liefert der Hinweis des Gregor von Nyssa auf kaiserliche Generalamnestien krimineller Delikte, die durch freudige Ereignisse im Herrscherhaus oder militärische Erfolge veranlaßt waren, möglicherweise die entscheidende Spur zu den Vorläufern der Osteramnestie. Zwar sind Amnestien zu solchen Anlässen aus der Zeit des Prinzipats nicht eindeutig belegt, doch gibt es für die erste Hälfte des 4. Jh. mehrere Hinweise auf ihre Existenz[37]. So ist es sicher auch kein Zufall, daß der Titel *de indulgentiis criminum* des *C. Th.* mit einer Amnestie dieses Typs beginnt, die auf Konstantin d. Gr. zurückgeht; Anlaß war die Geburt eines Kindes des Crispus, seines ältesten Sohnes, und dessen Frau Helena im Jahre 322 (damals wurden übrigens nur Giftmischer, Mörder und Ehebrecher vom Gnadenakt ausgeschlossen, ein weiteres Indiz zur Stützung der oben geäußerten These von einer allmählichen Ausweitung des Kataloges der von solchen Generalamnestien ausgenommenen Straftaten im Laufe des 4. Jh.).

Die Osteramnestie scheint diese älteren Formen kaiserlicher *indulgentiae criminum*, die bis etwa zur Mitte des 4. Jh. nachzuweisen sind, verdrängt zu haben. Spätestens im frühen 6. Jh. galt sie dann, wie sowohl das *Breviarium Alaricianum* als auch Cassiodors *Variae* beweisen (Test. **9** und **11**), als die *indulgentia (criminum)* schlechthin (s. unten).

Die Umformung der Osterindulgenz im 6. Jh.

Die Osteramnestien sind, wie wir gesehen haben, durch Gesetzessammlungen und patristische Literatur von spätestens 367 bis in die zweite Hälfte des 5. Jh. gut bezeugt und waren in dieser Zeit eine fest etablierte, vermutlich alljährliche Maßnahme der Herrscher. Mit der Wende zum 6. Jh. scheinen dann allerdings Änderungen eingetreten zu sein. Zwar sind Osteramnestien auch dann noch greifbar, aber in stark verminderter Zahl, und überdies

[37] Gothofredus/Ritter (1738) 291; Di Berardino (2011) 135–136.

erscheinen sie in neuen Kontexten. Sekundäre Zeugnisse fehlen ab der Mitte des 5. Jh. völlig.

Bei der Abfassung des *C. I.* wurden die Osterindulgenzen aus dem Kapitel *De indulgentiis criminum* größtenteils gestrichen. Übernommen hat man nur die späteste Konstitution des *C. Th.* (Test. **6**), verbunden mit dem Schlußsatz von Test. **4**, der den Ausschluß der Wiederholungstäter beinhaltete. Diese Konstitution wurde ins Kapitel über die Bischofsgerichte (*episcopalis audientia*) transferiert (Test. **10**). Offenbar waren es jetzt nicht mehr die Kaiser, die solche Begnadigungen aussprachen, sondern die Bischöfe. Damit setzte sich eine Tendenz fort, die bereits von Valentinian II. im Jahre 385 eingleitet worden war, als er die Statthalter ermächtigt hatte, den Gnadenakt zum Osterfest eigenmächtig zu vollziehen, auch wenn die formal hierzu eigentlich notwendige kaiserliche Konstitution noch nicht bei ihnen eingegangen war (Test. **6**).

Etwa aus derselben Zeit stammen zwei Zeugnisse aus den germanischen Nachfolgestaaten auf dem Boden der ehemaligen *pars Occidentis* des Reiches. Im Gesetzbuch der Westgoten (*Breviarium Alaricianum*) von 506 greifen wir ebenfalls Test. **6**, in unveränderter Form und noch immer unter dem Titel *de indulgentiis criminum* — allerdings wurden alle anderen Konstitutionen, die dieses Kapitel im *C. Th.* enthalten hatte, getilgt. In den Rechtskodifikationen der übrigen Königreiche ist keine Übernahme von Osteramnestien aus dem *C. Th.* nachgewiesen. Allerdings zeigt die Musterindulgenz des Cassiodor für das ostgotische Königreich (Test. **11**), daß durchaus mit dem Weiterleben der Institution zu rechnen ist. Freilich scheint auch hier eine Delegierung vom Herrscher auf eine niedrigere Ebene stattfgefunden zu haben, insofern es bei den Ostgoten offenkundig jetzt der Prätoriumspräfekt war, der die Gnadenerlasse zu Ostern verfügte. Spätere, vor allem nachantike Zeugnisse existieren meines Wissens nicht.

Resümee

Die voranstehenden Ausführungen haben gezeigt, daß im Römischen Reich des späten 4. und 5. Jh., vermutlich beginnend mit Valentinian I. im Westen und Theodosius im Osten, von den Herrschern anläßlich des Osterfestes alljährlich Generalamnestien für leichtere Straftaten verlautbart wurden. Dieser Usus scheint sich im Osten spätestens mit Justinian und im Westen in den germanischen Königreichen dahingehend verändert zu haben, daß das Institut vom Herrscher an untergeordnete Ebenen delegiert wurde. Ob es sich jetzt noch um eine regelmäßige, alljährliche Maßnahme handelte, ist

unklar. Außer Frage steht allerdings, daß das Institut seine herausragende ideologische Bedeutung für die Herrscher bis dahin verloren hatte.

Abschließend erhebt sich die Frage, wie einerseits das plötzliche Aufkommen der Osteramnestien im späten 4. Jh., andererseits ihr Verschwinden im frühen 6. Jh. zu erklären sind. Wir haben gesehen, daß die hohe Attraktivität des Rechtsinstituts für die Herrscher vor allem darauf beruhte, daß sie die Erlösertat Christi imitierten und somit Ostern als Höhepunkt des liturgischen Jahres zu einem Höhepunkt der Inszenierung irdischer Herrschaft umformten — was zugleich bedeutete, daß traditionelle, aus dem Prinzipat ererbte legitimationstiftende Faktoren wie dynastische Kontinuität oder militärisches Charisma, die bis dahin auch als Anlässe für Generalamnestien krimineller Delikte gedient hatten, in den Hintergrund gedrängt wurden und ihre Bedeutung für die Kaiserideologie verloren[38]. Aus dieser Warte betrachtet haben die Kaiser des späten 4. Jh. das Osterfest zur soteriologischen Überhöhung ihrer Position instrumentalisiert.

Die Funktion des Rechtsinsituts lag somit nicht so sehr in der Beseitigung von etwaigen Mißständen im Justizapparat oder in einer von ausufernder Kriminalität geplagten Gesellschaft, sondern in erster Linie in der Möglichkeit, den Kaiser an Christus den Erlöser anzugleichen. Die Osteramnestie ist daher auch keine kuriose Randerscheinung der Epoche oder gar Ausdruck eines hilflosen Staates, der vor einem vermeintlichen Übermaß an Kriminalität kapituliert und die Ahndung von Straftaten einstellt, sondern führt uns zu einem zentralen Punkt einer erneuerten Kaiserideologie. Wie die in diesem Beitrag angeführten Äußerungen sowohl der Herrscher als auch ihrer Zeitgenossen zeigen, bewirkte das Rechtsinstitut eine Aufladung des Kaisertums mit soteriologischen Bezügen, die es gerechtfertigt erscheinen lassen, von einer neuen Entwicklungsstufe des „christlichen Kaisertums“ zu sprechen[39].

Denkbar wäre, daß diese Entwicklung mit einem allgemeinen Bedeutungszuwachs des Osterfestes in der zweiten Hälfte des 4. Jh. in Zusam-

---

[38] Man sollte in diesem Zusammenhang bemerken, daß das Osterfest von den Zeitgenossen als Feier eines von Christus im Jenseits errungenen Sieges verstanden werden konnte; hingegen hat Weihnachten als Geburtsfest Christi sich niemals zu einem Bezugspunkt für Amnestien entwickelt.

[39] Soweit ich sehe, sind solche Aspekte des spätantiken Herrschertums in der bisherigen Forschung zu den Kaisern des späten 4. Jh. und der ersten Hälfte des 5. Jh. (vor allem für Valentinian I. und Theodosius) kaum thematisiert worden. Leppin (1996) 197–202 sieht christologische Aspekte für Konstantin (bei Eusebius) und dann erst wieder für Justinian gegeben, nicht aber für unsere Zeit. Zu Konstantins Christusnähe vgl. auch Girardet (1980) 584–588.

menhang stand[40]. Möglich auch, daß es von der Osteramnestie Verbindungslinien einerseits zur Frage der endgültigen Durchsetzung des Christentums als Staatsreligion und andererseits zur Frage nach der Definition der Position des Herrschers im Verhältnis zur Kirche gibt. Derartige Zusammenhänge könnten auch den Bedeutungsverlust der Osterindulgenz seit dem späten 5. oder frühen 6. Jh. erklären. Allerdings sprengen solche Aspekte der Thematik den Rahmen des vorliegenden Beitrages und sollen daher an anderer Stelle in breiter angelegter Form weiterverfolgt werden.

Appendix: Katalog der Testimonien

A. Primäre Testimonien für Osterindulgenzen

1. *C. Th.* 9, 38, 3 (Valentinian I.)[41]. — Ort: Reims oder Rom. — Datum: *data* 5. Mai 367 (oder *proposita* 5. Mai oder *data* III *Non. Mar.* = 5. März?[42]). — Ostertermin[43]: 1. Apr. 367.

Imppp. Valentinianus, Valens et Gratianus (!) AAA. ad Viventium p(raefectum) u(rbi). — Ob diem paschae, quem intimo corde celebramus, omnibus, quos reatus adstringit, carcer inclusit, claustra dissolvimus. Adtamen sacrilegus in maiestate, reus in mortuos, veneficus sive maleficus, adulter raptor homicida communione istius muneris separentur. — Dat(a) III Non. Mai. Rem(is)/Rom(ae) Lupicino et Iovino conss.

---

[40] Zur Bedeutungszunahme des Osterfestes im 4. Jh. vgl. Di Berardino (2003) und (2011). Für ihn ist die Entstehung der Osteramnestie Folge der Etablierung einer neuen, von christlicher Spiritualität geprägten Werteordnung, die bewirkte, daß der liturgische Jahreszyklus immer mehr auch das gesellschaftlich-politische Leben bestimmte.

[41] Zu diesem und den folgenden Konstitutionen aus dem *C. Th.* und den *Const. Sirm.* sei auf die Übersetzungen und Erläuterungen von Pharr (1952) und Delmaire/Rougé (2009) verwiesen.

[42] Gothofredus/Ritter (1738) 295 bzw. 297, Seeck (1919) 230 und Pergami (1993) 351 plädieren für eine Vordatierung der Konstitution vor das Osterfest. Pergami schlägt vor, den 5. Mai nicht als Tag der Ausfertigung, sondern des Aushanges zu betrachten (*proposita* statt *data*); ähnlich bereits PLRE I Viventius (S. 972); vgl. jetzt auch Di Berardini (2003) 133–134. Denkbar wäre wohl aber auch ein Überlieferungsfehler: *Mai.* statt *Mar.* (so eventuell auch in Test. **7**); dann stammte die Konstitution vom 5. März. Wie Di Berardini bemerkt, ist die Erwähnung Gratians in der *inscriptio* unkorrekt, und die Ortsangabe lautet, der Handschrift entsprechend, Reims und nicht Rom.

[43] Dieser und alle folgenden Ostertermine nach Grumel (1958) 310–311. Zur Problematik der Festlegung des Ostertermins s. oben Fußnote 00.

2. *C. Th.* 9, 38, 4 (Valentinian I.). — Ort: Rom. — Datum: *lecta* 6. Juni 370[44]. — Ostertermin: 28. März 370.
Idem AAA. (sc. Valentinianus, Valens et Gratianus) ad Olybrium p(raefectum) u(rbi). — Paschae celebritas postulat, ut, quoscumque nunc aegra expextatio quaestionis poenaeque formido sollicitat, absolvamus. Decretis tamen veterum mos gerendus est, ne temere homicidii crimen, adulterii foeditatem, maiestatis iniuriam, maleficiorum scelus, insidias venenorum raptusque violentiam sinamus evadere. — Lecta VIII Id. Iun. Valentiniano et Valente II AA. conss.

3. *Const. Sirm.* 7 (Theodosius I.). — Ort: Konstantinopel. — Datum: *subscriptio* nicht überliefert, ca. 380–381[45].
Imppp. Valentinianus, Theodosius et Arcadius (!)[46] *AAA. ad Eutropium praefectum praetorii. — Placida beneficia lenitatis dei omnipotentis arbitrio commoti pro felicitate saeculi publicamus, ut illos, quos imminentis supplicii terror exagitat, insperatae miserationis indultio securitati perpetuae restitutos ad communis vitae gaudia depulsa culparum acerbitate perducat, ut novae reparationis luce perfusi melioris vitae teneant novitatem. Ideo denique pro festivitate paschali, quam communi et praecelsa professione veneramur, noxas remittimus, ut ii, quos mansuetudinis nostrae indulgentia liberarit, melioris instituti praecepta sectantes nihil periculosum audeant perpretare, Eutropi parens carissime atque amantissime, exceptis his, quos quinque immanitas criminum minime patitur relaxari, ceteros carceris custodia liberatos statui pristino restituat, ut communi traditi libertati concessae securitatis gratia perfruantur.*

4. *C. Th.* 9, 38, 6 (Valentinian II.). — Ort: Mailand/Rom. — Datum: *recitata* 21. Juli 381. — Ostertermin: 28. März 381.
Imppp. Gratianus, Valentinianus et Theodosius AAA. ad Antidium v. c. vicarium. — Paschalis laetitiae dies ne illa quidem gemere sinit ingenia, quae flagitia fecerunt; pateat insuetis horridus carcer aliquando luminibus. Alienum autem censemus ab indulgentia, qui nefariam criminum conscien-

---

[44] Zum richtigen Datum dieser Konstitution, die laut den Handschriften ins Jahr 368 fallen soll, s. Pergami (1993) XIX, 393 und 510 sowie PLRE I Olybrius 3 (S. 641).

[45] Die Konstitution läßt sich auf Grund des Adressaten Eutropius in die Jahre 380–381 datieren; vgl. PLRE I Eutropius 2 (S. 317; fälschlicherweise wird dort bemerkt, es handele sich um die „first known paschal remission“).

[46] Hier irrt der Exzerptor; richtig müßte es heißen: *Gratianus, Valentinianus et Theodosius.*

tiam in maiestatem superbe animaverit, qui parricidali furore raptus sanguine proprio manum tinxit, qui cuiusque praeterea hominis caede maculatus est, qui genialis tori ac lecticuli fuit invasor alieni, qui verecundiae virginalis raptor extitit, qui venerandum cognati sanguinis vinculum profano caecus violavit incestu, vel qui noxiis quaesita graminibus et diris inmurmurata secretis mentis et corporis venena composuit, aut qui sacri oris imitator et divinorum vultuum adpetitor venerabiles formas sacrilegio eruditus inpressit. His ergo tali quoque sub absolutione damnatis indultum nostrae serenitatis eo praecepti fine concludimus, ut remissionem veniae crimina nisi semel commissa non habeant, ne in eos liberalitatis augustae referatur humanitas, qui inpunitatem veteris admissi non emendationi potius quam consuetudini deputarunt. — Recitata XII Kal. Aug. Rom(ae) Syagrio et Evcherio conss.

5. *C. Th*. 9, 38, 7 (Valentinian II.). — Ort: Mailand/Rom. — Datum: *data* 22. März 384. — Ostertermin: 24. März 384.
Idem AAA. (!)[47] *ad Marcianum vic(arium). — Religio anniversariae obsecrationis hortatur, ut omnes omino periculo carceris metuque poenarum eximi iuberemus, qui leviore crimine rei sunt postulati. Unde apparet eos excipi, quos atrox cupiditas in scelera compulit saeviora: in quibus est primum crimen et maxime maiestatis, deinde homicidii veneficiique ac maleficiorum, stupri atque adulterii parique immanitate sacrilegii sepulchrique violatio, raptus monetaeque adulterata figuratio. — Dat(a) XI Kal. April. Med(iolano) Richomere et Clearcho conss.*

6. *C. Th*. 9, 38, 8 (Valentinian II.). — Ort: Mailand. — Datum: *data* 25. Febr. 385 — Ostertermin: 13. Apr. 385.
Idem AAA. (sc. Valentinianus, Theodosius et Arcadius) ad Neoterium p(raefectum) p(raetorio). — Nemo deinceps tardiores fortassis affatus nostrae perennitatis exspectet: exsequantur iudices, quod indulgere consuevimus. ubi primum dies paschalis exstiterit, nullum teneat carcer inclusum, omnium vincula solvantur. sed ab his secernimus eos, quibus contaminari potius gaudia laetitiamque communem, si dimittantur, advertimus. quis enim sacrilego diebus sanctis indulgeat? quis adultero vel incesti reo tempore castitatis ignoscat? quis non raptorem in summa quiete et gaudio communi persequatur instantius? nullam accipiat requiem vinculorum, qui

[47] Auch dies ein Zuordnungsfehler der Kompilatoren; die Kaiser waren, wie das Datum zeigt, nicht mehr jene der vorangehenden Konstitution *Gratianus, Valentinianus et Theodosius*, sondern bereits *Valentinianus, Theodosius et Arcadius.*

quiescere sepultos quadam sceleris immanitate non sivit; patiatur tormenta veneficus, maleficus adulteratorque monetae; homicida, quod fecit, semper exspectet; reus etiam maiestatis de domino, adversum quem talia molitus est, veniam sperare non debet. — Dat(a) V Kal. Mart. Med(iolano) Arcadio A(ugusto) I et Bautone v. c. conss.

7. *Const. Sirm*. 8 (Theodosius I.). — Ort: Konstantinopel. — Datum: *data* 22. Apr. 386 (oder 20. Febr. 386?)[48]. — Ostertermin: 5. Apr. 386.
Imppp. Valentinianus, Theodosius et Arcadius. — Studiis nostrae serenitatis, quibus etiam praeter consuetudinem statutae adque annuae lenitatis ad propagandas ex more indulgentias naturali beneficio semper animamur, desideratum bonis mentibus tempus advenit. Neque enim alias magis talibus beneficiis imperatoriam decet aequare pietatem, quam cum toto penitus orbe terrarum sacer dies festiva sollemnitate reparatur. Et nos quidem praeter hanc velut indictam et a maioribus traditam pro religionis observatione clementiam liberandis paene omnibus, quos legum severitas strinxerit, effusa penitus humanitate operam sacrae mentis exserimus. Quin per omne hoc, quod inter venerandos et celebres dies medium fluit tempus, catenis levamus, exilio solvimus, a metallo abstrahimus, deportationibus liberamus, cum satis constet nullum prope diem esse, quo non aliquid clemens sanctumque iubeamus, censentes nos etiam damnum quoddam horarum pati, si qui liberetur nullus occurrerit. Ex quo apparet properato nos semper arripere istam necessariam exsolvendis, quatenus tamen iusta humanitas patitur, legibus sanctimoniamque continuamus omnibus temporum metis voluntariam. Neque enim convenit inter festiva caeremonias et venerabiles sacri temporis ritus strepere infelicium dissonas voces, trahi ad communem misericordiam horrentibus passis feraliter crinibus reos, audiri tractos ex imo pectore gemitus, cum utique bene sibimet sacra et laeta conveniant et non deceat inter serena votorum ac dicatas aeterno numini pias voces aliquid triste sentire audire conspicere. Unde notam beneficiis nostris non supprimimus lenitatem, aperimus quin etiam carcerem, vincla deponimus, inpexos tenebrosae pedore custodiae crines decenter amovemus.
Eripimus omnes feralibus poenis praeter eos, quibus pro magnitudine scelerum non decet subveniri. Habeant illa generalibus excepta indulgentiis crimina suum fatum et conpetens maiorum scelerum reos exitus teneat. Nullius nos manibus in absolvendis iniuriam faciemus homicidis; nullius inultos toros remisso adulteriorum ac talium scelerum supplicio deseremeus; causam, quae late tenditur, maiestatis integram reservamus. Non

[48] Seeck (1919) 259 emendiert auf Grund des Ostertermins *Kal. Mai.* zu *Kal. Mar.*

aliquos in astra peccantes, non venenarios aut magos, non falsae monteae reos absolvendorum felicitati conectimus: si quidem digni non sunt festivae lucis usura, a quibus graviora commissa sunt, quam prudens solet liberare clementia. Et ne diutius in hac criminum serie laetior versetur oratio, exceptis solitis notisque criminibus alios relaxamus, Antiochine carissime ac iucundissime.
Quocirca spectabilitas tua nostrae mansuetudinis scita quantocius iubebit impleri, ut velocius laeta propagentur, adque in communi omnium celebritate suspendi, quicumque meretur absolvi. — Data X Kal. Mai. Constantinopoli Honorio nobilissimo puero et Evodio conss.

8. *P.Vindob.* L 75 = ChLA XLIV 1301 = Mitthof (2005) (Zeno). — Ort: Konstantinopel. — Datum: 18. März 465, 466 oder 467 (?). — Ostertermine: 28. März 465; 17. Apr. 466; 9. Apr. 467.

1 [ca. 25–30]ịum ḍịẹṛum
2 ṿenẹṛạ[± 10]. ser. . . . [. . .] ụt ci[r]c̣ạ ṛẹ[o]ṣ ṣọlitaṃ ẹ[t]
3 praecị[p]ụẹ [± 3]ạṃ [± 4]. ịṭạtem ṣ[e]quaṃụr, Pusaee pạṛẹ[ns]
4 c[a]ṛ[i]ssime ạ[t]que a[ma]ntissime. inḷụstris ịg[i]ṭur et magṇịf̣[ica]
5 auctori[ta]ṣ ṭ[u]ạ eọs, q[ui] p̣ro ḷẹ[vi]ọriḅus ḍẹḷ[ic]ṭịṣ ṿẹḷ c̣ṛiṃ[inibus]
6 c̣[arc]ẹṛali de[ti]nẹṇtur custodia, f̣ạc̣ịạt omniḅụs m[odis]
7 [a]ḅṣọḷṿị. p̣ronior eṇim ẹṣṣ[e d]ebet imperialis ḥụmanịṭ[as]
8 . . . . c̣ạ ḍ[i]ṃịṭṭịt ạụctoritas.

9 (2. H.) Dat(a) XṾ Kaḷendạs Ạp̣ṛ[i]ḷẹṣ Const(antino)[p(oli)]
10 .[. .]. .[. . .].[.]. .[ ]
— — — — — —

9. *Breviarium Alaricianum* 9, 28, 1. — Datum: 506. — Wortlaut wie Test. **6**.

10. *C. I.* 1, 4, 3 (= *C. Th.* 8, 38, 8 = Test. **6** mit Einfügungen [im Folgenden gefettet] und am Schluß erweitert um dem letzten Satz von *C. Th.* 8, 38, 6 = Test. **4**). — Ort: Konstantinopel. — Datum: 534.
Imppp. Gratianus, Valentinianus, Theodosius, Arcadius. — Nemo deinceps tardiores fortassis affatus nostrae perennitatis exspectet: exsequantur iudices, quod indulgere consuevimus. ubi primum dies paschalis exstiterit, nullum teneat carcer inclusum, omnium vincula solvantur. sed ab his secer-

nimus eos, quibus contaminari potius gaudia laetitiamque communem, si dimittantur, advertimus. quis enim sacrilego diebus sanctis indulgeat? quis adultero ***vel stupri*** *vel incesti reo tempore castitatis ignoscat? quis non raptorem* ***virginis*** *in summa quiete et gaudio communi persequatur instantius? nullam accipiat requiem vinculorum, qui quiescere sepultos quadam sceleris immanitate non sivit; patiatur tormenta veneficus, maleficus adulteratorque monetae; homicida* ***et parricida****, quod fecit, semper exspectet; reus etiam maiestatis de domino, adversum quem talia molitus est, veniam sperare non debet.*
His ergo tali quoque sub absolutione damnatis indultum nostrae serenitatis eo praecepti fine concludimus, ut remissionem veniae crimina nisi semel commissa non habeant, ne in eos liberalitatis augustae referatur humanitas, qui inpunitatem veteris admissi non emendationi potius quam consuetudini deputarunt.

11. Cassiodorus, *Variae* XI 40 (CCSL 96, p. 458–460)[49]. — Ort: Italien (Königreich der Ostgoten). — Datum: 533–537.
Indulgentia. — [1] Quamvis nomen ipsum iudicis dicatum videatur esse iustitiae et totius anni orbitam aequitatis iubeamur ambulare vestigiis, his tamen diebus in domicilium pietatis iure deflectimus, ut ad redemptorem omnium remissionis itinere pervenire possimus. ex hac enim virtute suavissimos fructus legimus et remittendo aliis nobis parcimus. nam qui periculose iusti sumus, sub securitate semper ignoscimus. quapropter poenas abdicimus, tormenta damnamus et tunc vere iudices sumus. [2] Macte, indulgentia, quae solvis et praesules. tu patrona humani generis, tu afflictis rebus medica singularis. quis tuo non egeat munere, cum sit peccare commune? ab universis necessario peteris, quando sub te spes vitae sumitur, quae sub iustitia non habetur. nam dum tribus aliis sororibus caelesti gratia perfruaris et amabili amplexatione nectamini, omnes tibi, quamvis et ipsae virtutes sint, honorabiliter cedunt, quando te humano generi salutiferam esse cognoscunt. sed quid tantum de terrena conversatione dicamus? pietas est, quae regit et caelos. o si tecum liceret longis habitare temporibus! totus excluderetur reatus, et parcendo fieret ut parcere tolleretur. [3] Sed providentissime tanta res sacris solum temporibus videtur esse concessa, ut gratius mundus acciperet, unde pro rerum novitate gauderet. quapropter abstine noxiam, lictor, securem, cui licet impune facere quod in aliis cognosceris vindicare: ama paulisper ferrum splendidum, non cruentum. catenas tuas

---

[49] Vgl. die deutsche Fassung mit Bemerkungen bei Janus/Dinzelbacher (2010) 124–127.

lacrimis madidas felicior rubigo suscipiat: illud potius reconde, quod solebat includere. auditoria feralium vocum meliore sorte mutescant. sic re vera nomen custodis sine mortibus alienis. quid semper inferis laboras? aliquando et superis milita. otium tibi clemens actus indicit. qui iustitiae inexorabili excubat necesse est, ut eum pietas benigna discingat. [4] Et ideo cella gemituum, tristitiae domus, apud superos Plutonis hospitium, locus perpetua nocte caecatus, tandem infusione lucis albescat: in quo non unum tormentum sustinet reus, qui antequam incurrat necis exitus, a superis probatur abscisus. primum pedor ille collega catenarum abominabili maerore discruciat: auditum alieni gemitus et lamenta conturbant: gustum ieiunia longa debilitant: tactum pondera prementia defetigant: lumina diutinis tenebris obtusa torpescunt. non est unum clausis exitium: multifaria morte perimitur, qui carceris squalore torquetur. [5] Nunc ergo reos de Averno tuo victuros emitte: redeant ad superos, qui ex magna parte inferos pertulerunt: atria tua vacuitatibus impleantur. locus ille perennium lacrimarum quondam tristes incolas perdat. non sunt inde qui laeti sunt: qui tunc profecto habebit gratiam, si desertus appareat. exite, inclusi, vicina semper morte pallentes: redite ad lucem, quos caligantes tenebrae possidebant, nihil amplius optata morte passuri, nisi quod adhuc poteratis occidi. [6] Sed vos, qui nulla debetis ambitione iam decipi, delicta derelinquite cum catenis, dierum beneficiis absoluti. vivite nunc honestate, qui didicistis superstites mori. cognoscite quam beneficialis sit bona conversatio: altera contulit teterrimum carcerem, haec novit splendidam tribuere libertatem: ista praestabit ut velis vivere, illa dedit ut eligeres iam perire. si leges astringunt, ulterius vos nullus includit. secreta pavescite: ad forum sine trepidatione venite. [7] Illa iuste refugitis, per quae tristia pertulistis. mirentur vos liberos, qui viderunt reos. odisse debetis quod vos tradidit neci. pecora ipsa vitare norunt, quae se laesisse cognoscunt: itinera illa non repetunt, ubi in foveam corruerunt. tenaces laqueos avis cauta declinat, haerentem viscum ales suspecta non insidet. pisceus lupus harenis se mollibus, ut plumbati lini insidias evadat, immergit: cuius ut superducta retia eius tergum frustra diraserint, alacer in undas exilit et vitati periculi gaudia liberatus agnoscit. [8] Scarus esca pellectus, cum iunceum carcerem coeperit introire, mox ut se ad exitium suum invitatum fuisse cognoverit, in caudam labitur, paulatim se ab angusto subducens. quem si alter eiusdem generis cognoverit inretitum, extrema eius mordicus trahit, ut qui sibi captus non potest subvenire, alterius solacio probetur evadere. sic et sauri argutum piscium genus a velocitate nominati cum se in insidias nexuosas impulerint, quasi quibusdam funibus aequabiliter illigati totis nisibus trahentes retrorsum socium conantur liberare captivum. plura sunt, si talia perquirantur. omnia enim,

quae possunt habere contraria, facilis casus absumeret, si curam salutis propriae non haberent. [9] Ad te, claustrorum magister, verba revocemus. patere poenale secretarium tuum innocenter esse secretum. torqueris quidem, quod nullus affligitur: a communibus gaudiis maestus exciperis, dum tibi soli non parcitur venia generali, lividae invidiae comparandus. sustine de omnium securitate iacturam, qui habuisti de multorum afflictione laetitiam. sed ut tuos quoque gemitus consolemur, illos tibi tantummodo vindica, quos lex pietatis gratia non relaxat, ne, cum truculentis parceret, asperrima facinora levigaret. solvamur ergo cuncti saecularibus actibus implicati. patitur omnis homo periculosos nexus, quos festinet evadere. claustra reos dimittant: nos vincula improbae cogitationis absolvant.

B. Sekundäre Testimonien für Osterindulgenzen

12. Ambrosius, *Epist.* 76, 6: *De traditione basilicae* (CSEL 82, 3, p. 111). — Ort: Mailand. — Datum: Anf. Apr. 386 n. Chr. — Ostertermin: 5. Apr.
Condemnationes ilico gravissimae decernuntur: primo in corpus omne mercatorum. Itaque ***sanctis diebus ebdomadis ultimae, quibus solebant debitorum laxari vincula****, stridunt catenae, imponuntur collo innocentium, exiguntur ducenta pondo auri ...*

13. Joh. Chrys., *Ad populum Antiochenum*, *Homilia* VI, 3 (PG 49, col. 84) — Ort: Antiocheia. — Datum: 387 n. Chr. — Ostertermin: Alexandreia 25. Apr. (Rom 21. März).
Ἔχω τι καὶ τρίτον εἰπεῖν δυνάμενον ὑμᾶς πεῖσαι θαῤῥεῖν, τὴν παροῦσαν ἑορτὴν, ἣν καὶ ἄπιστοι αἰδοῦνται σχεδὸν πάντες, ἣν καὶ αὐτὸς ὁ θεοφιλὴς βασιλεὺς οὕτως ᾐδέσθη καὶ ἐτίμησεν, ὡς ἅπαντας τοὺς πρὸ αὐτοῦ μετ’ εὐσεβείας κρατήσαντας ὑπερβαλέσθαι βασιλέας. **Ἐν ταύταις γοῦν ταῖς ἡμέραις πέμψας ἐπιστολὴν εἰς τιμὴν τῆς ἑορτῆς, τοὺς τὸ δεσμωτήριον οἰκοῦντας σχεδὸν ἀφῆκεν ἅπαντας**· καὶ ταύτην ὁ ἱερεὺς ὁ ἡμέτερος εἰσελθὼν ἀναγνώσεται τὴν ἐπιστολὴν πρὸς τὸν βασιλέα, καὶ τῶν οἰκείων αὐτὸν ἀναμνήσει νόμων, καὶ ἐρεῖ πρὸς αὐτὸν, ὅτι Σὺ σαυτὸν παρακάλεσον, καὶ τὰ σαυτοῦ μέμνησο· οἴκοθεν ἔχεις τὸ παράδειγμα τῆς φιλανθρωπίας· δίκαιον οὐχ εἵλου ποιῆσαι φόνον, καὶ ἄδικον ὑπομενεῖς ἐργάσασθαι; τοὺς ἐληλεγμένους καὶ καταδικασθέντας τὴν ἑορτὴν αἰδεσθεὶς ἀφῆκας, καὶ τοὺς ἀνευθύνους καὶ μηδὲν τετολμηκότας κατακρινεῖς, εἰπέ μοι, καὶ ταῦτα τῆς ἑορτῆς παρούσης; Μηδαμῶς, βασιλεῦ. Σὺ διὰ τῆς ἐπιστολῆς ταύτης διαλεγόμενος ταῖς πόλεσι πάσαις ἔλεγες· *Εἴθε μοι δυνατὸν ἦν καὶ τοὺς νεκροὺς ἀναστῆσαι.* Ταύτης δεόμεθα τῆς φιλανθρωπίας, τούτων δεό-

μεθα τῶν ῥημάτων νῦν. Οὐχ οὕτω τὸ κρατῆσαι πολεμίων λαμπροὺς ποιεῖ τοὺς βασιλεύοντας, ὡς τὸ κρατῆσαι θυμοῦ καὶ ὀργῆς· ἐκεῖ μὲν γὰρ τῶν ὅπλων καὶ τῶν στρατιωτῶν τὸ κατόρθωμα γίνεται, ἐνταῦθα δὲ γυμνὸν σόν ἐστι τὸ τρόπαιον, καὶ οὐδένα ἔχεις τὸν μεριζόμενον μετὰ σοῦ τὴν τῆς φιλοσοφίας δόξαν. Ἐκράτησας πολέμου βαρβαρικοῦ, κράτησον καὶ θυμοῦ βασιλικοῦ· μαθέτωσαν οἱ ἄπιστοι πάντες ὅτι ὁ τοῦ Χριστοῦ φόβος πᾶσαν ἐξουσίαν δύναται χαλινοῦν· δόξασόν σου τὸν Δεσπότην, τοῖς συνδούλοις ἀφεὶς τὰ ἁμαρτήματα, ἵνα καὶ αὐτός σε δοξάσῃ μειζόνως, ἵνα ἥμερόν σοι κατὰ τὴν τῆς κρίσεως ἡμέραν δείξῃ τὸ ὄμμα καὶ γαληνὸν, ταύτης μεμνημένος σου τῆς φιλανθρωπίας.

14. Joh. Chrys., *Ad populum Antiochenum*, *Homilia* XXI, 2 (PG 49, col. 216–217) — Ort: Antiocheia. — Datum: 387 n. Chr. — Ostertermin: Alexandreia 25. Apr. (Rom 21. März).
Καὶ τί χρὴ λέγειν Κωνσταντῖνον καὶ τὰ ἀλλότρια παραδείγματα, δέον οἴκοθέν σε καὶ ἐκ τῶν σῶν παρακαλεῖν κατορθωμάτων; Μέμνησαι πρώην, **ὅτε τῆς ἑορτῆς ταύτης καταλαβούσης ἐπιστολὴν ἔπεμψας πανταχοῦ τῆς οἰκουμένης κελεύουσαν τοὺς τὸ δεσμωτήριον οἰκοῦντας ἀφεῖναι, καὶ συγχωρεῖν αὐτοῖς τὰ ἐγκλήματα**, καὶ ὡς οὐκ ἀρκούντων ἐκείνων δεῖξαί σου τὴν φιλανθρωπίαν, ἔλεγες διὰ τῶν γραμμάτων, ὅτι *Εἴθε μοι δυνατὸν ἦν καὶ τοὺς ἀπελθόντας καλέσαι καὶ ἀναστῆσαι καὶ πρὸς τὴν προτέραν ἀναγαγεῖν ζωήν.* Τούτων ἀναμνήσθητι τῶν ῥημάτων νῦν· ἰδοὺ καιρὸς τοὺς ἀπελθόντας καλέσαι καὶ ἀναστῆσαι, καὶ πρὸς τὴν προτέραν ἐπαναγαγεῖν ζωήν. Καὶ οὗτοι γὰρ ἤδη τεθνήκασι, καὶ πρὶν ἢ τὴν ψῆφον ἐξενεχθῆναι, καὶ παρ’ αὐτὰς ἡ πόλις ἐσκήνωται τὰς τοῦ ᾅδου πύλας νῦν. Ἀνάστησον οὖν αὐτὴν ἐκεῖθεν χωρὶς χρημάτων, χωρὶς δαπάνης. χωρὶς χρόνου καὶ πόνου τινός. Ἀρκεῖ γάρ σοι φθέγξασθαι μόνον, καὶ ἀναστῆσαι τὴν πόλιν τὴν ἐν σκότῳ κειμένην.

15. Joh. Chrys., *In Magnam Hebdomadam* 1 (PG 55, col. 520).
Οὐχ ἡμεῖς δὲ μόνον ταύτην τιμῶμεν τὴν ἑβδομάδα, ἀλλὰ καὶ οἱ βασιλεῖς τῆς καθ’ ἡμᾶς οἰκουμένης, οὐχ ὡς ἔτυχεν, αὐτὴν τετιμήκασιν, ἐκεχειρίαν πᾶσι δόντες τοῖς τὰ κοινὰ τῶν πόλεων πράττουσι πράγματα, ἵνα τῆς ἐκεῖθεν ἀπολαύσαντες σχολῆς, τὰς ἡμέρας ταύτας ἁπάσας τῇ πνευματικῇ προσέχωσι θεραπείᾳ. Διὰ τοῦτο καὶ τῶν δικαστηρίων τὰς θύρας ἀπέκλεισαν. Ἀργείτω, φησὶ, πᾶσα ἀμφισβήτησις καὶ μάχης εἶδος καὶ τιμωρίας, ἀναπαυσάσθωσαν μικρὸν τῶν δημίων αἱ χεῖρες. Κοινὰ τὰ κατορθώματα τοῦ Δεσπότου γέγονε· γενέσθω δή τι καὶ παρ’ ἡμῶν τῶν δούλων ἀγαθόν. Οὐ ταύτῃ δὲ μόνον αὐτὴν τετιμήκασι τῇ σπουδῇ καὶ

τιμῇ, ἀλλὰ καὶ ἑτέρᾳ οὐκ ἐλάττονι ταύτης. **Βασιλικὰ καταπέμπονται γράμματα, λέγοντα τοὺς τὸ δεσμωτήριον οἰκοῦντας ἀφίεσθαι τῶν δεσμῶν**. Καθάπερ γὰρ ὁ Δεσπότης ἡμῶν ἐν ᾅδου γενόμενος, τοὺς κατεχομένους ὑπὸ τοῦ θανάτου πάντας ἀπέλυσεν· οὕτω δὴ καὶ οἱ δοῦλοι τὰ κατὰ δύναμιν εἰσφέροντες, καὶ τὴν Δεσποτικὴν μιμούμενοι φιλανθρωπίαν, δεσμῶν ἀπολύουσι τῶν αἰσθητῶν, ἐπειδὴ τῶν νοητῶν οὐκ ἰσχύουσι.

16. Joh. Chrys., *De coemeterio et de cruce* 2 (PG 49, col. 394–395).
Σήμερον γὰρ τὰ ἐν ᾅδου περιπολεῖ πάντα ὁ Δεσπότης ἡμῶν· σήμερον τὰς χαλκᾶς πύλας συνέκλασε· σήμερον τοὺς μοχλοὺς τοὺς σιδηροῦς συνέθλασεν. Ὅρα τὴν ἀκρίβειαν τῆς λέξεως. Οὐκ εἶπεν, Ἀνέῳξε πύλας χαλκᾶς, ἀλλὰ, Συνέθλασε πύλας χαλκᾶς, ἵνα ἄχρηστον γένηται τὸ δεσμωτήριον. Οὐκ ἀφεῖλε τοὺς μοχλοὺς, ἀλλὰ συνέθλασεν, ἵνα ἀσθενὴς γένηται ἡ φυλακή. Ὅπου γε οὔτε θύρα, οὔτε μοχλὸς, κἂν εἰσέλθῃ τις, οὐ κατέχεται. Ὅταν οὖν ὁ Χριστὸς συνθλάσῃ, τίς ἕτερος διορθῶσαι δυνήσεται; Ὃ γὰρ Θεὸς διαστρέψει, φησὶ, τίς διορθώσει λοιπόν; **Οἱ βασιλεῖς ὅταν μέλλωσιν ἀφιέναι τοὺς δεσμώτας, πέμποντες ἐπιστολὰς**, οὐχ οὕτω ποιοῦσιν, ἀλλ' ἀφιᾶσι καὶ τὰς θύρας καὶ τοὺς φύλακας, δηλοῦντες ὅτι εἰσελθεῖν πάλιν ἀνάγκη ἐκεῖ ἢ καὶ τοὺς ἀφεθέντας, ἢ ἑτέρους ἀντ' ἐκείνων τινάς. Ὁ δὲ Χριστὸς οὐχ οὕτως· ἀλλὰ δεῖξαι βουλόμενος, ὅτι τέλος ὁ θάνατος ἔχει, συνέθλασεν αὐτοῦ τὰς πύλας τὰς χαλκᾶς· χαλκᾶς δὲ ὠνόμασεν, οὐκ ἐπειδὴ ἀπὸ χαλκοῦ ἦσαν αἱ πύλαι, ἀλλὰ τὸ ἀπηνὲς καὶ ἀπαραίτητον τοῦ θανάτου δηλῶν.

17. Joh. Chrys., *In Genesim Homilia* XXX, 1 (PG 53, col. 274).
Καὶ γὰρ καὶ οἱ βασιλεῖς, δι' ὧν ποιοῦσι καὶ αὐτοὶ, δηλοῦσιν ὅσον ἔχουσι τὸ θαῦμα τούτων τῶν σεπτῶν ἡμερῶν, κελεύσαντες ἐκεχειρίαν ἅπαντας ἔχειν τοὺς τὰ πολιτικὰ οἰκονομοῦντας πράγματα, καὶ τῶν δικαστηρίων τὰς θύρας ἀποκλείειν, καὶ πᾶν εἶδος μάχης καὶ φιλονεικίας ἐλαύνεσθαι, ἵνα μετὰ πολλῆς ἡσυχίας καὶ γαλήνης ἐξῇ πρὸς τὴν τῶν πνευματικῶν κατόρθωσιν ἐπείγεσθαι. Καὶ οὐ τοῦτο μόνον, ἀλλὰ καὶ ἑτέραν φιλοτιμίαν ἐπιδείκνυνται· **τοὺς τὸ δεσμωτήριον οἰκοῦντας ἀφιᾶσι τῶν δεσμῶν**, καὶ κατὰ δύναμιν ἀνθρωπίνην μιμοῦνται τὸν ἑαυτῶν Δεσπότην. Καθάπερ γὰρ αὐτὸς, φησὶ, τοῦ χαλεποῦ δεσμωτηρίου τῶν ἁμαρτημάτων ἡμᾶς ἀνίησι, καὶ τῶν μυρίων ἀγαθῶν παρέχει τὴν ἀπόλαυσιν, τὸν αὐτὸν δὴ τρόπον καὶ ἡμᾶς, φησὶ, προσήκει οἷς δυνάμεθα μιμητὰς γενέσθαι τῆς τοῦ Δεσπότου φιλανθρωπίας.

18. Joh. Chrys., *Adversus Iudaeos* II, 1 (PG 48, col. 858).
Ἀλλ' ἴσως εἴποι τις ἂν, καὶ τοσαύτη τῆς περιτομῆς ἡ βλάβη, ὡς πᾶσαν ἀνόνητον ποιῆσαι τοῦ Χριστοῦ τὴν οἰκονομίαν; Ναὶ, τοσαύτη τῆς περιτομῆς ἡ βλάβη, οὐ παρὰ τὴν οἰκείαν φύσιν, ἀλλὰ παρὰ τὴν ἀγνωμοσύνην. Ἦν ποτε καιρὸς, ὅτε χρήσιμος ἦν καὶ ἀναγκαῖος ὁ νόμος· νῦν οὖν ἐπαύσατο καὶ ἀργεῖ. Ἂν τοίνυν ἀκαίρως αὐτὸν ἐπισπάσῃ, ἀνόνητόν σοι ποιεῖ τοῦ Θεοῦ τὴν δωρεάν. Διὰ τοῦτο Χριστὸς ὑμᾶς οὐδὲν ὠφελήσει, ἐπειδὴ μὴ βούλεσθε προσελθεῖν. Καὶ γὰρ εἴ τις ἐπὶ μοιχείᾳ καὶ τοῖς αἰσχίστοις ἁλοὺς τὸ δεσμωτήριον οἰκοίη, εἶτα μελλούσης αὐτῷ τῆς δίκης εἰσάγεσθαι, καὶ τῆς καταδικαζούσης φέρεσθαι ψήφου, ἔλθοι **βασιλέως ἐπιστολὴ τοὺς τὸ δεσμωτήριον οἰκοῦντας ἅπαντας ἀφεῖσα ἄνευ λόγου τινὸς καὶ ἐξετάσεως**, ὁ δὲ μὴ βουληθεὶς ἀπολαῦσαι τῆς δωρεᾶς, ἕλοιτο καὶ φιλονεικοίη δικάζεσθαι μᾶλλον καὶ λόγους καὶ εὐθύνας ὑπέχειν, οὐ δυνήσεται λοιπὸν ἀπολαῦσαι τῆς χάριτος· ὑπεύθυνον γὰρ ἑαυτὸν δικαστηρίῳ καὶ ψήφῳ καὶ ἐξετάσει ποιήσας, ἑκὼν τῆς δωρεᾶς ἑαυτὸν ἐξέβαλε τῆς βασιλικῆς. Οὕτω καὶ ἐπὶ τῶν Ἰουδαίων γέγονε. Σκοπεῖτε δέ· ἑάλω πᾶσα τῶν ἀνθρώπων ἡ φύσις ἐπὶ τοῖς αἰσχίστοις κακοῖς· *Πάντες γὰρ ἥμαρτον*, φησί· καὶ ὥσπερ ἐν δεσμωτηρίῳ, τῇ κατάρᾳ τῆς παρανομίας ἦσαν συγκεκλεισμένοι· ἔμελλεν ἀπόφασις κατ' αὐτῶν φέρεσθαι ψήφου· ἦλθεν ἐπιστολὴ βασιλέως ἐκ τῶν οὐρανῶν, μᾶλλον δὲ αὐτὸς ὁ βασιλεὺς ἦλθεν, ἄνευ ἐξετάσεως καὶ τοῦ τὰς εὐθύνας λαβεῖν, πάντας τῶν δεσμῶν τῆς ἁμαρτίας ἀφιείς.

19. Joh. Chrys., *In Matthaeum Homilia* LXXIX, 3 (PG 58, col. 721).
Εἴποντες γὰρ *Μὴ ἐν τῇ ἑορτῇ*, ἐπειδὴ τὸν προδότην εὗρον, οὐκ ἠνέσχοντο τοῦ καιροῦ, ἀλλ' ἐν αὐτῇ κατέσφαξαν. Διατί δὲ αὐτὸν τότε κατέσχον; Καὶ τῷ θυμῷ ζέοντες, ὅπερ εἶπον, καὶ τότε αὐτὸν εὑρήσειν προσεδόκησαν, καὶ πάντα ὥσπερ πεπηρωμένοι ἔπραττον. Εἰ καὶ τὰ μάλιστα αὐτὸς τῇ ἐκείνων πονηρίᾳ εἰς τὴν οἰκείαν ἐκέχρητο οἰκονομίαν, οὐ μὴν διὰ τοῦτο ἀνεύθυνοι, ἀλλὰ μυρίων ἄξιοι κολάσεων ἀπὸ τῆς γνώμης. **Ὅτε γοῦν ἅπαντας ἀπολύεσθαι ἔδει καὶ τοὺς ὑπευθύνους**, τότε οὗτοι τὸν ἀθῶον ἀνεῖλον, τὸν μύρια εὐεργετηκότα, καὶ τῶν ἐθνῶν τέως ὑπεριδόντα δι' αὐτούς. Ἀλλά, ὢ τῆς φιλανθρωπίας, τοὺς οὕτω μοχθηρούς, τοὺς μυρίων γέμοντας κακῶν, πάλιν σώζει, καὶ πέμπει σφαγησομένους ὑπὲρ αὐτῶν ἀποστόλους, καὶ δι' αὐτῶν ἱκετηρίαν τίθησιν.

20. *Acta conciliorum oecumenicorum* (ACO), ed. E. Schwartz, 2, 1, 1: *Concilium universale Chalcedonense anno 451*, p. 186–187. — Ort: Chalkedon. — Datum: 451.
ἐπέστη καὶ ἡ τοῦ σωτηρίου πάθους ἡμέρα καὶ νὺξ ἱερὰ καὶ ἡ τῆς ἀναστάσεως ἑορτή, καθ’ ἣν λύεται μὲν τοῖς πλείστοις τῶν ἡμαρτηκότων τὰ ἀπὸ τῶν ἁγίων ἡμῶν πατέρων ἐπιτίμια, **λύεται δὲ παρὰ τῶν βασιλευόντων ἐπὶ τῶν ἐγκλημάτων τὰ δεσμὰ τοῖς ὑπευθύνοις**, ἡδονῆς δὲ δικαίας πᾶς οἶκος καὶ ἀγορὰ πᾶσα πεπλήρωται· ἡμεῖς δὲ τοῖς τῶν ἀδίκων ἀποφάσεων δεσμοῖς κατεχόμενοι οὐδὲν φιλάνθρωπον τοῦ κατακρίναντος εἴδομεν, ἀλλὰ μεμένηκεν ἀκλινὴς ἄχρι τοῦ παρόντος,

21. Leo Magnus, *Sermo 27 (XL): De ieiunio quadragesimae sermo II 5* (CCL 138 A, p. 230–231). — Ort: Rom. — Datum: 1. März 442.
Quod et Romani orbis piissimi imperatores sancta dudum instituta observatione custodiunt, qui in honorem Dominicae Passionis (et Ressurectionis Christi) altitudinem suae potestatis inclinant et constitutionum suarum severitate mollita, (multarum culparum) reos faciunt relaxari; ut in diebus quibus mundus salvatur miseratione divina, etiam ipsorum (supernae bonitatis imitatrix) sit aemulanda clementia.

22. Leo Magnus, *Sermo 34 (XLVII): De ieiunio quadragesimae sermo IX 3* (CCL 138 A, p. 277–278). — Ort: Rom. — Datum: 21. Feb. 454.
Et quia pro indulgentia maxime laborandum est delictorum, indubitabilem vobis divinam misericordiam promittatis, si ipsi quoque circa subditos vestros omnem offensam transtuleritis ad veniam. Placidos enim atque concordes ad tantam festivitatem decet Dei populos convenire: ut severitas ultionum, quae nunc etiam in publicis judiciis relaxatur, multo magis in Christianorum cordibus mitigetur, quia ad hoc potius intenta debet esse cura sanctorum, ne ullus algeat, ne ullus esuriat, ne quis inopia deficiat, ne quis maerore tabescat, ne aliquem vincula obstrictum, ne aliquem habeat carcer inclusum.

C. Sekundäre Testimonien für kaiserliche Generalamnestien krimineller Delikte ohne (expliziten) Bezug zum Osterfest

23. Gregor. Nyss., *In sanctum pascha III* (GNO 9.1, 1967, p. 250–251). — Datum: 379.
οὐδεὶς δὲ οὕτως κατώδυνος, ὡς ἄνεσιν μὴ εὑρέσθαι τῇ μεγαλοπρεπείᾳ τῆς ἑορτῆς, νῦν ὁ δεσμώτης λύεται, ὁ χρεώστης ἀφίεται, ὁ δοῦλος ἐλευ-

θεροῦται τῷ ἀγαθῷ καὶ φιλανθρώπῳ τῆς ἐκκλησίας κηρύγματι οὐ ῥαπιζόμενος ἀσχημόνως κατὰ τῆς παρειᾶς καὶ πληγῇ τῆς πληγῆς ἀφιέμενος οὐδὲ ὥσπερ ἐν πομπῇ τῷ δήμῳ δεικνύμενος ἐφ' ὑψηλῷ βήματι, ὕβριν δὲ ἔχων καὶ ἐρυθριασμὸν τὴν ἀρχὴν τῆς ἐλευθερίας, ἀλλ' οὕτω κοσμίως ἀφιέμενος ὡς γινώσκεται. εὐεργετεῖται καὶ ὁ μένων ἐπὶ τῆς δουλείας ἔτι· εἰ γὰρ καὶ πολλὰ καὶ βαρέα τὰ ἁμαρτήματα παραίτησιν ὑπερβαίνοντα καὶ συγγνώμην, αἰδούμενος ὁ παραίτησιν ὑπερβαίνοντα καὶ συγγνώμην, αἰδούμενος ὁ δεσπότης τὸ τῆς ἡμέρας γαληνὸν καὶ φιλάνθρωπον δέχεται τὸν ἀπερριμμένον καὶ ἐν τοῖς ἀτίμοις ὁρώμενον ὡς ὁ Φαραὼ τὸν οἰνοχόον ἐκ τοῦ δεσμωτηρίου· οἶδε γὰρ, ὡς κατὰ τὴν προθεσμίαν τῆς ἀναστάσεως, ἧς καθ' ὁμοιότητα τὴν παροῦσαν τιμῶμεν, χρῄζει καὶ αὐτὸς τῆς ἀνεξικακίας καὶ τῆς ἀγαθότητος τοῦ δεσπότου καὶ δανείζων ἐνταῦθα τὸν ἔλεον προσδοκᾷ τὴν ἀπόδοσιν ἐν καιρῷ. ἠκούσατε οἱ δεσπόται, φυλάξατε τὸν λόγον ὡς ἀγαθόν, μὴ διαβάλητέ με παρὰ τοῖς δούλοις ὡς ψευδῶς τὴν ἡμέραν ἐγκωμιάζοντα, ἀφέλετε τὴν λύπην τῶν θλιβομένων ψυχῶν ὡς ὁ κύριος τῶν σωμάτων τὴν νέκρωσιν, μεταμορφώσατε τοὺς ἀτίμους εἰς ἐπιτιμίαν, τοὺς θλιβομένους εἰς χαράν, τοὺς ἀπαρρησιάστους εἰς παρρησίαν, ἐξαγάγετε τῆς γωνίας τοὺς ῥιφέντας ὡς τάφων, ἐπανθησάτω τὸ τῆς ἑορτῆς κάλλος ὡς ἄνθος τοῖς πᾶσιν. **εἰ γὰρ βασιλέως ἀνθρώπου γενέθλιος ἡμέρα ἀνοίγει δεσμωτήριον ἢ ἐπινίκιος ἑορτή**, Χριστὸς ἀναστὰς οὐκ ἀφήσει τοὺς τεθλιμμένους; οἱ πτωχοὶ τὴν ὑμετέραν τροφὸν ἀσπάσασθε, οἱ διερρυηκότες καὶ λελωβημένοι τὰ σώματα τὴν ἰωμένην ὑμῶν τὰς συμφοράς· διὰ γὰρ τὴν ἀπὸ τῆς ἀναστάσεως ἐλπίδα καὶ ἀρετὴ σπουδάζεται καὶ κακία μισεῖται, ἐπεὶ ἀναστάσεως ἀνῃρημένης εἷς παρὰ πᾶσι κρατῶν εὑρεθήσεται λόγος· Φάγωμεν καὶ πίωμεν, αὔριον γὰρ ἀποθνῄσκομεν.

24. Gregor. Nyss., *Adversus eos qui differunt baptismum* (PG 46, p. 429).
Φεύγετε τοίνυν, ἄνδρες Χριστιανοὶ, κλήσεως ἐπουρανίου μέτοχοι, πᾶσαν ἔννοιαν τοιαύτην λῃστῶν καὶ κακούργων ἀξίαν, μηδὲ τοῦτο μακαριστὸν ἡγήσησθε τὸ φεύγειν τιμωρίαν, ἀλλ' ἐράσθητε δωρεῶν καὶ στεφάνων· οὓς ὁ Θεὸς τοῖς ἀθληταῖς τῆς δικαιοσύνης ηὐτρέπισεν· ἐπιθυμήσατε βαπτίσματος ἀδόλως· λάβετε τὸ τάλαντον, καὶ πρόσθετε τὴν ἐργασίαν· οὕτως γὰρ κατὰ τὴν παραβολὴν ἡγεμόνες δέκα γενήσεσθε πόλεων. Ὁ δὲ συνταφεὶς τῷ βαπτίσματι, ἔκρυψεν εἰς γῆν τὸ τάλαντον, καὶ πάντως ἐκείνων ἀκούσει τῶν πρὸς τὸν δοῦλον ἀργὸν λεχθέντων καὶ ῥᾴθυμον. Καλῶς ὁ νεοφώτιστος ἂν τῇ πίστει συνάψῃ τὴν ἐντολὴν, ἐπὶ πλεῖον οὐδὲν ἔχει τοῦ ἀνεγκλήτου. Δεσμώτης ἐτύγχανεν μυρίοις ἐγκλήμασιν ὑπεύθυνος, δεδοικὼς τὸ κριτήριον, τρέμων τῶν εὐθυνῶν τὸν

καιρόν. **Ἦλθεν ἀθρόον βασιλέως φιλανθρωπία, ἤνοιξε τὸ δεσμωτήριον, ἀφῆκε τοὺς πονηρούς.** Ὁ μὲν δοὺς τὴν χάριν, ὑμνείσθω καὶ προσκυνείσθω, ὡς ἀγαθότητος περιουσίᾳ σώσας τοὺς τὴν ζωὴν οὐκ ἐλπίζοντας· ὁ δὲ γνωριζέτω ἑαυτὸν, ἐν ταπεινότητι διαγέτω· μὴ ὡς κατορθώσας τι διακείσθω, ἐπειδὴ τῶν δεσμῶν ἐλύθη. Ἄφεσις γὰρ ἐγκλημάτων τὸν ἔλεον προσμαρτυρεῖ τῷ συγχωρήσαντι, οὐ μὴν εὐδοκιμήσειν τῷ ἀφεθέντι.

25. Joh. Chrys., *De Anna sermo* IV 3 (PG 54, p. 664).
Οἷόν τι λέγω· πολλοὶ πολλάκις τὸ δεσμωτήριον οἰκήσαντες, μοιχοὶ καὶ γόητες καὶ τυμβωρύχοι, καὶ οἱ ἕτερά τινα τοιαῦτα ἡμαρτηκότες, εἶτα **ἀπό τινος φιλανθρωπίας βασιλικῆς ἀφέθησαν τοῦ οἰκήματος·** οὗτοι τῆς κολάσεως μὲν ἀπηλλάγησαν, τὰ δὲ ὀνείδη οὐκ ἀπετρίψαντο, ἀλλ’ ἔχουσι τὴν αἰσχύνην ἑπομένην αὐτοῖς.

ABKÜRZUNGEN (IN AUSWAHL)

C. Th. = *Codex Theodosianus* — *C. I.* = *Codex Iustinianus* — *Const. Sirm.* = *Constitutio Sirmondiana* — Gregor. Nyss. = Gregorius Nyssenus — Joh. Chrys. = Johannes Chrysostomus. — Test. = Testimonium.

BIBLIOGRAPHIE

Barnish (1992): Selected *Variae* of Magnus Aurelius Cassiodorus Senator, translated with introduction and notes by S. J. B. Barnish (Translated Texts for Historians 12), Liverpool 1992 (reprinted 2006).

Brown (2000): P. Brown, The Decline of the Empire of God: Amnesty, Penance and the Afterlife from Late Antiquity to the Middle Ages, in: C. W. Bynum / P. Freedman (Hrsg.), Last Things: Death and the Apocalypse in the Middle Ages, Philadelphia 2000, 41–59.

Cimma (1989): M. Cimma, L’Episcopalis Audientia nelle costituzioni imperiali di Costantino a Giustiniano, Torino 1989.

Crogiez-Pétrequin/Jaillette (2009): S. Crogiez-Pétrequin/P. Jaillette (Hrsg.), Codex Theodosianus - Le Code Théodosien V, Turnhout 2009.

Delmaire/Rougé (2009): R. Delmaire / J. Rougé (Hrsg.): Les lois religieuses des empereurs romains de Constantin à Théodose II (312–438). Tome 2: Code Théodosien I-XV, Code Justinien, Constitutions Sirmondiennes (Sources chrétiennes 531), Paris 2009.

Di Berardino (2003): A. Di Berardino, Tempo cristiano e la prima amnistia pasquale di Valentino I, in: R. Barcellona / T. Sardella (Hrsg.), Munera amicitiae: studi

di storia e cultura sulla Tarda Antichità offerti a Salvatore Pricoco, Soveria Mannelli 2003, 131–150.
Di Berardino (2011): A. Di Berardino, Christian liturgical time and torture (*Cod. Theod*. 9,35,4 and 5), Augustinianum 51 (2011) 191–220.
Ensslin (1944): W. Ensslin, Der erste bekannte Erlaß des Königs Theooderich, RhM 92 (1944) 266–280.
Ensslin (1948): W. Ensslin, Zum *dies imperii* Diokletians, Aegyptus 28 (1948) 178–194.
Girardet (1980): K. M. Girardet, Das christliche Priestertum Konstantins d. Gr., Chiron 10 (1980) 569–592.
Gothofredus/Ritter (1738): J. D. Ritter, *Codex Theodosianus cum perpetuis commentariis Iacobi Gothofredi. Editio nova in VI tomos digesta*, *Tomus tertius*, Lipsiae 1738 (2. Nd. Hildesheim 2006).
Grumel (1958): V. Grumel, Traité d'études byzantines 1: La chronologie (Bibliothèque byzantine), Paris 1958.
Harl (1981): M. Harl, L'éloge de la fête de Pâque dans le prologue du Sermon *In Sanctum Pascha* de Grégoire de Nysse (*In Sanctum Pascha* p. 245, 4–253, 18), in: A. Spira / C. Clock (Hrsg.), The Easter Sermons of Gregory of Nyssa, Translation and Commentary, Proceedings of the Fourth International Colloquium on Gregroy of Nyssa, Cambridge (Mass.) 1981, 91ff.
Harries (2001): J. D. Harries, Law and Empire in Late Antiquity, Cambridge 2001.
Hunt (2007): D. Hunt, Valentinian and the bishops: Ammianus 30.9.5 in context, in: J. den Boeft *et al.* (Hrsg.), Ammianus after Julian: The Reign of Valentinian and Valens in Books 26–31 of the *Res Gestae*, Leiden/Boston 2007, 71–93.
Janus/Dinzelbacher (2010): Briefe des Ostgotenkönigs Theoderich der Große und seiner Nachfolger: Aus den »Variae« des Cassiodor, hrsg. von Ludwig Janus, eingel., übers. und komm. von Peter Dinzelbacher, Heidelberg 2010.
Jones (1964): A.H.M. Jones, The Later Roman Empire, Oxford 1964.
Kakridi (005): C. Kakridi, Cassiodors *Variae*. Literatur und Politik im ostgotischen Italien (Beiträge zur Altertumskunde 223), München 2005.
Krause (1996): J.-U. Krause, Gefängnisse im Römischen Reich (HABES 23), Stuttgart 1996.
Krause (2004): J.-U. Krause, Kriminalgeschichte der Antike, München 2004.
Leppin (1996): H. Leppin, Von Constantin dem Großen zu Theodosius II.: Das christliche Kaisertum bei den Kirchenhistorikern Socrates, Sozomenus und Thedoret, Göttingen 1996.
Leschtsch (1904): A. Leschtsch, Die abolitio paschalis: Ein Beitrag zum römischen Begnadigungswesen, Leipzig 1904.
Lévi (1892): I. Lévi, Le repos des âmes damnées, Revue des études juives 25 (1892) 1–13.
Lévi (1893): I. Lévi, Notes complémentaires sur le repos des âmes damnées, Revue des études juives 26 (1893) 131–135.
Lizzi Testa (2004): R. Lizzi Testa, Senatori, popolo, papi: Il governo di Roma al tempo dei Valentiniani, Bari 2004.
Merkel (1881): J. Merkel, Abhandlungen aus dem Gebiete des römischen Rechts, Heft 1: Über die Begnadigungscompetenz im römischen Strafprocesse, Halle 1881.
Merkel (1905): J. Merkel, Die Begnadigung am Passahfeste, Zeitschrift für neutestamentliche Wissenschaft 6 (1905) 293–316.

Mitthof (2005): F. Mitthof, Osterindulgenz. Eine neue spätantike Kaiserkonstitution auf Papyrus, in: Franziska Beutler / Wolfgang Hameter (Hrsg.), „Eine ganz normale Inschrift“ und ähnliches zum Geburtstag von Ekkehard Weber. Festschrift zum 30. April 2005 (Althistorisch-epigraphische Studien 5), Wien 2005, 449–459.

Munier (1998): C. Munier, Reallexikon für Antike und Christentum 18 (1998) 56–86 s. v. Indulgentia (Übers. K. Hoheisel).

Paverd (1991): F. van de Paverd, St. John Chrysostom, The Homilies on the statues: an introduction (Orientalia Christiana analecta 239), Roma 1991.

Pergami (1993): F. Pergami, La legislazione di Valentiniano e Valente, 364–375 (Materiali per una palingenesi delle costituzioni tardo-imperiali, Ser. 2, 4), Milano 1993.

Pharr (1952): C. Pharr, The Theodosian Code and Novels and the Sirmondian Constitutions: A Translation with Commentary, Glossary, and Bibliography (The Corpus of Roman Law 1), Princenton 1952.

Raimondi (1998): M. Raimondi, Gioia interiore e solennità pubblica: considerazioni sull'introduzione delle 'amnistie pasquali', in: M. Sordi (Hrsg.), Responsabilità, perdono e vendetta nel mondo antico (Contributi dell'Istituto di storia antica 24), Milano 1998, 267–289.

Schärtl (2012): M. Schärtl, Das Nikodemusevangelium, die Pilatusakten und die „Höllenfahrt Christi“, in: Chr. Markschies / J. Schröter (Hrsg.), Antike christliche Apokryphen in deutscher Übersetzung, I. Band: Evangelien und Verwandtes, Teilband 1, Tübingen 2012, 231–261.

Seeck (1919): O. Seeck, Regesten der Kaiser und Päpste für die Jahre 311 bis 476 n.Chr., Stuttgart 1919.

Sirmondius (1681): J. Sirmondius, *Appendix Codicis Theodosiani novis constitutionibus cumulatior*. Paris 1631.

Waldstein (1964): W. Waldstein, Abolitio-Indulgentia-Venia. Untersuchungen zum römischen Begnadigungsrecht (Commentationes Aenipontanae 18), Innsbruck 1964.

QUELLENREGISTER

Bearbeitet von Theresia Pantzer und Wolfgang Harter (Wien)

1 Griechische und lateinische Autoren

2 Römisches Recht, Kaiserkonstitutionen, Konzilsakten

3 Altorientalisches, Altägyptisches und Jüdisches

4 Inschriften

5 Papyri und Ostraka

Wiener Kolloquien zur Antiken Rechtsgeschichte

Die Reihe:
Die neue Reihe präsentiert die Beiträge zu der im Jahre 2008 von den „Documenta Antiqua — Antike Rechtsgeschichte" der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und dem „Institut für Alte Geschichte und Altertumskunde, Papyrologie und Epigraphik" der Historisch-Kulturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien gemeinsam begründeten Veranstaltungsserie „Wiener Kolloquien zur Antiken Rechtsgeschichte".
Das Adjektiv „antik" meint dabei im weiteren Sinne die Geschichte des Mittelmeerraumes und seiner benachbarten Zonen von den frühen Hochkulturen im Alten Ägypten und Alten Orient bis zum Übergang der Spätantike zum Frühmittelalter.
Durch diesen epochen- und disziplinenübergreifenden Ansatz sollen der Erforschung der verschiedenen Rechtssysteme des Altertums neue Impulse gegeben werden. Im dreijährigen Rhythmus werden Fragestellungen bzw. Leitthemen aus dem Gebiet der Antiken Rechtsgeschichte von renommierten VertreterInnen verschiedener Altertumsdisziplinen aus dem In- und Ausland behandelt.

WIENER KOLLOQUIEN ZUR ANTIKEN RECHTSGESCHICHTE

Herausgegeben von:

Documenta Antiqua — Antike Rechtsgeschichte
Institut für Kulturgeschichte der Antike
Österreichische Akademie der Wissenschaften,
Philosophisch-historische Klasse



und

Institut für Alte Geschichte und Altertumskunde,
Papyrologie und Epigraphik
Historisch-Kulturwissenschaftliche Fakultät der
Universität Wien



Der in Vorbereitung befindliche Band 2 wird die Beiträge des im Jahre 2011 abgehaltenen zweiten Kolloquiums zum Thema „Sport und Recht" enthalten.

Herausgeber Band 1

Beide Herausgeber sind Althistoriker, die sich in ihrer Forschung stark auf direkt überlieferte Schriftquellen des Altertums dokumentarischer Natur (Inschriften und Papyri) stützen, woraus sich ein enger Bezug zur Antiken Rechtsgeschichte mit besonderer Betonung der Rechtspraxis ergibt.

Priv.-Doz. Mag. Dr. Kaja HARTER-UIBOPUU



An der Karl-Franzens Universität Graz studierte Kaja Harter-Uibopuu Alte Geschichte und Altertumskunde mit einem Schwerpunkt auf Antiker Rechtsgeschichte und arbeitete anschließend am Institut für Römisches Recht und Antike Rechtsgeschichte. Nach ihrer Promotion verbrachte sie ein Semester am Institute for Advanced Study in Princeton, NJ und war in der Folge als Elise-Richter Stipendiatin des FWF an der Universität Wien tätig, wo sie sich 2013 für Alte Geschichte und Altertumskunde habilitierte. Seit 2009 arbeitet sie am Institut für Kulturgeschichte der Antike, Abteilung Documenta Antiqua an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Ihre Forschungen konzentrieren sich vor allem auf die Rechtsgeschichte des antiken Griechenland, im Besonderen das öffentliche Recht in griechischen Poleis unter römischer Herrschaft. Stets stehen die epigraphischen Quellen im Mittelpunkt ihrer Untersuchungen, die als direkte Zeugnisse für die Verwaltungsvorgänge in den Stadtstaaten wertvolle Einblicke in die Verfahrensabläufe ermöglichen.

Univ.-Prof. Dr. Fritz MITTHOF



Im Anschluß an das Studium der Alten Geschichte sowie der Mittleren und Neueren Geschichte und der Philosophie an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg war Fritz Mitthof 1997–1998 Wissenschaftlicher Angestellter am Lehrstuhl für Alte Geschichte der Friedrich-Schiller-Universität Jena und 1998–2008 Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Kommission für Antike Rechtsgeschichte der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Er habilitierte sich 2004 für Alte Geschichte und Papyrologie an der Universität Wien und ist seit 2008 Professor für Römische Geschichte, Altertumskunde und Epigraphik am Institut für Alte Geschichte und Altertumskunde, Papyrologie und Epigraphik ebendort. Seine Forschungsinteresse gilt der Verwaltungs-, Sozial-, Wirtschafts- und Kulturgeschichte des Römischen Reiches in der Prinzipatszeit und Spätantike (1.–7. Jh. n.Chr.), der antiken Geschichte des Donauraumes und Südosteuropas (namentlich Rumäniens) und der Geschichte des griechisch-römischen Ägypten. Besondere Bedeutung hat dabei die Edition, Kommentierung und Auswertung von Inschriften, Papyri und Ostraka in lateinischer und griechischer Sprache.

Amnestien als staatlich angeordnete Akte des „Vergebens und Vergessens“ begegnen in verschiedenen Bereichen des öffentlichen Rechtslebens. Ob ihnen nun jeweils sicherheits-, innen- oder finanzpolitische Motive zugrundeliegen, stets befinden sich Straffreiheit und Straferlass im Spannungsfeld von einerseits zwingender Verantwortung des Einzelnen als Grundlage jedes Rechtssystems und andererseits der Forderung nach ausgleichender Gerechtigkeit und sozialem Frieden. Das Rechtsinstitut steht nicht nur begrifflich, sondern auch sachlich in antiker Tradition, entsprechende Maßnahmen sind aus allen Epochen des Altertums nachzuweisen. Vierzehn Autorinnen und Autoren aus Deutschland, Großbritannien, Österreich und den USA, alle international renommierte Expertinnen und Experten in verschiedenen Fachgebieten und Epochen des Altertums, nämlich der Altorientalistik, des pharaonischen Ägypten, der Griechischen und Römischen Rechtsgeschichte, des archaischen und klassischen Griechenland, des Hellenismus, der altitalischen Geschichte, der Römischen Republik, der frühen und hohen römischen Kaiserzeit und der Spätantike, präsentieren ihre Beiträge in diesem Band. Sie behandeln das Thema jeweils aus der eigenen Perspektive – entweder in Form von Spezialuntersuchungen zu exemplarischen Fällen oder aber in breit angelegten Übersichtsreferaten. Von besonderer Bedeutung ist dabei, dass alle Kategorien von Schriftquellen, also juristisches Schrifttum, die literarische Überlieferung, Hieroglyphen- und Keilschrifttexte, griechische und lateinische Inschriften und Papyri, in die Analyse eingeflossen sind. Hierdurch wurden erstmals in der Forschungsgeschichte die Voraussetzungen geschaffen, eine Gesamtschau über Fragen der Amnestie und des Straferlasses vom Alten Orient bis in die Spätantike zu bieten und rote Fäden durch die Jahrhunderte zu ziehen. Auf diese Weise wurde auch eine neue Grundlage für eine Typologisierung von Amnestien gelegt.

ISBN: 978-3-902868-85-5

